Handbuch
der
Geschichte
der
preussisch-brandenburgischen Staaten

von

Johann Karl Philipp Grimm
Professor auf der königlichen Friedrichs-Schule zu Breslau.

Zweiter Band.

Breslau, 1799.
Bei Ernst Gottlieb Meyer.

L 89.

Inhalt

des zweiten Bandes.

Dritte Periode.

Seite

Dritter Abschnitt. Geschichte der Mark Brandenburg von George Wilhelm bis zu Friedrich Wilhelm dem Großen, vom Jahre 1619 bis 1688. 1

George Wilhelms Regierungsantritt, vom Jahr 1619 bis 1640. 3

Friedrich Wilhelm der Große vom Jahr 1640 bis 1688. 85

All-

Inhalt.

Seite

Allgemeine Bemerkungen über diesen Abschnitt. 174

Vierter Abschnitt. Geschichte der Preussischen Länder unter der Regierung der Könige Friedrichs I. und Friedrich Wilhelms I. vom Jahr 1688 bis 1740. 239

Friedrich III. als König Friedrich I. vom Jahr 1688 bis 1713. 240

Friedrichs III. Bewerbung um den Königstitel. 256

Friedrich Wilhelm I. vom Jahr 1713 bis 1740. 311

Allgemeine Bemerkungen über diesen Abschnitt. 390

Dritte Periode.

III. Abschnitt.

Geschichte der Mark Brandenburg von George Wilhelm bis zu Friedrich Wilhelm dem Großen oder, vom Jahre 1619 — 1688.

10. George Wilhelm, v. J. 1619—1640.

George Wilhelm war den 3. November im Jahre 1595 geboren worden. Im Jahre 1611 wurde er von seinem Vater nach Frankfurt an der Oder geschickt, um daselbst einige Zeit auf die Erlernung der Wissenschaften zu verwenden. Schon nach Verlauf eines Jahres mußte er sich auf Verlangen seines Vaters mit den Regierungsgeschäften bekannt machen, der Krönung des neuen Kaisers Matthias zu Frankfurt am Mayn beiwohnen und im J. 1613 die Statthalterschaft in den cleviſchen Ländern übernehmen.

Frühzeitig wurde ihm das Regierungs-Scepter gegeben, aber auch frühzeitig lernte er die Regierungssorgen kennen. Ueberhaupt war diese Statthalterschaft für George Wilhelm gleichsam eine Schule,

in welcher er sich zur Ertragung größerer Leiden, die ihm in der Zukunft begegneten, vorbereiten sollte. Als er die Regierung in diesen Ländern führte, dauerten die Streitigkeiten zwischen Pfalzneuburg und Kurbrandenburg nicht nur fort, sondern sie vermehrten sich vielmehr. Durch den Vergleich zu Xanten wurde zwar die gemeinschaftliche Regierung aufgehoben, und eine Theilung entworfen; aber demohngeachtet hörten die Mishelligkeiten zwischen beiden Theilen und das beiderseitige Mistrauen nicht auf. Niemanden brachte diese Uneinigkeit größeren Schaden, als den beiden streitenden Parteien selbst: weil die Holländer und Spanier dieselbe zum Vorwand brauchten, um noch ferner einen Theil ihrer Truppen in diesen Ländern stehen zu lassen.

Ob man nun gleich den Nachtheil hiervon einsahe, so wurden doch beide Parteien hierdurch nicht bewogen andere Maasregeln zu ergreifen, sondern waren nur auf Mittel bedacht, durch welche sie sich Schaden zufügen könnten. Und wie wenig man zum wenigsten von Seiten Pfalzneuburgs sich um die Rechtmäßigkeit solcher Mittel bekümmerte, beweist der im J. 1616 entdeckte Anschlag, nach welchem der Kurprinz ermordet werden sollte.

Allgemein erwartete man schon, daß die unter der Asche glimmende Kriegesflamme hervorbrechen und nicht nur in den jülichischen Ländern sondern auch in anderen deutschen Staaten große Verwüstungen anrichten würde, allein das Schicksal hatte es anders beschlossen, und wollte nicht daß der Krieg aus dieser Gegend sich über Deutschlands Fluren verbreiten solle. Beide Parteien bewarben sich nur um Bundesgenossen, um im Falle eines Krieges auf nachdrücklichen Beistand rechnen zu können. Pfalzneuburg verließ sich auf den Beistand

der

der katholischen Partei, so wie Kurbrandenburg von den Protestanten Unterstützung erwartete. Da nun der Kurfürst von der Pfalz das Haupt der Union war; so mußte das Brandenburgische Haus darauf bedacht seyn, wie es sich mit Kurpfalz immer genauer verbinden könne. In dieser Absicht wurde der schon im J. 1605 gemachte Vorschlag, den Kurprinz mit einer pfälzischen Prinzessinn zu vermählen, sehr eifrig betrieben. Im Jahre 1616 wurde dieser Plan wirklich ausgeführt, indem der Kurprinz George Wilhelm sich mit der pfälzischen Prinzessinn Elisabeth Charlotte, einer Schwester des Kurfürsten von der Pfalz Friedrich V. vermählte. Im J. 1617 verließ er mit seiner Gemahlinn auf Befehl seines Vaters die clevischen Länder und begab sich nach Berlin. Hier blieb er bis zu dem Absterben seines Vaters, von welchem ihm schon den 27sten November 1619 die Regierung war übergeben worden.

Regierungsantritt George Wilhelms in der Kurbrandenburg.

Seit dem 23sten December dieses Jahres, an welchem Tage sein Vater starb, wurde er wirklicher Regent der sämmtlichen Brandenburgischen Länder. Die Zeitumstände, unter welchen er die Regierung antrat, waren nicht günstig und versprachen zum wenigsten keine friedfertige Aussichten. Der dreißigjährige Krieg hatte schon seinen Anfang genommen und richtete in vielen deutschen Ländern, jedoch in dem einen

*) Pauli's allgem. preuß. Geschichte. 4 Th. S. 517—520. Buchholze's Geschichte der Mark Brandenburg. 3 Th. S. 583.

mehr als in dem andern, große Verwüstungen an. In keinen Zeiten werden die Fehler einer schlechten Regierung mehr sichtbar, als wenn Kriege und Unruhen ausbrechen. Dies war auch in der Mark Brandenburg damals der Fall. George Wilhelm war viel zu ohnmächtig, *) als daß er selbst die Regierung hätte führen können. Er mußte folglich dieses wichtige Geschäfte einem anderen überlassen. Ein Glück wäre es zum wenigsten für das Land gewesen, wenn er einen geschickten und rechtschaffenen Mann gewählt hätte; zwar würden hierdurch nicht alle Uebel von der Mark Brandenburg seyn abgehalten worden, weil hierzu eine große Macht erforderlich gewesen wäre, aber zum wenigsten würde dies Land viele derselben nicht in einem solchen hohen Grade empfunden haben. Leider! fand auch nicht einmal dieser Fall statt: denn George Wilhelm hatte sein ganzes Vertrauen dem Grafen von Schwarzenberg geschenkt, einem Mann, welcher gegen das Land, in welchem er mit Ehre und mit ansehnlichen Einkünften überhäuft wurde, sich im höchsten Grade treulos bewies, indem er, durch Geld bestochen, immer für den Vortheil des Kaisers sorgte und auf den Nutzen des brandenburgischen Hauses nicht bedacht war.

Von dem politischen Systeme, welches die europäischen Mächte bei dem Ausbruche des dreißigjährigen Kriegs befolgten.

Als George Wilhelm die Regierung antrat, war der dreißigjährige Krieg, zu welchem Ferdinand durch seine Intoleranz und Herrschsucht Anlaß gegeben hatte,

*) Friedrichs II. Nachrichten zur brandenburgischen Geschichte. Aus dem Franz. übers. Berlin 1791. S. 37.

hatte, schon ausgebrochen, wie wir am Ende des ersten Bandes dieser Geschichte gesehen haben. Die beiden Hauptpersonen dieses blutigen Trauerspiels, der Kaiser Ferdinand und der pfälzische Kurfürst Friedrich V., welcher die von den böhmischen Ständen angetragene Königskrone angenommen hatte, waren fest entschlossen, ihre Pläne mit den Waffen auszuführen. Beide rechneten bei diesem Unternehmen auf fremde Hülfe. Ersterer erwartete von der Liga nachdrucksvollen Beistand, und letzterer schmeichelte sich mit der Hoffnung von der Union, deren Oberhaupt er war, thätig unterstützt zu werden: allein der Erfolg vereitelte seine Hoffnungen und übertraf Ferdinands Erwartungen.

Alle zur Liga gehörigen Fürsten und vorzüglich das Oberhaupt derselben, der Herzog Maximilian von Baiern, dessen Religionseifer durch die Hoffnung die Kurwürde zu erhalten, noch mehr war belebt worden, sahen die Sache des Kaisers als Religionssache an. Selbst viele der protestantischen erklärten sich für den Kaiser oder zum wenigsten für die Neutralität. Das Erstere that der Kurfürst von Sachsen. Stolz, Habsucht und allzu großer Eifer für die lutherische Lehre waren wahrscheinlich die Triebfedern, die ihn zu diesem Schritt bewogen: denn schon längst hatte er über den Vorzug, welcher dem Kurfürsten von der Pfalz Friedrich V. unter den Protestanten war eingeräumt worden, sein Misvergnügen bezeigt, und noch immer hoffte er durch Begünstigung des Kaisers die jülichschen Länder oder wenigstens einen Theil derselben, zu erhalten. Und hierzu kam noch die Besorgniß, es möchte unter gegenwärtigen Umständen die Anzahl der Reformirten sich in Deutschland sehr vermehren. Mehrere Fürsten folgten diesem Beispiel nach. Hessendarm-

stadt äußerte gleichfalls gegen den Kaiser Ferdinand II. günstige Gesinnungen, in der Hoffnung, daß sein Streit mit Hessencassel wegen der Marburgischen Erbschaft durch kaiserl. Vermittelung zu seinem Vortheil würde entschieden werden. Dasselbe thaten auch der Herzog von Braunschweig Wolfenbüttel und der Fürst von Ostfriesland; allein auch diese wurden durch einen Privatvortheil hierzu bestimmt, denn sie hofften durch kaiserliche Hülfe die beiden widerspenstigen Städte Braunschweig und Emden sich zu unterwerfen. Da nun die protestantischen Fürsten von keinem gemeinschaftlichen Interesse beseelt wurden, sondern dasselbe ihren Privatvortheilen nachsetzten; so hatte also Ferdinand II. von dieser Seite sehr wenig zu befürchten. Und was die übrigen europäischen Reiche anbetraf; so waren die meisten derselben, wie z. B. Portugal, Spanien und Frankreich ihm zugethan und andere in kriegerische Unruhen verwickelt, so daß sie sich um fremde Angelegenheiten nicht bekümmern konnten.

So vortheilhaft die Aussichten in politischer Hinsicht für den Kaiser waren, eben so traurig waren sie auch auf der andern Seite für den neuen Böhmischen König Friedrich. Ihm wurde nur ein geringer Theil der Hülfe geleistet, mit welcher er sich geschmeichelt hatte. Die Union, auf welche er sein größtes Zutrauen gesetzt hatte, versprach nur die pfälzischen Länder zu schützen. Noch weniger that sein Schwiegervater der König von England, Jacob I., von welchem er mit Recht Hülfe erwarten konnte. Dieser erklärte sich für die Neutralität, an welcher Erklärung der spanische Hof unstreitig einen sehr großen Antheil hatte, weil gerade zu dieser Zeit beide Höfe in Unterhandlungen standen, um den Prinz von Wallis mit einer spanischen Prinzessinn zu vermählen. Und die wenigen Fürsten, wel-

welche thätige Hülfe leisteten, besaßen eine allzu geringe Macht, als daß aus ihrem Eifer für Friedrichs Sache große Vortheile hätten erwachsen können. Ausserdem schadete sich dieser Fürst durch sein eigenes Betragen, wodurch er viele Anhänger verlor. Die Triebfeder zu solchen unbesonnenen Handlungen war sein blinder Eifer für die reformirte Lehre. Derselbe war Ursach, daß er die Bilder aus der Kirche nehmen ließ, wodurch er sowohl Lutheraner und Katholiken gegen sich aufbrachte. Ferner schadete er sich auch durch die Ernennung des Fürsten Christian von Anhalt zum obersten Feldherrn: denn die Grafen von Mannsfeld und Thurn, welche größere Ansprüche auf diese Würde zu haben glaubten, fanden sich hierdurch beleidiget *).

Das Verhalten George Wilhelms.

Aus dieser Nebeneinanderstellung der Verhältnisse, in welchen sich beide Fürsten befanden, folgt schon, daß man den kriegerischen Unternehmungen Ferdinands II. das meiste Glück prophezeihen konnte. Beide Parteien bewarben sich um die Freundschaft und um den Beistand des neuen Kurfürsten von Brandenburg George Wilhelms. Allenthalben war die Erwartung gespannt, indem man begierig war zu wissen, welche Partei dieser Fürst ergreifen werde. Gern hätte er seinem Schwager, dem Kurfürsten von der Pfalz Friedrich V. und überhaupt seinen Religionsverwandten, den Protestanten Beistand geleistet; allein politische Gründe behielten endlich die Oberhand und bestimmten ihn Entschlüsse zu verwerfen, welche durch die Pflichten der Verwandschaft und durch Religionseifer in ihm wa-

*) Allgemeine Welthistorie. Th. 57. 4.

waren hervorgebracht worden. Anfangs bezeigte er wirklich einigen Eifer seinem Schwager zu helfen. Zum wenigsten brachte er durch seine Bemühungen zu Leipzig eine Versammlung der obersächsischen Landstände zusammen; allein der Erfolg derselben war ohne Nutzen, denn die sämmtlichen Stände konnten keinen einmüthigen Entschluß fassen, weil schon der Kurfürst von Sachsen sich für die Partei des Kaisers erklärt hatte. Anjetzt erst war George Wilhelm genöthiget, sich für die Parteilosigkeit zu erklären; denn die Staatsklugheit erlaubte nicht einen andern Plan zu verfolgen, indem er mit ziemlicher Gewißheit berechnen konnte, daß in kurzer Zeit die Unternehmungen Friedrichs V. von der Pfalz einen unglücklichen Ausgang haben würden.

Das Ende des böhmischen Krieges.

So wie der Kurfürst von Sachsen Johann George sehr glücklich war und dem Kaiser die Lausitz wieder unterwarf, eben so drang auch mit gleichem Glücke die ligistische Armee nebst einigen kaiserlichen Truppen, welche zusammen 50000 Mann betrugen, unter Anführung des Herzogs Maximilians von Baiern durch Oesterreich in Böhmen ein. Die Truppen Friedrichs V. bestanden aus 39000 Mann, diejenigen mitgerechnet, welche der Fürst von Siebenbürgen Gabor, der nach der ungarischen Krone trachtete, geschickt hatte. Dieselben wichen allenthalben zurück und setzten sich erst wieder bei Prag. Hier in der Gegend des weißen Berges wurden sie vom Herzoge Maximilian angegriffen und geschlagen. Die Niederlage welche das böhmische Heer erlitt, war sehr groß, so daß Friedrich sich nicht einmal in Prag behaupten konnte, sondern schon einige Stunden nach der Schlacht

als

als ein Flüchtling Böhmen verließ und sich nach Breslau begab. Allein auch hier fand er für seine Person keine Sicherheit, denn in Schlesien, wo die sächsischen Truppen schon die Oberhand behaupteten, waren die meisten Stände Willens sich dem Kaiser zu unterwerfen. Er begab sich also nach Berlin, wo er aber gleichfalls, wie er leicht erwarten konnte, durch seine Ankunft keine Freude erregte. Noch im Jahre 1621 reiste er also wieder ab und gieng über Hamburg nach Holland, wo er lange Zeit gelebt hat ohne seine Länder jemals wieder zu erlangen.

Ehe er nach Holland gieng, wohnte er der niedersächsischen Kreisversammlung zu Segeberg bei. Die Stände des niedersächsischen Kreises, welche schon bei dem Anfange der böhmischen Unruhen auf dem Kreistage zu Braunschweig einige Vertheidigungsanstalten gemacht hatten, waren anjetzt an dem eben angeführten Orte auf Veranstaltung des Königs von Dännemark Christian IV. wieder versammelt. Hier wurden dem unglücklichen Friedrich viele Versprechungen gemacht, von welchen er aber niemals Vortheile gehabt hat. Jedoch wurde auf dieser Versammlung beschlossen, sich in einen Vertheidigungsstand zu setzen. Und dieser Entschluß wurde auch ausgeführt, obgleich Ferdinand II. versichert hatte, daß er gegen die Freiheit der Deutschen nichts unternehmen werde, und daß die Fürsten des niedersächsischen Kreises nicht in Gefahr kommen würden die secularisirten Länder zu verlieren. Allein verschiedene Aeußerungen der katholischen Stände, das bisherige eigenmächtige Verfahren des Kaisers und das Betragen der Spanier in der Pfalz bewogen die niedersächsischen Stände auf jene Vorstellungen nicht zu achten, sondern auf Mittel zu denken, durch welche sie sich in einen guten Vertheidigungsstand setzen könnten.

Nachdem nun Friedrich V. vertrieben war, und sich nach Holland hatte begeben müssen, so suchte Ferdinand II. in seinen Erbländern sein Ansehen wieder zu befestigen und gegen alle Anhänger des unglücklichen Friedrichs V. Rache auszuüben. Die Art und Weise, wie er beides ausführte, lernet uns diesen Kaiser als einen der grausamsten Despoten kennen.

Böhmen war vorzüglich dasjenige Land, welches wegen des begangenen Aufruhrs hart büßen mußte. Ferdinand II. beraubte nämlich dieses Königreich der freien Wahl, vieler anderen Rechte und Freiheiten, von welchen er in der Folge nur einige wenige, in so fern es sein Vortheil zuließ, aus Gnaden wieder schenkte. Unter dem Vorsitz seines Statthalters des Fürsten von Lichtenstein, ließ er zu Prag ein Blutgericht anstellen. Viele böhmische Magnaten, welche an der Empörung Theil genommen hatten, wurden theils hingerichtet, theils zum ewigen Gefängniß verurtheilt und außerdem die Güter derselben, das Wibthum der hinterlassenen Weiber ausgenommen, eingezogen. Und alle diejenigen, welche auf kaiserliche Einladung nicht erschienen, sondern durch die Flucht ihr Leben retteten, verloren ihre Güter und wurden auch der Ehre für verlustig erklärt, indem man ihre Namen auf schwarze Tafeln schreiben und an den Galgen hängen ließ.

Hiermit ward die Untersuchung noch nicht beendigt; sondern der Fürst von Lichtenstein machte ein kaiserliches Mandat bekannt, in welchem allen begüterten Einwohnern Böhmens anbefohlen wurde vor dem Statthalter zu erscheinen, ihre Vergehungen anzuzeigen und um Vergebung zu bitten. Und alle diejenigen, welche nicht erschienen, aber in der Folge eines Antheils der Empörung würden überführet werden, wurden mit der kaiserlichen Ungnade bedroht. Viele durch diesen schar-

scharfen Befehl in Schrecken gesetzt, erschienen, 728 an der Zahl, vor dem Statthalter, und zeigten ihre Namen und ihre Vergehungen an, indem sie auf die Großmuth des Kaisers Rechnung machten. Allein der Erfolg zeigte bald, daß sie sich in ihren Erwartungen getäuscht hatten: denn aus kaiserlicher Gnade wurde ihnen zwar Ehre und Leben geschenkt, aber der Kaiser behielt sich ein willkührliches Verfahren in Ansehung ihrer Güter vor. Einige verloren daher von ihren Gütern ein Drittel, andere die Hälfte, noch andere wurden mit dem gänzlichen Verlust derselben bestraft.

Eine andere Folge *) der unglücklichen Schlacht auf dem weißen Berge war die Ausrottung der protestantischen Religion zu Prag, und überhaupt in den Ländern, welche Ferdinand II. zugehörten. Den sämmtlichen nichtkatholischen Geistlichen wurden 6 Artikel zum Unterschreiben vorgelegt. Da sie aber diese Punkte nach ihren Grundsätzen nicht eingehen konnten, so wurde ihnen befohlen binnen 3 Tagen die Stadt Prag und binnen 8 Tagen das ganze Königreich Böhmen zu verlassen. In diesem Befehle waren auch die nichtkatholischen Professoren der prager Universität eingeschlossen und zugleich wurden alle Güter, Rechte und Freiheiten dieser hohen Schule den Jesuiten übergeben. Kurz die Böhmen verlohren anjetzt gänzlich ihre Religionsfreiheit. An den Kirchen, wo bisher protestantische Geistliche gewesen waren, wurden katholische Priester angesetzt, und diejenigen Unterthanen, welche sich weigerten ihre Religion zu ändern, wurden gedrückt, verfolgt und der Bürgerrechte verlustig erklärt. Die har-

*) Alle Folgen der Schlacht auf dem weißen Berge sind umständlich vorgetragen in der allgemeinen Weltgeschichte. 57 Th. abgef. v. Galletti. 11 Absch. S. 33—56.

harte Verfolgung war Ursach, daß sehr viele Familien, deren Anzahl 30000 betragen haben soll und unter welchen sich allein 185 Geschlechter befanden, auswanderten und sich in mehreren Ländern besonders in Sachsen, Brandenburg und Preußen niederließen. Ein gleiches Schicksal hatten auch die in Ober- und Niederösterreich wohnenden Protestanten, und am größten waren die Religionsbedrückungen in Oesterreich *). Und zu allen diesen Religionsbedrückungen glaubte man sich berechtiget, weil man den Grund von den in Böhmen entstandenen Unruhen in den verschiedenen Religionssecten, welche in diesem Lande angetroffen wurden, setzte.

Dieselbe Strenge, mit welcher Ferdinand II. gegen seine Unterthanen verfahren hatte, bewies er auch gegen Friedrich V. und gegen alle Anhänger desselben. Im Monat Januar des J. 1621 sprach er gegen jenen unglücklichen Fürsten die Acht aus und kündigte ihm den Verlust seiner Güter, seiner Ehre und seines Vermögens an. Der Brandenburgische Markgraf Johann George zu Jägerndorf, der Fürst Christian zu Anhalt, und der Graf George Friedrich zu Hohenlohe hatten ein gleiches Schicksal. Die Vollstreckung der Reichsacht gegen den Kurfürsten von der Pfalz wurde dem Herzog von Baiern Maximilian, gegen den Markgrafen zu Jägerndorf und den Fürsten von Anhalt, dem Kurfürsten von Sachsen und gegen den Grafen von Hohenlohe, dem Bischof von Brandenburg und Wirzburg aufgetragen. Hingegen die Unterpfalz war schon von den Spaniern besetzt worden.

Dieses Verfahren des Kaisers war in jedem Betracht sehr despotisch und eigenmächtig: denn deutsche Fürsten waren ohne Zuziehung der Kurfürsten geächtet und

*) Galletti am angeführten Orte.

und ihre Länder eingezogen worden, welche zum Nachtheil der Kinder und der Verwandten in fremde Hände kamen. Mehrere Fürsten waren zwar mit dieser Verfahrungsart unzufrieden, aber demohngeachtet wagten sie nicht sich zu widersetzen. Der Kurfürst von Brandenburg gehörte gleichfalls zur Anzahl der Unzufriedenen, allein er begnügte sich fruchtlose Erinnerungen in Rücksicht Jägerndorfs gemacht zu haben. Mehr zu thun fand er nicht für rathsam, weil es ihm am gehörigen Nachdruck fehlte. Und hätte auch das Gegentheil statt gefunden; so würde doch sein Minister der Graf von Schwarzenberg, von welchem er sich beherrschen ließ, nicht erlaubt haben, mehr zu unternehmen.

Auf Veranstaltung dieses Ministers wurden auch im J. 1622 zwei Gesandten nach Wien geschickt, welche im Namen des Kurfürsten vom Kaiser die Belehnung über die brandenburgischen Länder annahmen. Zu gleicher Zeit bemühte man sich auch von brandenburgischer Seite die Belehnung über die jülisch-cleviſchen Länder zu erhalten; allein dieses Anliegen wurde in Gnaden abgeschlagen, denn der kaiserliche Hof hatte einmal dem Kurfürsten von Sachsen Hoffnung gemacht jene Länder zu erhalten, und fand nicht für rathsam denselben anjetzt noch mehr zu beleidigen, welcher schon misvergnügt war, weil der Kaiser in seinen Staaten die Lutheraner unterdrückt, und auf die sächsischen Gegenvorstellungen nicht geachtet hatte.

Der Despotismus und das eigenmächtige Verfahren des Kaisers nahm von Tage zu Tage immer mehr zu. Er fieng schon auf Kurfürstentagen an solche Sachen vorzunehmen, welche nur auf Reichstagen konnten ausgemacht werden. Dies war auch der Fall auf dem zu Regensburg im J. 1623 veranstalteten Kurfür-

fürstentag, auf welchem der Herzog Maximilian von Baiern mit Zustimmung der Katholiken die pfälzische Kurwürde und das Erz-Truchsesamt nebst der Oberpfalz erhielt. Die Kurfürsten von Sachsen und von Brandenburg waren nicht in eigner Person bei dieser Versammlung, sondern hatten nur zu derselben Gesandte geschickt. Diese protestirten zwar gegen jenen Beschluß und erklärten das ganze Verfahren für unrecht, weil die Kinder und die nächsten Anverwandten nicht leiden könnten, wenn auch gleich Friedrich V. mit Recht wäre geächtet worden. Allein auf diese Einwendungen wurde von kaiserlicher und katholischer Seite nicht geachtet. Desto mehr war der Kurfürst von Sachsen unzufrieden, weil er sich immer mehr überzeugte, daß Ferdinand II. die Absicht habe die Lutheraner zu unterdrücken, und weil durch die Erbtheilung der pfälzischen Kurwürde an den Herzog von Baiern die Anzahl der evangelischen Mitglieder im kurfürstlichen Collegio war vermindert worden. Diese Umstände bewogen den Kurfürsten von Sachsen einen Kreistag des obersächsischen Kreises zu Jüterbock auszuschreiben, welchem auch der Kurfürst George Wilhelm beiwohnte. Diese Berathschlagungen hatten die Folge, daß einige Truppen zur Beschützung des Kreises angeworben wurden. Dieselben giengen aber schon wieder im folgenden Jahre auseinander, woran der kaiserliche Hof nicht geringen Antheil hatte, weil er sich stets bemühte mit beiden Fürsten in einem guten Vernehmen zu stehen. Diese Absicht zu erreichen, war für Ferdinand II. nicht schwer: denn der Kurfürst von Brandenburg wurde von Adam von Schwarzenberg so geleitet, wie es der kaiserliche Vortheil erheischte und der Kurfürst von Sachsen, wenn er nur irgend Hoffnung hatte einige Vortheile zu erhalten, konnte leicht gewonnen werden. Dies war auch zu dieser Zeit der Fall. Der Kur-

Kurfürst von Sachsen erhielt nämlich schon im J. 1623 die Lausitz als ein Unterpfand wegen den 70 Tonnen Goldes, welche er vom Kaiser zu fordern hatte. Und dieser geringe Vortheil war hinlänglich den Kurfürsten von Sachsen anders zu stimmen, welcher auch im J. 1624 den Herzog Maximilian als Kurfürst anerkannte. Hingegen der Kurfürst von Brandenburg widerrief noch nicht seine Protestation, weil er bei dem Kaiser in Rücksicht Jägerndorfs nichts hatte ausrichten können *).

Der niedersächsische Krieg.

Jedoch kann man aus allen Handlungen des Kurfürsten George Wilhelms sehr deutlich sehen, daß er am aller wenigsten die Absicht hatte mit dem Kaiser zu brechen, welches, wenn er auch gewollt hätte, Adam von Schwarzenberg gewiß würde verhindert haben. Allein ohnerachtet dieser Friedfertigkeit war er doch vom Schicksal bestimmt alles Ungemach des Krieges zu erdulden, woran die damaligen Zeitumstände schuld waren. Friedrich V. von der Pfalz, welcher nur kurze Zeit König gewesen war und den Krieg, den er zur Behauptung der neuen Königswürde führte, auf eine sehr unglückliche Art beendiget hatte, war zwar noch einmal nach Deutschland gekommen, aber bald nachher wieder nach Holland zurückgekehret, weil er sahe, daß er in seinem Vaterlande auf keine Unterstützung rechnen konnte. Aber demohngeachtet gab es in Deutschland noch zwei Männer, die Muth hatten sich eines Unglücklichen anzunehmen. Der Graf von Mannsfeld und der Herzog Christian von Braunschweig, der Admini-

*) Buchholz, Geschichte der Mark Brandenburg. Dritter Theil. S. 590—592.

ministrator von Halberstadt, waren es, welche an der Spitze bewaffneter Heerscharen für die Rechte Friedrichs V. kämpfen wollten. Die Reichsacht war zwar schon gegen beide ausgesprochen; aber noch waren sie nicht entwaffnet. Die Ausführung dieses Geschäftes hatte die ligistische Partei dem General Tilly aufgetragen. Das feindselige Betragen dieses Feldherrn gegen den Niedersächsischen Kreis erregte bei den Fürsten dieses Kreises die gegründete Besorgniß, daß die Ligisten nicht blos die Absicht hätten den Herzog Christian zu verfolgen, sondern auch ihnen die Stiftsländer zu entreißen, in deren Besitz ihre Häuser sich seit dem Religionsfrieden befanden.

Unter solchen Umständen war es freilich am besten die über ihre Häupter schwebende Gefahr mit Gewalt zu vertreiben. In dieser Absicht wurden mehrere Zusammenkünfte veranstaltet, unter welchen die Versammlung zu Lüneburg im J. 1625 ohnstreitig die wichtigste war: denn auf derselben vereinigten sich durch ein Bündniß der König Christian IV. von Dännemark als Herzog von Hollstein, die Herzoge von Braunschweig Lüneburg, (ausgenommen der Herzog von Zelle) Mecklenburg, und der Administrator von Magdeburg, und der Markgraf Christian Wilhelm, ein brandenburgischer Prinz. Der König von Dännemark wurde zum Kreisobersten ernannt. Sowohl er als auch die übrigen Theilnehmer des Bundes waren für den Krieg gestimmt, weil sie alle überzeugt waren, daß die Unterhandlungen fruchtlos seyn würden, denn allzu oft hatte der Kaiser durch leere Worte getäuscht. Und in diesem Entschlusse wurden sie noch mehr bestärkt, als Frankreich, England und Holland ihnen zum Beistande Hoffnung gemacht hatten.

Ob

Ob nun gleich George Wilhelm die strengste Neutralität beobachtete; so mußte demohngeachtet die Mark Brandenburg die üblen Folgen des Krieges empfinden. Ohnstreitig trug hierzu sehr viel der Umstand bei, daß ein brandenburgischer Prinz, der Markgraf Christian Wilhelm, der Administrator des Erzstifts Magdeburg, mit den Fürsten des niedersächsischen Kreises gemeinschaftliche Sache machte und sogar, während der Krankheit des dänischen Königs Christian IV. einige Zeit über die Armee den Oberbefehl führte. Die ersten üblen Folgen, welche der Mark Brandenburg begegneten, ereigneten sich schon im J. 1625 *). In diesem Jahre zeigte sich nämlich an der brandenburgischen Grenze ein Korps Kosaken welches dem Kaiser, dem Vorgeben nach, gegen die niedersächsischen Fürsten Beistand leisten sollte. Diese fielen in die Mark Brandenburg ein und richteten viele Verwüstungen an. Der Kurfürst ließ sogleich ein allgemeines Aufgebot ergehen, welches auch so viel fruchtete, daß in kurzer Zeit die Kosaken zurück getrieben wurden.

Tilli hatte zwar während der Krankheit Christian IV. mehrere Vortheile erfochten, aber demohngeachtet konnte er es nicht dahin bringen, daß der niedersächsische Kreis die Waffen niederlegte. Der Kaiser sahe sich also genöthiget von seinen eigenen Truppen 20000 Mann unter Anführung des General Wallensteins zu Hülfe zu schicken. Dieser Feldherr besetzte Halle und Dessau und am letzteren Orte den Paß bei der Elbe. Hierdurch wurde er Herr dieses Flusses. Dem König Christian IV. von Dännemark war die Nachricht von der Besitznehmung der Elbbrücke durch Wallenstein nicht willkommen. Um also allen üblen Fol-

*) Buchholz, am angeführten Orte.

Folgen, die aus diesem Umstande entstehen könnten, vorzubeugen, nahm er den Grafen Mannsfeld nebst desselben Truppen in seine Dienste, und ertheilte ihm den Befehl dem Wallenstein den Elbepaß bei Dessau zu entreißen.

Von den Folgen, welche die bisherigen Begebenheiten für das brandenburgische Haus gehabt haben.

Ehe ich fortfahre die übrigen Begebenheiten dieses verderblichen Krieges zu erzählen, muß ich zuvor sowohl den Einfluß, welchen die bisherigen Vorfälle auf die Mark Brandenburg gehabt haben, als auch das Verhalten des Kurfürsten bei damaligen Zeitumständen anführen.

Schon seit vielen Jahren waren beständig brandenburgische Prinze im Besitz des Erzstifts Magdeburg gewesen. Auch kurz vor dem Anfange dieser kriegerischen Vorfälle war ein brandenburgischer Prinz Christian Wilhelm Administrator desselben. Als aber derselbe an den kriegerischen Unternehmungen der niedersächsischen Fürsten sehr großen Antheil nahm; so setzte das magdeburgische Domkapitel ihn ab und erwählte den sächsischen Prinz August, einen Sohn des Kurfürsten von Sachsen zum Administrator. Die Domherrn hielten dieses Verfahren für das rathsamste, denn sie meinten, daß dieses der Kaiser in der Folge thun würde, wenn sie es nicht thäten, und daß ihnen alsdann ein katholischer Prinz würde seyn aufgedrungen worden.

Dieser Vorfall konnte freilich dem kurbrandenburgischen Hause nicht angenehm seyn; allein in der Folge

ge ereigneten sich weit unangenehmere Begebenheiten. Schon die nahe an den brandenburgischen Grenzen stehende Wallensteinsche Armee erregte bei dem Kurfürsten George Wilhelm mancherlei Besorgnisse. Dieselbe Besorgniß empfand auch der Kurfürst von Sachsen. Beide Kurfürsten bemühten sich daher im J. 1625 die streitenden Parteien zu vereinigen; allein ihre Bemühungen waren vergeblich, denn Tilli und Wallenstein, welche sich beide in wohlhabenden Gegenden, Ersterer im Braunschweigischen, und letzterer im Magdeburgischen und Halberstädtischen, mit ihren Truppen gelagert hatten, machten solche Bedingungen, daß die niedersächsischen Fürsten denselben kein Gehör geben konnten, und daß folglich die Hoffnung zum Frieden verschwand und die Besorgnisse der Protestanten vermehrt wurden.

Schon im J. 1626 mußte die Mark Brandenburg, obgleich ihr Kurfürst die Neutralität beobachtete, die üblen Folgen des Krieges sehr empfinden. Zwar hatte Wallenstein dem George Wilhelm versichert, daß die Mark Brandenburg nicht solle berührt werden, wenn sie auch gleich nur mit einem seidenen Faden umgeben wäre; aber demohngeachtet drückte er doch schon in diesem Jahre mit seinen Truppen die brandenburgischen Grenzen. Das Ungemach war jedoch noch unbedeutend, gegen dasjenige, welches dem Lande zugefügt wurde, als der Graf von Mannsfeld nebst dem dänischen Feldherrn Hans Philipp von Fuchs vom dänischen Könige Christian IV. waren abgeschickt worden, um den Wallenstein von der Elbe zu vertreiben. Der Graf Mannsfeld blieb diesseits der Elbe und ließ für seine Armee in der Kurmark große Lieferungen ausschreiben, welche aus 233 Wspl. Roggen, 800 Wspl. Gersten

und Haber, 5040 Tonnen Bier, 5000 Ochsen und 300 Hammeln bestanden haben sollen *). Hingegen der dänische Feldherr Philipp von Fuchs war in der Altmark eingedrungen, wo er mehrere Städte z. B. Salzwedel, Stendal und Tangermünde in Besitz nahm. Sehr groß war der Schaden, welchen Fuchs dieser brandenburgischen Provinz zufügte: denn gewöhnlich wird derselbe auf 16 Tonnen Goldes angegeben, bei welcher Rechnung man aber die Lieferungen, Quartiergelder andere Unkosten und die Verwüstungen, welche die Felder und Aecker erlitten, in Anschlag bringt. Gesetzt auch, daß diese Angabe etwas zu groß ist; so ist doch so viel gewiß, daß die Truppen dieses dänischen Feldherrn die Einwohner mishandelten, und denselben bisweilen die Schüsseln mit den Speisen an den Kopf warfen, wenn sie die Gerichte nicht nach ihrem Geschmacke fanden **). Mishandlungen dieser Art widerfuhren besonders den beiden Städten Stendal und Tangermünde. So bald aber der Graf von Mannsfeld nicht nur auf das Wallensteinsche Korps bei Dessau einen unglücklichen Angrif gemacht, sondern auch eine gänzliche Niederlage erlitten hatte, so mußte der dänische Feldherr Fuchs, dessen Aufenthalt in der Mark den Einwohnern schon viel zu lange gedauert hatte, durch Havelberg und Werben über die Elbe nach Niedersachsen zurückkehren.

Der Graf von Mannsfeld hatte mit seinem Heere schon mehrere Angriffe auf die Dessauer Schanze unternommen, die ihm aber alle misglückten. Am un-

*) Buchholz, Geschichte der Kurbrandenburg. III. Band. S. 594.

**) Beckmann, historische Beschreibung der Kur und Mark Brandenburg. V. Th. 1 Buch 2 und 6tes Kapitel.

unglücklichsten endigte sich aber für diesen Feldherrn der am 25sten April unternommene Angrif. An diesem Tage wurde er, wie ich schon vorhin angeführt habe, gänzlich geschlagen und mit ihm zugleich Markgraf Christian Wilhelm, welcher einige Tage zuvor mit Hülfstruppen zu ihm gestoßen war. Nach diesem unglücklichen Gefecht führten beide den Ueberrest ihrer Truppen durch die Mark Brandenburg nach Schlesien, um den Kriegsschauplatz in die kaiserlichen Erbländer zu verlegen, zu welcher Unternehmung Christian IV. ihnen einige Hülfstruppen unter Anführung des Herzogs Johann Ernst von Sachsen Weimar zuschickte. Die Leute des Grafen von Mannsfeld zeigten auf ihrem Rückzuge sehr große Zügellosigkeit. Am meisten empfand dies die Stadt Nauen, welche in Brand gesteckt wurde, weil sie sich geweigert hatte dieselben aufzunehmen. Kurz, wo sie nur hinkamen, plünderten und sengten sie gleich einer Räuberbande, so daß der Kurfürst ein allgemeines Aufgebot ergehen ließ, um Gewalt mit Gewalt zu vertreiben. Die Bürger, an welche das Aufgebot ergangen war, wollten auch einen Angrif unternehmen, allein der Obrist Kracht, welcher vom Kurfürsten zum Befehlshaber war ernannt worden, wollte es nicht zugeben *). Aber demohngeachtet ließen sich einige 100 Bürger, die allzu sehr durch das schlechte Betragen der durchziehenden Truppen aufgebracht waren, nicht abhalten auf die zuletzt abziehenden 1000 Reuter einen Angrif zu unternehmen. Dies brachte aber mehr Schaden als Vortheil, denn die mannsfeldischen Reuter steckten aus Rache einige Dörfer in den Brand.

Nachdem einmal das Unglück über die Mark Brandenburg ausgebrochen war, folgte ein unglückli-

*) Buchholz, am angeführten Orte. S. 595.

cher Vorfall auf den andern. Der General Wallenstein welcher anfangs nicht Willens war, dem geschlagenen Mannsfeld nachzufolgen, sondern bei der Elbe stehen zu bleiben, damit er die Communication mit dem General Tilli unterhalten könne, änderte plötzlich seinen Entschluß, als er die Nachricht erhielt, daß der Graf Mannsfeld Anstalten mache mit seinen Truppen in die kaiserlichen Erbländer einzudringen. Er verließ also seine Stellung bei der Elbe, brach mit seinen Truppen auf und führte dieselben durch die Mark Brandenburg, um die Absichten des Grafen von Mannsfeld zu vereiteln. Dieser Durchzug war für die Mark Brandenburg gleichfalls sehr drückend: denn auch dem Wallenstein mußte für seine Truppen der Unterhalt geliefert werden. Unterdessen waren Graf Mannsfeld, Markgraf Christian Wilhelm und der Herzog von Weimar durch ganz Schlesien gezogen und Ersterer aus dieser Gegend mit einem Theile der Truppen nach Ungarn gegangen. Hier vereinigte er sich mit dem Bethlem Gabor, dem Fürsten von Siebenbürgen. Als dieser aber bald nachher einen Waffenstillestand schloß, so sahe sich Graf Mannsfeld genöthiget seine Truppen auseinander gehen zu lassen, und sein Geschütz nebst allem übrigen Kriegsgeräthe zu verkaufen. Hierauf wollte er durch Italien nach Deutschland zurückkehren; er starb aber auf dieser Reise in Bosnien. Ein gleiches Schicksal widerfuhr auch den Herzog von Sachsen Weimar, welcher bisher in Schlesien einige Vortheile erfochten hatte. Nach seinem Tode übernahmen der Markgraf Christian Wilhelm und der Graf von Thurn den Oberbefehl über die in Schlesien stehenden Truppen.

Genug Elend und Ungemach hatten zwar die Märker in diesem Jahre schon ausgestanden; allein, wie wir anjetzt hören werden, verbreitete sich noch ein größeres

res Ungemach über die Mark Brandenburg. Und zwar geschahe dies nach der unglücklichen Schlacht bei Lutter *), in welcher Christian IV. den 27. August dieses Jahres war geschlagen worden. Die Altmark, durch welche seit dieser Zeit bald kaiserliche bald dänische Truppen durchzogen, empfand zuerst aufs neue die üblen Folgen des Krieges. Besonders wurde diese Gegend von den Truppen des Herzogs George von Lüneburg welcher sich erst seit kurzer Zeit für die Sache des Kaisers erklärt hatte, sehr gedrückt. Der Herzog selbst hatte sein Hauptquartier zu Gardeleben **), wo er bis zu Anfange des folgenden Jahres stehen blieb. Und die ganze Zeit hindurch mußte diese Stadt wöchentlich 800 Rthlr. zahlen.

Die Lage George Wilhelms war in der That sehr traurig, denn seine Länder hatten schon die üblen Folgen des Krieges auf eine schreckliche Art empfunden, ohne daß er selbst Krieg führte. In gegenwärtigen Zeiten war er nur auf Mittel bedacht, durch welche er sich dem kaiserlichen Hofe gefällig beweisen konnte. Der Kaiser benutzte auch diesen günstigen Augenblick und schickte den Karl Hannibal Burggrafen von Dohna, welcher dem Kurfürsten den Antrag machen mußte den Maximilian von Baiern als Kurfürsten anzuerkennen. George Wilhelm bequemte sich nicht nur in diesem Stücke nach dem Willen des Kaisers, sondern, um noch einen anderen Beweis seiner Ergebenheit gegen denselben zu zeigen, ließ er drei Schriften bekannt machen, in welchen er befahl, daß alle seine Unterthanen und Vasallen, welche bei solchen Fürsten, die gegen den Kaiser Krieg führten, Kriegsdienste genommen hätten, dieselben verlassen und unter den Fahnen

*) Galletti, am angeführten Orte.

**) Beckmann, am angeführten Orte.

nen des Kaisers oder unter den Fahnen seiner Bundesgenossen fechten sollten.

Durch dieses Betragen gegen den Kaiser hoffte der Kurfürst seine Länder gegen feindliche Behandlungen gesichert zu haben. Allein das Jahr 1627 war ein Beweis, daß er sich getäuscht hatte. Zwar war auf seinen Befehl durch den Obristen Kracht zur Landesvertheidigung ein Regiment angeworben worden; jedoch reichten Anstalten solcher Art nicht zu, um eine gehörige Sicherheit zu verschaffen. Das Jahr 1627 war noch weit schlimmer als das vorige, denn in demselben wurde die Mark Brandenburg der Schauplatz des Krieges. Von dem Kriege ist es schon unzertrennlich, daß die Gegend, wo er geführet wird, auf mancherlei Art leidet, wenn auch gleich die kriegführenden Mächte die strengste Mannszucht beobachten, und weder durch Gewaltthätigkeiten noch durch Contributionen dem Lande beschwerlich fallen. Dies Letztere fand aber in der Mark Brandenburg nicht statt, sondern beide Parteien verminderten noch mehr durch gewaltsame Erpressungen den Wohlstand des Landes.

Von dänischen Truppen waren die Elbe und die Havel besetzt worden. Um dieselben aus diesen Gegenden zu vertreiben, hatte Tilli einige seiner Truppen in die Mark Brandenburg geschickt. Dieselben fielen dem Lande sehr zur Last: denn bald bei ihrem Eintritt verlangten sie, daß die Märker ihnen monatlich 8079 Rthlr. an Gelde, 1054 Ochsen, 158 Wispel Roggen und 3185 Tonnen Bier liefern sollten. Mehrere Städte z. B. Brandenburg, Rathenau Perleberg und Havelberg wurden von den Tillischen Truppen in Besitz genommen. Was den zuletzt angeführten Ort anbetraf, so erhielten sie zwar die Stadt aber nicht den Dohm, welchen schon dänische Truppen unter Anführung

rung des Markgrafen von Baden Durlach besetzt, und sich daselbst verschanzt hatten. Diese machten ein starkes Artillerie Feuer und hielten dadurch die Kaiserlichen ab über die Havel eine Schiffsbrücke aufzuschlagen. Bei dieser Gelegenheit wurde beinahe die ganze Stadt Havelberg ein Raub der Flammen. Als aber der Herzog Georg von Lüneburg zwischen Rathenau und Havelberg über die Havel gegangen war, und alle seine Leute auf die Seite des Doms übergesetzt hatte; so fand der Markgraf von Baden nicht für rathsam einen Angrif abzuwarten, besonders, weil die beiden feindlichen Armeen sowohl unter dem General Wallenstein als auch unter dem General Tilli ihm zu mächtig waren. Er zog sich also am 13. August ins Meklenburgische zurück. Die Kaiserlichen konnten sich nunmehr ungehindert in der Mark Brandenburg ausbreiten und von da ihre schon erhaltenen Vortheile noch mehr verfolgen.

Unterdessen war auch Markgraf Christian Wilhelm, der das Heer commandirte, welches ehemals unter den Befehlen des Herzogs von Weimar gestanden hatte, aus Schlesien vom General Wallenstein vertrieben worden. Als er nun seinen Rückzug durch die Neumark nahm; so folgten ihm die Kaiserlichen unter dem General Wallenstein nach, breiteten sich in kurzer Zeit in der ganzen Mark Brandenburg, besonders in der Mittelmark aus, besetzten Frankfurt an der Oder und auch sogar die Residenzstadt Berlin, jedoch verweilten sie diesmal nicht lange in dieser Gegend, sondern giengen in das Meklenburgische. Nachdem sie aber aus dieser letzteren Gegend die Dänen vertrieben hatten; so erschienen sie wieder in der Mark Brandenburg und besetzten nicht nur dieses Land sondern auch Mecklenburg und Pommern. Allenthalben geschahen große Bedrükungen, welche theils in Lieferungen von Lebensmitteln,

theils in Auferlegung ansehnlicher Contributionsgelder bestanden. So mußte z. B. die einzige kleine Stadt Drossen, welche außerdem noch viele andere Bedrükungen erlitt, dem kaiserlichen General Graf Portia 30000 Floreen schweres Gold geben und überdies noch ihm ein Zeugniß seines Wohlverhaltens ertheilen, durch welches er sich in der Folge zu Wien rechtfertigte, als er wegen seines schlechten Verhaltens vom Kurfürst George Wilhelm verklagt wurde.

Sehr groß waren besonders die Bedrückungen, welche der kaiserliche Feldherr Montecuculi in der Neumark ausübte. Desselben Tafel mußte täglich mit 40—60 Schüsseln besetzt seyn, so wie der Tisch eines jeden seiner Officiere zum wenigsten mit 6—12 Speisen. Der gemeine Soldat plünderte, im Fall wo er kein Geld bekommen konnte, nahm er Kleidungsstücke, und übte Mishandlungen aus, unter welchen mancher Landmann sein Leben endigte. Und keine brandenburgische Gegend blieb von solchen Beschwerden befreit, nur mit dem Unterschiede, daß die Oerter in welchen Truppen von der Wallensteinischen Armee standen, das Unglück des Krieges in einem stärkeren Grade empfanden, als diejenigen Gegenden, welche Tilli mit seinen Leuten heimsuchte. Zwar bewies Letzterer gleichfalls keine Schonung, aber doch einen größeren Grad der Mäßigung als Ersterer. Es scheint zwar unwahrscheinlich zu seyn, daß die Summe Geldes, welche Wallenstein in der Mark Brandenburg erpressen ließ, aus 20 Millionen Gulden bestanden haben soll; allein die vorhandenen schriftlichen Urkunden von mehreren Städten, aus welchen wir die Summe Geldes kennen lernen, welche eine jede derselben geben mußte, beweisen, daß jene Angabe nur wenig oder vielleicht gar nicht übertrieben ist.

Der

Der Kurfürst war zwar von der traurigen Lage seines Landes unterrichtet, aber zu ohnmächtig, um das allgemeine Elend zu vermindern. Das einzige, aber leider fruchtlose Mittel, welches ihm nur noch offen stand, bestand darin, daß er über das schlechte Betragen des kaiserlichen Heeres Klage bei dem Kaiser führte. Dies that er schon am Ende des Jahres 1627 und besonders waren diese Klagen gegen den General Wallenstein gerichtet. Die vorzüglichsten Klagpuncte waren folgende: das Land sey durch Einquartierungen allzu sehr beschweret; die monatliche Contribution betrage in manchen Kreisen mehr als 20000 Flor; z. B. in der einzigen Stadt Berlin über 10000 Flor; die Felder lägen unbebaut, weil den Bauern die Pferde weggenommen würden; 4—500 Häuser wären zerstört und von Einwohnern verlassen, weil die Letzteren, um den harten Behandlungen zu entgehen, anfiengen in großer Menge den vaterländischen Boden zu verlassen, in der Hofnung ruhigere Wohnsitze zu finden, und von den kaiserlichen Generalen werde nicht einmal verstattet, für die wenigen kurfürstlichen Kriegsvölker die Contributionsgelder einzutreiben.

Der kaiserliche Hof achtete aber auf alle diese Vorstellungen sehr wenig, sondern ertheilte dem Kurfürsten nur leere Vertröstungen, indem er versprach die Officiere zur Verantwortung zu ziehen. Daß dies nur leere Worte waren, empfand das Land am besten: denn wurde auch ja einmal ein Officier abgerufen, so kam an dessen Stelle ein anderer, welcher noch härter oder zum wenigsten eben so hart als der vorhergehende verfuhr.

Ein gleiches hartes Schicksal hatten auch die jülisch-cleviſchen Länder in Westphalen, von welchen dem brandenburgischen Hause ansehnliche Stücke zugehörten.

Schon

Schon bei dem Antritt George Wilhelms waren dieselben von spanischen und holländischen Truppen besetzt. Und im J. 1621, nachdem der 12jährige Waffenstillestand beendiget war, erneuerten die Spanier gegen die Holländer den Krieg, und jene Gegenden wurden der Schauplatz desselben und empfanden dasselbe Ungemach, von welchem die Mark Brandenburg gedrückt wurde.

Die protestantischen Reichsstände waren schon längst überzeugt gewesen, daß des Kaisers Ferdinand II. Absicht sey, nicht nur die Religionsfreiheit der Protestanten zu unterdrücken, sondern auch ganz Deutschland seiner Herrschaft zu unterwerfen. Anjetzt fiengen aber auch verschiedene catholische Fürsten an, dieselbe Besorgniß zu hegen, da sie sahen, daß verschiedene catholische Länder von den kaiserlichen Truppen nicht besser als die protestantischen behandelt wurden. Am meisten äußerten Kurbaiern und Kursachen ihre Unzufriedenheit wegen der allenthalben in Deutschland stehenden zahlreichen kaiserlichen Heere, welche nach ihrer Meinung der deutschen Freiheit nachtheilig werden könnten. Um diese Fürsten einigermaßen zu beruhigen, ließ der Kaiser einige Truppen aus Sachsen zurückgehen. Der Kurfürst von Baiern war hiermit noch nicht zufrieden, sondern veranstaltete vielmehr zu Heidelberg eine Versammlung der Liga, wo man sich vereinigte aus allen Kräften den Frieden zu befördern, den Protestanten den Religionsfrieden zu sichern und zur Aufrechthaltung der deutschen Verfassung eine Armee zu unterhalten.

Die im J. 1629 mit dem König von Dännemark Christian IV. eröfneten Friedensunterhandlungen gaben einige Zeit für die Zukunft die schönsten Hofnungen. Allein der am 12ten May dieses Jahres mit diesem Könige zu Lübeck geschlossene Friede zernichtete

alle

alle jene Erwartungen, enthielt Stoff zu neuen Kriegen und erfüllte die Brust eines jeden biederen Deutschen mit bangen Ahndungen: denn in jenem Friedensschlusse hatte Christian IV. alle verlohrnen Länder zurück erhalten, aber auch versprechen müssen, sich in der Zukunft nicht um die Angelegenheiten des deutschen Reichs zu bekümmern. Diese Besorgnisse waren auch in der That gegründet, wie es der Erfolg allzusehr bewiesen hat. Ehe ich aber fortfahre die ferneren Begebenheiten des dreißigjährigen Krieges, und die Schicksale, welche während desselben die brandenburgischen Staaten gehabt haben, zu erzählen, muß ich noch zuvor einige andere Vorfälle anführen.

Begebenheiten des Herzogthums Preußen.

Der Kurfürst George Wilhelm schien vom Schicksal gleichsam bestimmt zu seyn alles Unglück, was nur irgend einen Regenten treffen kann, zu erdulden. Schon bei den Lebzeiten seines Vaters sollte ihm die Nachfolge in Preußen versagt werden und zwar auf Veranstaltung seiner Mutter Anna, welche gegen ihren jüngeren Sohn, der die lutherische Lehre angenommen hatte, eine größere Liebe besaß. Allein alle ihre Bemühungen, ihren Gemahl Johann Sigismund zu überreden, daß er seinen älteren Sohn von der Nachfolge in Preußen ausschließen und seinen jüngeren Sohn zum Regenten dieses Landes bestimmen mögte, waren fruchtlos. Aber demohngeachtet kostete es George Wilhelm nach dem Absterben seines Vaters viele Mühe, ehe er die Belehnung über Preußen erhielt: denn so wohl der König von Polen Sigismund III. als auch die preussischen Landstände legten ihm so viele Hindernisse in den Weg, daß Jahre verstrichen, ehe die Belehnung über Preußen wirklich erfolgte. Und zwar

suchte man ihn von der Nachfolge in Preußen auszuschließen, theils weil er sich für die reformirte Lehre erklärte, theils weil er ein Schwager des Königs von Schweden Gustav Adolphs war, mit welchem Sigismund III. schon damals in keinem guten Vernehmen stand.

Gleich nach dem Tode seines Vaters war der Kurfürst nach Preußen abgereist, um daselbst seine Angelegenheiten in eigener Person zu betreiben. Schon diese Reise wurde von dem polnischen Hofe übel aufgenommen, denn derselbe behauptete, daß vermöge des Lehnsdiploms des Kurfürsten Johann Sigismund kein brandenburgischer Kurfürst eher nach Preussen kommen könne, zuvor er vom polnischen Könige nicht die Belehnung erhalten habe. Allein Kurbrandenburg erinnerte dagegen, daß in jenem Diplom nicht das Hereinkommen ins Land, sondern der Antritt der Regierung gemeint sey. Jedoch beruhigte sich der König von Polen bald über diesen Punct, als der kurfürstliche Gesandte zu Warschau die Versicherung ertheilet hatte, daß sein Herr der Kurfürst von Brandenburg nicht nur ohne Widerspruch den Oberräthen die Regierung des Landes überlasse, sondern sich auch bis zur geschehenen Huldigung des herzoglichen Titels enthalte. Was aber die Belehnung über Preußen anbetraf, so war der König wohl nicht Willens dieselbe so bald dem Kurfürsten zu ertheilen. Wie wenig er demselben zugethan gewesen sey, beweist unter andern auch der Umstand, daß er durch einen Gesandten den Kurfürsten von Sachsen überreden ließ bei den gegenwärtigen Unruhen die Partei des Kaisers zu ergreifen, weil er alsdann von demselben eine günstige Entscheidung der jülichschen Successionssache erwarten könne. Alle diese traurigen Aussichten schwächten jedoch nicht den Eifer, mit welchem

chem George Wilhelm seine preußischen Angelegenheiten zu betreiben angefangen hatte. Im Jahr 1620 reiste er selbst nach Grodno zu dem König von Polen, wodurch er jedoch nichts ausrichtete, denn Sigismund III. nahm keine bessere Gesinnungen gegen ihn an, weil er auf den Antrag, die Partei des Kaisers zu ergreifen, sich mit der Neutralität entschuldigte.

Während der Anwesenheit des Kurfürsten in Grodno, war die Unzufriedenheit der preussischen Landstände sehr laut geworden. Verschiedene Landräthe hatten nämlich bei den Oberräthen, welche, so lange der Kurfürst von Brandenburg noch nicht von dem polnischen Könige die Belehnung erhalten hatte, Regenten genannt wurden, ihre Beschwerden vorgetragen. Dieselben betrafen theils die vorige Regierung, theils die jetzigen Regenten. Besonders beschwerten sie sich, daß die calvinische Religion öffentlich im Lande geübt würde, und daß die Regenten die öffentliche calvinische Religionsübung nicht zu verhindern suchten. Die Regenten bemühten sich zwar die Landstände zu besänftigen, indem sie versprachen, solche Einrichtungen, welche etwa gegen die Privilegien eingeführet wären, zu verbessern, aber auch zugleich den Rath ertheilten, die Abänderung anderer Stücke bis zur angetretenen Regierung des Kurfürsten zu verschieben. Mit dieser Antwort war man nicht zufrieden, sondern drohte sich deshalb an den König von Polen zu wenden, welche Drohung auch sogleich ausgeführet wurde. Zu gleicher Zeit traten auch die Geistlichen auf und brachten bei den Regenten ihre Klagen vor, welche gegen die Reformirten und gegen die öffentliche Ausübung des reformirten Gottesdienstes gerichtet waren, indem sie besonders ihre Unzufriedenheit anzeigten, daß der neue Landesfürst calvinisch sey

und

und die Ausübung des calvinischen Gottesdienstes nicht unterlasse. Wegen dieser Klagepunkte verglich sich der Kurfürst noch im J. 1620 mit den Landständen und zwar auf folgende Art: daß man wegen des reformirten Gottesdienstes auf dem Schlosse sich nicht bekümmern, sondern darauf ankommen lassen, wie sich der Kurfürst über diesen Punct mit dem König von Polen vergleichen werde, und folglich deshalb die Belehnung nicht verhindern wolle. In dem folgenden Jahre 1621 entwarf die Geistlichkeit Glaubensartikel, welchen noch eine Eidesformel beigefügt war, die so wohl von denen, welche schon in öffentlichen Aemtern waren, als auch von denen, welche künftig zu solchen Aemtern gelangen würden, sollte beschworen werden. Die Hauptabsicht, welche man hierdurch zu erlangen hoffte, war die Unterdrückung der calvinischen Lehre, welche sowohl in den Glaubensartikeln als auch in der Eidesformel gottes lästerlich und unverschämt genannt wurde. *) Die misvergnügten preußischen Stände bemühten sich hierauf zu bewirken, daß der König von Polen sowohl jene Glaubensartikel als auch jene Eidesformel bestätigen möchte; allein der zu Warschau befindliche preußische Gesandte Bergmann war so glücklich diese Sache gänzlich zu hintertreiben.

Unterdessen hatte der Kurfürst eine Gesandschaft nach Warschau geschickt, welche die Belehnungssache mit Eifer betreiben sollte. Dem von ihrem Kurfürsten erhaltenen Auftrage gemäß trugen sie darauf an, daß die Huldigung noch vor dem Reichstage sollte vollzogen werden, im Falle dies aber nicht geschehen könne, daß alsdann dem Kurfürsten die Regierung solle übergeben werden und zwar gegen einen Revers, in welchem

George

*) Hartknochs preußische Kirchenhistorie.
Herings Beiträge zur Geschichte der reformirten Kirche.

George Wilhelm versprechen wolle, auf dem Reichstage zur Leistung der Huldigung zu erscheinen, sobald es würde verlangt werden; oder daß zum wenigsten die Regenten in des Kurfürsten Namen und mit Vorsetzung seines Titels die Regierung führen und daß die preußischen klagenden Landstände mit ihren Beschwerden an den Kurfürsten gewiesen werden sollten. Die brandenburgischen Gesandten erhielten aber von Sigismund III. auf ihre gemachten Vorstellungen keine bestimmte Antwort, sondern derselbe meinte, er könne über diese Sache keine Erklärung geben, ohne zuvor den Senat um Rath gefragt zu haben.

An dieser Antwort hatten die Gesandten der misvergnügten preußischen Landstände, welche zu gleicher Zeit in Warschau angekommen waren, nicht geringen Antheil. Dieselben trugen nämlich darauf an, daß die Belehnung möchte aufgeschoben, daß von dem Reichstage nach Preußen eine Commission möchte geschickt werden, welche so wohl den allgemeinen Beschwerden abhelfen, als auch alles für ungültig erklären, was die vorigen Herzoge ohne Einwilligung der Regimentsräthe verordnet hätten und endlich auch untersuchen solle, ob der Kurfürst wegen seiner Religion auch successionsfähig sey. An diesen unangenehmen Vorfällen soll die verwittwete Kurfürstinn Anna großen Antheil gehabt haben, die alles aufbot, um ihrem Sohn Joachim Sigismund das Herzogthum Preussen zu verschaffen. Mehrere preußische Stände waren auch für denselben gestimmt, allein sie änderten ihre Gesinnungen, als sie erfuhren, daß dieser Prinz zu Sedan in Frankreich sich öffentlich zur reformirten Kirche bekannt hatte. Obgleich der Kurfürst von Brandenburg dem König Sigismund III. sehr vortheilhafte Anerbietungen machen ließ; so wurde doch von Seiten des polnischen

Hofes die Belehnungssache absichtlich aufgeschoben. Endlich erschien in Preußen eine königliche Commission, welche anfangs sich mit dem Kurfürsten verglich, denselben in der Regierung bestätigte und die Unterthanen zum Gehorsam anwies. Die misvergnügten preußischen Landstände, welche von dieser Commission ganz andere Sachen erwartet hatten, waren mit jenem Vergleiche unzufrieden und brachten es auch wirklich so weit, daß nicht nur durch einen königlichen Befehl der gemachte Vertrag wieder aufgehoben, sondern auch die schon erwähnten Glaubensartikel und Eidesformel bestätiget wurden.

Nach so vielen vergeblich angestellten Versuchen, nahm der Kurfürst zu den polnischen Landständen seine Zuflucht, indem er dieselben bat seine Angelegenheiten am königlichen Hofe zu betreiben. Dieses Mittel war wirksam: denn der Streit wegen der preußischen Belehnung wurde auf dem Reichstage zu Warschau beendiget und der Kurfürst ließ sich in eigner Person den 18ten September 1671 die Belehnung ertheilen. Von da reiste er sogleich nach Königsberg, wo ihm nunmehr ohne Widerstand die Huldigung geleistet wurde. Die Reformirten erhielten aber in diesem Lande keine Religionsfreiheit; jedoch ließ der Kurfürst, so wie es auch sein Vater gethan hatte, während seiner Anwesenheit zu Königsberg, auf dem Schlosse den reformirten Gottesdienst halten.

Zwar war George Wilhelm als Herzog von Preußen gehuldiget worden, aber demohngeachtet fuhren die misvergnügten Stände noch immer fort bei jeder Gelegenheit ihre Widerspenstigkeit gegen das brandenburgische Haus zu beweisen. Sie würden dieses vielleicht nicht gethan haben, wenn sie nicht mit Gewisheit auf die Unterstützung des polnischen Hofes hätten

ten rechnen können. Dies war auch der Fall in den Jahren 1629, 1630 und 1631, als der Kurfürst den zu Königsberg befindlichen Reformirten in dem ersten der genannten Jahre einen Platz schenkte, auf welchen sie ihre Todten begraben konnten, um den Verdrüßlichkeiten, welche sich bisher bei den Begräbnissen der Reformirten ereignet hatten, vorzubeugen. Und zugleich hatte er verordnet, daß dieses Stück Acker von jetzt an von allen Abgaben befreit seyn sollte. Von Seiten des Königsberger Magistrats wurde die Sache sogleich an den polnischen Hof berichtet. Im Anfange des Jahres 1630 ließ der König von Polen wegen dieser Sache ein Rescript an den Kurfürsten und an die Oberräthe ergehen, in welchem den letzteren anbefohlen wurde, sich dem von Kurfürsten ertheilten Begräbnißprivilegium zu widersetzen, weil derselbe unter dem Vorwande der Begräbnisse die Absicht habe die neue und in den Landesconcessionen verbotene Religion einzuführen. Ob nun gleich George Wilhelm versichern ließ, daß er eine solche Absicht nicht habe, so erfolgte dennoch im J. 1631 ein zweites Rescript, in welchem unter andern auch gesagt wurde: „die Zwinglianer, Calvinisten, „Arianer, Anabaptisten, und dergleichen Secten wären „aus dem Lande verbannt, sie könnten daher keinen Grund „und Boden oder andere Besitzungen im Lande zu eigen „haben, da ihnen vielmehr nach den Gesetzen Feuer und „Wasser zu versagen sey. Da man aber doch den Todten die menschliche Pflicht nicht versagen könne, wenn „es gleich bei den Lebendigen nach den Gesetzen geschähe: so sollte jedermann gegen denselben Preis auf dem gemeinen Kirchhofe begraben werden; aber der reformirte „Kirchhof sollte wieder abgeschaft, und das darüber gegebene Privilegium cassirt werden und den Regimentsräthen sollte darüber die Execution übertragen seyn." — Jedoch scheint dieser Befehl des Königs von Polen

nicht immer seyn beobachtet worden: denn eine in Stein eingehauene Inschrift zeigt an, daß die beiden brandenburgischen Prinzessinnen Louise Charlotte und Hedwig Sophie im J. 1640 noch vor dem Tode ihres Vaters die eine Seite jenes Kirchhofs auf ihre Kosten mit einer Mauer umgeben ließen, aus welchem Umstande man den Schluß machen kann, daß dieser Platz schon bisweilen zu dem bestimmten Endzweck sey gebraucht worden. Der freie und ungehinderte Gebrauch dieses Platzes wurde aber nicht eher als unter der folgenden Regierung im J. 1641 zugestanden. *)

Als ich die Schwierigkeiten anführte, welche dem Kurfürsten gemacht wurden, ehe er die Belehnung über Preußen erlangte, habe ich auch schon erwähnt, daß die nahe Verwandschaft des Kurfürsten mit dem Könige von Schweden größtentheils Ursach war. Der König von Polen stand nämlich mit Gustav Adolphen nicht in dem besten Vernehmen, welches sich immermehr verschlimmerte, bis endlich ein förmlicher Krieg ausbrach. Sowohl die Veranlassung dieses Krieges, als auch die Schicksale, welche Preussen bei dieser Gelegenheit trafen und das Verhalten des Kurfürsten muß ich anjetzt kürzlich darstellen.

Der König von Polen Sigismund III. war auch vormals König in Schweden gewesen; allein verschiedene Umstände, unter andern auch, weil er sich in Polen und nicht in Schweden aufhielt, bestimmten die schwedischen Landstände demselben den Gehorsam aufzukündigen und die Regierung dem Karl von Südermannland zu übertragen. Nichts war wohl natür-

*) Herings Beiträge zur Geschichte der ref. Kirche.
Hartknochs Kirchengeschichte des Herzogthums Preußen.

türlicher, als daß diese beiden Fürsten in einen Krieg verwickelt wurden. Gustav Adolph, ein Sohn Karls von Südermannland, wurde nicht nur der Erbe der schwedischen Krone, sondern auch jenes Krieges. Die kriegerischen Unternehmungen dieses jungen Königs hatten einen sehr glücklichen Erfolg gehabt: denn beinahe ganz Liefland war von ihm erobert worden, aber demohngeachtet war er von Sigismund III. als König von Schweden nicht anerkannt worden. Der Krieg war auch noch nicht beendiget, sondern nur durch einen Waffenstillestand, wie dies schon einigemal der Fall gewesen war, unterbrochen. Im J. 1626 wurde derselbe durch Gustav Adolph erneuert. Die starken Zurüstungen, welche dieser Monarch machen ließ, hatten schon die Aufmerksamkeit des Kurfürsten von Brandenburg erregt. George Wilhelm ließ deshalb zur Vertheidigung der Festung Pillau aus Danzig vier Schiffe kommen, die Festungswerke mit groben Geschütze versehen, die Besatzung verstärken, in Holland 200 geübte Kriegsvölker in Sold nehmen, und in Preußen sowohl Fußvolk als auch Reiterei anwerben. Dies alles geschahe nicht bloß um für die Sicherheit seiner Länder zu sorgen, sondern auch um den Pflichten eines polnischen Lehnsträgers ein Gnüge zu leisten. Zwar hatte man geglaubt, daß der König in Rücksicht seines Schwagers den Weg nicht durch Preußen nehmen werde, allein man hatte sich geirrt: denn Gustav Adolph landete in der Pillauer Gegend. Die Festung ließ er rechts liegen und setzte seine Kriegsvölker auf kleinen Fahrzeugen ans feste Land. Von den vier ausgerüsteten Schiffen strandete das eine und die drei übrigen, welche nach Königsberg entfliehen wollten, wurden von der schwedischen Flotte aufgefangen, nachher aber wieder in Freiheit gesetzt, nachdem das Versprechen war geleistet worden, daß man sich derselben in

der Zukunft nicht wieder gegen Schweden bedienen wollte. Die Festung Pillau ergab sich hierauf an den König von Schweden, weil sie nicht wagen konnte eine Belagerung auszuhalten: denn die schwedische Flotte bestand aus 150 Segeln und das schwedische Heer welches vom König und vom Feldmarschall Wrangel angeführet wurde, belief sich auf 15000 Mann, und die Besatzung der Stadt war zu schwach und das neu angelegte Werk noch nicht vollendet. Der Kurfürst selbst befand sich gerade zu dieser Zeit in der Mark Brandenburg. Es schickten also die preußischen Oberräthe, sobald sie von der Landung des Königs Nachricht bekommen hatten, Gesandte ab, die sich wegen der Absicht der Landung erkundigen sollten. Gustav Adolph ertheilte denselben zur Antwort: „daß er „nicht Willens sey gegen seinen Schwager Feindseligkeiten auszuüben daß er aber Pillau hätte in Besitz nehmen müssen, um sich den Rücken zu decken, und „in Ermeland eindringen zu können. Gegen die Landeseinwohner werde er sich als Freund bezeigen, und, „wenn man gegen ihn auf gleiche Art zu verfahren gesonnen wäre, solle niemanden ein Huhn genommen „werden. Er bäte also, daß sie sich mit wenigen Worten erklären möchten, ob sie Freunde oder Feinde seyn „wollten. Uebrigens würde er bereits das Herzogthum Preußen, wie eine polnische Provinz behandelt „haben, wenn dasselbe nicht seinem Schwager zugehörig und der evangelischen Religion zugethan wäre.“ — Bei dieser Erklärung beharrte der König standhaft und achtete nicht auf die Gegenvorstellungen der preußischen Landstände, welche behaupteten, der Kurfürst müsse Pillau gegen jeden vertheidigen, wenn er nicht in Gefahr gerathen wolle des Herzogthums Preussen für verlustig erklärt zu werden, und daß sie folglich die Willensmeinung des Kurfürsten einholen müßten, ehe sie über

über diese Sache eine bestimmte Antwort ertheilen könnten. Der König, welcher unterdessen in das Bisthum Ermeland eingedrungen war, verwarf solche Entschuldigungen und ließ den preußischen Ständen bekannt machen, daß sie von ihm als Feinde würden behandelt werden, wenn sie sich nicht bestimmt erklären würden, ob sie neutral bleiben wollten. Kaum hatte er Elbing und Marienwerder in Besitz genommen, als von den Landständen ein Abgeordneter und von der Stadt Königsberg Gesandte erschienen, welche ihm die Annahme der Neutralität verkündigten. Gustav Adolph war sehr erfreut und machte sogleich ein Schreiben bekannt, in welchem er den Einwohnern Preußens den freien Handel und Sicherheit für ihr Eigenthum versprach. Anjetzt erst, nachdem er gewiß erfahren hatte, daß er in seinem Rücken keinen Feind habe, konnte er ungehindert seine Eroberungen fortsetzen. Aller Bemühungen ungeachtet konnte er die Stadt Danzig weder zur Neutralität bewegen, noch sich derselben bemächtigen. Aber eben so wenig konnte auch Sigismund III., welcher mit einem Heere nach Preußen kam, in diesem Jahre etwas gegen die Schweden ausrichten.

Ob nun gleich der Kurfürst dem König von Polen versichern ließ, daß er an allem, was in Preußen vorgefallen sey, keinen Antheil habe: so wurde doch von den Polen die ganze Schuld auf ihn geschoben. Ja man behauptete sogar, daß George Wilhelm schon längst mit Gustav Adolphen in einem Einverständnisse wegen dieser Sache gestanden habe, und daß das schwere Geschütz zu Pillau nur mit Pulver geladen gewesen sey; ja es erschienen sogar Schriften, in welchen man diese Behauptungen vortrug und zugleich zeigte, daß der Friede sowohl in Polen als auch im deutschen

Reiche nur durch den Untergang des Kurfürsten von Brandenburg, des Königs von Schweden und überhaupt der evangelischen Stände könne befördert werden *).

Im Anfange des Jahres 1627 begab sich George Wilhelm mit 4000 Mann Infanterie und 600 Reitern nach Preußen. Er wurde zwar sogleich von den Polen ersucht, diese Truppen zur polnischen Armee stoßen zu lassen, allein er gab diesem Antrage kein Gehör und beschwerte sich vielmehr, daß der polnische Hof ihn eines Einverständnisses mit Schweden beschuldiget habe. George Wilhelm blieb diesen Gesinnungen nicht getreu, sondern auf Zureden des kaiserlichen Gesandten Hannibals Burggrafen von Dohna änderte er dieselben. Auf einem Landtage wurde auch von den Landständen der Entschluß gefaßt, Truppen anzuwerben. Zehntausend Mann waren bestimmt zur Eroberung der Festung Pillau und 10000 Mann um die Grenzen gegen die Schweden zu decken. Während daß man ernstlich bedacht war diese Pläne auszuführen, kam Gustav Adolph im Monat Mai mit Truppen bei Pillau an, verlangte von dem Kurfürsten Parteilosigkeit und ließ nur 24 Stunden zur Bedenkzeit. Um diesem Antrage mehr Nachdruck zu verschaffen, mußten einige 1000 Mann in Preußen einrücken und Lochstädt belagern. Dieses Verfahren hatte auch den Erfolg, welchen der König gewünscht hatte: denn der Kurfürst erklärte sich für die Neutralität. Die Bedingungen, welche festgesetzt wurden, waren folgende: die Neutralität solle bis Michaelis desselben Jahres dauern, der Kurfürst gegen Pillau nichts unternehmen und Lochstädt durch

*) Lengnich Th. V. S. 191, 125. Acta Borussica. Tom. I. p. 774.

durch neue Verschanzungen nicht fester machen; hingegen der König von Schweden solle in Preußen nur so viel Truppen stehen lassen, als zur Besatzung für Pillau und aller dazu gehörigen Schanzen nöthig wären. Dieser Vergleich verlor bald alle Gültigkeit: denn George Wilhelm ließ sich durch polnische Drohungen schrecken und verletzte die verabredete Parteilosigkeit, indem er nämlich dem König von Polen versprach 1000 Mann Infanterie und 200 Reiter zu Hülfe zu schicken. Dieselben wurden auch wirklich abgeschickt, aber von den Schweden gefangen genommen. Die Reiterei wurde unter die schwedische vertheilt, und von dem Fußvolke ein besonderes Regiment formirt, welches wegen seiner gelben Fahnen das gelbe genannt wurde. Nur die Staabsofficiere nebst den Feldschlangen, schickte Gustav Adolph dem Kurfürsten von Brandenburg zurück, und zwar mit der Erinnerung, daß er künftig besser für seine Truppen sorgen möchte.

So wie George Wilhelm bei den Angelegenheiten in Deutschland hin und her schwankte und nicht wußte, welche Partei er ergreifen sollte, sondern sich gewöhnlich von dem Strome fortreißen ließ: eben so war auch sein Verhalten in den preußischen Angelegenheiten. Als er nämlich sahe, daß der König Anstalten traf, das brandenburgische Preußen feindlich zu behandeln und auch schon wirklich damit den Anfang machte; so war er sogleich bereit neue Vorschläge anzunehmen, welche nämlich darin bestanden, daß der Handel der beiderseitigen Unterthanen frei seyn, daß den Königsbergern ihre Parteilosigkeit nicht verargt werden, der Kurfürst weder Soldaten werben noch auch aus anderen Orten z. B. aus dem polnischen Lager Truppen ins Land kommen lassen sollte. Diese Vorschläge wurden angenommen und noch im Monat August dem Kö-

nig die Bestätigung derselben, sowohl vom Kurfürsten als auch von den preußischen Landständen überschickt. Unterdessen gaben sich der Kurfürst von Brandenburg, die holländischen Gesandten und der Fürst von Siebenbürgen, sehr viele Mühe, um den Frieden zwischen Sigismund III. und Gustav Adolphen wieder herzustellen. Allein diese Bemühungen waren vergeblich; denn Sigismund III. bezeigte hierzu keine allzu große Lust, woran der kaiserliche Hof schuld war, welcher Hoffnung machte durch Hülfe der Spanier und der Hanse in der Ostsee eine Flotte zusammen zu bringen, auf welcher 10000 Mann unter Wallenstein nach Schweden könnten übergesetzt werden, um daselbst den Kriegsschauplatz hin zu verlegen.

Im folgenden Jahre 1628 wurden zwar die Bemühungen den Frieden zu bewirken, fortgesetzt, aber auch wegen jener Ursach nichts ausgerichtet. Denn der Kaiser glaubte einmal daß er durch Wallenstein den Sigismund nicht nur in Schweden wieder einsetzen, sondern auch den Holländern allen Handel entziehen werde. Um diesen Feldherrn sich verbindlicher zu machen, ernannte er ihn zum Reichsfürsten, gab ihm das im Herzogthum Schlesien liegende Fürstenthum Sagan als ein Eigenthum und das Herzogthum Meklenburg anfangs nur als ein Pfand. Hierauf ernannte Ferdinand II. diesen neuen Reichsfürsten zum Admiral der Ostsee und die Flotte, zu deren Anführer er bestimmt war, sollte von den Hansestädten gestellt werden. Diese aber weigerten sich den Befehlen des Kaisers Gehör zu geben. Von kaiserlicher Seite trug man kein Bedenken, dasjenige, was man durch Güte nicht erreichen konnte, durch Gewalt zu erzwingen. Dies wurde durch das Betragen gegen Wismar und Rostock sehr deutlich gezeigt. Ueberhaupt leuchtete anjetzt Ferdinands II. Absicht

die

die Macht seines Hauses zu vergrößern sehr deutlich hervor. Er ließ z. B. dem Kurfürsten von Brandenburg antragen, das Herzogthum Preußen gegen ein anderes Land zu vertauschen; allein dies Anerbieten wurde von dem brandenburgischen Hofe verworfen. Anhaltender waren die kaiserlichen Bemühungen, um Pommern dem Hause Brandenburg zu entreißen, und sich zuzueignen. Zwar gab der pommersche Herzog Bogislaus XIV. der letzte seines Stammes, hierzu nicht seine Einwilligung, sondern behauptete vielmehr, daß dies Land dem Hause Brandenburg nicht könne entrissen werden; aber demohngeachtet hoffte man seine Absicht durch die in Pommern stehenden Truppen zu erreichen. Wallenstein fand für nothwendig Stralsund mit Truppen zu besetzen, und weil die Einwohner sich weigerten kaiserliche Völker aufzunehmen, trug er kein Bedenken die Belagerung dieser Stadt anzufangen. Gustav Adolph welcher seiner eignen Sicherheit wegen den Plan des Kaisers verhindern mußte, schickte den Stralsundern, gerade zu der Zeit, als sie schon auf die Uebergabe bedacht waren, Hülfstruppen, durch welche Wallenstein genöthiget wurde, die Belagerung aufzuheben.

Durch die Friedensunterhandlungen zu Lübeck wurde zwar zwischen dem deutschen Kaiser und zwischen dem König von Dännemark, wie schon ist angeführt worden, der Friede wieder hergestellt; aber zugleich auch die Hoffnung, daß das bald zwischen Schweden und Polen geschehen werde, zernichtet. Denn die schwedischen Gesandten, welche zu Lübeck sich eingefunden hatten, wurden von allen Unterhandlungen ausgeschlossen, weil der kaiserliche Hof noch immer die Absicht hatte, Sigismund III. in Schweden wieder einzusetzen. Im Jahr 1629 wurden auch 10000 Mann den Polen vom

Kaiser

Kaiser zu Hülfe geschickt. Diese Truppen waren einmal gewohnt in einem jeden Lande übel zu wirthschaften. Dies geschahe besonders anjetzt in Polen, weil der nicht bezahlte Sold sie missvergnügt gemacht hatte. Jedoch hatte dieser Umstand den Vortheil, daß die Polen selbst die Lust zur ferneren Fortsetzung des Krieges verlohren, wodurch die Friedensunterhandlungen sehr erleichtert wurden. Durch die Bemühungen des Kurfürsten von Brandenburg, des engländischen und französischen Gesandten wurde noch in dem Jahre 1629 den 26sten September auf dem Felde bei Altmark nicht weit von Stum zwischen Polen und Schweden ein sechsjähriger Waffenstillestand bewirkt, in welchem folgende Puncte festgesetzt wurden:

1) Die Schweden sollten in Curland Mietau, in Preußen Strasburg, Dirschau, das Danziger Werder, Gutstad, Wormdit, Melsack, den Dom zu Frauenburg und das dazu gehörige Städtchen, den Hafen ausgenommen, abtreten. Diesem Artikel war noch die Bedingung beigefügt, daß während des Waffenstillestandes weder Frauenburg, noch irgend ein anderer Ort dieses Gebietes sollte befestiget werden.

2) Die Schweden aber sollten behalten in Liefland alle Eroberungen, in Preußen Braunsberg, Tolkemit, Elbing, das Fischhausische Werder, im großen Werder das ganze Ufer des Hafs nebst einigen Dörfern, den ganzen werderischen Damm bis an Jankendorf, ein Stück der Danziger Nahrung von Stegen bis an die Pillau nebst der Festung Pillau.

3) Dem Kurfürsten von Brandenburg sollten Marienburg, das große Werder, Stum und das Danziger Haupt zur Verwaltung eingeräumt werden, jedoch mit der Bedingung, daß, wenn kein Friede zu Stande

de käme, dem König von Schweden die genannten Oerter einen Monat vor Beendigung des Waffenstillestandes wieder eingeräumt werden sollten, und zwar in dem Zustande, in welchem sie sich bei dem Anfange des Waffenstillestandes befunden hätten.

4) Der König von Polen sollte gegen die dem Kurfürst von Brandenburg anvertrauten Oerter nichts Nachtheiliges unternehmen, die an ihn abgetretenen Oerter in dem Genuß ihrer Freiheit und Rechte, welche sie vor dem Anfange des Krieges gehabt hätten, lassen, gegen diejenigen, welche der schwedischen Partei zugethan gewesen wären keine Rechtshändel verfahren und die schon angefangenen aufheben.

5) So wohl die Katholiken in den dem Kurfürsten von Brandenburg abgetretenen Oertern, als auch die Protestanten in den Districten, welche den Polen waren eingeräumt worden, sollten ihre Religionsfreiheit behalten und in dem Besitze der Kirchengüter, welche sie vor dem Ausbruche des Krieges gehabt, bleiben.

6) Wurde festgesetzt, daß keine von diesen Mächten in den Districten, welche während des Waffenstillestandes unter ihrer Botmäßigkeit sich befänden, neue Zölle anlegen, oder auf irgend eine Art den Handel erschweren solle.

7) Mußten der König von Polen, der Kurfürst von Brandenburg als Herzog zu Preußen, dessen Stände und die Stadt Königsberg versprechen gegen denjenigen feindlich zu handeln, welcher den König von Schweden in Preußen beunruhigen würde. Und der König von Schweden leistete ein gleiches Versprechen, im Fall der König von Polen in Preußen sollte angegriffen werden *).

Die

*) Pauli, preußische Staatsgeschichte. Th. IV. S. 558. Lengnich preußische Geschichte. Th. 5.

Die ferneren Begebenheiten des dreißigjährigen Krieges und der Einfluß derselben auf die Mark Brandenburg.

Schon bei den bisherigen Begebenheiten hatten die Absichten des Kaisers sehr deutlich hervor geleuchtet; aber demohngeachtet war er bemüht gewesen dieselben zu verbergen. Als aber der Friede mit Dännemark schon richtig, wiewohl noch nicht unterzeichnet war; trug er kein Bedenken mehr, seine Absichten deutlich zu zeigen. Er machte nämlich das Restitutionsedict bekannt, in welchem er den Religionsfrieden nur den augsburgischen Religionsverwandten zugestand; aber auch zugleich denselben den Befehl ertheilte, daß sie alle geistliche Güter, welche sie seit dem passauischen Vertrage an sich gerissen, zurückgeben sollten. Dies Edict, durch welches der Kaiser sich in seiner wahren Gestalt zeigte, erregte allenthalben Misvergnügen und Besorgnisse. Selbst der Kurfürst von Sachsen, welcher bisher dem kaiserlichen Hofe sehr zugethan gewesen war, gesellte sich zu der Anzahl der Unzufriedenen, weil er durch das Restitutionsedict mit dem Verluste der secularisirten Bisthümer Merseburg, Zeitz und Meißen bedrohet wurde. Er protestirte also in Verbindung mit Kurbrandenburg und mit den übrigen Protestanten gegen jenen eigenmächtigen kaiserlichen Befehl, welcher war gegeben worden, ohne weder den Reichshofrath noch die übrigen Stände zu Rathe zu ziehen. Dies eigenmächtige Verfahren des Kaisers war auch Ursach, das selbst die katholischen Reichsstände mit diesem Befehl nicht ganz zufrieden waren: denn sie besorgten, es möchten auf diesen Befehl noch mehrere erfolgen, durch welche die bisherige Verfassung des deutschen Reichs und überhaupt die Freiheit der deutschen Reichsstände

Scha-

Schaden leiden möchten. Ferdinand II. achtete aber auf alle Gegenvorstellungen nicht, sondern schritt zu der Vollziehung des Restitutionsedictes. Der erste Anfang wurde zu Augsburg gemacht, wo man alle evangelische Prediger vertrieb und die Kirchen den Katholiken wieder einräumte. Ein Gleiches geschahe auch in ganz Schwaben und in dem Bisthum Halberstadt. In dem letzteren Lande war schon vorher, nachdem man gegen den Herzog Christian zu Braunschweig die Acht ausgesprochen hatte, der Erzherzog Leopold Wilhelm ein Sohn des Kaisers als Bischof aufgedrungen worden. Als aber das Restitutionsedict erschien, wurde auch daselbst von den kaiserlichen Generalen die evangelische Lehre unterdrückt, der katholische Gottesdienst eingeführt und allen Evangelischen die Präbenden, welche sie bisher gehabt hatten, entrissen. Jener österreichische Prinz war auch durch einen Machtspruch des Pabstes zum Erzbischof von Magdeburg ernannt worden und wollte sich anjetzt als solcher sowohl gegen den erwählten Administrator, den Herzog August zu Sachsen als auch gegen den abgesetzten Markgrafen Christian Wilhelm mit Gewalt behaupten. Die Stadt Magdeburg, welche sich dieser Einrichtung widersetzte, wurde 28 Wochen lang von dem General Wallenstein, jedoch ohne Erfolg, belagert.

Alles dieses sollte nur der Anfang seyn, denn man machte auch wirklich schon Anstalten, um von dieser Verfahrungsart auch in andern Gegenden Gebrauch zu machen. Die deutschen Fürsten sahen den Abgrund, an welchem sie sich befanden; allein die Uneinigkeit, welche sich einmal unter ihnen festgesetzt hatte, erlaubte nicht einen einmüthigen Entschluß zu fassen und auf Vertheidigungsmittel bedacht zu seyn. Sie würden also ruhig ihr Schicksal abgewartet haben, wenn sich nicht

der

der König von Schweden Gustav Adolph zum Vertheidiger der deutschen Freiheit aufgeworfen hätte.

Der Eifer für die protestantische Lehre war zwar auch eine Ursach, warum Gustav Adolph sich der Deutschen annahm. Dies war aber nicht die einzige Triebfeder, sondern mehrere Ursachen, z. B. die Hülfe, welche von Seiten des Kaisers den Polen war geleistet worden, die schimpfliche Zurückweisung der schwedischen Gesandten von dem Friedens-Congreß zu Lübeck, die Geringschätzung seiner Fürsprache für die Herzoge von Mecklenburg und die Bitten vieler geächteten und vertriebenen Protestanten, bestimmten ihn zu einem solchen Entschlusse. Schon im J. 1629 wurde auf einem schwedischen Reichstage der Beschluß gefaßt, gegen den Kaiser so lange den Krieg zu führen, bis die Herzoge von Mecklenburg wieder eingesetzt wären und überhaupt der Ober- und Niedersächsische Kreis ihre Verfassung wieder erhalten hätten. Dies wurde in dem J. 1629 beschlossen, und in demselben Jahre ließ auch Gustav Adolph die Besatzung zu Stralsund verstärken, und Wismar und Rostock von der Seeseite einschließen. Wallenstein, welcher vom Kaiser zum Admiral der Ostsee war ernannt worden, konnte dies nicht verhindern: denn es fehlten ihm sowohl Kriegsschiffe, als auch Seeleute. Und der König von Dännemark, welcher von ihm um die Flotte angesprochen wurde, ertheilte eine abschlägige Antwort, und schützte den Lübecker Frieden vor, durch welchen er sich anheischig gemacht habe, sich um die Angelegenheiten Deutschlands nicht zu bekümmern.

Der Kaiser benachrichtiget von dem Misvergnügen, welches selbst unter den katholischen Ständen herrschte, fand für nothwendig noch im J. 1630 zu Regensburg einen Kurfürstentag auszuschreiben, auf wel-

welchem er zugleich die römische Königswahl seines Sohnes Ferdinands III. veranstalten wollte. Durch die bisherigen Kriegsunruhen waren alle protestantische Länder und besonders auch die Mark Brandenburg schrecklich verwüstet worden. In dem letzteren Lande waren die Verheerungen so groß, daß George Wilhelm aus demselben nicht einmal so viele Einkünfte ziehen konnte, als er zur Unterhaltung seines Hofes brauchte. Kursachsen, welches nicht in einem so hohen Grade gelitten hatte, trug dem Kaiser noch vor Eröffnung des Kurfürstentags die Klagen George Wilhelms und der übrigen protestantischen Stände vor. Da aber Ferdinand II. diese Klagen mit großer Gleichgültigkeit anhörte; so machten sich die Protestanten von dem bevorstehenden Kurfürstentage keine große Erwartungen und die Kurfürsten von Sachsen und von Brandenburg fanden für rathsam nicht in eigner Person daselbst zu erscheinen.

Auf dieser Kurfürstenversammlung versprach der Kaiser einen Theil der Truppen auseinander gehen zu lassen, dem Wallenstein den Abschied zu ertheilen, und Kursachsen und Brandenburg noch 40 Jahre in dem Besitze aller geistlichen Güter zu lassen. Ob er sich nun gleich hierdurch sehr nachgiebig bewiesen hatte; so konnte er doch nicht bewirken, daß sein Sohn zum römischen König erwählet wurde, denn die katholischen Kurfürsten entschuldigten sich mit der Abwesenheit der beiden Kurfürsten von Sachsen und von Brandenburg. Hingegen erhielt er von allen zur Liga gehörigen Fürsten das Versprechen, daß sie ihn gegen den König von Schweden unterstützen würden und er ernannte den ligistischen Feldherrn Tilli zum Oberanführer sowohl seiner als auch der ligistischen Truppen *).

Wäh-

*) Buchholz, Geschichte der Mark Brandenburg. 3 Th. S. 610 und 611.

Während daß dieser Kurfürstentag gehalten wurde und während daß die Protestanten in Deutschland zum Andenken ihrer im J. 1530 zu Augsburg übergebenen Confession das Jubelfest feierten, landete Gustav Adolph am 24sten Junius dieses Jahres auf der Insel Usedom, nachdem er schon vorher die Insel Rügen hatte erobern lassen. Bald nachher gieng er mit seinen Truppen nach Pommern, und in kurzer Zeit waren aus dieser Provinz die kaiserlichen Truppen beinahe gänzlich vertrieben: denn sie hatten nur noch Colberg und Greifswalde in Besitz. Der Herzog von Pommern war nicht nur der erste deutsche Fürst, welcher mit dem König von Schweden ein Bündniß schloß, sondern er übergab ihm auch die Stadt Stettin und gieng die Bedingung ein, daß der König während des Krieges Pommern in Sequestration behalten könne.

Die fliehenden kaiserlichen Truppen, welche auf ihrer Flucht allenthalben Grausamkeiten begiengen, wurden von den Schweden aus der Ucker- und Neumark vertrieben und bis nach Landsberg an der Warta und Frankfurt an der Oder verfolgt, in welchen beiden Oertern ansehnliche kaiserliche Besatzungen stehen blieben. Auf gleiche Art wurden auch die Kaiserlichen aus dem Mecklenburgischen vertrieben, wo sie sich nur zu Rostock, Wismar und Dömitz behaupteten. Hierdurch wurden die vertriebenen Herzoge in den Stand gesetzt nach und nach ihre Ländereien wieder in Besitz zu nehmen.

Die Kriegsvorfälle in der Mark Brandenburg, die Schicksale dieses Landes und das Verhalten des Kurfürsten.

Die kaiserlichen Truppen begiengen, wie ich schon angeführt habe, auf ihrer Flucht die größten Grausamkeiten.

keiten. Am meisten empfand die Mark Brandenburg dieses Ungemach, so daß selbst ein kaiserlicher Feldherr, der Graf Hannibal von Schaumburg, welcher über die in der Mark Brandenburg befindlichen Truppen den Oberbefehl führte, nach Wien ein Schreiben schickte, in welchem er über das zügellose Betragen bittere Klagen führte, und versicherte, daß er lieber den Abschied nehmen wolle, als noch länger über solche Truppen das Obercommando führen, welche durch keine Mannszucht in Ordnung könnten gehalten werden. Auch die kläglichen Vorstellungen, welche der Kurfürst öfters am kaiserlichen Hofe machen und die Befehle, die er an seine Unterthanen ergehen ließ, und in welchen er die Erlaubniß ertheilte die häufigen Marodeurs, von welchen das Land besonders sehr gedrückt wurde, anzugreifen und todt zu schlagen, beweisen gleichfalls, daß die Drangsale, welche die Mark Brandenburg damals erlitten hat, sehr groß müssen gewesen seyn.

Ob aber gleich der Kurfürst große Ursach hatte mit dem Kaiser unzufrieden zu seyn; so wollte er doch nicht die schwedische Partei ergreifen, sondern suchte vielmehr auf alle mögliche Art zu zeigen, daß er davon sehr abgeneigt sey. So ließ er z. B. vor Berlin Schanzen aufwerfen, täglich die Wachen mit 600 Mann aus der Bürgerschaft besetzen, alle seine Kostbarkeiten nach Spandau in Verwahrung bringen, und den Schweden den Durchmarsch durch Küstrin versagen, welchen er den Kaiserlichen verstattet gehabt hatte. Dies Betragen des Kurfürsten war aber auch Ursach, daß die Mark Brandenburg von dem König von Schweden härter behandelt wurde, als das Herzogthum Pommern. Jedoch sorgte Gustav Adolph für die Sicherheit der Einwohner und hielt strenge Mannszucht; allein von den allgemeinen Uebeln des Krieges konnte er dies Land

nicht verschonen. So mußte z. B. die Neumark in einer Zeit von 14 Tagen dem schwedischen Heere 10000 Scheffel Korn und 7000 Thaler Contributionsgelder liefern.

Im Anfange des Jahres 1631 schloß Gustav Adolph zu Berwalde, einem in der Neumark gelegenen Orte mit Frankreich ein Bündniß, in welchem er versprach 36000 Mann in Deutschland gegen den Kaiser zu unterhalten, und Frankreich sich verbindlich machte ihm jährlich 400000 Thlr. Hülfsgelder zu geben.

Nachdem dieses Bündniß von beiden Theilen war unterzeichnet worden; so machte Gustav Adolph ernsthafte Anstalten, um den herrschsüchtigen Plänen Ferdinands II. Grenzen zu setzen und die Freiheit der Protestanten zu sichern. In dieser Absicht drängte er die Kaiserlichen immer mehr zurück, besetzte verschiedene Oerter, z. B. Lökenitz, Prenzlow, Vierraden, Schwedt und Angermünde. An dem Küstriner Damme, nachdem er daselbst drei kaiserliche Regimenter geschlagen hatte, ließ er eine Schanze aufwerfen, um den Kaiserlichen den Durchzug durch Küstrin zu verwehren. Die Stadt Crossen wurde von den Schweden besetzt, Landsberg gieng durch Capitulation über und Frankfurt wurde von den Schweden durch Sturm erobert und drei Stunden lang geplündert. Der Feldherr Tilli war zwar in die Mark Brandenburg eingerückt, aber es war ihm unmöglich gewesen Landsberg und Frankfurt zu entsetzen. Nachdem er das von den Schweden besetzte Neubrandenburg mit Sturm erobert hatte; so verließ er dies Kurfürstenthum und führte seine Truppen vor Magdeburg, um diese Stadt zu belagern.

Bis jetzt war der pommersche Herzog Bogislav XIV. noch immer der einzige deutsche Fürst, welcher mit dem König von Schweden ein Bündniß geschlossen hatte. Hingegen die übrigen Fürsten, ob es gleich ihr Vortheil erforderte, wollten diesem Beispiele nicht nachfolgen. Zur Anzahl derselben gehörten auch die Kurfürsten zu Sachsen und Brandenburg, woran ohnstreitig der brandenburgische Minister der Graf von Schwarzenberg großen Antheil hatte, welcher ihnen vorstellte, daß Gustav Adolph nur auf seinen Vortheil bedacht sey und sie zuletzt im Stiche lassen würde. Jedoch veranstalteten jene beiden Kurfürsten zu Leipzig eine Zusammenkunft, zu welcher viele protestantische Fürsten sich einfanden. Daselbst wurde beschlossen, sich in Vertheidigungsstand zu setzen, dem Kaiser nochmals Vorstellungen zu machen und besonders auf die Wiederrufung des Restitutionsedicts anzutragen. Wenn aber der Kaiser auf die gemachten Vorstellungen nicht achten würde, Gewalt mit Gewalt zu vertreiben, jedoch ohne schwedischen Beistand. Der Kaiser war nicht nur mit den gemachten Vorstellungen unzufrieden, sondern bezeigte auch über den Leipziger Bund sein Misfallen und befahl allen protestantischen Ständen, daß sie aufhören sollten sich zu bewafnen. Noch weit mehr unzufrieden war der König von Schweden mit den zu Leipzig getroffenen Verabredungen der Protestanten: denn er wurde hierdurch abgehalten um etwas zum Entsatz der Stadt Magdeburg, welche vom Tilli belagert wurde, zu unternehmen. Um nämlich diesen Plan auszuführen, sollte ihm der Kurfürst von Sachsen verstatten, mit seinen Truppen bei Wittenberg die Elbe zu passiren, und der Kurfürst von Brandenburg sollte ihm die beiden Festungen Küstrin und Spandau so lange einräumen, bis er Magdeburg würde entsetzt haben.

Zuerst wendete er sich zu dem Kurfürsten George Wilhelm, erhielt aber von demselben eine abschlägige Antwort. Hierdurch ließ er sich nicht abschrecken sondern wiederholte sein Gesuch und kam zu gleicher Zeit mit seinen Truppen der Stadt Berlin näher. Dies bewog George Wilhelm mit dem König von Schweden eine persönliche Zusammenkunft zu halten und zwar auf Antrieb des Grafen von Schwarzenberg, welcher hierdurch hoffte den König von Schweden so lange aufzuhalten, bis die Kaiserlichen Magdeburg würden erobert haben *). Der König von Schweden, dessen scharfen Blick die Absichten des treulosen brandenburgischen Ministers zwar nicht unbekannt waren, gab endlich zu einer solchen Zusammenkunft seine Einwilligung, weil er noch immer hoffte, den Kurfürsten zu gewinnen. Die Unterredung wurde in dem Walde zwischen Köpenick und Berlin gehalten. George Wilhelm fand sich dazu ein und zwar mit sehr vielem Glanze und unter Begleitung des ganzen Hofes. Hingegen Gustav Adolph, welcher mit weniger Pracht erschien, wurde von 100 Infanteristen und vier Kanonen begleitet. Bei der ersten Unterredung versicherte der Kurfürst, er wollte nie etwas gegen Schwedens Interesse unternehmen, sondern die strengste Neutralität beobachten. Was aber jene festen Plätze anbeträfe; so könne er dieselben, ohne die dem Kaiser schuldige Treue zu verletzen, nicht einräumen, jedoch wolle er einen freien Durchmarsch verstatten, so oft der König oder desselben Generale es verlangen würden. Allein eine solche Erklärung konnte nicht den Beifall Gustav Adolphs erhalten, sondern derselbe erneuerte seine

*) von Pöllnitz, Memoiren zur Lebens- und Regierungsgeschichte der vier letzten Regenten des preußischen Hauses. Erster Band, S. 10.

ne Foderungen. George Wilhelm gerieth in so große Verlegenheit, daß er den Grafen von Schwarzenberg rufen ließ um sich von demselben Rath zu erholen. Der König protestirte zwar dagegen und erklärte, daß er nichts mit einem Menschen zu thun haben wolle, von dem jedermann wisse, daß der vom Kaiser erkauft sey; jedoch willigte er in diese Sache, nur machte er die Bedingung, daß die Berathschlagung in einer halben Stunden beendiget seyn müsse und fügte die Worte hinzu: Bei allem dem aber rathe ich Ihnen, Ihre Partei zu ergreifen; denn ich muß Ihnen sagen, daß ich die meinige schon ergriffen habe.

Als George Wilhelm diese geheime Unterredung beendiget hatte; erklärte er, er habe seinen geheimen Staatsrath nicht zusammenrufen und folglich über diese Sache nichts bestimmen können, und bat: der König möchte übermorgen nach Berlin kommen, wo gewiß die Sache aufs beste würde beendiget werden. Der König von Schweden wußte recht gut, daß Schwarzenberg nur die Absicht habe ihn aufzuhalten, aber demohngeachtet nahm er die Einladung an. Nachdem sie von einander Abschied genommen hatten, stellte der König wirklich nach Köpenick seinen Rückmarsch an. Dies geschahe aber nur zum Schein: denn er kehrte bald nachher mit seinem Gefolge um und kam beinahe mit dem Kurfürsten zu gleicher Zeit zu Berlin an. Kaum war er daselbst angekommen, als er sich sogleich aller Thore bemächtigte und durch 200 Mann die kurfürstlichen Wachen von dem Schlosse vertreiben und alle Zugänge zu demselben von seinen Leuten besetzen ließ.

Am folgenden Tage brachte man dem Kurfürsten die Nachricht, daß die ganze schwedische Armee um Berlin gelogert sey. Dieser Umstand bewog ihn sogleich

in das Gemach des Königs zu eilen, um sich mit demselben zu vergleichen. Gustav Adolph gab darin nach, daß er sich mit der einzigen Festung Spandau begnügte und dieselbe wieder zu räumen versprach, so bald er Magdeburg würde entsetzt oder seine Truppen wieder in Sicherheit gesetzt haben. Dieser schnell verabredete Vertrag wurde noch an demselben Tage vollzogen. Gustav ließ nämlich Spandau von seinen Leuten besetzen und brach mit seinen übrigen Truppen schleunig auf, um Magdeburg zu entsetzen.

Dies Unternehmen konnte aber nicht so schnell ausgeführt werden, als er gehofft hatte und als die Umstände es erforderten, die Schuld hiervon lag an dem Kurfürsten von Sachsen, welcher den Uebergang über die Elbe bei Wittenberg versagte. Eine Folge hiervon war, daß die Kaiserlichen jene Stadt mit Sturm eroberten. Sie wurde hierauf geplündert und größtentheils in die Asche gelegt. Der 10te May dieses Jahres war der unglückliche Tag, an welchem jene Stadt von diesem Unglück getroffen wurde. Die Härte, welche die kaiserlichen Soldaten ausübten, war beinahe unerhört. Nur 130 Häuser nebst der Domkirche blieben von den Flammen verschont und nur 1400 Einwohnern wurde von den grausamen Eroberer das Leben geschenkt, damit sie das Unglück ihrer Vaterstadt und den Tod der Ihrigen beweinen konnten.

Diese Begebenheit erregte in ganz Deutschland großes Aufsehen und verursachte bei den Protestanten und überhaupt bei allen welche das bisherige Betragen Ferdinands II. misbilligten, Betrübniß. Besonders schmerzte das Unglück jener Stadt Gustav Adolphen, welcher noch überdies besorgte, die Protestanten möchten ihm den Vorwurf machen, er habe absichtlich seinen Marsch verzögert. Um sich also gegen

gen solche Vorwürfe zu sichern, fand er für nothwendig eine Schrift bekannt zu machen, in welcher er erklärte, daß von jenem Unglücke nicht ihm, sondern den beiden Kurfürsten von Sachsen und von Brandenburg die Schuld beizumessen sey, welche beide Fürsten seinem Marsche gegen Magdeburg absichtlich Hindernisse in den Weg gelegt hätten. Aber demohngeachtet gab er sich wieder Mühe George Wilhelm zu überreden, daß er sich mit ihm verbinden oder zum wenigsten Spandau in seinen Händen lassen und außerdem noch Küstrin übergeben solle.

George Wilhelm gab solchen Anträgen kein Gehör, sondern entschuldigte sich mit der Neutralität. Der König von Schweden räumte sogleich die Festung Spandau, rückte aber hernach mit seiner ganzen Armee vor Berlin, und nachdem er die Kanonen gegen die Stadt gerichtet hatte, foderte er die Einwohner auf ihm die Thore zu eröfnen, wenn sie nicht sehen wollten, wie ihre Häuser von der Flamme würden verzehret werden.

Dies Unternehmen hatte die Folge, daß die Berliner Bürger in großer Anzahl zu dem Schlosse liefen und vom Kurfürsten forderten, einen solchen Entschluß zu fassen, durch welchen sie gegen harte Behandlungen in Sicherheit gesetzt würden. George Wilhelm schickte hierauf seine Gemahlin in das schwedische Lager, in der Hoffnung, daß sie den König von Schweden würde besänftigen können. Allein dieser Monarch weigerte sich die Kurfürstinn zu sprechen, so daß also George Wilhelm genöthiget war sich selbst in das schwedische Lager zu begeben, um die Unterhandlungen anzufangen. Dieselben wurden schnell angefangen und auch schnell beendiget. Die bei dieser Gelegenheit festgesetzten Bedingungen waren folgende: Spandau sollte

Gustav Adolphen wieder abgeliefert werden und zwar auf so lange Zeit, als der gegenwärtige Krieg dauern würde; und durch Küstrin solle seinen Truppen ein freier Durchmarsch verstattet werden, so oft die Umstände es erforderten, und daß die brandenburgische Besatzung in dem letzteren Orte dem König schwören, und die kurfürstlichen Länder monatlich 30000 Thlr. liefern sollten.

Nunmehr war der ganze Zwist zwischen Brandenburg und Schweden beigelegt. Der König kam selbst nach Berlin und zwar nur in Begleitung seiner Hofleute und bot seinem Schwager dem Kurfürsten für den Kurprinzen seine Tochter Christine zur Gemahlinn an. So sehr auch die Kurfürstinn deren Stolz und weibliche Eitelkeit sehr waren gekränkt worden, indem nämlich der König sie nicht hatte vor sich kommen lassen, desgleichen auch der Graf von Schwarzenberg, welcher voraussehen konnte, daß eine solche Verbindung dem Kaiser unangenehm seyn werde, die ganze Sache zu hintertreiben suchten, so blieb dennoch der Kurfürst diesmal seinem einmal gefaßten Entschlusse getreu. Die Vermählung wurde also fest beschlossen, jedoch unter der Bedingung, diese Sache so lange geheim zu halten, bis sowohl der Kurprinz, als auch die Prinzessinn alt genug wären, um zu untersuchen, ob auch beide sich für einander schickten *).

George Wilhelm, sehr wohl überzeugt, daß der Kaiser mit seinem Betragen unzufrieden seyn werde, fand für nothwendig nach Wien einen Brief zu schicken, in welchem er zu seiner Entschuldigung anführte, daß ein mächtigerer Fürst ihm Gesetze vorgeschrieben

*) Pöllnitz am angeführten Orte.

ben habe. Ferdinand II., welcher schon von allem, was vorgefallen war, durch den Grafen von Schwarzenberg Nachricht erhalten hatte, antwortete, er hoffe, der Kurfürst werde noch einmal einsehen, daß er hätte seine Freundschaft der Freundschaft eines fremden Königs vorziehen sollen und er sey überzeugt, die Schweden würden gegen die brandenburgischen Staaten größere Schonung beweisen, als es bisher die Kaiserlichen gethan hätten. Dieses Schreiben überzeugte den Kurfürsten, daß er sich für die Zukunft von dem Kaiser nichts Gutes versprechen konnte. Er fand also unter solchen Umständen für das rathsamste dem Beispiele des Kurfürsten von Sachsen zu folgen und sich geradezu für den König von Schweden zu erklären. Dieser Schritt war Ursach daß Gustav Adolph sich sehr großmüthig bewies, indem er nämlich Spandau zurückgab und die Küstriner Besatzung des ihm geleisteten Eides entließ.

Nach der Zerstörung Magdeburgs war Tilli mit seinem Heere in Thüringen eingebrochen. Die Hauptabsicht seiner Unternehmungen war darauf gerichtet, daß er die protestantischen Fürsten nöthigen wollte nicht nur dem Leipziger Bunde zu entsagen, sondern auch die schon angeworbenen Truppen auseinander gehen zu lassen. Nachdem er sich schon einige Zeit vergebens bemüht hatte den Landgrafen von Hessen zu diesem Schritte zu nöthigen, so brach er mit seinem Heere in das Kurfürstenthum Sachsen ein und ließ Leipzig und andere Städte besetzen. Erst anjetzt entschloß sich der Kurfürst von Sachsen Johann George dem König von Schweden ein Bündniß anzutragen. Gustav Adolph, dem die Wankelmüthigkeit dieses Fürsten bekannt war, machte harte Bedingungen, unter welchen er den gemachten Antrag annehmen wollte. Dieselben waren nämlich fol-

folgende: der Kurfürst solle ihm Wittenberg einräumen, seinen Kurprinzen als Geisel in das schwedische Lager schicken und die ganze schwedische Armee drei Monate lang mit allen nöthigen Sachen versehen. Johann George bewies sich zur Annahme dieser Bedingungen bereitwilliger, als es der König von Schweden erwartet hatte: denn er wollte nicht nur die gemachten Foderungen eingehen, sondern selbst in dem schwedischen Lager sich aufhalten und der schwedischen Armee so lange alle nöthigen Sachen liefern, als sie in Kursachsen stehen würde. Gustav Adolph, welcher sich nunmehr von der Treue des neuen Bundesgenossen überzeugt hatte, zeigte sich sehr großmüthig, indem er jene Foderungen erließ und sich nur eine gewisse Lieferung von Lebensmitteln ausbedung.

Nachdem diese Sache in Richtigkeit war gebracht worden; so führte der König von Schweden sein Heer sogleich bei Wittenberg über die Elbe und stieß zu Düben an der Mulde zu dem Kurfürsten von Sachsen, wo sich auch George Wilhelm eingefunden hatte. In der daselbst angestellten Unterredung wurde beschlossen eine Schlacht zu liefern. Der Kurfürst von Brandenburg wohnte aber den kriegerischen Unternehmungen nicht bei, sondern begab sich wieder nach Berlin. Zwar hatte er einige Truppen anwerben lassen, allein dieselben befanden sich nicht bei der bald nachher erfolgten Schlacht *). Gustav Adolph und Johann George führten hierauf das vereinigte schwedische sächsische Heer in die Gegend von Leipzig, wo bei dem Dorf Breitenfeld eine Schlacht geliefert wurde. Das kaiserliche Heer unter dem General Tilli erlitt daselbst eine große Niederlage. Ihr Verlust bestand aus 6500 Mann

*) Buchholz, S. 626.

Mann, außer der großen Anzahl von Gefangenen, unter welchen sich auch der Herzog Adolph von Hollstein befand, welcher als ein Verwundeter nach Eulenburg gebracht wurde und daselbst nach Verlauf von drei Stunden starb. Auf seinem Sterbebette wurden ihm von dem General Horn bittere Vorwürfe gemacht, weil er als ein Protestant gegen seine Glaubensgenossen gestritten habe. Selbst der General Tilli wäre beinahe gefangen genommen worden; denn ein schwedischer Rittmeister, welcher unter dem Namen des langen Fritz bekannt war, ergrif ihn schon bei dem fliegenden Mantel und schlug ihm die Pistolen um den Kopf, die er auf ihn, ohne zu treffen, abgeschossen hatte. Der Graf Pappenheim wurde Tilli's Retter und schoß den Rittmeister vom Pferde herab, so daß jener ungehindert seine Flucht fortsetzen konnte.

Der glückliche Ausgang dieses Treffens erhöhte den Muth des schwedischen Königs, welcher nunmehr beschloß die erhaltenen Vortheile zu verfolgen und in das Herz der österreichischen Staaten einzudringen. Dieser Plan wurde auch sogleich ausgeführt, nachdem die beiden Kurfürsten von Sachsen und von Brandenburg sich noch genauer mit Schweden verbunden hatten. In dieser Absicht giengen die Sachsen unter Anführung des Feldmarschalls Arnim durch die Lausitz nach Schlesien, in welche Gegend auch der schwedische General Teufel nebst einigen brandenburgischen Truppen unter dem Obristen Burgsdorf über Crossen sich hinzog. In der Gegend von Großglogau, welcher Ort von dem Obristen Kalkstein erobert wurde, vereinigten sie sich. Ueberhaupt war das vereinigte Heer in Schlesien sehr glücklich: denn allenthalben siegten sie, so daß beinahe dies Land gänzlich sich unter der Botmäßigkeit der Verbündeten befand. Zu gleicher Zeit hatte

auch

auch der König von Schweden sein Heer nach Baiern geführt, um von da in die österreichischen Staaten einzudringen. Bei seinem Einrücken in Baiern ereigneten sich mehrere Gefechte, unter welchen das bei Rain am Lech das merkwürdigste ist, in welchem Tilli so schwer verwundet wurde, daß er einige Tage nachher zu Ingolstadt starb.

Allein alle Siege, welche Arnim in Schlesien erfochten hatte, waren fruchtlos, denn er mußte noch im J. 1632 nach Sachsen zurück kehren, wo kaiserliche Truppen eingefallen waren und große Grausamkeiten begangen hatten. Anfangs war die Zahl derselben nicht groß; allein dieselbe vermehrte sich bald ansehnlich, als General Wallenstein welcher vom Kaiser wieder war in Dienste genommen worden, mit der Hauptarmee in diese Gegend kam. Die Ankunft desselben verursachte bei allen protestantischen Fürsten der sächsischen Kreise großes Schrecken, besonders bei den Kurfürsten von Sachsen und von Brandenburg. Letzterer machte ein allgemeines Aufgebot bekannt, in welchem er alle seine Unterthanen zur Ergreifung der Waffen aufforderte und Ersterer bat Gustav Adolphen zurückzukehren, damit er zum zweiten male die Rettung der sächsischen Gegenden über sich nähme. Der König von Schweden gab diesen Bitten Gehör und kam in starken Märschen nach Sachsen. In der Gegend der kleinen Stadt Lützen führte er sein Heer in Schlachtordnung gegen den Feind. Ehe noch die eigentliche Schlacht begann, verlohr Gustav Adolph sein Leben. Dieser Unglücksfall verursachte zwar große Betrübniß bei dem schwedischen Heere, aber auch zugleich den festen Vorsatz den Tod ihres großen Königs zu rächen. Und hierauf drangen sie mit entschlossenem Muthe, aller Gefahren uneingedenk, unter der Anführung des Herzogs

Bern-

Bernhard von Weimar in die Glieder des Wallensteinischen Heeres, und schlugen diese an Anzahl ihnen überlegene Armee in die Flucht. Das Treffen wurde zwar nochmals erneuert, als Pappenheim mit frischen Truppen angekommen war, allein auch diesmal behaupteten die Schweden den Platz und die Oesterreicher, als der Graf Pappenheim gefallen war, ergriffen die Flucht. Eine umständliche Beschreibung dieser Schlacht würde dem Plane dieser Schrift nicht angemessen seyn. Ich begnüge mich also nur anzuführen, daß dieses Treffen sowohl für Sachsen als auch für Brandenburg wohlthätige Folgen gehabt hat. Ersteres Land wurde nämlich von den österreichischen Truppen und Letzteres von der Besorgniß eines feindlichen Einfalls befreit.

Nach dem Tode Gustav Adolphs besorgte der schwedische Reichskanzler Axel Ochsenstirn die schwedischen Angelegenheiten in Deutschland. Auf einer Zusammenkunft der Protestanten zu Heilbron in Schwaben erneuerte er das schwedische Bündniß mit den Ständen in Oberdeutschland und bald nachher im Monat März des Jahres 1633 mit den Ständen des ober und niedersächsischen Kreises auf der Versammlung zu Erfurt. Nachdem diese Sache berichtiget war, fiengen die Alliirten sogleich an die kriegerischen Unternehmungen fortzusetzen. Der sächsische General Arnim drang mit einem aus schwedischen, sächsischen und brandenburgischen Truppen bestehenden Heere, welches 30000 Mann stark war, in Schlesien ein und eroberten im Monat Januar des Jahres 1633 Brieg, Streelen und Grottkau. Die bei diesem Heere befindlichen Schweden standen unter dem Befehl des Grafen von Thurn. Wallenstein rückte hierauf mit einer starken Macht gleichfalls in diese Gegend, um die ferneren

Fort-

Fortschritte der Alliirten zu vereitlen. Die Letzteren, so bald sie die Nachricht von der Ankunft der Oesterreicher erhalten hatten, zogen sich zusammen und lagerten sich in der Nähe des feindlichen Heeres am Fuße des Zobtenberges. Wäre hier, so wie man täglich vermuthete, eine Schlacht geliefert worden; so würden wahrscheinlich die Alliirten keine Vortheile erfochten haben. Denn Uneinigkeit, welche leider sehr oft bei vereinigten Heeren statt findet, war unter den Anführern der sächsischen und schwedischen Truppen ausgebrochen, von welchen ein jeder über das vereinigte Heer den Oberbefehl führen wollte. Daß aber beide Heere keine Schlacht lieferten, daran war Wallenstein selbst schuld, welcher mit dem sächsischen Feldherrn Arnim in Gegenwart des brandenburgischen Obristen Burgsdorf und des schwedischen Obristen Fels eine Unterredung anstellte. Die Folge derselben war ein Waffenstillestand, denn Wallenstein hatte solche Vorschläge gemacht, daß Arnim für nöthig fand dieselben in eigener Person sowohl dem Kurfürsten von Sachsen als auch dem Kurfürsten von Brandenburg zu hinterbringen.

Als Arnim diesen Fürsten die Vorschläge, welche jener kaiserliche Feldherr eigenmächtiger Weise gemacht hatte, überbrachte, war man eben mit einer Berathschlagung über diejenigen Friedensvorschläge, welche der Kaiser durch Dänemark hatte machen lassen, beschäftiget. Beide Fürsten zogen zu Dresden die kaiserlichen Vorträge in Erwägung. Das Resultat dieser Berathschlagung war, die vom Kaiser gemachten Friedensbedingungen zu verwerfen, und folgende Foderungen zu machen: der Kaiser solle dem Reiche einen ewigen Frieden zugestehen, keine Jesuiten zu Rathe ziehen, in Böhmen den Protestanten eine freie Religionsübung verstatten, Kurpfalz wieder einsetzen, auf Magde-

deburg und Halberstadt Verzicht thun, die Krone Schweden befriedigen, dem Kurfürsten zu Sachsen für seine 8 Millionen Goldes, die er auf den böhmischen Krieg verwendet, außer der Lausitz das halbe Königreich Böhmen abtreten, Schlesien an Kurbrandenburg und Sachsen für erlittene Unkosten und Schaden überlassen.

Der Feldherr Arnim erhielt hierauf den Auftrag dieselben Vorschläge auch dem General Wallenstein zu überbringen. Letzterer, dessen Absichten eine solche Antwort nicht angemessen war, erklärte, daß er nur alsdann die angefangenen Unterhandlungen fortsetzen wolle, wenn man ihm zuvor die Fürstenthümer Breslau, Glogau und Schweidnitz würde eingeräumt haben. Dieser Vorschlag wurde wie man leicht erwarten konnte, verworfen und der Krieg in Schlesien wieder erneuert. Wallensteins kriegerische Unternehmungen hatten aber keinen wichtigen Erfolg. Zwar versuchte er zweimal die Stadt Schweidnitz zu erobern: allein seine Absichten wurden durch die tapfere Gegenwehr, welche der brandenburgische Obriste Burgsdorf leistete, vereitelt. Beide Armeen standen anjetzt nahe bei Schweidnitz beisammen, ohne eine Schlacht zu liefern, woran auch diesmal Wallenstein schuld war, welcher sich verschanzte und nur durch seine leichten Truppen auf dem platten Lande Verwüstungen anrichten ließ.

Während dieser Zeit hielten die schlesischen Stände zu Breslau einen Landtag und beschlossen daselbst den Alliirten beizutreten. Wallenstein, sobald er hiervon benachrichtiget worden, schloß sogleich auf 4 Wochen einen Waffenstillestand und fieng wieder zu unterhandlen an. Ob nun gleich bei der ersten zwischen beiden Heeren angestellten Unterredung der dänische Prinz Ullrich auf eine meuchelmörderische Art war ermordet

worden; so wurden demohngeachtet die Unterhandlungen nicht abgebrochen. Wallenstein machte nunmehr sogar den Vorschlag, er wolle die Partei der Protestanten ergreifen, wenn man ihm zur Erlangung der böhmischen Krone behülflich seyn würde. Arnim reiste hierauf zum zweiten male nach Dresden und Berlin, um selbst den beiden Kurfürsten von Sachsen und Brandenburg diese Nachricht zu überbringen. Bei seiner Rückkehr in Schlesien fand er aber, daß Wallenstein seine Gesinnungen wieder geändert hatte, wahrscheinlich aus Muthlosigkeit, welche in ihm die Besorgniß hervorbrachte, es könne dieser kühne Plan mislingen. Um aber sein bisheriges strafwürdiges Betragen zu beschönigen, verlangte er anjetzt, die Sachsen und Brandenburger sollten sich mit ihm vereinigen und die Schweden angreifen. Diese Forderung wurde verworfen und alle Unterhandlungen sogleich beendiget.

Nunmehr brach Wallenstein mit dem größten Theile seines Heeres auf und näherte sich dem Kurfürstenthum Sachsen. Der sächsische General Arnim um dieses Land zu decken, folgte mit den sächsischen und brandenburgischen Truppen nach. Und in Schlesien blieben nur die Schweden unter Anführung des Grafen Thurn stehen. Dieser General hatte die Absicht Groß-Glogau zu decken, und die östreichischen Truppen, welche unter dem General Schafgotsch bei Steinau standen, zu überfallen. Allein Wallenstein, welcher seine Gegner überlistet hatte, kehrte schnell um, schlug den Grafen Thurn bei Steinau und nahm ihn beinahe mit seinem ganzen Heere gefangen.

Diese Kriegsbegebenheit hatte auch auf die Mark Brandenburg einen nicht geringen Einfluß: denn die kaiserlichen Truppen drangen nach der Einnahme von Liegnitz und Großglogau ungehindert in dieses Land ein.

Bei

Bei ihrer Annäherung zerstörten die zu Frankfurt befindlichen brandenburgischen Truppen die dasige Oderbrücke, verließen diese Stadt und zogen sich nach Küstrin. Wallenstein besetzte diesen Ort sogleich mit seinen Truppen, desgleichen auch Landsberg an der Warte. Hierauf breiteten sich seine Truppen aus in der ganzen Neumark bis nach Pommern, und in der Mittelmark bis vor Berlin. In dieser Stadt stand zwar eine Besatzung, allein dieselbe war zu schwach und entfernte sich bei der Annäherung der kaiserlichen Truppen. Wallenstein ließ nunmehr der kurfürstlichen Residenzstadt andeuten, daß sie 5 kaiserliche Regimenter aufnehmen und 50000 Rthlr. Brandschatzung zahlen solle. Diese Zumuthung verursachte unter den Berlinern große Bekümmerniß, welche aber diesmal nur von kurzer Dauer war. Denn die Abgesandten, welche aus Berlin geschickt wurden um mit dem kaiserlichen Feldherrn wegen der gemachten Forderungen zu unterhandlen, fanden in der ganzen Gegend, wo das Lager gestanden hatte, keinen Mann und zogen die Nachricht ein, daß Wallenstein plötzlich mit seinem ganzen Heere aufgebrochen sey. Dieser schnelle und unerwartete Rückmarsch war eine Folge der Nachricht, daß der Herzog Bernhard von Weimar Regensburg erobert habe und schon im Begrif sey in Oestreich einzudringen und daß ein 6000 Mann starkes, aus brandenburgischen und sächsischen Truppen bestehendes Corps sich der brandenburgischen Grenze nähere.

Schon die kurze Gegenwart der kaiserlichen Truppen war für die Mark Brandenburg sehr beschwerlich gewesen. Und ob gleich dies Land von solchen beschwerlichen Gästen bald wieder befreiet wurde; so mußte es demohngeachtet von anderen Truppen, welche zur Hülfe herbeigeeilt waren, manche Beschwerden erdulden.

In einigen brandenburgischen Städten, z. B. in Frankfurt standen noch kaiserliche Truppen. Arnim, machte zwar den Anfang die Stadt Frankfurt zu belagern, allein er hob die Belagerung bald wieder auf, denn die Oestreicher leisteten einen hartnäckigen Widerstand. Ueberhaupt konnte im Anfange des J. 1634. die Mark Brandenburg von feindlichen Truppen nicht gänzlich befreit werden. Die vorfallenden Scharmützel waren in Ansehung des kriegerischen Erfolgs unbedeutend, veranlaßten aber viele Hin- und Hermärsche, durch welche das platte Land sehr litt, ja selbst die Stadt Kyritz wurde gänzlich abgebrannt. Die wichtigsten Vortheile, welche die Schweden im Anfange dieses Jahres erhielten, bestanden in der Eroberung der Stadt Landsberg an der Warte und in der Wegnahme von 140 mit Schätzen beladenen Wagen, welche von den Kaiserlichen aus Frankfurt nach Schlesien waren abgeschickt worden. Unterdessen war der Feldherr Arnim mit seinen Truppen nach der Lausitz und nach Schlesien aufgebrochen. Hier erhielt er über die Kaiserlichen einen ansehnlichen Sieg, in welchem 4000 Mann derselben auf dem Platze blieben und 1400 gefangen genommen wurden. Dieser erhaltene Vortheil war sehr wichtig, weil nunmehr die in der Mark Brandenburg befindlichen östreichischen Truppen aus Schlesien keine Hülfe erwarten konnten. Es wurde also von dem schwedischen General Banner die Belagerung der Stadt Frankfurt, welcher George Wilhelm in eigner Person beiwohnte, zwar langsam aber doch mit Glück geführt. Am Ende des Monat Mai's waren die Kaiserlichen aus Frankfurt vertrieben. Und am 2ten Junius wurde von den Schweden Crossen erobert, welcher noch der einzige Ort war, in dessen Besitz die feindlichen Truppen sich befanden, so daß also anjetzt die ganze Mark Brandenburg von feindlichen Truppen befreit war.

In

In diesem Jahre ereignete sich auch bei der kaiserlichen Armee eine grosse Veränderung. Wallenstein, der bisher bei dem Kaiser Alles vermocht hatte, fiel in Ungnade und das Obercommando wurde ihm genommen. Ferdinand II. wollte anfangs allen Nachrichten, daß Wallenstein nach der böhmischen Krone strebe, keinen Glauben beimessen und konnte endlich nur durch sehr wichtige Beweisgründe von der Wahrheit der Anklage überzeugt werden. Den Ausschlag in dieser Sache gab der spanische Hof, welcher durch seinen Gesandten dem Kaiser erklären ließ, daß er weder Hülfsgelder noch Hülfstruppen schicken werde, wenn jener Feldherr noch länger in kaiserlichen Diensten bleiben würde. Wallenstein, frühzeitig hiervon benachrichtiget, machte ernsthafte Anstalten, um durch gewaltsame Mittel sein Ansehen zu behaupten. In dieser Absicht machte er eine Verschwörung und hoffte sowohl durch dieses Mittel als auch durch Unterstützung der Schweden und der übrigen Protestanten sich das Königreich Böhmen zu verschaffen. Allein die Treulosigkeit der Verschwornen und das Mistrauen der Protestanten machten, daß seine Plane scheiterten. Jedoch waren die Letzteren in der That Willens ihn zu unterstützen. In dieser Absicht hatte auch schon der Herzog Bernhard von Weimar einige Truppen abgeschickt. Ehe aber dieselben ankamen, wurde Wallenstein, wahrscheinlich auf kaiserlichen Befehl, in seinem Schlafzimmer ermordet. Mehrere seiner Verwandten hatten ein gleiches Schicksal.

Ohngefehr um dieselbe Zeit hielt der schwedische Kanzler Ochsenstirn zu Halberstadt eine Zusammenkunft, auf welcher er zwischen den Ständen von Oberdeutschland und zwischen den Ständen des ober und niedersächsischen Kreises eine genaue Verbindung zu Stande brachte. Nur der Kurfürst von Sachsen Jo-

hann George wollte sich mit Schweden in keine genaure Verbindungen einlassen: denn dieser deutsche Fürst war sehr unzufrieden, daß Ochsenstirn Magdeburg und Halberstadt als eroberte schwedische Provinzen zu behandlen anfieng. Auch George Wilhelm schöpfte bald nachher gegen die Krone Schweden Mistrauen, als Ochsenstirn auf der Versammlung zu Frankfurt am Mayn, wo die Protestanten sowohl von Ober- als auch von Niederdeutschland sich mit Schweden verbanden, schon deutlich zu verstehen gab, daß die Krone Schweden wegen der Kriegskosten sich durch die Besitznehmung Pommerns entschädigen werde.

Der kaiserliche Hof suchte sogleich aus diesem Misverständnisse Vortheile zu ziehen und ließ an Kursachsen Friedensvorschläge machen. Es wurde auch wirklich in dieser Absicht zu Leutmeritz ein Kongreß eröfnet, zu welchem auch Kurbrandenburg Gesandte schickte. Anfangs hatten die Unterhandlungen keinen wichtigen Erfolg, denn Kursachsen wollte ohne Einschließung der Krone Schweden keinen Frieden schließen. Allein demohngeachtet wurden dieselben theils zu Prag, theils zu Pilsen und Pirna nicht nur fortgesetzt, sondern auch durch einen Friedensschluß beendiget, wozu einige Unglücksfälle, welche die Schweden in diesem Jahre erlitten, das meiste beitrugen; denn dieselben verlohren in diesem Jahre die Stadt Regensburg und wurden bei Nördlingen von den Kaiserlichen Truppen gänzlich geschlagen. Kursachsen, welches schon vorher zum Frieden große Neigung gehabt hatte, fand nunmehr für nothwendig die Ausführung dieser Idee zu beschleunigen. Es wurde auch wirklich den 20sten May 1635 ein förmlicher Friedenstractat zu Prag zwischen dem Kaiser und dem Kurfürsten von Sachsen geschlossen. Vermöge desselben sollte der zweite Sohn des Kurfürsten

Jo-

Johann Georgs Administrator von Magdeburg bleiben, und die vier vom Erzstifte abgerissenen Aemter, Querfurth, Dame, Borck und Jüterbock sollten niemals wieder von Kursachsen getrennt werden. Zugleich war auch festgesetzt worden, daß der Krone Schweden der Friede solle angetragen werden, jedoch nur unter der einzigen Bedingung, wenn sie ihre Truppen aus dem deutschen Reiche entfernen würde, ohne die geringste Schadloshaltung zu fordern. Im entgegengesetzten Falle hatte sich Kursachsen verpflichtet, die Schweden als einen Feind zu betrachten. In Rücksicht des Restitutionsedicts war festgesetzt worden, daß die Vollziehung desselben noch 40 Jahre aufgeschoben werden solle.

Zu gleicher Zeit wurden auch die sämmtlichen evangelischen Stände aufgefodert, den Prager Frieden anzunehmen und Verstärkungen zu dem kaiserlichen Heere zu schicken, welches bestimmt sey die Schweden aus Deutschland zu entfernen. Der Kurfürst von Brandenburg war der erste Fürst, welcher den Prager Frieden annahm. Der Kaiser versprach ihm die brandenburgischen Ansprüche auf Pommern geltend zu machen. Und dafür gab der Kurfürst seine Einwilligung, daß die Befehlshaber der brandenburgischen Festungen dem Kaiser den Eid leisten sollten *). Der Graf von Schwarzenberg, welcher an dieser Sache großen Antheil hatte, leistete zuerst als General-Gouverneur der sämmtlichen Festungen diesen Eid und nahm nachher denselben den unter ihm stehenden Commandanten ab.

Dieser mit Oestreich geschlossene Friede und das zu gleicher Zeit errichtete Bündniß hatten, im Ganzen betrachtet, für die Mark Brandenburg keine Vortheile:

*) Pöllnitz Memoiren. Erster Band. Berlin 1791. S. 21.

denn dies Land wurde anjetzt wieder der Schauplatz des Krieges und von den Freunden sowohl als von den Feinden nicht geschont. Kursachsen, welches besonders auf seinen Vortheil bedacht war, ließ durch seine Truppen die Schweden aus dem Magdeburgischen vertreiben und die Stadt Magdeburg erobern. Die schwedischen Truppen hatten sich in die Mark Brandenburg gezogen, wo sich anjetzt kleine Gefechte ereigneten, durch welche man nichts ausrichtete und in welchen bald die eine bald die andere Partei den Sieg davon trug. Bei dieser Gelegenheit wurden viele Städte und Dörfer geplündert und einige derselben sogar abgebrannt. Und kein besseres Schicksal hatten auch diejenigen Gegenden, in welchen kaiserliche Truppen standen, denn diese fielen den Einwohnern des Landes durch Erpressungen sowohl an Geld als auch an Proviant sehr beschwerlich. Dies hatte nun die Folge, daß die Anzahl der Einwohner sich von Tage zu Tage verminderte: denn sehr viele derselben begaben sich mit dem kleinen Ueberreste ihres Vermögens in ruhigere Länder. Diese Auswanderungen waren aber nicht die einzige Ursach der Abnahme der Bevölkerung in der Mark Brandenburg, sondern eine Pest, welche zu gleicher Zeit in dieser Gegend wüthete, verminderte gleichfalls die Menschenzahl. Besonders war dies der Fall in der ganzen Altmark, wo in einigen Oertern bisweilen an einem einzigen Tage 30—40 Menschen starben.

Die bisherigen kriegerischen Vorfälle in der Mark Brandenburg waren sehr unbedeutend gewesen. Allein am 24sten September 1636 wurde in der Gegend von Wittstock eine Hauptschlacht geliefert. Der schwedische General **Wrangel**, welcher erfahren hatte, daß das Kaiserlich-Sächsische Heer unter der Anführung des Kurfürsten von Sachsen Willens sey sich mit dem Korps

des

des Generals Klitzing zu vereinigen, machte sogleich ernsthafte Gegenanstalten. Schon am 21sten September befand sich dieser Feldherr nur eine halbe Meile von dem vereinigten Heere entfernt. Der Kurfürst von Sachsen hatte anfangs eine sehr vortheilhafte Stellung auf einer zwischen dem Kloster Heiligen-Grab und Wittstock gelegenen Anhöhe genommen, wo Banner, dessen Heer an Anzahl geringer war, einen Angrif nicht wagen konnte. Am 24sten September glückte es ihm aber durch seine Märsche zu bewirken, daß der Kurfürst sich in die Ebene herab zog. Nunmehr schob Banner den Angrif keinen Augenblick auf. Das Treffen nahm um 3 Uhr Nachmittags seinen Anfang. Von beiden Seiten wurde mit großer Hartnäckigkeit gestritten, so daß bei der einbrechenden Nacht der Kampf zwar aufhörte, aber beide Heere blieben auf dem Kampfplatze stehen. Bis jetzt war also noch nichts entschieden, und es war zu erwarten, daß beim Anbruch des Tages das Gefecht werde erneuert werden. Jedoch dies war der Fall nicht. Der schwedische Feldherr hatte diesmal nicht nöthig durch einen neuen Angriff sich den Sieg zu verschaffen, sondern zwei Kanonenschüsse, welche in der Mitte der Nacht bei der schwedischen Armee geschahen, waren hinreichend. Die Alliirten, welche glaubten, dieß sei ein Zeichen zu einem neuen Angriffe traten sogleich den Rückzug an, welcher in großer Unordnung geschahe und folglich den Schweden Gelegenheit eine ansehnliche Beute zu machen, verschaffte. Die ganze Bagage des Kurfürsten von Sachsen, seine Kriegscanzeley und Silbergeschirr, desgleichen auch das Gepäcke der übrigen Generale gerieth größten Theils in die Hände der Schweden. Und der Verlust, welchen an diesem Tage das vereinigte Heer auf dem Schlachtfelde erlitt, soll sich auf 20000 Mann belaufen haben.

Die nächsten Folgen dieser Schlacht bestanden darinn, daß die sächsischen und kaiserlichen Truppen sich plötzlich aus der Mark Brandenburg entfernten, daß die schwedischen Truppen die Oberhand in derselben behaupteten und es feindlich behandelten. Banner blieb zwar nicht daselbst stehen, sondern führte seine Truppen, nachdem er die Werbner Schanze erobert hatte, nach Thüringen. Hingegen der schwedische General Wrangel kam aus Pommern mit einem Corps in die Mark Brandenburg, foderte von Berlin 60000 Thlr. Brandschatzung und vom Kurfürsten einen freien Durchmarsch durch Küstrin, die Einräumung der Festung Spandau, welche Ochsenstirn nach Gustav Adolphs Tode dem Kurfürsten, um denselbigen zu beruhigen, übergeben gehabt hatte. Nachdem er diese Forderungen vorgetragen hatte: so wartete er die Antwort nicht ab, legte nach Berlin einige Besatzung und ließ sich von dieser Stadt 31000 Thaler, 15000 Ellen Tuch, 3000 Paar Schuhe und eben so viel Strümpfe liefern. Was die Einräumung von Spandau und den Durchmarsch von Küstrin anbetraf; so erklärte George Wilhelm, daß er hierüber nichts bestimmen könne, weil die Besatzungen beider Städte dem Kaiser den Eid der Treue geleistet hätten, sondern daß es dem schwedischen Feldherrn frei stünde, zu machen was er wolle. Dieser fand nicht für rathsam eine Belagerung jener Städte zu unternehmen. Hingegen die Stadt Landsberg wurde bei der Annäherung der Schweden von den kaiserlichen Truppen geräumt, nachdem die Kanonen waren vernagelt worden.

Im Jahr 1636 veranstaltete Ferdinand II. einen Kurfürstentag, auf welchem er seinen Sohn zum römischen König wählen ließ. Dies geschahe im Monat September des eben erwähnten Jahres. Und den 15ten Februar des folgenden Jahres starb Ferdinand

nand II. und sein Sohn folgte ihm unter dem Namen Ferdinand III. in der Regierung nach. Dieser neue Kaiser bezeigte zwar friedfertigere Gesinnungen, aber zugleich wollte er nur auf einer seiner Ehre angemessene Art Friede schließen. Und einen gleichen Vorsatz hatte auch die Krone Schweden, welche zur Entschädigung der angewendeten Kriegskosten zum wenigsten Pommern verlangte. Daß dies wirklich ihre Absicht sey, bewiesen sie auch, als im J. 1637 der letzte pommersche Herzog Bogislav gestorben war. Von dieser Zeit an betrachteten sie dies Land als ihr Eigenthum, und verhinderten Brandenburg an der Besitznehmung desselben.

Alle kleinen Kriegsvorfälle zu erzählen, ist dem Plane dieses Buchs nicht angemessen, indem dieselben mehr in eine deutsche Reichsgeschichte gehören. Ich halte also nur für nothwendig, dieselben kürzlich zu berühren. Seit Bogislavs Tode hatten die Schweden ihre Hauptabsicht auf Pommern gerichtet. Aus diesem Grunde hob Banner die Belagerung von Leipzig auf und zog sich mit seinen Truppen in die Mark Brandenburg, wo er sich, der Gegenbemühungen der Oestreicher ohngeachtet, mit dem General Wrangel vereinigte. Die schwedischen Feldherrn hatten aber nicht die Absicht in der Mark Brandenburg stehen zu bleiben, sondern sie brachen auf und führten ihre Truppen nach Pommern, um den Besitz dieser Provinz sich zu versichern. Die Kaiserlichen wurden durch diesen Rückzug der Schweden von neuer Hofnung belebt, den Feind vom deutschen Boden zu entfernen. Auch George Wilhelm bewies sich bei der Ausführung dieses Planes sehr thätig, indem er mehrere Truppen anwerben ließ. Allein alle diese Bemühungen waren, im Ganzen betrachtet, fruchtlos. Denn die Schweden behaupteten sich als Herren von Pommern und außerdem unter-

ternahmen sie auch Streifereien in der Mark Brandenburg. So konnte man z. B. nicht verhindern, daß Banner in die Uckermark eindrang und Schwedt wegnahm, welche Stadt zuvor von den Alliirten war erobert worden. Letztere machten zwar noch große Kriegsrüstungen und drangen in Pommern ein, wo der in brandenburgische Dienste getretene Feldherr Klitzing im Anfange des Jahres 1738 die Festung Garz eroberte. Kurz nachher wurde dieser Ort wieder vom General Banner, dessen Armee aus Schweden ansehnlich war verstärkt worden, in Besitz genommen und alle daselbst vorhandenen Festungswerke zerstört. Dies war aber nur ein sehr unbedeutender Vortheil, welchen Banner erhielt. Weit wichtiger war ohnstreitig derjenige, welcher darin bestand, daß er durch seine Bewegungen die Kaiserlichen und die Sachsen nöthigte ganz Pommern zu verlassen. Hiermit begnügte er sich noch nicht, sondern er folgte denselben auf dem Fuße nach. Bei dieser Gelegenheit hatten die Einwohner der Mark Brandenburg wieder ein hartes Schicksal, welches ihnen sowohl von den Schweden als auch von ihren Freunden und Bundesgenossen zubereitet wurde. Die Ersteren plünderten Wittstock und Lenzen und die Letzteren Perleberg.

George Wilhelm führte über das Betragen der östreichischen Truppen am kaiserlichen Hofe bittere Klagen; allein dieselben, wie man erwarten konnte, fruchteten nichts. Die Bauern in der Altmark ergriffen daher aus Verzweiflung die Waffen und thaten wirklich den kaiserlichen Truppen großen Schaden, welche sich endlich genöthiget sahen diese Gegenden zu verlassen. Auch Banner vermied im J. 1639 die Mark Brandenburg, aber nicht aus Schonung gegen dieselbe, sondern weil er überzeugt war, daß nach so vielen

vielen vorhergegangenen Plünderungen und Verheerungen daselbst eine große Dürftigkeit herrsche. Er führte also seine Truppen nach Sachsen und Böhmen, welche Länder anjetzt die üblen Folgen des Krieges gleichfalls in ihrer ganzen Größe empfinden mußten.

Die Mark Brandenburg erhielt jedoch hierdurch keine große Erleichterung: denn der Hunger, die daraus entstehende Pest, die zurückgebliebenen schwedischen Truppen und die Strenge, mit welcher der Graf Schwarzenberg die Abgaben einforderte, welcher anjetzt, weil George Wilhelm sich nach Preußen begeben hatte, als Statthalter in der Mark Brandenburg regierte, drückten dies Land unendlich. Ueberhaupt stand im Jahre 1639 die Mark Brandenburg gänzlich unter der Bothmäßigkeit der schwedischen Truppen. Schwarzenberg selbst mußte sich seiner Sicherheit wegen, nach Pritz begeben. Havelberg, Brandenburg, Rathenow, und mehrere andere Städte wurden von den Schweden in Besitz genommen. Ein gleiches Schicksal hatten auch Frankfurt an der Oder und Berlin. Erstere Stadt mußte 7000 Thlr. und letztere 16000 Thlr. Brandschatzung zahlen. Um einen solchen Unfug zu steuern, waren die brandenburgischen Truppen nicht hinreichend, von welchen überdies die Meisten sich bei dem kaiserlichen Heere in Schlesien befanden.

Die Hofnung auf beßre Zeiten war noch immer ferne, denn nur ein allgemeiner Friede konnte die Wegräumung der vorhandenen Landesplagen bewirken. Die bisherigen Bemühungen zur Wiederherstellung des Friedens waren noch immer fruchtlos. Ein Glück für das brandenburgische Haus war es, daß der Kaiser seine Absicht nicht erreichte, welcher Willens war mit Schweden einen besondern Frieden zu schließen und dieser Krone sowohl Geld als auch Pommern zum Unterpfand antragen

gen ließ. Allein die meisten Reichsstände, welche einen allgemeinen Frieden verlangten, suchten aus allen Kräften diese Sache zu hintertreiben und bewirkten endlich, daß zu Regensburg den 26 Jul. 1640 ein Reichstag gehalten wurde, auf welchem die sämmtlichen Reichsstände erscheinen und an der Berathschlagung den Frieden wieder herzustellen, Antheil nehmen konnten. Auch George Wilhelm schickte Gesandten auf diesen Reichstag, allein er erlebte weder die Beendigung desselben, noch das Ende des Krieges: denn schon seit dem Junius dieses Jahres hatte ein Beinschaden ihn auf das Krankenlager hingestreckt und den 1sten December erfolgte der Tod dieses Fürsten zu Königsberg.

Er ist nur einmal vermählt gewesen, und zwar mit Elisabeth Charlotte, einer Schwester des unglücklichen Kurfürsten von der Pfalz, Friedrichs V. Aus dieser Ehe wurden vier Kinder geboren, zwei Prinze und zwei Prinzessinnen. Einer derselbe Friedrich Wilhelm folgte in der Regierung nach und der andere Johann Siegmund war schon 1624 seinem Geburtsjahre gestorben. Die älteste Prinzessinn Sophie Charlotte war vermählt an den Herzog Jacob von Curland und die jüngere Hedwig Sophie an den Landgrafen von Hessen Kassel, Wilhelm VI.

Ehe aber die Schicksale der brandenburgischen Länder unter Friedrich Wilhelms Regierung können erzählt werden, muß ich zuvor einige Sachen nachholen, welche ich bis jetzt noch nicht erwähnt habe, um die Geschichtserzählung nicht so oft zu unterbrechen.

Angelegenheiten wegen der jülichclevischen Länder.

Die Kriegsunruhen zu den Zeiten George Wilhelms hatten nicht blos auf die Mark Brandenburg son-

sondern auch auf die übrigen dem Kurhause Brandenburg gehörigen Länder einen sehr nachtheiligen Einfluß. Schon bei dem Antritt der Regierung dieses Kurfürsten waren die jülichcleviſchen Erbschafts-Länder ein Schauplatz des Krieges, indem sich nämlich daselbst die Spanier und Holländer herumtummelten. Diese Umstände waren Ursach, daß im Jahr 1622 Brandenburg mit Holland ein Bündniß schloß, in welchem den Holländern die Beschützung der jülich-cleviſchen Länder übertragen wurde. Hierdurch erhielten diese Gegenden keine Vortheile: denn der Krieg wüthete noch immer fort. Eben so wenig wurde auch im Jahr 1624 durch den Düsseldorfer Vergleich ausgerichtet, welchen Brandenburg und Pfalzneuburg unter sich schlossen. In diesem Vertrage, welchen Adam von Schwarzenberg als brandenburgiſcher Bevollmächtigter geschlossen hatte, begnügte sich das Haus Brandenburg mit dem Theile des Herzogthums Cleve, welcher zwiſchen Isselburg und Winkendenk liegt, der Grafschaft Mark, Ravensberg und dem Orte und Amte Windeck, behielt sich aber das Recht auf die ganze Herrschaft von beiden Theilen vor. Und zugleich hatten beide Fürsten beschlossen gemeinschaftlich für die Abführung der fremden Truppen aus ihren weſtphäliſchen Ländern zu sorgen. In dieser letztern Sache hatten ihre Bemühungen keinen glücklichen Erfolg: denn weder die Spanier noch die Holländer führten ihre Truppen aus dieser Gegend weg, sondern fanden für rathsamer den Krieg auf fremde Unkosten noch länger fortzusetzen. Im Jahr 1628 schickte zwar der Kaiser eine Commission, welche den ganzen jülichſchen Erbschaftsstreit beendigen sollte. Es wurde aber hierdurch nichts ausgerichtet. Und die dortigen Länder empfanden folglich noch immer das Ungemach des Krieges. Im Jahr 1630 schlossen Brandenburg und Pfalzneuburg einen neuen Vergleich auf 25 Jahre,

und

und während dieses Zeitraumes sollten Cleve und Mark dem Kurfürsten, Jülich, Bergen, Ravenstein, und Breskesand dem Pfalzgrafen von Neuburg, Ravensberg hingegen beiden gemeinschaftlich zugehören. Nachdem dieser Vergleich war zu Stande gekommen, verwendeten sich der Pfalzgraf und der Kurfürst sowohl bei den Holländern als auch bei den Spaniern, um die Entfernung der fremden Truppen aus den jülich-clevischen Ländern zu bewirken. Diesmal waren sie in Erlangung ihrer Absicht glücklicher: denn beide Mächte, sowohl die spanische als auch die holländische, gaben ihrem Anliegen Gehör und entfernten im Jahr 1631 ihre Truppen aus diesen Gegenden. Nur bedungen sie sich aus, daß vor der Hand einige Oerter in ihrem Besitze bleiben sollten. Diesem Vertrage gemäß blieben spanische Truppen in den Oertern Jülich, Orsoy und Rhiebergen, die Holländer aber Wesel, Rees und Emmerich. Letztere ließen ihre in diesen Oertern befindlichen Truppen dem Kurfürsten den Eid der Treue schwören und setzten auch zu Rees einen gebohrnen Brandenburger zum Commandanten ein. Bis zu dem Tode George Wilhelms ereigneten sich in dieser Gegend keine Veränderungen und die Einwohner, befreiet von den Einquartierungen, genossen ein besseres Schicksal.

Die ferneren Angelegenheiten Preußens unter George Wilhelms Regierung.

Nachdem, wie ich schon oben erzählt habe, zwischen Schweden und Polen unter brandenburgischer Vermittlung im J. 1629 ein 6 jähriger Waffenstillestand war geschlossen worden: so hatte Preußen keine Kriegsunruhen zu befürchten, und erhielt zugleich die Aussicht auf eine dauerhafte Ruhe, indem Polen eine große Verlan-

langen bezeigte, jenen sechsjährigen Waffenstillestand in einen Frieden zu verwandlen oder zum wenigsten ihn zu verlängern. Dieses Geschäfte wurde oft angefangen, aber auch oft unterbrochen: bis endlich unter Vermittlung des Kurfürsten von Brandenburg im J. 1635, obgleich letzterer in demselben Jahre durch Annehmung des Prager Friedens in Deutschland die schwedische Partei verlassen hatte, jener Waffenstillstand auf 25 Jahre verlängert wurde. Durch diesen neuen Vertrag erhielten so wohl Polen als auch Brandenburg ansehnliche Vortheile. Dem Ersteren wurde das ganze polnische Preußen und dem Letztern Pillau und überhaupt Alles, was sie vorher dem Schweden hatten einräumen müssen, zurück gegeben.

Zwar war durch diesen Vertrag die Ruhe in Preussen gesichert: aber dem ohngeachtet verschafften die Regierungsgeschäfte in dieser Provinz dem unglücklichen Kurfürsten viele Verdrießlichkeiten, woran die Krone Polen schuld war, welche sich in die inneren Angelegenheiten Preussens öfters mischte. Die Veränderungen im Zollwesen, welche der Kurfürst zu Pillau unternommen und dadurch seine Einkünfte vermehret hatte, gaben hierzu die erste Veranlassung. Im Jahre 1636 machte nämlich Polen dem Kurfürsten den Antrag, daß Pillau einem polnischen Edelmann, welcher dem König von Polen durch einen besonderen Eid verpflichtet sey, anvertraut werden solle. Von gleicher Art war auch die Forderung, daß keinem Fremden verstattet werden solle, in dem Herzogthum Preussen Güter zu kaufen.

Mit diesen und ähnlichen Anträgen schien es jedoch der Krone Polen kein rechter Ernst zu seyn. Mit größerem Eifer betrieb der König Wladislav

von Polen ein anderes Geschäft, welches die Anlegung neuer Seezölle und die Ansetzung eines eigenen Zollbeamten zu Pillau betraf. Der Berliner Hof zeigte sich anfangs nicht abgeneigt, in diese Sache zu willigen; allein andere Betrachtungen, daß man nämlich hierdurch viele handelnde Nationen gegen sich aufbringen werde, verursachten einen anderen Entschluß, welchem auch die Stadt Danzig und die polnisch preußischen Stände beistimmten. Die Krone Polen wußte aber durch ein anderes Mittel die brandenburgische Einwilligung zu erhalten. Man drohete nämlich, über das Zollwesen in dem Herzogthum Preußen eine Untersuchung anzustellen. Um nun der Ausführung jener Drohung vorzubeugen, gab **George Wilhelm** seine Einwilligung, daß der König von Polen zu Pillau und Memel auf 2 Jahre einen neuen Zoll, und zwar 4 von Hundert einführen konnte, jedoch unter der Bedingung, daß derselbe zuvor zu Danzig, Elbing und in anderen preußischen und Curländischen Häfen eingeführt würde, und daß das ganze Zollwesen unter des Kurfürsten Aufsicht stehen und folglich auch die Zollbeamten ihm vereidet seyn müßten. Dieser Zoll wurde zu Pillau und Memel gehoben, ehe er noch zu Danzig und anderen Orten war eingeführet worden. Der König von Dänemark war über diese Einschränkung des Handels sehr unzufrieden und verdoppelte sogleich den im Sunde befindlichen Dänischen Zoll. Dieser neue Zoll war auch eine Veranlassung, daß in Polen ein Reichstag gehalten wurde, auf welchem noch andere Sachen zur Sprache kamen, die dem Kurfürsten nichts weniger als angenehm seyn konnten. Von dieser Art waren besonders die schwedischen Beschwerden, über den von Brandenburg veranstalteten Einfall in Liefland.

Gerad

Gerade zu der Zeit als die Mark Brandenburg von den Schweden sehr hart war mitgenommen worden, ließ George Wilhelm durch den kaiserlichen Parteigänger Hermann Boot 900 Mann in Preußen anwerben und durch Samoiten und Kurland einen Zug nach Liefland unternehmen, wodurch er die schwedische Macht zu theilen hoffte. Der Nachtheil welcher hieraus für Schweden entstand, war äußerst unbedeutend: Denn Hermann Boot wurde gleich anfangs geschlagen. Dem ohngeachtet führte die Krone Schweden hierüber große Beschwerden, und betrachtete jenen Vorfall als eine Verletzung des Waffenstillestands, weil die dazu gebrauchten Truppen in Preußen waren angeworben worden und ihren Weg durch Kurland genommen hatten. Diese Sache kam auf einem polnischen Reichstage zur Sprache, wo ein schwedisches Schreiben vorgelesen wurde, in welchem man verlangte, daß der Kurfürst von Brandenburg der Urheber jenes Einfalles zur Entschädigung des zugefügten Schadens solle angehalten werden. Der polnische Senat entschuldigte den Kurfürsten und versprach dafür zu sorgen, daß derselbe künftig Nichts unternehmen oder anderen gestatten solle, was die allgemeinen Ruhe stören könne. Was aber Polen anbetraf, versicherte man, daß der Waffenstillestand unverletzt werde erhalten werden, und daß man zu jeder Zeit bereitwillig sey, wegen eines ewigen Friedens mit Schweden zu unterhandeln.

Dies war aber nicht das einzige Unangenehme, welches dem Kurfürsten George Wilhelm in Rücksicht Preußens begegnete. Außerdem verursachten ihm so wohl die preußischen Landstände, als auch die Krone Polen selbst viele Verdrießlichkeiten. Erstere waren mißvergnügt, daß der Kurfürst die Burggra-

sen von Dohna und von Eulenburg den übrigen Regierungsräthen vorzog und bewiesen bei vielen Gelegenheiten große Widerspenstigkeit, in welcher sie von den Polen auf mancherley Art unterstützt wurden. Letztere setzten überhaupt einem jeden Gesuche des Kurfürsten auf dem polnischen Reichstage große Hindernisse in den Weg. Dies war auch der Fall, als der Kurfürst verlangte, daß der Kurprinz noch bey seinen Lebzeiten mit dem Herzogthum Preussen solle belehnt werden: denn der König Wladislaus von Polen, der zwar hierzu geneigt war, konnte die Sache nicht durchsetzen, weil die polnischen Landstände nicht beystimmten. Diese und mehrere unangenehme Vorfälle erregten in dem Kurfürsten den Gedanken, sich von den polnischen Lehnsverbindlichkeiten frey zu machen und über Preußen die Souverainität sich zuzueignen. Jedoch hat er niemals Anstalten gemacht, einen solchen Plan auszuführen, wozu auch der entnervte Zustand seiner Länder und überhaupt die damaligen Zeitumstände nicht günstig waren. Ueberdies scheint auch dieser Einfall, wenn er je denselben gehabt hat, nicht ernstlich gewesen zu seyn. Dies wird auch bestätigt durch eine Anekdote, welche man über diesen Vorfall erzählt: Der Kurfürst habe zu Neuhaus polnische Briefe erhalten und über den verdrießlichen Inhalt derselben sey er so aufgebracht worden, daß er folgende Worte geäußert hätte: „So wahr ich diesen Apfel zum Fenster hinauswerfe, so wahr sehe ich mich bemüßiget, mich der polnischen Lehnsverbindlichkeit zu entschütten.“ Der Apfel sey aber gegen das Fenster-Rahm geflogen und folglich zurück gefallen.

Auch die preußischen Stände fuhren noch immer fort durch ihre Widerspenstigkeit die Regierungssorge

Geor-

George Wilhelms zu vermehren. Dies bewiesen sie besonders auf dem im J. 1640 zu Königsberg veranstalteten Landtage: Daselbst wurde laute Klage geführt über die Duldung der Reformirten im Herzogthum Preussen, und über die schlechte Befestigung der Stadt Pillau, über den daselbst angelegten polnischen Zoll, über die daraus entstehende Verminderung des Handels, und über das Anwerben solcher Truppen, welche gegen Schweden fechten sollten.

Solche Mißhelligkeiten, welche beständig zwischen den Landständen und zwischen dem Regenten obwalteten, erregten ein gegenseitiges Mißtrauen, welches alles Gute verhinderte und überhaupt für das ganze Land nachtheilige Folgen hatte und erst unter Friedrich Wilhelm, welcher die Souveränität über Preussen erlangte, gänzlich aufhörte.

10. Friedrich Wilhelm der Große, v. J. 1640 — 1688.

Aus der Beschreibung der Schicksale, welchen die brandenburgischen Länder unter der vorigen Regierung unterworfen waren, könnten wir schon die Folgerung machen, daß der Nachfolger George Wilhelms dies Land in einem sehr zerrütteten Zustande übernommen habe. Jedoch dies ist nicht blos eine Vermuthung, sondern es wird auch durch die glaubwürdigsten historischen Nachrichten bestätiget, welche melden, daß zu dieser Zeit verschiedene der brandenburgischen Länder unter der Botmäßigkeit fremder Fürsten standen, daß viele derselben durch Feuer, Schwerdt und Pest verwüstet und entvölkert waren, und daß man sich nur aus den vorhandenen Brand-

stätten einen Begriff von der ehemaligen Bevölkerung machen konnte.

Durch kluge Unterhandlungen ein solches Land von fremden Truppen zu befreien, durch weise Verordnungen und Anstalten, den Wohlstand desselben zu erhöhen, durch kriegerische Thaten die Grenzen des Staats zu erweitern und ihm Achtung bey den Ausländern zu erzwingen, konnte nur das Werk eines Fürsten seyn, welcher mit vortreflichen Verstandeskräften und wissenschaftlicher Bildung ausgerüstet war. Friedrich Wilhelm, der Sohn George Wilhelms war wirklich ein solcher Fürst, dem weder der gute Wille, noch die innere Kraft mangelte, um das Wohl seines Staats zu befördern, sondern beydes war in ihm vereiniget. Vom Glücke bei seinen Unternehmungen begleitet und durch die Zeitumstände unterstützt, konnte er das Wohl des Landes befördern, sich selbst Achtung bey den Zeitgenossen und Unsterblichkeit bei der Nachwelt verschaffen. Daß er sich eine allgemeine Achtung im hohen Grade erworben habe, beweisen die vorhandenen Nachrichten glaubwürdiger Schriftsteller, und nicht blos der Beinahme des Großen, welchen ihm Zeitgenossen und Nachkommen ertheilt haben. Zwar ist mit keiner Sache ein größerer Misbrauch getrieben worden, als mit den Beinahmen, welche man den Fürsten ertheilt hat: denn sehr oft waren sie das Werk der Schmeicheley. Jedoch müssen wir gestehen, daß es bey Friedrich Wilhelm nicht der Fall war, sondern er gehört ohnstreitig zu der kleinen Anzahl der Fürsten, welchen man jenen Beinahmen ohne sich der Schmeicheley schuldig zu machen, beilegen kann, wenn er auch gleich von allen Fehlern und Mängeln nicht frei war, welches folgende Erzählung der Regierungs-

rungs - Geschichte dieses Fürsten hinlänglich beweisen wird *).

Ehe ich aber die Thaten dieses Fürsten zu erzählen anfange, muß ich noch zuvor aus der Jugendgeschichte desselben die merkwürdigsten Begebenheiten ausheben und sie in der Kürze darstellen: denn dieser Theil der Lebensgeschichte Friedrich Wilhelms enthält manchen Beweis, daß der Keim zu großen Thaten frühzeitig in ihm vorhanden war, und zeigt zugleich, wodurch das schlummernde Talent erwachte und sich ausbildete.

Den 6ten Februar 1620 wurde dieser Fürst gebohren. Obgleich die Regierung **George Wilhelms** fehlerhaft und unglücklich war; so hatte sie doch das Verdienst, daß für die Erziehung des Kurprinzen Sorge getragen wurde. Nur bis in sein 5tes Jahr genoß er weibliche Erziehung und wurde alsdann dem Geheimenrath **Johann von der Borch** anvertraut, welcher dem erhaltenen Erziehungs-Geschäfte die größte Sorgfalt widmete. Allein nur zwey Jahre besorgte er dieses Geschäft: denn schon im J. 1627 wurde er als Statthalter in die

*) Samuelis de Pufendorff de rebus gestis Friederici Wilhelmi Magni Electoris Brandenburgici, commentariorum libri novendecim. Berolini 1695 in fol: Pauli's allgemeine preußische Staats-Geschichte V. B. Halle. 1764. Buchholz Geschichte der Mark Brandenburg IV. B. Berlin 1771. — von Pöllnitz Memoiren zur Lebens und Regierungsgeschichte der vier letzten Regenten des Preußischen Staats. Aus d. Frz. übersetzt. I. B. Berlin 1791. — Versuch einer historischen Schilderung der Hauptveränderungen der Religion, Sitten, Gewohnheiten u. s. w. der Stadt Berlin. II. Theil. Berlin 1793.

Grafschaft Ravensberg geschickt, grade zu der Zeit,*) als der Kurprinz auf Geheiß seines Vaters nach Küstrin gebracht wurde, wo er für seine Person von den durch die Mark Brandenburg gehenden fremden Truppen nichts zu besorgen hatte. Nach Borchs Abreise erhielt er zum Erzieher den brandenburgischen Geheimenrath Johann Friedrich Kalkhun, auch Leuchtmar genannt. Und unter der Aufsicht dieses Mannes fuhr der Geheime-Secretär Jacob Müller fort, das Geschäft des Unterrichts zu besorgen, welches ihm schon vorher war übertragen worden.

Das allgemeine Elend, welches damals die Mark Brandenburg drückte, hatte wenigstens für den Kurprinz sehr wohlthätige Folgen; denn es bewirkte, daß er von dem Hofe seines Vaters entfernt wurde, und also nicht Gelegenheit hatte, an einer geschäftslosen und üppigen Lebensart Geschmack zu finden. Und gesetzt auch, daß der Aufenthalt am väterlichen Hofe ihn nicht verdorben hätte, so würde er doch gewiß die Fortschritte in Erlernung der Sprachen und Wissenschaften gehemmt haben. So aber erwarb sich Friedrich Wilhelm zu Küstrin verschiedene nützliche Kenntnisse, und bekam auch seit dem J. 1629 einen polnischen Sprachmeister, Namens Willudovius,**) weil man glaubte, daß ihm als einem künftigen Lehnsmann der Krone Polen die Kenntniß der polnischen Sprache von Nutzen seyn werde.

Im

*) Versuch einer historischen Schilderung der Residenzstadt Berlin. 2r Theil. S. 3. wo in der Anmerkung eine Stelle aus der ungedruckten märkischen Chronik des ehemaligen brandenburgischen Historiographen Martin Schockius ist abgedruckt worden.

**) Martin Schockius, am angeführten Orte.

Im Jahr 1631 verließ er seinen bisherigen Aufenthalt und reiste zuerst nach Wolgast, wo sich damals die Königinn von Schweden, Maria Eleonora aufhielt. Von hier gieng er nach Stettin zu dem pommerschen Herzog Bogislaus, an dessen Hofe er bis zum Jahre 1634 verweilte.

Der unter der vorigen Regierung öfters erwähnte treulose Minister Graf von Schwarzenberg, dem nicht leicht etwas verborgen blieb, bemerkte frühzeitig die großen Talente des Kurprinzen. Um seine durch Mißbrauch an sich gerissene Gewalt zu sichern, fand er für rathsam den jungen Friedrich Wilhelm, dessen Verstand immer mehr zu reifen begann, so weit, als nur möglich sey, von dem vaterländischen Boden zu entfernen. Es kostete ihm wenig Mühe den Kurfürst George Wilhelm zu überreden, daß er seinen Sohn auf Reisen schicken möchte. Diese Reisen, welche er im Jahre 1634 antrat, waren ihm sehr nützlich: denn sie vermehrten nicht nur seine Kenntnisse, sondern verschafften ihm auch einen ansehnlichen Schatz von Erfahrungen, welche beyde Sachen in der Folge wesentliche Dienste leisteten. Dies hatte Schwarzenberg nicht beabsichtiget, sondern die entgegengesetzten Folgen erwartet, daß nämlich der Kurprinz mit den verschiedenen Arten der Ueppigkeit und der Schwelgerei vertrauter und dadurch zu großer Thätigkeit untüchtig werden würde. Die Bosheit dieses Mannes zeigt sich aber in einem noch weit gehäßigerem Lichte, wenn man erwägt, daß er sogar theils durch Meuchelmord theils durch Gift dem jungen Prinzen nach dem Leben trachtete. Die ganze Handlungsart dieses Mannes war von der Art, daß man ihm solche Anschläge wirklich zutrauen darf, und hierzu kommt besonders der wichtige Umstand,

daß Friedrich Wilhelm selbst oft erzählt hat, es sey ihm durch Gift und durch Meuchelmord nachgestellt worden *).

Der Kurprinz blieb bis zum J. 1638 in Holland. Diese Zeit wendete er treflich an, indem er sowohl seine Kenntnisse vermehrte, als auch Erfahrungen von verschiedener Art sammelte. Beides geschahe theils während seines Aufenthalts auf der Universität Leiden, theils auch durch den Umgang mit achtungswerthen Männern, dem Prinzen von Oranien Heinrich Friedrich, und den Fürsten von Nassau Wilhelm und Johann Moritz. Und diese Männer, welche damals in dem Kriege, der in Holland geführt wurde, wichtige Rollen übernommen hatten, ertheilten ihm den ersten Unterricht im Kriegswesen.

Besonders verdankte er in dieser Sache sehr viel dem Prinzen Friedrich Heinrich von Oranien, welcher sichs besonders angelegen seyn ließ, den jungen Kurprinzen bei der Belagerung der Festung Breda mit den verschiedenen Arten der Befestigungswerke und ihrem Endzweck bekannt zu machen.

Schon im Jahr 1637 hatte George Wilhelm verlangt, daß sein Sohn zurückkehren sollte; allein sowohl der Kurprinz selbst, als auch die clevischen Stände und einige vornehme Holländer, welche wünschten ihn länger bey sich zu behalten, machten Gegenvorstellungen, und er blieb noch bis in das folgende Jahr in diesen Gegenden. Hingegen in dem Jahr 1638 verlangte sein Vater seine Rückkehr, und er war auch nicht im Geringsten abgeneigt dem väterlichen

*) Oellrichs Nachricht von den Schriften des D. Garliep von der Mühlen. S. 40.

lichen Willen Folge zu leisten. Die erste Veranlaßung hierzu soll eine vom Grafen Schwarzenberg ersonnene Verläumdung gegeben haben, indem er nämlich den Kurfürst überredet hätte, der Kurprinz habe die Absicht eine pfälzische Prinzessinn zu heirathen, ohne sich vorher um die Einwilligung des Vaters zu bekümmern, die Regierung über die westphälischen Staaten zu übernehmen und seinen Wohnsitz zu Kleve aufzuschlagen. Und zugleich versicherte er, daß der Kaiser, welcher schon von dieser Sache benachrichtiget sey, seinen Mißfallen bezeigt habe, und sehr wünschte, daß der Kurprinz seinen Aufenthalt zu Wien nehmen möchte.

Was den Vorschlag anbetraf den Kurprinz nach Wien zu schicken, so betrieb es Schwarzenberg, welcher wohl einsahe, daß diese Sache sehr starken Widerspruch finden würde, nicht mit großem Eifer; sondern soll sogar dem Kurfürsten den Vorschlag gemacht haben, dem Kurprinzen die Regierung über die westphälischen Staaten zu übergeben, jedoch nur unter der Bedingung, sich mit keiner pfälzischen Prinzeßinn zu vermählen. In dem Falle, daß er diesen letzten Vorschlag wirklich gemacht hat, so war gewiß seine Absicht den jungen Friedrich Wilhelm noch länger von seinem Vater zu entfernen, weil er dessen Gegenwart scheuete.

Alle diese Vorschläge waren jedoch ohne Wirkung: denn Friedrich Wilhelm kam im Jahre 1638 zu Spandau bei seinem Vater an. Und auf seiner Rückreise hatte er hinlängliche Gelegenheit sich von dem schlechten Zustande seines künftigen Eigenthums zu überzeugen. Ob er gleich wußte, daß Schwarzenberg an diesem in der Mark Brandenburg herrschenden Elende großen Antheil habe, so ließ er

er sich doch hiervon nichts merken, sondern beobachtete gegen denselben ein gefälliges Betragen. Doch auch jener traute dem Scheine nicht, und er soll es gewesen seyn, auf dessen Veranstaltung dem Kurprinzen kurz nach seiner Rückkehr Gift beigebracht wurde. Zum Glück hatte Friedrich Wilhelm, der wahrscheinlich den mörderischen Anschlag noch bei Zeiten gemerkt hatte, nur wenig von dieser tödtlichen Speise zu sich genommen. Daß aber auch selbst das wenige Gift für seine Gesundheit keine nachtheiligen Folgen hatte, das war eine Folge seines von Natur starken Körpersbaues.

Die Ankunft des Kurprinzen in der Mark Brandenburg erregte bei allen Einwohnern dieses Landes eine sehr große Freude: denn schon längst hatte man über die gegenwärtige Regierung Unzufriedenheit gezeigt und auf den künftigen Erben des Landes ein großes Vertrauen gesetzt. Und nach seiner Rückkehr schmeichelte man sich so gar mit der Hoffnung, daß durch seinen Einfluß mancher drückenden Beschwerde werde abgeholfen werden. Die für die Zukunft gemachten Hoffnungen wurden zwar größten Theils erfüllt, aber nicht so für die Gegenwart: denn nicht lange verweilte der Kurprinz in der Mark Brandenburg, sondern begleitete seinen Vater nach Preußen, welches letztere Land er auch nicht eher wieder verließ, als bis er nach dem am 20ten November 1640 erfolgten Absterben seines Vaters die Regierung übernommen hatte *).

Die Aufmerksamkeit der Brandenburger war anjetzt aufs höchste gespannt, denn jeder derselben war be-

*) Wer mehreres über die Lebensgeschichte Friedrichs Wilhelms vor Antritt seiner Regierung und besonders über die Jugendgeschichte desselben lesen will, dem ist zu empfehlen Küsters Jugend- und Erziehungsgeschichte Friedrich Wilhelms.

begierig zu wissen, welche Mittel der neue Regent anwenden würde, um das allgemeine Elend des Landes zu vermindern. Denn daß er der allgemeinen Noth, so viel nur in seinen Kräften stehen würde, abhelfen werde, daran wurde nicht im Geringsten gezweifelt. Kurz man erwartete bessere Zeiten und diese Erwartungen waren nicht überspannt, denn der bisherige Zustand des Landes war von solcher Beschaffenheit, daß er nicht schlimmer werden konnte. Und so viel ist auch gewiß, daß **Friedrich Wilhelm** mehr geleistet hat, als vielleicht mancher Märker erwartet hatte. Ehe ich aber etwas hiervon erzähle, muß ich noch zuvor eine kurze Uebersicht über den damaligen Zustand aller zum Brandenburgischen Staate gehörigen Provinzen ertheilen.

Ich glaube, daß es hinlänglich seyn wird, wenn ich diesen Gegenstand nur in der Kürze abhandle, weil der Zustand der Brandenburgischen Länder im Allgemeinen schon aus dem Vorhergehenden bekannt ist.

Zwar hatte die ganze Mark Brandenburg das Ungemach des Krieges empfunden, jedoch keine Gegenden derselben mehr als die Neumark und die Herrschaft Kroßen, wo viele Städte und die meisten Dörfer in Schutt- und Asche waren verwandelt worden. Das mit dem Kriege so häufig vergesellschaftete Uebel hatte aber nicht blos die Mark Brandenburg, sondern auch die übrigen brandenburgischen Länder getroffen. Die Westphälischen Länder, nämlich das Herzogthum Kleve und die Grafschaft Mark befanden sich in den Händen der Holländer, welche unter dem Vorwande, sie zu schützen, viele Contributions-Gelder eintrieben.

Auch

Auch das Herzogthum Preussen hatte das Ungemach des Krieges empfunden, und sich von dem Schaden, welchen es während des polnischen-schwedischen Krieges erlitten hatte, noch nicht wieder erholt.

Das Herzogthum Pommern, welches nach dem Tode des Herzogs Bogislaus XV. das Haus Brandenburg hätte bekommen sollen, befand sich in den Händen der Schweden, und Kurbrandenburg mußte sich begnügen, den Titel zu führen und auf dem deutschen Reichstage das Stimmenrecht auszuüben.

Unter solchen Umständen konnte es dem neuen Regenten an Gelegenheit, sich auszuzeichnen, freilich wohl nicht fehlen; aber zugleich war dies auch mit Ueberwindung großer Schwierigkeit verknüpft, und die wichtigste derselben war ohnstreitig der gänzliche Verfall des Finanzwesens, worüber in den allgemeinen Bemerkungen am Ende dieses Abschnittes ein mehreres wird angeführet werden.

Nach dem Tode seines Vaters war **Friedrich Wilhelm** zuerst darauf bedacht, sich die Nachfolge in dem Herzogthum Preußen zu versicheren. Die Beendigung dieses Geschäftes kostete ihm viel Mühe. Dies hatte man wahrscheinlich schon vorher gesehen: Denn **George Wilhelm** war schon 2 Jahre vor seinem Tode bemüht gewesen, seinem Sohne die Belehnung über Preussen zu verschaffen. Allein der geringe Nachdruck, welchen dieser Fürst seinen Unterhandlungen geben konnte, war auch diesmal Ursach, daß seine deshalb am polnischen Hofe gemachten Vorstellungen nichts fruchteten. **Friedrich Wilhelm** gab sich alle Mühe die Belehnung über dieses Land zu erhalten, ehe der polnische Reichstag zu Stande käme.

Die-

Dieser Gesuch des neuen Kurfürsten wurde zwar gänzlich abgeschlagen, zugleich aber doch bewilliget, daß der Kurfürst die Regierung über Preußen übernehmen könne, nachdem er vorher versprochen habe *) in allen Stücken den Lehnsverträgen ein Gnüge zu leisten, die Vorrechte des Landes nicht zu verletzen und nicht eher von den Einwohnern Preußens die Huldigung einzunehmen, als bis er den Lehnseid würde geleistet haben, und zwar zu der Zeit, welche der König von Polen Wladislaus bestimmen werde. Dies geschahe im Jahre 1641 und in demselben Jahre den 8ten Octbr. erhielt Friedrich Wilhelm auch die Belehnung über Preussen. Die Bedingungen, unter welchen ihm dieselbe ertheilt wurde, waren sehr hart. Ich werde nicht alle, sondern nur einige der wichtigsten anführen: 1. Die zu Königsberg vorhandene baufällige katholische Kirche sollte ausgebessert und der Bau einer andern katholischen Kirche bei den Ständen befördert werden. 2. Der katholische Gottesdienst sollte auf keine Weise gestöret werden, und die Stöhrer desselben sollten bei dem Hofgerichte bestraft werden, jedoch nur mit Vorbehalt der Appellation an den König. 3. Von den Christlichen Religionsparteien solle außer der katholischen, nur die lutherische geduldet werden. — Dies war ohnstreitig eine der härtesten Bedingungen, wenn man erwägt, daß sogar der reformirten Religionspartei, welcher der Kurfürst selbst zugethan war, die öffentliche Religionsübung untersagt wurde. 4. Der Kurfürst machte sich verbündlich, jährlich 30000 Gulden in den königlichen Schatz zu liefern, und noch einmal so viel, wenn auf den polnischen Reichstagen Abgaben bewilliget werden. 5. Als Herzog von Preußen solle der Kur-

*) Paulis preußische Staatengeschichte. B. V. S. 12.

Kurfürst gegen keinen Feind des Königs von Polen Parteilosigkeit beobachten, es sey dann mit polnischer Bewilligung *).

Dies waren die vorzüglichsten Bedingungen, welche aber nur auf eine kurze Zeit ihre Kraft behielten, und zwar nur so lange, als bis Friedrich Wilhelm sich die Souverainität über Preußen verschaft hatte.

Solche Schwierigkeiten standen ihm zwar bei der Besitznehmung der Mark Brandenburg nicht im Wege; jedoch hatte er daselbst andere zu überwinden, welche gleichfalls von Bedeutung waren. Hier hatte nämlich Graf Schwarzenberg die größte Gewalt in Händen und die wichtigsten Stellen mit Leuten seines Anhanges besetzt; die gegen Schwarzenberg mehr Treue bewiesen, als gegen den Kurfürsten, dessen Vasallen sie waren. Unter solchen Umständen fand Friedrich Wilhelm für rathsam mit der größten Klugheit zu Werke zu gehen. Zu diesem Ende wählte er zu seinen Rathgebern Männer, deren Treue und Rechtschaffenheit erprobt waren, ohne deren Genehmigung er Nichts bewilligte und ohne deren Wissen er nichts unternahm. Unter diesen Männern befanden sich verschiedene, welche von dem Grafen Schwarzenberg waren verdrängt worden und erst wieder unter der gegenwärtigen Regierung an den Staatsgeschäften Antheil bekamen. Diese Männer, welche auf die Regierung einen sehr großen und wohlthätigen Einfluß hatten, verdienen ohnstreitig genannt zu werden. Sie waren nämlich Gerhard Romilian Kalchum, genannt Leuchtmar, Otto von Schwerin, Samuel von Winterfeld, Werner von der Schulenburg und von Götzen.

Ob

*) Pauli am angeführten Orte.

Ob nun gleich Friedrich Wilhelm sehr wohl überzeugt war, daß Schwarzenberg an der schlechten Verfassung der brandenburgischen Länder schuld war, so fand er es doch nicht für rathsam gegen denselben mit Strenge zu verfahren, sondern bestätigte ihn als Statthalter in der Mark Brandenburg, und in allen aus Preussen an ihn abgeschickten Schriften wußte er sich so zu benehmen, daß Schwarzenberg den Rath seiner Freunde, sich vor dem neuen Kurfürsten zu hüten, nicht achtete. Endlich aber erhielt er von seiner Ungnade bei dem Kurfürsten sehr gegründete Nachrichten. Diese zogen ihm Gemüthsunruhe, bald nachher eine Krankheit und zuletzt den Tod zu. Er starb zu Spandau, wo er sich schon lange Zeit aufgehalten und die Regierungsgeschäfte besorgt hatte. Sein plötzlicher Tod war Ursach, daß sich das Gerücht, er sey enthauptet worden, ausbreitete: allein das ungegründete derselben ist hinlänglich bewiesen worden. *) Und besonders ist der Ungrund dieser Behauptung im Jahre 1797 aufs neue bestätiget worden, indem man das zu Spandau befindliche Grabmahl Schwarzenbergs öffnete, und über die noch vorhandenen Knochen eine Untersuchung anstellte. Man fand nicht nur alle zum Halswirbel gehörige Knochen, sondern überzeugte sich auch, daß dieselben nicht im Geringsten verletzt waren, aus welchem Umstande also folgt, daß Schwarzenberg nicht ist hingerichtet worden. **) Der Freiherr von Pöllnitz *_*) erklärt gleich-

*) Hausens Staatsmaterialien B. II. St. 1. — Büschings wöchentliche Nachrichten u. s. w. Jahrgang 1777. St. 32. S. 257. St. 47. S. 365. —

**) Kosmanns Tagesgeschichte der Mark Brandenburg. März. 1797.

_) Pöllnitz Memoiren zur Lebensgeschichte u. s. w. I. B. S. 32.

gleichfalls jene Erzählung für falsch, und vermuthet dieselbe sey aus dem Umstande entstanden, weil Schwarzenberg als ein Staatsgefangener 4 Tage nach seiner Verhaftnehmung sehr plötzlich gestorben sey, und zwar, nach der auf dem Sarge befindlichen Nachricht, in der Festung und Citadelle Spandau den 4ten März 1641.

Der Kurfürst ließ die Güter des Grafen einziehen, weil sie größten Theils auf eine unrechtmäßige Art erworben waren und aus dem sauren Schweiße der Unterthanen bestanden. Der Sohn dieses Ministers, der Graf Adam von Schwarzenberg begab sich nach Wien, in der Hoffnung durch kaiserliche Vermittlung jene Güter wieder zu erhalten. Allein der Kaiser begnügte sich mit Gegenvorstellungen, die er dem Kurfürsten machen ließ, welche aber dem Schwarzenberg keinen Nutzen gewährten. Letzterer wurde jedoch von Ferdinand hinlänglich entschädiget: denn er erhielt nicht nur ansehnliche Güter, sondern auch die Präsidentenstelle im Staatsrathe, den Orden vom Goldnen Vließe und den Reichsfürstenstand.

Gleich nach dem Tode jenes treulosen Mannes war Friedrich Wilhelm darauf bedacht, einem würdigeren Manne die Statthalterschaft in der Mark Brandenburg anzuvertrauen. Und zwar fiel die Wahl auf seinen Vetter, den Markgrafen Ernst, einen Sohn Johann Georgs von Jägerndorf.

Anjetzt überzeugte man sich immer mehr, daß jener Minister ein sehr gefährlicher Feind des Landes gewesen war, und daß es ihm auch unter den hohen Staatsbeamten nicht an Anhängern gemangelt hatte. Besonders hatten verschiedene Commandanten der Festungen mit ihm gleiche Gesinnungen und auf sein Verlangen dem Kaiser den Eid der Treue geschworen.

Weil

Weil die Finanzen gänzlich erschöpft waren, sahe sich der Kurfürst genöthiget, die noch vorhandenen Truppen, deren Unterhaltung dem Lande die größte Beschwerde verursachte, abzudanken. Diesem Befehl widersetzten sich mehrere, der Obrist von Kochow, die Commandanten Herrmann Goldacker in Peitz, und Kracht in Berlin, und entschuldigten ihre Widersetzlichkeit durch den dem Kaiser geleisteten Eid, welcher sie verbindlich mache, die Truppen nicht eher auseinander gehen zu lassen, als bis nach erhaltenem kaiserlichen Befehl. Ihre Einwendungen fruchteten aber nichts, sondern sie wurden selbst arretiret und die unter ihrem Commando gestandenen Truppen, dem kurfürstlichen Befehle gemäß, verabschiedet. Sie entflohen aber aus dem Gefängnisse, entgiengen folglich der gesetzmäßigen Strafe und traten in kaiserliche Dienste.

Konrad von Burgsdorf, Obrist und Commandant der Festung Küstrin war dem Kurfürst getreu geblieben. Dieser Mann hatte sich schon unter der vorigen Regierung durch seine Treue sehr ausgezeichnet. Deshalb war auch der Graf Schwarzenberg sein Feind, und ließ es sich sehr angelegen seyn, demselben die Commandanten-Stelle zu entreissen; jedoch scheuete er sich gewaltsame Mittel zu gebrauchen, denn Burgsdorf hatte schon damals sich Ansehn verschafft und sich furchtbar gemacht. Friedrich Wilhelm belohnte die Treue dieses Mannes dadurch, daß er ihm den Oberbefehl über die sämmtlichen Festungen der Mark Brandenburg ertheilte. *)

*) Versuch einer historischen Schilderung. B. II. S. 26. wo auch ein Schreiben des Kurfürsten abgedruckt ist, in welchem er dem Statthalter, dem Marggrafen Ernst die Er-

Die Belehnung über die Mark Brandenburg und die anhängenden Länder, Kleve ausgenommen, weil die hierüber entstandene Streitigkeit noch nicht beendiget war, hatte der Kurfürst schon im Jahre 1642 vom Kaiser erhalten, aber nicht in eigener Person, sondern er hatte in dieser Absicht den Baron **Johann Friedrich von Löben** als Bevollmächtigten abgeschickt.

Die Unterhandlungen mit Schweden, welche endlich einen Waffenstillestand bewirkten.

Nach geschehener Regierungs-Veränderung hatten die Schweden die brandenburgischen Länder noch weniger geschont. Dies geschahe besonders von denjenigen schwedischen Truppen, welche unter dem **Stahlhantsch** aus Schlesien in die Mark eindrangen. **Friedrich Wilhelm**, überzeugt, daß dies in keiner anderen Absicht geschehe, als um den brandenburgischen Staat gänzlich außer Thätigkeit zu setzen, ließ durch seinen Gesandten auf dem Reichstage allen Vorträgen, welche Friedensvorschläge enthielten, beystimmen.

Ob nun gleich mehrere Reichsstände Neigung zum Frieden bezeigten, obgleich der Kaiser Alles aufbot um den Kurfürsten von **Brandenburg** zur Theilnahme des Krieges gegen Schweden zu überreden; so fand doch **Friedrich Wilhelm** für rathsamer, sich mit Schweden in Unterhandlungen einzulassen, weil er die Schwä-

Ernennung des Obristen Burgsdorf zum Oberbefehlshaber der sämmtlichen brandenburgischen Festungen bekannt macht.

Schwäche seines Staats kannte und sehr wohl überzeugt war, daß es ihm an Macht fehle, um etwas mit Nachdruck gegen Schweden unternehmen zu können. Da nun die Königinn **Christina von Schweden** dem Hause Brandenburg zugethan war; so hatten die Unterhandlungen einen gewünschten Fortgang; denn schon im Jahre 1641 wurde ein Waffenstillestand geschlossen. Die Hauptbedingungen desselben waren folgende:

1. Die Feindseligkeiten zwischen Schweden und Brandenburg werden, von dem Tage der Genehmigung des Vergleichs an gerechnet, auf 2 Jahre eingestellt.

2. Zwischen beiden Theilen findet ein freier Handel statt. In keinem von beiden Ländern werden neue Zölle angelegt, und die während des Krieges eingeführten wieder abgeschafft.

3. Der Kurfürst gelangt wieder zum Besitz der ganzen Mark Brandenburg, einige Oerter ausgenommen nämlich, Driesen, Landsberg, Krossen, Frankfurth, und Gardeleben, wo zwar die kurfürstliche Regierung statt findet, aber schwedische Truppen zur Besatzung stehen bleiben, für deren Verpflegung der Kurfürst sich verbindlich macht.

4. Der Kurfürst verstattet den Feinden der Krone Schweden durch die Mark Brandenburg keinen Durchzug weder nach Pommern noch nach Meklenburg, und liefert ihnen auch keine Kriegsgeräthe und keine Lebensmittel, hingegen den Schweden erlaubet er einen freien Durchmarsch. Jedoch wurde diesem Punkte die Bedingung beygefügt, daß der Waffenstillestand nicht als gebrochen angesehen werden könne, wenn die

feindlichen Truppen mit Gewalt einen Durchzug unternehmen sollten.

5. Der Kurfürst legt während des Waffenstillestandes zum Nachtheile Schwedens in seinem Lande keine Festung an, und dagegen machen sich die Schweden verbindlich keine Werbungen anzustellen.

6. Die Gefangenen werden von beyden Theilen ohne Lösegeld ausgeliefert. *)

Der Kurfürst hatte dem kaiserlichen Hofe weder von diesen Unterhandlungen, welche die Abschließung eines Waffenstillestandes zur Absicht hatten, noch viel weniger von dem geschlossenen Waffenstillestande selbst, einige Nachricht ertheilt. Der Kaiser, ob er schon längst gegen den neuen Kurfürsten einiges Mistrauen hegte, fuhr noch immer fort durch glänzende Versprechungen ihn zur Theilnahme am schwedischen Kriege zu überreden. Vollkommen wurde er aber überzeugt, daß alle fernere Bemühungen dieser Art vergebens seyn würden, als ihm aufgefangene Briefe waren überbracht worden, aus welchen er ersahe, daß zwischen beiden Theilen die Feindseligkeiten sollten eingestellt werden. Der Kaiser, welcher sich stellte, als ob er glaube, diese Briefe wären von den Feinden des Kurfürsten verfertiget worden, überschickte dieselben Friedrich Wilhelmen. Dieser antwortete: „er habe „einen Waffenstillestand, und kein Bündniß mit „Schweden geschlossen. Das Erstere aber sey geschehen, um seinem entkräfteten Lande die Ruhe wieder „zu geben, welche es im höchsten Grade nöthig habe. „Es sey also von ihm keine Handlung begangen worden, durch welche er die dem deutschen Reiche und „dem Kaiser schuldige Treue verletzt hätte."

Durch

*) Pauli's preußische Staatsgeschichte. Thl. V. S. 17.

Durch diesen Vorfall ließ Friedrich Wilhelm sich in seinem Entschlusse, seinen Ländern Ruhe zu verschaffen, nicht wankend machen. Die Unterhandlungen mit Schweden, die beinahe ununterbrochen fortdauerten, hatten besonders zur Absicht, den auf 2 Jahr mit Schweden geschlossenen Waffenstillestand zu verlängeren. Im Jahre 1643 wurde derselbe wirklich erneuert, welcher, obgleich die Dauer desselben auf keine bestimmte Zeit war festgesetzt worden, durch eine stillschweigende Einwilligung von beiden Theilen bis zum allgemeinen Frieden seine Gültigkeit behielt. Der einzige Vortheil, welchen Friedrich Wilhelm bei dieser Gelegenheit bekam, bestand darinn, daß einige Oerter, z. B. Krossen, und Frankfurth von schwedischen Besatzungen befreiet wurden. Hingegen wegen Pommern wurde nichts entschieden, so sehr auch die brandenburgischen Gesandten wegen dieser Angelegenheit ihres Hofes sich Mühe gegeben hatten. Und selbst der Kurfürst ließ kein Mittel unbenutzt, um zu seinem Endzwecke zu gelangen. In dieser Absicht ertheilte er seinen Gesandten den Auftrag, zwischen ihm und der schwedischen Prinzessinn Christina eine eheliche Verbindung zu bewirken.

Diesen Plan gab er jedoch bald wieder auf, weil die Ausführung desselben sehr viele Schwierigkeiten fand: denn die schwedischen Stände theils durch auswärtige Höfe, theils aber auch durch eigennützige Absichten geleitet, konnten sich nicht entschließen, zu dieser Sache ihre Einwilligung zu geben, indem besonders viele derselben behaupteten, daß der durch diese Verbindung entrissene Besitz Pommerns der Krone Schweden nachtheilig, hingegen aber derselben eine Verbindung der Christina mit ihrem nächsten Vetter Karl Gustav von der Pfalz am zuträglichsten seyn werde.

Friedrich Wilhelm gab daher auch diesen Plan frühzeitig auf, begnügte sich die Verlängerung des Waffenstillestandes zu erhalten und wegen der pommerschen Angelegenheiten auf günstigere Zeitumstände zu warten.

Die Unterhandlungen Friedrich Wilhelms wegen seiner westphälischen Länder.

Die Irrungen zwischen Kurbrandenburg und Pfalzneuburg wegen der Klevischen Erbschaft dauerten nicht nur noch fort, sondern auch derjenige Theil von diesen Ländern, welcher vermöge der geschlossenen Verträge, unter brandenburgischer Regierung stand, war größten Theils von fremden Truppen besetzt. Friedrich Wilhelm, nachdem er mit Schweden einen Waffenstillestand geschlossen hatte, machte so gleich Anstalten, auf dem Wege der Unterhandlung auch seinen westphälischen Ländern ein anderes Schicksal zu verschaffen. Zuerst glückte es ihm, die Holländer zu bewegen, daß sie verschiedene Oerter, z. B Duisberg, Dynslack und Holte*) räumten. Auch noch in demselben Jahre verglich er sich mit den Hessen, welche diesseits des Rheins verschiedene Gegenden von Kleve, als auch von der Grafschaft Mark besetzt hatten, und bewirkte, daß viele bis jetzt von ihnen besetzte Oerter geräumet wurden, nämlich Xanten, Goch, Cranenberg und Calcar. Die Räumung der drey erstern Orte geschahe schon im J. 1644, hingegen die des letztern erst 1645.

Ich

*) Holte liegt im Stifte Osnabrück, und wurde im Jahre 1664 nebst einigen anderen Oertern gegen eine Summe Geldes an dieses Stift abgetreten. s. Buchholtz B. IV. S. 49.

Ich habe schon angeführet, daß die Streitigkeiten zwischen Kurbrandenburg und Pfalzneuburg noch immer fortdauerten. Dieselben wurden anjetzt von solcher Bedeutung, daß ein Krieg nicht mehr fern zu seyn schien: jedoch kam noch zu rechter Zeit ein Vergleich zu Stande, in welchem festgesetzt wurde, daß der Kurfürst Kleve, Mark und Ravensberg, hingegen der Pfalzgraf von Neuburg, Jülich, Bergen, Ravenstein und Winnendal besitzen, daß in Ansehung der Religion alles in der Verfassung, welche 1612 statt gefunden habe, bleiben solle, und daß beide Fürsten das Ausschreibeamt des westphälischen Kreises wechselsweise verwalten sollten. Diese Länder waren aber noch nicht von aller fremden Einquartirung frei, denn es befanden sich in der Grafschaft Mark, und besonders in der Stadt Hamen östreichische Truppen; allein auf dem Wege der Unterhandlungen und durch Unterstützung der Holländer brachte er es gleichfalls dahin, daß auch diese Oerter geräumet wurden.

Im Jahre 1651 wären in diesen Gegenden beynahe neue Streitigkeiten ausgebrochen. Die Veranlassung dazu waren die Bedrückungen, welche die Protestanten in Jülich und Bergen wegen ihrer Religion vom Pfalzgrafen von Neuburg litten. Da nun die deshalb gemachten Vorstellungen **Friedrich Wilhelms**, welcher überhaupt dies Verfahren als eine Verletzung des im Jahr 1647 geschlossenen Vergleichs betrachtete, nichts fruchteten, so ließ der brandenburgische Hof Truppen in das Bergische einrücken, einige Oerter besetzen und die Unterthanen auffordern, daß sie die Gelegenheit, sich von dem Drucke zu befreien, benutzen möchten. Durch die Vermittlung mehrerer Fürsten wurden die Feindseligkeiten nicht fortgesetzt, sondern zu Angerost eine Zusammenkunft

beider Fürsten veranstaltet, welcher auch die holländischen Gesandten beiwohnten. Allein die angefangenen Unterhandlungen wurden bald abgebrochen, als Herzog Karl von Lothringen dem Pfalzgrafen melden ließ, er sey mit seiner ganzen Macht angekommen, um dem Pfalzgrafen Hülfe zu leisten. Bald nachher wurde zu Essen wieder ein Versuch gemacht, um sich wegen dieser Streitigkeit auszugleichen; aber auch diesmal war die Mühe umsonst, sondern beide Theile machten ernstliche Anstalten um ihren Streit durch die Waffen zu entscheiden. Ehe dies aber geschahe, schickte der Kaiser Gesandte, ließ alle Feindseligkeiten untersagen und die Unterhandlungen von neuem anfangen. Während der Zeit, in welcher diese Unterhandlungen betrieben wurden, ließ der Kurfürst zu Duisburg eine Universität errichten und den in der Grafschaft Ravensberg gelegenen Ort Sparemberg befestigen. Der gänzliche Vergleich wurde erst im Jahre 1666 abgeschlossen und dadurch festgesetzt, daß das Herzogthum Kleve und die Grafschaft Mark und Ravensberg dem Kurfürsten, hingegen die Herzogthümer Jülich und Bergen nebst den Herrschaften Wienendahl und Breskesant dem Pfalzgrafen zugehören sollten. Und der Besitz Ravensteins solle erst in der Folge auf dem Wege des Rechts entschieden werden. Was aber die Religion anbetraf, so sollte alles in der Verfassung bleiben, welche im Jahre 1624 statt gefunden hatte, nur für einige Ortschaften wurden Ausnahmen festgesetzt. *).

Vor-

*) Pauli's preußische Staatsgeschichte V. B. S. 120. u. f., wo der ganze Erbvergleich abgedruckt ist.

Vorfälle bis zu dem westphälischen Frieden.

Friedrich Wilhelm hatte sich zwar bemüht, seinem Lande die Ruhe zu verschaffen und zu dem Ende, wie schon ist angeführet worden, im Jahre 1643 den Waffenstillestand verlängert: aber dennoch konnte er diese Absicht nicht ganz erreichen, denn die Mark Brandenburg litte noch immer von den durchziehenden fremden Truppen, und erhielt die sehnlich gewünschte Ruhe nicht eher, als bis ein allgemeiner Friede Deutschland beglückte.

Die Kriegführenden Fürsten waren zwar schon längst des Kriegführens müde, aber demungeachtet wurde die Eröfnung der Friedensunterhandlungen bis zum J. 1645 verzögert, um welche Zeit sie zu Münster und Osnabrück ihren Anfang nahmen. Auch brandenburgische Gesandte wohnten diesen Unterhandlungen bei, und waren besonders für die Vortheile ihres Hofes und für die Rechte der Protestanten besorgt. Und vorzüglich ließen sie es sich angelegen seyn, den Reformirten die Religionsfreiheit zu verschaffen.

Eine umständliche Auseinandersetzung aller Unterhandlungen, welche bei diesem Friedenscongreß geschahen, gehört in eine deutsche Reichsgeschichte. Ich aber führe hier nur an, daß dieser Friede, welcher bekannt ist unter dem Namen des westphälischen, im Jahr 1648 zu Stande kam.

Von den vielen wichtigen Punkten, welche die Grundlage desselben ausmachen, können hier nur diejenigen vorgetragen werden, welche das Haus Brandenburg vorzüglich angehen:

Kurbrandenburg überläßt der Krone Schweden alle seine Rechte auf Vorpommern, Rügen und allen dazu gehörigen Herrschaften und Oertern, und

erhält

erhält nur Hinterpommern. Und zur Entschädigung wurden dem Kurfürsten Friedrich Wilhelm für sich und seine Nachkommen, mit Einschluß seiner männlichen Anverwandten, nämlich der Markgrafen, Christian Wilhelms, ehemaligen Administrator des Erzstifts Magdeburg, Christians von Culmbach und Albrechts von Anspach folgende Länder zugestanden: das Bisthum Halberstadt nebst der Grafschaft Hohenstein, das Bisthum Minden, das Bisthum Kamin, und das Erzstift Magdeburg. Was das letztere Land betraf, so wurde festgesetzt, daß die Besitznehmung von brandenburgischer Seite nicht eher geschehen könne, als nach dem Tode des Administrators Augusts, eines sächsischen Prinzen, und daß die vier Aemter Querfurth, Dame, Bork und Jüterbock dem Kurhause Sachsen, welches schon seit einiger Zeit diese Oerter in Besitz gehabt hätte, zugehören sollten. Und alle diese genannten Länder sollten erb und eigenthümlich bei dem Hause Brandenburg bleiben, die Einwohner derselben aber in dem Besitze ihrer Rechte und Freiheiten nicht gekränkt werden.

Und was die Religion anbetraf; so sollte nicht nur den Lutheranern, sondern auch den Reformirten eine gänzliche Religionsfreiheit verstattet werden.

Diesen letzteren Punct hatte besonders Friedrich Wilhelm durch seine Gesandten sehr eifrig betreiben lassen, und nicht etwa aus politischen Ursachen, sondern aus Eifer für die reformirte Lehre, welcher er zugethan war. Untrügliche Beweise hiervon enthalten die Briefe, welche er an den Hofprediger Bergius geschrieben hat *). Daß er aber an den zu Thorn

*) Lengnich's Geschichte Preussens. B. 6. S. 226. Hartknoch preußische Kirchenhistorie. Lib. 4. c. 6.

Thorn vom pölnischen König Wladislaus angestellten Religionsgesprächen Theil nahm, indem im Jahr 1645 er nicht nur einigen lutherischen Theologen aus Königsberg, sondern auch zweien reformirten Theologen Bergius und Reichel aus Frankfurth an der Oder die Erlaubniß ertheilte nach Thorn zu gehen, geschahe mehr aus Gefälligkeit gegen den König von Polen, als aus Eifer für die reformirte Lehre. Letzterer hatte nämlich die Absicht, die verschiedenen Religionspartheyen zu vereinigen; allein dieser Endzweck wurde, wie man leicht denken kann, nicht erreicht, sondern nach Beendigung desselben waren die verschiedenen Partheien nicht nur um kein Haar näher gekommen, *) sondern wurden noch weiter von einander entfernt, indem diese Unterredung den Grund zu neuen heftigen Streitigkeiten legte.

Er zeigte sich jederzeit als einen großen Freund der Religion, und als einen Verehrer des öffentlichen Gottesdienstes. Die Achtung welche er dem Letzteren erwies, war so unbegrenzt, daß er gegen anders Denkende sehr intolerante Gesinnungen hegte. Das große Gewicht welches er dem öffentlichen Gottesdienste beilegte, war Ursach, daß er gegen einen Jeden, welcher nicht, wie er, den öffentlichen gottesdienstlichen Versammlungen beiwohnte, Haß hegte, denn er konnte sich nicht vorstellen, daß der Vernachläßiger des öffentlichen Gottesdienstes einen rechtschaffenen Wandel führen könne. Diese Intoleranz erstreckte sich so weit, daß Männer deshalb ihres Amtes entsetzt wurden.

*) Herings Beyträge zur Geschichte der Evangelisch-Reformirten Kirche in den Preußisch-Brandenburgischen Ländern. Breslau 1785. Th. II. S. 13. — In dieser Schrift sind noch mehrere Beweise von dem Religionseifer Friedrich Wilhelms des Großen enthalten.

den. Ein solches Schicksal hatte z. B. der Geschichtsforscher Joachim Hübner, welcher von Friedrich Wilhelm als brandenburgischer Historiograph angestellt, aber bald nachher wegen Vernachläßigung des öffentlichen Gottesdienstes seiner Stelle entsetzt wurde *).

Der Eifer für die reformirte Lehre war gleichfalls Ursach, daß er die gegen ihn günstigen Gesinnungen einiger vornehmen Polen bei der nach Wladislaus Tode im Jahr 1648 veranstalteten Königswahl nicht zu seinem Vortheil benutzte. Hingegen wendete er seinen ganzen Einfluß für Johann Kasimir, einen Bruder des verstorbenen Königs, an. Derselbe wurde auch gewählt und verstattete dem Kurfürsten, daß er wegen der Belehnung über Preussen nicht in eigener Person erscheinen durfte, sondern zu diesem Geschäfte Gesandten nach Warschau schicken konnte.

Obgleich der Friede schon im J. 1648 förmlich war geschlossen worden; so verstrichen doch noch vier Jahr, ehe alle Punkte desselben vollzogen wurden. Die Ursach hiervon war die Krone Schweden, welche ihre Truppen in mehrern deutschen Provinzen, besonders in denjenigen, die dem Hause Brandenburg zur Entschädigung sollten gegeben werden, stehen ließ, und manche Punkte des westphälischen Friedens, denen die Bestimmtheit fehlte, zum Nachtheil des brandenburgischen Hauses erklärte. Besonders erstreckte sich dieser Streit auf den Besitz der Aemter Stettin und Wollin, desgleichen auch auf die bisherigen Rechte der hinterpommerschen Herzoge in Vorpommern. Bei-

*) Oelrich, de historiographis brandenburgicis. p. 45.

Beides wurde von der Krone Schweden dem Hause Brandenburg entrissen. Und dieses als der schwächere Theil sahe sich genöthiget, nachzugeben. Nach und nach gelangte es zu dem Besitze aller Länder. Wegen Hinterpommern dauerte es am längsten. Denn dieses wurde ihm erst im Jahre 1653 eingeräumt.

Nunmehr konnte der Kurfürst seinen Eifer die Aufnahme der Brandenburgischen Länder zu befriedigen, ungehindert zeigen. Einen guten Anfang hierzu hatte er schon nach geschlossenem westphälischen Frieden gemacht, wiewohl damals, wie ich eben angeführet habe, die Ruhe nicht sogleich wieder hergestellt wurde.

Eine der wichtigsten Einrichtungen, welche Friedrich Wilhelm um diese Zeit in seinen Staaten veranstaltete, war ohnstreitig die Einführung des Postwesens, wodurch der Handel ungemein befördert wurde. Schon einige Zeit vorher hatte er in Preußen diese Einrichtung getroffen, indem er dem Beispiele des polnischen Königs Wladislaus nachfolgte. Allein im Jahre 1650 machte er dieselbe Einrichtung auch in seinen deutschen Ländern, und gab auf solche Art mehreren Fürsten die Veranlassung, daß sie das Postwesen auch in ihren Ländern einführten. Dies geschahe besonders in Niederdeutschland: Denn in Oberdeutschland war dasselbe schon eingerichtet, und zwar durch die Reichspostmeister von Taxis, welche 1615 zur Zeit des Kaisers Mathias mit der Reichspostmeisterwürde waren beliehen worden, und hierdurch sich ein so großes Vermögen erworben hatten, daß sie sich in den Reichsfürstenstand konnten erheben lassen.

Der

Der schwedisch-polnische Krieg, besonders in so fern er Einfluß hatte auf den Brandenburgischen Staat.

Kaum waren alle im westphälischen Frieden festgesetzte Bedingungen erfüllt worden, und kaum hatten die Kriegführenden Mächte die Waffen niederlegt; als die Kriegs-Flamme im Norden von neuen hervor zu brechen drohete. Die entfernte Ursach hierzu war die im Jahr 1654 erfolgte Regierungsveränderung in Schweden. Die Königinn **Christina** legte nämlich die Regierung nieder, und übergab dieselbe dem Pfalzgrafen **Karl Gustav**, dessen kriegerische Gesinnungen keine friedfertige Regierung erwarten ließen.

Kaum hatte er den schwedischen Thron bestiegen, als er auch schon auf einen Krieg gegen Polen bedacht war, denn er konnte es nicht vertragen, daß der König von Polen **Johann Kasimir** den Ansprüchen auf die Krone Schweden nicht entsagen wollte, und behauptete, daß die Schwedischen Truppen ihren im 30 jährigen Kriege erworbenen Ruhm durch neue Siege vermehren müßten.

Der Umstand, daß der im J. 1636 zwischen Schweden und Polen auf 26 Jahr geschlossne Waffenstillstand noch nicht beendiget war, kümmerte **Karl Gustaven** nicht im Geringsten; sondern die damaligen Zeitumstände bestärkten seinen Entschluß zum Kriege. Dieselben waren allerdings sehr günstig: denn **Johann Kasimir** wurde von seinen Unterthanen weder sehr geliebt, noch geachtet; unter den polnischen Großen herrschte Uneinigkeit; der polnische Staat war durch den mit Rußland verwickelten Krieg nicht vorbereitet. Alle diese Umstände ließen den König von Schweden hoffen, daß er mit leichter Mühe seine Krone von fremden

den Ansprüchen befreien, Liefland mit derselben vereinigen, und vielleicht auch noch außerdem die Grenzen des Reichs erweitern werde.

Karl Gustav überzeugt, daß in dem bevorstehenden Kriege mit Polen der Beistand des Kurfürsten von Brandenburg ihm von großem Nutzen seyn werde, ließ demselben ein Bündniß antragen und verlangte zu gleicher Zeit die Einräumung der preussischen Hafen. Friedrich Wilhelm gab weder diesen noch den polnischen Anträgen, die von gleicher Beschaffenheit waren, Gehör, sondern suchte nur für die Sicherheit seiner Staaten, besonders des Herzogthums Preussen zu sorgen. In dieser Absicht warb er 8000 Kriegsvölker an, um Preussens Grenzen zu decken.

Schon im Jahre 1655 drang der König von Schweden in Polen ein und in kurzer Zeit hatte er sich beinahe ganz Groß- und Kleinpolen unterworfen. Die wichtigsten polnischen Städte, z. B. Krakau und Warschau wurden von den Schweden besetzt, und Johann Kasimir flohe nach Schlesien.

Diese schnellen Fortschritte der schwedischen Waffen zogen die ganze Aufmerksamkeit des Kurfürsten von Brandenburg auf sich und erregten in ihm gegründete Besorgnisse. Um die üblen Folgen, welche die gegenwärtigen Zeitumstände für seine Länder haben könnten, so viel als möglich zu verhüten, suchte er bei verschiedenen Höfen, unter andern auch bei dem Kaiserlichen, Beistand: allein von allen erhielt er nichts als leere Vertröstungen. Holland war der einzige Staat, welcher mit dem Kurfürsten ein Bündniß zu schließen sich geneigt zeigte. Dasselbe wurde auf 8 Jahr geschlossen und hatte die Beschützung der

brandenburgischen Staaten, besonders der an der Ostsee gelegenen, zur Absicht. Karl Gustaven konnte diese Verbindung nicht angenehm seyn. Dieselbe wieder zu trennen, war seine Hauptabsicht, und um dieselben zu erreichen, bediente er sich verschiedene Mittel. So machte er z. B. dem Kurfürsten von Brandenburg den Antrag, daß von beiden Theilen Gesandte nach Stettin sollten geschickt werden, um Unterhandlungen anzufangen. Dieser Vorschlag wurde genehmiget: allein der Erfolg davon war weder für Brandenburg noch für Schweden nützlich. Von brandenburgischer Seite hatte man sich sehr getäuscht: denn anstatt Friedensvorschläge, wie man erwartet hatte, zu erhalten, schlugen die schwedischen Gesandten im Nahmen ihres Herrn ein Bündniß vor. Da aber dasselbe nicht angenommen wurde; so verlangten sie, Brandenburg möchte das Bündniß mit Holland aufheben. **Friedrich Wilhelm** verwarf nicht nur diesen Vorschlag, sondern errichtete außerdem noch mit den polnisch-preußischen Ständen ein Vertheidigungsbündniß, von welchem sogleich 4000 Mann zu dem brandenburgischen Corps abgeschickt wurden, die gleichfalls unter dem Oberbefehl des Kurfürsten standen. Bei diesem Bündnisse lagen jedoch keine feindselige Absichten gegen Schweden zum Grunde, sondern man wollte nur, wenn ein Angriff geschehen sollte, in Bereitschaft seyn, um Gewalt mit Gewalt zu vertreiben.

Johann Kasimir billigte diesen Verein, wünschte aber auch zugleich, daß der Kurfürst alle diese Anstalten zu seinem Besten anwenden möchte. Große Vortheile, z. B. die Souverainität über Preußen, und mehrere andere Sachen wurden versprochen, um ihn hierzu zu bewegen. Allein **Friedrich Wilhelm**, welcher

welcher die schlechte Verfassung Polens kannte und auch nicht mit Gewißheit auf die Erfüllung der geschehenen Versprechen hoffen durfte, fand es für rathsamer, seinem Vorsatze getreu zu bleiben, und strenge Neutralität zu beobachten.

Es wäre allerdings unweise gewesen, wenn er sich anjetzt mit der Krone Polen hätte vereinigen wollen, da Karl Gustav beinahe schon durch ganz Polen als Sieger gezogen war. Und Ueberdies reichte seine Macht nicht zu, um den polnischen Angelegenheiten eine andere Wendung zu geben, und auf auswärtige Unterstützung konnte man nicht rechnen.

Mit dieser Erklärung mußte sich der König von Polen, dem es an Macht fehlte, um seinen Staat von feindlichen Truppen zu befreien, begnügen. Allein derjenige Staat bedarf eine gewisse innere Stärke, welcher eine bewafnete Neutralität beobachten will. Davon kann man sich auch durch die Vorfälle in dem polnisch-schwedischen Kriege überzeugen, in welchem der Kurfürst Friedrich Wilhelm einigemal das Spiel des Stärkeren wurde. Dieser Fall trat auch anjetzt ein. Karl Gustav war nicht nur unzufrieden, daß der Kurfürst Vertheidigungsanstalten traf, sondern auch besonders darüber, daß er mit den polnisch-preußischen Ständen ein Bündniß geschlossen hatte. Ueberzeugt, daß es gefährlich sey, eine bewafnete neutrale Macht im Rücken zu haben, welche besonders als Vasall der Krone Polen gegründete Besorgnisse erregte, faßte er einen der Klugheit angemessenen Entschluß in das brandenburgische Preussen einzufallen, um den Kurfürsten entweder gänzlich zu entkräften, oder ihn zu seinem Bundsgenossen zu machen. Ueberhaupt nicht gewohnt, die Ausführung seiner Entschlüsse aufzuschieben, eröfnete er plötzlich durch einen Einfall

in das brandenburgische Preussen die Feindseligkeiten. Nirgends fand er Hindernisse und drang folglich mit so großer Schnelligkeit vor, daß er in kurzer Zeit nur noch 3 Meilen von Königsberg entfernt war, wo der Kurfürst sich mit seinem Heere befand. Letzterem, welcher weder aus Polen noch aus anderen Orten, auch nicht einmal von seinen Bundsgenossen, den Holländern, deren Flotte noch nicht ausgerüstet war, Beistand erwarten konnte, blieb nichts anders übrig, als sich mit dem König von Schweden zu vergleichen.

Die Unterhandlungen nahmen ihren Anfang zu Riesenburg, oder nach anderen Nachrichten zu Thorn *) und wurden zu Königsberg durch einen Friedensschluß im Jahre 1656 beendiget, in welchem Kurbrandenburg sich verbindlich machen mußte: „in Rücksicht Preußens allen Verbindungen und Lehnspflichten gegen Polen zu entsagen, und dagegen künftig die Lehn bei Schweden zu nehmen; alle Pflichten, die ihm als einem schwedischen Lehnsmanne obliegen, genau zu erfüllen; und was den gegenwärtigen Krieg beträfe, 1000 Mann zu Fuß und 500 zu Pferde zu stellen; den Schweden allenthalben einen freien Durchzug und ihren Schiffen einen freien Eingang in die Preußischen Seehafen zu verstatten, welches den Feinden Schwedens verweigert werden müsse; neue Zölle werden in den Hafen angelegt und die Einkünfte davon mit Schweden getheilt. Und was die Nachfolge in Preußen anbetrift, so wird es so gehalten, wie es in den vorigen Verträgen mit Polen ist festgesetzt worden. Zugleich wurde dem Kurfürsten zugestanden die Befreiung des Herzogthums Preussen von allen Lehnsgelde, desglei-

*) Puffendorff de rebus gestor. Friederici Wilhelmi Magni. Tom. I. pag. 296. Daselbst sind die Punkte dieses Vertrags sehr ausführlich angegeben.

gleichen auch die Befreiung von Appellationen an die Krone Schweden, jedoch müsse der Kurfürst ein besonderes Appellationsgericht in Preussen ansetzen; und ausserdem solle auch noch der Kurfürst bekommen das Bisthum Ermeland, als ein Fürstenthum und schwedisches Lehn."

Sobald Karl Gustav in Preussen eingedrungen war, hatte Johann Kasimir, durch östreichisches Geld unterstützt, in Kleinpolen Truppen zusammen gebracht, und an der Spitze derselben drohete er, an dem Kurfürsten wegen des mit Schweden geschlossenen Bündnißes schwere Rache zu nehmen. Diese Drohungen hatten die Folge, daß Friedrich Wilhelm durch das zu Marienburg den 15ten Jan. 1656 geschlossene Bündniß sich noch genauer mit der Krone Schweden verband. In diesem Vertrage wurde festgesetzt, daß der König von Schweden dem Kurfürsten von Brandenburg, wenn dieser angegriffen werden sollte, 6000 Mann, hingegen letzterer dem ersteren, in demselben Falle nur 4000 Mann zu Hülfe schicken solle. Außerdem war noch die Bedingung beigefügt, daß beide, wenn es die Umstände erforderten, sich mit ihrer ganzen Macht beistehen sollten.

Die Nachricht von diesem neuen Bündnisse erzürnte den König von Polen somehr, so daß er im ersten Ausbruche seines Unwillens sich viele Großsprechereien erlaubte. So soll er z. B. gesagt haben, er werde die Schweden und Brandenburger den Tataren als ein Frühstück geben, vielleicht auch sie mit Peitschen aus dem Lande jagen, den Kurfürsten in ein Gefängniß setzen, wo er weder von der Sonne noch von dem Monde könne beschienen werden. Ja er gieng sogar so weit, daß er dem Kurfürsten bei Strafe eines Meineids anbefahl, nach Verlauf von

dreien Tagen mit seinen Truppen zur polnischen Armee zu stoßen. Und einige Polen nannten den Kurfürsten den gewesenen Herzog von Preußen, welcher in keinem Falle Begnadigung erhalten könnte, wenn er sich auch vor dem Könige von Polen auf die Knie niederwürfe *).

Dergleichen Ausdrücke waren der polnischen Denkungsart ähnlich und zeigen von der Erbitterung, welche gegen Brandenburg unter gegenwärtigen Umständen statt fand. Und diese Drohungen von Seiten Polens bewirkten, daß der Kurfürst eilte seine Truppen mit den Schweden zu vereinigen, damit sie gemeinschaftlich in Polen eindrängen, wodurch ein Einfall der Polen in die brandenburgischen Staaten konnte verhütet werden.

Das vereinigte Heer, 16000 Mann stark, drang unter **Karl Gustavs** und **Friedrich Wilhelms** Anführung wirklich in Polen ein, und ohne wichtige Hinderniße zu finden, näherte es sich der Stadt Warschau, wo die polnische Armee, die aus 40000 Mann bestand und von **Johann Kasimir** und von den polnischen und litthauischen Großfeldherrn angeführet wurde, sich gelagert hatte. Hier ereignete sich die merkwürdige Schlacht, welche drei ganze Tage dauerte. Die Alliirten behaupteten das Schlachtfeld und nahmen Warschau in Besitz, welche Stadt die Polen, die in diesem Treffen 4000 Mann und 50 Stück verlohren hatten, nicht einmal beschützen konnten.

Den Plan des Königs von Schweden die Polen noch weiter zu verfolgen, konnte der Kurfürst nicht genehmigen, weil die Nachricht von den Streifereien, wel-

*) Buchholz am angeführten Orte. S. 58.

welche die Polen in Pommern und in der Neumark unternahmen, ihn bewogen einen Theil seiner Truppen unter dem General Dörfling mit einem Theile der Armee abzuschicken. Außerdem schien er auch nicht abgeneigt, die schwedische Partei zu verlassen, weil mehrere ansehnliche Mächte auf das Glück der schwedischen Waffen neidisch waren, und einige derselben Anstalten zu machen schienen, um den Polen Beistand zu leisten. Karl Gustav, dem diese Sache nicht gleichgültig seyn konnte, machte große Aufopferungen, um sich seinen Bundesgenossen noch auf längere Zeit zu versichern. Beide Theile schlossen nämlich den 10 October 1656 zu Labiau in Preußen einen neuen Vergleich, in welchem die Krone Schweden der Oberlehnsherrschaft über Preußen und Ermeland entsagte und dem Kurfürsten von Brandenburg die Oberherrschaft über diese Länder ertheilte, jedoch sich die Erbfolge vorbehielt, wenn der männliche Stamm des Kurhauses Brandenburg aussterben sollte. In Ansehung der Hülfstruppen blieb während dieses Krieges das marienburger Bündniß gültig. Für die Zukunft wurde aber bestimmt, daß jeder von beiden Theilen dem anderen im Falle eines Krieges 2500 Mann Infanterie und 1500 Mann Kavallerie zu Hülfe schicken sollte. Zugleich wurde auch noch festgesetzt, daß Brandenburg zu dieser Hülfsleistung nur verbunden sey, wenn Schweden in Polnisch-Preußen, Pommerellen und Cassuben angegriffen werden würde.

Dies sind die wichtigsten Puncte des Labiauer Vergleichs, welcher aber sehr bald seine Gültigkeit verlohr, wozu die Zeitumstände die Veranlassung gaben. Es ist schon erinnert worden, daß mehreren Mächten die glücklichen Fortschritte der Schweden

höchst unangenehm waren. Dies war auch der Fall am dänischen und östreichischen Hofe. Beide schlossen so gleich mit Polen ein Bündniß, und leisteten sogleich thätige Hülfe. Oesterreich schickte ein aus 16000 Mann bestehendes Heer nach Polen, und Dänemark eroberte in kurzer Zeit das Herzogthum Bremen. Karl Gustav, um sich an den Dänen zu rächen, brach sogleich mit seiner ganzen Armee auf, unbekümmert wegen des Schicksals seines Bundsgenossen, des Kurfürsten von Brandenburg, dessen Macht nicht hinreichend war, um der polnischen einen nachdrucksvollen Widerstand leisten zu können. Es blieb also letzterem nichts übrig, als der Weg der Unterhandlungen, welche unter österreichischer Vermittelung nicht nur glücklich eingeleitet, sondern auch den 19ten September 1657 zu Welau zum Vortheil Friedrich Wilhelms beendiget wurden. An der schnellen Abschließung dieses Vergleiches hatte der Einfluß des österreichischen Gesandten nicht allein Antheil, sondern auch die Königinn von Polen Maria Louise Gonzaga de Nevers, eine vertraute Freundinn der Mutter Friedrich Wilhelms, welche stets gegen den brandenburgischen Hof freundschaftliche Gesinnungen äußerte. *)

In diesem welauischen Vertrage mußte zwar der Kurfürst dem Besitze von Ermeland entsagen; dagegen erhielt er aber auch Preußen als ein unabhängiges Herzogthum für sich und seine Nachkommen. Jedoch wurde die Bedingung gemacht, daß die markgräfliche Linie in Franken, wenn der Mannstamm des Kurhauses aussterben solle, dies Land nicht als ein souveraines Herzogthum, sondern als ein Lehn der Kro-

*) Pufendorff de rebus gestis Friederici Magni.

Krone Polen besitzen solle. Und dagegen mußte auch Brandenburg mit Polen gegen die Krone Schweden ein Bündniß schließen.

Was diesen letztern Punct anbetraf, so wurde festgesetzt, daß Polen dem Kurfürsten mit 5000 Reutern und 3000 Mann Fußvolk, hingegen der Kurfürst der Krone Polen mit 2000 Reutern und mit 2000 Mann Fußvolk im Falle eines Krieges beistehen solle. Und die Krone machte sich überdies noch anheischig, dem Kurfürsten jährlich 40000 Rthlr. Subsidiengelder zu zahlen.

So wohl dieser Friede als auch das mit demselben verbundene Bündniß wurde von beiden Fürsten noch in demselben Jahre den 6ten November zu Bromberg beschworen. Die polnischen Stände genehmigten nicht nur dasselbe, sondern gaben außerdem auch noch ihre Einwilligung, daß dem Kurfürsten die Herrschaften Lauenburg und Bütow mit allem, was dazu gehörte, als ein polnisches Lehn abgetreten wurde, jedoch ohne zum Lehnseide und zu den übrigen Lehnspflichten verbunden zu seyn. Und außerdem wurden ihm noch verschrieben die Stadt Elbingen zum Unterpfande wegen 400000 Rthlr., und die Starostei Draheim wegen 120000 Rthlr., Elbingen könne er besitzen, sobald die Schweden dasselbe würden verlassen haben, Draheim aber erst nach Verlauf von 3 Jahren, wenn ihm von der Unterzeichnung der Tractaten an, die jährliche 40000 Rthlr. nicht wären ausgezahlet worden.

So vortheilhaft die erhaltene Souverainität über das Herzogthum Preußen war, eben so unangenehm war dieselbe den preußischen Landständen. Oeffentlich äußerten sie hierüber mit Worten ihren Unwillen.

Besonders geschahe dies zu Königsberg, wo einige geradezu behaupteten, es wäre wohl billig gewesen, zuvor die preußischen Stände zu fragen, ob sie auch einen unabhängigen Fürsten begehrten. Dieses allgemein herrschende Mißvergnügen bewog den Kurfürsten zu Königsberg die Festung Friedrichsburg anlegen zu lassen. Zu gleicher Zeit betrieb er auch sehr ernstlich, daß die preußischen Stände ihm als ihrem souverainen Oberherrn den Huldigungseid leisten sollten. Der König von Polen der anjetzt die Freundschaft des brandenburgischen Hauses sehr hoch schätzte, ließ die preußischen Stände zur Huldigung auffordern. Da man aber von Seiten der Landstände noch immer fortfuhr gegen diese Huldigung Einwendungen zu machen, und auf alle mögliche Art dieselbe zu verhindern; so beschloß **Friedrich Wilhelm**, so lange der schwedisch-polnische Krieg daure, diese Sache nicht ernstlich zu betreiben, sondern sich mit der Erklärung des Königs von Polen zu begnügen, welche öffentlich im Druck erschien, und in welcher angezeigt wurde, daß die Unabhängigkeit des Herzogs von Preussen entschieden sey und daß die preußischen Landstände hiervon keinen Nachtheil zu besorgen hätten.

Ehe ich aber die übrigen Begebenheiten in Preußen bis zur Anerkennung der brandenburgischen Landeshoheit darzustellen suche, muß ich zuvor die übrigen Vorfälle des schwedisch-polnischen Krieges erzählen.

Karl Gustav war, so bald er die Nachricht erhalten hatte, daß Bremen und Verden von den Dänen sey besetzt worden, mit seiner Macht aufgebrochen, um sich an diesem neuen Feinde zu rächen. Mit der größten Geschwindigkeit machte er noch in dem Jahre 1657 große Eroberungen. Er vertrieb

die

die Dänen nicht nur aus Bremen und Verden, sondern eroberte auch Holstein, Schleswig und Jütland, Glückstadt und einige Oerter ausgenommen. Auch die Witterung war ihm zu seinen kriegerischen Unternehmungen sehr günstig: denn im Anfange des Jahres 1658 trat ein solcher heftiger Frost ein, daß er seine Armee über beide Belte führen, und in kurzer Zeit die Dänischen Inseln Fühnen, Lahland, Langeland, Falster und Seeland erobern konnte. Zwar hatte Friedrich Wilhelm mit Polen und dem Könige Leopold von Ungarn die Verabredung getroffen, den Dänen zu Hülfe zu eilen. Allein diese beide letzteren Mächte waren in ihren Zurüstungen so saumselig, daß der König von Dänemark dieselbe nicht abwarten konnte, sondern sich genöthiget sahe, den nachtheiligen roskildischen Frieden zu schließen.

Brandenburg und Polen, die anjetzt glaubten, der König von Schweden, nachdem dieser Friede sey geschlossen worden, werde zu ihnen kommen, schlossen sich sehr genau an Oesterreich an und suchten die zweckmäßigsten Gegenanstalten zu treffen. Allein was man erwartet hatte, geschahe nicht, denn Karl Gustav brach den roskildischen Frieden, welcher nur 14 Tage gedauert hatte, brach in die dänischen Staaten ein und fing an Kopenhagen zu belagern. Der König von Dänemark war unvermögend um seine Staaten von den Schweden zu befreien, und der schwedische Krieg würde sich folglich für ihn sehr unglücklich geendiget haben, wenn ihm seine Freunde nicht thätige Hülfe geleistet hätten. Dies thaten vorzüglich Holland und Brandenburg. Die Flotte des Ersteren bewirkte, daß die Belagerung von Kopenhagen aufgehoben werden mußte, und die Landmacht des Letzteren, verstärkt durch österreichische und polnische Truppen ging

durch

durch Mecklenburg und Hollstein und drang in Jütland ein. Unter die merkwürdigsten Kriegsvorfälle, welche sich in diesem Feldzuge ereigneten, gehört ohnstreitig das Treffen bei Nyborg, welches sich für die Schweden sehr unglücklich endigte, denn ihr ganzes aus 6000 Mann bestehendes Corps wurde theils niedergehauen, theils gefangen genommen.

Das Unglück verfolgte die Schweden auch in andern Gegenden, z. B. in Pommern, wo ihnen von den Alliirten mehrere Oerter entrissen wurden. Die Stadt Stettin aber wurde vergebens belagert. Ein gleiches Schicksal hatten die Schweden auch in Preußen, wo sie zwar anfangs mehrere Oerter besetzt, aber zuletzt die meisten derselben, Marienburg und Elbingen ausgenommen, verlohren hatten.

Karl Gustavs Tod, welcher im Jahr 1660 erfolgte, gab den öffentlichen Angelegenheiten eine plötzliche Wendung. Sowohl die schwedischen Stände, als auch die sämmtlichen Kriegführenden Mächte, besonders Dänemark, waren des Krieges überdrüßig und sehnten sich nach dem Frieden. Zuerst schlossen Schweden und Dänemark zu Kopenhagen im Jahr 1660 einen Frieden, in welchem die letztere Macht den Herzog von Hollstein Gottorp als einen unabhängigen Fürsten im Herzogthum Schleswig anerkennen und den Schweden, Schonen, Holland und Bleckingen abtreten mußte. Und in demselben Jahre schloß Schweden auch mit den übrigen Mächten im Kloster Oliva einen Frieden, in demselben wurden alle in vorigen Zeiten zwischen Brandenburg und Schweden errichtete Verträge für ungültig erkläret, der welauisch-brombergische Vertrag bestätiget, und zu gleicher Zeit festgesetzt, daß keine von beiden Mächten an der

andern

andern etwas zu fordern habe, und daß die gemachten Eroberungen sollten herausgegeben werden.

Nachdem im oliver Frieden der Welauischbrombergische Vertrag war bestätiget worden; so verlangte nunmehr auch der Kurfürst ernstlich, daß die Polen alle Punkte desselben erfüllen sollten. Zwar hatte er schon die meisten preußischen Landstände gewonnen, und so gestimmt, daß sie nicht abgeneigt waren, ihn als ihren unabhängigen Herrn zu erkennen. Die Sache fand aber doch verschiedene Schwierigkeiten, weil es noch immer unter den Ständen einige Misvergnügte gab. Friedrich Wilhelm mußte den Ständen so viel nachgeben, daß er ihnen verstattete im Jahre 1661 einen Landtag zu halten, welcher aber zu weiter nichts diente, als die Beendigung dieses Geschäftes zu verzögern, woran besonders die von Kallnein und Hieronymus Rode, sehr viel Schuld hatten. Der Landtag mußte überdies wegen der Pest eingestellt werden und nahm erst im October wieder seinen Anfang. Diesmal wurde den vorhin genannten Männern der Zutritt versagt, und die Sache wurde schnell beendiget, indem beinahe alle Stände einmüthig erklärten, daß sie, nachdem ihnen zuvor ihre Freiheiten und Rechte wären bestätiget worden, dem Kurfürsten von Brandenburg als ihrem unabhängigen Oberherrn huldigen wollten. Nur zwei Theile von Königsberg nämlich der Kneiphof und Löbenicht weigerten sich auf Rodens Zuredungen. Sobald aber der Kurfürst diesen Mann hatte gefangen nehmen und nach Peitz bringen lassen, wo er in der Gefangenschaft sein Leben beendigt hat; so traten auch jene beiden Oerter dem Beschluß der übrigen Landstände bei.

Im

Im Jahre 1663 wurde endlich dem Kurfürsten als souverainen Herzoge in Preußen von den Landständen die Huldigung geleistet. Und zu gleicher Zeit nahm auch der Bischof von Ermeland den Letzteren für die Krone Polen den Eid ab, im Falle daß der kurfürstliche Mannsstamm aussterben sollte. Nach Beendigung dieses Geschäftes war die Ruhe in Preußen fest gegründet und wurde durch den Obristen **von Kalkstein** im J. 1670 nicht unterbrochen. Dieser Mann, nachdem ihm wegen der gegen die Unterthanen ausgeübten Tyrannei die Amtshauptmannschaft Oletzko war entrissen worden, hatte gedroht sich mit Feuer und Schwerdt zu rächen und dem Kurfürsten selbst zu erschießen. Durch diese Drohungen zog er sich einen Criminalproceß zu, in welchem ihm der Kopf abgesprochen, zuletzt aber diese Strafe in ewige Gefangenschaft verwandelt wurde. Nach Verlauf eines Jahres erhielt er auf Fürbitte der Kurfürstinn seine Freiheit wieder, nachdem er sich verpflichtet hatte eine Geldstrafe zu erlegen und sich nicht von seinem Landgute zu entfernen. Er hielt aber nicht Wort, sondern begab sich nach Warschau, wo er, ohne einen Auftrag erhalten zu haben, im Namen der preussischen Stände über die brandenburgische Regierung Beschwerden vortrug. Der Kurfürst verlangte seine Auslieferung, allein Polen verweigerte dieselbe und schien überhaupt geneigt zu seyn, diesen Mann zu begünstigen. Der brandenburgische Gesandte **Eusebius von Brand** ließ ihn durch den Hauptmann Mongomery heimlich aufheben und nach Königsberg bringen. Auf des Kurfürsten Befehl wurde er sogleich nach Memel gebracht und daselbst enthauptet. *)

Be-

*) Pauli's preußische Staatsgeschichte. B. V. S. 137. 138.

Beschäftigungen Friedrich Wilhelms bis zu dem Kriege mit Frankreich.

Als durch den Oliver Frieden die Ruhe wieder hergestellt war, so sorgte der Kurfürst nicht nur für die innern Angelegenheiten seines Landes, sondern nahm auch an den Verhandlungen des deutschen Reichs sehr eifrigen Antheil. Besonders bemühte er sich die vom dreißigjährigen Kriege herrührenden Verwüstungen unsichtbar zu machen und überhaupt den ehemaligen Wohlstand seiner Länder nicht nur wieder herzustellen, sondern auch zu erhöhen. Unter den Landleuten ließ er Sommerkorn und Vieh austheilen, und traf auch mehrere gute Einrichtungen, durch welche dem Handel aufgeholfen wurde.

Auch nahm er mit vielem Eifer an den Unterhandlungen des deutschen Reichs Antheil. Bey der nach dem Absterben Ferdinands III. erfolgten Kaiserwahl ertheilte er dem Erzherzoge Leopold seine Stimme, welcher auch im J. 1658 erwählet und gekrönet wurde. Und zu dem Regensburger Reichstage, welcher im J. 1663 eröffnet wurde, schickte er gleichfalls Gesandte. Der Kaiser hatte es sich sehr angelegen seyn lassen, diesen Reichstag zu Stande zu bringen, weil seine Truppen in dem vorjährigen Feldzuge gegen die Türken unglücklich gefochten hatten, und er folglich darauf bedacht war, von dem deutschen Reiche Unterstützung zu erhalten. Diese Sache fand zwar bei den deutschen Fürsten einige Schwierigkeiten: jedoch wurden dieselben zuletzt überwunden und dem Kaiser gegen die Türken die Reichshülfe zugestanden. Dem Kurfürst von Brandenburg wurde in diesem Kriege eine große Rolle zu gedacht: denn man übertrug ihm den Oberbefehl über die Reichstruppen. Er lehnte aber die-

diesen Antrag von sich ab, so wie auch den Oberbefehl über die kaiserlichen Truppen. Die Truppen, welche er dem Kaiser zu dem bevorstehenden Feldzuge überließ, bestanden aus 1000 Mann Fußvolk, 600 Dragoner und 400 Cürassiers, und hatten zum Anführer den Herzog August von Hollstein-Beck. Sie nahmen an mehreren Gefechten thätigen Antheil und zeichneten sich auf eine solche vortheilhafte Art aus, daß der Kaiser den Kurfürsten um noch mehrere Truppen ansprach. Friedrich Wilhelm bezeigte sich hierzu nicht abgeneigt, jedoch unter der Bedingung, wenn ihm der Kaiser Jägerndorf zurückgäbe. Die deshalb angefangenen Unterhandlungen wurden bald wieder abgebrochen, weil kurz darauf unter französischer Vermittlung mit den Türken ein Frieden auf 20 Jahr geschlossen wurde.

Während dieser Zeit hatte der Kurfürst auf seine Länder viele Sorgfalt angewendet, und auch manche gute Einrichtung gemacht: allein dieser Eifer wurde bald vermindert, als er in einen Krieg verwickelt wurde, an welchem er sehr eifrigen Antheil nahm, und von welchem ich hernach umständlicher reden werde, wenn ich noch zuvor die mit Polen angestellten Unterhandlungen kürzlich werde angeführet haben.

Den welauisch-brombergischen Vertrag hätten die Polen gerne zurück genommen, wenn nur die Zeitumstände ihnen hierbey nicht hinderlich gewesen wären. Daß schon das Andenken an denselben ihnen sehr schmerzhaft seyn mußte, beweisen verschiedene Handlungen der polnischen Landstände, durch welche sie den welauisch-brombergischen Verträgen geradezu entgegen handelten. So besetzten sie die nach dem oliver Frieden von den Schweden geräumte Stadt Elbingen, welche vermöge des obigen Vertrags dem Kurfürsten

hätte

hätte sollen übergeben werden. Und sie bezeigten gleichfalls nicht geringe Lust auf dieselbe Art mit der Starostei Draheim zu verfahren. Der Kurfürst hätte dieselbe vermöge des brombergischen Vertrags schon nach Verlauf dreier Jahre, wenn nämlich die Summe Geldes, für welche man ihm diese Starostey verschrieben hatte, nicht wäre bezahlet worden, in Besitz nehmen können; allein aus Gefälligkeit gegen den bisherigen Besitzer den Grafen Potocki, hatte er diese Besitznehmung 6 Jahre aufgeschoben. Als dieser aber im Jahre 1667 gestorben war, so wollte der Kurfürst Draheim in Besitz nehmen lassen; allein Johann Kasimir hatte schon Vertrags widrig gehandelt und dasselbe einem Demetrius Wisniewizky gegeben. Aber demohngeachtet nahm das Haus Brandenburg von dieser Starostey Besitz, denn der Kurfürst, um alle Weitläuftigkeiten zu vermeiden, zahlte 15000 Rthl, mit welcher Entschädigungssumme Wisniowizky sich begnügte.

Als der König Johann Kasimir die Regierung niederlegte; so bewarben sich viele Fürsten um den polnischen Thron. Unter diesen Competenten befand sich auch der Pfalz-Graf Philipp Wilhelm, für dessen Vortheil der Kurfürst von Brandenburg sorgte und in dieser Absicht zwey Gesandte nach Warschau schickte. Zuletzt wurde im Jahr 1669 keiner von allen Kronkandidaten gewählt, sondern ein Piast der Fürst Michael Coriburh Wisniowizky, auf welchen man anfangs nicht gerechnet hatte. Friedrich Wilhelm ließ sich von demselben im folgenden Jahre über Lauenburg und Bütow die Belehnung ertheilen.

Bei dieser Königswahl hatten verschiedene vornehme Polen auf den Kurfürsten von Brandenburg ihre Aufmerksamkeit gerichtet und erklärt, man würde

nicht das geringste Bedenken tragen, diesem Fürsten die polnische Krone zu übergeben, so bald er sich entschließen könne, öffentlich zur katholischen Kirche überzutreten. Daß er einen solchen Auftrag von sich ablehnen würde, konnte man von seinem Eifer für die reformirte Lehre erwarten. Er ließ auch wirklich seinen Freunden in Polen bekannt machen, daß er selbst die Kaiser Krone, wenn er sie mit Verläugnung seiner Religion erkaufen solle, ausschlagen würde, und überdieß habe er so viel Land und Leute, daß er um dieselben zu vermehren, seine Religion nicht ändern dürfe, daß selbst die Polen von ihm keine gute Meinung haben würden, wenn er Gott untreu würde und sein Gewissen seinen Vortheilen aufopfern wolle. *) Eine gleiche Erklärung gab Friedrich Wilhelm auch im Jahre 1673, als nach dem erfolgten Absterben des Königs Michaels Koributh viele Polen nicht abgeneigt waren den Kurprinzen Karl Aemil zum König zu wählen, wenn er die Religion ändern würde. Allein der brandenburgische Gesandte von Hoverbeck erklärte zu Warschau, die Meinung des Kurfürsten, eine wohlerkannte Religion um aller Welt Kronen nicht zu ändern, sey unveränderlich. **)

Theilnahme des Kurfürsten Friedrich Wilhelms an dem Kriege zwischen Frankreich und Holland.

Das Kriegswesen welches unter der vorigen Regierung gänzlich in Verfall gekommen war, erhielt unter

*) Puffendorff de rebus gestis Friederici Magni. Lib. X. §. 75.

**) Puffendorff l. c. Lib. XI. §. 100.

unter Friedrich Wilhelmen eine weit bessere Gestalt, wovon in den allgemeinen Bemerkungen mehreres wird angeführet werden. Den Nutzen hiervon hatte man zwar schon in den bisherigen Kriegen kennen gelernt, aber noch mehr überzeugte man sich von den Vortheilen, die eine wohleingerichtete Kriegsmacht dem Staate gewähret, in den folgenden Feldzügen, von welchen anjetzt die wichtigsten Begebenheiten, an welchen vorzüglich die Brandenburger Theil nahmen, sollen erzählet werden.

Die entfernteste Veranlassung zu dem Kriege, in welchen Friedrich Wilhelm verwickelt wurde, gab der Tod des spanischen Königs Philipps IV. Die eigentliche Ursach aber lag in der Herrsucht des Königs von Frankreich Ludwigs XIV. Derselbe machte nämlich Ansprüche auf die spanischen Niederlande, und berief sich auf das sogenannte jus devolutionis, ein damals in mehreren Gegenden der Niederlande gültiges Gesetz, vermöge welches Kinder der ersten Ehe alles erbten, was ihre Eltern während derselben sich erworben hatten. Da nun Ludwigs XIV Gemahlinn von Philipp IV eine Tochter erster Ehe war, und ihr Vater während der ersten Ehe im Jahre 1639 nach dem Tode der Infantinn Clara Isabella Eugenia die Niederlande wieder mit Spanien vereinigt hatte: so glaubte der König von Frankreich, daß er das größte Recht zum Besitze dieses Landes habe. Bei der schlechten Verfassung Spaniens, welches überdies zu einem Kriege nicht vorbereitet war, würde er mit leichter Mühe seine Absicht haben durchsetzen können; wenn nicht Holland mit England und Schweden, um Spanien bei dem Besitze der Niederlande zu schützen, ein Bündniß geschlossen hätten, welches unter dem Namen der Triple Alliance bekannt geworden ist. Dieser Vorfall hemmte plötzlich die Siege Ludwigs XIV,

welcher sich nunmehr genöthiget sahe zu Achen im Jahre 1668 einen Frieden zu schließen, in welchem er sich nur mit einem Theile der spanischen Niederlande begnügen mußte.

Dieser fehlgeschlagene Plan kränkte den König Ludwig XIV so sehr, daß er beschloß an den Holländern, den Urhebern jenes ihm furchtbaren Bündnisses, schwere Rache zu nehmen. Er war also zu erst darauf bedacht, die Triple Alliance zu trennen. Dies wurde noch mit leichter Mühe durchgesetzt. Nunmehr war der Krieg gegen Holland beschlossen. Der König von England Karl II. wurde zur Theilnahme überredet, und der Kurfürst zu Kölln und der Bischoff zu Münster zu Bundesgenossen aufgenommen, damit die französischen Truppen, ohne die spanischen Niederlande zu berühren, nach Holland gehen konnten. Auch der Kurfürst von Brandenburg sollte dazu gezogen werden: allein er wies alle Anträge dieser Art von sich ab und warnte vielmehr die Holländer. Und um zu verhüten, daß die Herrschaft Ravenstein, durch welche, wie man voraussehen konnte, die Franzosen ihren Weg nehmen würden, nicht ein Opfer der Rache werden möchte, so überließ er sie an Pfalzneuburg für 50000 Rthl., weil sie alsdann nicht als eine brandenburgische Provinz könne angesehen werden.

Im Jahre 1672 brach der Krieg förmlich aus, welcher von England zu Wasser, hingegen von Frankreich, dem Bischof zu Münster und dem Kurfürsten zu Kölln auf dem Lande geführet wurde. Die Franzosen giengen durchs Klevische und eroberten in diesem Lande alle wichtige Oerter, in welchen holländische Besatzungen standen. Hierauf drangen sie in Holland ein und hatten in kurzer Zeit die Provinzen Geldern, Utrecht und Ober-Yssel erobert, und es fehlte nicht viel,

viel, so hätten sie auch Amsterdam überrumpelt. Der Kurfürst von Brandenburg schloß noch in demselben Jahre mit der Republik Holland nicht nur ein Bündniß, in welchem er mit 20000 Mann zu Hülfe zu kommen versprach, sondern er bewirkte auch, daß zu Braunschweig sich mit ihm der Kaiser, Dänemark, Braunschweig, Zelle, Wolfenbüttel und Hessenkassel verbanden, um den Fortschritten der französischen Waffen Einhalt zu thun und die Holländer in Schutz zu nehmen.

Die Brandenburgischen Truppen sammelten sich bei Halberstadt und brachen unter Anführung Friedrich Wilhelms in die Gegend des Oberrheins auf. Zwar hatte der Kurfürst schon im Anfange die Absicht nach Westphalen zu gehen, allein er gab der Meinung des österreichischen Feldherrn Montecuculi, der mit einer österreichischen Armee zu ihm gestoßen war, nach, welcher behauptete, man müsse über den Rhein gehen, um den Franzosen die Zufuhr abzuschneiden, wodurch sie zum Rückzuge würden bewogen werden. Als sie aber daselbst angekommen waren; so machte Montecuculi wieder neue Schwierigkeiten. Friedrich Wilhelm, des Zauderns überdrüßig, brach nach Westphalen auf, wohin ihm die Oestreicher unter Bournonville, welcher anjetzt den Oberbefehl führte, nachfolgten. Hierdurch wurde bewirkt, daß die Republik Holland von den meisten französischen Truppen befreiet wurde: denn Turenne brach mit dem Kern seiner Macht nach Westphalen auf; hier würde der Kurfürst eine Schlacht geliefert haben, wenn nicht Bournonville einen Tag Aufschub verlangt hätte. Dies Zaudern verschaffte dem Marschall Turenne den wichtigen Vortheil, daß er Zeit gewann, um mit seinen Truppen eine solche Stellung zu nehmen, wo er zu keiner Schlacht konnte gezwungen werden.

Weil aber die Holländer zur Unterstützung des Kurfürsten nichts unternahmen und auch nicht einmal die Subsidiengelder zahlten und da ferner die Kaiserlichen keinen rechten Ernst zeigten; so war Friedrich Wilhelm genöthiget, sich mit seinen Truppen über die Weser bis nach Minden zurück zu ziehen. Als nun überdies die kaiserlichen Truppen ihn gänzlich verließen, und sich nach Franken begeben; so fand er für das rathsamste, sich mit den Franzosen zu vergleichen, um nicht der Gefahr seine sämmtlichen westphälischen Länder zu verliehren, ausgesetzt zu werden. Es wurde daher zu Vossem bei Löwen ein Vergleich geschlossen, welcher aus folgenden 13 Puncten bestand: *)

1) Alles, was zwischen Frankreich und Brandenburg vorgefallen ist, soll vergessen werden und keiner soll von dem andern wegen des erlittenen Schadens einen Ersatz verlangen. 2) Der Kurfürst macht sich anheischig den Holländern keinen Beistand zu leisten. 3) Alle fremde Truppen werden aus den festen Oertern der brandenburgisch-westphälischen Staaten herausgezogen, und brandenburgische Truppen hinein gelegt, welche letztere auch die Weser und das platte Land besetzen. 4) Frankreich und die Bundsgenossen desselben räumen alle in Besitz genommenen brandenburgische Oerter, ausgenommen Wesel, Rees und Lippe, welche bis zum Frieden mit Holland französische Besatzung behalten. 5) Pfalzneuburg nimmt darüber die Gewährleistung. 6) In jenen Städten haben die Franzosen nichts als ein Quartier, und die Zufuhr an Lebensmitteln und Kriegsbedürfnissen ist zollfrei. 7) Die

*) Buchholz. B. IV. S. 87. — Desgl. auch Puffendorf und Pauli.

7) Die katholische Kirche bleibt in Kleve, Mark und Ravensberg in einem solchen Zustande, welcher dem zwischen Brandenburg und Neuburg geschlossenen Vertrage angemessen ist. 8) In den Kurfürstlichen Ländern können von jetzt an keine Erpressungen geschehen, und keine Durchzüge unternommen werden. Dies letztere kann zwar statt finden, aber doch nur unter der Bedingung, wenn der Kurfürst es bewilliget. 9) Dem Kurfürsten steht es frey, dem deutschen Reiche, wenn es angegriffen werden sollte, beizustehen. 10) Frankreich macht sich verbindlich, England zum guten Vernehmen gegen Brandenburg zu bewegen. 11) Kurbrandenburg soll als Vermittler zwischen Frankreich und Holland gebraucht werden. 12) Im allgemeinen Friedensschlusse soll Brandenburg mit eingeschlossen werden. 13) Nach Verlauf von 3 Wochen muß dieser Vertrag bestätiget seyn.

Nach einiger Zeit wurden diesen Puncten noch einige geheime Artikel beigefügt. 1 Frankreich wird Sorge tragen, daß die Reichsstände wegen der Durchmärsche an dem Kurfürsten keine Forderungen machen. 2) Frankreich wird dem Hause Brandenburg zur Erlangung der von Holland versprochenen Hülfsgelder behülflich seyn. 3) Ihm auch künftig bei Behauptung seiner Rechte beystehen und 4) 800000 Livres zahlen.

Dieser zu Vossem geschlossene Vergleich hatte nur auf eine kurze Zeit Gültigkeit. Die eigentliche Veranlassung hierzu gab der König von Frankreich Ludwig XIV, welcher die Reichsstände am Rheine feindlich behandelte und besonders den Kurfürsten von der Pfalz Karl Ludwig sehr drückte. Der Kaiser verband sich sogleich mit den deutschen Fürsten und beschloß einen Reichskrieg. Auch der Kurfürst von Brandenburg, ob ihm gleich der König von Frank-

reich die Parteilosigkeit antragen ließ, trat diesem Bündnisse bei, welches er mit dem größten Rechte thun konnte, denn er hatte sich in dem zu Vossem geschlossenen Frieden ausbedungen, daß es ihm frei stehen müsse, dem deutschen Reiche beizustehen, wenn dasselbe angegriffen werden sollte.

Ueberdies waren alle Umstände hierzu sehr günstig, denn alle deutsche Fürsten, welche vorher mit Frankreich waren verbunden gewesen, hatten anjetzt die Partei des Kaisers ergriffen. Und wegen Schweden glaubte der Kurfürst nichts zu besorgen, weil er mit dieser Macht erst vor Kurzem ein Schutzbündniß auf 10 Jahr geschlossen hatte. Er trat also dem großen Bunde bei, welchen der Kaiser mit Spanien und Holland errichtet hatte und versprach 16000 Mann zu stellen, wofür ihm Hülfsgelder aus Spanien und Holland zugesichert wurden.

Friedrich Wilhelm führte seine Truppen selbst ins Feld, nachdem er sich zuvor mit den kaiserlichen Truppen, die unter den Befehlen des kaiserlichen Generals Bournonville standen, vereiniget hatte. Die vereinigten Heere drangen noch in diesem Jahre in das französische Gebiet ein, und in kurzer Zeit waren beinahe der ganze Elsaß und der Sundgau in ihren Händen: denn Türenne, dessen Heer sehr geschwächt war, mußte sich, um eine Schlacht zu vermeiden, beständig zurück ziehen. Eine einzige glückliche Schlacht hätte den Deutschen diese eroberten Länder sichern können. Der Kurfürst war auch dafür gestimmt; hingegen der kaiserliche General Bournonville widersprach beständig dieser Meinung, und schützte kaiserliche Befehle vor, nach welchen er sich in nichts entscheidendes einlassen sollte, wenn er nicht des Sieges gewiß wäre.

Bei

Bei dieser unter den Anführern herrschenden Uneinigkeit, konnten die Alliirten keine Fortschritte machen. Hingegen für den Marschall Türenne war dieser Umstand sehr vortheilhaft: denn dieser gewann Zeit, um Verstärkungen an sich zu ziehen. So bald er frische Truppen erhalten hatte, drang er weiter vor, und die Alliirten zogen sich zurück. Zwar war der Kurfürst der Meinung, daß man alles aufbieten müsse, um sich in dem Besitze des Elsasses zu behaupten: allein der kaiserliche General Bournonville widersprach, und die deutschen Truppen mußten also den ganzen Elsaß räumen, obgleich Turenne in dem dreistündigen Gefechte bei Dürckheim einen ansehnlichen Verlust erlitt. Dieser Rückzug geschahe noch im Jahre 1674. Der Kurfürst hatte seine Truppen nach Franken in die Winterquartiere geführt, damit sie sich von den gehabten Mühseligkeiten erhohlen und zu dem folgenden Feldzuge neue Kräfte sammeln sollten. Diese Erholung hatten sie wirklich nöthig, denn es standen ihnen für den folgenden Feldzug große Arbeiten bevor, aber nicht gegen Frankreich sondern gegen Schweden.

Das französische Kabinet hatte nicht eher geruhet, als bis Schweden war überredet worden, in die brandenburgischen Staaten einen Einfall zu unternehmen. Die schwedischen Truppen sammelten sich zahlreich in den deutschen Ländern, so daß der Statthalter in der Mark Brandenburg, der Fürst George von Anhalt den schwedischen Feldherrn Karl Gustav Wrangel fragen ließ, in welcher Absicht dieses geschähe? Anfangs erhielt er sehr unbestimmte Antworten. Als er aber öfters anfragen ließ; so wurde ihm ein solcher Bescheid ertheilt, daß er sehr gut aus demselben abnehmen konnte, man habe keine andere Absicht, als

um in die Staaten des Kurfürsten einen Einfall zu unternehmen. Dies geschahe auch wirklich im J. 1675, indem nämlich 16000 Schweden eindrangen. Die wenigen brandenburgischen Truppen, welche sich im Lande befanden, wollten zwar Widerstand thun, allein sie konnten der Macht nicht widerstehen und mußten sich in die festen Städte begeben. In kurzer Zeit hatten die Schweden, die Unter-Mittel und Neumark bis an die Spree und Havel nebst der Priegnitz in Besitz genommen; Berlin, Spandau und Küstrin ausgenommen. Auch Hinterpommern bis auf Lauenburg, Bütow und Draheim erhielt schwedische Besatzung. Da sie nun nicht als Freunde, sondern als Feinde in das Land gekommen waren; so mußten die Einwohner manche harte Bedrückungen erdulden. Wrangel verlegte zuletzt sein Hauptquartier nach Havelberg, und beschloß im künftigen Sommer auch die Altmark zu besetzen. Er ließ daher aus der ganzen Gegend die Fahrzeuge zusammen bringen, um über die Elbe eine Schiffsbrücke aufzuschlagen. Dieser Plan wurde nicht ausgeführt, woran anfangs Wrangels Krankheit und zuletzt die Ankunft des Kurfürsten schuld war. Bei dieser Gelegenheit soll es geschehen seyn, daß die Bauern in der Altmark sich mit Mistgabeln und Knitteln bewafneten, um den Schweden den Uebergang über die Elbe streitig zu machen. Die Fahnen, welche sie mit sich führten, sollen die Aufschrift gehabt haben: **wir sind Bauern von geringem Gut und dienen unsrem Kurfürsten mit unsrem Blut.**

Die Schweden hatten nicht darauf gerechnet, daß der Kurfürst Feindseligkeiten ausüben, sondern diese Sache durch gütliche Unterhandlungen beendigen werde. Allein sie fanden sich bald in ihrer Rechnung be-

betrogen. Friedrich Wilhelm, nachdem er sich der spanischen und holländischen Hülfe versichert hatte, brach mit seinen Truppen schon im Monat Mai auf und kam im Anfange des Junius nach Magdeburg. Den 12ten Junius ging er mit der Reuterei und einigem Fußvolk über die Elbe. Die erste glückliche Unternehmung war die Ueberrumpelung Rathenow's, wo die schwedische Besatzung zum Theil gefangen genommen, zum Theil aber auch niedergehauen wurde. Diese plötzliche Ankunft des Kurfürsten, von welcher die Schweden nicht einmal etwas geahndet hatten, kam so unerwartet, daß sie einen Rückzug beschlossen. Friedrich Wilhelm folgte auf dem Fuße nach und bei Nauen hohlte er 1000 feindliche Reuter ein, die auch so gleich von ihm geworfen wurden. Da die schwedischen Truppen schon voraus sahen, daß sie bei dem Uebergange über den Rheinfluß sehr würden beunruhiget werden, so waren sie von der Nothwendigkeit, sich in eine Schlacht einzulassen, überzeugt. Sie lagerten sich also bei dem eine Stunde von Fehrbellin gelegenen Dorfe Hackelberg, und in Schlachtordnung gestellt erwarteten sie daselbst den Kurfürsten.

Dieser, obgleich seine Generale es widerriethen, weil die Fußvölker noch nicht angekommen und die Reuterei durch die bisherigen Strapazen sehr ermüdet war, beschloß eine Schlacht. Ohnerachtet des starken Feuers, welches die Schweden gegen die anrückende brandenburgische Kavallerie machten, bewirkte der Kurfürst dennoch, daß sie das Schlachtfeld räumten und sich längst dem daselbst befindlichen Morast nach Fehrbellin zurückzogen. Friedrich Wilhelm achtete keine Gefahr, sondern befand sich selbst an der Spitze seiner Reuterei. Hierdurch verschaffte er zu gleicher Zeit seinem Stallmeister Froben Gelegen-

genheit eine edle That zu verrichten. Dieser, sobald er bemerkte, daß die Schweden ihr Geschütz gegen das Pferd des Kurfürsten, welches sich durch seine weiße Farbe auszeichnete, richteten, ersuchte seinen Herrn unter dem Vorwande, der Schimmel sey scheu, mit den Pferden zu tauschen. Kaum war dieses geschehen, so wurde Kroben erschossen und rettete folglich durch seinen Tod das Leben des Kurfürsten.

Da Friedrich Wilhelm kein Fußvolk bey sich hatte: so konnte er nicht sogleich den Feind verfolgen, sondern lagerte sich auf dem Schlachtfelde, um daselbst die Ankunft der Infanterie abzuwarten.

Dem Prinzen von Homburg *) hatte er vor dieser Schlacht 1600 Mann anvertrauet, mit welchen derselbe die Avantgarde machen, den Feind beobachten, aber nicht angreifen sollte. Dieser des erhaltenen Befehls uneingedenk, wirft die Vorposten zurück, verfolgt sie nicht nur bis an das schwedische Hauptcorps, sondern läßt sich auch mit dem letzteren in ein Gefecht ein, welches sich zu seinem Nachtheil würde geendiget haben, wenn nicht der Kurfürst ihm zu Hülfe geeilt wäre. Der Prinz, durch seine Lebhaftigkeit verleitet, hatte allerdings einen Fehler begangen, durch welchen das Glück des ganzen Staats auf das Spiel gesetzt wurde. Der Kurfürst verzieh ihm aber, indem er sagte: „Sollt ich Euch nach der Strenge der Kriegsgesetze richten, so hättet ihr das Leben verwirkt. Aber Gott behüte mich, den Glanz eines so glücklichen Tages durch das Blut eines Prinzen zu beflecken, der eines von den Hauptwerkzeugen meines Sieges gewesen ist."

An

*) Friedrichs II. K. von Preußen, Nachrichten zur brandenburgischen Geschichte. Aus dem Französischen übersetzt. Berlin. 1795.

An demselben Tage kam auch der General Dörflinger mit der Infantetie an. Dieser verfolgte den sich zurückziehenden Feind, machte viele Gefangene, desgleichen auch keine unbeträchtliche Beute. Die schwedische Armee, welche endlich bis auf 4000 Mann zusammen geschmolzen war, zog sich über Ruppin und Wittstock nach Meklenburg zurück.

Diese kriegerische Unternehmung wurde mit eben so großem Glücke als Schnelligkeit ausgeführt und hatte nicht blos für den Augenblick, sondern auch für die Zukunft wichtige Folgen. Friedrich II. *) drückt sich über diesen bey Fehrbellin erfochtenen Sieg auf folgende Art aus.

„Nur wenige Feldherrn können sich einer Kriegsexpedition wie die bei Fehrbellin rühmen. Der Kurfürst entwirft einen eben so großen als kühnen Plan, und führt ihn mit erstaunlicher Schnelligkeit aus; hält ein schwedisches Regiment in dessen Quartieren auf, da Europa noch glaubt, er sey in Franken; fliegt nach den Ebenen von Fehrbellin, wo die Feinde sich versammeln, bringt ein Treffen, das mit mehr Muth als Klugheit angefangen war, in Ordnung, und schlägt mit einem schwächeren Corps Reuterei, welches die Beschwerlichkeit eines langen Marsches abgemattet hatte, eine zahlreiche und furchtbare Infanterie, die durch ihre Tapferkeit das Reich und Polen besiegt hatte. Aus seinem geschickten Verfahren mag man nun beurtheilen, was er im Elsaß gethan haben würde, wenn er daselbst freie Hand gehabt hätte. Diese eben so glänzende, als tapfere Unternehmung verdient daß man Cäsars veni, vidi, vici auf sie anwendet. Der Kurfürst ward dafür von seinen Freunden gelobt, von

*) Nachrichten zur brandenb. Geschichte.

von seinen Unterthanen gesegnet; und seine Nachkommen rechnen die Größe, zu der das Haus Brandenburg in der Folge gelangt ist, von diesem berühmten Tage an.

Dieser Sieg des Kurfürsten war in sehr vieler Rücksicht wegen der Folgen merkwürdig; denn die deutschen, welche bisher gegen die schwedischen Waffen eine sehr große Achtung gehabt hatten, überzeugten sich, daß dieselben nicht unüberwindlich wären. Der Kaiser, dessen Truppen zu gleicher Zeit gegen die Franzosen glücklich gewesen waren, erklärte die Schweden für einen Reichsfeind und trug die Führung dieses Reichskrieges dem Westphälischen, Ober- und Niedersächsischen Kreise auf. Auch der König Christian V. von Dänemark erklärte gleichfalls gegen die Schweden den Krieg, aber noch vor dem Anfange desselben ließ er auf eine hinterlistige Art den Herzog von Holstein Gottorp, Christian Albrecht gefangen nehmen, weil man von dessen Anhänglichkeit an Schweden erwarten konnte, daß er, so bald der Krieg ausgebrochen wäre, einen Einfall in die dänischen Staaten unternehmen werde. Die Freyheit wurde ihm nur unter sehr harten Bedingungen ertheilt. Er mußte nämlich die Festung Tönningen überliefern, seine Truppen dem Könige von Dänemark überlassen und allen in dem roskildischen und kopenhagischen Friedensschlusse erhaltenen Vortheilen entsagen.

Hierauf setzte Dänemark nicht nur eine Flotte, sondern auch eine Landarmee in Bewegung. Der Herzog zu Zelle und der Bischof zu Münster nahmen gleichfalls eifrigen Antheil und führten den Krieg in Bremen und Verden.

Der

Der Krieg wurde erst am Ende des Jahrs 1675 durch einen Einfall in das schwedische Pommern eröffnet, denn der Kurfürst hatte zuvor die dänischen und kaiserlichen Hülfs-Truppen abgewartet. In diesem Feldzuge eroberten die Brandenburger die Stadt Wolgast und die Insel Wollin, hingegen die Dänen die Stadt Wismar, jedoch erst, nachdem einige brandenburgische Truppen unter dem Prinzen von Homburg zu ihnen gestoßen waren.

Nunmehr verbanden sich Dänemark und Brandenburg zur Fortsetzung des Krieges gegen Schweden noch genauer durch ein förmliches Bündniß. Der Feldzug wurde im Jahre 1676 von den Schweden sehr frühzeitig eröffnet. Der schwedische Feldherr Mardefeld ging im Winter auf die Insel Wollin, um so wohl diese Insel als auch die Stadt Wollgast den Brandenburgern zu entreißen. Die Stadt wurde von den Schweden belagert, aber nicht erobert: Denn der brandenburgische Feldmarschall Dörflinger eilte mit einem Corps herbei und schlug den Mardefeld so, daß dieser sich schleunig entfernen mußte.

Bei der Eröffnung dieses Feldzugs erschienen auch zu gleicher Zeit zwei Flotten, eine Holländische und eine Dänische, auf der Ostsee und bewirkten durch Einschließung der schwedischen Häfen, daß die schwedischen Truppen in Pommern keine Verstärkung erhalten konnten.

Die Schweden, welche sich anjetzt sehr im Gedränge befanden, machten dem Kurfürsten verschiedene Friedensvorschläge, in der Hofnung hierdurch die Alliirten zu entzweien. Allein Friedrich Wilhelm verwarf alle Vorschläge dieser Art, stellte sich an der Spitze der Truppen, drängte den schwedischen General

ral

ral Königsmark zurück und eroberte die Stadt Anklam, bald nachher auch Demmin. Hierauf führte er seine Truppen gegen Stettin, allein, da es schon zu spät im Jahre war, um eine förmliche Belagerung anzufangen, so begnügte er sich mit der Einschließung.

Der gegen die Schweden im J. 1677 unternommene Feldzug hatte einen sehr glücklichen Anfang, denn die dänische Flotte erhielt über die schwedische einen vollkommenen Sieg, wodurch die Schweden verhindert wurden, ihrer in Pommern befindlichen Armee Verstärkung zu schicken.

Unterdessen hatte sich der junge König von Schweden Karl XI, welcher bis jetzt unter der Vormundschaft gestanden hatte, bei der Armee eingefunden. Sein erstes kriegerisches Unternehmen führte er sehr glücklich aus, indem er gegen den dänischen König Christian V. bei Lunden in Schonen eine Schlacht gewann.

Obgleich Schweden hierdurch gegen Dänemark die Oberhand gewann; so war doch dieser Feldzug einer der unglücklichsten, denn der Verlust, welchen sie in Pommern erlitten, war beträchtlich. Der Kurfürst fieng Stettin, welche Stadt er bisher nur eingeschlossen gehabt hatte, förmlich zu belagern an. Erst nach Verlauf von 6 Monathen wurde dieser Ort durch Capitulation dem Kurfürsten übergeben. Die Einwohner mußten versprechen, ihrem neuen Oberherrn dieselbe Treue zu leisten, welche sie bisher gegen den König von Schweden bewiesen hatten. Und der Besatzung wurde bewilliget, daß alle in Schweden und außerhalb Deutschland gebohrenen, desgleichen auch diejenigen Officiere, welche von Jugend auf der Krone Schweden gedienet oder in Schweden ansäßig wären,

ren, einen freien Abzug haben, und sich entweder durch Preußen nach Liefland, oder von Collberg aus nach Schweden begeben sollten.

Durch die Eroberung Stettins wurde der schon überdies große Kriegsruhm des Kurfürsten noch mehr vermehret: denn allenthalben sowohl bei den Freunden als auch bei den Feinden betrachtete man diese Unternehmung als die wichtigste That der Alliirten. Jedoch erregte dieselbe nicht blos Bewunderung, sondern auch Neid, und nicht etwa allein bei den Feinden, sondern sogar bei den Freunden des Kurfürsten. Dies war besonders der Fall an dem kaiserlichen Hofe, dem überhaupt damit nicht gedient war, mächtige Kurfürsten zu haben. Die kaiserlichen Räthe, besonders ein gewisser Hocherus, waren sogar so unverschämt, daß sie sagten: „man sehe es in Wien mit Verdruß, daß an den Ufern der Ostsee ein neuer König der Wenden emporsteige." *)

Die Friedensunterhandlungen zu Nimwegen, welche schon im vorigen Jahre waren eröfnet worden, aber nichts gefruchtet hatten, wurden nach Beendigung dieses Feldzuges mit mehrerem Eifer betrieben. Auch der Kurfürst schickte an diesen Ort Gesandte. Er überzeugte sich aber bald, daß er sich von denselben keine großen Vortheile versprechen konnte. Schweden verlangte die Wiedereinsetzung in den vorigen Stand, und Ersatz wegen des erlittenen Schadens. Die Holländer, deren Handel wegen des Krieges in Verfall gekommen war, wünschten den Frieden und bezeigten sich sehr geneigt, mit Frankreich einen Particulärfrieden zu

*) Friedrichs II. Nachrichten zur brandenburgischen Geschichte. S. 121.

zu schließen, ohne sich um seine Bundesgenossen zu bekümmern. Der Kurfürst gab sich zwar alle mögliche Mühe dieses zu hintertreiben; allein alle Bemühungen halfen nichts, sondern Holland schloß noch in dem Jahre 1678 zu Nimwegen mit Frankreich einen Separatfrieden, in welchem weder des Kurfürsten noch der übrigen Bundesgenossen gedacht wurde. Diesem Beyspiele folgte Spanien bald nach, welches den 17ten September mit Frankreich einen Frieden schloß, in welchem es außer einigen niederländischen Plätzen die ganze Grafschaft Burgund abtrat.

Friedrich Wilhelm gab den Vorstellungen Frankreichs, der Krone Schweden alles was er in diesem Kriege erobert habe, zurück zu geben, und dieselbe für die Kriegskosten zu entschädigen, kein Gehör; sondern in Vereinigung mit Dänemark und dem Herzoge von Zelle Lüneburg beschloß er die Fortsetzung des Kriegs gegen Schweden, ohne sich um Frankreichs Drohung mit 20000 Mann in die westphälischen Staaten einzufallen, zu kümmern.

Der Anfang des Feldzuges im Jahr 1678 war für die Alliirten nicht glücklich. Der schwedische Feldherr **Königsmark** eroberte die von den Dänen in Besitz genommene Insel Rügen, und nahm die daselbst befindlichen dänischen und brandenburgischen Kriegsvölker gefangen. Diese Insel blieb aber nicht lange in den Händen der Schweden! denn schon den 16ten September hatte der Kurfürst die ganze Insel nebst der Fehrschanze wieder erobert, und kurz nachher auch die kleine Insel Dänholm in Besitz genommen.

Der schwedische Feldherr **Königsmark**, nachdem er sich genöthiget gesehen hatte, die Insel Rügen zu verlassen, war mit seinen Truppen nach Stralsund gegangen, wohin der Kurfürst ihm bald nachfolgte, und

und zwar in der Absicht, diese Stadt zu erobern. Er ließ sie zur Uebergabe auffordern. Da man aber aus der Stadt keine Antwort ertheilte, sondern das schwere Geschütz gegen die brandenburgischen Truppen abfeuerte; so beschloß der Kurfürst, der keine Zeit mehr zu verliehren hatte, die Stadt durch Feuer zur Uebergabe zu zwingen. Am 10ten October Abends um 10 Uhr ließ der brandenburgische Artillerie Obrist Ernst Weider aus 80 Stücken schweren Geschützes, 22 Mörsern und 50 Haubitzen ein solches Feuer machen, daß schon bei Anbruche des Tages beinahe die halbe Stadt in Flammen stand. Anfangs wollte man sich in keine Unterhandlungen einlassen, sondern verlangte nur einen Stillestand. Dies wurde aber von brandenburgischer Seite gänzlich abgeschlagen und das Bombardement wieder angefangen. Der schwedische Feldmarschall Königsmark dessen Truppen die Hitze auf dem Walle beschwerlich zu werden anfieng, sahe sich also genöthigt den 12ten October die Unterhandlungen wegen der Uebergabe anzufangen. Den 15ten October wurde die Capitulation geschlossen, in welcher man dem Königsmark bewilligte, mit seinen Truppen und seinem Geschütze frei abzuziehen.

Nunmehr waren die Schweden aus ganz Pommern, die Stadt Greifswalde ausgenommen, vertrieben. Diese Stadt noch in diesem Jahre zu eroberen, war des Kurfürsten fester Vorsatz. Als dieselbe nach geschehener Aufforderung sich nicht ergeben wollte, wurde den 5ten November mit dem Bombardement der Anfang gemacht. Dasselbe war von solcher Wirkung, daß schon den 6ten November die Stadt übergeben wurde, nachdem der Kurfürst der Besatzung einen freien Abzug zugestanden hatte.

Da nun der Feldzug beendiget zu seyn schien; so begab sich der Kurfürst nach Berlin, um daselbst den Winter zuzubringen. Allein die Schweden, welche anjetzt in Pommern alles verlohren hatten, waren darauf bedacht, ihren schon längst entworfenen Plan, den erlittenen Schaden durch einen Einfall in Preußen zu ersetzen, auszuführen. Friedrich Wilhelm war folglich kaum zu Berlin angekommen, als er auch schon die Nachricht bekam, daß der General Horn mit 16000 Schweden in Preußen eingefallen sey.

Er schickte sogleich den General Görzke mit 3000 Mann nach Preußen ab und er selbst folgte mit 9000 Mann nach. Schon im Anfange des Jahres 1679 befand er sich mit seiner Armee zu Marienwerder. Den Generalen Görzke und Treffenfeld wurde der Auftrag ertheilt die Schweden, die frühzeitig Anstalten zum Rückmarsche machten, bei Tilsit aufzuhalten. Er selbst setzte sich mit dem übrigen Theil der Armee auf Schlitten und fuhr über das zugefrorne frische und kurische Haf. Die Schweden warteten die Ankunft desselben nicht ab, sondern nahmen die Flucht, auf welcher sie aber von den brandenburgischen Kriegsvölkern bis 8 Meilen von Riga verfolgt wurden. Der Verlust der Schweden auf diesem Rückzuge war sehr beträchlich: denn die Armee, mit welcher Horn nach Riga kam, bestand nur noch aus 2500 Mann.

Dieser Feldzug in Preussen vermehrte zwar wieder den Kriegsruhm des Kurfürsten, zog ihm aber auch sehr vielen Neid zu. Eine Folge davon war, daß der Kaiser und die sämmtlichen Reichsfürsten noch in demselben Jahre gleichfalls zu Nimwegen mit Frankreich einen Frieden schlossen, ohne auf Dänemark und Brandenburg Rücksicht zu nehmen. Endlich waren diese beiden Mächte ganz allein auf dem Kampfplatze,

denn

denn sie wurden selbst von den lüneburgischen Herzogen verlassen, welche gleichfalls in diesem Jahre die Waffen niederlegten und den Schweden Bremen und Verden wieder einräumten.

Nunmehr drohte Frankreich in die westphälischen Staaten des Kurfürstens einzudringen, wenn der Kurfürst der Krone Schweden die gemachten Eroberungen nicht zurückgeben und außerdem noch wegen der Kriegskosten entschädigen würde. Um aber diesen Drohungen den gehörigen Nachdruck zu geben, drangen französische Truppen in das Kleviſche ein. Das Erste was der Kurfürst unter solchen Umständen that, war die Abschließung eines Waffenstillestandes auf 14 Tage. Der Waffenstillestand war beendiget, ohne daß man in dem Friedensgeschäfte Fortschritte gemacht hatte. Die französischen Truppen drangen so gleich weiter vor und zwar bis Minden, wo sie ein brandenburgisches Dragonerregiment gefangen nahmen.

Friedrich Wilhelm sehr gut überzeugt, daß er in Vereinigung mit Dänemark gegen Schweden und Frankreich nichts ausrichten werde, mußte also anjetzt unter nachtheiligen Bedingungen einen Frieden schließen, besonders da die Holländer ihm nicht einmal Vertröstungen vielweniger wirkliche Hülfe ertheilten. Er schickte folglich den von Meinders als Bevollmächtigten nach Paris, welcher mit dem französischen Minister Pompone zu St. Germain so fleißig an dem Friedensgeschäfte arbeitete, daß der Friede schon den 29ten Junius des Jahres 1679 unter folgenden Bedingungen geschlossen wurde: 1. Brandenburg macht sich anheischig alle in diesem Kriege gemachten Eroberungen zu räumen, und behält nur dasjenige, was diesseits der Oder liegt, Damm und Gollnow ausgenommen, welchen letzten Ort es aber so

lange besitzen kann, bis es von Schweden 50000 Rthr. bekommen hat. 2. Schweden behält keinen Antheil an den Zöllen in Hinterpommern. 3. Frankreich räumt die westphälischen Länder des Kurfürsten, sobald desselben Truppen das schwedische Pommern verlassen haben. 4. Frankreich macht sich verbindlich binnen 3 Monaten bei den Schweden die Unterzeichnung des Friedens zu bewirken und dem Kurfürsten zur Entschädigung der Kriegskosten 200,000 Kronen zu bezahlen.

Eine Folge dieses Friedens war auch der Friedensschluß zu Fontainebleau zwischen Schweden und Dänemark, in welchem die letztere Macht gleichfalls alle während des Krieges gemachten Eroberungen wieder abtreten mußte.

Beschluß der Regierungsgeschichte Friedrich Wilhelms.

Die Vortheile, welche Friedrich Wilhelm in dem Frieden zu St. Germain erhielt, entsprachen freilich nicht seinen siegreichen Feldzügen; jedoch gewann er durch diese Unterhandlungen Zeit für das Wohl seiner Länder eifrige Sorgfalt zu tragen. So beförderte er z. B. Handlung und Manufacturen und begünstigte Künste und Wissenschaften.

Ohnerachtet dieser Sorgfalt, welche er seinen Staaten widmete, bekümmerte er sich auch um die auswärtigen Angelegenheiten und nahm eifrigen Antheil an denselben. Dies war der Fall bei den Streitigkeiten, welche zwischen Dänemark und Hamburg ausbrachen. Der König von Dänemark wollte nämlich durch die Besitznehmung dieser Stadt, auf welche er Ansprü-

sprüche machte, die sich auf die ältesten Zeiten gründeten, seinen durch den Frieden zu Fontenaiblau erlittenen Schaden ersetzen. Friedrich Wilhelm, obgleich diese Stadt gegen ihn niemals freundschaftliche Gesinnungen gehegt hatte, verwendete sich doch für dieselbe, denn ihm konnt's nicht gleichgültig seyn, ob sie in ihrer alten Verfassung bleibe oder ob sie zugleich mit ihrem ansehnlichen Handel unter Dänische Oberherrschaft komme. Und selbst der Wunsch, den Frieden dem nördlichen Deutschland zu erhalten, welcher sehr leicht auf diese Art hätte können unterbrochen werden, da besonders schon mit kaiserlicher Bewilligung lüneburgische Truppen die Besatzung der Stadt verstärkt hatten, verdoppelte seinen Eifer, diese Streitigkeit gütlich beizulegen. Seine Bemühungen, denen er durch seine Truppen, welche ins Mecklenburgische einrückten, den gehörigen Nachdruck zu geben wußte, waren nicht fruchtlos. Unter seiner Vermittlung geschahe es also, daß Dänemark seinen alten Ansprüchen auf Hamburg entsagte, nachdem die Einwohner dieser Stadt zur Zahlung einer Summe Geldes sich verbindlich gemacht hatten. Auch dem Hause Lüneburg wurde für die geschickten Hülfstruppen eine Summe Geldes bewilliget. Und Kurbrandenburg erhielt für alte Anforderungen 125000 Rthlr.

Der große Kriegsruhm, welchen sich der Kurfürst in den bisherigen Feldzügen erworben hatte, war auch Ursach, daß in dem Jahre 1679 zu Berlin eine tatarische Gesandschaft erschien. Nicht wegen wichtiger Folgen, sondern weil es das erstemal war, daß eine solche Gesandschaft sich an dem brandenburgischen Hofe einfand, verdient die Begebenheit eine kurze Erwähnung. Der große Thatenruf des Kurfürsten hatte den neuen Tatarchan Murad Kierai bewogen

einen Gesandten Assem Aga nach Berlin zu schicken, durch welchen er dem Kurfürsten seinen Regierungsantritt bekannt machen, seine Freundschaft anbieten und zu den großen Kriegsthaten Glück wünschen ließ. Dieser tatarischen Gesandschaft fehlte gänzlich der äußere Glanz. Der Dollmetscher hatte keine Ohren, und der Abgang der Nase war ihm durch eine hölzerne ersetzt. Auch das Betragen des Gesandschaftsgefolges war nicht Deutschlands Sitten angemessen; denn bei ihrem Durchzuge durch die Neumark hatten sie sich solcher Gewaltthätigkeiten erlaubt, daß sie sämmtlich von den durch die Sturmglocke versammelten karziger Bauren mußten entwafnet werden. Anfangs bewie der Gesandte seinen Unwillen und verlangte Genugthuung, bald nachher wurde er zum Mitleiden gestimmt, so daß er selbst bat, man möchte den Karzigern Bauern das Leben schenken, ehe man noch daran gedacht hatte, dieselben zu bestrafen. Auch das für den Kurfürsten nach morgenländischer Sitte, mitgebrachte Geschenk war sehr dürftig: denn es bestand nur in einem mageren Pferde. Hingegen die Gegengeschenke des Kurfürsten, welche aus Silbergeschirr und kostbaren Kleidern bestanden, waren desto ansehnlicher.

Diese tatarische Gesandschaft beweist aber doch auch, daß das Ansehen des Kurfürsten von Brandenburg sehr zugenommen hatte, weil der Ruf von seinen Thaten sich sogar in entfernten Gegenden verbreitete. Man bewarb sich daher auch von mehreren Orten um seine Freundschaft. Der König von Frankreich schien nicht abgeneigt zu seyn, sich mit ihm in genauere Verbindungen einzulassen: allein Friedrich Wilhelm lehnte alle Anträge, die dahin abzielten, von sich ab, so wie er auch der Aufforderung des Kaisers,

eine

eine Verbindung zur Sicherheit des Deutschen Reichs einzugehen, kein Gehör gab, sondern er drang vielmehr auf Schadloshaltung, welche ihm vom Deutschen Reiche war versprochen worden. Und zu dem Ende verlangte er die Anwartschaft auf Ostfriesland und den Besitz der Reichsstädte Mühlhausen, Nordhausen und Dortmund. Allein auf seine Forderungen wurde nicht geachtet, und er hat auch in der Folge, ob er gleich diese Ansprüche sehr oft erneuerte, nichts erhalten.

Eben so wäre es dem Kurfürsten beinahe auch wegen der Forderung an Spanien gegangen, welche in rückständigen Subsidiengeldern bestand. Nachdem er schon oft die Bezahlung dieser Summe, welche sich auf 1,800000 Rthl. belief, gedrungen hatte; so ließ er dem spanischen Hofe erklären, er werde sich selbst Recht verschaffen. Diese Worte waren nicht etwa leere Drohungen, sondern er rüstete einige Fregatten aus, welche er auf spanische Schiffe Jagd machen ließ. England und Frankreich legten ihm bei diesem Unternehmen keine Hindernisse in den Weg. Und Dänemark verstattete den brandenburgischen Schiffen eine freie Durchfarth durch den Sund, nachdem es zuvor den schwedischen Hof, welcher hierüber Bedenklichkeiten äußerte, beruhiget hatte. In der Gegend von Ostende bemächtigten sich die brandenburgischen Fahrzeuge eines spanischen Schiffes, dessen Ladung für 100000 Rthl. verkauft wurde. Unterdessen waren 5 andere brandenburgische Fregatten ausgelaufen und kreuzten auf den mexicanischen Gewässern, wo sie 2 spanische Fahrzeuge erbeuteten, und auf ihrer Rückkehr sich mit 12 spanischen Schiffen herumschlugen. Die brandenburgischen Fahrzeuge mußten zwar der Uebermacht weichen, jedoch erreichten sie

ohne großen Verlust den portugiesischen Hafen Lagas, und schifften erst gegen Ende des Jahres 1681 nach Pillau zurück. Nunmehr war die ganze Seeunternehmung auf immer beendiget. Friedrich Wilhelm überzeugt, daß er gegen die spanische Seemacht nichts ausrichten könne, begnügte sich keinen Schaden gehabt zu haben: denn der Gewinn, welchen er von dieser Unternehmung hatte, war gerade ein Ersatz für die zur Ausrüstung angewendete Summe, welche 135000 Rthl. betragen haben soll.

Während daß der Kurfürst sich durch gewaltsame Mittel die rückständigen spanischen Subsidiengelder verschaffen wollte, wurden die Einkünfte des brandenburgischen Staats durch die Besitznehmung des Erzstifts Magdeburg vermehrt, welches Land, wie schon ist angeführet worden, in dem westphälischen Frieden dem Kurfürsten war zugesprochen, hingegen die wirkliche Besitznehmung erst nach dem Tode des bisherigen Administrators des sächsischen Prinzen August verstattet worden. Noch bei Lebzeiten dieses Prinzen den 4ten April 1650 hatten die magdeburgischen Stände dem Kurfürsten schon vorläufig den Eid der Treue geleistet. Den 4ten Junius desselben Jahres starb zu Halle der Administrator August. Brandenburgische Truppen besetzten sogleich dieses Land. Den 17ten September bestätigte der Kurfürst den Landständen ihre sämmtlichen geistliche und weltliche Rechte und Freiheiten und setzte die Huldigung auf den 15ten Oktober fest. Allein eine im Magdeburgischen ausbrechende Pest war Ursach, daß die Feierlichkeit bis in das folgende Jahr aufgeschoben wurde.

Durch diese Besitznehmung hatten die kurfürstlichen Einkünfte beträchtlich zugenommen, welche außerdem durch die Accise, wovon in den allgemeinen Bemer-

merkungen ein Mehreres wird angeführet werden, sehr vermehret wurden. Friedrich Wilhelm wünschte daher nichts sehnlicher als die Erhaltung des Friedens, weil er nur vermittelst desselben wirkliche Früchte von den vermehrten Einkünften erhalten konnte. Zuvor ich aber die politischen Grundsätze anführe, durch deren Befolgung der Kurfürst seine Absicht zu erreichen suchte, muß ich einige Familienangelegenheiten erzählen, welche auf den brandenburgischen Staat Einfluß hatten.

Durch den Frieden zu S. Germain hatte Friedrich Wilhelm zwar seinen Ländern die Ruhe verschafft, aber nicht seiner eigenen Familie, in welcher Uneinigkeiten herrschten und zwar zwischen dem Kurprinzen und der Kurfürstinn. Diese war die zweyte Gemahlin des Kurfürsten und folglich die Stiefmutter des Kurprinzen. Es schmerzte ihr, daß ihre vier Söhne, Philipp Wilhelm, Albert Friedrich, Karl Wilhelm und Christian Ludwig keine Aussichten, regierende Herrn zu werden, hatten. Um aber den Wunsch ihres Herzens zu befriedigen, bot sie alle ihre Ueberredungskünste auf, um ihren Gemahl zu überreden, daß er die im westphälischen Frieden erlangten Länder unter ihre Söhne vertheilen möchte. Dieser Vorfall verursachte zwischen der Kurfürstinn und ihrem Stiefsohn sehr heftige Zwistigkeiten, so daß Erstere versicherte, es solle ihm dereinst gereuen, die Ehrfurcht gegen sie aus den Augen gesetzt zu haben. Der Kurprinz, welcher sich von seiner Stiefmutter nicht viel Gutes versprach, reiste heimlich in der Begleitung seines Geheimen-Secretärs von Dankelmann und seines ersten Kammerdieners Kornmeßer von Berlin ab, und begab sich nach Kassel zu seiner Tante, der verwittweten Landgräfinn

von

von Hessen Hedwig Sophie, einer Tochter des Kurfürsten George Wilhelms. Zwar entschuldigte sich der Kurprinz, sobald er zu Kassel angekommen war, in einem Schreiben bei seinem Vater und bat zu gleicher Zeit um die Erlaubniß noch länger von Berlin entfernt zu bleiben. Der Kurfürst war aber so aufgebracht, daß er nicht einmal eine Antwort ertheilte, sondern unter sicherer Bedeckung die Auslieferung seines Sohnes verlangte. Als aber von hessischer Seite eine abschlägige Antwort ertheilt wurde; so vermehrte sich sein Unwillen dergestalt, daß er beschloß seinen Sohn zu enterben. Von diesem Vorsatze wurde er nur durch seine Minister abgebracht, welche vorstellten, daß eine solche Enterbung mit der Verfassung des deutschen Reichs nicht übereinstimme. Demohngeachtet hatte dieser Vorfall die Folge, daß der Kurfürst ein Testament machte, in welchem er seine Länder unter seine Söhne vertheilte, und seinem ältesten Sohne nur dasjenige ließ, was ihm nach den Reichsgesetzen nicht konnte entrissen werden. Der Prinz Ludwig, ein leiblicher Bruder des Kurprinzen protestirte gegen diese Theilung, indem er erklärte, er zöge lieber die Größe seines Hauses seinem eigenen Vortheil vor, und begnüge sich der erste Unterthan seines Bruders zu seyn, und werde noch dereinst nach dem Tode seines Vaters die Rechte seines Bruders gegen jedermann zu vertheidigen suchen.

Vater und Sohn wurden jedoch bald wieder ausgesöhnt, und zwar durch die Vermittlung des Kurfürsten von Sachsen, des Herzogs von Braunschweig und des Fürsten von Anhalt Dessau. Es wurde ein förmlicher Aussöhnungsvergleich geschlossen, in welchem der Kurprinz gestand, er habe die seinem Vater schuldige Ehrfurcht verletzt, und für die Zukunft

kunft versprach, sich niemals ohne Erlaubniß aus dem Kurlande zu entfernen, sich nicht in Regierungsangelegenheiten zu mischen und mit seiner Stiefmutter in gutem Vernehmen zu leben. Hingegen der Kurfürst machte sich anheischig, das Vergangene zu vergessen, seinem Sohne seine Liebe wieder zu schenken und denselben mit der hessischen Prinzessinn Elisabeth Henriette, einer Tochter des Landgrafen von Hessen Wilhelm IV. zu vermählen, ihm standesmäßige jährliche Einkünfte auszusetzen, und es ihm auch frei zu stellen, ob er künftig in Berlin oder zu Köpenik sich aufhalten wolle.

Die Vermählung des Kurprinzen mit der sächsischen Prinzessinn wurde nun wirklich vollzogen und zwar zum größten Leidwesen der Kurfürstinn, welches im Jahr 1680 sehr vermehrt wurde, als ihre Schwiegertochter eine Prinzessinn gebahr, und der zweite Prinz Ludwig mit der Erbinn des Hauses Radzivil aus der Linie Birsen sich vermählte, denn anjetzt konnte sie nicht mehr hoffen, daß ihr ältester Sohn Philipp dereinst die kurfürstliche Regierung erhalten werde, zu welcher Hoffnung sie sich vormals durch die Schwächlichkeit des Kurprinzen und durch die scheinbare Abneigung des Prinzen Ludwigs gegen das zweite Geschlecht berechtiget geglaubt hatte.

Plötzlich wurde das scheinbare gute Vernehmen, welches bisher zwischen der Kurfürstinn und dem Kurprinzen statt zu finden schien, unterbrochen. Die Veranlassung hierzu war folgende: Der Kurprinz speiste einstmals bei seiner Stiefmutter zu Mittage. Nach der Mahlzeit trank er eine Tasse Coffee und bekam kurz nachher eine so heftige Kolik, daß man ihn für todt in sein Zimmer trug. Der Secretär von Dankelmann gab dem Kurprinzen sogleich ein Pul-

ver

ver ein, welches letztere er bei seiner Abreise aus Hessen von der Landgräfinn geschenkt bekommen hatte, um im dringenden Nothfalle davon Gebrauch zu machen. Dasselbe that auch seine Wirkung: denn es erfolgte ein heftiges Erbrechen und der Kurprinz wurde wieder hergestellt. Diesen Zufall betrachtete er als die Folge eines auf Veranstaltung seiner Stiefmutter ihm beygebrachten Giftes. Er reiste sogleich am folgenden Morgen nach Köpenik und von da bat er seinen Vater schriftlich, auf einige Zeit vom Hofe, wo er nicht mehr sicher sey, entfernt bleiben zu können.

Dieser Verdacht wurde noch vermehrt, als kurz nachher die Gemahlinn des Kurprinzen im 5ten Monat einer zweiten Schwangerschaft nach einer dreitägigen Krankheit ihr Leben endigte. Hr. von Pöllnitz *) behauptet aber mit Recht, daß es diesen Beschuldigungen an gehörigen Beweisen fehle, und führt an, daß mehrere damals lebende Personen ihn versichert hätten, das ganze Gerücht sey falsch. Und besonders wichtig ist der Umstand, daß Krug von Nidda, erster Leibarzt Königs Friedrichs I. welcher schon damals der Arzt sowohl des Kurprinzen als auch der Kurprinzessin gewesen war, dem von Pöllnitz versichert hat, daß die damalige Krankheit des Kurprinzen eine Folge der Unverdaulichkeit gewesen und daß die Kurprinzessinn an einem Fleckfieber gestorben sey. Diese Aussage des Arztes, und zwar zwanzig Jahre nach dem Tode des Kurfürsten verdient allerdings einen hohen Grad der Glaubwürdigkeit.

Noch im Jahr 1681 vermählte sich der Kurprinz zum zweitenmale mit der Prinzessinn Sophie Charlotte

*) Memoiren zur Lebens- und Regierungsgeschichte der vier letzten pr. Regenten. 1 B. S. 158.

lotte von Braunschweig Lüneburg, welche nach der Vermählung sich für die reformirte Lehre erklärte, denn bisher war sie noch keiner Kirche beigetreten, hatte aber in allen dreien herrschenden Religionen Unterricht bekommen, denn nach ihres Vaters Plan sollte sie derjenigen Kirche beitreten, welcher ihr künftiger Gemahl zugethan seyn würde. Zu Berlin wurden bei der Ankunft dieses neuen Ehepaars sehr viele prachtvolle Lustbarkeiten angestellt. Und die Kurprinzessinn Charlotte wußte sich so zu betragen, daß sie mit ihrer Stiefschwiegermutter in sehr gutem Vernehmen lebte und daß die Mißhelligkeiten, welche bisher in dieser kurfürstlichen Familie obgewaltet hatten, aufhörten.

Obgleich **Friedrich Wilhelm** durch den Nimweger Frieden die traurige Erfahrung gemacht hatte, daß seine vielen geschlossenen Bündnisse für ihn nicht nüzlich gewesen waren; so hatte er doch seine Neigung Bündnisse zu schließen, noch nicht verlohren. So errichtete er, z. B. mit Sachsen, Lüneburg, Dänemark Köln, Münster verschiedene Verträge. Allein alle diese hatten keine Folgen. Jedoch bezeigte er nicht die geringste Lust, an einer Verbindung mit dem Kaiser und dem ganzen Deutschen Reich gegen Frankreich Theil zu nehmen: denn er hatte bisher hinlänglich Gelegenheit gehabt, die Gebrechen des Deutschen Reichs kennen zu lernen, welche einem glücklichen Ausgange einer kriegerischen Unternehmung gegen Frankreich im Wege standen.

Unter solchen Umständen schien ihm die Freundschaft Frankreichs vortheilhafter zu seyn. Er suchte dieselbe und erhielt sie auch, ja er wurde sogar ein Bundesgenosse Ludwigs XIV. Diese Freundschaft benutzte er aber nicht zum Nachtheil, sondern zum Vor-

Vortheil seines deutschen Vaterlandes. Dies geschahe unter andern auch bei folgender Gelegenheit.

Ludwig XIV. unter dessen vielen Fehlern die Herrsucht keiner der unbedeutendsten war, errichtete im Jahr 1680 an vier besonderen Orten Gerichts-Höfe, welche Reunions- oder Wiedervereinigungskammern genannt wurden. Die Beisitzer dieser Gerichte erhielten den Auftrag zu untersuchen, welche Oerter und Länder in den ältesten Zeiten zu dem Elsaß, zu den drei lothringischen Bisthümern und zu Burgund gehört hätten. Der Ausspruch dieser Reunionskammern fiel sehr zu Gunsten des französischen Hofes aus. Sie sprachen nämlich dem Könige von Frankreich zu ganz Zweibrücken, den größten Theil von Luxemburg, die Grafschaften Veldenz, Homburg, Bitsch, Mümpelgard und die Städte Strasburg, Saarbrück und Germersheim. Dies alles geschahe nur um einer ungerechten Sache den Anschein des Rechts zu geben. Ludwig XIV. ließ durch seine Truppen die Aussprüche der Rechtsgelehrten vollziehen, ohne auf die Einwendungen der deutschen Fürsten zu achten.

Auf dem Reichstage zu Regensburg wurde zwar mit großer Heftigkeit von einem Kriege gegen Frankreich gesprochen. Wahrscheinlich würde es auch hierzu gekommen seyn, wenn nicht Friedrich Wilhelm aus allen Kräften entgegen gearbeitet hätte. Nur durch die nachdrücklichsten Vorstellungen, welche der Kurfürst über die ohnmächtige Verfassung des deutschen Reichs machte, wurden die deutschen Stände bewogen, ihre kriegerischen Gesinnungen zu unterdrücken, und unter brandenburgischer Vermittlung mit Frankreich im Jahr 1684 auf 20 Jahre einen Waffenstillstand zu schließen. In demselben wurde festgesetzt, daß Ludwig XIV. von jetzt an aufhören sollte, deutsche

sche Länder einzuziehen, aber während der Zeit des Waffenstillestandes in dem ruhigen Besitz dessen bleiben, was er bis zum 1sten August 1681 sich zugeeignet hatte.

Während daß die Unterhandlungen wegen dieses Waffenstillestandes auf dem Reichstage zu Regensburg mit großem Eifer waren betrieben worden, war der Kaiser mit den Türken in einem Kriege verwickelt, welcher eben nicht mit Glücke geführt wurde, denn der Feind kam bis nach Wien und belagerte diese Stadt, welche aber durch den Johann Sobiesky entsetzt wurde. In diesem Feldzuge befanden sich 1200 Brandenburger bei der polnischen Armee. Und außerdem bot der Kurfürst dem Kaiser mehrere Truppen an. Allein Frankreich suchte dieß zu verhindern und verbreitete das Gerücht, Brandenburg habe die Absicht mit diesen Truppen die schlesischen Fürstenthümer, auf welche es schon öfters Ansprüche gemacht habe, in Besitz zu nehmen. Dies Gerücht fand am kaiserlichen Hofe einen so großen Glauben, daß man die brandenburgischen Hülfstruppen nur unter solchen Bedingungen annehmen wollte, welche, wie man voraussehen konnte, der Kurfürst sich nicht konnte gefallen lassen.

Man sieht zwar hieraus, daß die Krone Frankreich sich alle Mühe gab, die Unternehmungen des Kurfürsten von Brandenburg ganz von ihrer Willkühr abhängend zu machen; allein sie konnte ihre Absicht niemals gänzlich erreichen, denn Friedrich Wilhelm war nicht ein Fürst, welcher sich sklavisch der Willkühr eines Mächtigen hätte unterwerfen können. Nur Klugheit war bisweilen Ursach, daß er große Nachgiebigkeit gegen Ludwig XIV. bezeigte. Glaubte er aber, daß seine Ehre gekränkt und sein Vortheil gänzlich hinten angesetzt worden sey; so wußte er auch mit Nachdruck

seine Würde zu behaupten. Dies bewies er hinlänglich bei folgenden zwei Begebenheiten.

Der Herzog von Feuillade hatte zu Ehren des Königs Ludwigs XIV. eine Bildsäule errichten lassen, die für viele Nationen und auch besonders für den Kurfürsten von Brandenburg entehrend war. Diese Statue war nämlich mit vier Sclaven umgeben, durch welche vier überwundene Völker vorgestellt wurden. Und die am Basrelief in demüthiger Stellung befindlichen zwei Männer, welche dem französischen Könige eine Rolle Papier überreichten, sollten den König von Dänemark und den Kurfürsten von Brandenburg vorstellen, wie sie durch Verzichtleistung auf die eroberten Länder den Frieden zu S. Germain erbettelten. Friedrich Wilhelm beschwerte sich deshalb bei dem französischen Hofe und verlangte die Hinwegnahme des Basreliefs, und drohete, im Falle daß es nicht geschehen würde, das Wiedervergeltungsrecht auszuüben. Der französische Hof suchte sich zu entschuldigen, indem er der ganzen Sache eine andere Auslegung zu geben suchte, nahm aber doch, um den Kurfürsten gänzlich zu beruhigen, das Basrelief weg.

Der zweite Vorfall dieser Art geschahe im Jahre 1685, in welchem er mit Holland ein neues Bündniß schloß, in der Hofnung wegen seinen Forderungen befriediget zu werden; diese letztere Absicht wurde auch zum Theil erreicht: denn die Holländer zahlten ihm 440000 Rthl. aus. Der König von Frankreich war mit diesem geschlossenen Bündnisse äußerst unzufrieden und foderte für die Zukuuft, daß der Kurfürst sich niemals wieder ohne sein Wissen und Willen in ein Bündniß einlassen solle. Friedrich Wilhelm erklärte aber, daß er Nichts thun werde, was dem mit Frankr.ich geschlos-

schlossenen Bündnisse widerspräche, aber sich auch niemals von anderen Höfen Befehle vorschreiben lassen könne.

Dies sind aber nicht die einzigen Begebenheiten, für welche der Kurfürst seine Unabhängigkeit von Frankreich zeigte, sondern sie sind vielmehr nur als ein schwacher Anfang zu betrachten, von allen demjenigen, was er in der Folge that, um zu zeigen, daß Ludwigs Macht auf seine Handlungen keinen Einfluß habe.

Frankreich gab allerdings hierzu die Veranlassung, indem es den 20jährigen Waffenstillestand auf so manche Art durchlöcherte. Dies geschahe zum Beispiel im Jahr 1685, als nämlich der König von Frankreich nicht nur die im Elsaß gelegenen Güter des deutschen Ordens zum Besten des Lazarusordens einziehen ließ, und als Herzog von Luxemburg von Trier ein jährliches Schutzgeld foderte. Der Kurfürst ließ sogleich erklären, daß er der Erste seyn würde, welcher sich einer solchen Verletzung des zwanzigjährigen Waffenstillestandes widersetzen werde. Frankreich suchte sich deshalb zu entschuldigen, indem es vorgab, der Befehlshaber in Luxemburg habe dieses aus Irrthum gethan.

Zu größeren Streitigkeiten gab der Todesfall des letzten Kurfursten Karls von der Pfalz aus der simmerschen Linie, die Veranlassung. Kurz vor seinem Tode hatte dieser Fürst mit seinem Nachfolger dem Herzoge Philipp Wilhelm von Pfalzneuburg zu Halle in Schwaben einen Vergleich geschlossen. Sobald der Tod des Kurfürsten erfolgt war, übernahm der Erbe die Regierung der Länder. Allein es erfolgten von mehreren Orten her Widersprüche. Die wichtigsten waren diejenigen, welche die einzige Schwester des verstorbenen Kurfürsten, nämlich die Herzogin von Orleans,

Elisabeth Charlotte machte. Ihre Ansprüche waren besonders wichtig, weil sie von ihrem Gemahl und dem Bruder desselben, dem Könige von Frankreich, unterstützt wurden. Die Herzogin machte nämlich Ansprüche auf alle Allodialgüter, und rechnete zu denselben Geschmeide, Baarschaft, Wein, Früchte, Pferde und anderes Vieh, welches auf den kurpfälzischen Gütern befindlich sey, desgleichen noch alle Städte, Aemter und Herrschaften, welche keine rechte Lehen wären. Und zu den letzteren wurden vorzüglich gerechnet Simmern, Sponheim und Lautern. Der König von Frankreich behauptete so gar, daß er im Namen der Herzogin das ganze Kurfürstenthum Pfalz so lange in Besitz nehmen könne, bis der neue Kurfürst mit Urkunden bewiesen habe, was von der Erbschaft ein wahres Lehn sey und ihm folglich zugehöre. Nicht nur Pfalzneuburg sondern auch Kurbrandenburg widersprachen diesen eigenmächtigen Anmaßungen, und besonders weigerte man sich von Seiten des letzten Hofes der Entscheidung dieser Sache den Papst zum Schiedsrichter zu ernennen. Ludwig XIV. war deshalb auf Friedrich Wilhelm nicht gut zu sprechen und behauptete, er habe dem Bündnisse entgegen gehandelt. Jener zeigte dagegen, was er gethan habe, forderte die ihm als Kurfürsten und deutschem Reichsstande obliegenden Pflichten, deren Ausübung er sich in dem mit Frankreich geschlossenen Vertrage ausdrücklich vorbehalten habe.

Noch größerer wurde Ludwigs XIV. Unzufriedenheit gegen den Kurfürsten, als Letzterer den aus Frankreich vertriebenen Reformirten in seinen Staaten Wohnsitze anwies.

Schon sehr frühzeitig hatten sich die reformirten Lehrsätze in Frankreich ausgebreitet, und zu Ludwigs XIV.

XIV. Zeiten rechnete man 4,000000 Franzosen, größtentheils geschickte, gelehrte und arbeitsame Menschen, welche dieser Religion zugethan waren. Sie lebten Anfangs unter sehr großem Drucke, bis Heinrich IV. durch das berühmte Edikt zu Nantes den 13ten April 1598 ihnen sowohl die bürgerliche als auch die religiöse Freiheit ertheilte. Sie lebten beinahe ein ganzes Jahrhundert glücklich, einige kleine Bedrückungen abgerechnet. Dies Glück war aber nicht von Dauer, sondern die katholischen Geistlichen, von Dummheit und Eigennutz geleitet, untergruben dasselbe. Schon längst war ihnen die gegen die Reformirten bewiesene Duldung ein Stein des Anstoßes gewesen und schon längst hatten sie sich bemüht, denselben aus dem Wege zu räumen. Endlich erreichten sie ihre Absicht bei dem wollüstigen Ludwig XIV. welcher den 18ten October 1685 das Edikt von Nantes aufhob, und zugleich die grausamsten Verfolgungen verstattete, weil man geglaubt hatte, daß dies das sicherste Mittel sey, um sie zur Annahme der katholischen Lehre zu bewegen. Um aber ihre Entweichung zu verhüten, wurden an den Grenzen Schildwachten gestellt. Diese Gegenanstalten fruchteten sehr wenig, denn viele tausende kamen glücklich über die Grenzen, und fanden in England, Holland und Deutschland, wo sie Refugies genannt wurden, sichere Schutzörter.

Friedrich Wilhelm war einer der ersten Fürsten, der ihnen in seinen Staaten Wohnsitze anbieten ließ. Dieß geschahe schon den 29ten October 11 Tage nach der Aufhebung des Edictes von Nantes in einem öffentlich bekannt gemachten Schreiben. Die Anzahl derselben, welche sich in den brandenburgischen Ländern niederließen, belief sich auf 20000. Der

Kurfürst begünstigte dieselben außerordentlich, überhäufte sie mit Wohlthaten, setzte eine besondere Regierung nieder, welch für die neuen Einwohner alles so einrichten mußte wie sie es in ihrem Vaterland bisher gehabt hatten, räumte ihnen an mehreren Orten Kirchen ein, an welchen die aus Frankreich geflüchteten Priester angestellt wurden. Sowohl von den Vortheilen als auch von den Nachtheilen, welche diese neuen Ankömmlinge den brandenburgischen Ländern gewährten, wird in der Folge umständlicher gehandelt werden.

Die Aufnahme der Refugies gab zu Mishelligkeiten zwischen Brandenburg und Frankreich Anl. Ludwig XIV. machte Friedrich Wilhelmen Vorwürfe, daß er sich unterstanden habe, ihm Verfolgungen Schuld zu geben, und drohete schwere Rache zu nehmen, weil er durch die günstige Aufnahme, welche die französischen Flüchtlinge in seinen Staaten fänden, den Empörungsgeist in Frankreich zu befördern suche. Allein der Kurfürst achtete weder diese ungerechten Vorstellungen, noch viel weniger die damit verbundenen Drohungen, sondern beschloß die wegen der Religionsbedrückungen geflüchteten Franzosen ferner zu schützen

Außerdem entstanden zwischen beiden Mächten verschiedene andere kleine Streitigkeiten, welche zwar bei Lebzeiten des Kurfürsten keinen förmlichen Bruch bewirkten, aber doch Ursach waren, daß das ehemalige gute Vernehmen nicht wieder hergestellt wurde.

So gab z. B. der reformirte Gottesdienst, welchen der brandenburgische Gesandte zu Paris in seiner Wohnung halten ließ, zu neuen Mishelligkeiten Anlaß. Ludwig XIV. verlangte nämlich, daß derselbe nicht in französischer sondern in deutscher Sprache gehalten wer-

werden sollte, damit kein Franzose zuhören könne. Der Kurfürst übte sogleich das Widervergeltungsrecht aus, indem er den französischen Gesandten zu Berlin in Betreff des katholischen Gottesdienstes auf die nämliche Art behandelte.

Diese zwischen Frankreich und Brandenburg entstandenen Mishelligkeiten konnten dem Wiener Hofe nicht verborgen bleiben. Der Kaiser suchte auch sogleich dieselbe zu seinem Vortheil zu benutzen, und mit Kurbrandenburg engere Verbindungen einzugehen. **Friedrich Wilhelm** bezeigte sich gleichfalls nicht abgeneigt, schloß im Jahre 1685 ein allgemeines und im J. 1686 ein besonderes Schutzbündniß mit Oesterreich. In diesem Bündnisse verbanden sich der Kaiser und der Kurfürst auf 20 Jahr, und hatten hierbei die Absicht für die Aufrechthaltung des westphälischen Friedens und des Regensburger Waffenstillestandes zu sorgen, das deutsche Reich gegen fremde Gewaltthätigkeiten, und besonders den Kurfürsten von der Pfalz gegen Frankreich zu schützen. **Friedrich Wilhelm** entsagte zugleich allen Ansprüchen auf die schlesischen Fürstenthümer, Liegnitz, Brieg, Wolau und Jägerndorf, und erhielt zur Entschädigung den Schwiebusser Kreis, einen kleinen in der Mark Brandenburg grenzenden Strich Landes, und die Lichtensteinische Geldforderung auf Ostfriesland.

Die brandenburgischen Ansprüche auf die drei ersten Fürstenthümer gründeten sich auf die Erbverbrüderung, welche im J. 1537 der Besitzer derselben, der Herzog **Friedrich** II. mit dem damaligen Kurfürsten **Joachim** II. errichtet gehabt hatte. Als im Jahr 1675 der Herzog **Georg Wilhelm**, ohne Kinder zu hinterlassen, starb; so hätte **Friedrich Wilhelm**

diese Länder bekommen sollen, allein der Kaiser Leopold I. hatte auf die deshalb gemachten Ansprüche nicht geachtet, sondern als Oberlehnsherr dieselben in Besitz genommen und sie für östreichische Erbfürstenthümer erklärt. Das Fürstenthum Jägerndorf hatte schon, wie in der Regierungsgeschichte Georg Wilhelms ist erzählet worden, ein brandenburgischer Prinz besessen: allein wegen seiner Theilnahme am dreyßigjährigen Kriege war er in die Reichsacht erkläret und das Fürstenthum des Widerspruchs des Hauses Brandenburg ungeachtet, dem Fürsten von Lichtenstein als ein Lehn übergeben worden.

Das östreichische Haus erhielt also durch diesen Vertrag die größten Vortheile: denn die Entschädigung, welche der Kurfürst für die Entsagung seiner Ansprüche erhielt, waren äußerst unbedeutend, besonders da sie zu gleicher Zeit als eine Belohnung für die zugeschickten 3000 Mann Hülfstruppen, die dem Kaiser im Türkenkriege sehr gute Dienste geleistet hatten, seyn sollten.

Der Wiener Hof war aber mit dieser Aufopferung des brandenburgischen Hauses nicht zufrieden, sondern sann sogar auf Mittel, wie er selbst den Schwiebusser Kreis wieder an sich bringen könne. Zur Erreichung dieser Absicht zeigte sich ihm eine gute Gelegenheit. Friedrich Wilhelm hatte, wie schon oben ist erzählt worden, auf Zureden seiner Gemahlin ein Testament gemacht, in welchem er eine Theilung seiner Länder anordnete, damit auch seine Söhne zweyter Ehe regierende Herrn werden könnten. Die Kurfürstin, hiermit noch nicht zufrieden, wußte vom Kaiser die Bestätigung dieses Testamentes und zugleich das Versprechen zu erhalten, daß er mit seiner ganzen Macht für die Gültigkeit desselben Sorge tragen würde. Da man nun

nun zu Wien sehr wohl wußte, daß der nicht allzu talentreiche Kurprinz wegen dieser Sache sehr bekümmert war; so ließ man ihm den Antrag machen: der Kaiser würde nach des Kurfürsten Tode jenes Testament für ungültig erklären, wenn der Kurprinz durch einen schriftlichen Revers sich verbindlich mache nach Antritt seiner Regierung nicht nur den Schwiebusser Kreis dem Hause Oesterreich wieder abzutreten, sondern auch dem Kaiser gegen Frankreich Beistand zu leisten. Der Kurprinz stellte mit Freuden den verlangten Revers aus weil er hierdurch für die Zukunft große Beruhigung fand.

In den beiden letzten Regierungsjahren Friedrichs Wilhelms fehlte es nicht viel, daß es zwischen Brandenburg und Frankreich zum wirklichen Bruch gekommen wäre Zum wenigsten war aber doch das Bündniß so gut wie aufgehoben: denn Frankreich sahe sich schon nach anderen Bundsgenossen um und schloß auch wirklich mit Hannover ein Bündniß, ob es gleich kurz zuvor erkläret hatte, daß es keinen anderen Bundsgenossen in Deutschland zu haben wünsche, so lange es nur auf die Fortdauer der Freundschaft Friedrich Wilhelms rechnen könne.

Die letzte wichtige auswärtige Begebenheit, an welcher er Theil zu nehmen, einen sehr großen Eifer bezeigte, waren die englischen Angelegenheiten. Hier hatte schon seit einiger Zeit der König Jacob II. mancherlei Einrichtungen getroffen, welche zum Nachtheil der Protestanten und zur Begünstigung der Katholiken gereichten. Er verlangte von seinem Schwiegersohne dem Prinzen Wilhelm III. von Oranien, einem Neveu von der ersten Gemahlin des Kurfürsten Friedrich Wilhelms, die Bestätigung dieser Verordnungen. Dieser eben so eifrig reformirt, so wie jener eifrig ka-

tholisch war, verwarf nicht nur einen solchen Antrag, sondern äußerte laut seinen Unwillen. Die Protestanten in England waren schon längst mit ihrem Könige unzufrieden, jedoch die Hofnung, daß ihr künftiger Monarch der Prinz von Oranien nach anderen Grundsätzen regieren würde, hatte sie immer wieder beruhiget. Da aber die Nachricht von der Schwangerschaft der zweiten Gemahlin des Königs bekannt wurde; so entstand die Besorgniß, daß ein katholischer Prinz von Wallis dem Prinzen von Oranien die Aussichten zum englischen Throne und den Engländern die Hofnung dereinst einen protestantischen König zu bekommen, zernichten würde. Nun erst wurde in England der Wunsch nach einer Veränderung der Dinge allgemeiner.

Der Prinz **Wilhelm** III. von Oranien war auch schon mit der Entwerfung eines Planes beschäftiget, um noch bei Lebzeiten seines Schwiegervaters sich die Regierung über England zuzueignen. Im Jahre 1686 stellte er deshalb zu Kleve mit dem Kurfürsten eine Unterredung an, in welcher man sich vereinigte alle Mittel anzuwenden, um die Religionsfreyheit der Protestanten in England zu sichern. Zu derselben Zeit war der bekannte Feldherr **Friedrich von Schomberg** aus Portugal nach Holland gekommen. Dieser hatte auf seiner Reise die Hafen Englands in Augenschein genommen und rieth anjetzt dem Statthalter auf England, zum Besten der dortigen Protestanten, eine Unternehmung zu wagen. Anfangs trat er in brandenburgische Dienste, blieb aber in denselben nur so lange, bis **Wilhelm** III. von Oranien den entworfenen Plan auszuführen anfing.

Im

Im Anfange des J. 1688 kam ein vornehmer Schottländer nach Berlin, um den Kurfürsten zu zeigen, daß es sehr nothwendig sey, den Protestanten je eher je besser Hülfe zu leisten. Und eben dieser Mann mußte auch die deshalb entworfenen Pläne auf Befehl des Prinzen von Oranien sowohl dem Kurprinzen als auch dem Freyherrn Eberhard von Dankelmann mittheilen. Der Kurfürst billigte die ganze Unternehmung. Allein er erlebte weder die Ausführung dieses Entwurfs, noch den Ausbruch des Krieges zwischen Frankreich und dem deutschen Reiche.

Schon die letzten Jahre hindurch hatte der Kurfürst mit vielen körperlichen Gebrechen zu kämpfen gehabt. Am meisten litte er an Gichtschmerzen und zu denselben kam endlich die Wassersucht, so daß die Kunst der Aerzte nicht mehr zureichte, um das Leben dieses Mannes noch länger zu erhalten. Er selbst war auch überzeugt, daß das Ende seiner Tage heran nahe. Deshalb ließ er den 27ten April 1688 den Staatsrath zusammenkommen, nahm von demselben Abschied, dankte für die mit großer Treue geleisteten Dienste, und foderte sie auf, seinem Sohne dasselbe zu seyn, was sie bisher ihm gewesen waren. Dem Kurprinzen ertheilte er lehrreiche Ermahnungen und empfahl ihn, den Statthalter Wilhelm III zu unterstützen und den französischen Flüchtlingen seinen Schutz nicht zu versagen. Außerdem beschäftigte er sich auch in den letzten Stunden seines Lebens mit Andachtsübungen, und stellte mit seinem Hofprediger über Gegenstände der Religion Unterredungen an.

Die Ueberzeugung, daß er seine Staaten dem Nachfolger in einem besseren Zustande überlasse, als in welchem er sie bekommen habe, trug sehr viel zu der in-

nern Ruhe bei, welche man bei ihm in den letzten Tagen seines Lebens bemerkte und die ihn selbst in den letzten Augenblicken nicht verließ. Sein Tod erfolgte den 29ten April, und er wurde mit einer solchen Pracht begraben, dergleichen zu Berlin noch bei keinem Begräbniß statt gefunden hatte.

Friedrich Wilhelm ist zweimal vermählt gewesen. Mit seiner ersten Gemahlinn Louise Henriette, der ältesten Tochter des Prinzen Heinrichs Friedrichs von Oranien hat er sechs Kinder gezeugt. Von allen diesen hat aber nur der Kurprinz Friedrich ihn überlebt. Dieser war aber nicht der Erstgebohrne. Der älteste Sohn war sehr frühzeitig gestorben und der zweite Karl Aemil erreichte nur ein Alter von 19 Jahren. Nicht viel älter wurde auch der jüngste Sohn dieser Ehe, der Prinz Ludwig, welcher im Jahr 1687 ohne Erben zu hinterlassen, starb. Ob er gleich durch keine großen Thaten sich berühmt gemacht hat, so hat er sich doch durch die Erklärung, lieber der erste Unterthan seines Bruders zu seyn als eine Zerstücklung der brandenburgischen Länder zuzugeben, ein Gedächtniß gestiftet.

Seine zweite Gemahlin war Dorothea, eine hollsteinische Prinzessin und Wittwe des verstorbenen Herzogs von Braunschweig-Lüneburg Zelle, Christian Ludwigs. Er zeugte mit ihr 7 Kinder, die ihn, eine einzige Tochter ausgenommen, überlebt haben. Diejenigen welche ihn überlebt haben, waren vier Söhne und zwei Töchter. 1) Philipp Wilhelm. Diesem wurde zu seinem Unterhalte Schwedt in der Uckermark nebst verschiedenen Aemtern angewiesen. Der Mannsstamm dieser markgräflichen schwedischen Linie ist erst vor einigen Jahre ausgestorben. 2) Albrecht Friedrich

rich, Heermeister des Johanniterordens. 3) Karl Philipp, Heermeister des Ordens. 4) Christian Ludwig, Statthalter zu Halberstadt. 5) Maria Amalia. Dieselbe wurde erst vermählt an den Erbprinzen von Mecklenburg und nachher an den Herzog von Sachsen-Zeitz. 6) Elisabeth Sophie. Diese Prinzessin ist dreimal vermählt gewesen, zuerst an den Herzog von Curland, Friedrich Kasimir, nach dessen Tode an den Markgrafen von Baireuth, Christian Friedrich, und zum dritten an den Herzog von Sachsen-Meinungen, Ernst Ludwig.

Allgemeine Bemerkungen

über den Abschnitt v. J. 1619—1688.

I. Die Landstände.

In den allgemeinen Bemerkungen zu dem vorigen Abschnitte wurde gezeigt, daß die Landstände in der Mark Brandenburg noch immer ein großes Ansehen behaupteten und auf den veranstalteten Landtagen bei der Berathschlagung allgemeiner Landesangelegenheiten einen sehr großen Einfluß hatten. Beides wurde in diesem Zeitraume sehr vermindert, wovon der Grund in dem dreißigjährigen Kriege zu suchen ist. Dieser hatte, wie im Vorhergehenden umständlich ist gezeigt worden, den inneren Wohlstand der Mark Brandenburg auf das schrecklichste zerrüttet, so daß viele sonst angesehene Landstände, selbst auch noch mehrere Jahre nach Beendigung jenes verderblichen Krieges, ihre ganze Sorgfalt auf ihre Vermögensumstände anwenden mußten, um diese wenigstens in einen solchen Zustand zu setzen, welcher dem ehemaligen gleich käme. Diese große Sorgfalt,

falt, welche die Landstände ihren Privatangelegenheiten widmeten, und die wirkliche Zerrüttung ihrer Vermögensumstände, waren die vorzüglichsten Ursachen, daß die meisten derselben es mit Geduld ertrugen, wenn sie von dem Landesherrn sollten um Rath gefragt, und wenn manche Neuerungen ohne ihre Einwilligung vollzogen wurden.

Und eben der Krieg, welcher den Wohlstand der Unterthanen zernichtete, hob auch die bisherige Staats-Verfassung auf: denn der damalige Minister, der Graf von Schwarzenberg, regierte nicht nur gänzlich nach seiner eigenen Willkühr, sondern auch nach Willkühr des kaiserlichen Hofes, dessen Vortheil er niemals aus den Augen setzen durfte, weil er von demselben besoldet wurde. Hingegen um die Einwilligung der Landstände kümmerte er sich wenig oder gar nicht, denn diesen fehlte es an innerer Kraft, um sich solchen widerrechtlichen Anmaßungen zu widersetzen. Und im äussersten Falle konnte ja Schwarzenberg auf die Unterstützung der kaiserlichen Truppen, welche sich entweder in der Mark Brandenburg selbst, oder doch in der Nähe derselben befanden, Rechnung machen.

Ueberhaupt wurden aber unter George Wilhelms Regierung keine neue Staatseinrichtungen getroffen: denn hierzu war die Regierung zu ohnmächtig. Und die Landstände lagen an derselben Krankheit darnieder, so daß sie also nicht auf die Aufrechthaltung ihrer alten Rechte halten konnten. Bei der allgemeinen Noth, welche damals in der Mark Brandenburg herrschte, geschahe von Seiten des Kurfürsten zur Verminderung derselben wenig oder gar nichts, sondern er überließ das Land seinem eigenen Schicksale. Und den Schreiben von einzelnen Landständen, worinn die all-

allgemeine Noth des Landes geschildert wurde, ertheilte er gemeiniglich solche Antworten, welche Klagen über das allgemeine Elend, aber keinen Trost für die Stände, die das Unglück am meisten empfanden, enthielten. Und bisweilen beantwortete er dergleichen Schreiben in einem heftigeren Tone.

Dies war z. B. der Fall, als David von Lüderitz und Jacob von Wutenow im J. 1626 ihm ein Schreiben zuschickten, in welchem sie meldeten, „daß sie vom dem Rath und der Bürgerschaft zu Ruppin ein Schreiben empfangen hätten, worinn sie zur Bewafnung wären aufgefordert worden, um Gewalt mit Gewalt zu vertreiben. Da sie aber eine solche Sache ohne hohen Befehl nicht unternehmen könnten, so ersuchten sie den Kurfürsten, einen seiner Räthe oder einen Kriegsverständigen in diese Gegend zu schicken, von welchem die Ritterschaft Schutz und Rath erwarten könne. Dies sey nothwendig, weil der Hauptmann des Amts gestorben sey, und man folglich nicht wissen könne, ob das, was man unternehme, dem Kurfürsten angenehm seyn werde. Und sie hätten die Hoffnung, daß der Kurfürst den ruppinischen Kreis nicht länger als Schaafe ohne Hirten in der Irre lassen, sondern bald und schleunigst einen Kriegsverständigen schicken werde. Und zuletzt entschuldigten sie sich, daß sie diese Sache nicht zuvor der ganzen Ritterschaft bekannt gemacht hätten, weil dies in der Eil nicht habe geschehen können.

In dem Antwortschreiben bezeigte sich der Kurfürst außerordentlich unwillig, besonders über den Ausdruck, daß er seine Unterthanen wie Schafe ohne Hirten in der Irre herum gehen lasse. Und ertheilte ihnen den Rath, sie möchten künftig, wenn sie ihm schreiben wollten, ihre Briefe durch ihre Dorfpriester oder Dorfküster auffe-

tzen

ßen lassen. Und gesetzt, daß sie ihren Ton nicht änderten, würde er genöthiget seyn, künftig solche Ausdrücke scharf zu ahnden. Das Unglück des Landes suchte er zu beschönigen und schob alle Schuld auf die Landstände welche nicht zur bestimmten Zeit das ausgeschriebene Proviant abgeliefert hätten. Wäre dies letztere geschehen, so würde Mannsfeld schon längst die Mark Brandenburg verlassen haben *).

Alle bisher angeführten Umstände hatten also zu einer Veränderung der Dinge den Grund gelegt, auf welchem Friedrich Wilhelm fortbauete. Dieser Fürst, welcher bei dem Antritte seiner Regierung alle Zweige der Staatsverfassung in einem sehr zerrütteten Zustande antraf, stellte in einigen Stücken die alte Verfassung wieder her, hingegen in anderen traf er neue Einrichtungen. Dies letztere wiederfuhr den brandenburgischen Landständen: denn sie wurden nicht mehr so oft als ehemals zu Rathe gezogen und das Zusammenberufen derselben hörte zuletzt gänzlich auf.

Die letzte feierliche Versammlung der Landstände geschahe im J. 1653, auf welcher sie sich dem Kurfürsten in allen Stücken sehr gefällig bewiesen, denn sie versprachen nicht nur in gewissen Terminen dem Kurfürsten über eine halbe Million Thaler zu zahlen, die Verpflegung seiner aus 20000 Mann bestehenden Armee auf vier Monathe über sich zu nehmen, sondern auch zur Unterhaltung der Gesandten 10000 Thaler zu geben und die außerordentliche eingeführte Abgabe noch zu entrichten. Friedrich Wilhelm lobte ihren Eifer

*) Versuch einer historischen Schilderung u. s. w. Th. 1. S. 326 — 338, wo dieser ganze deshalb geführte Briefwechsel abgedruckt ist.

fer und ertheilte Ihnen außer der Bestätigung ihrer Rechte und Freiheiten auch das Versprechen, bei Abhandlung wichtiger Angelegenheiten, sie um Rath zu fragen: allein es erfolgte niemals wieder eine Zusammenberufung der Landstände. Das Einzige, was er that, bestand darinn, daß er in den Jahren 1664, 1670 u. 1683 Abgeordnete der Landstände zusammen kommen ließ, um sich mit denselben über wichtige Landesangelegenheiten zu besprechen. Allein auch die Versammlungen dieser Art hörten bald wieder auf.

Aus dieser Einrichtung folgte ferner, daß die Landshauptleute und Landvoigte ihr voriges Ansehen verlohren. Sie behielten nun in den Provincialgerichten den Rang eines Präsidenten, und durften sich nicht mehr um landschaftliche und militärische Angelegenheiten bekümmern, denn die Besorgung der ersteren wurde den Landräthen, und die Besorgung der letzteren den Kriegscommissarien anvertrauet. Und von dieser Zeit an war das Ansehen der vornehmen Staats- und Kriegsbedienten größer, als das Ansehn der Landvoigte und Landshauptleute *).

Der Adel hatte sich in der ersten Hälfte des 17ten Jahrhunderts dem ehemaligen rohen Zustande wieder genähert. Dies fand auch noch unter Friedrich Wilhelm statt, welcher große Mühe anwenden mußte, um den Zweikämpfen, die sehr häufig vorfielen und anderen gewaltsamen Arten, sich Recht zu verschaffen, Einhalt zu thun. Erst am Ende der Regierung dieses Fürsten wurden sie gebildeter und fanden an besseren Beschäftigungen Geschmack.

Was

*) Buchholz Geschichte der Mark Brandenburg. Th. IV. S. 167.

Was die Geistlichkeit anbetraf, so gab es allerdings damals mehrere geschickte Männer, als in vorigen Zeiten, welche von Wahrheitsliebe beseelt und unbekannt mit Menschenfurcht, gegen die Fehler, Thorheiten und Laster ihrer Zeitgenossen, sowohl der Vornehmen als auch der Geringen eiferten. Allein von einer einzigen Thorheit, nämlich der Intoleranz, waren weder die reformirten noch die lutherischen Geistlichen frei, welches die kurfürstlichen Edicte beweisen, in welchen den reformirten und lutherischen Predigern anbefohlen wird, sich in ihren Predigten keine Schmähungen gegen einander zu erlauben.

Und der Bürgerstand, welcher durch den dreißigjährigen Krieg nicht nur verarmte, sondern auch verwilderte, gelangte unter Friedrich Wilhelm wieder zu einem gewissen Grad des Wohlstandes.

Umständlicher von der Lebensart, Beschäftigung und Sitten der Landstände hier an diesem Orte zu handeln, scheint mir überflüssig zu seyn; weil eine eigene Rubrik diesen Gegenständen wird gewidmet werden.

2. Das Justizwesen.

Im Justizwesen gingen einige Veränderungen vor. Besonders ließ der Kurfürst Friedrich Wilhelm der Große sich dasselbe sehr angelegen seyn, welches auch sehr nöthig war: denn der Verfall, in welchen es während dem Kriege gerathen war, fiel sehr in die Augen. Schon in den ersten Jahren seiner Regierung ließ er eine neue Kammergerichtsordnung aufsetzen. Ob nun gleich dieselbe nicht ist bekannt gemacht worden, sondern die Einführung derselben auf Ersuchen der Stände im J. 1658 aufgehoben worden ist; so erschien doch eine

Verordnung, wie es im Kammergerichte, bis zur Bekanntmachung einer ausführlichen Gerichtsordnung, solle gehalten werden. Hingegen für die Neumark wurde eine neue Kammergerichtsordnung eingeführt. Und außerdem erschienen auch verschiedene andere Verordnungen, welche auf einzelne Gegenstände der Justiz Bezug hatten *).

3. Künste und Wissenschaften.

Die Wissenschaften und Künste hatten freilich überhaupt in der Mark Brandenburg noch keine wichtigen Fortschritte gemacht. Und demohngeachtet kann von der ersten Hälfte dieses Abschnittes behauptet werden, daß dieselben noch mehr in Verfall kamen, wovon die Ursachen in dem dreißigjährigem Kriege enthalten sind. Allein desto mehr gereicht es dem Kurfürsten Friedrich Wilhelm zum Ruhme, daß unter seiner Begünstigung sowohl Künste als auch Wissenschaften wieder empor kamen. Er beförderte auf mancherlei Art die Wissenschaften, aber nicht aus Ruhmsucht, sondern aus wirklicher Liebe zu denselben, weil er ihren Nutzen einsahe. Gelehrte Männer gebrauchte er zu Staatsgeschäften, und, weil es noch immer im Lande selbst an ausgezeichneten Gelehrten fehlte, zog er mehrere aus dem Auslande in seinen Staat, und besetzte mit denselben vorzüglich die Lehrstellen, sowohl bei den Universitäten als auch bei den Schulen. Hierdurch wurden die Eingebohrnen aufgemuntert gleichfalls einen großen Fleiß auf Erlernung der Wissenschaften anzuwenden, besonders da sie sahen, daß der verdienstvolle Inländer dem Ausländer nicht nachgesetzt wurde. Und vorzüglich sahe der Kurfürst auf die Verbesserung der Schulen. Mehreren derselben wies er außer den alten noch neue Ein-

*) Mylii constitutiones marchicae.

Einkünfte an, wie z. B. dem Joachimthalischen Gymnasium, welches unter seiner Regierung nach Berlin verlegt wurde. Begünstigungen von dieser Art bewies er auch der Universität Frankfurt. Unter beiden vertheilte der Kurfürst die secularisirten Canonicate der Collegialkirchen im Halberstädtischen, und das Gymnasium erhielt auch noch das Kloster Dambeck.

Auch wurde Friedrich Wilhelm der Stifter der kurfürstlichen Bibliothek. Den Grund hierzu legte er mit den wenigen von seinem Vorfahren gesammelten Büchern, zu welchen er die wichtigsten Werke damaliger Zeit hinzufügte. Diese Bibliothek nahm in kurzer Zeit sehr zu, indem einige Bibliotheken theils durch Kauf, theils durch Vermächtnisse derselben zufielen. Unter die Einkünfte der Bibliothekenkasse gehörte auch ein Theil der Strafgelder, welcher nach den Landesgesetzen auf gewisse Vergehungen gesetzt wurde. Im J. 1661 war diese Bibliothek schon so angewachsen, daß ihr ein besonderer Ort und zwar in dem am Lustgarten befindlichen und am Schlosse stehenden Gebäude, woselbst auch die Schloßapotheke befindlich ist, eingeräumt wurde *).

Diese Bibliothek trug zur Beförderung der Gelehrsamkeit außerordentlich viel bei. Da nämlich einem jeden zu derselben ein freier Zutritt verstattet wurde: so verschaffte sie den Gelehrten eine gute Gelegenheit Werke zu benutzen, deren Anschaffung ihre Vermögensumstände nicht würden erlaubt haben. Das Beispiel des Kurfürsten wirkte auch auf reiche Privat-

*) Gellrichs Entwurf einer Geschichte der Königlichen Bibliothek in Berlin. 8. 1752. wo man eine ausführliche Nachricht über diese Bibliothek findet.

personen, welche gleichfalls anfingen, Bibliotheken zu errichten.

Daß der Eifer des Kurfürsten, die Wissenschaften in seinem Staate zu befördern, musste sehr groß und anhaltend gewesen seyn, sieht man aus mehreren Umständen. Dieser große Eifer war auch Ursach, daß er allen Vorschlägen, die auf Beförderung der Wissenschaften abzweckten, Gehör gab, und daß er dem Plane eines gelehrten Avanturiers mehr Aufmerksamkeit widmete, als es die ganze Sache verdiente. Dieser Mann hieß Benedict Skytte und gab sich für einen schwedischen Reichsrath aus. Zuerst hatte er den kurfürstlichen Rath und Leibarzt Nicolas Bonnet für sich eingenommen. Durch diesen ließ er im J. 1666 dem Kurfürsten seinen Plan vorlegen, nach welchem eine Universität aller Völker, Wissenschaften und Künste oder eine gelehrte Stadt in der Mark Brandenburg könne angelegt werden. Um aber diesen Plan auszuführen, mußten, wie Skytte meinte, die gelehrtesten Männer in allen Fächern der Künste und Wissenschaften von allerlei Volk und Religionen zusammen berufen werden. Und um seinem Projecte noch mehr Eingang zu verschaffen, gab er vor, er kenne schon viele reiche Familien, welche den Entschluß gefaßt hätten, sich in einer solchen Stadt der Gelehrsamkeit niederzulassen.

Der Kurfürst fand, wie ich schon angeführet habe, an diesem Plane einen sehr großen Gefallen, und war sehr geneigt denselben auszuführen. Der Geheime Rath von Bonin hatte zwar alle Schwierigkeiten, welche der Ausführung eines solchen Planes entgegen stünden, vorgestellt, allein der Kurfürst achtete auf dieselben nicht, sondern bestimmte schon 15000 Rthlr. zur Aufbauung der hiezu nöthigen Gebäude. Und der eben erwähnte Bonin mußte sogar den Stiftungsbrief in

in lateinischer Sprache aufsetzen, welchen auch der Kurfürst unterschrieb und sein Siegel beidruckte *).

Der Plan zu der neuen Universität war also fertig und es fehlte nur noch an der Ausführung, welche auch gewiß würde erfolgt seyn, wenn nicht der Geheime Rath von Bonin alles aufgeboten hätte, um die ganze Sache zu hintertreiben. Er stellte in dieser Absicht vor, man müsse erst die Ankunft der reichen Familien abwarten, ehe man ernsthafte Anstalten träfe, um das Werk auszuführen, besonders da die bestimmten 15000 Rthl. bey weitem nicht hinreichend wären, um die hierbei stattfindenden Unkosten zu bestreiten. Dieser Einwurf wurde gebilliget und die ganze Sache aufgeschoben. Als aber keine reiche Familie in der Mark Brandenburg erschien; so überzeugte sich der Kurfürst von dem Ungrunde des Skyttischen Vorgebens und von der Unausführbarkeit des von diesem Manne entworfenen Planes, und die ganze Sache, so wie sie es auch verdiente, kam in Vergessenheit.

Daß die neuen französischen Ankömmlinge auch zur Verbreitung nützlicher Kenntnisse mitwirkten, ist wohl keinem Zweifel unterworfen. Allein eben so gewiß ist es auch, daß einige Schriftsteller denselben größere Verdienste um die Beförderung der Gelehrsamkeit zugeschrieben haben, als ihnen wirklich zukommen. Denn unter allen in die Mark Brandenburg einwandernden Franzosen befanden sich keine Männer von ausgezeichneter Gelehrsamkeit. Der wichtigste Vortheil, welchen sie stifteten, bestand darinn, daß die Kenntniß der französischen Sprache gemeiner, und folglich

*) *Oellrich* commendationes historico — litterariae. Apud Haud et Spener. 1751. 8.

auch verschiedene nützliche in der französischen Sprache geschriebene Bücher bekannter wurden.

Sehr deutlich konnte man bemerken, daß die Begünstigung welche den Wissenschaften unter dieser Regierung zu Theil wurde, sehr nützliche Folgen hatte. Es fingen wieder mehrere Märker an sich mit den Wissenschaften zu beschäftigen, ja einige derselben gaben Bücher in den Druck, welchen der Kurfürst die Druckkosten und bisweilen auch noch das Papier dazu schenkte.

Die einzige Sache, in welcher man in den letzten Jahren dieses Abschnittes keine Fortschritte machte, sondern vielmehr rückwärts ging, war die deutsche Sprache, denn es wurden in derselben sehr viele Wörter aus fremden Sprachen, besonders aus der französischen aufgenommen, wodurch man dieselbe nicht vervollkommnete, sondern vielmehr verunstaltete. Die Ursach hiervon ist nicht schwer zu finden. Die Deutschen überhaupt und insbesondere auch die Brandenburger waren in Vergleich mit anderen Völkern in Künsten und Wissenschaften noch weit zurück. Als nun die deutschen Fürsten Anstalten machten die Künste und Wissenschaften, wodurch sich jene Länder auszeichneten, auch in ihren Staaten in Aufnahme zu bringen; so behielt man von den sogenannten Kunstwörtern die Französische Benennung bei. Ja man ging in dieser Thorheit noch weiter, indem einige Deutschverderber, sowohl beim Schreiben als beim Reden, auch in solchen Fällen französische Wörter gebrauchten, wo es an ächt deutschen Wörtern nicht fehlte. Daß an dieser Sprachveränderung die in Deutschland angekommenen Franzosen einigen Antheil hatten, läßt sich wohl nicht läugnen.

Auch die sämmtlichen schönen Künste wurden von Friedrich Wilhelm nicht nur geschätzt, sondern auch be-

befördert. Aus dem Auslande wurden geschickte Künstler herbeigeholt, damit es nicht an Männern fehlen möchte, die den jungen Brandenburgern, welche Neigung und Talent zu irgend einer Kunst zeigten, Unterricht ertheilen könnten. Er ließ Künstler auf seine Kosten in fremde Länder z. B. nach Frankreich und Italien reisen, damit sie in diesen Gegenden, wo die Künste schon einen höheren Grad der Vollkommenheit erreicht hatten, durch Betrachtung der Kunstwerke geschickter Künstler ihren Geschmack bilden und sich in ihrer Kunst vervollkommnen möchten.

Einen besonderen Gefallen hatte der Kurfürst an der Malerei, wozu sein ehemaliger Aufenthalt in den Niederlanden, wo damals die Malerei sehr blühte, ohnstreitig viel beigetragen hat. Er legte unter andern auch ein Kabinet an, in welchem sich eine Sammlung von schönen Gemählden großer Meister damaliger Zeit befand. Diese Sache fand zu Berlin Beifall, und manche begüterte Privatpersonen ahmten dem Kurfürsten nach, indem sie gleichfalls anfingen ihre Zimmer mit Gemählden, die aber meistentheils nur aus Familien-Portraits bestanden, auszuschmücken. Diese Nachahmungssucht der Berliner hatte die gute Folge, daß an diesem Orte mehrere Künstler sich ihren Unterhalt verschaffen konnten. Dies fand aber erst am Ende dieses Zeitabschnittes statt, denn durch den dreißigjährigen Krieg waren die Einwohner Berlins so verarmt, daß sie auf Kunstsachen keine Gelder verwenden konnten. Dieser Fall fand besonders noch um das Jahr 1642 statt: denn um diese Zeit bewarb sich zu Berlin ein Kupferstecher, Namens Kalle, um einen Amts- oder Kornschreiber Dienst, weil er wegen der schlechten Zeiten von seiner Kunst nicht leben konnte.

Schon unter der Regierung George Wilhelms befand sich zu Berlin ein Hofmaler Mathias Czwiczeck. Seine Arbeiten bestanden größtentheils in Portraits. Daß man aber in damaligen Zeiten, selbst in den ersten Regierungsjahren Friedrich Wilhelms, wenige Kunstkenntniß besaß, beweisen die in den Kanzeleien noch vorhandenen Bestallungen für Maler, in welchen man ungeheure Foderungen machte, aber einen geringen Sold ertheilte. So heißt es z. B. in der Bestallung für den Malergesellen Gabriel Nitzel, welcher im Jahr 1640 mit 30 Thaler jährlicher Besoldung nebst Kostgeld, frei Logement und Hofkleidung in kurfürstliche Dienste trat: „er solle nicht allein im Hoflager, sondern auch auf Reisen, so oft es noth thut, aufwarten, und was ihm von dem Kurfürsten und dem Hofmaler Mathias Cwiczecken oder sonsten in allerlei Kunststücken, Historien, Contrefaiten, Perspectiven, Landschaften, und wie es genennt werden möchte, mit seinem besten Verstande und Erfahrenheit nach, mit allem getreuen emsigen Fleiß verfertigen, wie auch und insonderheit dasjenige, was zu Zier, Staffiren, vergülden, versilbern, mit Oehl oder Wasserfarben, in oder außerhalb der Gemächer, und sonsten anzustreichen vorfiele, williglich und gehorsam verrichten und machen.

Hingegen Friedrich Wilhelm belohnte dergleichen Künstler besser. So ertheilte er z. B. im J. 1647 dem niederländischen Maler Wilhelm Hondhorst, welcher als Hofmaler angestellt wurde, eine jährliche Besoldung von 1000 Rthl. In der folgenden Zeit belohnte er dergleichen Künstler besser, besonders nach geschlossenem Frieden zu S. Germain, um welche Zeit die Anzahl derselben sich zu Berlin noch ansehnlich vermehrte. Der Hauptgeschmack, welcher damals

mals zu Berlin herrschte, war der niederländische.

Auch gab es zu Berlin in den letzten Jahren dieses Zeitabschnittes viele Kupferstecher, unter welchen sich Winkelmann und Bartsch besonders auszeichneten. Sie fanden damals alle ein reichliches Brot, wozu eine allgemein herrschend gewordene Mode, daß ein jeder wohlhabender Mann sein Angesicht in Kupfer stechen ließ, sehr viel beitrug. Besonders geschahe dies bei den Leichenpredigten, welchen gemeiniglich eine in Kupfer gestochene Abbildung des Verstorbenen beigefügt wurde. Zu gleicher Zeit entstand auch die Gewohnheit, auf den Begräbnißplätzen durch Monumente den Verstorbenen ein Denkmal zu stiften, wodurch die Bildhauerei in Aufnahme kam.

Sehr große Verdienste erwarb sich Friedrich Wilhelm auch um die Baukunst, indem er aus Holland geschickte Baumeister und solche Handwerker, die bei dem Bauwesen unentbehrlich sind, in die Mark Brandenburg kommen ließ. Die Veranlassung hierzu war das schlechte äußere Ansehen der Städte Potsdam und Berlin, wo die Straßen mit Unreinigkeiten aller Art bedeckt waren, und die Wohnungen der Bürger aus schlechten baufälligen Hütten bestanden. Die gänzlich verfallenen Häuser ließ der Kurfürst aufbauen, die baufälligen niederreißen und an deren Stelle neue bauen. Die vielen neuen Ankömmlinge, welche größten Theils aus Künstlern und Handwerkern bestanden, machten auch die Erweiterung Berlins nothwendig. Auf dem Friedrichswerder wurden mehrere Häuser erbauet und Berlin durch die Anlegung der Dorotheenstadt erweitert.

Auch die Tonkunst wurde in diesem Zeitraum nicht vernachlässiget. Schon am Hofe Georg Wilhelms

helms befand sich eine Kapelle. Friedrich Wilhelm behielt dieselbe bei und errichtete auch eine neue. Die hierbei angestellten Musiker erhielten einen für damalige Zeiten ansehnlichen Sold, und zwar 3 bis 400 Thaler und auch noch drüber, welche Summe sehr ansehnlich war, besonders wenn man erwägt, daß der Kurfürst bisweilen kaum alles Geld herbeischaffen konnte, welches die Kriegsbedürfnisse und andere Ausgaben des Staats erforderten. Bisweilen traten auch Fälle ein, daß wegen Erschöpfung der kurfürstlichen Casse die Cammermusici nicht zur bestimmten Zeit ihren Sold, sondern statt desselben schriftliche Verschreibungen bekamen. Dergleichen Fälle fanden jedoch nur sehr selten statt. Und der Kurfürst Friedrich Wilhelm verwendete selbst jährlich einiges Geld, um die Musik empor zu bringen. So ließ er z. B. einigen jungen Leuten, welche musikalisches Talent zeigten, in der Musik Unterricht ertheilen, und andere schickte er auf seine Kosten auf Reisen, damit sie ihr musikalisches Talent noch mehr ausbilden und die schon erlangten Kenntnisse und Fertigkeit vervollkommnen möchten. Hauptsächlich mußten sie dergleichen Reisen nach England und Frankreich machen: denn besonders in dem ersteren Lande war die Tonkunst sehr in Aufnahme. Daher befanden sich auch in den kurfürstlichen Diensten viele englische Musiker *).

4. Handel, Gewerbe, Manufakturen, Handwerker, und überhaupt der Nahrungsstand.

Während des dreißigjährigen Krieges waren nicht nur Handel und Gewerbe in Verfall gekommen, son-

*) Versuch einer historischen Schilderung der Stadt Berlin. Th. II. S. 435—450.

sondern die Menschenanzahl hatte sich auch sehr merklich vermindert. Ehe ich also von den Bemühungen Friedrich Wilhelms, den Handel und die Handwerker in Aufnahme zu bringen, reden kann, muß ich zuvor erzählen, durch wen und aus welchen Gegenden die Anzahl der Einwohner in der Mark Brandenburg ist vermehret worden.

Einen kleinen Zuwachs an Einwohnern erhielt dies Land schon durch die Künstler, welche der Kurfürst aus mehreren entfernten Gegenden in seinen Staat kommen ließ. Außerdem aber ließen sich unter seiner Regierung viele Kolonisten aus den Niederlanden, der Schweiz, aus Schlesien, und der Lausitz im Lande nieder. Allein diese Ankömmlinge waren größtentheils arbeitsame Menschen, welche Handwerke erlernt hatten, und sich in den Städten niederließen. Der Kurfürst räumte ihnen ganze Straßen ein, damit sie die verfallenen Häuser wieder aufbauen möchten. In dieser Absicht unterstützte er sie auch auf vielerlei Art, befreite sie auf mehrere Jahre von den Abgaben und schenkte ihnen die Baumaterialien. Und außerdem wurde auch die Anzahl der Einwohner sehr vermehrt durch die Aufnahme der französischen Flüchtlinge in den Jahren 1682 und 1685, wie ich schon bei der Regierungsgeschichte Friedrich Wilhelms angeführet habe.

Es muß hier aber noch eines anderen Zuwachses an Einwohnern erwähnt werden, welcher nämlich durch die Wiederaufnahme der Juden in den brandenburgischen Ländern geschahe. Im ersten Bande dieser Geschichte ist angeführet worden, daß unter dem Kurfürsten Johann George nach der grausamen Hinrichtung Lippolds, die sämmtlichen Juden aus der Mark Brandenburg vertrieben wurden. Die folgenden brandenburgischen Regenten hatten zwar diesen harten Befehl

fehl nicht zurückgenommen, aber doch billigere Gesinnungen gegen diese Nation gezeigt: denn sie ertheilten den in Polen wohnenden Juden gegen eine jährliche Abgabe die Freiheit in den brandenburgischen Ländern Handel treiben zu können. Friedrich Wilhelm zeigte gegen diese Nation gleichfalls tolerante Gesinnungen: denn er vergönnte den im Cleviſchen und Halberstädtischen ansässigen Juden auch für die Zukunft ruhige Wohnsitze. Hingegen im östreichischen Staate hörte plötzlich die Toleranz auf, welche man bisher gegen diese Nation bewiesen hatte. Verläumderische Beschuldigungen, von der Geistlichkeit ersonnen, waren Ursach, daß die dortige Regierung einen Befehl ertheilte, nach welchem dieselben genöthiget waren die östreichischen Länder zu verlassen. In dieser bedrängten Lage wendeten sie sich zu Wien an den brandenburgischen Residenten Andreas Neumann und ersuchten denselben, ihnen bei dem Kurfürsten von Brandenburg die Freiheit, sich in den brandenburgischen Staaten niederzulassen, auszuwirken. Friedrich Wilhelm gab ihren Bitten Gehör und verstattete 40 bis 50 jüdischen Familien einen sicheren Aufenthalt in seinem Staate. Gegen ein gewisses Schutzgeld, zu dessen Bezahlung sie sich verpflichtet hatten, wurde ihnen verstattet Handel zu treiben, ungestört Religionsübungen anzustellen, alle ihre Gebräuche beizubehalten, und bei Bedrückungen sich unmittelbar an den Kurfürsten zu wenden. In der Folge kamen aber noch mehrere Juden ins Land, und ihre Anzahl vermehrte sich in einigen Jahren so sehr, daß die Judenschaft zu Berlin im Jahre 1674 zwölf Aelteste hatte. In eben diesem Jahre so wie auch in dem folgenden bezeigte die Regierung über diese neuen Ankömmlinge ihr Misfallen: denn bei dem Einfall der Schweden hatten sie ihre sämmtliche Habseligkeit zusammengepackt und waren unge-

ungeheißen aus dem brandenburgischen Staat gewandert. Kaum war die Ruhe wieder hergestellt, als sie sich wieder einfanden, aber auch eine Strafe von 4000 Rthl. zahlen mußten.

Durch dies Betragen hatten sie sich bei ihren christlichen Mitbürgern sehr verhaßt gemacht. Und der gegen sie entstandene Widerwillen vermehrte sich von Tage zu Tage, woran ihre zunehmenden Reichthümer, wegen welcher sie von den Christen beneidet wurden, größten Theils schuld waren. Man machte ihnen allerlei Vorwürfe, daß sie z. B. der Gewinnsucht im höchsten Grade ergeben wären, und sich hierbey öfters Mittel erlaubten, die man mit einem rechtschaffenen Charakter nicht vereinigen könne. Dieser der jüdischen Nation gemachte Vorwurf, welcher auch anjetzt noch sehr häufig wiederholt wird, ist zwar nicht gänzlich ungegründet, aber doch auch gewiß sehr übertrieben. Gewöhnlich zieht man hierbei die große Thätigkeit, welche diese Nation im Handel beweist, nicht in Erwägung: denn ist irgend jemand im Handel und Wandel unverdrossen, so ist es gewiß der Jude. Zwar ist nicht zu läugnen, daß er auch öfters ungerechten Mitteln, z. B. übertriebenen Procenten einen großen Theil seines Vermögens verdankt: allein dieß sollte man dieser Nation nicht so hoch anrechnen, als es gemeiniglich zu geschehen pflegt. Denn liegt nicht der Grund hiervon größten Theils in den meisten der heutigen Staatsverfassungen, welche die sämmtlichen Juden zum Rechnen verdammen, denselben nur den Handel und selbst auch diesen nur unter gewissen Einschränkungen, erlauben und schwere Abgaben auflegen? — Man räume nur zuerst die sämmtlichen Vorurtheile, die Ueberbleibsel der Barbarei, hinweg, und gebe dieser Nation die Rechte und Freiheiten der übrigen Bürger; so werden

alle

alle jene Vorwürfe nicht mehr statt finden. Und sollten dem ohngeachtet ihnen dergleichen Vorwürfe gemacht werden; so werden sie gewiß von derselben Art seyn, wie man sie auch heutiges Tages manchem christlichen Kaufmann machen kann.

Auch in diesem Zeitraume bekamen die Juden viele Feinde, woran sie, wie ich vorhin gezeigt habe zum Theil schuld waren. Und diese feindselige Gesinnung wurde durch den unter der Christenheit herrschenden Aberglauben unterhalten: denn sowohl Vornehme als auch Geringe standen noch immer in dem Irrthume, daß die Juden alle Jahre Christenkinder heimlich entwendeten oder kauften, dieselben alsdann schlachteten und dies abgezapfte Blut als einen Labetrunk betrachteten. Dieser Fall trat unter andern auch im J. 1682 ein. Die Veranlassung hierzu gab eine Frau in Wusterhausen, welche vorgab, ein daselbst wohnender Jude Benjamin Fränkel habe ihr Kind abkaufen wollen. Dies Vorgeben ist freilich, an und für sich betrachtet, widersprechend: aber demohngeachtet wurde diese Sache der Billigkeit gemäß genauer untersucht, und hierbei fand man, daß jenes Weib, die ihre Aussage nicht zurück nahm, wahnsinnig war.

Nachdem wir diejenigen Menschen kennen gelernt haben, durch welche die Menschenanzahl, welche während des dreißigjährigen Krieges sehr vermindert worden, wieder ergänzt wurde, so müssen wir uns nun auch mit dem Zustande bekannt machen, in welchem alle Arten von Gewerbe sowohl im Anfange als auch am Ende dieses Zeitraumes sich befanden.

Fabriken und Manufakturen stehen mit dem Handel in sehr genauer Verbindung, und können den inneren Reichthum des Staats sehr vermehren, sobald

sie

sie nämlich nicht in Verfall gerathen sind. Dies letztere fand aber in der ersten Hälfte dieses Zeitabschnittes statt. Jedoch hiervon kann man sich sehr leicht einen Begriff machen, wenn man sich nur an die Schicksale erinnert, welche die Mark Brandenburg während des dreißigjährigen Krieges erdulden mußte. Zu den vielen Mißbräuchen, welche während dieser Zeit in dem brandenburgischen Staate sich eingeschlichen hatten, gehörte vorzüglich auch derjenige, daß ein jeder glaubte berechtiget zu seyn, Handel zu treiben. Die Folge hiervon war, daß der Verfall der Städte immer mehr befördert wurde. Es erschienen deshalb von Friedrich Wilhelm mehrere Verordnungen, welche den Endzweck hatten, jenem Misbrauche entgegen zu arbeiten und die Aufnahme der Städte zu beförderen. So erschien z. B. unter dem 12ten Febr. 1644 der Befehl, daß weder Geistliche noch Bauern auf dem Lande, viel weniger ausländische Kaufleute und Schiffer, sich unterstehen sollten, Sachen auf dem Lande aufzukaufen, und dieselben nachher aus dem Lande zu führen oder in den Städten und Flecken zu verkaufen; sondern nur den Landleuten solle es für die Zukunft erlaubt seyn, die Landesproducte in die Städte zum Verkauf zu bringen. Durch diese einzige Verordnung gewann der inländische Handel sehr: denn nunmehr konnten die Einwohner der Städte von dem Landmanne die Landesproducte kaufen, entweder zu ihrem eigenen Gebrauche, oder um mit denselben einen Handel zu treiben.

Hierdurch waren freilich noch nicht alle Hindernisse, welche dem Handel entgegenstanden, aus dem Wege geschafft, sondern es waren außerdem noch mehrere Misbräuche vorhanden, welche dem Emporkommen des Handels entgegen standen. Es hatten sich nämlich in vielen Städten Fremde niedergelassen, welche,

che, ohne den Bürgereid geleistet zu haben, und ohne die bürgerlichen Abgaben zu geben, Handel trieben. Der Kurfürst gab daher den Befehl, daß alle diejenigen, gegen welche die Bürger Klage führen würden, entweder dem Handel entsagen, oder den Bürgereid leisten sollten.

Besonders wurde aber auch der inländische Handel durch Einrichtung des Postwesens und durch Anlegung mehrerer Kanäle, welche die schiffbaren Flüsse vereinigten, sehr befördert. Besonders wichtig war der **Friedrich Wilhelms-Graben**, der im J. 1671 zu Stande kam, und vermittelst welchen zwischen der Oder und der Spree eine Vereinigung zu Stande gebracht wurde. Und um diesen Handel noch mehr zu befördern, trug man von Seiten der Regierung sehr große Sorgfalt, damit die Manufakturen und Fabriken vervollkommnet und vermehrt würden. Und daß man in dergleichen Bemühungen ziemlich glücklich gewesen seyn muß, beweisen unter andern auch die aus diesen Zeiten vorhandenen Verordnungen, in welchen die Einfuhr verschiedener Sachen untersagt wurde, aus welchem Umstande man schließen kann, daß dergleichen Sachen, wenn auch gleich nicht von besonderer Güte, wenigstens in großer Menge verfertiget wurden. So wurde z. B. im J. 1678 verordnet, daß weder in die Mark Brandenburg, noch nach Pommern, fremdes Pfundleder, Drath, Sensen oder Futterklingen, Blech, sowohl verzinntes, als auch unverzinntes, eingeführt werden sollten: denn bisher hatten Kaufleute aus Schmalkalden und Schleusingen häufig dergleichen Sachen in die Mark Brandenburg gebracht.

Ein neuer Handelsartikel, welchen man in vorigen Zeiten noch nicht gekannt hatte, war der Rauchtabak. Derselbe soll durch die Holländer den Branden-

bur-

burgern bekannt gemacht worden, und anfangs nur bei der Armee gebräuchlich gewesen seyn. In kurzer Zeit wurde er ein allgemeines Bedürfniß, und die Hamburger, Lübecker und Hanauer hatten von dieser Sache des Luxus, welche sie in die Mark Brandenburg lieferten, einen großen Gewinn. Da nun vom Jahre zu Jahre die Summe Geldes, welche für diese Sache ins Ausland ging, sich ansehnlich vermehrte; so gab der Kurfürst sehr gern im Jahre 1676 zweien Juden Daniel Nathan und Hartwig Daniel die Erlaubniß, eine Tabaksfabrike anzulegen. Da aber dieselben nicht alle Bedingungen erfüllten, unter welchen ihnen jene Concession war zugestanden worden; so ertheilte der Kurfürst einem gewissen Christian Martin Boeckel das Privilegium, zu Berlin eine Tabakfabrike anzulegen und mit dem daselbst verfertigten Tabak die Mark Brandenburg und Hinterpommern zu versehen. Diese Fabrike kam sehr in Aufnahme, denn man brauchte zu derselben jährlich für 1000 Rthl. Papier und das Arbeitslohn betrug 18000 Rthl. Und weil im Lande wenig Tabak gebauet wurde, so erhielt Martin Boeckel die kurfürstliche Erlaubniß, die Tabaks-Blätter aufzukaufen, wo er nur wolle. Nach und nach, und zwar noch unter Friedrich Wilhelms Regierung wurden in mehreren Gegenden der Mark Brandenburg Tabakspflanzereien angelegt. Besonders beschäftigten sich im J. 1685 mehrere französische Ankömmlinge mit dem Anbaue dieser Pflanze, und machten in dieser Absicht viele wüste Oerter bei Spandow, Brandenburg, Werben urbar. Durch diese französische Kolonisten lernten die Brandenburger, denen bisher nur der Rauchtabak bekannt gewesen war, auch den Schnupftabak kennen.

Unter die verschiedenen einheimischen Producte mit welchen die brandenburgischen Kaufleute einen an-

sehnlichen Handel trieben, gehörte unter andern auch das Holz, welches die ansehnlichen in der Mark Brandenburg und in Preußen vorhandenen Wälder lieferten. Der Kurfürst ließ nicht nur viele Schiffe bauen, nachdem er zuvor Schiffszimmerleute aus den Niederlanden hatte kommen lassen, sondern er erlaubte auch Maste und überhaupt Schiffsbau Holz ins Ausland zu führen, durch welche Ausfuhr ansehnliche Summen Geldes ins Land kamen. Ueberhaupt suchte man die ansehnlichen Forsten auf alle mögliche Art zu benutzen. Zu diesem Ende wurden an mehreren Orten, wie z. B. zu Grimnitz Glashütten angelegt. Bisher waren alle Glaswaaren, die man nöthig gehabt hatte, aus Böhmen herbeigeschafft worden; allein von jetzt an war dies nicht mehr nöthig, denn die innländischen Glashütten lieferten nicht nur so vieles Glas, daß das Land mit demselben versehen, sondern auch noch viele Glaswaaren in das Ausland konnten geschickt werden. Und dieser auswärtige Absatz wurde besonders dadurch befördert, daß Friedrich Wilhelm geschickte Arbeiter, nämlich Schleifer, Maler und Vergolder herbeigeschafft hatte.

Um aber noch mehr zu überzeugen, wie sehr es sich in der zweiten Hälfte dieses Abschnittes die Regierung angelegen seyn ließ, alle Arten von Gewerbe in Aufnahme zu bringen, muß auch noch angeführet werden, daß Friedrich Wilhelm durch Edicte alle nachtheilige auf alte Vorurtheile sich gründende Gebräuche, welche noch immer bei den Gilden und Zünften herrschend waren, abzuschaffen suchte. Von dieser Art war z. B. der Gebrauch, daß niemand in eine Zunft aufgenommen wurde, von welchem erwiesen werden konnte, daß er von wendischem Geblüte abstamme. Um sowohl dem aus diesem Vorurtheile entspringenden

Scha-

Schaden, als auch den hierdurch entstehenden langwierigen Processen vorzubeugen, befahl der Kurfürst im J. 1669, daß künftig bei der Aufnahme in eine Zunft auf einen solchen Umstand nicht solle Rücksicht genommen werden, und daß man auch kein Bedenken tragen solle, die Söhne der Schäfer, Voigte, Stadtdiener und Wächter in die Zunft aufzunehmen. Und auf solche Art wurden auch noch andere Mißbräuche abgeschafft. So erschien z. B. im J. 1674 ein kurfürstlicher Befehl, in welchem das sogenannte Taufen bei dem Losprechen der Lehrjungen bei 100 Rthl. Strafe verboten wurde*).

Es ist schon im Vorhergehenden angeführet worden, daß der große Eifer, welchen der Kurfürst besaß, um den Wohlstand des Landes zu befördern, ihn bisweilen verleitete, Projectmachern Gehör zu geben.

Den Handel auf den höchsten Grad der Vollkommenheit zu bringen, und dadurch den Reichthum des Landes zu erhöhen, war einer der Lieblingsgedanken, die Friedrich Wilhelmen am meisten beschäftigten. Man darf sich also nicht wundern, wenn er schon längst die Idee gehegt hatte, auch die brandenburgische Schiffarth und Handlung auf der See zu befördern. Zwar hatten einige Städte das Recht Schiffe auf die See zu senden, wie z. B. Brandenburg auf die Nordsee und Prenzlow auf die Ostsee, vermöge der Theilnahme an dem hanseatischen Bunde: jedoch konnte dies nicht viel nutzen, weil dem brandenburgischen Staate bisher die Seehafen gefehlet hatten. Allein durch den Besitz von Hinterpommern und Preußen erhielt der brandenburgische Staat einige Seehafen, welche Friedrich Wilhelmen bewogen, den Seehandel zu erweitern. Jedoch

*) Versuch einer Geschichte der Stadt Berlin. Th. II.

doch selbst diese Sache fand sehr viele Hindernisse: denn in Pommern waren die Seehafen alle in schwedischer Gewalt und konnten überdies von keinen schweren Schiffen befahren werden. Und die Königsberger suchten so lange den in dieser Rücksicht angestellten Bemühungen Hindernisse in den Weg zu legen, bis der Kurfürst die Souverainetät über dieses Land erlangt hatte.

Nachdem also Friedrich Wilhelm die Souverainetät über Preussen erhalten und in dem Kriege vom J. 1675 die Schweden aus den pommerschen Häfen entfernt hatte; so war er wieder aufs neue darauf bedacht sowohl seine Seemacht zu vergrößern als auch den Seehandel in Aufnahme zu bringen. Die brandenburgische Flotte bestand anfangs aus sechs kleinen Fahrzeugen, welche von Benjamin Raule einem Holländer, befehliget wurde. Sie wurde in der Folge bis auf 10 Schiffe vermehret und that in diesem Kriege gegen Schweden sehr wichtige Dienste, besonders bei den Belagerungen von Stettin und Stralsund, und bei den Landungen auf Rügen und Dänholm.

Um den brandenburgischen Seehandel in Aufnahme zu bringen, ließ der Kurfürst zu Stettin ein Commerzcollegium errichten, welches aber bald wieder aufhörte, weil in dem Friedensschlusse zu S. Germain den Schweden die Stadt und Festung Stettin zurück gegeben werden mußte. Aber dem ohngeachtet fuhr man fort dies brandenburgische Seewesen ansehnlicher zu machen. Unter Raul's Aufsicht, welcher schon seit einiger Zeit den Titel eines Generaldirekteurs der Marine führte, wurden zu Pillau Schiffswerfte, Zimmerhöfe, Magazine und Baraken für die Seeleute angelegt. Eben daselbst wurde auch eine Admiralität und zu Königsberg ein Commerzcollegium errichtet. In dieser

ser Sache wurden aber doch nicht solche Fortschritte gemacht, als man erwartet hatte, woran die einheimischen Kaufleute größtentheils selbst schuld waren, indem sie auf Raule's Vorschläge nichts wagen wollten, weil sie gegen diesen Mann kein gutes Zutrauen hatten.

Dagegen wurde aber ein anderes Project, welches Raule schon längst dem Kurfürsten vorgetragen hatte, nämlich die Errichtung einer afrikanischen Handlungsgesellschaft ausgeführet. Das Erste, was in dieser Absicht geschahe, war das Auslaufen zweier brandenburgischer Schiffe unter dem Capitain Blank im J. 1680. Dieser Schiffscapitain landete auf Guinea, und machte daselbst mit einigen Schwarzen Bekanntschaft, welche versprachen mit Niemanden als nur mit brandenburgischen Schiffen Handel zu treiben. Die Holländer bezeigten hierüber großes Mißfallen, und übten im folgenden Jahre gegen drei brandenburgische Schiffe, welche gleichfalls für Guinea bestimmt waren, Feindseligkeiten aus.

Ohnerachtet dieser entstandenen Mißhelligkeiten kam doch im J. 1682 die amerikanische Gesellschaft zu Stande, welche durch einen erhaltenen Freiheitsbrief das Recht bekam, 30 Jahre unter brandenburgischer Flagge nach Afrika Handel zu treiben, jedoch ohne die Rechte der Handlungsplätze anderer Nationen zu beeinträchtigen. Ein jeder, welcher zu dieser kaufmännischen Unternehmung Geld gab, konnte an dem Gewinnste Theil nehmen. Der erste Fond hierzu bestand aus 50000 Rthl.; denn der Kurfürst selbst hatte 8000 Rthl., einige Berliner Kaufleute hatten 22000 Rthl. und Raule nebst einigen Holländern gleichfalls 20000 Rthl. vorgeschossen. Die großen Erwartungen, welche man sich von dieser Unternehmung machte, bewogen den

Kurfürsten, dies neue Etablissement auf alle mögliche Art zu unterstützen. So versprach z. B. der Kurfürst auf vier Jahr, zur Anlegung eines Forts auf der Küste von Guinea, die Kosten zu geben und zur Unterhaltung der hierzu nöthigen Besatzung 6000 Rthl. zu zahlen.

Hierauf wurde Otto Friedrich von der Gröben mit 2 Fregatten, die eine zu 26 und die andere von 12 Kanonen nach Guinea abgeschickt. Das Erste, was er bei seiner Ankunft that, war die Anlegung eines Forts, welches Großfriedrichsberg genannt wurde. Der Capitain Blank, welcher zum Commendanten dieses neuen Forts war ernannt worden, unterwarf dem Kurfürst einige Negerhorden und machte ziemliche Handlungsgeschäfte. Dieser schwache Anfang erregte große Hoffnungen und verursachte, daß auf Rauls Vorstellungen der Kurfürst und die übrigen Interessenten größere Summen Geldes zu dieser Spekulation vorschossen. Durch dessen Vorstellungen geschah es auch, daß der Kurfürst den Sitz dieser afrikanischen Handlungscompagnie nach Embden verlegte, nachdem zuvor diese Stadt und die Stände von Ostfriesland sich in einem besonderen Handlungsvertrage verpflichtet hatten, gleichfalls 42000 Rthl. zu dieser Unternehmung vorzuschießen.

Der Kurfürst vermehrte anjetzt die Anzahl seiner Seeschiffe und bestimmte zur Unterhaltung des Seewesens auf jedes Jahr 60000 Rthl. Zu dieser Vermehrung der Seemacht gaben vielleicht einige Entwürfe, nämlich eine ostindische und persische Handlungscompagnie zu errichten, Anlaß; allein alle diese Pläne wurden nicht ausgeführet.

Und selbst die afrikanische Handlungsgesellschaft hatte nicht den Fortgang, welchen man erwartet hatte.

Die

Die Handlungsgeschäfte waren von solchem unbedeutenden Erfolge, daß den Theilnehmern nicht einmal die Interessen von ihrem Capital konnten ausgezahlet werden. Die Schulden vermehrten sich vom Jahre zu Jahre und der Credit dieser Gesellschaft sank so sehr, daß sie schon im Jahre 1686 dem Banquerout sehr nahe war, denn niemand wollte mehr Geld vorschießen, und die Ostfriesischen Stände foderten das Ihrige zurück. Diesmal glückte es dem Raule die Handlungscompagnie vom gänzlichen Untergange zu retten, indem er dem Kurfürsten durch die Vorstellung, der Sklavenhandel zwischen Afrika und Amerika müsse vorzüglich betrieben werden, überredete, diesen ganzen Handel selbst zu übernehmen. Den Friesen wurde das Geld zurück gezahlet, die brandenburgische Marine wurde mit dieser Compagnie vereiniget und Raule bekam über beide die Aufsicht. Aber auch anjetzt ging es mit dieser Handlungsspeculation nicht glücklich von statten, sondern die Schulden vermehrten sich, ohnerachtet Friedrich Wilhelm große Summen Geldes auf dieselbe verwendete, und überhaupt dieselbe auf alle mögliche Art bis an das Ende seiner Regierung unterstützte *).

5. Das Finanzwesen.

Ohnstreitig ist das Finanzwesen ein sehr wichtiger Gegenstand der Staats-Verwaltung, welcher nur alsdann sich einer guten Einrichtung rühmen kann, wenn die Abgaben für die Einwohner nicht drückend, aber doch für die Bedürfnisse des Staats hinreichend sind. Da nun aber eine jede gute Staatsverwaltung nicht nur die gegenwärtigen Bedürfnisse des Staats zu befriedigen

*) Pauli's preußische Staats-Geschichte B. VII.

sucht, sondern auch noch einen Staatsschatz sammeln muß, um aus demselben die außerordentlichen Ausgaben zu bestreiten; so können die Ausgaben, welche eine Regierung, sie mag nun einen Namen haben, welchen sie wolle, auflegt, niemals unbeträchtlich seyn. Aber demohngeachtet kann eine zweckmäßige Vertheilung dieser Abgaben machen, daß sie wenige Beschwerden verursachen.

Unter der schlechten Staatsverwaltung George Wilhelms waren die Abgaben, welche die Unterthanen entrichten mußten, nicht nur von Bedeutung sondern auch sehr drückend, denn selbst auf solche Sachen, die nicht blos für die Reichen, sondern auch für die Armen unentbehrliche Bedürfnisse sind, mußten Abgaben gegeben werden, die für damalige Zeiten sehr ansehnlich waren. Die großen Summen Geldes, welche der Kurfürst während des dreißigjährigen Krieges sowohl Freunden als auch Feinden zahlen mußte, machten die Erhöhung der Abgaben nothwendig. Die Abgabe von einem jeden Brauen, oder die sogenannte Bierzinse wurde bis auf vier Thaler erhöhet. Und im Jahr 1631 wurden außer den schon vorhandenen Auflagen, viele neue eingeführet, um die dem König von Schweden Gustav Adolph versprochenen Gelder zur Unterhaltung der Truppen, die für jeden Monath 30000 Rthl. betrugen, herbei zu schaffen. Außer der bisherigen Accise mußten also von jedem Scheffel Roggen, oder Waizen ein Groschen, von einem Eimer Wein 6 Groschen, von einem Pfunde Fleisch ein Pfennig, von jedem Stück Tuch, das außer Landes ging, 3 Groschen, von einem Haufen Eichen- oder Elsenholz 6 Groschen und vom Fichtenholze 5 Groschen entrichtet werden. Die Armuth, in welche während dieser traurigen Zeiten, die größte Anzahl der Einwohner gerieth, war

aber

aber Ursach, daß viele dieser Abgaben nicht entrichtet wurden, sondern daß große Rückstände blieben. Und sogar, wie Loccelius berichtet, verursachte endlich eine allgemeine Hungersnoth, daß diese Accise-Erhöhung eingestellt werden mußte.

Im Jahre 1636 wurde eine neue Abgabe, und zwar unter dem Namen der Kriegsmeße eingeführet. Dieselbe war eigentlich eine Kriegssteuer und bestand darinne, daß von einem jeden Scheffel Korn außer der Mahlmeße noch eine Meße; und von jedem Getränke, außer den schon angeführten Abgaben, noch ein Scheffel Malz mußte abgegeben werden. Diese neue Abgabe wurde aber auch nach wieder hergestelltem Frieden beibehalten und in ein bestimmtes Geld verwandelt, weil bei der bisherigen Einrichtung große Unterschleife geschehen waren.

Troß aller dieser Abgaben waren die Finanzen des brandenburgischen Staats sehr zerrüttet, und an Sammlung eines Schatzes konnte nicht gedacht werden, weil die Einkünfte nicht einmal zureichten, um die Bedürfnisse des Hofes, welche freilich den Zeitumständen nicht angemessen waren, zu befriedigen.

Friedrich Wilhelm führte seinen beim Anfange der Regierung gefaßten Entschluß, das Finanzwesen zu verbessern, glücklich aus. Zwar erlaubten die Bedürfnisse des Staats und die häufigen kostspieligen Kriege ihm nicht, die Abgabe zu vermindern, sondern sie nöthigten ihn sogar in gewissen Fällen dieselben zu erhöhen. Jedoch erwarb er sich das Verdienst, daß durch verschiedene neue Einrichtungen, welche er machte, diese Auflagen nicht allzu drückend waren. Das erste Geschäft von Wichtigkeit, welches in dieser Angelegenheit geschahe, unternahm der Kurfürst im J. 1641

auf

auf einem Landtage, auf welchem die Landstände der Mittelmark, Uckermark, und Grafschaft Ruppin zusammen gekommen waren. Daselbst wurde in Ansehung der Abgaben eine neue Ordnung festgesetzt, welche nicht sowohl mit Bewilligung der versammelten Landstände, sondern auch mit Genehmigung der Landstände aus den übrigen brandenburgischen Provinzen unter dem Namen einer Accise und Steuerordnung bekannt gemacht wurde *).

Diese neue Steuerordnung erlitt in der Folge häufige Veränderungen, welcher Umstand schon beweist, daß sie auf keine feste Grundsätze gebauet war. Ueberhaupt enthält sie verschiedene Verordnungen, welche richtigen Finanzgrundsätzen gradezu widersprechen. So war z. B. in derselben verordnet, daß von jedem Wagen mit Victualien, welcher ins Ausland geführet wurde, eine Abgabe von 16 ggl. mußte entrichtet werden, obgleich damals die Lebensmittel sehr wohlfeil waren. Von dieser Beschaffenheit waren mehrere verordnete Abgaben, so daß also diese Accise und Steuerordnung mit Recht von Sachverständigen ist getadelt worden **).

Den 27sten Mai des J. 1680 wurde eine neue Acciseordnung bekannt gemacht, welche nicht nur mehrere Sätze enthielt, sondern auch die vorige an Bestimmtheit übertraf. Bald nachher wurden wieder verschiedene Abänderungen getroffen und im J. 1684 eine revidirte General-Steuer- und Consumtions-ordnung

*) Mylii constitutiones marchicae. Tom. IV.

**) von Bequelin, historisch-kritische Darstellung der Accise und Zollverfassung in den Preußischen Staaten. Berlin 1797. S. 93 — 95.

ordnung bekannt gemacht. In derselben waren einige Abgaben erhöhet und andere herabgesetzt, und zu gleicher Zeit die Erklärung gegeben, daß von diesen Einkünften der Accise die Ausgaben für die Armee, desgleichen die Quartier- und Servisgelder bestritten werden sollten. Diese Erklärung wurde aber bald wieder für ungültig erkläret. Man führte nämlich in der Folge die Servisabgaben ein, weil die bisherigen Einkünfte nicht zureichten, um die vermehrte Anzahl der stehenden Truppen zu unterhalten. Schon in dieser neuen Einrichtung waren auf die nothwendigsten Bedürfnisse, z. B. auf Getreide, Holz, Bier, Vieh und dergleichen, Abgaben gelegt *).

Dies waren aber nicht die einzigen Abgaben, welche die Märker der Regierung zu entrichten hatten, sondern es gab deren noch von anderer Art, welche auf dem Generallandtage im J. 1643 festgesetzt wurden. Einige derselben waren nicht immerwährend, sondern nur zur Bestreitung zufälliger Ausgaben bestimmt. So machte sich z. B. auf diesem Landtage die Landschaft verbindlich das Geld zu zahlen, welches die kurfürstlichen Räthe nöthig hatten, die nach Stettin geschickt wurden, um sich mit dem schwedischen Reichskanzler, dem Grafen Oxenstirn in Unterhandlungen einzulassen. Diese Kosten beliefen sich auf 2000 Rthl. und außerdem mußte die Landschaft auch noch dasjenige Geld herbeischaffen, welches die Deputirten, die aus einem jeden Kreise den beiden kurfürstlichen Räthen, nämlich dem von Götze und dem von Kalkum waren mitgegeben worden, erhielten. Die Ritterschaft über-

*) v. Bequelin S. 97—101. — Und alle diesen Gegenstand betreffende Edicte findet man in dem schon oft angeführten Werke: Mylii constit. March.

übernahm die Hälfte dieser Ausgaben und die übrigen Landstände den anderen Theil. Jedoch machten sie hierbei die Bedingung, daß man künftig dergleichen freiwillige Beiträge von ihnen nicht als eine Pflicht und Schuldigkeit fodern könne.

Und was die Unterhaltung der Kriegsvölker betraf, so bewilligten auf derselben Versammlung die Landstände jährlich 110000 Rthl. Und außerdem versprachen sie noch 6000 Rthl. zu zahlen, wenn nämlich die Krone Schweden von ihrer Foderung, welche 14000 Rthl. betrug, etwas herablassen würde.

Und zugleich wurde auch festgesetzt, daß den unvermögenden Schuldnern eine Frist von drei Jahren solle zugestanden werden, und die rückständigen Zinsen wurden gleichfalls gemäßiget.

Den 11ten Julius desselben Jahres nahmen die Berathschlagungen von neuem ihren Anfang. Auf dieser zweiten Versammlung bewilligten die Landstände abermals Gelder zu Bestreitung der Gesandschaftskosten. Und außer den schon bewilligten 110000 Rthl. zur Unterhaltung des Militärwesens gaben sie noch 5000 Rthl., und Storkow und Besekow allein außer jener Summe 30000 Rthl. Die Verordnung das Creditwesen betreffend, wurde nochmals auf dieser Versammlung bestätiget *).

Die größten freiwilligen Abgaben bewilligten aber ohnstreitig die Landstände, auf dem im Jahre 1653 veranstalteten Landtage, welcher auch besonders deshalb merkwürdig ist, weil in der folgenden Zeit niemals wieder

*) Buchholz Geschichte der Mark Brandenburg. B. IV. S. 141. Mylii constitutio. march. Tom. VI. Part. I.

der ein solcher allgemeiner Landtag zu Stande gekommen ist. Auf dieser Versammlung verlangte der Kurfürst von den versammelten Ständen Beiträge, um sowohl das Kriegswesen besser einzurichten, als auch die verpfändeten Aemter, Arendsee, Neuendorf, Disdorf und Salzwedel wieder einzulösen. Die Stände bewiesen sich auch hierzu bereitwillig: denn sie versprachen dem Kurfürsten zur Bestreitung dieser Ausgaben in gewissen Terminen 530000 Rthl. und zwar in einem Zeitraum von 6½ Jahren; auf 4 Monath zur Verpflegung der Fußvölker und einer Compagnie Reuter 20000 Rthl., zu Gesandschaftskosten 10000 Rthl. zu zahlen, und außerdem machten sie sich noch anheischig zur doppelten Kriegsmetze *).

Außer diesen verschiedenen Quellen, aus welchen die Staatseinkünfte ansehnlich vermehrt wurden, gab es noch viele andere, die gleichfalls für die Staatscasse sehr ergiebig waren. Hierzu gehörten nämlich die Land- und Wasserzölle. Desgleichen auch das Salz, welches im J. 1652 für ein Regale war erkläret worden. Die Kopfsteuer, von welcher nur in außerordentlichen Fällen Gebrauch gemacht wurde, schaffte man nicht ab, sondern man behielt dieselbe bei. Dies geschahe z. B. bei Gelegenheit des schwedischen Krieges in den Jahren 1677 und 1679. Auch fand eine Abgabe in die Marine-Casse statt, denn alle Beamten mußten bei dem Antritte ihrer Regierung eine gewisse Summe G. l.

*) Mylii constitut. march. In dieser Sammlung befinden sich nicht blos die angeführten Verordnungen, sondern auch mehrere andere, welche verschiedene Abänderungen der Zinsen- und Schuldsachen, des Kornzolles, überhaupt der Abgaben und anderer Angelegenheiten des Staats betrafen.

Geldes abgeben. Aus dieser Casse entstand hernach die Recrutencasse und endlich die Chargencasse.

Von den meisten dieser Abgaben waren die Geistlichen befreit, jedoch nur unter der Bedingung, wenn sie sich der bürgerlichen Nahrung enthielten. Dies war z. B. der Fall bei der Accise, der Kopfsteuer und bei den Abgaben in die Marinencasse.

Im J. 1685 wurde auch eine Stempelcasse errichtet. In dieser Absicht wurde verordnet, daß jede Spiel-Charte, und jedes Papier, welches zu einer Klage, einem Urtheil, einem Contract oder zu anderen gerichtlichen Sachen gebraucht würde, mit dem kurfürstlichen Stempel versehen werden sollte *).

6. Das Münzwesen.

Das brandenburgische Münzwesen war in der ersten Hälfte dieses Zeitabschnittes in sehr großem Verfalle. Aus dem Vorhergehenden ist bekannt, daß viele Städte das Recht hatten Münzen zu schlagen. Hieraus entstand nun die schlimme Folge, daß die Münzen nicht nach dem festgesetzten Gehalte geprägt wurden, sondern der eigentliche Werth derselben wurde sehr vermindert, ohnerachtet der Verbote, welche gegen die Verminderung des eigentlichen Gehalts, oder gegen das sogenannte Kippen und Wippen erschienen.

Der Schaden welcher hieraus entstand, war sehr groß. Deshalb war Friedrich Wilhelm sehr bemüht das Münzwesen wieder in Ordnung zu bringen. Dies geschah schon im Jahr 1649, in welchem Jahre ein

*) Buchholz Geschichte der Mark Brandenburg. Th. IV. S. 104—163.

ein besonderes Edict wegen Regulirung der Münzsorten erschien *). Ob nun gleich der Kurfürst selbst das Geld prägen ließ und man folglich hätte erwarten können, daß alle bei dieser Sache eingeschlichenen Mißbräuche würden abgestellet werden, so geschahe dies doch nicht, sondern der Kurfürst selbst ließ im J. 1651 schlechtes Geld prägen. Die Veranlassung hierzu war die starke Vermehrung der stehenden Truppen. Die Abgaben reichten für den Unterhalt dieser Truppen nicht zu und das Land war zu sehr entkräftet, als daß es noch mehr hierzu hätte beitragen können. Die Unterthanen, welche im Handel hiervon bald den Nachtheil merkten, waren hierüber sehr unzufrieden. Ja sogar die Geistlichen fingen an auf den Kanzeln gegen diese Sache zu eifern. Dies that z. B der Dr. Crellius zu Berlin, weshalb er aber einen starken Verweis bekam **).

Der größte Nachtheil, welcher hieraus entstand, war ohnstreitig derjenige, daß man im Handel und Wandel die schlechten Münzsorten nicht nach ihrem bestimmten Werthe annehmen wollte. Z. B. ein Groschen galt nur 9 Pfennige. Der Kurfürst gab zwar verschiedene Edicte, um der Landesmünze den einmal bestimmten Werth zu erhalten: allein der hierdurch beabsichtigte Endzweck wurde nicht erreicht, und die allgemeine Unzufriedenheit nicht aufgehoben. Dies alles geschah im J. 1661. Zu dieser Zeit wurde auch befohlen, daß die Soldaten für die Landmünze Brod bekommen könnten, welches man zu thun sich geweigert hatte. Und dagegen erhielten die Landstände auf 6 Jahr

*) Mylii constit. march. Pars I. pag. 1227.

**) Versuch einer hist. Schilderung ꝛc. Th. II. S. 60.

Jahr das Recht die Landmünze zu prägen, aber nach dem Gehalte, welcher durch ein Edict war festgesetzt worden. Aber demohngeachtet wurden noch immer viele Klagen geführt, und es erschienen folglich im J. 1670 kurfürstliche Verordnungen, welche anzeigten, wie es in Rücksicht dieser Münzen zwischen Schuldnern und Gläubigern sollte gehalten werden.

Und überhaupt kann man nicht läugnen, daß besonders in den letzten Jahren dieser Regierung ernsthafte Anstalten getroffen wurden, um das Münzwesen zu verbessern und demselben eine zweckmäßigere Einrichtung zu geben. Es wurde zu Berlin ein Münzdirector angesetzt, welcher die Pflicht hatte, für die Aufrechthaltung der Münzfortenordnungen Sorge zu tragen. Und vorzüglich hatte man ein wachsames Auge auf die falschen Münzer, welche, sobald man sie entdeckt hatte, sehr scharf bestraft wurden. So wurde im Jahre 1684 ein falscher Münzer zu Berlin enthauptet und hernach der Leichnam verbrannt *).

7. Das Militärwesen.

In dem größten Theile dieses Zeitabschnittes war das brandenburgische Kriegswesen in einem sehr schlechten Zustande. Die Anzahl der stehenden Truppen war noch unbedeutend. Zu der Unterhaltung der angeworbenen Truppen bewilligten die Stände den Sold, und zwar nur auf drei Monate, nach deren Verlauf die Truppen wieder auseinander gingen. Auf diese Art wurde unter der Regierung des Kurfürsten George Wil-

*) Versuch einer historischen Schilderung der Haupt- und Residenzstadt Berlin Th. II. an m. Orten.

Wilhelm im J. 1620 ein Corps errichtet. Da man aber damals das Geld nicht herbeischaffen konnte, um die Truppen zu unterhalten; so ertheilte man den letzteren die Erlaubniß im Lande herum zu gehen und Allmosen zu sammeln. Und zu gleicher Zeit wurde den Landleuten anbefohlen, einem jeden Soldaten, von welchem sie würden angesprochen werden, einen Heller zu geben. Daß diese Einrichtung im höchsten Grade fehlerhaft war, ist keinem Zweifel unterworfen; denn die Soldaten wurden hierdurch zur Unordnung gewöhnet und nahmen sich öfters dasjenige mit Gewalt, was sie mit Güte nicht erhalten konnten, und für den Landmann war folglich diese Einrichtung eine sehr drückende Beschwerde.

Unter solchen Umständen war es also nicht möglich, daß die brandenburgischen Truppen sich hätten auszeichnen können. Nach dem im J. 1635 geschlossenen Prager Frieden hatte man zwar die Absicht, die Anzahl der Truppen bis auf 25000 Mann zu vermehren; allein bei gegenwärtiger Einrichtung und bei dem gänzlich zerrütteten Zustande der Finanzen war dies unausführbar. Die Anzahl der Truppen bestand am Ende der Regierung George Wilhelms nur aus 3 bis 4000 Mann Fuß-völker und 2000 Reitern. Die Ersteren waren gleichförmig in Blau gekleidet.

Als Friedrich Wilhelm die Regierung antrat, wurden die meisten Truppen abgedankt und nur 2000 Mann Infanterie und 200 Reiter beibehalten. Allein nicht lange blieb die Anzahl der brandenburgischen Truppen unter der Regierung dieses Kurfürsten so unbedeutend, sondern die Armee wurde bald vermehret, welches die Zeitumstände nothwendig machten. Zur Zeit des polnischen Krieges soll die brandenburgische Reiterei bis auf 14000 Mann seyn vermehret worden,

um den Polen, deren Stärke vorzüglich in der Reiterei bestand, gleiche Waffen entgegen zu setzen. Merkwürdig ist auch, daß diese Reiterei Kanonen bei sich führte, und man folglich schon damals von dem Nutzen der reitenden Artillerie überzeugt war. Ueberhaupt scheint auch Friedrich Wilhelm auf die Artillerie, welche unter seines Vaters Regierung noch sehr unbedeutend war, große Aufmerksamkeit gewendet zu haben: Denn bei der Belagerung Stralsunds wurden 80 Stück schweres Geschütz gebraucht, und zwar 22 Mörser und 58 Haubitzen *). Diese Artillerie war für damalige Zeiten, und in Rücksicht des brandenburgischen Heeres nicht unbedeutend, und Hr. von Blankenburg hat also Unrecht, wenn er behauptet, daß damals das brandenburgische Heer wenig schweres Geschütz gehabt habe. **)

Ueberhaupt kann Friedrich Wilhelm der Große mit Recht als der Stifter einer regulären brandenburgischen Kriegsmacht angesehen werden. Schon im J. 1650 vermehrte er die Anzahl seiner Truppen, theils weil zwischen ihm und Pfalzneuburg große Uneinigkeit herrschte, theils aber auch, weil es die öffentliche Sicherheit erfoderte. Denn nach Beendigung des dreißigjährigen Krieges hatten die Kriegführenden Mächte ihre meisten Truppen auseinander gehen lassen, ohne

*) Buchholz Geschichte der Mark Brandenburg. Th. IV. S. 103.

**) Mauvillon's Geschichte und Darstellung des Brandenburgischen und Preußischen Soldatenwesens bis zu der Regierung Friedrich Wilhelms II. aus der französischen Handschrift, nach dem Tode des Verfassers übersetzt, und mit Anmerkungen begleitet, von F. von Blankenburg. Leipzig 1796. Einleitung. S. XXIII.

ohne sich um ihren ferneren Unterhalt zu bekümmern. Diese durch den Krieg verwilderte und zum Rauben und Morden gewöhnte Menschen erwählten die Straßenräuberei zu ihrer Beschäftigung und machten das platte Land unsicher. Um die öffentliche Sicherheit wieder herzustellen, fand also der Kurfürst nothwendig, stehende Truppen zu halten. Und in der Folge sahe man sehr gut ein, daß der Nutzen davon sehr groß war, denn die Truppen, welche auch während des Friedens im Kriegsdienste geübt wurden, gewöhnten sich zu grosser Ordnung. Diese Absicht würde aber nicht seyn erreicht worden, wenn er nicht das Glück gehabt hätte, erfahrne Officiere in seine Dienste zu bekommen. Unter dem brandenburgischen Adel fehlte es noch an Männern, die hierzu tauglich gewesen wären, sondern sie sollten erst gebildet werden. Der Kurfürst besetzte also die vorzüglichsten Officierstellen mit solchen Männern die vorher schon in fremden Diensten gestanden und während des dreißigjährigen Krieges viele Erfahrung gesammlet hatten. Den Oberbefehl über die damals vorhandenen Truppen übergab er dem in kaiserlichen Diensten gestandenen General von Sparr. Ueberhaupt ließen sich damals mehrere erfahrene Kriegsmänner in der Mark Brandenburg nieder, wie z. B. der schwedische General Derflinger, welcher in der Folge Feldmarschall wurde, und der schwedische Obrist Kannenberg, welche beide in kurfürstliche Dienste traten. Ja einigen von solchen Officieren gab der Kurfürst Wartegeld, damit er auf sie mit Gewißheit rechnen konnte, wenn er ihrer Hülfe nöthig haben würde: Denn die Anzahl seiner Truppen war anfangs noch nicht so zahlreich, daß er viele Officiere hätte anstellen können. Die Stände waren sehr unzufrieden, daß der Kurfürst anfing stehende Truppen zu halten und Ausländer in seine Dienste zu nehmen; denn sie waren

sehr wohl überzeugt, daß eine beständige Unterhaltung der Truppen und eine Vermehrung derselben, eine Erhöhung der Abgabe nach sich ziehen würde. Friedrich Wilhelm achtete diese Vorstellungen nicht, sondern ertheilte zur Antwort, daß die gegenwärtigen Zeitumstände solche Einrichtungen nothwendig machten.

Anjetzt fing man an bei dem Kriegswesen Alles auf einen gewissen regelmäßigen Fuß einzurichten. So bestand z. B. ein jedes Bataillon aus vier Compagnien und jede Compagnie aus 150 Mann, hingegen eine Schwadron nur aus 120 Köpfen. Zwei Drittheile des Fußvolks waren mit Musketen, die mit einer Lunte abgefeuert wurden, bewafnet, und ein Drittheil mit Piken. Sie waren einförmig gekleidet und außer der Montirung hatten sie auch lange Mäntel, welche sie aufgewickelt auf den Schultern trugen.

Nunmehr war der Grund zu einer stehenden Armee gelegt, welche auf die ganze brandenburgische Staatsverfassung einen großen Einfluß gehabt hat: Denn hierinn ist die Ursach enthalten, daß die Landtage überflüssig wurden, und daß folglich die Landstände ihren Antheil an den Regierungsgeschäften gänzlich verlohren. In den vorigen Zeiten waren nur zur Zeit des Krieges Truppen gehalten worden, welche die Landstände herbeischafften und unterhielten. So lange diese Einrichtung dauerte, war es sehr natürlich daß der Regent keine Sache von Wichtigkeit ohne Einwilligung der Stände unternehmen konnte. Anjetzt aber änderten sich die Umstände, als Friedrich Wilhelm eine stehende Armee errichtete. Diese bestand nicht aus den Landständen und wurde auch nicht von den letzteren unmittelbar besoldet. Und auf solche Art setzte er sich in den Stand, daß er nicht nöthig hatte, die Erinnerungen

gen der Landstände zu achten. Auch selbst bei der Besetzung der Officierstellen mit Ausländern scheint er die Absicht gehabt zu haben, den Einfluß der Landstände auf die Armee zu schwächen. Zum wenigsten entfernte er alle diejenigen Männer, welche die Rechte der Landstände gegen ihn zu vertheidigen suchten, von den Staatsgeschäften. Dies Schicksal hatte auch einer seiner Günstlinge Kurtz von Burgsdorf. Dieser Mann wurde auf sein nahe bei Berlin gelegenes Landgut Blumberg verwiesen, weil er sich unterstanden gehabt hatte, die Rechte der Landtäge und der Landstände gegen den Kurfürsten zu vertheidigen und die Errichtung einer stehenden Armee zu misbilligen *).

Nach Beendigung des schwedisch - polnischen Krieges war Friedrich Wilhelm von dem Nutzen einer stehenden Armee vollkommen überzeugt und folglich sein Entschluß auch in Friedenszeiten eine Armee zu unterhalten, unabänderlich. Die Anzahl derselben wurde vergrößert, und hieraus entstand die Nothwendigkeit, die Abgaben zu vermehren. Diese erhöhten Abgaben waren für die Unterthanen sehr drückend; denn sie konnten dieselben nur mit genauer Noth herbeischaffen. Ja vielen derselben wurden ihre nothwendigen Sachen entrissen und um einen geringen Preis verkauft, weil sie die ihnen auferlegten Abgaben nicht entrichtet hatten **). Und hierzu kamen noch andere Beschwerden, daß nämlich sowohl die gemeinen Soldaten als auch die Officiere sich gegen die Bürger und Landleute viele Gewaltthätigkeiten und Ungerechtigkeiten

*) Versuch einer historischen Schilderung u. s. w. Th. II. S. 65.

**) Versuch einer historischen Schilderung u. s. w Th. II. S. 88.

ten erlaubten. Dem Kurfürsten gereicht es aber zur Ehre, daß er durch scharfe Edicte diesem Unwesen zu steuren ernstlich bemüht war.

Die Quellen, aus welchen der Kurfürst den Unterhalt für seine Armee schöpfte, sind schon im Vorhergehenden, als von dem Finanzwesen gehandelt wurde, angeführet worden. Zum Beschluß will ich anjetzt nur noch einige Nachrichten über die Kleidung der brandenburgischen Truppen anführen *).

In den ersten Jahren der Regierung Friedrich Wilhelms scheint die Uniform der brandenburgischen Soldaten noch nichts unterscheidendes gehabt zu haben: Denn in der Warschauer Schlacht unterschieden sich die Schweden von den Brandenburgern durch ein Büschel Stroh, welches sie auf den Hüthen trugen, hingegen die letzteren hatten statt des Strohes Eichenlaub. Ueberhaupt muß hierbei bemerkt werden, daß das Eichenlaub das älteste Feldzeichen der brandenburgischen Armee gewesen ist, und daß selbst noch unter der Regierung des Königs Friedrich Wilhelm I. bei der Specialrevue alle Rekruten dieses Feldzeichen tragen mußten.

Bei dem Antritte der Regierung Friedrich Wilhelms des Großen gingen die Besatzungssoldaten in den Festungen äußerst zerlumpt. Die Leibgarde, welche aus Pikenirer und Musquetirer bestand, wurden am meisten unterstützt, weil sie den Kurfürsten überall begleiten mußten. Die Montur eines Gefreiten

*) Ueber die damalige Soldatenkleidung sind wenige Nachrichten vorhanden. Sorgfältig gesammlet sind sie in der Schrift: Alte und neue Denkwürdigkeiten der Königl. Preußl. Armee.

ten oder Korporals unter den Pikenirern kostete 25 Rthl. 15 ½ gr. und die eines Korporals unter den Musketirern 17 Rthl. 14 gr. Die Uniform eines gemeinen Pikenirers kostete 24 Rthl. 8 gr. und die eines Musquetirers 16 Rthl. 14 gr. Die Montirungen waren sehr vollständig, denn auf eine Person wurden blos zum Rock sechs Ellen Tuch gerechnet, welcher überdies noch mit sechs Ellen Boy gefüttert wurde. Die Knöpfe waren aus Zinn verfertiget, und es wurden zu einer jeden Uniform 3 Dutzend große und 1 ½ Dutzend kleine gebraucht. Außerdem wird in den vorhandenen Rechnungen noch eines Zeuges erwähnt, welches Prahlsacht genannt und wahrscheinlich zu Aufschlägen gebraucht wurde. Es war sehr wohlfeil, denn 2 ½ Elle kosteten nur 12 Groschen. Die übrigen Stücke der Uniform bestanden aus einem Kollet, einem Wammes und Ermel von Elens- oder Hirschhaut. Von der Beschaffenheit der damaligen Officieruniform sind keine Nachrichten vorhanden. Nur so viel weiß man mit Gewißheit, daß sie auch schon damals Ringkragen, Schärpen, ein schönes Wehrgehenk und auf der rechten Achsel ein Achselband trugen. Die Musketen wurden aus Danzig geliefert, und jeder Musquetir führte auch bei sich eine bunt angestrichene Gabel, auf welche er sein Gewehr legte, wenn er es abfeuern wollte. Auf den Hüthen hatten sie einen Federbusch, und über die eine Schulter ein ledernes breites Bandelier, an welchem die Patronen nebst der Lunte befestiget waren. Hingegen über die andere Schulter war ein Wehrgehenk, in welchem der Degen hing. Die Hosen waren sehr weit und mit Schleifen von Bändern versehen, welche Zierrath sich auch an den Schuhen befand. Die Pikenirer bedeckten ihren Leib mit einem Harnisch und ihr Haupt mit einem Kasket oder mit einer Pickelhaube.

Alle diese Einrichtungen waren nach holländischem und spanischem Fuße, welchen der Kurfürst vor Antritt seiner Regierung kennen zu lernen, Gelegenheit gehabt hatte. Die vorhin beschriebene Montirung trug aber nur die Leibgarde. Hingegen die übrigen Truppen waren schlecht gekleidet. Die Wibranzen, eine Art Landmiliz, die von den preußischen Ständen waren zusammen gebracht worden, und deren sich der Kurfürst anfangs am meisten bediente, trugen leinene Kittel. Die Kavallerie trug lederne Kollets, einen Brustharnisch, und um den Leib eine Schärpe. Auf dem Huthe eines jeden Reiters, welcher nur zwei Krempen hatte, war ein Federbusch angebracht. Das Haar wurde ganz frei getragen, nur die Officiere fiengen in diesem Zeitraume an Perrücken zu tragen. Einen Stutzbart trug sowohl der gemeine Soldat, als auch der Officier.

Gegen das Ende dieses Zeitraums erlitt das brandenburgische Soldatenwesen einige wesentliche Veränderungen. Die Pikenirer wurden abgeschafft und die ganze Infanterie bestand nunmehr aus Musketirern, welche auch nicht mehr die vorhin erwähnten Gabeln gebrauchten, sondern die Muskete aus freier Hand, aber doch vermittelst einer Lunte, abfeuerten *).

8. Von den Sitten und überhaupt von der Lebensart der damaligen Märker.

Das allgemeine Elend, welches während des dreißigjährigen Krieges die ganze Mark Brandenburg sehr drückte, hatte die Sitten nicht verbessert, sondern viel-

*) Versuch einer historischen Schilderung der Haupt u. s. w. Th. II. S. 491 — 494.

vielmehr verschlimmert. Die Menschen verwilderten, ergaben sich allen Arten von Lastern, überließen sich rauschenden Vergnügen und bewirkten auf diese Art eine gänzliche Zerrüttung ihrer Vermögens-Umstände.

Dies war nun besonders der Fall zu Berlin, welche Stadt das allgemeine Elend am wenigsten empfunden hatte. Gastmahle und Trinkgelage gehörten zu den vornehmsten Vergnügungen. Ueberhaupt nahm der Hang zur Schwelgerei sehr zu, woran freilich das Beispiel des kurfürstlichen Hofes sehr großen Antheil hatte. Wie sehr das übermäßige Trinken daselbst gebräuchlich gewesen ist, beweisen viele vorhandene Nachrichten. So wurden z. B. im J. 1624 bei dem kurfürstlichen Kindtaufen für den Hof 4000 Tonnen Bier gebraucht, wozu 285 Wispel und 18 Scheffel Malz und 98 Wispel Hopfen erforderlich gewesen waren. Und außerdem wurden auch noch viele fremde Sorten Bier, desgleichen auch verschiedene Arten Weine zu dieser Feierlichkeit herbeigeschafft. Ein gewisser Hr. von Burgsdorf sagte daher einsmals zu Friedrich Wilhelm, daß es zu seines Hn. Vaters Zeiten ein ander Leben gewesen und herrlich zugegangen wäre. Da hätte man noch durch Zechen ein stattliches Rittergut gewinnen können.

Auch fand man an öffentlichen Lustbarkeiten, nämlich an Gaukelspielen und Comödien sehr großen Geschmack. Und zwar ließen auf den Schulen die Schullehrer durch ihre Schüler Comödien aufführen. Der Kurfürst George Wilhelm eiferte sehr heftig gegen diese Art von Vergnügungen, wie man aus den noch vorhandenen kurfürstlichen Schreiben ersehen kann, die deshalb dem Magistrate waren zugeschickt worden. In denselben wird alles Komödienspielen auf den Schulen unter-

untersagt, nicht etwa aus dem wichtigen Grunde, weil dadurch der Hauptendzweck der Schulen vernachläßiget werde, sondern weil es sich für einen Christen bei solchen gefährlichen Zeiten nicht zieme. Ein anderer Grund, welcher in dem Schreiben an den Magistrat angeführet wird, daß nämlich die Obrigkeit in jetzigen Zeiten, in welchen viele ansteckende Krankheiten herrschten, das Zusammenlaufen der Menschen verhindern müsse, ist ohnstreitig der allerwichtigste. Nachdem er denselben angeführt hat, fährt er auf folgende Art in diesem Schreiben fort: „Ihr aber kehrt es gerade um, und, wenn gleich die Leute sonsten nicht Haufenweise zusammenlaufen, müßt Ihr sie darzu durch das unzeitige äffische Comödienspielen, gleichsam aufmuntern und anfrischen. Richtet also selbst, ob es wohl bedachtsam mit diesen barmherzigen Comödien zugangen."

Eben so nachdrücklich war auch das Schreiben, welches George Wilhelm in dieser Angelegenheit an die Rektoren, Conrektoren, und übrigen Collegen der beiden berlinischen Stadtschulen ergehen ließ. Es wurden in demselben die nämlichen Gründe angeführet, durch welche er genöthiget sey diese Sache zu verbieten. Um den Ton kennen zu lernen, welcher in diesem Schreiben herrscht, kann folgende Stelle dienen:

„Sehet ihr nicht, wie es überall so gefährlich um die liebe Religion stehet: ja wie ihrer sehr viele Schiffbruch der Seele darüber leiden. Und Ihr die Ihr litterati seyn wollet, lasset Euch solchen Schaden Josephs! gar nicht angehen: wendet vielmehr die Gedanken auf fröhliche aber der Zeit noch ganz unbequeme und ungeschickte Dinge! damit niemanden etwas gedienet, davon auch kein verständiger (dieweil es mit eurem Comoedienspielen ein lauter hölzernes Wesen ist)

ist) etwas, wenns auch gleich zu rechter Zeit geschiehet, halten kann *)."

Diese letzteren Worte zeigen zugleich an, daß die Schulkomödien, wie sich auch erwarten läßt, nicht vortheilhaft ausfielen. Es gab aber auch außerdem schon Schauspielertruppen. Ja sogar der Hof unterhielt eine solche **), von welcher der Junker Hanns von Stockfisch Direktor war.

Ueberhaupt waren unter der Regierung George Wilhelms sowohl die Sitten sehr verdorben, als auch der Luxus sehr empor gestiegen. Das Letztere fand zwar nur zu Berlin statt. Was aber die Verschlimmerung der Sitten betraf, so wurden auch schon die üblen Folgen auf dem platten Lande bemerkt. Die vollständigsten Nachrichten hierüber findet man in einer Schrift ***) in welcher der Kanzler von dem Borne dem Kurfürsten Friedrich Wilhelm bei dem Antritte seiner Regierung sowohl die Sitten, als auch den Luxus der Märker schildert.

Ehe ich die Sitten und überhaupt die Lebensart der Märker unter Friedrich Wilhelm beschreibe, will ich noch zuvor einige Stellen aus jener Schrift anführen.

Er

*) Historische Schilderung der Haupt- und Residenzstadt Berlin Th. I. S. 230—216.

**) Pluemicke berlinische Theatergeschichte. S. 53.

***) Consulatio Politico-Theologica. Ueber den gegenwärtigen betrübten und kümmerlichen Zustand der Kur- und Mark Brandenburg, durch Hanns George von dem Borne, Kurfürstl. Rath und Kanzler bei der Neumärkischen Regierung. Frankfurth an der Oder 1641.

Er sagt nämlich:

„Der größte Haufen am Hofe lebe in einem wüsten und heidnischen Wohlleben, in Fressen, Saufen, Huren, Spielen und anderer Ueppigkeit, und bringe die meisten Sonn- und Festtage mit Banqueten, Tourniren, Ringrennen, Macqueraden, Ballets und anderen weltlichen Lüsten zu. Des Marschalls Kleider, in denen er sich sehen lassen könnte, würden auf 50000 Rthl. geschätzt, und die Mäntel und Hosen der Edelknaben wären von schwarzem Sammet, mit goldnen Borten verbrämt, die Wämser von schwarzem Goldstück zerschnitten, und darunter Goldgestückte Hemden. Diesem Beispiele der Hauptstadt folgten die übrigen Städte. Ueberall würde es für Gottesdienst gehalten, sich an Sonn- und Festtagen stattlich auszuputzen, der Gewohnheit nach, zweimal in die Kirche zu gehen, und darauf zu fressen, zu saufen, spielen, spazieren, panquetiren und zu baliren. Alle Gasthöfe, Schenken, Wein- und Bierkeller wären voller Gäste, die bis in die Nacht sich toll und voll söffen, schwärmten und mit Trommeln, Pfeiffen und Geigen aufwarten ließen. Oft wären, nach geendigter Predigt in den Kirchen Comödianten, Fechtmeister, Springer, Tanzmeister, Bären- und Affenführer aufgetreten, die dem Volke zur Kurzweil ihre Possen sehen lassen, welchen die weisen Herren das ist, der Rath und die Geistlichkeit, mit sonderbarer Ergötzlichkeit beigewohnt hätten. Und diesen Beispielen folge nun auch das platte Land. Aus der heiligen Taufe wäre nunmehr Krämerei gemacht worden. Mancher hätte sich solcher dazu bedient, um große Mittel zusammen zu bringen, Geschenke, Präsenter und Kleinodien zu erwerben und zu dem Ende ganze Landschaften, Städte, Regimenter zu Roß und zu Fuß zur Gevatterschaft eingeladen, wobei denn etliche Tage weidlich

lich banquetiret, gefressen, gesoffen, getanzet, geschwärmet, und nicht anders ausgehalten worden, als wenn der türkische Kaiser zu Konstantinopel seinen Geburtstag zu begehen pflege. Die Hochzeiten würden unter hohen und niederen Standespersonen mit solchem Aufwande, Ueberfluß, Ueppigkeit, Wollust, Fressen und Saufen gehalten, daß die Hochzeiter und jungen Eheleute, gemeiniglich dasjenige, was sie von ihren Eltern oder Vorelternerbt, oder in der Zeit ihrer Jugend erworben hätten, an einem solchen Hochzeittage daran wenden müßten, sich dadurch zu Bettlern machten und durch Anschaffung prächtiger Kleider und anderen Ueberfluß, dermaßen in Schulden setzten, daß sie ihre Lebenszeit deren Tilgung nicht zuwege bringen könnten. Hiezu kämen noch die heidnischen Gewohnheiten und Feste, an Fastnachts-Martini und anderen Sauf- und Freßtagen, an welchen der Hof, und in den Städten alle Zünfte und Gewerker, mit Maskeraden und anderer Unsinnigkeit und Ueppigkeit in Quaas und Fraß die Zeit hinbrächten."

Auch eifert er sehr heftig gegen die Leichenbegängnisse, bei welchen die Gastmähler sehr oft mehr kosteten als das Vermögen des Verstorbenen betrage. „Und die Geistlichkeit (fährt er fort) sagt demohngeachtet, daß dieses Alles dem Verblichenen zur letzten Ehre gereiche und geschehen müsse."

Und den bei den Kleidertrachten herrschenden Aufwand beschreibt er auf folgende Art:

„In den Kleidertrachten begehe man so viele Ausschweifungen, daß kein Handwerker von einem Edelmann, und dieser nicht von einem Fürsten unterschieden zu seyn schiene; daß man statt der wollenen seidne Kleider brauche, daß man solche mit Gold sticke, und alle 4 Wochen neue Façons und Muster wähle, deren närri-

närrische und seltsame Erfindungen nicht zu beschreiben wären. Unsere Weiber und Töchter können ihren Vorwiß in dieser Vanität nicht genug büßen, sogar daß sie mit der natürlichen Gestalt und Farbe, so ihnen Gott der Schöpfer gegeben hat, nicht zufrieden seyn, sondern, damit sie weißer und schöner angesehen werden mögen, waschen sie sich mit gemischten und wohlriechenden Wassern, schminken und streichen sich an mit Farben, streuen Poudre de Cypre ins Haar, und tragen hohe Sturmhauben auf dem Kopfe, nicht anders, als wenn sie alles, was ihnen vorkömmt, niederreißen wollten."

Und außerdem tadelt noch der Hr. von **Borne**, daß die Mütter ihre Kinder nicht selbst säugen, sondern hierzu leichtfertige und muthwillige Bälge unterhalten, und daß sie schlechte Wirthinnen wären und ihren Mann nebst Kinder in Armuth versetzten. „Allein (fährt Borne fort) es geschieht denselben (nämlich den Männern) nicht Unrecht, nachdem sie sich des Regiments Gewalt und Herrschaft, so ihnen Gott der Allmächtige über die Weiber verliehen, ganz verzeihen, und sich ex luxuria et mollitie den Weibsbildern zu leibeigenen Knechten und Sclaven ergeben, sogar, daß sie auch ohne derselben Rath und Consens nichts thun oder vornehmen dürfen; welches dann, was nicht von den geringsten Corruptelen unsres Seculi, daß den Weibern so große Gewalt und Macht eingeräumet und wider die Gewohnheiten unser löblichen Voreltern in den Carossen, so heutiges Tages von unsern weiblichen Courtisanen und Cavallieren gebraucht werden, ihnen oftmals der Titel einer Königinn oder Göttinn gegeben, ja Hand und Fuß geküsset wird, welches vor eine große Galanterie und Geschicklichkeit gehalten wird."

Gesetzt auch, daß der Hr. von **Borne** von dergleichen Vergnügungen kein Freund gewesen sey, und daß folg-

folglich in diesen Stellen bisweilen einige Uebertreibung herrsche; so sieht man doch aus denselben, daß die Märker mit vielen Sachen des Luxus bekannt waren, und daß sie nicht die besten Sitten hatten.

Unter der Regierung Friedrich Wilhelms wurde zwar ein Anfang gemacht, das rohe Betragen zu verlassen, allein es gehört immer eine große Reihe von Jahren dazu, ehe deutliche Kennzeichen von solcher Verbesserung wahrgenommen werden können. Im Ganzen betrachtet blieben die Sitten des großen Haufens noch immer sehr verwildert und roh. Die Landstraßen wurden durch die Räuber unsicher gemacht und keine Post konnte ohne ein ansehnliches Reitercommando abgehen. Und die häufigen Hinrichtungen von Mördern bewiesen zugleich den hohen Grad von Immoralität. Und unter diesen armen Sündern befanden sich bisweilen auch Männer aus höheren Ständen. Ich will nur ein einziges Beispiel dieser Art anführen.

Im Jahre 1654 wurde zu Berlin auf dem Rabenstein ein gewisser Johann George von Hacke auf Karpzow gerädert, nachdem er vorher einigemal mit Zangen gekniffen worden war. Nach vollbrachter Hinrichtung wurde sein Körper aufs Rad gelegt, und noch denselben Abend nackend unter demselben begraben. Die Verbrechen dieses Menschen bestanden in folgendem. Er hatte seine eigene Frau, eine gebohrne von Quast auf eine grausame Art getödtet, und diese mit Hülfe seiner Concubine in den Brunnen geworfen. Hernach hatte er auch diese erschossen, und ihr die Pistole in die Hand gedruckt, damit es scheinen sollte, als habe sie sich selbst entleibt. Er gestand aber nicht nur diese Verbrechen ein, sondern bekannte auch, daß er mit dieser Person ein Kind erzeugt, welches sie auf seinen Befehl habe erdrosseln und im Garten begraben

müssen; daß er ferner mit vielen Weibern Ehebruch getrieben habe, auch mit einem alten 60jährigen Bäuerweibe, welcher er aber bei jedesmaliger Beiwohnung ein Tuch oder Kissen aufs Gesicht gelegt habe, um sie nicht sehen zu dürfen. Auch dieses alte Weib wurde an dem Tage der Hinrichtung mit Ruthen gepeitscht *).

Ueberhaupt begieng zu dieser Zeit der Adel wieder viele Ausschweifungen. Befehdungen und Zweikämpfe fielen sehr oft vor. Der Kurfürst machte zwar sehr scharfe Verbote bekannt und bestrafte auch diejenigen, welche denselben nicht gemäß handelten, mit Strenge: aber demohngeachtet konnten diese Mißbräuche, besonders der Zweikampf, nicht abgeschafft werden.

Daß aber die Ungesittheit besonders auch zu Berlin sehr groß müsse gewesen seyn, beweisen mancherlei Veranstaltungen, durch welche der Kurfürst denselben vorzubeugen suchte. So ertheilte er z. B. im J. 1665 den Geistlichen zu Berlin und Köln den Befehl, in einem Berichte die Laster anzuzeigen, welche in ihrem Kirchsprengel am meisten begangen würden und zugleich Mittel vorzuschlagen, durch welche man am leichtesten solchen Lastern steuern und wehren könne. Durch diese Veranstaltung wurde freilich der eigentliche Endzweck nicht erreicht, aber den Geistlichen größeres Ansehn und auch mancher Vortheil verschafft. Denn sie waren hierdurch gleichsam berechtigt, sich um die Angelegenheiten der Familien zu bekümmern **).

Jedoch

*) Versuch einer histor. Schilderung. Th. II. S. 71–72.

**) Versuch einer historischen Schilderung Th. II. S. 124–125.

Jedoch waren in mancher anderen Rücksicht die Sitten und Lebensart der Märker sehr lobenswerth; so zeichneten sie sich durch Biederkeit und Treuherzigkeit aus. Die Verstellung kannten sie nicht, denn diese verbreitet sich nur desto stärker, in einem je größeren Grade die Sitten an Feinheit zunehmen. Es herrschte unter ihnen große Zufriedenheit: denn ihr Körper war gesund und vollkommen ausgewachsen, und viele Arten von Krankheiten, welche heutiges Tages das Menschengeschlecht plagen, kannten sie nicht. Dies alles war die Folge von ihren wenigen Bedürfnissen. Sie hatten keine künstlich zusammengesetzte Speisen, sondern waren mit dem zufrieden, was ihr Boden hervorbrachte. Zwar waren sie Liebhaber vom Weine, jedoch war dies nur solcher, welchen der vaterländische Boden gezeugt hatte. Selbst auf der kurfürstlichen Tafel wurde nur Landwein, höchstens rheinischer Wein und Sekt gegeben. Sowohl Kaffee als auch Chokolate waren für die Märker in dem größeren Theile dieses Zeitraumes unbekannte Getränke. Der Tabak wurde erst unter Friedrich Wilhelm sehr bekannt; jedoch war man anfangs im Gebrauche desselben sehr mäßig, denn die Geistlichen eiferten auf den Kanzeln heftig gegen denselben und nannten ihn ein Präludium des höllischen Feuers. Den Landleuten soll er ganz fremd gewesen seyn. Zum wenigsten wird folgende Anekdote erzählt: Ein Mohr, welcher sich in dem Jagdgefolge Friedrich Wilhelms befand, bot einem Bauer eine Pfeife Tabak an. Dieser antwortete: Ne gnädiger Herr Düvel, ick freete keen Füer.

Diese Gnügsamkeit und Zufriedenheit der Brandenburger, die Bekanntschaft mit wenigen Bedürfnissen verschwanden aber am Ende dieses Zeitraumes.

Die Ursache hiervon war die Erscheinung der französischen Flüchtlinge in den brandenburgischen Staaten. Ueberhaupt hatten diese Ankömmlinge auf die Sitten und Lebensart der Märker einen großen Einfluß. Der gesellschaftliche Umgang wurde zwar geschmeidiger, allein dafür ging die deutsche Offenherzigkeit verlohren. Auch wurden die Märker von jetzt an mit mehreren Sachen des Luxus bekannter: denn Kaffee, Thee, Chokolate feine Weine und Liqueurs wurden sehr häufig gebraucht.

Was aber von den Fortschritten in den Wissenschaften angeführet wurde, gilt nur von den eigentlichen Gelehrten, die durch ihre Aemter zur Beschäftigung mit den Wissenschaften aufgefodert wurden. Hingegen eigentliche wissenschaftliche Kultur der ganzen Nation fand in diesen Zeiten noch nicht statt; sondern in den Köpfen der meisten Märker herrschte noch dicke Finsterniß. Um politische Begebenheiten bekümmerte man sich wenig oder gar nicht. Zwar erschienen zu der Zeit, als Ludwig XIV. mit Deutschland Krieg führte, mehrere politische Schriften: allein dieselben wurden nur von den Gelehrten und den hohen Ständen gelesen. Hingegen der Bürger bekümmerte sich um solche Sachen gar nicht, und wenn er ja etwas las, so waren es Leichenpredigten, Executionsberichte, Wunder- und Mordgeschichten. Das Einzige, woran die Bürger bisweilen Theil nahmen, und welches öfters den Gegenstand ihrer Unterhaltung ausmachte, waren die häufigen theologischen Streitigkeiten, welche damals besonders zwischen Reformirten und Lutheranern, der kurfürstlichen Verbote ungeachtet, statt fanden, und zu weiter nichts als zur Vermehrung der Intoleranz beitrugen.

Klüzer

Klüger hätten die Geistlichen gehandelt, wenn sie, statt sich mit leeren Wortstreitigkeiten zu beschäftigen, den Aberglauben aus den Köpfen ihrer Zuhörer hinwegzgeschaft hätten. Allein daran war nicht zu denken, denn selbst die Geistlichen waren dem Aberglauben ergeben. Auf den Kanzeln wurde mit heiligem Eifer behauptet, daß der Teufel Macht auf die Menschen habe. Dieser Satz hat sehr viel Böses gestiftet, denn hierdurch wurde jede Ausschweifung und jedes Verbrechen entschuldiget. Auch gab er Anlaß zu manchen thörichten Ceremonien, durch welche das Christenthum auf eine grobe Art entstellt wurde. Von dieser Beschaffenheit war z. B. die Austreibung des Teufels bei der Taufe, welcher Gebrauch in der lutherischen Kirche allgemein eingeführet wurde.

Man darf sich also nicht wundern, daß in diesen Zeiten der Glaube an Hexerei und Zauberei noch allgemeinen Beifall fand, daß Personen, welche wegen solcher Laster verdächtig waren, vor das Gericht gezogen und durch gerichtlichen Ausspruch auf eine grausame Art hingerichtet wurden. Dergleichen Hinrichtungen sind unter der Regierung Friedrich Wilhelms mehrere geschehen. Ich will nur eine einzige anführen, damit meine Leser mit der Art und Weise bekannt werden, wie man hierbei von Seiten der Obrigkeit verfuhr.

Im Jahre 1653 wurde ein alter Heideläufer, genannt Clauß, zu Berlin hingerichtet, weil er in dem Rufe stand, daß er ein arger und teuflischer Zauberer sey, welcher nicht nur den Leuten die gestohlenen und verlohrenen Sachen wieder verschaffen könne, sondern auch einen Geist besitze, der ihm alles, was er wissen wolle, berichte. Wegen dieses letzteren Punctes wurde er eingezogen, und ob er gleich selbst nach aus-

gestandener harten Tortur alles dieses leugnete, so wurde dennoch die Execution vollzogen.

Man sieht also hieraus, daß der Glaube an Hexerei und Zauberei sowohl bei den vornehmen als auch bei den geringen Ständen statt fand. Dies beweiset auch die vorhandene Verordnung des Berliner Magistrats vom J. 1675, in welcher unter andern auch die Worte stehen, daß sich ein jeder alles Gotteslästern, Fluchen, Schwören, Meineides, Zaubern, Hand und Crystalle sehen u. d. gl. enthalten solle — *). In dieser gerichtlichen Verordnung werden folglich die Zauberer mit aufgeführet. Und dieser Aberglaube hat so tiefe Wurzeln gefaßt, daß er sogar noch heutiges Tages bei dem ungebildeten Haufen der Menschen in Ansehn steht, und wahrscheinlich noch sehr lange in Ansehen bleiben wird, wozu manches Kirchenformular das Seinige beiträgt. **)

Dergleichen abergläubische Meinungen mußten der Moralität sehr schaden. Am meisten wirkte hierbei der Glaube an den Einfluß des Teufels auf die menschlichen Handlungen: denn viele überließen sich ihren Leiden-

*) Versuch einer historischen Schilderung der Haupt- und Residenzstadt Berlin. Th. II. S. 470—472, wo diese ganze Verordnung abgedruckt ist.

**) Siehe reformirtes Gesangbuch Berlin. 1790. 8. S. 511, wo das für unsere Zeiten nicht mehr passende Formular, welches noch heutiges Tages bei der Vorbereitung zum Abendmahl in den reformirten Kirchen vorgelesen wird, abgedruckt ist. In der daselbst befindlichen Liste von armen Sündern, die auf Befehl Jesu und des heil. Paulus vom Tisch des Herrn sollen ausgeschlossen werden, befinden sich auch die Zauberer und Wahrsager.

Leidenschaften, weil sie sich für viel zu ohnmächtig hielten, als daß sie dem allmächtigen Teufel Widerstand leisten könnten. Und daß damals Hurerei und Ehebruch sehr gangbare Laster müssen gewesen seyn, beweisen auch einige Edicte des Kurfürsten Friedrich Wilhelm, in welchen für diejenigen, die solcher Laster sich schuldig machen, harte Strafn bestimmt worden. Von dieser Art war z. B. der Befehl, welchen er im J. 1680 dem Magistrat der Residenzstädte Berlin, Köln und Friedrichswerder zuschickte. In demselben wird der Magistrat aufgefordert genau Acht zu haben auf alle Hurenhäuser und Hurenwinkel, und diejenigen, welche eines solchen Lasters schuldig befunden würden, zur ernstlichen Strafe zu ziehen, damit andere sich daran spiegeln könnten.

Noch weit merkwürdiger ist ein ähnliches Edict des Kurfürsten, welches den 8ten Mai des J. 1688 bekannt gemacht wurde. Dasselbe bestimmt sehr harte Strafen auf gewisse Vergehungen, von welchen die meisten heutiges Tages gar nicht bestraft werden. Die Hauptpuncte desselben sind folgende:

1. „Daß diejenigen, welche Ehebrüchlich werden, beide verehlichte, oder ein Lediger mit einem Eheweibe zu schaffen gehabt, dieselben am Leben gestraft werden sollen."

2. „Daß mit gleicher Bestrafung ein Ehemann oder ein Weib zu belegen sey, welche bei stehender Ehe eine andere Person in Gestalt der Ehe, betrüglicher Weise nimmt."

3. „Diejenigen nicht weniger am Leben gestraft werden sollen, welche beim Leben ihres Ehegatten sich mit einer anderen Person öffentlich vertrauen, und

fleischlich vermischen, obschon keine gewöhnliche Einsegnung vorgegangen."

4. „Soll die Todesstrafe an Eltern und Kindern, welche sich vermischen, ebenmäßig vollzogen werden, dafern

5. „Ein Ehemann mit einer ledigen Dirnen würde zu schaffen haben, sollen dieselben beide, und zwar das Weib, sofern sie um des Thäters Ehestand gewußt, ausgestrichen, wann aber die That zum andern und drittenmal begangen würde, dieselben am Leben gestraft werden, und falls die Thäter beim Leben gelassen und etwa mit Gelde, Gefängniß oder Landesverweisung gestraft werden, von denen öffentliche Kirchenbuße verrichtet, da auch

6. „Dergleichen Unzucht unter nahen Blutsverwandten vorgehet, soll die Strafe nach Befinden geschärft werden."

Auch schon vor Erscheinung dieses Edictes wurden dergleichen Laster mit Strenge bestraft. Im J. 1653 wurden solche Verbrecher aus dem Lande gejagt, und nach Befinden der Umstände zuvor auch noch mit Ruthen gepeitscht. Einer solchen Strafe waren auch die Soldaten unterworfen, welche gleichfalls, sobald sie eines solchen Lasters überführet waren, über die Grenze gebracht wurden *).

Daß in diesem Zeitraume, was die Kleidung betrift, ein großer Aufwand herrschte, ist schon angeführet worden. Allein über die Beschaffenheit der Kleider

*) Versuch einer historischen Schilderung u. s. w. Th. II. S. 69.

der selbst hat man wenige Nachrichten. Mit Sorgfalt sind dieselben gesammelt in der eben angeführten Schrift S. 478.

Der am Ende des dreißigjährigen Krieges entstandene Mangel war Ursach, daß die Kleidungsstücke zu dieser Zeit weniger prachtvoll waren, als vormals. Dies dauerte aber nur einige Jahre und die alte Pracht kehrte wieder zurück. Den Ton hierzu gab der kurfürstliche Hof an: denn Friedrich Wilhelm sahe es sehr gerne, wenn sowohl seine sämmtlichen Hofleute als auch seine Diener gut gekleidet gingen.

Die Fest- und Sonntagskleider waren von schwarzer Farbe. Und der größte Aufwand bei dem weiblichen Putze bestand in Geschmeide von Edelgesteinen, Perlen und Gold. Der Verfasser der angeführten Schrift beschreibt einige aus jenen Zeiten vorhandene Gemählde, welche allerdings das meiste Licht über diese Sache verbreiten. Er beschreibt nämlich 2 Gemälde, von welchen das Eine ein im J. 1642 verstorbenes Fräulein von Marwitz vorstellt, und das andere das Gemälde eines Frauenzimmers aus dem Mittelstande vom Jahr 1660.

Die Beschreibung von dem ersten Gemälde lautet also:

„Die Haare sind nach dem Hintertheile des Kopfes glatt aufgekämmt, doch so, daß sie drei hintereinander folgende sanfte Erhöhungen, stufenweise bilden. Hinten sind sie in eine Flächte zusammen geschlagen, und über diese steckt eine von Golddrath und mit Perlen und Edelgesteinen stark besetzte kleine Mütze, in Gestalt einer Krone, welche in der Mitte offen ist. — In den Ohren hängen bis auf die Schultern ein paar äußerst große Gehänge, deren Obertheile Ringe wa-

ren, welche eigentlich zur Befestigung dienten. Dann folgte ein dreifach durch diese Ringe in eine Schleife gezogenes schwarzes Band, an welchem der schwere Ohrenschmuck von drei ovalen Perlen, an einem mit allerlei Edelgesteinen besetzten goldnen Zierrath hing. Um den Hals zieht sich ein Perlenschmuck, welcher auf einer schwarzen breiten Kante, vermuthlich um ihn mehr zu heben, geheftet ist, der sich in zwo Streifen über die Brust herunter zieht und sehr groteskes Geschmeide festhält, das mit vielen Edelgesteinen, unter welchen sich der Rubin besonders häufig befindet, auch Perlen besetzt ist, und en miniature dem sogenannten Licht und Recht ähnlich sieht, das der Hohepriester der Juden ehemals zu tragen pflegte. Da man an dem Körper des Fräuleins nichts, außer dem Gesicht und den Händen entblößt sieht; so ist der ganze Busen mit einem Tuche bis an den Hals eingehüllt, dessen Saum mit einer sehr breiten Einfassung von Kanten mit großen Mustern gezieret ist, und der sich nach dem Rücken zu bis über die Mitte des Körpers herunterzieht. Ueber solchem Tuche und den Schultern hängen 6 Schnüre Perlen, die, da sie sich bis zum Ende der Taille herabsenken, eine weit gedehnte Peripherie beschreiben. Diese Taille entdeckt man an einem Gürtel von ponse rothen, bogenweise ausgezacktem Bande. Das Kleid selbst ist von schwarzem geblümten Stoff mit großen Mustern. Der Rock hat viel Falten und wird in der Mitte, vom Nabel an, bis auf die Füße, durch eine Menge kleiner Knöpfchen zusammen gehalten. Die Ermel sind oben ausgeschlitzt, wodurch man Pauschen vom Hemde durchgezogen sieht. Alle Oeffnungen und Extremitäten dieses Kleides, sind mit Borten und schwarzen Kanten eingefaßt und gezieret. Dies gilt auch von dem schwarzen seidnen Mantel, der über die Schultern geht, und den ganzen hinter Theil des Körpers

pers bedeckt. Zu Ende jeden Ermels siehet man eine aufgeschlagene und fest anliegende zwiefache und mit Spitzen besetzte Manschette, die unten mit einer Einfassung von rothem Bande gezieret sind. Hierauf folgt eine goldene Kette um jeden Obertheil der Hand, deren Finger sehr reichlich mit Ringen staffiret sind. Endlich hält sie einen Wedel von schwarzen Federn in der Hand, dessen Griff die Gestalt einer weißen Lilie hat, und am Ende mit einer Quaste von rothem Bande versehen ist. Das Ganze dieser Bekleidung macht keine sonderliche Wirkung auf das Auge, das an unsere neuere leichte Moden gewöhnt ist, weil alles mit Schmuck überladen und der Körper versteckt wird, ohne daß man seine wahre Form entdecken kann."

Das andere Gemälde, welches ein Frauenzimmer aus dem Mittelstande vom Jahre 1660 vorstellet, beschreibt derselbe Schriftsteller auf folgende Art:

„Der Kopf ist mit einem weißen Tuche eingehüllt, welches da fest anliegt, wo der Haarwuchs aufhöret. Darüber siehet man ein simples Kopfzeug, das in der Gegend der Kinnbacken eine Ausschweifung macht, oder vom Kopfe absteht, und unter dem Kinn, von einem mit Edelgesteinen, und schmalen buntfarbigten Bändern gezierten, goldenen Hefte, zusammen gehalten wird. Den Busen deckt völlig ein weißer Kragen, dessen Obertheil, am Halse mit einer Kante, der Untertheil aber mit einem breiten Saume versehen, und in der Mitte, wo er eine Halbscheid macht, mit einem größeren Hefte, vorbeschriebene Art befestiget ist. Das Kleid ist von schwarzer Farbe, hat eine gute Taille und kurze Ermel, die sich über den Ellebogen enden, und mit kleinen Bändern gezieret sind, welche sich auf dem hervorpauschenden Hemde auszeichnen, dessen Untertheil eine ziemlich große Manschette von Spitzen hat.

Wo die Hand angeht, erblickt man auf jeder Seite ein goldnes Armband, aus kleinen Kettgen zusammen gesetzt, und mit einem Edelgesteine gezieret. Eine Hand hält eine Zitrone, und die andere stützt sich auf ein stark mit Silber beschlagenes Gesangbuch; die Attribute einer ehrbaren Person.

Auf diese Art war also die weibliche Kleidung noch zur Zeit Friedrich Wilhelms beschaffen; allein unter derselben Regierung ging mit dieser Sache eine große Veränderung vor, als die französischen Flüchtlinge sich in der Mark Brandenburg niedergelassen hatten. Von dieser Zeit an wurden die französischen Moden angenommen, die aber so oft Veränderungen erlitten, daß ich die Grenzen dieses Werkes überschreiten müßte, wenn ich von allen diesen Moden Nachricht ertheilen wollte. Nur dieß muß ich hierbei anführen, daß diese Veränderung damals großes Aufsehen erregte, manchem Geistlichen Herrn Stoff gab, des Sonntags eine Stunde auf der Kanzel zu sprechen, und manchem strengen Moralisten Gelegenheit verschafte, in einer besondern Schrift gegen die Thorheit seiner Zeitgenossen zu Felde zu ziehen *).

Auch

*) Eine Schrift dieser Art war folgende: Der gedoppelte Blasbalg der üppigen Wollust, nämlich die erhöhte Fontagne und die bloße Brust, mit welchem das alamodische und die Eitelkeit liebende Frauenzimmer in ihrem eigenen, und vieler unvorsichtigen Mannspersonen sich darinne vergassenden Herzen ein Feuer der verbotenen Liebesbrunst angezündet; so hernach zu einer hellleuchtenden grossen Flamme einer bitteren Unlust ausschlägt, Jedermänniglich, absonderlich dem Tugend und Ehrbarkeit liebenden Frauenzimmer zu guter Warnung und

Auch mit der männlichen Kleidung ging eine sehr große Veränderung vor, denn auch diese mußte sich nach der französischen Mode bequemen. Vor dieser Zeit aber war diese Mode sehr einfach. Die schwarze Farbe war die prachtvollste. Dieselbe fand auch bei allen Kleidern derjenigen statt, welche in ansehnlichen Aemtern standen. Die ganze Kleidung bestand aus einem festanliegenden Wammes von Sammt, seidenem Zeuge oder Tuch. Die Verzierungen desselben waren viele Knöpfe und starke Säume. Ueber dasselbe war ein Bandelier angebracht, welches aus Sammet verfertiget und mit Borten und Franzen besetzt war. Und auf der Brust trugen sie eine goldne Kette, an welcher ein Gnadenpfennig hing, und um den Hals einen weißen glatt anliegenden Kragen, der sich bis über die Brust ausbreitete und dessen Enden mit einem breiten Saume oder mit feinen Spitzen geziert waren. Das Haar war von beiden Seiten herunter gekämmt, und an demselben keine künstlichen Verschönerungen angebracht. Und

und kluger Vorsichtigkeit vorgestellet und zum Druck befördert durch Ernestum Gottlieb von Veran, Anno 1689. Der in dieser Schrift herrschende Ton ist sehr rauh und grob. Einige Ausdrücke zur Probe: Die Madame de Fontagne, welche Erfinderinn dieser Mode seyn soll, wird eine Concubine, ehebrecherische Hure und Canaille, und die Zeigung der bloßen Brüste ein Hurenschmuck genannt. Und in demselben Geiste ist auch der dieser Schrift beigefügte Titelkupferstich. Auf demselben befindet sich ein Todtenkopf, welcher auf kreuzweise geschmückten Knochen ruhet, und mit einer Fontagne versehen ist. Ueber demselben ist ein Teufel abgebildet, der auf seinen Hörnern eine Fontagne trägt und zwei auf jeder Seite des Monuments stehende, mit Fontagnen und bloßen Brüsten sich auszeichnende Damen am Stricke hält.

Und man trug einen kleinen oder einen Stutzbart, sammetne Hüte, festanliegende Beinkleider, breite Schuhe und Mäntel, die im Winter mit Pelzwerk besetzt waren.

In der Folge erlitt diese Kleidung mancherlei Veränderungen, wie die verschiedenen vorhandenen Gemälde anzeigen. Allein alle diese Abänderungen zu beschreiben würde zweckwidrig seyn, da ich nicht die Absicht habe, eine Geschichte der Moden zu schreiben *).

*) Versuch einer historischen Schilderung der Haupt- und Residenzstadt Berlin B. II. S. 478 u. f.

Vierter Abschnitt.

Enthält die Geschichte der preußischen Länder unter der Regierung der Könige Friedrichs I. und Friedrich Wilhelms I. v. J. 1688—1740.

I. Friedrich III. als König Friedrich I. v. J. 1688—1713.

Dieser Abschnitt fängt mit der Erzählung der Regierungsgeschichte eines Fürsten an, welchem nicht nur gleichzeitige, sondern auch spätere Schriftsteller Lobsprüche, die ihm nicht zukamen, ertheilt haben. Jene waren Schmeichler und diese Nachbeter. Erst in neueren Zeiten hat die Wahrheit ihre eigentlichen Rechte bei der Geschichte dieses Fürsten gegen die kriechende Schmeichelei vertheidiget und behauptet.

Zwar

Zwar ist der eigentliche Werth dieses Fürsten auch schon von dem Freiherrn von Pöllnitz *) welcher an dem Hofe desselben lebte, und die Stelle eines Kammerjunkers bekleidete, ziemlich richtig angegeben worden, aber noch treffender und der Wahrheit angemessener von Friedrich dem Großen.

Friedrich III. hatte einen kleinen ungestalteten Körper. Er war der Eitelkeit, der Pracht, der Verschwendung in einem sehr hohen Grade ergeben. Wankelmuth, Argwohn und Jähzorn beherrschten ihn. Günstlinge konnten aus ihm machen was sie wollten, ihn zu solchen Dingen, die ihren Absichten entsprachen, bereden. Er war freigebig bis zur Verschwendung und im höchsten Grade eitel und prachtliebend. Und kein Preis war ihm zu hoch, wenn es auf Befriedigung seiner Prachtliebe und überhaupt seiner Leidenschaften ankam. Friedrich der Große sagte von ihm: „Er verhandelte das Blut seiner Unterthanen den Engländern und Holländern, wie die umherschweifenden Tatarn ihre Heerden den Podolischen Schlächtern zur Schlachtbank verkaufen. Als er nach Holland kam, um die Erbschaft König Wilhelms in Empfang zu nehmen, war er im Begriff, seine Truppen aus Flandern zurück zu ziehen, aber man gab ihm aus diesem Nachlaß einen großen Diamant, und es ließen sich 15000

*) Pöllnitz Memoiren zur Lebens- und Regierungsgeschichte der vier letzten brandenburgischen Regenten. Berlin 1791. B. 1. S. 207 — 209.

**) Friedrichs II. Königs von Preußen, Nachrichten zur brandenburgischen Geschichte. Berlin 1795 S. 194 — 198. — Sowohl diese beiden Schriften als auch die bei der Geschichte Friedrich Wilhelms sind bei der Ausarbeitung dieses Abschnittes benutzt worden.

15000 Mann im Dienste der Verbündeten todtschlagen.

Und sein Talent war so schwach, daß er nicht einmal die treuen und geschickten Diener von den unwürdigen unterscheiden konnte. Man darf sich also nicht wundern, wenn unter seiner Regierung die Armen gedrückt wurden, um die Reichen noch reicher zu machen; wenn die Günstlinge seine Freigebigkeit rühmten, während daß das Herzogthum Preußen, wo damals Hunger und ansteckende Krankheiten wütheten, von seiner Freigebigkeit auch nicht die geringsten Beweise aufweisen konnte. Kurz seine Freigebigkeit war tadelnswerth: denn sie war nicht ein Werk der reifen Ueberlegung, sondern des Zufalls. Dies letztere fällt sehr oft deutlich in die Augen. So erhielt z. B. ein Jäger, der ihm einen Hirsch mit einem hohen Geweihe aufgetrieben hatte, zum Geschenk ein Lehngut, dessen Werth 40000 Rthl. betrug *).

Mit Unrecht rühmt Pöllnitz von ihm, daß das gegebene Wort ihm heilig gewesen wäre und daß man mit Gewißheit auf seine Versprechungen hätte rechnen können. Dies Lob stimmt mit seiner Wankelmuth nicht überein, und in vielen Fällen, wo er seine Versprechungen erfüllte, geschahe es nicht aus Grundsatz, sondern aus Schwäche.

In Religionssachen dachte er nicht aufgeklärt. Und manche Stunde widmete er dem Nachdenken über einen unausführbaren Plan, welcher sich gleichfalls auf irrige Religionsbegriffe gründete: denn alle drei herrschenden Religionsparteien zu vereinigen, das heißt, die

*) Friedrichs des Großen Nachrichten u. s. w. S. 496.

die reformirte Lehre zur alleinherrschenden zu machen, war seine Lieblingsidee, welche ihn unaufhörlich beschäftigte. Auch soll er ein Gebetbuch verfertiget haben, welches aber, wie Friedrich der Große behauptet, zu seiner Ehre niemals gedruckt worden ist.

Dieser kurze Abriß des Charakters Friedrichs III. welcher in kleinen Dingen groß, aber in großen klein war *), ist als Einleitung zur Regierungsgeschichte dieses Fürsten hinlänglich. Anjetzt muß eine Erzählung der wichtigsten Begebenheiten, welche sich unter diesem Fürsten zutrugen, und zugleich eine Darstellung von dem Verhalten desselben bei den verschiedenen Vorfällen folgen, welches als der sicherste Beweis der obigen Behauptungen im Betreff seines Charakters kann angesehen werden.

Friedrichs Geburt und Erziehung.

Friedrich III. wurde den 1sten Julius (und nach dem verbesserten Kalender den 11ten Julius) 1657 zu Königsberg in Preußen gebohren. Der Name seines Geburtsortes gab den Gelegenheitsdichtern die Veranlassung, ihm eine Königskrone zu prophezeihen und der Zufall hat die Aechtheit dieser Weissagung bestätiget. Die Ungestaltheit seines Körpers war eine Folge von der Nachlässigkeit seiner Amme, die ihn rückwärts hatte herabfallen lassen.

Man kann zwar schon erwarten, daß der Kurfürst Friedrich Wilhelm der Große auf die Erziehung sei-

*) Nachrichten zur brandenburgischen Geschichte u. s. w S. 198.

seines Nachfolgers die gehörige Sorgfalt werde angewendet haben; allein dies ist auch in der That der Fall. Die Erziehung des jungen Prinzen wurde dem Oberpräsidenten dem Freiherrn **Otto von Schwerin**, einem gelehrten und rechtschaffenen Manne übertragen. Dieser sorgte für geschickte Lehrer und der junge **Friedrich** erhielt, in Rücksicht seiner Talente, ansehnliche Kenntnisse in der lateinischen Sprache, der Geschichte und mehreren anderen Fächern. Mit der größten Sorgfalt wurden ihm die Meinungen der reformirten Religion eingeprägt: denn **Schwerin** war so eifrig reformirt, daß er im Testamente alle seine Kinder von der Erbschaft ausschloß, welche dereinst der allein seligmachenden reformirten Kirche untreu werden würden. Man darf sich also nicht wundern, daß sich **Friedrich** III. als einen blinden Eiferer für die reformirte Lehre zeigte, besonders wenn man erwägt, daß nicht ein geringer Grad von Bildung und nicht gewöhnliche Talente hinreichend sind, um die in der Jugend eingesogenen Vorurtheile zu bekämpfen.

Die größten Verdienste um die Erziehung dieses Prinzen hatte ohnstreitig **Eberhard von Dankelmann**, der Sohn eines oranischen Landrichters zu Lingen. **Friedrich Wilhelm der Große** hatte auf einer Reise die Bekanntschaft dieses Mannes gemacht und ihn zum Secretair und Lehrer bei dem Prinzen **Friedrich** ernannt. **Dankelmann** besaß in der That viele Kenntnisse und verband mit denselben einen richtigen Geschmack. Und durch sein kluges Betragen wußte er auch die Gunst **Friedrichs** III. in einem sehr hohen Grade zu erhalten, und nur die Wankelmuth des letzteren war schuld, daß er für seine wichtigen Dienste mit dem schwärzesten Undank belohnet wurde.

Regierungsantritt Friedrichs III. und die Geschäfte desselben bis zum Ausbruch des Kriegs mit Frankreich.

Nachdem am 29ten April 1688 Friedrich Wilhelm gestorben war; übernahm Friedrich III. die Regierungsgeschäfte. Liebe zur Pracht zeigte er schon kurz nach dem Antritt seiner Regierung und zwar bei dem Begräbnisse seines Vaters.

Alles, was er anfangs that, erregte große Erwartungen. So bestätigte er z. B. die obersten Staatsräthe, Dánhof, Meinders, Fuchs, und Grumbkow in ihren Aemtern, welche unter der Regierung seines Vaters dem Lande wichtige Dienste geleistet hatten, und dieses auch noch ferner würden gethan haben, wenn der neue Regent sich ihres Rathes bedient hätte. Auch der Feldmarschall Derfling erhielt das Zutrauen des neuen Regenten, welches er auch im hohen Grade verdiente. Dieser Mann verdankte seine Größe nicht der Geburt, sondern seinem wahren Verdienste. Er war aus Böhmen gebürtig und zwar von niederer Herkunft. Da das Schneiderhandwerk welches er erlernen sollte, ihm misfiel; so verließ er sein Vaterland und nahm sächsische Kriegsdienste. In kurzer Zeit erwarb er sich so große Verdienste, daß man ihn zum Officier ernannte. Bald nachher trat er aus dem sächsischen Dienste in den schwedischen, in welchem er sich bis zum General empor schwang. Und zuletzt nahm er Dienste bei dem Kurfürsten Friedrich Wilhelm, von welchem er zum Feldmarschall ernannt wurde. Unter Friedrich III. blieb er in Ansehen und Ehren und erreichte ein Alter von 90 Jahren. Sehr oft findet man zwar, daß Menschen, die von niederer Herkunft zu hohen Würden sich empor schwingen, in das

Laster

Laster des Stolzes verfallen: allein dies fand bei ihm nicht statt, sondern er zeigte im Gegentheil gegen solche Menschen Verachtung, die vermöge der Eingeschränktheit des Verstandes das wahre Verdienst nur in den Erbadel setzen. Als einstmals der Herzog von Holsteinbeck in Derflings Gegenwart verächtlich vom Schneiderhandwerk sprach, sagte letzterer: „Es ist wahr, daß ich für die Elle bestimmt war: aber Gott hat mich für den Degen bestimmt. Ich weiß nun damit so gut umzugehen, daß ich diejenigen, welche meiner Würde vergessen wollen, nachdrücklich mit selbigem zu messen verstehe."

Und die Anzahl der vorhin genannten Räthe vermehrte Friedrich III. auch noch durch seinen Freund und Liebling **Eberhard von Dankelmann**, welcher zuletzt das Oberhaupt des Staatsrathes wurde und den Titel eines Oberpräsidenten erhielt.

Die erste wichtige Erklärung welche der neue Regent bekannt machte, betraf das väterliche Testament seines Vaters, nach welchem auch seine Stiefbrüder regierende Herrn werden sollten. Er verwarf dasselbe, weil nach alten Familienverträgen keine Ländertheilung statt finden könne, zugleich versprach er aber auch seinen Brüdern einen standesmäßigen Unterhalt zu ertheilen. Diese und besonders seine Mutter **Dorothea** schrieen über Ungerechtigkeit und foderten den Kaiser auf, für die Gültigkeit des Testamentes Sorge zu tragen. Dies alles war umsonst. Und die verwittwete Kurfürstin **Dorothea** erlebte das Ende dieses Streits nicht: denn sie starb schon im Jahr 1689 den 6ten August. Nach mehreren vergeblich angestellten Versuchen bequemten sich endlich die Söhne aus der zweiten Ehe **Friedrich Wilhelms** zu einem Erbvergleich, welcher den 3ten März 1692 zu Pots-

dam errichtet wurde, und durch denselben erhielten sie ansehnliche Einkünfte, und auch einige Herrschaften, aber ohne Landeshoheit *).

Am 14ten Junius des Jahres 1688 ließ sich der neue Kurfürst von den sämmtlichen Marken, huldigen. Die Streitigkeit wegen jenes Testamentes verursachte also keinen Aufschub dieser Feierlichkeit in der Mark Brandenburg. In den übrigen brandenburgischen Provinzen geschahe zwar die Erbhuldigung später: allein die Ursach dieses Aufschubs lag nicht blos in jener Familienstreitigkeit, sondern auch in einigen anderen Umständen.

Zustand der übrigen europäischen Staaten bei dem Regierungsantritt Friedrichs III. desselben Theilnahme an dem Kriege gegen Frankreich und die übrigen wichtigen Begebenheiten während dieses Krieges.

Europa befand sich bei dem Anfange der Regierung dieses Kurfürsten nicht in Ruhe, sondern ausgebrochene Kriege hatten den Frieden bereits unterbrochen,

*) In dem Versuch einer historischen Schilderung der Haupt- und Residenzstadt Berlin Th. 3. S. 10. u. in der daselbst befindlichen Anmerkung wird angeführt, daß die schriftliche Disposition Friedrich Wilhelms welche er zum Besten seiner Kinder aus der zweiten Ehe habe verfertigen lassen, bis jetzt noch nicht bekannt worden sey, und daß weder dasjenige, welches unter den Gundlingischen Manuscripten, wie Buchholz Th. IV. S. 173 u. 174 versichert, befindlich seyn soll, noch das andere, welches Moser in seinem patriotischen Archiv Th. IX. S. 190 anführt, ächt und authentisch seyn sollen.

chen, und die größte Wahrscheinlichkeit war vorhanden, daß dieses auch noch in anderen Gegenden geschehen werde *). Der Kaiser war in einem Kriege mit den Türken und mit den mißvergnügten Ungarn verwickelt. Der König von Frankreich Ludwig XIV. suchte seine Grenzen auf Kosten des deutschen Reichs zu erweitern, und ein Krieg auf dieser Seite war also unvermeidlich. Und der Prinz Wilhelm III. von Oranien machte Anstalten sich des englischen Thrones zu bemächtigen.

Friedrich III, welcher von seinem Vater auf dem Sterbebette war aufgefodert worden, jenen Prinzen zu unterstützen, fand sich hierzu nicht abgeneigt, da überdies nahe Verwandschafts-Bande ihn hierzu noch mehr aufforderten. Wilhelm von Oranien hatte einen gewissen Wilhelm von Benting nach Berlin geschickt, welcher außer dem Auftrage die Gratulation und Condolenz-Complimente abzustatten, auch den geheimen Auftrag hatte, mit dem neuen Kurfürsten wegen eines Bündnisses zu unterhandlen. Das wesentliche dieser Sache kam auch zu Berlin zu Stande. Das Uebrige wurde zu Zelle und Minden verabredet, an welchem letzteren Orte der Kurfürst und der Prinz von Oranien eine mündliche Unterredung hielten. Kurz nachher gingen 6000 Brandenburger unter Schombergs Anführung nach England, und zugleich der Prinz Wilhelm von Oranien.

Wilhelm schickte die Bekanntmachung voran, daß nur die Beschützung der großbrittanischen Kirche ihn zu dieser Unternehmung bewogen habe, weil er vorher sehen konnte, daß er auf solche Art einen stär-

*) Galletti's Geschichte der Deutschen. 4.

kern Anhang finden werde. Ein Amsterdamer Jude, Nahmens Schwarzau, lieh ihm zu dieser Unternehmung 2 Millionen Thaler, und sagte dabei: „Sind Sie glücklich, so geben Sie mir das Geld wieder, das weiß ich; sind Sie unglücklich, so lasse ich mir den Verlust gefallen" *).

Diese Unternehmung wurde sehr glücklich ausgeführet: Jacob mußte der Regierung entsagen und entfloh mit genauer Noth nach Frankreich, wo er nicht einmal die gehörige Achtung, noch viel weniger Beistand fand. Hingegen sein Schwiegersohn **Wilhelm von Oranien** bestieg mit Einwilligung der Nation den großbrittanischen Thron.

Kaum hatte **Friedrich III.** die Nachricht von dieser glücklichen Unternehmung erhalten; so erklärte er sich gegen Frankreich. Diese Macht hatte grade damals dem deutschen Reiche den Krieg angekündiget. Zum Vorwande hatte er gebraucht die Ansprüche seiner Schwägerin, der **Herzogin von Orleans**, welche den Besitz einiger zur Pfalz gehörigen Ländereien verlangte, zweitens das Augspurgische Bündniß, und drittens, die Ausschließung des Kardinals von Fürstenberg vom Erzbisthum Köln. Die eigentlichen Ursachen des Krieges, welchen **Ludwig XIV.** zwei Jahre nach dem auf zwanzig Jahre mit Deutschland geschlossenen Bündnisse anfing, war der Wunsch sich alles dessen zu bemächtigen, was ihm durch die Reunionskammer war zuerkannt worden, und den Fortschritten des Kaisers Einhalt zu thun. Er griff also Deutschland an, um die Türken, welche eben einen Frieden zu schließen

*) Friedrichs des Großen Nachrichten zur brandenburgischen Geschichte. S. 153.

ßen wünschten, zur Fortsetzung des Krieges aufzumuntern.

Der Kaiser Leopold, da es ihm an Macht fehlte, um mit den Türken und Franzosen zu gleicher Zeit Krieg führen zu können, hätte freilich mit den Ersteren einen Frieden schließen sollen, besonders, weil die Ungarn seinen ältesten Sohn Joseph als König anerkennen und die Erblichkeit der ungerischen Krone seinem Hause zugestehen wollten. Allein er glaubte, daß diese Nation noch nicht hinlänglich gedemüthiget sey und daß er von Ludwig XIV. nichts zu besorgen habe, weil Spanien, England, Holland und die deutschen Reichsstände hinlänglich seyn würden, um den ungerechten Anmaßungen des Königs von Frankreich Einhalt zu thun.

Die Franzosen gingen zu einer Zeit, als man in Deutschland auf einen Krieg noch nicht vorbereitet war, über den Rhein und besetzten in kurzer Zeit Schwaben und die Pfalz, welche Länder schreckliche Bedrückungen erdulden mußten. Der Kurfürst von Brandenburg Friedrich III. war mit dem Betragen des Kaisers nicht zufrieden und hatte verschiedene, aber fruchtlose Gegenvorstellungen gemacht: denn der Krieg mit den Türken wurde aufs Neue angefangen und mit großer Lebhaftigkeit geführet. Demohngeachtet wurde des Kurfürsten Eifer für das Wohl des deutschen Reichs zu sorgen, nicht geschwächt, sondern nur desto mehr belebt, ob ihm gleich von Ludwig XIV. die Versicherung war ertheilet worden, daß seine westphälischen Länder nicht feindselig sollten behandelt werden, wenn er sich für die Neutralität erklären würde. Allein der große Haß, welchen er gegen Frankreich gefaßt hatte, und die allgemein in Deutschland verbreitete Besorgniß, Ludwig XIV. habe die Absicht eine Universalmon-

monarchie zu errichten, erlaubten ihn nicht, Frankreichs Anträgen Gehör zu geben, sondern er schloß zur Vertheidigung des deutschen Vaterlandes noch im Jahre 1689 mit dem Kurfürsten von Sachsen, dem Herzoge von Lüneburg-Zelle, und dem Landgrafen von Hessen ein Bündniß zu Magdeburg und machte sich dadurch anheischig, eine aus 24000 Mann bestehende Armee zusammen zu bringen. Und außerdem versprach er noch die Vertheidigung des Niederrheins über sich zu nehmen.

Er leistete also mehr, als man von ihm als deutschem Reichsstande, fodern konnte. Dies empfanden besonders die Einwohner in den brandenburgischen Ländern, welchen schon in den ersten Regierungs-Jahren mehrere Abgaben auferlegt wurden, als sie bis jetzt zu zahlen gewohnt gewesen waren, denn die Bestreitung der Kriegskosten erfoderte nicht nur großen Summen Geldes, sondern auch der Aufwand Friedrichs III. welcher die Kunst sich einzuschränken nicht im Geringsten verstand. In der Folge werde ich Gelegenheit haben über die drückenden Abgaben mehreres anzuführen. Anjetzt aber sollen in der größten Kürze die wichtigsten Begebenheiten des Krieges mit Frankreich angeführet werden: denn eine weitläuftige Darstellung dieser Begebenheit würde in diesem Handbuche überflüssig seyn, weil dieser Krieg weder in den brandenburgischen Staaten, noch von dem Kurfürsten allein geführet wurde, und weil überdieß eine umständliche Geschichte desselben zu viel Raum einnehmen würde, welcher zweckmäßiger der neuesten Geschichte kann gewidmet werden. Ueberhaupt wird man anjetzt bei dem großen Reichthume an merkwürdigen Begebenheiten, welchen die neuere Geschichte besitzt, sich begnügen müssen, von vielen Kriegen der Vorzeit nur den Anfang, die wichtigsten Bege-

Begebenheiten desselben, und die vornehmsten Bedingungen, unter welchen der Friede geschlossen wurde, zu wissen.

Die brandenburgischen Truppen vermehrten in diesem Kriege und zwar im Jahre 1689 durch die Eroberung der Städte Rheinbergen, Kaiserswerth und Bonn ihren Kriegsruhm. Nicht so glücklich war für die Alliirten der Feldzug vom Jahr 1690, woran die unter den Anführern herrschende Uneinigkeit sehr großen Antheil hatte. Zu diesen unglücklichen Unternehmungen gehört auch die Schlacht bei Fleury, wo die Alliirten den Franzosen das Schlachtfeld räumen mußten, ohnerachtet des tapferen Widerstandes der 6000 Brandenburger, welche sich bei diesem Treffen befanden. Alle wichtigen Vortheile, welche dieser Sieg den Franzosen verschaffen konnte, wurden plötzlich vereitelt durch die Ankunft Friedrichs III. Derselbe erschien nämlich einige Tage nach jener Schlacht mit seiner Armee in den Niederlanden, vereinigte sich mit den Alliirten und nahm eine solche Stellung, daß der französische Feldmarschall von Luxemburg keinen Angriff wagen konnte.

Dieser Vorfall hatte den Kriegführenden Mächten gezeigt, daß der Beistand des Kurfürsten von Brandenburg in diesem Kriege von sehr großer Wichtigkeit sey. Spanien, England und Holland trafen daher noch in demselben Jahre mit dem Kurfürsten von Brandenburg den Vergleich, daß er sich anheischig machte, während dieses Krieges beständig 20000 Mann in den Niederlanden zu halten, und dafür wurden ihm von einer jeden dieser Mächte 50000 Holländische Florenen als monatliche Subsidiengelder bewilliget. Und im Jahre 1691 trat Friedrich III. förmlich dem großen Bünd-

Bündnisse bei, welches der Kaiser, Spanien, England und Holland errichtet hatten.

Ueber die alliirte Armee in den Niederlanden führte der neue König von England Wilhelm III. den Oberbefehl; allein seine kriegerischen Unternehmungen wurden nicht vom Glücke begünstiget; jedoch verlor er bei diesem Unglück nicht die Fassung und wurde dem Feinde dadurch furchtbar, daß es ihm nie an Mitteln fehlte, um jeden erlittenen Verlust auf der Stelle zu ersetzen. Von dieser Art war die Schlacht bei Landen oder Neerwinden, wo die Franzosen das Schlachtfeld behaupteten, und bald nachher Charleroi eroberten. In allen Vorfällen dieses Krieges zeichneten sich die Brandenburgischen Truppen sehr zu ihrem Vortheile aus, besonders bei den Eroberungen von Huy und Namur. Und einen nicht geringeren Antheil hatte die brandenburgische Tapferkeit auch an der Einnahme von Kasal: denn der Kurfürst von Brandenburg hatte auch den Spaniern und dem Herzoge von Savoyen einige tausend Mann nach Italien gegen die Franzosen zu Hülfe geschickt.

In den letzten Jahren wurde dieser Krieg nicht mehr lebhaft geführet, die Ursach davon lag in der allgemeinen Neigung zum Frieden. Und Niemand wünschte den Frieden mehr als Ludwig XIV., welcher sich schon damals mit anderen sehr wichtigen Plänen beschäftigte, die bei dem bevorstehenden Frieden Ursache waren, daß er sehr viel Großmuth bewies.

Den ersten Anfang zur Beendigung dieses Krieges machte ein Separatfrieden, welchen der Herzog von Savoyen Victor Amadeus, so sehr sich auch der Befehlshaber der kaiserlichen Armee in Italien widersetzte, mit Frankreich schloß. Dem Herzoge wurde

nicht

nicht nur alles, was er in diesem Kriege verloren, wiedergegeben, sondern er erhielt auch Pignerol, welches schon vor dem Ausbruche dieses Krieges den Franzosen gehört hatte.

Nunmehr fing Frankreich auch mit den übrigen Mächten Friedensunterhandlungen an, und schon im Jahre 1697 wurde zu Ryswick ein Friede geschlossen. Dem Kaiser wurde Freyburg und Breisach zurückgegeben und dem deutschen Reiche Kehl und Philippsburg. Der Krone Frankreich wurde Straßburg und der Elsaß auf ewig abgetreten: dagegen aber räumte Frankreich alle deutsche Ländereien, welche es theils vor, theils während des Krieges an sich gerissen hatte. Und an Spanien trat Frankreich Barcellona, Luxemburg und mehrere andere Oerter, welche es schon seit dem nimwegischen Frieden besessen gehabt hatte, ab. Ferner erkannte Ludwig XIV. Wilhelm III. als den rechtmäßigen König von Großbrittanien und Irrland, gab demselben nicht nur das Fürstenthum Oranien zurück, sondern zahlte ihm auch die aus diesem Lande gezogenen Einkünfte. Der Kurfürst von Brandenburg war in den allgemeinen Frieden mit eingeschlossen, erhielt aber durch denselben keine neue Besitzungen, sondern mußte sich damit begnügen, daß alle Vortheile, welche dem Hause Brandenburg in dem westphälischen und germanischen Frieden waren zuerkannt worden, bestätiget wurden. Und zwei Puncte, welche nach Frankreichs Vorgeben die Haupturfachen des Krieges seyn sollten, nämlich die Besetzung des Erzstiftes Köln und die Foderungen der Herzogin von Orleans wurden beinahe gänzlich mit Stillschweigen übergangen. Zum wenigsten war dies bei dem ersteren Puncte der Fall: denn der Kardinal von Fürstenberg war

noch

noch vor Beendigung des Krieges gestorben: und was den anderen Punct anbetraf, so wurde in diesem Friedensschlusse zwar fest gesetzt, daß die Ansprüche der Herzogin der gütlichen Entscheidung des Königs und des Kaisers, und wenn diese nicht einig werden könnten, des Pabstes überlassen werden sollten.

Während daß dieser Krieg am Rhein mit den Franzosen war geführet worden, hatte der Kurfürst von Brandenburg mit dem Kaiser andere Unterhandlungen angestellt, welche theils den Beistand gegen die Türken, theils auch die Abtretung des schwiebußer Kreises betrafen. Beide verdienen hier einige Erwähnung.

Friedrich III. war überhaupt ein so blinder Anhänger des östreichischen Hauses, daß er zum Nachtheil seiner Länder dem Kaiser wichtige Dienste leistete, ohne dafür nur im geringsten belohnet zu werden. Kaum hatte er durch die Beförderung der römischen Königswahl des Erzherzogs Josephs dem Kaiser Leopold I. wichtige Dienste geleistet, als er auch sich bereitwillig zeigte, gegen einige Hülfsgelder dem Kaiser gegen die Türken Truppen zur Hülfe zu schicken. Im Jahr 1691 gingen unter Anführung des Generals Barfuß 6000 Brandenburger nach Ungarn, und hatten an dem Siege, welchen die Kaiserlichen bei Salankement über die Ungarn erfochten, sehr großen Antheil. Im folgenden Jahre traten sie wieder ihren Rückmarsch an, weil der Kaiser kein Geld geben wollte, aber demohngeachtet verlangte, daß sie vollzählig gemacht werden sollten, obgleich die bisherige Unterhaltung derselben dem brandenburgischen Hause mehr als 100000 Thaler gekostet hatte.

Der

Der Kaiser, welcher die brandenburgischen Hülfstruppen sehr ungern vermißte, fing mit dem Kurfürsten neue Unterhandlungen an. In denselben verlangte er aber nicht nur Hülfstruppen, sondern auch die Erfüllung des Reverses, welchen Friedrich III. als Kurprinz ihm gegeben hatte. Letzterer zeigte sich zwar nicht abgeneigt Hülfstruppen zu schicken, jedoch nur unter gemessenen Bedingungen, zu welchen auch der Besitz des Kreises Schwiebuß gehörte. Weil aber dieser letzte Punkt sehr viele Schwierigkeiten fand; so versprach er schon im Jahr 1693 sein vor Zeiten geleistetes Versprechen, die Abtretung jenes Landes betreffend, zu erfüllen. Die wirkliche Uebergabe desselben, erfolgte aber erst im Jahre 1695, jedoch ohne daß von Seiten des Kurfürsten eine Verzichtleistung auf die schlesischen Ansprüche geschehen wäre, denn die zu gleicher Zeit ausgezahlten 250000 Rthl. waren theils rückständige Hülfsgelder, theils Entschädigung für die auf das Land Schwiebuß angewandten Summen.

Während dieser Zeit wurde von dem kaiserlichen Hofe auch sehr eifrig wegen neuer Hülfstruppen gegen die Türken unterhandelt. Friedrich III. fand sich hierzu nur bereitwillig, wenn ihm zur Entschädigung des Krieges, den sein Vater zum besten des Reichs mit Schweden geführet habe, die Anwartschaft auf Ostfriesland und auf Limburg in Franken ertheilt werden würde. Nachdem dieses war versprochen worden, und man außerdem von kaiserlicher Seite sich anheischig gemacht hatte, sowohl Werbegelder zu zahlen, als auch für den gehörigen Unterhalt der Truppen zu sorgen; so traten 6000 Brandenburger unter Anführung des Generals Brand ihren Marsch nach Ungarn an, leisteten dem Kaiser in dem Türkenkriege wichtige Dienste, und gingen nicht eher zurück, als

als bis 1699 der Carlowitzer Friede war geschlossen worden.

Friedrich III. bewirbt sich um den Königstitel und erlangt auch denselben.

Daß Friedrich III. in einem unausstehlichen Grade eitel und stolz war, und kein Mittel unbenutzt ließ, durch welches er seinen äußeren Glanz vermehren konnte, ist schon vorläufig erwähnt worden. Anjetzt kommen wir zu einer Begebenheit, welche ein unläugbarer Beweis seiner lächerlichen Eitelkeit war.

Mit dem kurfürstlichen Titel schon längst nicht mehr zufrieden, hatte er immer den Wunsch gehegt, den Königsnahmen sich beizulegen. Und dieser stille Wunsch seines Herzens wurde endlich ungestüm, als bei folgendem Vorfalle seine Eitelkeit war gekränkt worden. Im Jahr 1696 war er nach Haag gereist, um sich mit dem Könige von England **Wilhelm** III. wegen der Friedensunterhandlungen, welche schon damals mit Frankreich waren eröfnet worden, zu besprechen. Nach einem alten Herkommen saß Letzterer als König auf einem Lehnstuhle, hingegen dem ersteren wurde ein gewöhnlicher Stuhl gebracht. Friedrich III. zwar bekannt mit dieser alten Hofsitte, foderte einen Lehnstuhl, welcher ihm aber verweigert wurde.

Dieser Vorfall ist ohnstreitig ein starker Beweis von der kindischen Eitelkeit dieses Fürsten, und die bald nachher getroffenen Anstalten, um die Königswürde zu erlangen, zeigen zugleich, daß jene zu Haag erlittene Kränkung die Ausführung eines schon längst gefaßten Entschlusses beschleunigte.

Als er kaum zu Berlin wieder zurückgekommen war, so trug er diesen Plan den sämmtlichen Mitgliedern des Staatsrathes vor und verlangte hierüber ihr Gutachten. Alle Räthe, den einzigen Oberpräsidenten von Dankelmann ausgenommen, genehmigten denselben. Letzterer, so gründlich er auch alle hierbei obwaltenden Schwierigkeiten zeigte, fand kein Gehör, sondern der Kurfürst schritt zur Ausführung seines entworfenen Planes.

Der erste Schritt, welchen er in dieser Sache that, bestand darinn, daß er seinen Plan dem kaiserlichen Hofe vortrug. Der Kaiser, welcher schon bei vielen Gelegenheiten Friedrich III. gebraucht hatte, und voraussehen konnte, daß er noch öfter die Dienste dieses Mannes nöthig haben werde, staunte zwar über diesen Antrag, schlug jedoch dieses Begehren nicht grade zu ab, suchte aber geflissentlich diese Sache in die Länge zu ziehen, weil er voraussahe, daß der Pabst, der König von Polen und die meisten deutschen Fürsten Widersprüche machen würden.

Die Zeitumstände schienen in der That Friedrich dem Ersten hierzu behülflich zu seyn. Von dieser Art war z. B. der Todesfall des Königs von Polen Johann Sobiesky. Anjetzt machte der Kaiser dem Kurfürsten zum Königstitel sehr große Hofnung, um denselben dadurch zu bewegen, daß er seinen Einfluß bei der polnischen Königswahl zum Besten des Prinzen von Baden anwenden möchte.

Friedrich III. reißte auch wirklich wegen dieser Angelegenheiten im Jahre 1697 nach Königsberg. Jedoch war dies nicht der einzige Grund seiner Reise, sondern der Hauptbewegungsgrund, war eine russische Gesandschaft, in deren Mitte sich auch der Czaar Pe-

ter befand, welche zu Königsberg ankommen sollte. Diese Gesandschaft hatte eine doppelte Absicht, 1) um dem Kurfürsten für die überschickten Officiere, Artilleristen und Gewehrfabrikanten zu danken, und 2) um dem Czaar die europäischen Künste lernen zu lassen.

Unterdessen ging die polnische Königswahl vor sich, aber nicht auf eine solche Art, wie es der Kaiser gewünscht hatte: Denn der Kurfürst von Sachsen Friedrich August hatte die Mehrheit der Stimmen auf seiner Seite und wurde zum König erwählt. Selbst der Kurfürst von Brandenburg erklärte sich für denselben, sobald er nämlich das Versprechen erhalten hatte, daß August der erste seyn wolle, welcher die preußische Königswürde anerkennen würde, und daß er auch für die Bezahlung einer alten Schuld von 400000 Thalern Sorge tragen werde. Die Bezahlung dieser Summe erfolgte aber nicht und deshalb ließ Friedrich III. im Jahre 1698 durch den General Brand die Stadt Elbingen in Besitz nehmen. Die Polen, wie man sich leicht vorstellen kann, erhoben hierüber ein sehr großes Geschrei und nannten das ganze Verfahren des Kurfürsten eine Verletzung des Völkerrechts; aber dessen ohngeachtet bequemten sie sich schon im folgenden Jahre zu einem Vergleiche, in welchem sie Elbingen zurück bekamen, aber auch sogleich 100000 Rthl. auszahlen und zur Sicherheit wegen der übrigen Summe einige Kronjuwelen verpfänden mußten.

Während, daß dieses geschahe, ging im Berliner Ministerium eine große Veränderung vor, welche viel zu wichtig ist, als daß sie hier mit Stillschweigen könne übergangen werden. Der Oberpräsident von Dankelmann, ein Mann von vielen Kenntnissen und unbescholtenem Rufe, fiel nicht nur in Ungnade, sondern

wurde

wurde auch sogar ins Gefängniß gesetzt. Anfangs zu Spandow und hernach zu Priß, wo er 16 Jahre bleiben mußte. Und hierbei ließ man es nicht bewenden, sondern man zog auch alle seine ansehnlichen Güter ein. Sein Verbrechen bestand darin, daß er dem Kurfürsten niemals geschmeichelt, vielmehr die thörichte Eitelkeit dieses Fürsten laut getadelt, und die Bewerbung um die Königswürde gradezu widerrathen hatte. Dies alles waren Eigenschaften, welche hinreichend waren, um ihn bei einem schwachen und in einem sehr hohen Grade eitlen Fürsten verhaßt zu machen. Seine Feinde beschuldigten ihn des Hochmuths, allein er war weit entfernt von dieser Schwachheit, und das, was jene mit diesem Namen bezeichneten, war nicht Stolz, sondern nur eine sichtbare Geringschätzung der Schmeichler. Eben so ungerecht war auch ein anderer Vorwurf, daß er nämlich seine Familie hervorgezogen, und seinen sechs Brüdern zu ansehnlichen Stellen behülflich gewesen wäre, weshalb man damals die Dankelmanns das regierende Siebengestirn zu nennen pflegte. Dies war freilich geschehen: allein der von Dankelmann that nur, was jeder andere an seiner Stelle würde gethan haben. Und er hätte deshalb nur alsdann einer Ungerechtigkeit können beschuldiget werden, wenn seine Brüder unwürdige Männer gewesen wären. Allein es fand hier grade das Gegentheil statt; denn sie blieben selbst nach dem Falle ihres Bruders in ihren Aemtern und standen denselben mit Ehre vor.

Die Oberpräsidenten Stelle wurde nunmehr dem General Barfuß ertheilt: allein auch er bekleidete dieselbe nicht lange, sondern fiel bald in Ungnade. Und nunmehr erhielt diese Würde der damalige Liebling des Kurfürsten, ein pfälzischer Edelmann Johann Casimir von Kolbe. Dieser war nicht blos Ober-

kämmerer, sondern er besaß beinahe alle Oberämter. So war er Oberstallmeister, Generalpostmeister, Ober-Director der Domainen, Oberhauptmann der Schulämter und Oberaufseher der Universitäten und Akademien. Sein ganzes Verdienst bestand in einem schönen geschmeidigen Körper und in der Geschicklichkeit zu schmeichlen. Auf Vorsprache des Kurfürsten wurde dieser Mensch vom Kaiser mit der Reichsgrafenwürde beehrt, welche Würde der ehemalige Oberpräsident Dankelmann, ausgeschlagen hatte. Von dieser Zeit an legte er den Namen Kolbe ab, und nannte sich Wartenberg, von einem alten Schlosse in der Pfalz, welches seiner Familie gehörte. Der Kurfürst hatte gegen diesen Mann ein grenzenloses Zutrauen, so daß dieser ungeahndet mit den Gütern des Staats wirthschaften konnte, wie er wollte. Daß die Art und Weise, wie er mit den Staatseinkünften Wirthschaft trieb, strafwürdig müsse gewesen seyn, leidet keinen Zweifel: er selbst mußte hiervon überzeugt seyn, denn sonst würde er nicht den Kurfürsten zu der Bekanntmachung eines Rescripts überredet haben, welches dem Wartenberg die Unverantwortlichkeit zugestand, aber auch von der Schwäche des Regenten einen unläugbaren Beweis enthält *).

Die wichtigsten Puncte dieses Rescriptes sind folgende. Der Kurfürst schreibt: Es wäre zwar möglich, daß unter der Verwaltung des Grafen von Wartenberg schlechte Streiche vorfallen könnten, welche dem Landesherrn Schaden brächten; allein er sey von der Treue des vorgedachten Oberkämmerers so sehr überzeugt, daß selbiger wegen solcher Vorfälle niemals solle zur Verantwortung gezogen, noch viel weniger zur Wieder-

*) Versuch einer historischen Schilderung III. Th. S. 269.

dererstattung solle gezwungen werden, wenn er auch gleich im Geheimenrathe oder in der Hofkammer das Vorhaben gebilliget, die Verordnungen durchgesehen und mit seinem Namen unterschrieben hätte: sondern die Unterbedienten sollten allein für alles angerichtete Unheil stehen. Und niemand solle sich erdreusten, diese kurfürstliche Erklärung für heimlich und hinterrücks erschlichen zu halten, darum werde sie hiermit öffentlich bekannt gemacht. Dies Versprechen solle nicht blos dem Oberkämmerer, sondern auch seiner Ehegattin, seinen Kindern und Erben unverbrüchlich gehalten werden.

Ein Land, dessen Regent einen solchen Befehl, wie der obenangeführte ist, geben kann, befindet sich wahrlich nicht in einer glücklichen Verfassung: denn der Regent, welcher ein solches Reskript in seinem Namen ausfertigen läßt, muß im hohen Grade schwach seyn, und der Günstling, welcher ihn hierzu überredet, muß kein gutes Gewissen haben. Daß dies letztere wirklich der Fall war, davon kann man sich sehr leicht überzeugen, wenn man nur einige Aufmerksamkeit auf das Privatleben dieses Mannes richtet, wozu er große Summen Geldes nöthig hatte.

Sehr großen Antheil an dieser Lebensart hatte seine Gemahlin *). Sie war aus Emmerich im Herzogthum Kleve gebürtig, wo ihr Vater ein Schiffer, Namens Ricker, eine Winkelschenke angelegt hatte und durch seine Töchter die Gäste an sich lockte. Ein Kammerdiener des Kurfürsten, Biedekapp, stattete gleichfalls bisweilen Besuche ab, und verliebte sich in die Aelteste

*) von Pöllnitz Memoiren u. s. w. Th. I. S. 292. u. d. f.

teste von diesen beiden Mädchen, dergestalt, daß er sie heirathete und mit nach Berlin nahm. Der Hr. von Kolbe ließ sich mit ihr in Liebesverständnisse ein und zeugte mit ihr zwei Kinder, einen Sohn und eine Tochter. Und nach dem Tode des Kammerdieners Biedekapp heirathete er diese Person. Und von dieser Zeit an bewies der Kurfürst gegen diese Frau eine grenzenlose Achtung, so daß viele ein geheimes Liebesverständniß ahndeten. Dies sey nun wie es wolle, so ist doch gewiß, daß diese Frau sich am Hofe Freiheiten herausnahm, welche keiner Prinzessin gestattet wurden, ohne daß Friedrich III. hierüber einigen Unwillen geäußert hätte. Die Nachrichten von ihrer Verschwendung erregen Staunen. So belief sich z. B. der Werth der in einem Zeitraum von 10 Jahren angeschafften Diamanten auf eine halbe Million Thaler. Und das zur Anschaffung der zum Hausgeräth gehörigen Sachen angewendete Geld soll einige Millionen betragen haben. Und alle diese ungeheuren Summen Geldes, welche des Kurfürsten Liebling mit seiner Frau durchbrachte, bestanden aus dem sauren Schweiß des Bürgers und Landmannes. Freilich war dies ein mit dem größten Unrecht erworbenes Gut, und wenn irgend ein Diener des Staats es verdient hätte, seine übrige Lebenszeit in einem unterirdischen Gefängnisse in Ketten und Banden zuzubringen; so wäre es Wartenberg gewesen. Allein gegen ein solches Schicksal war er gesichert: denn er hatte ja, wie aus dem Obigen bekannt ist, von seinem schwachen Herrn ein Privilegium erschlichen, welches ihn zu einer solchen Handlungsart berechtigte. Damit aber der Kurfürst niemals zur Besinnung kommen möchte; dafür wußte dieser schlaue Minister sehr weislich zu sorgen; indem er denselben durch die prachtvollsten und ausschweifendsten Lustbarkeiten zu unterhalten verstand, wobei das Geld nicht

im

im Geringsten geschonet wurde. Dies war z. B. der Fall im J. 1700, als die Vermählung der kurfürstlichen Tochter erster Ehe mit dem Erbprinzen von Hessen-Kassel gefeiert wurde. Um sich zum wenigsten von der hierbei herrschenden Verschwendung einen Begriff zu machen, will ich nur einiges anführen: *) Die Lustbarkeiten dauerten einen ganzen Monat und es fehlte bei denselben nichts, was nur auf irgend eine Art die Pracht vermehren konnte. Alle Kleidungsstücke, welche der Hof brauchte, hatte man aus Paris kommen lassen. Und die Kleidung der Braut zeichnete sich besonders durch eine übertriebene Pracht aus. Der Werth der an derselben befindlichen Diamanten wird auf 4 Millionen Thaler angegeben. Und zehn Personen mußten die Schleppe tragen. Dies war nicht ganz überflüßig, wenn man bedenkt, daß das ganze Kleid, wegen des vielen Goldes einen Centner gewogen haben soll. Am Tage der Trauung wurden auf der Brauttafel 500 Speisen aufgetragen, und an den übrigen Tagen 46. Und mit dieser Pracht stimmten auch alle übrige Zurüstungen überein. Aus vielen großen Städten waren deshalb Sänger und Tonkünstler verschrieben worden. Und an Thiergefechten, Illuminationen, Feuerwerken und anderen öffentlichen Lustbarkeiten ließ man es gleichfalls nicht fehlen.

Durch diese und ähnliche Lustbarkeiten wurde Friedrichs III. Neigung zum äußeren Glanze nicht befriediget, sondern dieselbe immer mehr genähret. Um also seinen äußeren Glanz noch mehr zu erhöhen, mußten seine Minister Alles aufbieten, um den Kaiser zu

*) Gütthers Leben und Thaten K. Friedrich I. S. 105. u. f. wo diese Feierlichkeit umständlich beschrieben wird.

bewegen, daß er zur Annahme des Königstitels seine Einwilligung geben möchte. Ohnerachtet man es von brandenburgischer Seite an Geschenken nicht fehlen ließ; so fand doch diese Sache am Wiener Hofe sehr große Schwierigkeiten, wo der Großkanzler, Graf Kinsky, welcher alle Anerbietungen mit Verachtung zurückwies, entgegen arbeitete.

Unterdessen daß man zu Wien über diese Sache noch immer unterhandelte, hatte die Kurfürstin auf einer Reise nach Holland zwei Fürsten nämlich den Kurfürsten von Baiern und den König von England überredet, daß sie nicht nur versprachen die preußische Königswürde anzuerkennen, sondern auch sich Mühe zu geben, um den Kaiser gleichfalls hierzu zu bewegen.

Diese beiden Fürsten suchten auch wirklich den kaiserlichen Hof hierzu zu stimmen: jedoch würden sie wenig ausgerichtet haben, wenn nicht die Zeitumstände endlich den kaiserlichen Hof hierzu bewogen hätten, wie wir gleich sehen werden. Denn was die Erzählung anbetrift, daß alle hierbei obwaltenden Schwierigkeiten durch ein Ohngefähr wären gehoben, scheint eher eine Anekdote von gewöhnlicher Art zu seyn. Es wird nämlich erzählt: der brandenburgische Gesellschaftssekretair Bartholdi habe in Abwesenheit des brandenburgischen Gesandten, des Grafen von Dohna einen in Ziffern ausgedruckten Brief empfangen, und eine Stelle desselben falsch verstanden. Der Sinn dieser für ihn dunklen Stelle sey nämlich gewesen: er solle den Beichtvater des Kaisers, den Pater Wolf, vermeiden. Und der Sekretair habe verstanden, er solle sich an ihn wenden. Dies letztere habe er wirklich gethan und der geistliche Stolz dieses Mannes, sey dadurch so sehr geschmeichelt worden, daß er wirklich alle seine Beredsamkeit

keit aufgeboten und den Kaiser zur Einwilligung überredet habe.

Wir haben aber nicht nöthig zu dieser Anekdote unsre Zuflucht zu nehmen, denn sowohl die Zeitumstände, welche den Kaiser nöthigten sich nach fremdem Beistand umzusehen, als auch die Vortheile selbst, welche in dem sogenannten Kronentraktate dem Wiener Hofe zugestanden wurden, waren hinreichend, um bei Leopold I. alle Bedenklichkeiten zu heben.

Das brandenburgische Haus hatte bisher sowohl in dem Kriege gegen Frankreich als auch in dem Kriege gegen die Türken dem Kaiser wichtige Dienste geleistet, aber den größten Theil der traktatenmäßigen Hülfsgelder noch nicht erhalten. Und hierzu kam der wichtige Umstand, daß dem Hause Oesterreich ein neuer Krieg mit Frankreich bevorstand. Der König von Spanien Karl II. lag so krank darnieder, daß an einem jeden Tage die Nachricht von seinem Tode erwartet wurde. Da nun mit ihm die königliche Familie in Spanien ausstarb; so konnte man voraussehen, daß wegen dieser Erbschaft Streitigkeiten entstehen würden. Zwei Mächte nämlich Frankreich und Oestreich trachteten nach dem Besitze dieses Landes. Das östreichische Haus, welches sehr wohl überzeugt war, daß ihm das Haus Brandenburg in den vorigen Kriegen wichtige Dienste geleistet habe, suchte auch für die Zukunft sich des brandenburgischen Beistandes zu versichern. Um hierzu zu gelangen, gab es ohnstreitig kein besseres Mittel, als wenn er dem Kurfürsten den Königstitel zugestand. Dies geschahe nun wirklich in dem Kronentraktate, welcher den 16 November 1700 geschlossen wurde. Die Bedingungen, unter welchen dies bewilliget wurde, waren allerdings sehr hart: denn Friedrich mußte sich verpflichten, 1) bei dem bevorstehenden spanischen Erb-

folgekrieg 10000 Hülfstruppen auf seine Kosten zu stellen. 2) Eine Compagnie in der Reichsfestung Philippsburg zu unterhalten. 3) Auf den Reichstagen allen Meinungen des Kaisers beizustimmen. 4) Keine Bezahlung von den rückständigen Hülfsgeldern verlangen. 5) Seine Stimme zur Kaiserwahl den männlichen Nachkommen Josephs I. zu geben. 6) Seine deutschen Reichslande von keiner Verbindlichkeit gegen das deutsche Reich loszumachen.

Kaum war dieses Geschäft glücklich beendiget worden, als er auch schon ernsthafte Anstalten machte, um den entworfenen Plan auszuführen.* In dieser Absicht reiste er den 17ten December des Jahres 1700 von Berlin nach Königsberg ab, wo er sich selbst die Krone aufsetzen und zum König wollte salben lassen, nachdem er des Tages zuvor durch seine Minister an alle Höfe Schreiben hatte ausfertigen lassen, in welchen er seinen Entschluß bekannt machte. Die ganze Feierlichkeit wurde in der lutherischen Schloßkirche vollzogen, nachdem Friedrich zuvor zwei protestantische Theologen, den reformirten Oberhofprediger Benjamin Ursinus von Bär und den lutherischen Oberhofprediger D. Bernhard von Sanden zu Bischöfen *) von Pomesanien und Samland, einen jeden mit 8000 Rthl. Gehalt ernannt hatte, damit bei der bevorstehenden Feierlichkeit keine Gebräuche fehlen sollten.

Den 15ten Januar des Jahres 1701 nahm die Feierlichkeit ihren Anfang, indem vier Waffenherolde, prachtvoll gekleidet, und von zweien Paukern und 24 Trom-

*) Beide Männer waren bürgerlichen Standes, wurden aber zugleich bei Ertheilung dieser Würde in den Adelstand erhoben. Nach dem Tode derselben wurden diese Stellen nicht wieder besetzt.

Trompetern umgeben, durch die Straßen von Königsberg ritten. Einer derselben machte an allen Ecken bekannt, daß es der Fürsehung gefallen habe, das Herzogthum Preußen zu einem Königreiche, und den Kurfürsten Friedrich zu einem Könige zu erheben. Am folgenden Tage wurde diese Bekanntmachung auf allen Kanzeln wiederholet. Und den 18ten Januar, nachdem Friedrich des Tages zuvor den schwarzen Adlerorden gestiftet hatte, wurde die Krönung und Salbung mit großer Pracht vollzogen *).

Den 8ten März reiste dieser neue König, welcher sich nunmehr Friedrich I. nannte, von Königsberg ab und hielt am 6ten May zu Berlin seinen feierlichen Einzug. Am 22ten Junius ließ er in allen seinen Landen einen Dank- Buß- und Bettag anstellen, um zu der nunmehro königlichen Regierung den Segen des Himmels zu erflehen.

Die meisten fremden Mächte erkannten die preußische Königswürde. Nur der polnische Staat (aber nicht der König von Polen) der Pabst und der deutsche Orden machten gegen diese Standeserhöhungen Einwendungen. Erst im J. 1764 erkannte Polen das Herzogthum Preußen für ein Königreich. Hingegen der Pabst, ob er gleich in dem Schreiben an den Berliner

*) Aus der großen Liebe zur Pracht, welche Friedrichen eigen war, kann man schon erwarten, daß bei dieser Feierlichkeit auf keine Gelderspariniß sey gedacht worden. Umständliche Nachricht hierüber liefern: Marperger in seinem mit Krone und Scepter prangenden Preußen; Pauli im 7ten Bande seiner preußischen Staatsgeschichte; Götter im Leben König Friedrichs I. — Die ganze Summe Geldes, welche auf das Krönungswesen ist verwendet worden, soll sechs Millionen Thaler betragen haben.

liner Hof den Königlichen Titel gebraucht, hat jenen Widerspruch noch nicht wieder zurück genommen. Und erst seit dem Jahr 1787 sind die Könige von Preußen auf Erinnern eines preußischen Ministers, in dem päbstlichen Kalender als Könige aufgeführet worden. Da sie bis auf diese Zeit nur Markgrafen von Brandenburg genannt wurden.

Obgleich Friedrich I. bei der Krönungsfeier alle Gefangenen, die Mörder, Schuldner und Majestätsschänder ausgenommen, in Freiheit gesetzt hatte; so wurde doch des Eberhard von Danckelmann nicht gedacht, sondern dieser mußte im Gefängniß bleiben, während daß seine Prophezeihung, im Betreff der üblen Folgen, welche aus der Annahme des königlichen Titels für das Land entstehen würden, erfüllt wurde.

Es zeigte sich nämlich bald, daß dieser neue Titel des brandenburgischen Hauses die Verschwendung des Hofes vermehrte und die Vermehrung der Abgaben nothwendig machte. Das Erste, was in dieser Art geschahe, war die Krönungssteuer, welche im ganzen Lande eingetrieben wurde. Z. B. die Städte in der Kurmark mußten 5000 Rthl. erlegen. Eine andere Folge dieser Begebenheit war die Erneuerung der Kopfsteuer, die nach eines jeden Vermögen oder jährliche Einkünfte eingerichtet wurde. Niemand, selbst der König und die Königin, waren von dieser Abgabe befreit. Der Kopf des Königs war 4000 Rthl. und der der Königin 2000 Rthl. taxiret.

Ohngefähr um dieselbe Zeit wurde auch die Perrückensteuer eingeführet. Es war nämlich damals sowohl zu Berlin als auch in anderen Orten eine herr-

schende

scheude Mode statt der natürlichen Haare Perrücken zu tragen. Und dies thaten nicht blos alte sondern auch junge Leute. Der hierbei statt findende Aufwand war in der That sehr groß. Denn manche dieser Perrücken, die eine ungeheure Größe hatten und aus Paris waren verschrieben worden, kosteten 2 bis 300 Rthl. Die Auflage welche auf diesen Kopfputz gelegt wurde, war folgende: für eine jede aus der Fremde kommende Perücke mußte eine Abgabe gegeben werden, welche grade den vierten Theil des Werths betrug, hingegen für eine inländische nur den 16ten Theil der Kaufsumme. Und jeder, welcher eine ungesiegelte Perrücke trug, wurde bestraft. Und außer der bestimmten Abgabe für die neuen Perrücken, mußte auch noch ein jeder, welcher dieselbe trug, jährlich eine bestimmte Abgabe entrichten, welche für die vornehmen Stände höher als für die Mittleren, und für diese höherer als für die Niederen ausfiel. Von dieser Abgabe waren jedoch einige Stände im Staate befreiet. Dies waren nämlich die Geistlichen, Unterofficiere, gemeine Soldaten und Kinder unter 12 Jahren.

Eben so drückend war auch die sogenannte Karossensteuer, indem für eine jede Chaise eine Abgabe von 1½ Thaler mußte gegeben werden. Da aber diese Steuern nicht auf einmal einkamen; so ließ der König dieselben an einen Franzosen Elie de Bauverdaugi verpachten. Dieser Mensch drückte auf eine solche despotische Art die Unterthanen, daß laute Klagen über die Perrückenpächterei entstanden. Diese Beschwerden mußten ziemlich allgemein geworden seyn, weil schon im folgenden Jahre das Ministerium für gut fand, jenem Franzosen die Pacht wieder abzunehmen. Für die Brandenburger entstand hieraus kein Vortheil: denn die Abgaben wurden nicht vermindert und sie hatten nu

nur den Nutzen, daß sie nicht mehr den Bedrückungen eines habsüchtigen Pächters ausgesetzt waren, wiewohl die kurfürstlichen Beamten es nicht viel besser machten.

Die Verschwendung am Hofe wurde anjetzt täglich größer, so daß die Ausgabe die Einnahme übersteigen mußte, ob man gleich alles an sich riß, um dem entstehenden Geldmangel des Hofes abzuhelfen. Selbst die für die Armen bestimmten Einkünfte wurden nicht geschont. Dies geschahe z. B. mit der Einnahme, welche das Stempeln der Karten lieferte. Diese Abgabe selbst war zwar schon vor einigen Jahren eingeführt worden: aber das hierdurch einkommende Geld war für die Armen bestimmt. Im Jahre 1702 wurden zwar die Abgaben auf die gestempelten Karten erhöhet; aber den Armen wurde es gänzlich entzogen.

An dieser großen Verschwendung, welche am preußischen Hofe herrschte, hatte nicht nur Friedrichs I. Prachtliebe, sondern auch der Günstling desselben, der vorhin erwähnte Graf von Wartenberg sehr großen Antheil, welcher seines eigenen Vortheils wegen die Liebe des Königs zur Pracht und Verschwendung eifrig zu befördern und zu erhalten suchte. Er war anjetzt der höchste Mann im Staate, nachdem er den Oberkämmerer Barfuß gestürzt hatte, und durch jenes kurfürstliche Reskript geschützt konnte er ungehindert die größten Summen Geldes auf eine ungerechte Art an sich ziehen, dieselben zur Verschwendung, theils zur Sammlung großer Reichthümer anwenden. Keiner durfte wagen ihn anzuklagen. Und wer es demohngeachtet that, verlohr nicht nur sein Amt, sondern auch seine Güter und seine Freiheit. Dies Schicksal hatte der Hofmarschall von Wengsen, welcher den Muth hatte dem König die schlechten Streiche des Grafen Wartenberg

zu

zu entdecken. Er machte sich zugleich anheischig vor jedem Gerichte auf eine unwidersprechliche Art zu beweisen, daß Graf Kolbe von Warrenberg große Schätze, welche er durch die grausamsten Bedrückungen der Unterthanen gesammelt habe, außer Landes schicke, und daß derselbe jährlich 30000 Rthl. brauche, um die für seine Tafel gemachten Unkosten zu bestreiten. Beschuldigungen solcher Art hätten zum wenigsten den König, aufmerksam machen und ihn bewegen sollen eine Untersuchung anstellen zu lassen. Allein dies geschahe nicht, sondern er betrachtete den Hofmarschall als einen Pasquillanten, entsetzte ihn nicht nur seines Amtes, sondern entriß ihm auch alle Güter und ließ ihn nach Küstrin auf die Festung bringen.

Wengsen hatte diese kühne That nicht für sich allein unternommen, sondern mehrere vornehme Männer waren desfalls mit ihm in Verbindung getreten, namentlich die Grafen von Dohna, von Dünhof und von Lottum. Auch diese wurden entdeckt, und ihres Amtes entsetzt, nur letzterer wußte die Gnade des Königs wieder zu erlangen und erhielt bald nachher ein anderes Staatsamt.

Nunmehr war der Graf Wartenberg gegen alle Beschuldigungen gesichert: denn die rechtschaffenen Männer waren entfernt worden, und die Wenigen, welche etwa noch vorhanden waren, durften doch ihre Gedanken über die Ungerechtigkeit des Oberkämmerers nicht vortragen. Und um sich noch mehr in Sicherheit zu setzen, zog er Ausländer in den preußischen Staat und ertheilte denselben die wichtigsten Aemter. Dies war der Fall bei den beiden Grafen von Wartensleben und von Wittgenstein. Ersterer wurde, weil es der Oberkämmerer so haben wollte, vom Könige

zum

zum Generalfeldmarschall ernannt, und allen übrigen preußischen Feldherrn, die dem Staate schon wichtige Dienste geleistet hatten, vorgezogen. Die Folge hiervon war, daß Unzufriedenheit sich bei der Armee einschlich und viele verdienstvolle Officiere ihren Abschied nahmen. Der Reichsgraf von Wittgenstein, die andere Creatur des Grafen Wartensberg, erhielt die Oberaufsicht über die Finanzen, und zugleich die Hofmarschall-Stelle. Ueber die Verfahrungsart dieser Männer entstand unter den Brandenburgern ein allgemeiner Unwille. Alle diese drei Männer wurden das Weh des Landes genannt, wobei man eine Anspielung auf ihre Namen machte, welche sich alle drei mit einem W anfingen. Außerdem beförderte der Graf Wartenberg den Secretär Ilgen, einen geschickten und klugen Mann, zum Staatsminister. Diesen würde die Reihe vielleicht nicht getroffen haben, wenn ihn nicht der Oberkämmerer als einen sehr brauchbaren Mann gekannt hätte, dem er wichtige Geschäfte übertragen konnte, die er entweder aus Mangel an Kenntnissen, oder aus Gemächlichkeit nicht übernahm.

Von der Erweiterung des preußischen Staats unter Friedrich I.

Die erste Erweiterung des preußischen Staats unter dieser Regierung geschahe schon im J. 1698, und zwar durch einen Kauf, welchen Friedrich mit dem König von Polen und Kurfürsten von Sachsen schloß. In demselben trat letzterer die Erbschirmvogtei des Stifts Quedlingburg, die Reichsvogtei zu Nordhausen, die zwischen Sachsen und Halberstadt streitigen Oerter Lauenberg, Sevenberg und Gerstorf, dem Hause Brandenburg für 300000 Rthl. erb- und eigenthümlich

lich ab, und außerdem auch noch für 40000 Rthlr. das Amt Petersberg bei Halle. Und um dieselbe Zeit kaufte Friedrich von dem Fürsten von Schwarzburg Sondershausen das Amt Dickenborn.

Im J. 1699 wurde auch die Grafschaft Hohenstein wieder mit dem Fürstenthum Halberstadt vereiniget. Weil Kurfürst Friedrich Wilhelm nur aus besonderem Wohlwollen, so lange er leben würde, dem gräflichen Hause von Wittgenstein den Besitz dieser Grafschaft zugestanden hatte; so hätte Friedrich III. dies Land schon im Jahr 1688 in Besitz nehmen können. Allein auch er bewies sich gegen diese Familie so gefällig wie sein Vater, und ließ den Grafen Gustav so lange in dem Besitze dieses Landes, als seine Brüder lebten. Im Jahr 1698 verlangte er die Abtretung desselben und bot ihm überdies noch an 100000 Rthlr. und versprach außer mehreren anderen Sachen auch die auf der Grafschaft haftenden Schulden zu bezahlen. Diese Unterhandlungen waren beinahe schon zu Stande gekommen, als Graf August, der zweite Sohn Gustavs, am kaiserlichen Hofe ein Reskript auswirkte, durch welches Graf Gustav für einen Verschwender erkläret und ihm der Fürst von Nassau Dillenburg zum Vormund gesetzt wurde. Der Kurfürst von Brandenburg achtete aber alle diese Gegenanstalten nicht, sondern ließ diese Grafschaft in Besitz nehmen, gab aber doch noch in der Folge dem Grafen August 120000 Rthlr. Weit wichtigere Vergrößerungen als alle bisher angeführten Erweiterungen der brandenburgischen Grenzen, schien dem preussischen Staate der im J. 1702 erfolgte Tod Wilhelms III. Königs von England und Statthalters von Holland zu verschaffen. Er hinterließ keine männliche Nachkommen und folglich war mit ihm die gan-

ze männliche Linie des Hauses Nassau Oranien ausgestorben. Wegen derjenigen Länder, welche er als Prinz von Oranien besessen hatte, entstand nunmehr der sogenannte oranische Erbschaftsstreit, an welchem der König von Preußen Friedrich I. großen Antheil nahm. Die brandenburgischen Ansprüche gründeten sich auf ein Testament des Statthalters Friedrich Heinrich, des Großvaters Wilhelm III. Derselbe hatte nämlich die Verordnung gemacht, daß, wenn sein Sohn Wilhelm II. ohne Erben sterben sollte, seine Tochter Louise, die Gemahlinn des Kurfürsten Friedrich Wilhelms, oder ihre Nachkommen die oranischen Güter erben sollten. Wilhelm II. starb, hinterließ aber einen Sohn Wilhelm III. Da nun dieser ohne Erben starb; so hätte Friedrich I. ein Sohn der Kurfürstin Louise die oranischen Länder bekommen sollen. Allein ein Testament Wilhelms III. vom Jahr 1695, welches jenem gänzlich widersprach, bestimmte den Fürsten von Nassau-Dietz Johann Wilhelm Friso, welcher zu einer andern Linie des Hauses Nassau gehörte, zum Erben aller oranischen Länder, und trug den Generalstaaten die Vollziehung dieser Verordnung auf.

Der König von Preussen verwarf dies Testament und nahm so gleich die beiden Grafschaften Meurs und Lingen in Besitz. Die übrigen zu dieser Erbschaft gehörigen Länder wurden von anderen besetzt. Z. B. das Fürstenthum Orange oder Oranien, welches in der französischen Provinz Dauphine liegt, eignete sich Ludwig XIV. zu. Und die Holländer als Vollzieher jenes Testaments, besetzten die in Holland liegenden Güter. Dieser Erbschaftsstreit dauerte sehr lange. Zwar blieb Friedrich I. in dem Besitze der Länder, welche er sich gleich anfangs zugeeignet hatte, aber doch

doch immer mit Widerspruch der Holländer und des Hauses Nassau-Dietz. Eine solche Protestation geschahe auch im J. 1607, als der Kaiser die Grafschaft Meurs zu einem Fürstenthume erhob und dieselbe für ein rechtmäßiges Eigenthum des Königs von Preussen erklärte.

Im Utrechter Frieden, von welchem in der Folge umständlicher wird gehandelt werden, verglich sich Preussen mit Frankreich wegen Orange. Ersteres trat dem Letzteren dies Fürstenthum ab und erhielt zum Ersatz das Oberquartier Geldern, mußte aber auch versprechen, das Haus Nassau-Dietz wegen seiner Ansprüche auf Orange zu befriedigen. Und endlich kam im J. 1632 zwischen Preußen und Nassau-Dietz ein förmlicher Vergleich zu Stande, in welchem der Statthalter Wilhelm IV. ein Sohn des Johann Wilhelm Friso nicht nur einem Ersatz wegen des Fürstenthums Oranien sondern auch dem Besitze des Fürstenthums Meurs, der Grafschaft Lingen, des Amtes Montfort und einiger anderer Güter in Holland entsagte und alle diese Ländereyen für ein Eigenthum des Königs von Preussen erklärte.

Ein anderer Zuwachs des preussischen Staats unter dieser Regierung bestand in dem Fürstenthume Neufchatel und der Grafschaft Valangin: Diese beiden Länder hatten in der älteren Zeit eigene Grafen zu Regenten gehabt, die aber unter der Lehnsherrschaft des Hauses Chalon, dem das Fürstenthum Orange gehörte, standen. Als im J. 1458 der alte Neuburger Grafenstamm ausgestorben war; so nahm der Prinz von Oranien, Ludwig von Chalon, Neufchatel und Valangin in Besitz, trat es aber bald nachher dem Markgrafen von Hohberg, welche Seitenverwandten der ausgestorbenen gräflichen Familie waren, ab, jedoch

mit Vorbehalt der Oberlehnsherrschaft. Die Grafen von Hohberg vergaßen gänzlich, daß sie Vasallen waren, und daß jenes Land ihnen nur als ein Lehn zugehörte, und bekümmerten sich wenig oder gar nicht um ihren Lehnsherren. Und endlich kam Neufchatel nebst Valangin in den Besitz der verwittweten Herzoginn Maria von Nemours. Unterdessen hatten aber die Prinzen von Oranien ihren Lehnsrechten noch nicht entsagt, und Wilhelm III, welcher keine Kinder hatte, übergab im J. 1694 alle seine Ansprüche auf diese Länder dem Kurfürsten Friedrich III. Nach dem im J. 1707 erfolgten Absterben der Herzoginn Maria von Nemours machten viele Fürsten Ansprüche auf dies Land, und zu denselben gehörte auch der König von Preußen Friedrich I. Alle, welche Ansprüche zu haben glaubten, vereinigten sich und beschlossen, daß diese Sache auf dem Wege des Rechts solle entschieden werden, und daß die streitenden Parteien sich dem Ausspruch des Obergerichts von Neufchatel unterwerfen wollten. Im J. 1707 wurde diese ganze Streitigkeit auf solche Art entschieden, daß Friedrich I, als rechtmäßiger Erbe erkläret wurde. Derselbe nahm auch so gleich dies Land in Besitz, allein die Gewalt dieses Landesherrn ist daselbst sehr eingeschränket, denn er darf keine gezwungene Werbungen anstellen und keine neue Abgaben einführen, sondern muß sich mit 100000 Livres begnügen, die ihm ein für allemal bewilliget sind.

Außer den schon genannten Ländern, welche Friedrich I. seinem Hause verschafft hat, muß auch noch die Grafschaft Teklenburg angeführet werden, welche im J. 1707 dem Grafen Solms Braunfels abgekauft wurde.

Preu-

Preußens Theilnahme an dem spanischen Erbfolgekrieg.

In demselben Jahre, in welchem Friedrich sich die Krone aufsetzte, hatte nicht nur der bekannte nordische Krieg zwischen Karl XII. von Schweden und August von Polen seinen Anfang genommen, sondern es entstand auch der spanische Erbfolgekrieg. Bei dem ersteren blieb Friedrich I. neutral, hingegen an dem letzteren wurde er zur Theilnahme, theils durch den mit dem Kaiser geschlossenen Kronentraktat, theils durch seinen Haß gegen die Franzosen, bewogen.

Die Veranlassung zu diesem Kriege war folgende. Der König von Spanien Karl II. war den 1sten November 1700 gestorben, und hatte ein Testament hinterlassen, in welchem ein französischer Prinz, der Herzog Philipp von Anjou, zum Erben der spanischen Krone ernannt wurde. Dieser Fürst nahm auch sogleich von diesem Lande Besitz. Allein der Kaiser Leopold I. protestirte gegen diese Besitznehmung und behauptete auf dieses Land ein näheres Recht zu haben, weil er mit dem verstorbenen spanischen Könige aus einem Hause abstamme, und die älteste Schwester desselben, die Gemahlinn Ludwigs XIV, auf die spanische Erbschaft für sich und ihre Nachkommen Verzicht gethan habe. Schon im Jahre 1701 eröffnete er den Krieg gegen Frankreich in Italien, um seinen Sohn, den Erzherzog Karl auf den spanischen Thron zu setzen. Anfangs konnte er auf keine Unterstützung rechnen und er hätte wahrscheinlich den vereinigten französischen und spanischen Truppen unterliegen müssen, wenn sich nicht die Umstände plötzlich zu seinem Vortheile verändert hätten. Der König Wilhelm von England hatte schon den französischen Prinz Phi-

lipp als König von Spanien anerkannt gehabt: allein noch in diesem Jahre nahm er seine Erklärung zurück, protestirte gegen die Erhebung desselben auf den spanischen Thron, weil Ludwig XIV. den Sohn des verstorbenen Königs Jacob, als König von Großbritannien anerkannt hatte, und schloß mit dem Kaiser ein Bündniß, um dem Erzherzog Karl die spanische Krone zu verschaffen. Und auf sein Zureden wurde auch die Republik Holland Theilnehmerinn dieses Bundes. Das bald nachher erfolgte Absterben Wilhelms III. änderte in dieser Sache nichts, sondern sie gieng ihren Gang fort.

Leopold I, um sich von diesem Kriege einen glücklichen Ausgang zu versichern, suchte auf alle mögliche Art die Anzahl seiner Bundsgenossen zu vermehren. In dieser Absicht war er bemüht die Deutschen Fürsten zur Theilnahme zu überreden und überhaupt diesen Krieg in einen Reichskrieg zu verwandeln. Diese Bemühungen waren nicht ganz fruchtlos, denn die Rheinischen, der Schwäbische, Fränkische und der westphälische Kreis verbanden sich mit Oestreich. Hingegen die Kurfürsten von Baiern und Cölln gaben den Kaiserlichen Vorstellungen kein Gehör, sondern erklärten sich für Frankreich.

Daß auch der König von Preussen an diesem Kriege Theil nahm, ist schon angeführet worden. Vermöge des Kronentraktats war er verbunden dem Kaiser 10000 Mann zu Hülfe zu schicken: allein sein grenzenloser Haß gegen Frankreich bewog ihn mehrere Truppen ins Feld zu stellen, als seine Kräfte erlaubten. Er machte sich nämlich anheischig 20000 Mann in die Rheingegend und 6000 Mann nach Italien zu schicken.

Im

Im Jahre 1702 wurde der Krieg von beiden Theilen mit großem Eifer geführet. Und zwar war der Niederrhein, besonders das Kurfürstenthum Kölln, der Schauplatz desselben, denn der Kurfürst von Kölln hatte den Franzosen alle Festungen seines Landes eingeräumt. Die Alliirten führten in diesem Jahre den Krieg in dieser Gegend mit sehr großem Glücke; denn sie eroberten sehr viele Städte. Die merkwürdigsten unter den in diesem Feldzuge unternommenen und glücklich ausgeführten Belagerungen waren ohnstreitig die von Kaiserswerth und Venlo.

Während der Winterquartiere wurde das Band zwischen den alliirten Mächten noch enger geknüpft und Friedrich I. vermehrte die Anzahl seiner bei der alliirten Armee befindlichen Truppen. Den Oberbefehl über das ganze Heer führte der Herzog von Marlborough. Im Anfange des J. 1703 ergab sich Rheinbergen, welche Festung schon im vorigen Feldzuge war angegriffen und den Winter hindurch eingeschlossen worden. Am Niederrhein waren die Alliirten abermals glücklich und die preussischen Truppen hatten an den siegreichen Unternehmungen großen Antheil: Bonn, Huy, Limburg und Geldern wurden erobert, so daß nunmehr die Alliirten sich in dem Besitz des ganzen Kurfürstenthums Kölln befanden.

Nicht so glücklich war man in der Gegend des Oberrheins und der Donau. Die Franzosen gingen über den Rhein, eroberten die Festung Kehl, vereinigten sich mit den baierschen Truppen und befanden sich im Besitze des schwäbischen Kreises. Um in diesen Gegenden den Alliirten das Uebergewicht zu verschaffen, mußte ein Theil der preussischen Truppen unter Anführung des Fürsten Leopold von Anhalt-Dessau den Niederrhein verlassen und in die Gegend des

Oberrheins eilen. Er kam zu der Armee, welche Graf Styrum befehligte. Derselbe wurde bey Hochstädt von den Franzosen angegriffen und geschlagen, wobei die preussischen Truppen unter dem Fürsten von Dessau sich auf eine vortheilhafte Art auszeichneten, denn sie deckten den Rückzug der ganzen Armee, so daß eine gänzliche Unordnung verhütet wurde. Auch in andern Gegenden waren die Alliirten nicht glücklich. So wurde z. B. die Festung Landau vom französischen Marschall Taillard erobert, nachdem zuvor der Erbprinz Friedrich von Hessen-Cassel, welcher zum Entsatz dieser Stadt mit einem Corps anrückte, war geschlagen worden.

Während des Winters wurde der zweite Sohn des Kaisers unter dem Namen Karl III. von den vereinigten Mächten zum König von Spanien erklärt. Er reiste sogleich nach England ab, und von hier wurde er durch die Königinn Anna mit einer Flotte nach Portugal geschickt, wo der König Peter II. sich so gleich für ihn erklärte.

Der im J. 1704 unternommene Feldzug war ohnstreitig einer der wichtigsten in diesem ganzen Kriege. Ludwig XIV. gab sich um diese Zeit Mühe die Anzahl seiner Feinde zu vermindern, und in dieser Absicht machte er dem König von Preussen sehr vortheilhafte Anerbietungen, wenn er nämlich die Neutralität beobachten wolle. Allein dieser war allzu sehr für den Nutzen des Kaisers besorgt und der Haß gegen Frankreich war allzu tief bei ihm eingewurzelt, als daß er solche Anträge hätte annehmen können.

In diesem Feldzuge mußten die Alliirten ihre ganze Macht in die Gegend der Donau zusammen ziehen: denn der Kaiser befand sich in der größten Gefahr,

fahr, indem er auf der einen Seite von den misvergnügten Ungarn und auf der anderen Seite von der französisch-bairischen Armee einen Angrif zu befürchten hatte. Auch die preussischen Truppen stießen in dieser Gegend unter Anführung Leopolds von Dessau zu den Alliirten, und leisteten sehr wichtige Dienste in der Schlacht bei Hochstädt, welche die merkwürdigste kriegerische Begebenheit in dem diesjährigen Feldzuge war. Von beiden Parteien wurde mit der größten Hartnäckigkeit gefochten, wie man dies auch schon aus der großen Anzahl der Gebliebenen wahrnehmen kann: denn der Verlust auf beiden Seiten belief sich auf 40000 Mann. Die Baiern und Franzosen wurden gänzlich geschlagen, mußten Baiern und Schwaben räumen und bald nachher sich über den Rhein zurück ziehen. Und außerdem wurden ihnen in diesem Jahre noch einige Städte, nämlich Trier, Saarburg, Trarbach und Landau entrissen. Die letztere Stadt wurde förmlich belagert. Den Anfang hiermit machte man den 14ten September und schon im Monat October mußte sich die Stadt ergeben, woran besonders die preussische Artillerie unter Anführung des Obersten Schlund sehr großen Antheil hatte. *)

Unterdessen hatten die Franzosen in Italien, wo der Herzog von Savoyen beinahe gänzlich verlassen war, indem die wenigen kaiserlichen Truppen unter Stahrenbergs Anführung kaum hinreichten, um in Italien einen festen Fuß zu fassen, große Fortschritte gemacht: denn ganz Savoyen und Piemont hatten sie in Besitz genommen. Man konnte nunmehr voraus

*) Buchholz Geschichte der Mark Brandenburg. B. IV. S. 254.

sehen, daß Victor Amadeus, Herzog von Savoyen das Bündniß verlassen werde, wenn man ihn nicht gehörig unterstützen würde. Theils um dieses zu verhüten, theils aber auch um das Eindringen der Franzosen aus Italien nach Deutschland zu verhindern, war man darauf bedacht, die Armee in Italien zu verstärken. Dies verursachte aber noch große Schwierigkeiten: denn die Truppen waren auch in der Gegend des Rheins sehr nothwendig. In dieser Verlegenheit schickte man den Marlborough nach Berlin, um den König von Preussen zu bewegen, einen Theil seiner Truppen nach Italien zu schicken. Er war auch in dieser Unternehmung ungemein glücklich: denn Friedrich machte sich anheischig für jährliche Hülfsgelder von 300000 Kronen, welche beide Seemächte zahlen würden 8000 Mann unter Anführung des Fürsten Leopold von Anhalt-Dessau nach Italien zu schicken. Ueber die ganze Armee, die sich in dieser Gegend zusammen zog, führte der Prinz Eugen den Oberbefehl.

Die wichtigste Kriegsbegebenheit in Italien war im Jahre 1705 ohnstreitig die Schlacht bei Cassano. Der Prinz Eugen grif hier die Franzosen an. Er bemächtigte sich zwar der steinernen Brücke, welche über den Ritorto Fluß führte: allein ungeachtet der Tapferkeit seiner Truppen konnte er die errungenen Vortheile nicht behaupten. Ueberdies wurde auch zuletzt der Eifer der östreichischen Truppen sehr geschwächt, besonders nachdem Eugen war verwundet worden. Zuletzt sahen sich die Alliirten genöthiget zurück zu gehen und ihre vorige Stellung wieder einzunehmen. Sehr viele von den preussischen Truppen verlohren an diesem Tage ihr Leben, woran die zu große Hitze des Fürsten Leopolds von Dessau schuld war: dieser

Held

Held wollte alle Schwierigkeiten, welche der Platz entgegen stellte, überwinden. Er führte also die Infanterie durch den Fluß Ritorto, ohnerachtet des heftigen feindlichen Feuers und des hierdurch unter den Seinigen angerichteten Blutbades, welches so stark gewesen seyn soll, daß das Flußwasser eine rothe Farbe bekam. Und dieser gefahrvolle Durchgang durch den Fluß, welcher vielen Menschen das Leben kostete, war ganz fruchtlos: denn diejenigen, welche gesund das Ufer erreichten, konnten nicht einmal feuern, weil so wohl das Gewehr als auch das Pulver naß geworden war. Auf Eugens Befehl mußte Leopold dieses Gefecht endigen und seine Truppen über den Ritorto zurück führen. Auch der Rückzug kostete viele Menschen, und es würde wahrscheinlich der Verlust noch ansehnlicher gewesen seyn, wenn nicht kaiserliche Truppen zur Vertheidigung herbei geeilt wären.

Aber demohngeachtet war der Verlust des preußischen Corps ansehnlich, so daß selbst der Fürst Leopold von Anhalt-Dessau nicht wagte dem König Friedrich I. ein genaues Verzeichniß von den Todten und Verwundeten einzuschicken, und als er es doch endlich thun mußte; so bezeigte der König in einem Schreiben seine große Unzufriedenheit, daß er die preußischen Truppen so wenig schone. *)

Nach Beendigung dieses Treffens hatten beide Armeen ihre vorige Stellung wieder eingenommen und eine jede Partei schrieb sich daher den Sieg zu. Allein wenn man die Sache unparteiisch betrachtet, so war der Vortheil auf Seiten der Franzosen. Dies be-

*) Pöllnitz Memoiren. B. I. S. 418.

bezeugt auch der Herzog von Savoyen in einem Schreiben an die Königinn von England, in welchem er sich beklagt daß durch das den Kaiserlichen bei Cassano widerfahrne Unglück seine Staaten am meisten litten, weil der Kaiser den erlittenen Verlust nicht so gleich ersetzen könne. *)

In dem J. 1705 war auch der Feldzug der Alliirten von keinem glücklichen Erfolg. Zwar hatte Marlborough im Monat Julius die französischen Linien bei Hillersheim (im Lüttichschen) überwältiget; allein der eigentliche Endzweck wurde demohngeachtet nicht erreicht, welcher nämlich in der Eroberung der Festung Saarbrück bestand, um sich nach Frankreich einen Eingang zu eröffnen. Die Ursach hiervon lag ohnstreitig in der Uneinigkeit, welche zwischen dem Marlborough und dem Markgrafen Ludwig von Baden, dem Anführer der kaiserlichen Truppen, entstanden war. Diese Uneinigkeit würde vielleicht nicht entstanden seyn, wenn nicht der Kaiser Joseph, der Sohn und Nachfolger Leopolds den Plan gehabt hätte, durch einen gänzlichen Umsturz des baierischen Hauses sein Ansehn in Deutschland fester zu gründen. Aus diesem Grunde war Markgraf Ludwig, wahrscheinlich auf Befehl seines Herrn, genöthiget jede Gelegenheit zu benutzen, um die Ausführung des beim Anfange des Feldzuges gemachten Planes zu verhindern. Er führte also seine Truppen in die Gegend des Oberrheins, von wo er, wenn es etwa die Umstände erfordern sollten, bald nach Baiern kommen könnte. Diese herrschende Uneinigkeit oder vielmehr das sich durchkreuzende Interesse hatte für die Alliirten

*) Pöllnitz Memoiren B. I. S. 417.

ten einige nachtheilige Folgen, denn Trier und Saarburg wurde von den Franzosen wieder in Besitz genommen.

Nachdem sich Markgraf Ludwig von Marlborough getrennt hatte; so gieng er mit seinen Truppen in die Gegend des Oberrheins, wohin ihm auch die preußischen Truppen folgten. Nachdem in dieser Gegend die Franzosen bei Pfaffenhoven waren geschlagen worden; so wurde Hamm belagert und bald nachher in Besitz genommen, an welcher Unternehmung die preussischen Truppen großen Antheil hatten.

Ueberhaupt standen, was die Hauptsache anbetraf, die Angelegenheiten des östreichischen Hauses sehr gut, denn der zum König vom Spanien erklärte östreichische Prinz Karl hatte in Barcellona festen Fuß gefaßt und es war folglich große Hoffnung vorhanden, daß er den spanischen Thron behaupten werde.

Der Anfang des Feldzuges in Italien vom J. 1706 war zwar für die Alliirten nicht glücklich, aber desto ruhmvoller das Ende desselben. Als Eugen mit neuen Truppen daselbst ankam, waren die Alliirten nach dem unglücklichen Treffen bei Calcinato bis Guarde zurück gedrängt worden. Er übernahm so gleich den Oberbefehl und beschloß Turin, die Hauptstadt des Herzogs von Savoyen, welche von den Franzosen belagert wurde, zu entsetzen. Diese Unternehmung war mit vielen Schwierigkeiten verbunden, denn das alliirte Heer mußte zuvor einen großen Marsch machen, und zwar größten Theils durch Gegenden, die sich in feindlicher Gewalt befanden. Nachdem alle Schwierigkeiten überwunden waren, und der Herzog von Savoyen, Victor Amadeus, mit seinen Truppen zu dem Heere des Prinzen Eugen gestoßen war;

so

so wurde das weit zahlreichere französische Heer in seinen Verschanzungen angegriffen und geschlagen. Dieser Sieg hatte sehr wichtige Folgen. Turin wurde befreiet, Navarra, die Stadt Mailand, und beinahe die ganze Lombardei wurden geräumet. Und Ludwig XIV. mußte sogar im Anfange des folgenden Jahres mit den Alliirten einen Vertrag schließen, in welchem seinen Truppen ein freier Abzug über die Alpen zugestanden wurde.

Vielleicht aber würden die Franzosen Italien nicht geräumet haben, wenn nicht in demselben Jahre der Feldzug in den Niederlanden für sie sehr unglücklich gewesen wäre. Sie wurden nämlich bei Ramelies von Marlborough gänzlich geschlagen. Die Preußen hatten an diesem durch seine Folgen wichtigen Siege gleichfalls Antheil. Es wurde nämlich durch denselben bewirkt, daß alle große Städte so wohl in Braband als auch in Flandern, sich an den König Karl III. in Spanien ergaben. Außerdem machten die Alliirten noch mehrere Fortschritte, indem sie nämlich die Festungen Ostende, Menin, Ath und Dendermonde eroberten. Ueberhaupt war dieser Feldzug für Frankreich beinahe in jedem Betracht sehr unglücklich. In Spanien mußte der König Philipp die Belagerung von Barcellona nicht nur aufheben, sondern konnte auch nicht verhindern, daß sein Gegner Karl III. Katalonien, Arragonien und Valenzia besetzte.

Das J. 1707 war für die Alliirten nicht glücklich, obgleich die französischen Truppen ganz Italien räumten. Am Oberrhein wurde der Markgraf von Baireuth mit dem Reichsheere zurück gedrängt. Und Marlborough mußte sich in diesem Jahre begnügen, daß er die im vorigen Feldzuge gemachten Eroberungen

gen behauptete. Und in Spanien gieng es noch schlimmer: denn Arragonien und Valenzia wurden verlohren, woran die Uneinigkeit einiger englischen Generale großen Antheil hatte. Auch die Unternehmung des Prinzen Eugen und des Herzogs von Savoyen hatte keinen glücklichen Ausgang. Beide unternahmen nämlich einen Einfall in Provence, und belagerten Toulon. Allein eine zahlreiche französische Armee nöthigte dieselben die Belagerung aufzuheben und sich nach Italien zurück zu ziehen. Und nunmehr mußte die englische Flotte, welche auf der Wasserseite diese Stadt eingeschlossen hatte, gleichfalls von ihrem Vorhaben abstehen. *)

Der Herzog von Savoyen, welcher Ursach war, daß die Belagerung von Toulon aufgehoben wurde, mußte von den Engländern bittere Vorwürfe anhören, die ihn beschuldigten, er habe sich von Frankreich bestechen lassen, um die ganze Unternehmung auf jene Stadt rückgängig zu machen. Pölnitz **) führt an, der Herzog von Savoyen sey bewogen worden die Belagerung aufzuheben, weil der König von Schweden ihm bekannt gemacht habe, daß er, so bald Toulon würde erobert seyn, in die Kaiserlichen Erbstaaten einfallen wolle. Der Kaiser werde hierdurch bewogen werden seine Truppen aus Italien zurück zu ziehn und er, der Herzog sey alsdann der Willkühr der Franzosen überlassen.

In dem folgenden Jahre hatten die kriegerischen Unternehmungen der Alliirten einen sehr glücklichen Er-

*) Buchholz, Geschichte der Mark Brandenburg. Thl. IV. S. 260.

**) Memoiren zur Lebens und Regierungsgeschichte u. sw. Theil I. S. 442.

Erfolg, besonders in den Niederlanden, wo Eugen und Marlborough den Oberbefehl führten, und wo sich auch preussische Truppen unter Anführung des Fürsten Leopold von Dessau und des Grafen Lottum befanden.

Unter allen Kriegsvorfällen ist die Schlacht bei Oudenarde ohnstreittig die merkwürdigste, nicht so wohl wegen der wichtigen Folgen, als auch wegen der Theilnahme der preußischen Truppen. Die Franzosen wollten nämlich nach der Eroberung von Gent auch sich der Stadt Oudenarde bemächtigen. Um dieses zu verhindern, unternahmen die Alliirten so gleich einen Angrif, welcher vielen Menschen das Leben kostete, aber auch den Alliirten einen glänzenden und wegen seiner Folgen wichtigen Sieg verschaffte. Die Preussen thaten sich hierbei ungemein hervor, nur verlohren aber auch viele derselben das Leben. Z B. von den Gens d' Armes soll die Hälfte geblieben seyn. *)

Nach diesem erfochtenen Siege wurden die französischen Linien bei Warneton und Commines erstiegen und die Alliirten konnten nunmehr so wohl in Artois als auch in der Picarde Kriegssteuren zusammen treiben. Bald nachher unternahmen sie die Belagerung von Ryssel. Eugen führte diese Belagerung und Marlborough deckte dieselbe. Wäre die große Zufuhr von Proviant und Munition, wie es wirklich der Plan der Franzosen war, den Belagerern abgeschnitten worden; so hätte die Belagerung wahrscheinlich aufgehoben werden müssen. Die bei der Zufuhr befindliche Bedeckung bestand nur aus 7000 Mann, und hingegen der angreifende Feind aus 20000 Mann. Aber

*) Pauli's preußische Staatsgeschichte. B. VII. S. 359.

Aber demohngeachtet wurden die letzteren geschlagen und der ganze Transport kam glücklich bei dem Belagerungscorps an.

Nicht so glücklich waren die 1500 französischen Reuter, welche auf ihren Pferden Pulver in die Festung Rysel bringen wollten. Zwar waren sie schon nahe an das Stadtthor gekommen: allein sie wurden von den preußischen Wittgensteinischen Dragonern bemerkt. Und diese machten ein so lebhaftes Feuer, daß die meisten von den französischen Reutern mit dem Pulver theils in die Luft flogen, theils erschossen und gefangen genommen wurden: denn es kamen nur 300 derselben in die Stadt. Nach diesem unglücklichen Versuch erfolgte bald die Uebergabe der Festung Rysel, und mit der Besitznehmung der Festung Gent, welche am Ende des Jahres der französische General de la Motte räumte, wurde der diesjährige Feldzug beschlossen.

Während des Winters fing man zwar von Seiten Frankreichs an auf den Frieden zu denken: allein förmliche Unterhandlungen konnten nicht angefangen werden, weil die andere Partei sehr harte Bedingungen vorschrieb. Es wurde also im Jahre 1709 der Krieg abermals eröffnet, und in diesem Feldzuge vermehrte Friedrich I. sein bei den Alliirten befindliches Corps bis auf 30000 Mann, von welchen sich der größte Theil unter dem Grafen Lottum in den Niederlanden befand, wo Eugen und Marlborough den Oberbefehl führten, und nur 8000 Mann waren in Italien, in welcher Gegend diesmal Nichts von Wichtigkeit unternommen wurde.

Desto thatenreicher aber war der Feldzug in den Niederlanden, wo mit der Eroberung der Festung

Tournay oder Dornick der Anfang gemacht wurde. Bald nachher ereignete sich die Schlacht bei Malplaquet. Es wurde nämlich daselbst von den Alliirten der französische Feldherr Villars aus seinem verschanzten Lager vertrieben. Diese Schlacht war sehr blutig: denn die Anzahl der Verwundeten und Getödteten auf beiden Seiten soll 60000 Mann betragen haben. Unter den Verwundeten befand sich Villars und Eugen. So wohl der Kronprinz von Preußen Friedrich Wilhelm, als auch der Fürst Leopold von Dessau waren bei diesem Treffen als Volontairs gegenwärtig. Und die preußischen Truppen vermehrten auch an diesem Tage ihren Ruhm, erlitten aber auch einen ansehnlichen Verlust.

Dieser Sieg war für die Alliirten sehr wichtig: denn die Eroberungen der Städte Gvillain und Mons waren Folgen desselben.

Der diesmalige Feldzug war für Frankreich also nicht glücklich und mußte Ludwigs XIV. Neigung zum Frieden mehr verstärken. So gar harte Bedingungen wollte er eingehen, nämlich alle Truppen aus Spanien zu ziehen und seinem Enkel Philipp sich selbst überlassen. Allein Oestreich war diesmal dem Frieden entgegen, indem es Foderungen machte, die Ludwig nicht genehmigen konnte und welche so gar von den übrigen Alliirten gemisbilliget wurden. Die vorzüglichste derselben bestand nämlich darinn, daß Ludwig XIV. seinen Enkel Philipp von Anjou zwingen solle, der spanischen Monarchie gänzlich zu entsagen.

Zwar gehörte Friedrich I. gleichfalls zu denjenigen Bundsgenossen, welche mit dem Betragen des Kaisers unzufrieden waren; aber demohngeachtet ließ er sich zureden, seine Truppen ferner bei der alliirten Ar-

Armee und zwar unter Anführung des Fürsten Leopolds zu lassen. Obgleich im Feldzuge vom J. 1710. die Alliirten in den Niederlanden keine Schlachten gewannen; so war er doch für sie sehr vortheilhaft, denn sie eroberten die Städte Douay, Bethune, Aire und S. Venant.

So glücklich Karl III. den diesjährigen Feldzug in Spanien eröffnet und sogar Madrid in Besitz genommen hatte, eben so unglücklich wurde er auch für ihn beendiget: denn er mußte Madrid räumen, und wurde bei Brihuega geschlagen.

Ueberhaupt nahm der Eifer der Alliirten immer mehr ab, wozu nicht blos dieses unglückliche Treffen, sondern auch mehrere Umstände wirkten. Den ersten Anfang machte der Herzog von Savoyen Victor Amadeus, welcher niemals mit demjenigen zufrieden war, was er von dem östreichischen Hause für seine geleisteten Dienste erhielt. Er wurde also zuerst mißvergnügt und war folglich Ursach, daß die italienische Armee in Unthätigkeit gerieth. Noch wichtiger war die Umstimmung des größten Theils der brittischen Nation, welche sich gegen diesen Krieg erklärte, weil er Großbritanniens Schätze aufzehre und dem Hause Oesterreich das Uebergewicht verschaffe: denn der Kaiser Joseph I. bekam keine männliche Nachkommen und folglich konnte man voraus sehen, daß Karl III. auch noch Besitzer der östreichischen Länder werden würde. Der Herzog Marlborough war grade entgegengesetzter Meinung und deshalb ruhte jene Partei nicht eher, als bis sie ihm die Ungnade der Königinn zugezogen hatte. *)

*) Nach einer Anekdote, welche von Voltaire ist erzählet und vielleicht auch von ihm erdichtet worden, soll der

Aber die Verdienste dieses Mannes waren so groß, daß man nicht wagte ihm sogleich den Oberbefehl zu entreißen. Und überdies fand auch das englische Ministerium nicht für rathsam, das Bündniß ohne die geringste Veranlassung zu brechen.

Von jetzt an wurde der Krieg mit weniger Lebhaftigkeit geführet: denn in dem ganzen Feldzuge vom J. 1711 eroberten die Alliirten nur die Stadt Bouchain. Und mit derselben Unthätigkeit wurde auch der Feldzug in Italien zugebracht. Schwerlich würde dieser Krieg mit einer solchen Schläfrigkeit seyn geführet worden, wenn der Kaiser Joseph I. am Leben geblieben wäre. Allein dieser starb schon im Anfange des J. 1711. Und seit dieser Zeit betrieb England mit großem Eifer den Frieden, damit Karl III. welcher nunmehr seinem Bruder sowohl in den östreichischen Ländern als auch in der Kaiserwürde nachfolgte, zum Besitze des Königreichs Spanien nicht gelangen möchte. Im J. 1712. wurde Utrecht zu dem Orte des Friedenscongresses bestimmt.

Der Prinz Eugen gab sich alle mögliche Mühe die Mächte anders zu stimmen: allein dies war vergeblich. Zu London richtete er nur so viel aus, daß das englische Ministerium versprach, so lange Trup-

der Stolz der Gemahlinn des Herzogs diese Ungnade bewirkt haben. Und zwar sey der eigentliche Ausbruch durch einen Handschuhmacher bewirkt worden, welcher für die Königinn nicht eher Handschuhe habe machen wollen, als bis er diejenigen verfertiget hatte, welche die Herzoginn bestellt habe. — So viel ist aber gewiß, daß schon im J. 1710. die Herzoginn nicht mehr am Hofe erscheinen durfte, und daß überhaupt die Partei des Marlboroughs ihr Ansehn verlohr.

Truppen ins Feld zu stellen, bis der Friede würde seyn geschlossen worden. Dies geschahe auch wirklich, allein dem Marlborough wurde der Oberbefehl genommen.

Der Feldzug des J. 1712. war also nicht reich an wichtigen Begebenheiten, weil alle kriegführende Mächte, das einzige östreichische Haus ausgenommen, sich nach dem Frieden sehnten. In Italien hörten alle Feindseligkeiten auf, weil der Herzog von Savoyen öffentlich erklärte, daß er den Frieden verlange. Und in den Niederlanden waren die kriegerischen Unternehmungen gleichfalls von keiner großen Bedeutung. Ueber die preußischen Truppen, von welchen ein Theil sich in die Mark Brandenburg wegen Annäherung des nordischen Krieges hatte zurückziehen müssen führte Leopold von Dessau den Oberbefehl. Die Preußen standen unter dem Befehl des Prinzen Eugen und die Engländer unter dem Herzoge von Ormond. Letzterer war dem Eugen beständig entgegen und man konnte sehr deutlich sehen, daß er von seinem Hofe den ausdrücklichen Befehl hatte, nichts von Wichtigkeit zu unternehmen. Und zuletzt trennte er sich gänzlich mit seiner Armee von den Alliirten und machte den mit Frankreich geschlossenen Waffenstillestand bekannt. Er verlangte ferner, daß die preußischen Truppen, welche im englischen Solde standen, ein Gleiches thun sollten: allein Fürst Leopold von Dessau blieb bei dem Heere des Prinzen Eugen, welches Verfahren auch kurz darauf von dem Berliner Hofe genehmiget wurde.

Die Entfernung der Englischen Truppen brachte wieder neue Thätigkeit in das Heer der Verbündeten. Prinz Eugen eroberte nämlich Quesnoi,

und ließ noch durch den Fürsten Leopold mit der Belagerung von Landreci den Anfang machen. Allein ein für die Franzosen glücklich ausgefallnes Gefecht und der Verlust einiger Posten waren Ursach, daß jene Belagerung aufgehoben werden mußte. Ueberhaupt wurde der Muth der Franzosen in dem Grade vermehrt, in welchem der Eifer der meisten östreichischen Alliirten abnahm. Sie eroberten z. B. am Ende dieses Feldzuges oder vielmehr am Ende des Krieges Donay, Quesnoy und Bouchain.

Dies waren die letzten Vorfälle in diesem Kriege: denn die Friedensunterhandlungen wurden nunmehr sehr eifrig betrieben, weil die meisten kriegführenden Mächte den Frieden wünschten. Derselbe wurde auch im folgenden Jahre zu Utrecht geschlossen: allein Friedrich I. erlebte die Beendigung dieser Friedensunterhandlungen nicht. Ich kann also die wichtigen Punkte jenes Friedensschlusses erst bei der folgenden Regierungs-Geschichte anführen, nachdem ich zuvor die übrigen Begebenheiten des brandenburgischen Staats während des spanischen Erbfolgekriegs werde erzählet haben.

Die übrigen merkwürdigen Vorfälle des Preußischen Staats während des spanischen Erbfolgekriegs.

Ob gleich die preußischen Staaten niemals der Schauplatz des spanischen Erbfolgekriegs waren: so hatte demohngeachtet derselbe für sie sehr üble Folgen. Die ansehnliche Menge der Truppen, welche beständig im Felde standen, kosteten jährlich eine sehr große Summe Geldes. Um dieselbe herbei zu schaffen,

sen, mußten die Auflagen theils vermehret, theils erhöhet werden. Einige derselben z. B. die Karossen und Perücken-Steuer, sind schon angeführet worden, und mehrere andere werden in den allgemeinen Bemerkungen über diesen Abschnitt erwähnet werden.

Friedrich I. aber liebte zu sehr Vergnügungen, als daß er seine Ausgaben hätte einschränken können: vielmehr zeigte er bei jeder Gelegenheit, daß sein Hang zur Prachtliebe eher zu als abnahm. Folgende Vorfälle mögen zum Beispiel dienen.

Der im J. 1705 erfolgte Tod seiner zweiten Gemahlinn, Sophien Scharlotte verschaffte ihm Gelegenheit seine Prachtliebe abermals zu befriedigen. Diese Fürstinn stand in einer allgemeinen Achtung: denn sie schätzte nicht nur die Wissenschaften, sondern sie beschäftigte sich selbst mit denselben. Das Lesen philosophischer Schriften, die mündliche und schriftliche Unterhaltung mit dem berühmten Philosophen Leibnitz, ihrem ehemaligen Lehrer waren für sie die angenehmsten Beschäftigungen: allein an den Vergnügungen ihres Gemahls fand sie keinen Geschmack. Diese Verschiedenheit der Gesinnungen und Neigungen war Ursach, daß sie äußerst selten und zwar nur bey großen Feierlichkeiten zusammen kamen. Ihre meiste Zeit brachte sie im Dorfe Lützow oder Lintzen zu, wo sie im Jahre 1696 ein Schloß und viele Häuser erbaute, so daß dies Dorf das Ansehn einer Stadt erhielt, weshalb sie es Lützenburg nannte. Ob nun gleich zwischen diesen königlichen Eheleuten keine große Einigkeit geherrscht hatte; so war demohngeachtet Friedrich I. bei der Nachricht von ihrem Tode sehr betrübt und suchte das Andenken derselben auf verschiedene Art zu ehren. Dies zeigte er besonders bei dem

Leichenbegängniß, welches mit einer kostspieligen Pracht angestellt wurde. Um sich eine kleine Vorstellung hiervon zu machen, mag folgendes dienen. Die Leiche, welche von Hannover nach Berlin war geschafft worden, blieb 5 Monate auf dem Trauergerüste liegen: denn grade so viel Zeit war erforderlich, um alle Zurüstungen in den gehörigen Stand zu setzen. Eine umständliche Beschreibung dieses Leichenzuges würde zweckwidrig seyn: aber einige Umstände, die hinreichend sind, um sich von der hierbei herrschenden Pracht eine Vorstellung zu machen, werde ich anführen.

Während zu dem Leichenbegängnisse Vorkehrungen getroffen wurden, war der Sarg Tag und Nacht von 3000 brennenden Wachskerzen umgeben. Die Geldausgaben für das Trauergerüste in der Domkirche betrugen 30000 Thaler und die Summe aller wegen dieser Feyerlichkeit gemachten Ausgaben soll sich auf 2 Tonnen Goldes belaufen haben.

Ohnerachtet Friedrich I. seinen Hofstaat schon sehr vergrößert hatte; so war er dennoch auf neue Aemter bedacht, um, wie er sich einbildete, den Glanz seines Hofes zu vermehren. In dieser Absicht wurde ein Oberheroldsamt errichtet, dessen Geschäft seyn sollte zu untersuchen, ob der Erbadel ächt sey. Dieses neue Landescollegium bestand aus einem Wappenmeister und einem Heroldsmeister. Und außerdem wurden auch noch viele Heroldsräthe ernannt, welche alle sich mit der Aufsuchung der Ahnen beschäftigten, von deren Menge der Werth des Erbadels abhieng. Zur Ehre des Preußischen Staats kann aber angeführet werden, daß dieses unnütze Amt schon unter der vorigen Regierung wieder abgeschafft wurde.

Ge-

Gegen Schmeichler bewies Friedrich I. eine Freigebigkeit, die in wirkliche Verschwendung ausartete. So schenkte er z. B. einem Hofkavalier 3000 Ducaten, als er die Prinzessinn, welche im J. 1709 die Kronprinzessinn gebohren hatte, mit dem Kinde Jesu verglich, weil zu diesem drei Weisen aus dem Morgenlande gekommen waren, und bei der jungen Prinzessinn drei Könige die Pathen-Stelle vertraten, nämlich der König von Preußen Friedrich I. und die Könige von Polen und Dänemark, die sich gerade zu dieser Zeit zu Berlin aufhielten. Eben so empfing ein Doctor der Theologie aus England für eine Predigt, in welcher er dem König grobe Schmeicheleien gesagt hatte, 60 Pfund Sterling zu einer goldnen Kette.

Friedrich I, welcher zwar den Entschluß gefaßt hatte sich nicht wieder zu verheirathen, ließ sich von seinen Günstlingen zu einer zweiten Heirath überreden: denn den letzteren war hieran sehr viel gelegen, weil sie hofften an der neuen Königinn eine Beschützerinn zu erhalten, und den Einfluß des Kronprinzen, der ihnen nicht zugethan war, zu schwächen. Auch bey dieser Gelegenheit zeigte sich der König nicht nur als einen großen Liebhaber der Pracht, sondern auch als einen im hohen Grade eitlen Mann. Er hatte nämlich den Entschluß gefaßt die Schwester des Prinzen von Oranien zu heirathen. Die ganze Sache war schon richtig und nur durch die grenzenlose Eitelkeit Friedrichs I. wurde alles rückgängig gemacht. Er hatte nämlich verlangt, daß die Mutter dieser Prinzessinn nach Berlin kommen und bei der Trauung die Schleppe des Kleides ihrer Tochter tragen sollte, nach dem Beyspiele der Herzoginn von Hannover, welche die Schleppe ihrer Tochter getragen hatte, als letz-

tere mit dem römischen König vermählet wurde. *) Da nun diese sonderbare Foderung, wie man leicht erwarten konnte, abgeschlagen wurde, so erklärte der König das geschlossene Eheverlöbniß für ungültig. Nach vielen angestellten Berathschlagungen fiel endlich seine Wahl auf die mecklenburgische Prinzessinn Louise Dorothea, eine Schwester des regierenden Herzogs von Mecklenburg Schwerin. Am 27ten November des J. 1708 kam dieselbe zu Berlin an und am folgenden Tage wurde die Trauung vollzogen, bei welcher Gelegenheit kein Geld gespart wurde, um diese Feierlichkeit auf eine prachtvolle Art zu begehen.

Kurz vor der Vermählung bereuete er seinen Entschluß, als es aber schon viel zu spät war, die Sache abzuändern: denn er war zu einer dritten Heirath nur dadurch überredet worden, daß seine Günstlinge ihm vorgestellt hatten, das königliche Haus sey in Gefahr auszusterben, weil die Aerzte bei der letzten Niederkunft der Kronprinzessinn Fehler wahrgenommen hätten, welche untrügliche Kennzeichen wären, daß die Kronprinzessinn niemals wieder schwanger werden würde. Das blinde Zutrauen, welches er auf diese Menschen gesetzt hatte, erlaubte ihm nicht über diese Sache genauere Erkundigungen einzuziehen. Er gerieth aber in großes Erstaunen, als er kurz vor seiner Vermählung von seinem Sohn, dem Kronprinzen erfuhr, daß die Kronprinzessinn schon 5 Monate schwanger sey.

Und in der Folge bereuete er den gethanen Schritt noch mehr: denn er lebte mit dieser dritten Gemahlinn in großer Uneinigkeit. Sie hatte sich an dem Hofe ihres

*) pöllnitz. B. I. S. 498.

res Bruders an eine ungebundene Lebensart gewöhnt und konnte an der steifen Lebensart, welche am Hofe Friedrichs I. im höchsten Grade herrschte, keinen Geschmack finden. So wie sie vorher beständig sehr heiter und frölich gewesen war, eben so traurig und melancholisch wurde sie anjetzt. Kurz sie verfiel aus einem Extrem in das andere, indem sie sich einer religiösen Schwärmerei gänzlich überließ, und endlich fast ganz wahnsinnig wurde.

An dieser Verwirrung des Verstandes der Königinn hatten ohnstreitig ihr Beichtvater Porst, Prediger an der Nicolai-Kirche und dessen Freund Franke, Professor der Theologie zu Halle, sehr großen Antheil. Letzterer war der Stifter einer eigenen Sekte unter den Lutheranern, welche Pietisten genannt wurden, weil sie dem irdischen Vergnügen gänzlich zu entsagen suchten. Außer der religiösen Schwärmerei entstand auch bey der Königinn ein großer Haß gegen anders denkende, und besonders gegen die Reformirten. Dies gab zwischen ihr und dem Könige, welcher aus blindem Eifer gegen die reformirte Lehre alle andere Religionsparteien haßte, zu vielen unangenehmen Vorfällen Anlaß. Einstmals sprachen beide über Religionssachen, und die Königinn behauptete, die Reformirten könnten nicht selig werden. Der König wurde durch diese Aeußerung in die größte Hitze versetzt und erklärte, daß, wenn er ihre Gesinnungen vorher gekannt hätte, er ihr die Ehre sich mit ihr zu vermählen, nicht angethan haben würde. Auf Königl. Befehl mußte Franke Berlin so gleich verlassen, und dem Prediger Porst wurde anbefohlen, künftig über streitige Materien keine Unterredungen mit der Königinn anzustellen. Seit dieser Zeit erreichte die Uneinigkeit zwischen dem königlichen Ehepaar

den

den höchsten Grad, und die Königinn wurde immer melancholischer. *)

Aus diesem Familien-Zwist lernen wir schon den großen Religionseifer Friedrichs I. kennen, welcher in Intoleranz gewöhnlich ausartete. Dies war auch im Jahre 1703 der Fall, zu welcher Zeit beinahe eine Verfolgung der Juden in den preußischen Staaten geschehen wäre. Ein getaufter Jude Franz Wenzel gab vor, daß in einem jüdischen Gebete, welches mit dem Worte Alenu anfing, Jesus gelästert werde. Und zwar sollten die lästernden Worte folgende seyn: wir knien und bitten nicht vor dem gehängten Jesu. Diese Worte wären aber nicht in dem Gebete mit abgedruckt, würden aber hinzugesetzt. Und bei dem jedesmaligen Aussprechen derselben spuckten die Juden aus und sprängen von dem Orte weg, auf welchem sie gestanden hätten. Der König ließ deshalb eine Untersuchung anstellen, durch welche aber nichts entschieden wurde. Die Juden gestanden jene Beschuldigungen nicht ein, und selbst christliche Schriftsteller, welche so wohl in der Sprache als auch in den Gebräuchen der Hebräer erfahren waren, haben die Juden wegen jener Beschuldigung in Schutz genommen. Friedrich I. machte aber demohngeachtet folgende Verordnung bekannt: daß von nun an zu ewigen Zeiten kein Jude, Mann oder Weib, jung oder alt, in den preußischen Staaten, bei Strafe daraus verjagt zu werden weder in der Schule, noch in seinem Hause, die angeführten Worte beten und aussprechen, dabei ausspeien und hinwegspringen, auch den Kindern nicht beibringen sollte. Und

*) Pöllnitz B. I. S. 505 - 509.

Und daß künftig dieses Gebet in der Schule nicht mehr, wie bisher geschehen, von jedem in der Stille gebetet, sondern von einem aus der Gemeinde laut und deutlich vorgesprochen und von den übrigen nachgesagt werden solle. *)

In solchen Dingen bewies sich Friedrich I. ungemein thätig, nur daß er seine Lieblinge, besonders die Grafen von Wartenberg und Wittgenstein zu viel schalten und walten ließ, wie es ihnen beliebte: denn sein Zutrauen gegen dieselben war grenzenlos. Aber desto mehr muß man sich wundern, daß sie dennoch die Gunst des Königs verlohren. Diese Veränderung in dem preußischen Ministerium muß ich etwas ausführlicher anführen, um so wohl meine Leser mit der Bestrafung der Männer bekannt zu machen, über welche die Märker gerechte Klagen zu führen Ursach hatten, als auch um zu zeigen, daß Friedrich I. auch selbst hierbei seinen Charakter nicht verleugnete.

Der Kronprinz, ein Feind von aller Verschwendung, wie wir ihn auch in der Folge werden kennen lernen, war schon längst sehr unzufrieden mit der Wirthschaft, welche am Hofe seines Vaters getrieben wurde.

Und besonders hatte er gegen die vorhin genannten Grafen, die Urheber dieses Unheils einen großen Haß gefaßt. Diese zu stürzen und seinem Vater die Augen zu öffnen, war schon längst seine Absicht: allein noch nie hatte es ihm geglückt, dieselbe zu erreichen.

*) Pauli's preußische Staatsgeschichte. B. VII. S. 268 : 270.

chen. Und wahrscheinlich würde es auch nicht geschehen seyn, wenn nicht die Frau des Grafen Wartenbergs hierzu ohne ihren Willen, Anlaß gegeben hätte.

Es ist schon im Vorhergehenden angeführet worden, daß diese Gräfinn sich am Hofe große Freiheiten herausnahm. Ihre Dreustigkeit, die Folge eines grenzenlosen Stolzes, wurde täglich größer, so daß sie auch so gar die Königinn nicht schonte. Dies geschahe grade damals als Friedrich I. nach Leipzig gereißt war, um mit dem Könige von Polen eine Unterredung zu halten. Während dieser Zeit mußte die Königinn wegen einer kleinen Unpäßlichkeit einige Tage sich in ihrem Zimmer aufhalten. Sie erhielt täglich von einigen Damen Besuch. An einem Tage kam auch die Gräfinn von Wartenberg, und ließ sich durch ihren Kammerdiener Kaffee in das Zimmer der Königinn bringen. Letztere fand sich hierdurch sehr beleidiget und befahl der Gräfinn so gleich ihr Zimmer zu verlassen und niemals wieder vor ihre Augen zu kommen. Die Gräfinn fing an laut zu lachen und sagte: das möchte sie doch wohl sehen! und alsdann entfernte sie sich. Kaum war Friedrich I. nach Berlin zurück gekommen, als die Königinn ihre Klagen gegen die Gräfinn vortrug. Die Genugthuung, welche sie erhielt war nicht sehr wichtig, denn sie mußte sich damit begnügen, daß die Gräfinn sie um Verzeihung bat.

Bald nachher ereignete sich ein ähnlicher Vorfall, welcher den Unwillen des Königs reitzte. Der Herr von Marnoff, Staatsminister des Czaars und Ambassadeur bei den Generalstaaten, reißte mit seiner Gemahlinn durch Berlin. Der bevollmächtigte Minister des Czaars von Licht gab bei dieser Gelegenheit ein Dinee, zu welchem er die vornehmsten Personen, folg-

folglich auch die Gräfinn von Wartenberg, einladen ließ. Sie nahm zwar diese Einladung an, schickte aber zu dem russischen Gesandten und ließ sich bei demselben erkundigen, ob die Frau von Matuoff den Rang über sie verlange. Der Gesandte ertheilte zur Antwort: daß er es nicht vermeiden könne, der Frau von Matuoff, der Gemahlinn eines russischen Staatsministers und Ambassadeurs, die überdies hier zu Berlin eine Fremde wäre, den ersten Platz einzuräumen. Diese Antwort war Ursach, daß die Gräfinn Wartenberg nicht zum Gesandten fuhr. Die Frau von Matuoff erfuhr diese ganze Sache und beschwerte sich bei dem König, daß die Gräfinn den Vorrang verlangt habe, welcher ihr zukomme, und daß dies Betragen selbst für den Czaar beleidigend sey. Friedrich I. dem an der Freundschaft des Czaars viel gelegen war, zwang die Gräfinn Wartenberg zur Frau von Matuoff zu gehen und derselben zu erklären, daß sie ihr, so lange ihr Mann Ambassadeur sey, den Vorrang abtreten werde. Außerdem wurde ihr auch noch vom König angedeutet, daß er andere Maaßregeln ergreifen müsse, wenn sie ihr Betragen nicht ändern werde.

Ich würde diese Rangstreitigkeit nicht so umständlich erzählet haben, wenn sie nicht auf eine Veränderung im Ministerium einen unläugbaren Einfluß gehabt hätte. Dieser Vorfall und der hierdurch entstandene Widerwille des Königs gegen die Gräfinn Wartenberg munterte die Feinde der Grafen Wartenberg und Wittgenstein auf, ihren schon längst gemachten Plan, nämlich diese Männer zu stürzen, auszuführen, und beförderte den Fall solcher Günstlinge, auf deren Sturz man gar nicht gerechnet hatte. Es läßt sich auch nicht läugnen, daß dies grade der rechte

Zeit-

Zeitpunkt war. Diese Hofpartei, an deren Spitze der Kronprinz stand, beschloß nicht eher etwas zu unternehmen, als bis man noch zwei Männer gewonnen haben würde, nämlich die beiden Herrn von Kamecke, die nahe mit einander verwandt waren. Der Eine bekleidete die Stelle des Grand - Maitre de la Garderobe und der andere war Staatsminister. Letzterer stand bei dem König in großer Gunst, denn er verstand den König bey seiner schwachen Seite zu schmeicheln. Kamecke war als ein sehr geschickter Schachspieler bekannt und ließ dem König, mit dem er oft spielte, die meisten Partien gewinnen. Hierdurch war es ihm leicht geworden den eitlen Friedrich für sich einzunehmen. Der Kronprinz gewann diese beiden Männer und durch dieselben gelang es ihm, die Grafen Wartenberg und Wittgenstein zu stürzen.

An Gelegenheit diese Männer bei dem Könige zu verklagen, konnte es nicht fehlen. Denn sie waren ja die Urheber der schlechten Staatsverwaltung und des elenden Zustandes des Landes Man wählte aber hierzu zwey besondere Unglücksfälle. Im J. 1708 war durch eine Feuersbrunst die Stadt Krossen an der Oder in einen Aschenhaufen verwandelt worden. Die verunglückten Einwohner dieses Orts verlangten, was sie auch mit Recht fordern konnten, aus der für die Mark - Brandenburg errichteten Feuerkasse, Unterstützung. Der Graf Wittgenstein unter dessen Aufsicht diese Kasse stand, hatte so übel mit derselben gewirthschaftet, daß sie gänzlich erschöpft war. Er ertheilte also den Kroßnern keine Unterstützung, sondern wies ihr Anliegen mit Ungestüm von sich zurück. Der zweite Unglücksfall war eine im Jahre 1709 im Königreich Preussen entstandene Pest und Hungersnoth, die so heftig wüthete, daß in einem Zeitraume von ei-

ni-

nigen Monathen die Anzahl der Gestorbenen sich auf 247,000 belief. Die am Leben gebliebenen baten flehentlich um Brodt. Obgleich der Kronprinz sich zum Fürsprecher derselben aufwarf und den Vorschlag machte, die überflüssigen Hoflustbarkeiten einzuschränken und statt dessen die unglücklichen Preußen zu unterstützen; so machte dies doch auf die Grafen Wartenberg und Wittgenstein keinen Eindruck, sondern sie fuhren fort Lustbarkeiten am Hofe zu veranstalten und sogar die Abgaben in dem Königreiche Preußen zu vermehren.

Der Kronprinz hierdurch sehr aufgebracht, ersuchte den Minister von Kamecke, bei dem König gegen jene die Klage vorzutragen. Der Anfang wurde gemacht gegen den Grafen von Wittgenstein, den sie beschuldigten, er habe die öffentlichen Cassengelder zu seinem Nutzen verwendet. Und Kamecke verstand Friedrich I. das Elend des Landes mit solchen schrecklichen Farben vorzustellen, daß Wittgenstein, ob er gleich zu beweisen suchte, er habe die Gelder nur zum Besten des Königs auf Befehl des Oberkämmerers verwendet, gefangen genommen und kurz darauf nach Spandau abgeführet wurde.

Nunmehr brachte man auch bei dem König Klagen gegen den Oberkämmerer den Grafen von Wartenberg vor. Friedrich I. wurde es sehr schwer mit Strenge gegen diesen Mann zu verfahren. Und gewiß würde er es niemals gethan haben, wenn er nicht von allen Seiten hierzu wäre aufgefodert worden. Und um sich von diesen unangenehmen Bestürmungen zu befreien, that er endlich einen Schritt, der seinem Herzen ungemein sauer wurde. Ueberhaupt zeigt sein ganzes Betragen sehr deutlich, daß in seinen Augen der Graf Wartenberg noch nicht schuldig war, und

daß er ihn nur entfernte, weil man ihm vorgestellt hatte, das allgemeine Beste des Staats erfordere dieses.

Am zweiten Tage nach Wittgensteins Fall, kam auf Königl. Befehl der Minister und Staatssekretair von Ilgen zu dem Oberkämmerer Wartenberg, foderte demselben die Siegel ab und machte ihm auch zugleich bekannt, daß er von jetzt an sich um nichts mehr zu bekümmern habe. Und schon am folgenden Tage wurde ihm der Befehl zugeschickt, daß er sich mit seiner Familie auf sein Gut Wolfersdorf begeben solle. Vor seiner Abreise bat er den König, ihm nur noch einmal zu erlauben, daß er seine Knie umfassen könne. Diese Bitte wurde ihm gewähret. Und als er vor dem Könige erschien, wendete er alle Künste der Schmeichelei an, um die ehemalige Gunst wieder zu erhalten. Zwar erreichte er seine Absicht nicht, rührte aber dadurch den König so sehr, daß er Thränen vergoß und zu ihm sagte: es thue ihm sehr leid, daß er ihn entfernen müsse; allein das Beste des Staats erfordere es. Ja er fügte so gar die Versicherung hinzu, daß er die ihm erwiesenen Dienste nie vergessen sondern ihn sehr lieben werde. Zu gleicher Zeit zog er einen sehr kostbaren Ring vom Finger und gab ihm denselben, welchen er als einen Beweis seiner Achtung aufbewahren möchte.

Der Graf Wartenberg war nunmehr vom Hofe entfernt, aber dem ohngeachtet war der Minister von Kamecke noch immer sehr besorgt, es möchte derselbe sein voriges Ansehn wieder erhalten. Diese Besorgniß war auch in der That nicht ungegründet, wenn man erwägt, wie schwer dem König die Trennung geworden war.

Allein die genaue Untersuchung, welche über den Grafen Wittgenstein war verhängt worden, brachte Sachen an den Tag, welche eine Wiedereinsetzung unmöglich machten. Man fand nämlich in den Rechnungen große Unrichtigkeiten. Wittgenstein entschuldigte sich und schob alle Schuld auf den Oberkämmerer, ohne dessen Befehl er nichts gethan habe. Dieser Umstand wurde so gleich von Seiten des Herrn von Kamecke benutzt. Und der König war so aufgebracht, daß er den Grafen Wartenberg wollte ins Gefängniß setzen lassen. Hingegen Kamecke, dem daran gelegen war den König zu überzeugen, daß ein eifriges Bestreben das Wohl des Staats zu befördern, und nicht eine persönliche Feindschaft gegen den ehemaligen Oberkämmerer die Quelle seiner bisherigen Handlungen gewesen sey, zeigte sich anjetzt auf eine sehr großmüthige Weise. Er machte nämlich die Vorstellung, Wartenberg sey noch nicht in dem Grade strafbar, daß ihm die Freiheit könne genommen werden, und daß es hinlänglich sey, wenn man ihn aus dem Lande entferne. Dieser Vorschlag fand Beifall und wurde ausgeführt. Friedrich I. schickte ihm also den Befehl zu, sich nach Frankfurth am Mayn zu begeben und diesen Ort nicht eher wieder zu verlassen, als bis er von ihm die Erlaubniß würde erhalten haben. Zugleich aber wurde ihm eine Pension von 20000 Rthlr. bewilliget, welche sich auch auf seine Frau erstrecken sollte, im Falle daß dieselbe ihn überleben würde.

Man kann sich sehr leicht vorstellen, daß es dem Grafen Wartenberg nicht schwer fallen konnte, diesen Befehl zu befolgen: denn derselbe ertheilte ihm ja die Erlaubniß, die auf unrechtmäßige Art gesammelten Schätze in Ruhe zu genießen. Und außerdem er-

hielt er auch noch eine in aller Rücksicht zu große Pension, welche er dem Minister von Kamecke verdankte, der dem Könige vorgestellt hatte, daß Wartenberg durch einen ansehnlichen Jahrgehalt an das Interesse des preussischen Hauses müsse gefesselt werden.

Der Graf von Wittgenstein erhielt nach einer sechs monathlichen Gefangenschaft seine Freiheit wieder, mußte aber 80000 Thaler Strafe zahlen und die preussischen Staaten verlassen. *)

Diese beiden in Ungnade gefallene Grafen hatten, wie aus dem Vorhergehenden bekannt ist, mehrere Aemter bekleidet. Dieselben wurden anjetzt theils unter die alten Staatsbeamten, theils unter die zurückgerufenen nämlich den Grafen von Dohna und von Dönhof, die vormals durch den Wartenberg von den Staatsgeschäften waren verdrängt worden, vertheilt. Der Herr von Prinz, ein rechtschaffener Mann, welcher schon bisher Staatsminister und Schloßhauptmann gewesen war, bekam die Oberhofmarschallsstelle. Dem bisherigen Grand Maitre de la Garderobe von Kamecke wurde der Ober-Cämmerer Schlüssel ertheilt. Er hatte aber nur die Besorgung der Geschäfte, ohne den Titel und die Einkünfte, erhalten. Der andere Herr von Kamecke, welcher bisher Minister gewesen, fand sich in seinen Erwartungen sehr getäuscht, denn er hatte gehofft, Staatsminister zu werden, welche Würde aber dem Grafen Dohna war ertheilet worden. Zwar erhielt er die Verwaltung der Posten, aber nicht den Titel eines Ge-

*) Pöllnitz, Memoiren u. s. w. B. I. S. 539. u. f. von Pöllnitz, welcher am Hofe Friedrichs I. Hofjunker war, beschreibt diese Hofkabalen sehr umständlich.

Generalpostmeisters, und auch nicht alle Einkünfte, sondern nur die Hälfte derselben, welche aber doch 12000 Rthlr. betrug. Die andere Hälfte dieser Einkünfte wurde der geheimen Casse angewiesen.

Durch diese Veränderung im Ministerium entstanden für den Staat wichtige Vortheile. Die Feuerkasse wurde wieder in einen guten Stand gesetzt. So wohl einige Ausgaben als auch einige Abgaben wurden vermindert. Z. B. Die hohe Salzauflage hörte auf; die Hofschauspieler wurden verabschiedet und ein Theil von dem Gehalt derselben wurde so wohl zur Bezahlung der Schulden, als auch zur Unterstützung der Armen angewendet. Ob nun aber gleich die neuen Staatsbeamten die Staatsgeschäfte mit der größten Treue und Ordnung besorgten; so waren doch die für den Staat hieraus erwachsenden Vortheile sehr unbedeutend. Die Schuld hiervon lag aber nicht an jenen Männern, sondern in der ganzen Einrichtung, vorzüglich in dem Hange des Königs zu Vergnügungen, dem keine Schranken konnte gesetzt werden und in den übrigen großen Geldausgaben, welche der Krieg gegen Frankreich und die Besoldungen für viele unnütze Hofbedienten nothwendig machten.

Es war also erst unter der folgenden Regierung eine gänzliche Verbesserung der Finanzen möglich, welche auch, wie wir nachher hören werden, wirklich zu Stande gekommen ist.

Ehe ich aber zu dem Ende dieser Regierungsgeschichte komme, muß ich auch nochmals des ehemaligen Oberpräsidenten Eberhard von Dankelmann erwähnen, welcher, nachdem er 14 Jahre zu Peitz in Verhaft gesessen hatte, im J. 1712 in Freiheit gesetzt wurde. Die Veranlassung hierzu war folgende.

In dem eben erwähnten Jahre gebahr die Kronprinzessinn einen Prinz, den nachmaligen König Friedrich II. Jedermann und besonders der König Friedrich I. waren hierüber sehr erfreut. Die Kronprinzessinn benutzte diesen günstigen Zeitpunkt zum Besten Dankelmanns und bat um die Loslassung desselben. Diese Bitte wurde ihr auch gewähret, jedoch unter der Bedingung, daß Dankelmann sich nicht auf 10 Meilen weit der Stadt Berlin nähern solle. Herr von Pöllnitz*) führet an, daß eigentlich Dankelmann dem Grand-Maitre de la Garderobe seine Freiheit zu verdanken gehabt habe, welcher durch seine Gemahlinn die Kronprinzessinn habe überreden lassen, sich für denselben bei dem Könige zu verwenden.

Schon im Vorhergehenden habe ich angeführet, daß Friedrich I. die Beendigung des spanischen Erbfolgekriegs nicht erlebte. Von jeher war er sehr kränklich und schwächlich. Allein seit dem Jahre 1713. nahmen die kränklichen Umstände in einem solchen Grade zu, daß man bei ihm auf eine längere Lebensdauer nicht mehr rechnen konnte: denn es fanden sich heftige Brust- und Magenschmerzen ein. Vielleicht würde er aber in diesem kränklichen Zustande noch länger gelebt haben, wenn nicht durch einen sehr starken Schreck seine Gesundheitsumstände gänzlich wären zerrüttet worden.

Die regierende Königinn war durch eine falsch geleitete Religiosität in eine Art von Melancholie verfallen, welche sich endlich in einen Wahnwitz verwandelte. Der König, der überhaupt selten mit ihr zusammen kam, und während seiner Kränklichkeit dieselbe

*) Memoiren. B. I. S. 594.

be weder sprach noch sahe, hatte von dem traurigen Zustande seiner Gemahlinn nichts erfahren gehabt, denn man suchte es absichtlich zu verheimlichen, um seine Kränklichkeit nicht zu vermehren.

Allein um desto stärker mußte der König erschrecken, als sich folgende Begebenheit ereignete. Die Königinn entwischte an einem Tage, als sie eben einen starken Anfall von Wahnsinn bekommen hatte, der Aufsicht ihrer Hofdamen, lief über eine Gallerie und drang durch eine Glasthür, welche sie zerschlug in das Zimmer des Königs. Dieser erwachte zwar so gleich, ehe er sich aber aufrichten konnte, war die Königinn sehr wüthend über ihn hergefallen, und machte ihm wegen seiner erkalteten Liebe die heftigsten Vorwürfe. Die herbeieilenden Bedienten führten zwar die Königinn so gleich wieder weg: allein Friedrich I. bekam durch diesen Schreck ein Fieber, welches ihn auf das Krankenbette gänzlich darniederwarf, und seinen Tod beschleunigte, welcher den 25sten Febr. 1713. erfolgte.

Dieser König war zwar dreimal vermählt gewesen: allein aus allen dreien Ehen überlebte ihn nur der Kronprinz Friedrich Wilhelm, Sohn der Sophie Charlotte seiner zweiten Gemahlinn.

2. Friedrich Wilhelm I. v. J. 1713—1740.

Der preußische Staat befand sich am Ende der vorigen Regierung in keinem glücklichen Zustande. Zwar hatte Friedrich I. durch den Königs-Titel den äußeren Glanz erhöhet, aber auch hierdurch das Finanzwesen zerrüttet, denn selbst die beträchtlichen Auflagen, die unter seiner Regierung gemacht wurden, waren nicht hinreichend, um die Ausgaben zu bestreiten.

bestreiten. Die Ursach hiervon lag in der Verschwendung, welche am Hofe Friedrichs I. herrschte.

Ganz andere Gesinnungen hatte sein Sohn und Nachfolger Friedrich Wilhelm I Ob er gleich von seiner frühesten Jugend an die Verschwendung kennen gelernt hatte, so fand er doch an derselben keinen Geschmack; sondern bewies sich so wohl vor als auch nach dem Antritt seiner Regierung als einen so guten Oekonomen, so daß er die Schulden tilgte und einen ansehnlichen Staatsschatz sammlete, ohne welchen Friedrich II. seine Plane schwerlich würde haben ausführen können Friedrich Wilhelm I. verdient also den Dank der Nachwelt, wenn auch gleich seine Oekonomie bisweilen in Geiz ausartete, und ihn nicht erlaubte das Verdienst zu belohnen, ja wohl gar bisweilen Ursach war, daß er eine Härte und Strenge, die sich auf keine Art und Weise entschuldigen lassen, bewies. Seine Anlage zur Oekonomie zeigte sich schon frühzeitig. So soll er z B. in seiner frühsten Jugend einen Schlafrock, der ihm all zu prachtvoll zu seyn schien, ins Kamin-Feuer geworfen haben. *)

Seine übertriebene Vorliebe zum Soldatenstand verleitete ihn öfters zur Ungerechtigkeit gegen andere Stände; denn nach seiner Meinung konnte der Mann in der Uniform nicht unrechtschaffen handlen und überhaupt hatte er gegen Civil-Personen kein gutes Zutrauen.

Gelehrte wurden von ihm folglich nicht sehr geschätzt, denn man sahe damals noch nicht ein, daß auch der Soldat Kenntnisse nöthig habe. Der Geschichts-

*) Buchholz. B. V. S. 3.

schichtsforscher Gundling, welchen er viele Ehrensbezeugungen ertheilte, kann nicht angeführet werden, um obige Behauptung zu widerlegen, denn Gundling bekleidete zugleich das Amt eines Hofnarren, und einzig und allein diesem letzteren Posten verdankte er seine Würden. Und einer der größten Gelehrten damaliger Zeit, der berühmte Mathematikus Wolf mußte auf Befehl dieses Königs sich aus den preussischen Grenzen entfernen. Die Ursach dieses Befehls war ein schwachköpfiger und schwarzherziger Theologe Namens Lange. Diese kurze Charakter-Schilderung wird durch viele Belege, welche in folgender Regierungsgeschichte enthalten sind, bestätiget werden.

Zuvor ich die Regierungsgeschichte dieses Monarchen erzähle, muß ich einen kurzen Abriß von seinem Leben vor Antritt der Regierung voranschicken, wobei ich Gelegenheit haben werde, manchen kleinen Zug mitzutheilen, welcher uns in den Stand setzt, richtig über den Charakter Friedrich Wilhelms I. zu urtheilen.

Friedrich Wilhelm I. wurde den 15ten August des J. 1688. gebohren, und von seiner Mutter Sophie Charlotte, einer Prinzessinn aus dem Hause Braunschweig Hannover sorgfältig erzogen. Als er drei Jahr alt war, reißte er mit derselben nach Hannover und blieb am Hofe seines Großvaters bis zum J. 1693, zu welcher Zeit er nach Berlin zurückkehrte und den Generallieutenant, den Graf Alexander von Dohna zum Oberhofmeister erhielt.

Frühzeitig bewies dieser Prinz eine große Neigung zum Soldatenleben, welche man auch absichtlich zu unterhalten und zu vermehren suchte. Im J. 1702 erhielt er zum zweiten Oberhofmeister den Obristen und

Commandeur seines Regiments Fink von Finkenstein. Von dieser Zeit an bekam er schon seinen eigenen Hofstaat und das Schloß und Amt Wusterhausen zu seinem Sommeraufenthalt.

Die große Verschwendung, die am Hofe seines Vaters herrschte, und die ihm im höchsten Grade missfiel, war Ursach, daß er sich öfters vom väterlichen Hofe entfernte und sich nach Wusterhausen begab, um hier seine Lieblingsneigung zu befriedigen, denn er ließ eine Compagnie seines Regiments dahin kommen, um kriegerische Uebungen anstellen zu können. Diese Neigung des Kronprinzen wurde durch seinen Aufenthalt in den Niederlanden, wo er mehreren kriegerischen Unternehmungen als Freiwilliger beiwohnte, verstärkt. Dies geschahe auch im J. 1706, indem er sich als Freiwilliger bei der Belagerung von Menin befand. Nach Beendigung dieses Feldzuges, vermählte er sich mit der Hannöverischen Prinzessinn Sophie Dorothee.

Die Kränklichkeit seines Vaters und eine Reise ins Karlsbad, welche letzterer auf Anrathen der Aerzte anstellte, verschafften ihm eine gute Gelegenheit den Gang der Geschäfte kennen zu lernen und sich besonders mit den Mängeln der gegenwärtigen Staatsverwaltung bekannt zu machen. Von dieser Zeit an wurde er nun der erklärte Feind der Grafen von Wittgenstein und Wartenberg und ruhte nicht eher als bis er den Sturz derselben befördert hatte. Daß er seine Absicht erreichte, aber nicht zugleich den preussischen Ländern den gehörigen Nutzen verschaffte, ist schon unter der vorigen Regierung angeführet worden.

Re-

Regierungsantritt Friedrich Wilhelms I. und seine Thaten, bis zur Theilnahme an dem nordischen Kriege. *)

So bald Friedrich I. gestorben war, übernahm Friedrich Wilhelm I. die Regierung. Das Erste was er that, war eine Veränderung des Hofstaats. Bald nach dem Absterben seines Vaters ließ er den Oberhofmarschall von Printz zu sich kommen und sich von demselben ein Verzeichniß der Ausgaben überreichen, welche bisher zur Bestreitung des Hofstaats erforderlich gewesen wären. Dieser Befehl wurde sogleich vollzogen und der König durchstrich sogleich den ganzen Etat, und gab ihn hierauf zurück und zwar mit der Erklärung, daß er hierdurch alle Hofstellen seines Vaters aufhebe, nur solle sich Keiner entfernen, bis das Leichenbegängniß des hochseligen Königs sey gehalten worden, welches erst nach fünf Monaten und zwar mit sehr großer Pracht geschahe. Dies war aber auch der letzte Vorfall, bei welchem er Königlichen Aufwand machte.

Nun-

*) Bei der Ausarbeitung dieser Regierungsgeschichte sind vorzüglich benutzt worden: Pauli's preussische Staatsgeschichte 8. Thl. — Buchholz, Geschichte der Mark Brandenburg. B. V. — Friedrichs II. Nachrichten zur brandenburgischen Geschichte. Aus dem franz. Berlin 1795. — Leben und Thaten des Allerdurchlauchtigsten und Großmächtigsten Königs von Preußen Friederici Wilhelmi. I. Theil. Hamburg und Breslau 1735. 2ter Theil. Frankfurth und Hamburg 1741. 8. — Versuch einer historischen Schilderung der Haupt- und Residenzstadt Berlin. 4ter Theil. 8. — Allgemeine Welthistorie 59 und 60ster Theil. 4. abgefasset von Gatterer. — von Pöllnitz, Memoiren zu der Regierungsgeschichte der vier letzten brandenburgischen Regenten. 2ter Theil. Berlin 1791. aus dem Franz.

Nunmehr gieng in dieser Sache eine große Reform vor. Von hundert Kammerherrn, die sein Vater gehabt hatte, behielt er nur 12 in seinen Diensten, und die Uebrigen mußten sich, wie Friedrich der Große sich hierüber ausdrückt, entweder dem Militärstande oder dem Kaufmannsstande widmen.

Ohnerachtet er große Einschränkungen machte; so behielt dennoch anfangs sein Hofstaat einigen Glanz, welcher freilich nicht mit dem Aufwande Friedrichs I. konnte verglichen werden. Allein in der Folge wurden noch mehrere Einschränkungen gemacht, woran, wie Pöllnitz behauptet, der Fürst Leopold von Anhalt Dessau sehr großen Antheil gehabt haben soll, indem er dem König beständig vorstellte, daß es sich für einen Krieger nicht schicke: die Etikette zu beobachten und einen Hofstaat zu halten. Diese Vorstellungen wirkten so sehr, daß der König beinahe wie ein Privatmann lebte. Und von denjenigen Aemtern, welche beibehalten wurden, trennte er einen Theil der Revenüen. Und sehr frühzeitig legte er zu dem Schatze, welchen er sammelte einen ansehnlichen Grund durch diejenigen Summen Geldes, welche er sich durch Verkaufung des goldnen und silbernen Geschirres, der Edelgesteine und des kostbaren Hausgeräthes, verschaffte.

Und zu dieser großen Oekonomie wurde er bewogen um sich in den Stand zu setzen, daß er aus eigenen Mitteln eine ansehnliche Armee unterhalten könne, weil er überzeugt war, daß er nur hierdurch sich furchtbar machen werde.

Die verschiedenen Veränderungen, welche er aus dieser Ursach machte, mußten allerdings großes Aufsehen erregen. So hob er z. B. den Staatsrath auf, weil er glaubte daß derselbe seinem Ansehn nachtheilig

theilig sey und er durch Abschaffung desselben sich große Summen Geldes ersparen konnte. Und der unter der vorigen Regierung erwähnte Grand Maitre de la Garderobe, der Herr von Kamecke, verlohr gleichfalls seinen Posten und erhielt zur Entschädigung ein Regiment. Der andere Herr von Kamecke behielt zwar die Stelle eines Staatsministers, wurde aber demohngeachtet sehr misvergnügt, weil er einen Theil seiner Pension verlohr und überdies nach seiner Meinung vom König nicht gehörig geschätzt wurde. *)

Alle seine wichtigsten Handlungen, welche er bei dem Anfange seiner Regierung unternahm, hatten die Absicht Geld zu ersparen. Selbst für seine eigene Ausgaben bestimmte er eine sehr geringe Summe: denn er befolgte den Grundsatz, daß ein Fürst mit dem Gut und Blut seiner Unterthanen sparsam seyn müsse. Friedrich II. **), welcher diese Worte anführt, macht bei dieser Gelegenheit von ihm folgende Schilderung:

„In dieser Rücksicht war er ein Philosoph auf dem Throne, freilich von ganz andrer Art, als jene Gelehrten, deren unfruchtbare Wissenschaft nur in Speculationen über abstracte Gegenstände besteht, die sich unsrer Kenntniß zu entziehen scheinen. Er lehrte durch sein Beispiel eine Strenge in den Sitten und eine Frugalität, die der ersten Zeiten der römischen Republik würdig gewesen wären. Ihm, einem Feinde von dem Prunk und dem blendenden Aeußeren der Königs-

*) Pöllnitz am angef. Orte. S. 9 und 10.

**) Nachrichten zur brandenburgischen Geschichte. S. 200 bis 201.

nigswürde, verstattete seine stoische Tugend nicht einmal auch nur die am wenigsten gekünstelten Bedürfnisse des Lebens."

Obgleich Friedrich Wilhelm I. den Staatsrath abgeschafft hatte, und sich der Staatsgeschäfte sehr annahm; so bedurfte er doch Männer, die unter seiner Aufsicht die Geschäfte des Staats besorgen mußten. In dieser Absicht ernannte er bald nach Antritt seiner Regierung drei neue Minister nämlich die Herrn von Grumbkow, von Kreuz und von Kraut, *) welche alle bei den inneren Staatsangelegenheiten angestellt wurden.

Der Herr von Grumbkow verdankte diese Würde seinem lustigen Temperamente und seiner Anlage zum Satyrisiren, durch welche beide Stücke er sich die Gunst des Königs erworben hatte.

Der Herr von Kreuz war ehemals bei einem Regimente Auditeur gewesen, vom König aber ins Ministerium versetzt und geadelt worden. Ohnerachtet der von Pöllnitz von diesem Manne, weil er ein Feind des alten Adels gewesen sey, welchen er, wenn es von ihm abgehangen hätte, gewiß würde entadelt haben, nicht vortheilhaft spricht; so gesteht er doch ein, daß dieser Minister vorzüglich derjenige gewesen sey, welcher den König in seiner Neigung zur Oekonomie bestärkt habe.

Der Herr von Kraut war ehemals zu Berlin Kaufmann gewesen und hatte sich große Reichthümer erworben, so daß er Friedrich dem Ersten große Summen Geldes hatte vorschießen können. Hierdurch er-

*) Pöllnitz, am angeführten Orte. S. 11 — 17.

erhielt er die Stelle eines General-Kriegs-Zahlmeisters, in welchem Posten es ihm nicht an Gelegenheit fehlte, seine Reichthümer ansehnlich zu vermehren. Schon unter der vorigen Regierung hatte er sich adlen lassen. Hingegen Friedrich Wilhelm I. ernannte ihn zum Minister und übergab ihm das Commerz- und Manufacturdepartement. Er war diesem Fache auch wirklich gewachsen und brachte vorzüglich die Tuchmanufacturen in große Aufnahme.

Und im Departement der auswärtigen Angelegenheiten arbeiteten die Grafen von Dohna, von Dänhof und der Herr von Ilgen.

Friedrich Wilhelm I, der sich die Staatsgeschäfte so sehr angelegen seyn ließ, benutzte alle Mittel, durch welche er neue Aufschlüsse über Staatssachen zu erhalten hoffte. In dieser Absicht ließ er den ehemaligen Oberpräsidenten von Dankelmann an den Hof kommen. Ob nun gleich die mit diesem Manne angestellten Unterredungen seinen Erwartungen nicht entsprachen; so trug er ihm doch seine ehemalige Stellen und Würden wieder an. Allein dieser antwortete, daß seine sechzehnjährige Gefangenschaft ihn mit dem jetzigen Gange der Geschäfte ganz unbekannt gemacht hätte und daß sein Alter ihm nicht erlaube, sich noch die gehörigen Kenntnisse davon zu verschaffen. Diese Antwort hatte, wie sich erwarten läßt, die Folge, daß der König sich für die Zukunft nicht nach dem Rath dieses Mannes sehnte. *)

Eine Beschreibung der Huldigungsfeierlichkeiten kann hier nicht statt finden, sondern ich führe hierbei nur

*) Pöllnitz, B. II. S. 19.

nur an, daß sie in den meisten preussischen Ländern schon im Jahr 1713 vollzogen wurde. Nur in dem Königreich Preussen schob man sie bis ins folgende Jahr auf.

Ehe ich aber fortfahre solche Angelegenheiten zu erzählen, die den inneren Zustand oder überhaupt das Interesse des brandenburgischen Staats vorzüglich angehen; muß ich zuvor die Beendigung des spanischen Erbfolgekriegs anführen.

Dieser Krieg war zwar, als Friedrich I. starb, noch nicht beendiget, wurde aber doch in den letzten Jahren sehr schläfrig geführt, weil die meisten Theilnehmer und vorzüglich England keine Lust bezeugten, sich für das östreichische Interesse aufzuopfern. Die Königinn Anna von England schloß zuerst zu Utrecht im J. 1713 mit Frankreich einen Frieden, in welchem auch Philip von Anjou eingeschlossen war, der als König von Spanien anerkannt wurde. Diesem Beispiele folgten die übrigen Mächte so gleich nach und auch Friedrich Wilhelm ließ im J. 1713 den 1ten April den Frieden zu Utrecht unterzeichnen.

Die wichtigsten Bedingungen dieses zwischen Frankreich und Preussen geschlossenen Friedens, waren folgende:

1) Friedrich Wilhelm I. wird von Frankreich und Spanien als König von Preussen anerkannt und ihm von beiden Mächten der Titel Majestät zugestanden.

2) Der König von Preussen wird zum souverainen Fürsten von Neufchatel erklärt und auch zum Besitzer des ganzen Quartiers von Obergeldern und zwar mit allen den Rechten, mit welchen ehemals der König von Spanien dieselben besessen gehabt habe, jedoch unter

unter der einzigen Bedingung, daß daselbst die catholische Religion unverändert solle erhalten werden.

3) Friedrich Wilhelm I. entsagt allen Rechten auf das Fürstenthum Orange, desgleichen auch allen übrigen Rechten auf die in Frankreich gelegenen oranischen Güter, überläßt diese Ländereien dem König von Frankreich, und behält sich nur den Titel vor.

Nunmehr gingen die meisten preussischen Truppen in ihre Standquartiere zurück, und nur 6000 Mann blieben als ein Reichscontingent bei der Armee des Kaisers. Denn Karl VI. war der einzige Fürst, welcher sich noch nicht nach dem Frieden sehnte, sondern die übrigen deutschen Fürsten in sein Interesse zu verflechten suchte. Diese waren zwar entgegengesetzter Meinung, aber dennoch erlaubte ihnen die deutsche Staats-Verfassung nicht, sich für die Neutralität zu erklären, sondern sie mußten, so lange der Reichskrieg dauerte, ihr Reichscontingent stellen. Dies war aber der letzte Feldzug und für den Kaiser nicht weniger als glücklich: denn der Prinz Eugen, welcher die deutschen Truppen befehligte, konnte nicht verhindern daß der Marschall Villars die Städte Freyburg und Landau wegnahm. Hierdurch wurde Karl VI. gleichfalls bestimmt ernstlich den Frieden zu betreiben, welchen auch schon im J. 1714 der Prinz Eugen von Savoyen und der Marschall Villars unterzeichneten. Der Kaiser erhielt von der Spanischen Erbschaft weiter nichts, als Napoli, Sardinien und Mailand, desgleichen auch die spanischen Niederlande. Der förmliche Friedensschluß kam zu Baden zu Stande, durch welchen auch die Kurfürsten von Cölln und Baiern wieder in ihre Länder eingesetzt, und der König von Preußen in dem Besitze vom Oberquartier Geldern bestätiget wurde.

In den ersten Jahren seiner Regierung vermehrte er seine Staaten noch durch einige andere kleine Ländereien, nämlich durch die Besitznehmung der Grafschaft Limburg und der Herrschaft Herrstall. Das erstere Land ließ er nach dem Absterben des Grafen Wolfrath Schenk von Limburg, mit welchem der männliche Stamm dieses gräflichen Hauses im J. 1713 ausstarb, in Besitz nehmen, weil schon sein Vater auf dasselbe die Anwartschaft erhalten gehabt hatte. Er behauptete sich auch in dem Besitze desselben, obgleich die noch vorhandene Gräfinn dieses Hauses als Allodialerbinn viele Einwendungen machte.

Eine ähnliche Verfahrungsart bediente er sich auch bei der Besitznehmung der Herrschaft Herrstall, die einen Theil der oranischen Herrschaft ausmachte. Die Generalstaaten hatten als Vormünder des Prinzen von Nassau und als Vollzieher des Testaments des Königs von England, Wilhelms III. zu der preussischen Besitznehmung ihre Einwilligung versagt. Der König brachte hierauf diese Sache bei dem Lehnshof zu Lüttich (denn die erwähnte Herrschaft lag im Lüttichschen) vor, und erhielt daselbst eine für sich günstige Entscheidung. Ohne sich nun weiter um die Generalstaaten zu bekümmern, ließ Friedrich Wilhelm I. dieses Land besetzen und behauptete sich auch, der Einwendungen der Holländer ungeachtet, in dem Besitze desselben.

Der nordische Krieg und Friedrich Wilhelms I. Theilnahme an demselben.

Der nordische Krieg, dessen ich schon im Vorhergehenden erwähnt habe, dauerte noch immer fort und zwar nahe an den brandenburgischen Grenzen, denn das

das schwedische Pommern wurde der Schauplatz desselben. Friedrich Wilhelm I. suchte in Rücksicht dieses Krieges dem Beispiele seines Vaters zu folgen und wünschte folglich bei der Neutralität zu bleiben. Allein schon bei dem Antritt seiner Regierung konnte man voraussehen, daß die Nähe des Krieges ihn zur Theilnahme nöthigen werde.

So glücklich Karl XII. den Krieg angefangen hatte, eben so unglücklich war er anjetzt. Während der Zeit, daß er in eigener Person zu Konstantinopel alle Mittel anwendete, um die Türken zum Kriege gegen Rußland zu bewegen, war sein General Steenbock mit einem Heere nach Pommern gegangen, hatte bei Gadebusch die dänischen und sächsischen Truppen geschlagen und sich alsdann nach Hollstein gezogen. Auf diesem Marsche ließ er die Stadt Altona in Brand stecken, vielleicht in der Hoffnung sich hierdurch seinen Feinden furchtbar zu machen: allein er bewirkte hierdurch, daß die Rußen und Sachsen in Pommern das Wiedervergeltungsrecht ausübten, Wolgast und Garz in Brand steckten und Anklam plünderten. Und bei Annäherung der russischen und sächsischen Truppen warf sich Steenbock mit seinem aus 12000 Mann bestehenden Heere in die Festung Tönningen, und zwar in der Absicht, um über die zugefrorne Eider zu gehen. Allein ein plötzlich einfallendes Thauwetter vereitelte diesen Plan und nöthigte ihn sich mit seiner ganzen Armee gefangen zu geben.

Dieser Unglücksfall hatte für die Schweden mehrere üble Folgen. Die russischen und sächsischen Truppen machten nun Anstalten sich in dem schwedischen Pommern festzusetzen, welches sie auch leicht durchsetzen konnten, weil sie keinen Widerstand fanden. Der

General Welling, Statthalter von Pommern hatte nicht die gehörige Anzahl Truppen, um jenes Vorhaben zu vereiteln. Es war ihm daher der Vorschlag des Herzogs Christian August, Administrator von Hollstein Gottorp, dem König von Preußen das schwedische Pommern zur Sequestration zu übergeben, sehr angenehm. Er machte folglich ernsthafte Anstalten, welches er um desto eher thun konnte, da er von seinem Könige die Erlaubniß erhalten hatte, sich mit dem preussischen Hofe in Unterhandlungen einzulassen. *) Der Herzog Administrator suchte dies Geschäft zu befördern und schickte seinen Minister, den Herrn von Bassewitz nach Berlin. Besonders hatte man die Absicht einige feste Oerter einer neutralen Macht anzuvertrauen, bis die nordischen Angelegenheiten eine andere Wendung bekommen haben würden. Der König von Preußen, so vortheilhaft ihm auch ein solcher Antrag zu seyn schien, konnte sich hierüber nicht eher erklären, wenn er nicht zuvor die gegen Schweden im Kriege begriffenen Mächte um ihre Meinung gefragt hätte. Er schickte deshalb an dieselben Gesandte, und ließ vorstellen, daß er sowohl wegen der verschiedenen Kreisämter, die er im Deutschen Reiche bekleidete, als auch vermöge der Reichsexecutionsordnung, die Verpflichtung hätte, unter den streitenden Parteien Frieden zu machen und allen schlimmen Händeln vorzubeugen. Und diese Gründe waren auch hinreichend, um die sämmtlichen Höfe dergestalt zu beruhigen, daß sie gegen diese Sache keine Einwendungen machten. Der Herzog von Hollstein und der bevollmächtigte Minister Schwedens, Welling schlossen hierauf zu Hamburg einen Vergleich, vermöge dessen Hollstein nebst einer an-

*) Allgemeine Weltgeschichte. Theil 60. S. 99.

anderen neutralen Macht (nämlich Preussen, welches man damals noch nicht ausdrücklich nennen wollte) Wismar und Stettin mit einer gleich großen Anzahl Truppen so lange besetzen sollte, bis der König von Schweden den Krieg entweder geendiget, oder seine Armee in Deutschland wieder hergestellt hätte. Hierauf schloß der Herzog von Hollstein Gottorp einen besonderen Vergleich mit dem Könige von Preussen, durch welchen festgesetzt wurde, daß die beiden Festungen, Wismar und Stettin mit vier Bataillonen, nämlich zweien preußischen und zweien herzogl. gottorpischen besetzt werden sollten. Da aber die Ausführung dieser Sache nicht aufgeschoben werden konnte; so machte man zu gleicher Zeit aus, daß in jeder der genannten Festungen zwei schwedische Bataillonen, die aber vom herzogl. Hollstein-Gottorpischen Hause in Eid und Pflicht mußten genommen werden, so lange zur Besatzung bleiben sollten, bis die Hollstein Gottorpischen Truppen aus Brabant zurück gekommen wären.

Hierauf wurden ernsthafte Anstalten getroffen, um Alles was war verabredet worden, auszuführen. Die Generale Schlippenbach und Arnheim, begleitet von dem hollsteinischen Minister von Bassewitz begaben sich sogleich nach Stettin, um dem dasigen Commandanten, dem General Meierfeld die Unterhandlungen mitzutheilen. Allein anjetzt geschahe etwas, was nicht war vermuthet worden: denn Meierfeld erklärte, daß er die Festung Stettin ohne ausdrücklichen Befehl seines Königs, der sie ihm anvertrauet habe, nicht übergeben könne.

Bald nachher sahe sich der schwedische Feldherr genöthiget zur Uebergabe der Festung seine Einwilligung zu geben: denn die russischen und sächsischen Trup-

pen breiteten sich immer mehr in Pommern aus und unternahmen eine förmliche Belagerung der Festung Stettin. Meierfeld erklärte also, daß er den schon geschlossenen Sequestrationsvergleich genehmige und demselben gemäß die Stadt Stettin übergeben wolle. Er verließ so gleich mit allen seinen Truppen die Stadt, bis auf 2 Bataillone, welche darinn stehen blieben und von Hollstein Gottorp in Eid und Pflicht genommen wurden.

Preussen und Hollstein waren hiermit noch nicht zufrieden, sondern fingen nunmehr zu Schwedt mit den sächsisch-polnischen und russischen Ministern neue Unterhandlungen an. Daselbst traf man die Verabredung, daß nicht nur Stettin sondern auch das ganze schwedische Vorpommern dem Schutze des Königs von Preussen anvertrauet werden sollte. Nur machten sich die beiden Alliirten Mächte hierbei die Bedingung, daß der König von Preußen die Schweden abhalten solle aus Pommern in Polen einzufallen, und versprachen aber auch, daß die Republik Polen sich für die Neutralität erklären würde. Und gänzlich zufrieden wurden die Verbündeten gestellt durch die viermal hundert tausend Thaler, welche Preußen auf schwedische Rechnung an Rußland und Sachsen zur Vergütigung ihrer Kriegskosten vorschoß. *) Dieser letzte Umstand war selbst für den König von Preußen sehr wichtig, denn er erhielt hierdurch einen Vorwand, Vorpommern so lange in Besitz zu behalten, bis ihm Schweden die ausgelegte Summe würde wieder bezahlt haben. Vielleicht würden die Alliirten noch mehrere Schwierigkeiten gemacht haben, wenn nicht von Seiten

*) Allgemeine Weltgeschichte Theil 60. S. 103.

ten Rußlands Menzikof bei diesen Unterhandlungen der Bevollmächtigte gewesen wäre. Dieser bewies sich gegen den preußischen Hof sehr gefällig und erhielt für diese Gefälligkeit das Amt Bingen und einen Ring von großem Werthe. Ueberhaupt war dieser *) Menzikof, welcher durch Zusammentreffen mehrerer glücklichen Umstände aus einem Pastetenbecker erster russischer Minister und Generalissimus geworden war, ein solcher Mann, welcher durch Geld zu Allem konnte verleitet werden. Friedrich der Große behauptet in der angeführten Schrift, Menzikof und seine Nation wären noch so barbarisch gewesen, daß sie in ihrer Sprache nicht einmal Wörter gehabt hätten, um Ehre und Redlichkeit zu bezeichnen.

Das preussische Haus konnte diesen Sequestrationsvergleich schließen, da Rußland dazu seine Einwilligung gab. Denn ohne dasselbe würde es diesen Schritt nicht haben wagen dürfen, besonders da demohngeachtet mehrere Mächte hiermit unzufrieden waren. Dies war besonders der Fall bei dem König von Schweden Karl XII., dem Könige von Dänemark, dem König von Polen und dem deutschen Kaiser. Karl XII. sahe anjetzt ein, daß er den König von Preußen zum Feinde bekommen werde, wenn er nicht Pommern verlieren wolle. Und die Könige von Dänemark und Polen sahen mit dem größten Misfallen, daß der König von Preußen durch jenen Sequestrationsvergleich zum Besitze von Pommern gelange. Und eben so unangenehm war dieser Vorfall dem deutschen Kaiser, welchen die unglücklichen Kriegsvorfälle genöthiget hatten dem größten Theile der spani-

*) Nachrichten zur brandenb. Geschichte. S. 206.

schen Erbschaft zu entsagen. Dieser empfand anjetzt den größten Widerwillen, als er sahe, daß Friedrich Wilhelm I. große Aussichten hatte seine Grenzen zu erweitern.

Jedoch war unter allen genannten Fürsten keiner unzufriedener als der König von Schweden, welcher sich damals noch immer in der Türkei und zwar in Bassarabien aufhielt. Er schrieb nämlich, daß er Wellings Verfahren nicht billige und die 400,000 Rthlr. die seinen Feinden wären bezahlt worden, niemals wieder erstatte, und überhaupt den ganzen Sequestrationsvergleich verwerfe. Ohnerachtet dieser hartnäckigen Erklärung, gab sich Friedrich Wilhelm demohngeachtet viel Mühe durch kaiserliche Vermittelung den Frieden wieder herzustellen. Die Stadt Braunschweig wurde zum Friedenscongreß vorgeschlagen; allein diese Bemühungen fruchteten nichts, denn Karl XII. war allzu hartnäckig, und der Zaar und der König von Polen zu rachsüchtig. Und alle Hoffnung zum Frieden verschwand, als der König Karl XII. die Türkei verließ und den 22ten November des Jahres 1714 zu Stralsund ankam. Er machte so gleich in einem Schreiben dem Könige von Preußen seine Ankunft bekannt, foderte in harten Ausdrücken Stettin zurück und verwies Friedrich Wilhelm wegen der 400,000 Rthlr. an diejenigen, denen er sie ausgezahlet hatte. Man ließ sich deshalb in Unterhandlungen ein. Preußen versprach nämlich Stettin zu räumen, wenn ihm alle gehabten Ausgaben ersetzt würden, oder dem Könige von Schweden noch mehrere Gelder vorzuschießen und alsdann diese Stadt zum Unterpfande zu behalten. Allein Karl XII. verwarf diese Vorschläge und bot dem preussischen Hofe für Stettin einige Aemter zur Sicherheit an. Da aber die Einräumung

mung offener Oerter keine Sicherheit gewährte, so wurde ein solcher Antrag von Preußen verworfen. Karl XII. faßte nunmehr den Entschluß, dasjenige, was man ihm gutwillig nicht einräumen wollte, mit Gewalt wieder in Besitz zu nehmen. In dieser Absicht ließ er mehrere Truppen aus Schweden nach Pommern kommen und suchte den Landgrafen von Hessen-Cassel mit sich zu verbinden. Diese letzte Absicht erreichte er glücklich und zwar durch eine Vermählung seiner einzigen Schwester Ulrike mit dem Erbprinzen von Hessen-Cassel.

Der Landgraf warf sich nunmehr zum Vermittler zwischen Preussen und Schweden auf und reiste selbst nach Oranienburg zu Friedrich Wilhelm I. Er schlug vor, in gewissen Terminen jene 400 000 Rthlr. zu zahlen, wofür Preußen Stettin räumen solle, welche Stadt alsdenn von hessischen Truppen würde so lange besetzt werden, bis der Friede im Norden sey wieder hergestellt worden. Preußen verwarf diesen Antrag und zwar unter dem Vorwande, daß der Krieg alsdann sehr leicht sich wieder in Deutschland ausbreiten könne, weil man besorgen müsse, die Hessen würden den Schweden durch Pommern einen Durchgang nach Polen verstatten.

Friedrich Wilhelm I. ließ nunmehr viele Truppen nach Pommern marschiren, um sich in dem Besitze dieses Landes zu behaupten. Und in dieser Absicht wurden auch auf der Insel Wollin Verschanzungen aufgeworfen. Kurz die Hoffnung zu einem Vergleiche zwischen beiden Mächten verschwand immer mehr, und am 22ten April des J. 1715 wurden von Karl XII. die Feindseligkeiten durch die Wegnahme der Insel Usedom, wo nur wenige preussische Truppen zur Besatzung standen, angefangen. Nunmehr war

es die höchste Zeit, daß auch Preußen sehr ernsthafte Maasregeln ergrif. Es wurden sogleich die hollsteinischen Truppen, welche Stettin und Wollin zu gleicher Zeit besetzt hatten, heimlich entwafnet und mit den Russen, Sachsen und Hannoveranern ein Bündniß geschlossen.

Alle diese angeführten Vorfälle bewogen Friedrich Wilhelm dem König von Schweden den Krieg zu erklären. Schon im Monat Junius vereinigten sich 20000 Preussen mit den Sachsen und Dänen, und der König befand sich in eigener Person bey seiner Armee. Die kriegerischen Unternehmungen nahmen sogleich ihren Anfang. Die Alliirten eroberten nämlich sogleich die Stadt Wollin, die Insel Usedom und die Peenemünderschanze, welche letztere Unternehmung die meiste Mühe kostete, denn man mußte eine förmliche Belagerung unternehmen und erst am 19ten Tage wurde sie mit Sturm erobert. Diese ersten Unternehmungen waren für die Alliirten von keinen unbedeutenden Folgen. Die schwedischen Kaper waren hierdurch genöthiget sich aus dem Haf zu entfernen, und die Alliirten konnten nunmehr ihre große Artillerie nach Anklam und Greifswalde zur See und von da zu Lande nach Stralsund bringen: denn schon bei Eröffnung des Feldzugs hatte man den Entschluß gefaßt jene Stadt zu belagern. Man konnte aber nicht eher auf die Belagerung derselben denken, zuvor nicht die Insel Rügen war erobert worden. Und diese Insel konnte nicht eher in Besitz genommen werden, als bis man sich der Insel Rüden bemächtiget hatte.

Die Belagerung Stralsunds erregte damals eine allgemeine Aufmerksamkeit, denn der König von Schweden befand sich bei den Belagerten, und bei der Be-

Belagerungsarmee waren zwei Könige nämlich von Dänemark und Preussen gegenwärtig.

Die Belagerung selbst war mit vielen Schwierigkeiten verbunden, denn Stralsund liegt, wie bekannt ist, an der Küste der Ostsee und konnte durch die schwedische Flotte mit Lebensmitteln, Munition und Truppen versehen werden. Und ausserdem war sie auch sowohl durch Natur als auch durch Kunst ziemlich befestiget. Zwei Drittheile ihres Umfanges waren von einem Moraste umgeben. Und die einzige Seite von welcher sie konnte angegriffen werden, wurde durch eine starke Verschanzung gedeckt, in welcher anjetzt Karl XII. mit 12000 Schweden stand.

Es war also nothwendig, zuvor alle Hindernisse wegzuräumen, ehe man auf die Einnahme jener Stadt denken konnte. Vor allen Dingen mußte man die schwedische Flotte von der pommerschen Küste entfernen. Dieses konnte aber durch nichts anders als durch eine Seeschlacht erhalten werden. Der preussische Hof mußte alle Ueberredungskünste anwenden, um den König von Dänemark zu bewegen, daß er durch seine Flotte auf die Schwedische einen Angrif unternehmen ließ. Dieses Seetreffen wurde nicht allzu weit von der Küste geliefert. Es verschaffte den Alliirten eine freie Schiffarth, denn die geschlagene schwedische Flotte mußte sich aus dieser Gegend entfernen.

Nunmehr machte man ernsthafte Anstalten die vor Stralsund befindliche Verschanzung zu erobern. Diese Unternehmung wurde mit leichterer Mühe ausgeführet, als man erwartet hatte. Die ganze Sache verhält sich auf folgende Art: Ein preussischer Officier, Namens Köppen, war ehemals auf dem Stralsunder Gymnasium erzogen worden und hatte sich damals

mals oft in diesem Arme des Meeres gebadet. Anjetzt erinnerte er sich, daß das Meer nahe bei der Verschanzung weder tief noch morastig sey. Um sich hiervon zu überzeugen, untersuchte er diese Gegend in der Nacht und fand, daß man das Wasser durchwaden, die Verschanzung auf der linken Seite umgehen und alsdann den Feind in die Flanke und in den Rücken angreifen könne. Dieser Vorschlag wurde gebilliget und glücklich ausgeführet: denn die Alliirten kamen in das schwedische Lager, ohne daß die Schweden einen Angrif geahndet hatten. Dieser unvermuthete Angrif bei Nachtzeit erregte ein so großes Schrecken, daß die Schweden an keine nachdrückliche Vertheidigung denken konnten, sondern in die Stadt eilten. Karl XII. war so aufgebracht, daß er sich von seinen Truppen verlassen sah, daß er beschloß ganz allein zu fechten. Und wahrscheinlich würde er sich zuletzt entweder unter den Getödteten oder unter den Gefangenen befunden haben, wenn nicht seine Generale ihn mit Gewalt mit sich fortgerissen hätten.

Um aber diese Stadt gänzlich einzuschließen, machte man Anstalten die Insel Rügen in Besitz zu nehmen. Diese Unternehmung führte der Fürst Leopold von Anhalt-Dessau aus, welcher überhaupt in diesem Feldzuge alle Unternehmungen leitete. Friedrich der Große *) urtheilte von diesem Feldherrn auf folgende Art: „Er verband Heldenmuth mit den Erfahrungen aus den herrlichen Feldzügen des Prinzen Eugen. Seine Sitten waren wild, sein Ehrgeiz grenzenlos; er verstand die Belagerungskunst, war ein glücklicher Krieger, ein schlimmer Bürger, und zu

*) Nachrichten zur brandenb. Geschichte. S. 213.

zu allen Unternehmungen eines Marius und Sylla fähig, wenn das Glück ihn bei seiner Ehrsucht eben so begünstiget hätte, als jene Römer."

Dieser Fürst unternahm die Eroberung jener Insel. Er ging mit 20000 Mann auf Transportschiffen über denjenigen Arm des Meeres, welcher die Insel Rügen von Pommern trennt. Nachdem er mit seinen Truppen glücklich in dem kleinen Hafen bei Stresow gelandet war, so stellte er dieselben in einen Viertelwinkel, so daß beide Flügel an das Meer stießen. Mit der größten Eilfertigkeit wurden Verschanzungen aufgeworfen und dieselben mit spanischen Reitern umgeben.

Karl XII., welcher die Landung nicht hatte verhindern können, beschloß das Aeußerste zu wagen, um sich in dem Besitze der Insel Rügen, die für ihn sehr wichtig war, zu behaupten. Er unternahm daher in der Nacht einen Angrif, ob er gleich nur 4000 Mann bei sich hatte. Dieses Unternehmen hatte für die Schweden keinen glücklichen Erfolg; Karl XII. wurde selbst verwundet und seine Truppen, ob sie gleich mit großer Tapferkeit das Treffen angefangen hatten, mußten sich zur Flucht entschließen.

Dieses Gefecht entschied über den Besitz der Insel: denn am folgenden Tage wurden bei der Fehrschanze 1200 Schweden gefangen genommen und die ganze Insel von den Alliirten besetzt. Hingegen Karl XII. begab sich wieder nach Stralsund zurück, fest entschlossen, diese Stadt bis auf das Aeußerste zu vertheidigen. Allein durch die Bitten seiner Generale, und durch die Vorstellung derselben, daß er hier zuletzt in die Hände seiner Feinde fallen würde, entschloß er sich diese Stadt zu verlassen. In der Dunkelheit der

Nacht

Nacht entfloh er glücklich auf einem Fischerkahn und ging nach Schweden zurück.

Nunmehr wurde zu Stralsund an keine weitere Vertheidigung gedacht, sondern der Gouverneur, der General Dücker fing in dem Hauptquartier des Königs von Preussen Unterhandlungen an. Die Kapitulation kam bald zu Stande, vermöge welcher die Besatzung sich zu Kriegsgefangenen ergeben mußte. Und hierauf wurde Stralsund von zweien Bataillonen Preussen und eben so viel sächsischen und hannöverschen Truppen besetzt. Die Stadt selbst nebst der Insel Rügen und dem ganzen schwedischen Vorpommern zwischen der Peene und Oder wurde dem Könige von Preussen bis zum wiederhergestellten Frieden übergeben.

Nunmehr war Schweden beinahe aus allen seinen deutschen Besitzungen verdrängt. Nur die einzige Stadt Wismar war noch in seinen Händen, welche aber von dänischen, preussischen und hannövrischen Truppen eingeschlossen gehalten wurde. Der in derselben befindliche schwedische Befehlshaber, der General Schulz vertheidigte sich mit ungemein großer Tapferkeit, ob er gleich an allen nothwendigen Sachen sehr großen Mangel hatte. Sogar fehlte ihm das Geld, so daß er seinen Soldaten die Löhnung nicht würde haben zahlen können, wenn er nicht aus Messing Münzen hätte verfertigen lassen, bei deren Austheilung er zu gleicher Zeit versicherte, daß sie in der Folge von der Krone wieder würden eingelöset werden. Die eine Seite derselben war bezeichnet mit den Buchstaben N. W. D. H. necessitas wismariensis, zum Zeichen, daß sie eine Nothmünze sey. Da er aber auf Beistand aus Schweden nicht rechnen konnte; so mußte er doch endlich auf die Uebergabe denken. Den

19ten

19ten April des J. 1716. wurde die Kapitulation geschlossen, durch welche ihm und allen National-Schweden ein freier Abmarsch nach Schweden zugestanden wurde, hingegen alle unter der Besatzung befindliche Deutsche wurden für Kriegsgefangene erklärt. Hierauf besetzten zwei Bataillons Preußen, eben so viel Dänen und eine gleiche Anzahl Hannoveraner diese Stadt. Die preußischen Truppen blieben daselbst so lange stehen, bis die sämmtlichen Festungswerke dieser Stadt waren geschleift worden, welches man bei der Kapitulation als eine wichtige Bedingung festgesetzt hatte.

Von dieser Zeit an nahm Friedrich Wilhelm I. keinen thätigen Antheil an dem nordischen Kriege, ausgenommen daß er die in Pommern noch befindlichen schwedischen Truppen, weil weder Geld zu ihrer Verpflegung geschickt, noch viel weniger Anstalten zu ihrer Abhohlung getroffen wurden, entwaffnen und für Kriegsgefangene erklären ließ. Ich übergehe also auch hier viele Begebenheiten dieses Krieges, weil sie auf den preussischen Staat entweder gar keinen oder höchstens nur einen sehr entfernten Einfluß hatten und erwähne nur dasjenige, dessen Folgen sich auch auf diese Länder erstreckten.

Im Jahre 1718 zeigte sich zum Frieden große Hoffnung. Zum wenigsten wünschte Karl XII. eine Aussöhnung mit Rußland, und Peter der Große war auch hierzu nicht abgeneigt, weil er in seinen Staaten eine Gährung bemerkte. Es wurden auch wirklich auf der Insel Aland Unterhandlungen angefangen, zu welchen Friedrich Wilhelm I., welcher wünschte in diesen Frieden mit eingeschlossen zu werden, gleichfalls einen Gesandten schickte. Theils die großen Foderungen des Zaars, theils aber auch der

Tod

Tod Karls XII., wovon ich sogleich die näheren Umstände anführen werde, waren Ursach, daß die angefangenen Unterhandlungen sich wieder zerschlugen.

Während daß auf Aland die Unterhandlungen betrieben wurden, war Karl XII. mit seiner ganzen Macht in Norwegen eingedrungen, bei welcher Unternehmung ihm von Seiten Rußlands keine Hindernisse entgegengestellt wurden, denn Peter der Große bewies überhaupt anjetzt keine große Lust den Krieg mit Eifer fortzusetzen. Allein demohngeachtet fand er andere Schwierigkeiten von nicht geringer Bedeutung. So mußte z. B. die hart an der schwedischen Grenze liegende Festung Friedrichshall zuvor erobert werden, ehe er von dem Eindringen in diese Provinz sich einen glücklichen Erfolg versprechen konnte. Er machte auch gegen das Ende dieses Jahres mit der Belagerung den Anfang und betrieb dieselbe mit einem so großen Eifer, daß er selbst in die Laufgräben ging, um durch sein Beispiel sowohl die Soldaten als auch die Arbeiter aufzumuntern. Allein dieser große Eifer kostete ihm das Leben, denn in den Laufgräben wurde er am Kopfe dergestalt verwundet, daß er entseelt darnieder stürzte.

Anjetzt wurden zwar die Unterhandlungen unterbrochen, aber doch nur auf einige Zeit; denn sie nahmen bald wieder ihren Anfang und bewirkten den Frieden. In Schweden bewarben sich zwei Prätendenten um den erledigten Thron, nämlich der junge Herzog Karl Friedrich von Hollstein Gottorp, und die Schwester des verstorbenen Königs, Ulrika Eleonora. Letztere erhielt von den Landständen die Krone, weil sie allen Ansprüchen auf die Souveränität entsagte und das Versprechen leistete, künftig die Regierung blos

mit

mit Rath und Beistand des hohen Reichs-Senats und der sämmtlichen Stände zu führen.

Die neue Königinn von Schweden hegte ganz andere Gesinnungen als ihr verstorbener Bruder. Sie wünschte nichts mehr als den Frieden. Zwar ließ sie die auf Aland angefangenen Unterhandlungen abbrechen: allein dies geschahe nur, um desto eher mit Großbritannien einen Frieden schließen zu können, welcher auch schon im J. 1719 zu Stande kam. Und in demselben trat die Krone Schweden dem Könige von England als Kurfürsten von Hannover die im westphälischen Frieden secularisirten Stifter Bremen und Verden ab. Und dafür zahlte der König von England George eine Million Thaler und versprach außerdem, so lange der Krieg dauern würde, jährlich 300000 Rthlr. Hülfsgelder zu geben.

Sowohl dieser Privat-Friedensschluß als auch die Unterbrechung der auf Aland angefangenen Unterhandlungen erbitterten Peter den Großen so sehr, daß er an Schweden sich zu rächen beschloß. Und diese Rache übte er auf folgende Art aus: er ließ nämlich eine ansehnliche Anzahl Truppen ans Land setzen, welche viele Gegenden Schwedens durch Feuer und Schwerdt verwüsten mußten. Preußen nahm hieran keinen Theil, sondern war nur auf die Abschließung eines vortheilhaften Friedens bedacht. Und unter französischer und englischer Vermittlung nahmen die Unterhandlungen wieder ihren Anfang und hatten auch einen glücklichen Erfolg, denn schon am 21 Januar 1720 wurde zu Stockholm der Friede geschlossen, durch welchen das bisher von Preußen sequestrirte Herzogthum Stettin, oder Vorpommern zwischen der Oder und Peene, nebst den Inseln Usedom und Wollin, auf ewig an Preußen und Brandenburg abgetreten wur-

de, und dafür zahlte Friedrich Wilhelm I. in dreien Terminen an Schweden 2 Millionen Thaler. Was aber den übrigen Theil von Vorpommern und die Insel Rügen betraf, welche Stücke sich anjetzt noch in den Händen Dänemarks befanden; so wurde ausgemacht, daß bei einem künftigen Friedensschlusse so wohl die beiden Vermittler Frankreich und England, als auch Preussen dafür Sorge trügen, daß jene Ländereien von Dänemark der Krone Schweden wieder zurück gegeben werden sollten. Und zugleich wurde auch bestimmt, daß Schweden das Stimmenrecht, welches es bisher wegen Vorpommern auf dem Reichstage zu Regensburg geführet, ferner behalten solle. *)

Alle diese angeführten Friedenspuncte wurden von der schwedischen Königinn Ulrika gebilliget, und Friedrich Wilhelm I. war also von dieser Zeit an Besitzer von Stettin und von demjenigen Theile Vorpommerns, welcher zwischen der Peene und der Oder liegt und nahm im J. 1721 in allen diesen Gegenden die Erbhuldigung ein.

Von dem Verhältnisse in welchem Friedrich Wilhelm I. damals mit dem Kaiser und mit anderen Mächten stand, und von den Angelegenheiten des deutschen Reichs, an welchen er Theil nahm.

Friedrich Wilhelm I. hatte den Frieden mit Schweden so viel als möglich zu beschleunigen gesucht, weil er mit den Höfen Wien und Dresden nicht in dem

*) Pauli am angef. Orte Theil 8. S. 143. wo dieser ganze Friedenstraktat abgedruckt ist.

dem besten Vernehmen stand. Die Veranlassung hierzu war schon bey seinem Regierungsantritt gelegt worden: denn nach geschlossenem Utrechter Frieden hatte er nur sein aus 6000 Mann bestehendes Reichskontingent bei der Armee des Kaisers, der, wie ich schon angeführet habe, den Krieg noch ein Jahr gegen Frankreich fortsetzte, gelassen. Dies Betragen erbitterte, wie man leicht denken kann, Karln VI., welcher vermöge des mit Preussen geschlossenen Kronentraktats 10000 Mann gerechnet hatte. Obgleich der König von Preußen erklärte, daß der an seinen Grenzen stark wüthende Nordische Krieg ihn zu einem solchen Verfahren genöthiget habe; so wurde doch der Wiener Hof nicht gänzlich beruhiget, und dieser Vorfall legte folglich zu manchen unangenehmen Vorfällen den Grund. Kurbrandenburgischer Widerspruch war Ursach, daß eine Wahlkapitulation, welche bei der jedesmaligen Wahl eines neuen Kaisers sollte zu Grunde gelegt werden, nicht zu Stande kam, und daß dem Kaiser nach geschlossenem Frieden die 4 Millionen Thaler nicht ausgezahlet wurden, welche ihm vom deutschen Reiche waren versprochen worden, im Falle daß der Krieg noch fortdauern würde. Das Haus Brandenburg war es auch, welches darauf antrug, sich in keinen Privatkrieg des östreichischen Hauses einzulassen, als der Kaiser von den deutschen Ständen Beistand gegen die Türken verlangte. *)

Eifrigen Antheil nahm Friedrich Wilhelm I. an den Religionsangelegenheiten im deutschen Reiche. Hierüber darf man sich warlich nicht wundern, denn

*) Buchholz Geschichte der Mark Brandenburg Thl. V. S. 51.

er war für die Gegenstände der Religion sehr bekümmert, ließ in seinem Tabakskollegium theologische Streitschriften vorlesen, oder, wenn sie allzulang waren, aus denselben Auszüge verfertigen. Er nahm sich mit allem Eifer allenthalben der Protestanten an, welche Bedrückungen erlitten. Eine solche Hülfe wurde schon im Jahr 1715 der Stadt Worms gegen ihren Bischof zu Theil. Von größerer Wichtigkeit waren aber die Bedrückungen, welche die Protestanten im Kurfürstenthum Pfalz erfuhren.

Und das Schlimmste für die evangelischen Pfälzer war die Uneinigkeit, welche zwischen den evangelischen Reichsständen ausbrach und das ganze corpus evangelicorum mit einer Zerrüttung bedrohte: denn die Hülfe, welche sie mit Recht erwarten konnten, wurde nicht geleistet, weil die evangelischen Stände, wegen der entstandenen Uneinigkeit, welche von den Katholiken absichtlich unterhalten und vermehret wurde, keinen einmüthigen Entschluß fassen konnten.

Die Veranlassung hierzu wurde gelegt durch den Kurfürst August von Sachsen, welcher, um König von Polen zu werden, die katholische Religion annahm. Kursachsen hatte von jeher unter den Evangelischen schon das Directorium geführt. Nach geschehener Religionsveränderung wollten viele evangelische Stände dem Kurfürsten von Sachsen nicht länger ihr Zutrauen schenken und einige erklärten so gar, daß dieser Fürst nunmehr das Direktorium niederlegen müsse. Allein August behielt das Direktorium, denn er behauptete, daß diese Religionsveränderung auf das allgemeine Interesse der Evangelischen keinen Einfluß haben solle und daß seinem Sohne, welcher die evangelische Religion nicht verlassen habe, als künftiger

tigen Kurfürsten von Sachsen diese Würde nicht könne entzogen werden.

Die meisten evangelischen Stände wurden hierüber beruhiget, aber doch nur auf sehr kurze Zeit: denn der bald nachher erfolgte Uebertritt des sächsischen Kurprinzen zur katholischen Religion erregte noch größeres Mißtrauen. Es entstand also unter den evangelischen Ständen die Frage, ob man dem Kur-Hause Sachsen noch länger das Direktorium lassen oder dasselbe dem König Friedrich Wilhelm I., welcher sich darum bewarb, anvertrauen solle? — Die Meinungen hierüber waren getheilt und die ganze Sache vermehrte die Uneinigkeit unter den Evangelischen. Endlich vereinigte man sich, daß das Direktorium auch künftig bei dem Kurhause Sachsen bleiben solle. Denn man glaubte es sey für des Ganze besser, wenn dieses Geschäfte von einem Fürsten, dessen Macht nicht allzu groß sey, besorgt würde, als von einem Fürsten, dessen immer größer werdende Macht man fürchten müsse.

Eine Folge dieser unter den evangelischen Ständen herrschenden Uneinigkeit, waren viele Bedrückungen, welche den Protestanten in mehreren Gegenden des deutschen Reichs widerfuhren. In einigen Ortschaften hatte man sogar auf der Landstraße evangelische Prediger aufgehoben, und sie nicht eher wieder in Freiheit gesetzt, als bis sie den Revers ausgestellt hatten, weder zu klagen, noch ihr Amt jemals wieder zu verwalten. Man hatte Kirchen und Schulen die Einkünfte genommen und dieselben zur Besoldung der neueingerichteten katholischen Geistlichkeit und Schulleute angewendet, ohne daß die deshalb von den evan-

gelischen Ständen gemachten Vorstellungen etwas gefruchtet hätten. *)

In keiner Gegend wurden aber die Evangelischen und besonders die Reformirten mehr gedrückt, als in der Pfalz vom dasigen Kurfürsten Karl Philipp. Daß er in denjenigen Oertern, wo auch Katholiken wohnten, die bisher reformirten Kirchen in Simultankirchen umschuf, läßt sich noch entschuldigen; allein unverzeihlich war es, daß er den Reformirten den Gebrauch des Heidelbergischen Katechismus untersagte, ihnen zu Heidelberg die Hauptkirche zum heiligen Geiste entriß, und dieselbe den Katholiken einräumte. Und solche Religionsbedrückungen erlaubte sich auch der Kurfürst von Maynz gegen die Evangelischen. Anjetzt hätte der Kurfürst August von Sachsen zeigen können, daß seine Religionsveränderung nur eine Personalsache sey, die dem allgemeinen Interesse der Evangelischen nichts schade. Allein die sämmtlichen evangelischen Stände sahen nunmehr ein, daß ihre Angelegenheiten sich nicht in den besten Händen befanden.

Nachdem sie durch ihre häufigen Vorstellungen weder am kaiserlichen, noch am pfälzischen und mainzischen Hofe etwas ausgerichtet hatten; so wendeten sie sich an die Könige von Preußen und England als Kurfürsten von Brandenburg und Braunschweig-Lüneburg und desgleichen auch an den Landgrafen von Hessenkassel und trugen diesen Fürsten die Besorgung der Geschäfte auf. Friedrich Wilhelm I. drohte nicht blos Repressalien zu gebrauchen, sondern er that es wirklich. Es wurde nämlich der Dom zu Minden, das Kloster Hammersleben nebst drei anderen Klöstern im

*) Buchholz, am angeführten Orte. S. 61.

im Halberstädtschen sequestriret. Und auf dieselbe Art verfuhr auch der König von England mit der katholischen Kirche zu Zelle. Die Katholiken beschwerten sich deshalb bei dem Kaiser, und dieser schickte dem König den Befehl zu, Alles an sich gerissene den Katholiken wieder einzuräumen. Friedrich Wilhelm I. erklärte aber, daß dieses nicht eher geschehen würde, als bis der Kaiser seiner oberstrichterlichen Gewalt würde ein Gnüge geleistet und allen Beschwerden, die von Seiten der Protestanten mit dem größten Rechte wären geführt worden, würde abgeholfen haben.

Der Kaiserliche Befehl hatte nicht eine solche Wirkung als die Katholiken gehofft hatten: denn Brandenburg und Kurbraunschweig fuhren nicht nur fort Repressalien zu gebrauchen, sondern soderten auch alle übrigen evangelischen Stände auf ein Gleiches zu thun. Hierdurch sahe sich endlich der Kaiser genöthiget den Kurfürsten von Pfalz und Mainz den Befehl zu ertheilen, daß sie die Rechte der Protestanten auf keine Art verletzen sollten. Besonders wurde dem Kurfürsten von der Pfalz angedeutet den Gebrauch des heidelbergischen Katechismus zu verstatten, die Heilige Geistkirche zurückzugeben und alle Religionssachen, welche er abgeändert habe, binnen 4 Monaten wieder in den vorigen Stand zu setzen.

Durch diese Anstalten hörten zwar die Mißhelligkeiten auf und es wurde auch hierdurch zugleich allen Feindseligkeiten vorgebaut. Aber dem ohngeachtet hatte dieser Vorfall den Grund zu einem Mißtrauen gelegt, welches gegen den König von Preußen am Wiener und Dresdner Hofe entstand und täglich größer wurde. Das gute Vernehmen, in welchem Friedrich Wilhelm I. mit Rußland stand, die ansehn-

liche Vermehrung der Truppen und viele ausgebreitete falsche Nachrichten trugen hierzu sehr viel bei.

Ueberhaupt herrschte zu dieser Zeit unter den meisten europäischen Mächten ein sehr großes Mistrauen, welches durch falsche Nachrichten, die ein gewisser Clement ausbreitete, entstanden war. Eben dieser Mann hatte auch zu Wien gegen den Berliner Hof und im Gegentheil auch zu Berlin gegen den Wiener Hof Verläumdungen vorgebracht. Ich muß also hier umständlich von demselben handeln.

Clement war aus Neusol in Ungarn gebürtig und soll, wie einige vorgeben, ein natürlicher Sohn des Fürsten Ragoczy gewesen seyn, *) jedoch ist dieser letzte Umstand nur eine Erdichtung und verdient keinen Glauben. Dieser Mann besaß übrigens einen guten natürlichen Verstand und nicht gemeine Kenntnisse. Er war in vorigen Zeiten als Sekretair und Agent des Fürsten Ragoczy bey dem Friedensschlusse zu Utrecht gewesen und zwar unter dem Namen eines Baron von Rosenau. Nachmals hatte er seinen Herren nach Paris und von da nach Konstantinopel begleitet. Endlich verließ er denselben, gieng nach Wien und übergab daselbst die dem Fürsten Ragoczy entwendeten Papiere dem Prinzen Eugen von Savoyen. Er bekam zwar dafür eine Belohnung, jedoch mußte die-

*) Buchholz, Thl. V. S. 68. und zwar die Anmerkung daselbst. Ueber den Aufenthalt des Clemens zu Berlin findet man auch Nachricht in folgenden Schriften. Pöllnitz, Memoiren zur Lebens- und Regierungs-Geschichte der vier letzten Regenten, u. s. w. Thl. II. S. 120 und f. — Versuch einer historischen Schilderung u. s. w. des 4ten Theils erster Band. S. 82.

dieselbe nicht von solcher Beschaffenheit seyn, daß sie seinen Erwartungen entsprochen gehabt hätte: denn er entfernte sich bald wieder von Wien und begab sich nach Dresden, wo er sich bei dem Grafen von Flemming sehr einzuschmeichlen verstand. Dieser Minister soll ihm den Antrag gemacht haben in sächsische Dienste zu treten; allein Clement war ein Mensch, der sich unmöglich an einem Orte fesseln konnte. Er begnügte sich also die Freigebigkeit des Grafen Flemmings so lange zu misbrauchen, bis sich eine andere ergiebigere Quelle zeigen würde. Dieselbe glaubte er gefunden zu haben, als er wahrnahm, daß der Dresdner und Wiener Hof gegen den König von Preußen keine vortheilhafte Gesinnungen hegten. Er machte nämlich den Plan diese Mächte zu entzweien und zwar in der Hoffnung, auf diesem Wege große Summen Geldes zu verdienen oder ein dauerhaftes Glück zu gründen.

In dieser Absicht setzte er einen Brief an den König von Preußen auf, in welchem er letzterem bekannt machte, daß er ihm wichtige Sachen entdecken wolle, nur müsse er ihm zuvor schriftlich versprechen, daß kein Mensch etwas von seinem Aufenthalt zu Berlin erfahren solle, er selbst folglich nur im Geheimen mit dem König sprechen und wieder abreisen könne, so bald es seine Geschäfte erfoderten. Diesen Brief schickte er nicht gerade zu an den König, sondern an den Oberhofprediger Jablonsky, welchen letzteren er ersuchte den Brief eigenhändig dem König zu geben, und im Falle er Anstand nähme, sich damit zu befassen, müsse er für das Uebel, welches daraus entstehen könne, verantwortlich seyn.

Der Plan war sehr gut angelegt und hatte die Wirkung, welche Clement erwartet hatte. Jablons-

ky, welcher für die richtige Abgabe des Briefes gesorgt hatte, erhielt vom König für diesen Avanturier einen Paß und zugleich den Auftrag zu schreiben, daß Clement dem König willkommen sey, daß er selbst nehmlich Jablonsky, ihm entgegen kommen, ihn zur Nachtzeit in Berlin einführen und bei sich in seinem Hause behalten werde.

Nunmehr reißte Clement nach Berlin und stellte mit dem König einige Unterredungen an, welche mit allem Recht geheime Unterredungen konnten genannt werden, denn niemand hatte von denselben etwas bemerkt. Bei diesen Zusammenkünften überredete dieser Betrüger den König, daß die Höfe zu Wien und Dresden den Plan entworfen hätten, ihn, wenn er sich entweder auf der Jagd oder auf der Reise befinden würde, gefangen nehmen zu lassen, den Kronprinzen alsdann in der katholischen Religion zu erziehen und unter der Vormundschaft des Kaisers auf den Thron zu setzen. Ja seine Unverschämtheit ging so gar so weit, daß er behauptete, die vornehmsten preussischen Generale und Minister wären schon gewonnen, und daß jene Höfe schon längst den entworfenen Plan würden ausgeführet haben, wenn sie nicht zuvor die Seemächte überreden wollten, zu diesem Vorhaben ihre Genehmigung zu ertheilen. Man habe ihm daher den Auftrag gegeben, um in diesen Angelegenheiten Unterhandlungen anzufangen. Allein die Abscheulichkeit der ganzen Sache und sein Widerwillen gegen die katholische Religion, der so groß wäre, daß er selbst Protestant werden wolle, hätten ihn bewogen, diese Sache dem König zu entdecken.

Der König fand keinen Grund, dessen mitgetheilte Nachrichten zu bezweifeln, denn Clemens bestätigte seine Aussagen durch Briefe der sächsischen Minister

nister und des Prinzen Eugen. Solche Schreiben vorzuweisen, war für ihn nicht schwer, weil er die Kunst verstand, fremde Hände nach zu machen.

Nunmehr hatte er das Zutrauen des Königs schon gewonnen. Allein er erhielt dasselbe in einem noch weit höheren Grade, als er die ihm angebotenen Geschenke ausschlug und die katholische Religion abschwur und sich zur reformirten bekannte. Hierauf wußte Clement den König von der Nothwendigkeit seiner Reise nach Holland zu überzeugen, so daß letzterer die schon öfters verweigerte Einwilligung ertheilte.

Nach der Abreise dieses Menschen wurde Friedrich Wilhelm I. in einem hohen Grade mißtrauisch und melancholisch. Der Fürst Leopold von Anhalt Dessau wagte nicht nur den König nach der Ursach dieser auffallenden Veränderung zu fragen, sondern war auch so glücklich dieselbe vom Könige zu erfahren. Große Mühe kostete es ihm aber Friedrich Wilhelmen gegen jenen Betrüger Mißtrauen einzuflößen. Unter dem Vorwande, der König wolle über wichtige Sachen mit ihm sprechen, wurde er wieder nach Berlin gelockt. In den ersten angestellten Verhören bewies er ungemein viel Gegenwart des Geistes, und blieb seiner Aussage getreu, indem er sich auf seine vorgezeigten Briefe berief. Diese schriftlichen Documente wurden nunmehr an den Prinzen Eugen geschickt, welcher zwar die Hand für die seinige erkannte, aber auch zugleich erklärte, daß er von der ganzen Sache nichts wisse, und daß das ganze Vorgeben das Werk eines Betrügers sey.

Endlich wurde Clement durch die Anstalten zur Tortur zum Geständnisse bewogen. Diese Sache hatte sich aber bei dem König so fest eingeprägt, daß er an-

anfangs die Wahrheit dieses Geständnisses bezweifelte und dasselbe für die Wirkung der Furcht betrachtete. Nur durch die mehrmals angestellten Unterredungen und durch die Nachahmung seiner Hand, welche er in des Königs Gegenwart oftmals wiederhohlen mußte, überzeugte er sich endlich von der Richtigkeit der Aussage. Aber demohngeachtet war er von den Talenten und Kenntnissen dieses Menschen so sehr eingenommen, daß er öfters in dem Gefängnisse zu ihm sagte: „könnte ich dich retten; so machte ich dich gleich zum Geheimenrath, allein leider, so muß ich dich hängen lassen."

Die Hinrichtung wurde auch wirklich den 18ten April 1719 zu Berlin vollzogen. Und an demselben Tage empfingen auch die Theilnehmer ihren Lohn. Ein gewisser Lehmann, nebst dem Clemens, wurden mit glühenden Zangen gekniffen und nachher enthauptet. Und ein gewisser Baron von Heydekampf seines Adels entsetzt, vom Schinder geschändet und auf Zeitlebens zum Gefängniß verurtheilt. Und außer den schon genannten führet Pöllnitz *) auch einen dritten, Namens Bube an, welcher sich durch Gift das Leben nahm, aber nachher vom Schinder unter den Galgen begraben wurde.

Ob nun gleich dieser schändliche Betrug entdeckt worden, und so wohl den Urheber als auch die Theilnehmer bestraft hatte, so war doch dadurch nicht das Mißtrauen zwischen den Höfen aufgehoben worden, sondern dasselbe dauerte noch immer einige Zeit fort, wozu der Streit über das Direktorium unter den evange-

*) Pöllnitz hat diesen ganzen Vorfall (am angef. Orte) am umständlichsten erzählet.

gelischen Ständen, die von Friedrich Wilhelm I. angestellten Repressalien, um den Protestanten in den katholischen Ländern ihre Rechte zu sichern, und das genaue Freundschaftsband mit dem Zaar Peter dem Großen von Rußland, sehr viel beitrugen. Von den beiden ersteren Quellen habe ich schon im Vorhergehenden gehandelt, hier aber muß ich noch einige nähere Umstände von der Freundschaft dieser beiden Fürsten anführen, weil dieselbe auf den preussischen Staat keinen unbedeutenden Einfluß gehabt hat.

Der Czaar unternahm mehrmals Reisen in die preussischen Staaten, und auch jedesmal stellte er mit dem Könige Zusammenkünfte an. Die Zuneigung Peters gegen den preußischen Hof war auch Ursach, daß er in seinem Lande so wohl im Civil als auch im Militärwesen bei den neuen Einrichtungen die preussischen zum Grunde legte. Auch verstand er der Lieblingsneigung des Königs zu schmeicheln, indem er ihm fast alle Jahre zu seinem Leibregimente der großen Grenadier 100 und auch noch mehrere Recruten von ausserordentlicher Größe schickte. Für diese Freigebigkeit wurde aber auch er reichlich entschädiget; denn Friedrich Wilhelm I. erlaubte mehreren seiner Unterthanen, unter welchen sich auch Künstler und Handwerker befanden, nach Petersburg zu gehen, um daselbst die Kultur zu befördern. Ja er schickte so gar mehrere Officiere und Unterofficiere nach Rußland, von welchen die russische Armee auf preussische Art gebildet wurde.

Das Allerwichtigste für den preussischen Staat, was aus dieser vertrauten Freundschaft der beiden Monarchen erfolgte, war die Beförderung des Handels zwischen Rußland und Preußen; denn schon im Jahre 1716 versprach der Czaar, als er zu Stettin und Ha-

vel-

velberg mit dem König freundschaftliche Unterredungen anstellte, daß er alle Fabrik und Manufacturwaaren, desgleichen auch die übrigen Bedürfnisse, welche er für sein Heer nöthig habe, aus dem Preußischen ziehen wolle.

Ueberhaupt hatte damals der preußische Hof sehr viele Feinde, woran die gewaltsamen Werbungen, welche die preußischen Werber allenthalben in ganz Deutschland anstellten, schuld waren. Und auch über die in den preußischen Ländern angestellte Werbung herrschte eine große Unzufriedenheit unter den Einwohnern. Der König, dem dies Murren nicht verborgen geblieben war, fand selbst für rathsam, gemäßigtere Grundsätze zu befolgen. Er ließ daher ein Edikt bekannt machen, welches jede Gewaltthätigkeit und jede List bei den Werbungen unter Androhung einer harten Strafe untersagte. Und er ernannte auch Commissarien, bei welchen Klagen dieser Art konnten angebracht werdrn. Jedoch schien es ihm selbst kein rechter Ernst zu seyn, diesen Beschwerden ganz abzuhelfen, denn er sezte Officiere zu Commissarien an, welche allzusehr für das Interesse des Militärs besorgt waren. Und gesetzt auch, daß Klagen über Gewaltthätigkeiten bis zu seinen Ohren gekommen wären, so würde Friedrich Wilhelm, welcher viel zu sehr Soldat war, und nichts mehr wünschte als Menschen von ansehnlicher Größe unter seine Grenadiere zu bekommen, wenig darauf geachtet haben.

Von seiner Vorliebe zum Soldatenstande, welche er zum Nachtheil des Civilstandes begünstigte, ist schon im Vorhergehenden gehandelt worden. Hier nur noch einige Beweise, welche zu gleicher Zeit zeigen, wie groß sein Hang war, Soldaten von ausgezeichneter Größe zu erhalten.

Frie-

Friedrich Wilhelm I. war übrigens in allen Stücken ein sehr guter Wirth, nur in einem einzigen Stücke, nämlich große Leute zu seinem Leibregimente zu erhalten, scheute er keine Geldausgaben. Schon als Kronprinz hatte er diese Neigung zu befriedigen gesucht, indem er zu Wusterhausen einige Compagnien großer Leute unterhielt, ohne daß sein Vater etwas davon wußte. Nach seinem erfolgten Regierungsantritte konnte er ungehindert seiner Neigung ein Gnüge leisten. Im Jahre 1714 errichtete er daher das Leibregiment, zu welchem große Leute, theils durch gewaltsame Mittel, theils durch List, theils durch große Summen Geldes herbei geschafft wurden, so daß große Leute, in welchem Welttheile sie auch leben mochten, gegen die Ehre bei diesem Regimente eingekleidet zu werden, nicht gesichert waren. Die Summen Geldes, welche hierauf verwendet wurden, müssen wahrscheinlich sehr groß gewesen seyn, denn Friedrich Wilhelm I. war hiervon selbst überzeugt, indem er kurz vor seinem Ende die meisten hierüber vorhandenen Rechnungen ins Feuer warf. In kurzer Zeit vermehrte sich bei diesem Regimente die Anzahl großer Leute: denn wer sich um ein Amt bewarb, konnte keine sichrere Rechnung auf dasselbe machen, als wenn er dem König einen oder mehrere Rekruten verschaffte. Eine Folge hiervon bestand leider darinn, daß öfters bei Besetzung wichtiger Aemter geschickte Männer den unwissenden nachstehen mußten. Doch dies kümmerte einen König wenig, dem ein großer Soldat lieber war als ein gelehrter Mann. Allenthalben wurde dieses für eine Sonderbarkeit betrachtet und mehrere Fürsten schickten ihm bisweilen Rekruten von ansehnlicher Größe. Eben so beeiferten sich auch die Compagnie-Chefs von allen Regimentern bei der Revue große Rekruten vorzustellen, weil sie dies für ein sicheres Mittel

tel hielten die Gunst und Zufriedenheit des Königs zu erhalten. Diejenigen, welche ihm gefielen, hob er aus, und schickte sie zu seinem Leibregimente. Die Compagnie-Chefs litten hierbei keinen Schaden, sondern sie erhielten für jeden Mann, welcher ausgehoben wurde mehr als die gehabten Unkosten betrugen.

Aus einer noch vorhandenen Liste, in welcher alle Rekruten, die der König bei der Revue vom Jahr 1731 aushob, desgleichen auch das Handgeld, was ein jeder derselben erhalten, und die Summe Geldes, welche der König einem jeden Compagniechef auszahlte, sieht man, daß der König so viel zahlte, als der Kerl ihm werth zu seyn schien. So gab er z. B. für einen Kerl, welcher nur 1 oder 2 Rthlr. Handgeld bekommen hatte, 20 ja 50 und bisweilen 100 Rthlr. Nur befahl er zugleich den Generalen, daß sie ihre Compagniechefs anhalten sollten, für dieses Geld wieder tüchtige, und wenn es möglich wäre, noch bessere Rekruten anzuschaffen, als diejenigen gewesen wären, welche er ausgehoben habe. Und aus eben diesen vorhandenen Nachrichten erhellt, daß mancher Rekrute dem König mehr als 5000 Rthlr. gekostet habe.

So kostete z. B. ein großer Irländer, Namens James Kirkland, gegen 7000 Rthlr. Um sich zugleich zu überzeugen, daß man sich um die angewendeten Mittel, große Leute zu bekommen, wenig oder gar nicht bekümmerte, habe ich das Schreiben desjenigen Mannes, welcher die Anwerbung des Irländers besorgt hatte, abdrucken lassen. *)

Aller-

*) Versuch einer historischen Schilderung der Haupt und Residenzstadt Berlin. Vierter Theil, erster Band. S. 33. wo mehrere Nachrichten über diese Sache befindlich sind.

Allerdurchlauchtigster, Großmächtigster König,
Allergnädigster König und Herr!

Ich habe die feste Zuversicht daß der von hier abgehende Kerl, Namens James Kirkland, ein Irländer von Geburt, und seines Alters 20 Jahr, den der Bassist Bottowsky überbringet, glücklich ankommen, und Ewr. Königl. Majestät Allergnädigste Approbation finden werde. Ich bin mit seinem Vater einig worden, daß er mir als Laquais vor 60 Pfund Sterling drei Jahr dienen solle. Er weiß aber nicht, wer ich bin, und habe ich denselben mit guter Manier auf ein hamburgisches Schiff bringen und eine Commission aussinnen müssen, die er mir bestellen sollte. Es ist aber ein sehr stiller und frommer Kerl, welcher mit Güte zu einer freiwilligen Capitulation wohl wird zu bringen seyn. Alldieweilen ich geglaubt, daß Er meritire in Ewr. Majestät Diensten zu kommen; So habe ich weder Kosten noch Mühe gespart Ihn fort zu schaffen, und dabei, wiewohl mit aller Behutsamkeit, ein vieles gewagt, in getreuster Hoffnung von Ewr. Majestät darinnen nicht desavouiret zu werden.

Die Person welche ihn mir verschafft und Leib und Leben daran gewaget, verlanget 1000 Pfund Sterling zur recompense und bietet dabei zu mehr solchen Diensten sich an, hat mich aber äußerst gebeten, Sie niemals zu nennen, das Ich doch meiner Pflicht erachte Ewr. Königl. Majestät einmal mündlich zu entdecken.

Wenn Ewr. Königl. Majestät die Gnade vor mich haben, und meine hiesige Subsistenz verbessern wollten, daß ich auch etwas au hazard anwenden könnte; So habe ich Hoffnung vielleicht noch mehrere Leute hier zu kriegen. Allein dem jetzigen werden wohl

keine gleiche mehr zu haben seyn. Mein übriges Glücke, werde von Ewr. Königl. Majestät mir versprochenen Gnade und Vorsorge Ich erwarten und in tiefster Devotion jederzeit beharren

Ewr. Königl. Majestät

Gravesund den 10ten März 1734.

allerunterthänigster treugehorsamster

C. W. Borcke.

Ich könnte noch viele Beweise anführen, daß Friedrich Wilhelm, um große Rekruten herbei zu schaffen, jedes Mittel billigte. Statt aller soll nur noch folgender Vorfall angeführet werden. Nicht nur aus allen Gegenden Deutschlands, wie ich schon angeführet habe, sondern auch aus England und Holland liefen starke Beschwerden ein über die Gewaltthätigkeiten der heimlichen preußischen Werber; allein Friedrich Wilhelm I. that weiter nichts, als daß er versprach jenen Beschwerden abzuhelfen. Ein solches Versprechen wurde aber, wie man sich leicht vorstellen kann, nicht erfüllt und die Sache blieb bei dem Alten.

Denn daß Friedrich Wilhelm I. unerlaubte Mittel bei den Werbungen manchmahl nicht mißbilligte, sieht man sehr deutlich aus seinem Benehmen, wenn der Fall eintrat, daß seine Werber in andern Ländern auf der Werbung waren ertappt, zur Rechenschaft gezogen und den dortigen Landesgesetzen gemäß bestraft worden.

Dies

Dies geschahe auch einmal in Holland, wo preußische Werber sich öfters unterstanden hatten über die Grenze zu gehen, und die holländischen Soldaten zur Desertion zu verleiten. Die holländische Regierung, sowohl über den hierdurch ihr zugefügten Schaden als auch über das Unrechtmäßige der Handlung selbst sehr aufgebracht, befahl auf diese Menschen eine genaue Aufmerksamkeit anzuwenden, damit man einige habhaft werden, um durch eine scharfe Bestrafung die übrigen von ähnlichen Unternehmungen abzuschrecken. In dieser Absicht veranstaltete man folgende List. Von einem holländischen Regimente mußte ein Soldat mit einem an der Grenze sich aufhaltenden preußischen Werbeofficiere einen Briefwechsel anstellen und vorstellen, daß er und mehrere seiner Kamaraden große Lust hätten in preußische Dienste zu gehen. In dieser Absicht möchte er nur an einem bestimmten Tage in ein an der Grenze gelegenes Dorf kommen. Dieser Vorschlag wurde angenommen. Der Officier begab sich mit einem Unter-Officier an den bestimmten Ort und man wendete alle Ueberredungskünste an, um die daselbst befindliche holländische Soldaten anzuwerben. Während daß sie sich deshalb mit vielem Eifer bemühten; wurden sie gefangen genommen. Ohne lange Untersuchungen anzustellen, wurden beide zum Strange verurtheilt. An dem Officier wurde auch wirklich das Urtheil vollzogen, hingegen den Unter-Officier hatte man nur auf den Richtplatz geführt, ihm aber nachher die Todesstrafe erlassen und die Freiheit wieder geschenkt. Dieser eilte so gleich nach Berlin und überbrachte die Nachricht von der Hinrichtung des Lieutenants. Friedrich Wilhelm I. wurde sehr aufgebracht und beschloß sich zu rächen. Auf seinen Befehl wurden einige Zeit nachher zwei holländische Unterofficiere, die durch einen an der preußischen Gren-

ze gelegenen Ort gingen, um ihre Verwandten zu besuchen, ergriffen und gehangen. *)

Aus allem was bisher ist angeführet worden, leuchtet die große Vorliebe des Königs für den Soldatenstand sehr deutlich hervor, desgleichen auch die Sucht große Leute zu erhalten. Um diese letztere zu befriedigen wurde ein jedes Mittel gebraucht. Und weder Reichthum noch Stand befreite alle große Einwohner des preußischen Staats vom Soldatenstande. Ein jeder Edelmann, wenn er die gehörige Größe hatte, mußte Kriegsdienste nehmen, und jeder große Bürger mußte als gemeiner Soldat dienen. Selbst das Alter konnte dagegen nicht schützen. Hieraus entstanden sehr große und für die Bürger empfindliche Mißbräuche: denn öfters bemächtigten sich die Werber eines reichen Mannes, um nur von demselben große Summen Geldes zu erpressen. Ein solcher Vorfall geschahe unter andern auch im J. 1720 zu Magdeburg. Daselbst bemächtigten sich die Werber der Person eines 60 jährigen reichen Kaufmannes, um für die Entlassung desselben große Summen Geldes zu erhalten. Die Magdeburger, da ihnen die Loslassung dieses Mannes versagt wurde, stürmten das Haus, in welchem er festgehalten wurde. Die Soldaten kamen den Werbern zu Hülfe und es entstand ein sehr lebhaftes Gefecht, in welchem die Bürger die Oberhand behielten. Von diesen wurden 3 verwundet, hingegen bei dem Militär belief sich die Anzahl der Verwundeten bis auf 18. Der Commandant stellte die Ruhe wieder her und stattete so gleich dem König Bericht ab, welcher nunmehr durch strenge Befehle solche Ausschwei-

*) Pöllnitz Band II.

schweifungen zu verhüten suchte. *) Nicht so gut ging es einigen Städten in der Grafschaft Mark, wo sich die Einwohner an die Werber vergriffen hatten, als dieselben des Sonntags in die Kirche gekommen waren, um die großen Mannspersonen auszuheben: denn Friedrich Wilhelm I. verurtheilte sie wegen dieser Widersetzlichkeit zu einer Geldstrafe.

Alle diese Ausschweifungen der Werber waren eine Folge von der Begierde des Königs, sein Leibregiment mit Leuten von ungewöhnlicher Größe zu versehen. Und so genaue Wirthschaft er auch übrigens trieb; so war er doch in Rücksicht der Geldausgaben, die er auf das Regiment verwendete, sehr freigebig. Die Löhnung, welche ein solcher Soldat erhielt, war sehr ansehnlich. Einige bekamen z. B. des Tages mehrere Thaler oder Gulden. Und außerdem verstattete der König denselben viele Freiheiten, und gab ihnen ansehnliche Geschenke. So ertheilte er ihnen z. B. das Recht, öffentliche Wein- und Bierhäuser anzulegen, für andere Leute, welche einen Gesuch hatten, bei dem König Vorstellungen einzureichen. Auch die Geschenke, welche er diesen Leuten machte, waren ansehnlich. Sie bestanden in Kanonikaten, Grundstücken, Gütern, schönen Häusern. Und sehr oft übernahm er bei den neugebohrnen Kindern derselben die Pathenstelle und gab alsdann ansehnliche Pathengeschenke.

Die Garnison dieses Regiments war Potsdam, weil diese Stadt näher bei Berlin liegt als Brandenburg, wo zuletzt dies Regiment stand. Anfangs wollte

*) Guillaume, Histoire de Fr. Guillaume I. Tom. II. p. 33. 34.

te er es nach Berlin verlegen. Da aber die Einwohner dieses Ortes so viele Einwendungen machten; so änderte er seinen Plan ab. Berlin mußte aber für diese Widerspenstigkeit hart büßen, denn es wurde Kanton fähig gemacht und erhielt die zerstreut umher liegenden Regimenter zur Besatzung. Diese neue Einrichtung war für die Berliner freilich sehr drückend, denn sie mußten es sich gefallen lassen, daß ihnen von den Compagniechefs für ein jedes neugebohrne Kind männlichen Geschlechts die rothe Binde ins Haus geschickt wurde. *)

Dieses sey genug über Friedrich Wilhelms Zuneigung gegen den Militärstand. In der Folge werde ich Gelegenheit finden, über die geschehene Vermehrung und wirkliche Verbesserung der Armee umständlich zu handeln.

Seine Anhänglichkeit an diesen Stand hat sich auch während seiner ganzen Regierung nicht geändert, worüber man sich auch nicht wundern kann, denn Officiere waren seine gewöhnlichen Gesellschafter. Dies war auch der Fall in dem so genannten Tabakscollegium, welches alle Abende auf dem Königlichen Schlosse gehalten wurde, und wozu mehrere Officiere einen freien Zutritt hatten. Diese Zusammenkünfte hatten ohnstreitig einen sehr großen Antheil an der Abneigung des Königs gegen die Wissenschaften. Zwar wurden auch einige Gelehrte zu dieser Gesellschaft gezogen; allein das war grade ein Mittel das Ansehn der Gelehrsamkeit gänzlich zu zernichten, denn die in dieser Gesellschaft befindlichen Gelehrten waren insgesammt sol-

*) Versuch einer historischen Schilderung der Haupt- und Residentz-Stadt Berlin Th. IV. B. I. S. 38.

solche Männer, die sich in jeder Rücksicht lächerlich machten, die Stelle der Hofnarren vertraten, und durch ihr Betragen die Meinung, daß die Wissenschaften unnütze Leute hervorbrächten, bestätigten. Die Namen dieser Gelehrten sind, Stündling, Graben, zum Stein, Hackemann, Faßmann, Morgenstern und einige andere, insgesammt Männer, denen Flögel *) in seiner Geschichte der Hofnarren mit Recht einen Platz angewiesen hat.

Der König Friedrich Wilhelm I. war und blieb ein Feind der Gelehrsamkeit und würde diesen Grundsätzen gemäß die Universitäten aufgehoben haben, wenn er es nicht der Theologen wegen, die daselbst gebildet wurden, unterlassen hätte. Ueberhaupt wurden nächst den Soldaten die Theologen am meisten von ihm begünstiget. Er stand mit verschiedenen Professoren der Theologie in einem Briefwechsel und ließ in seinem Tabakscollegium die neuesten theologischen Schriften vorlesen. Besonders wurde von ihm der Hallische Professor der Theologie Lange begünstiget. Dieser Theologe war ein großer Feind des berühmten Mathematikers und Philosophen Wolfs. Er brachte es auch wirklich so weit, daß Wolf auf königl. Befehl die preußischen Staaten verlassen mußte. Hieran hatte er schon längst gearbeitet, indem er dem König nachtheilige Ideen über diesen Gelehrten beigebracht hatte. Endlich aber erreichte er gänzlich seine Absicht, als er den Wolfischen Lehrsatz von der vorher bestimmten Uebereinstimmung zwischen Leib und Seele als eine äußerst gefährliche Lehre darstellte. Hierdurch bewirkte er, daß zwei preußische Generale von Natzmer

*) Flögels Geschichte der Hofnarren. S. 236.

und von Löben *) dem König das Schädliche der Wolfischen Philosophie bewiesen, indem sie vorstellten, daß nach Wolfs Meinung ein Potsdammischer Grenadier nicht könne bestraft werden, wenn er seinen geleisteten Eid bräche, indem von Ewigkeit her schon bestimmt sey, daß er solches nothwendig thun müßte. Diese Vorstellung hatte die beabsichtigte Wirkung: denn der König wurde so aufgebracht, daß er Wolfen befahl binnen 24 Stunden bei Strafe des Stranges das preußische Gebiet zu verlassen.

Wir sehen also hieraus zu gleicher Zeit, daß nicht blos Soldaten, sondern auch Theologen die Ursach waren, warum Friedrich Wilhelm I. die wahre und ächte Gelehrsamkeit nicht nur nicht beförderte, sondern auch unterdrückte. Die Theologen standen überhaupt bei ihm in einem so großen Ansehen, daß große Gelehrte, wenn auch gleich Theologie ihr Fach nicht war, sich nur durch theologische Abhandlungen die Gunst desselben erwerben konnten. So schrieb z. B. der berühmte Arzt Friedrich Hofmann im J. 1738. einen Inbegriff der Hauptartikel des christlichen Glaubens und erhielt von Friedrich Wilhelm I. ein in gnädigen Ausdrücken abgefaßtes Schreiben, in welchem letzterer versicherte, er habe dies schöne Buch gelesen und finde es vortrefflich. Eben so konnte der vierzehnjährige Professor Baratier zu Halle nur durch zwei theologische Aufsätze die Aufmerksamkeit des Königs auf sich ziehen. Und zwar handelte der eine von den Mitteln, die Juden zu bekehren und der andere von den Gründen, durch welche

*) Büschings Beiträge zur Lebensgeschichte denkwürdiger Männer Thl. I. S. 8.

che die Gegner der christlichen Religion könnten widerlegt werden.

Die Beschäftigung mit der Theologie brachte ihn auch auf die Idee beide Religionsparteien zu vereinigen, welche er aber nicht ausgeführet hat. Er machte daher mehrere Kirchen zu Simultankirchen, das heißt, zu solchen Kirchen, an welchen so wohl reformirte als auch lutherische Prediger angesezt waren.

Die Folgen des zu Wien zwischen dem Kaiser und Spanien geschlossenen Friedens, besonders in Rücksicht auf die brandenburgischen Staaten.

Der spanische Erbfolgekrieg war beendiget und selbst der Kaiser hatte im J. 1714 mit Frankreich einen Frieden geschlossen, aber demohngeachtet war zwischen ihm und Spanien noch kein förmlicher Friedensschluß zu Stande gekommen. Dies hatte aber auf Europens Ruhe keinen Einfluß, wo die meisten Mächte größere Neigung zum Frieden als zum Kriege bezeigten. Selbst Spanien und Oesterreich, obgleich durch keinen Friedensschluß ihr Streit gänzlich beendiget war, hatten die Waffen niedergelegt. Durch Frankreich und Englands Vermittelung wurde endlich ein Congreß zu Cambrai eröffnet, zu welchem alle Mächte, die ehemals in den spanischen Erbfolgekrieg verwickelt gewesen waren, eingeladen wurden, weil daselbst alle streitige Punkte, die Folgen jenes Krieges waren, sollten entschieden werden. Allein die Unterhandlungen hatten nicht den erwünschten Fortgang, woran eine zwischen Frankreich und Spanien entstandene Uneinigkeit schuld war. Nunmehr suchte sich der beleidigte Spanische König Philipp V. dadurch zu rächen,

daß er sogleich zu Wien mit dem Kaiser Karl VI. nicht nur einen Frieden sondern auch ein Bündniß schloß, in welchem letzterer versprach den König von Spanien Gibraltar und Minorca wieder zu verschaffen, hingegen Philipp V. machte sich anheischig die Schiffarth der kaiserlichen Unterthanen zu sichern. Dieser zwischen dem Kaiser und Spanien geschlossene Friede erstreckte sich auch auf das ganze deutsche Reich und wurde von dem letzteren am 20sten Julius desselben Jahres durch die Mehrheit der Stimmen genehmiget. Nur Kurbrandenburg und Kurbraunschweig hatten ihre Einwilligung versagt.

Ueberhaupt waren von dieser Zeit an mehrere Mächte mit dem Kaiser unzufrieden, und gegen denselben im höchsten Grade mißtrauisch, indem sie glaubten, daß er deshalb geeilt habe mit Spanien einen Frieden zu schließen, weil er feindselige Absichten gegen die Evangelischen hege. In diesem Argwohn wurden sie noch mehr bestärkt, als sie sahen, daß in mehreren Gegenden die Protestanten gedrückt, hingegen die Katholiken begünstiget wurden. Um allen Nachtheilen vorzubeugen, schlossen die Könige von England, Preußen und Frankreich zu Hannover ein Bündniß, dessen Zweck war den Westphälischen und Oliviſchen Frieden aufrecht zu erhalten und die Protestanten im Reiche gegen Religionsbedrückungen zu sichern. Bald nachher traten mehrere Mächte, nämlich Holland, Schweden und Dänemark diesem Bündnisse bei. Der Kaiser, welcher sehr gut einsahe, daß er bei einem entstehenden Kriege jenen Mächten den gehörigen Widerstand nicht würde leisten können, konnte bei dieser Sache nicht gleichgültig seyn, sondern mußte sich gleichfalls nach Bundsgenossen umsehen. Er schloß auch wirklich mit der Kaiserinn von Rußland Katharina

Ale-

Alexiewna, der Gemahlinn des verstorbenen Kaisers Peters I., ein Vertheidigungsbündniß. In diesem Traktate trat die Kaiserinn dem Wiener Frieden bei und machte sich zu gleicher Zeit anheischig für die Aufrechthaltung der pragmatischen Sanktion, vermöge welcher sich das Recht der Nachfolge auch auf die weibliche Nachkommenschaft Karls VI. erstrecken solle, Sorge zu tragen. Und ausserdem versprachen beide Mächte im Falle eines Angrifs sich einander mit 20000 Mann Fußvolk und mit 10000 Reitern beizustehen. Die Kurfürsten von der Pfalz, Kölln, Baiern, Trier, und der Herzog von Braunschweig Wolfenbüttel garantirten nicht nur die pragmatische Sanktion, sondern versprachen auch bei einem entstehenden Kriege eine gewisse Anzahl Hülfstruppen zu schicken. *)

Unterdessen war aber auch das hannöversche Bündniß ansehnlich verstärkt worden, indem nämlich Großbritannien mit dem Landgrafen von Hessenkassel einen Subsidientraktat geschlossen hatte, in welchem letzterer versprach 12000 Mann zu stellen. Karls VI. Besorgnisse vermehrten sich aufs Neue, besonders da er die Nachricht erhielt, daß Preussen den Krieg durch einen Einfall in Schlesien eröffnen werde. Es hatte sich nämlich das Gerücht allgemein verbreitet, daß Friedrich Wilhelm I. auf Frankreichs und Englands Anstiften dieses thun werde. Und als derselbe im J. 1726. bei Tempelhoff über seine ganze Armee eine Musterung anstellte, welches noch niemals geschehen war; so erhielten alle Vermuthungen einen größeren Grad von Gewißheit, und man besorgte nunmehr

*) Allgemeine Weltgeschichte Theil 60. S. 213.

mehr so wohl zu Wien als auch zu Warschau von Seiten Preussens einen Angrif. *)

Friedrich Wilhelm I. welcher eigentlich zum Kriege keine Lust bezeigte, woran freilich wohl ein Mißtrauen gegen seine Bundsgenossen großen Antheil hatte, war auf Mittel bedacht, um den König August II. von Polen zu beruhigen. Folgender Umstand war aber Ursach, daß August II. dem Bündnisse zwischen Oesterreich und Rußland nicht beitrat, und daß also Preussen von diesem Monarchen nichts zu besorgen hatte. Es hatte nemlich August II. seinen natürlichen Sohn, den Herzog Moriz von Sachsen zum Herzoge von Kurland ernannt und hierdurch so wohl am Wiener als auch am Petersburger Hofe gegen sich ein starkes Mißtrauen erregt.

Die Unzufriedenheit Friedrich Wilhelms I. war dem Kaiser nicht verborgen geblieben, welcher sogleich den Grafen von Seckendorf als Gesandten nach Berlin schickte. Dieser wußte nicht nur das Mißtrauen bei dem König von Preussen gegen England und Frankreich zu unterhalten und zu vermehren, sondern auch es so weit zu bringen, daß Friedrich Wilhelm I. mit dem Kaiser zu Wusterhausen einen Traktat schloß, in welchem er versprach dem Wiener Bündnisse beizutreten und die pragmatische Sanktion zu garantiren. Dagegen versprach ihm der Kaiser die Erbfolge in Jülich, Berg und Ravenstein, nach dem Absterben des damaligen Kurfürsten von der Pfalz zu verschaffen und auch zu bewirken, daß diejenigen, welche auf diese Länder Anspruch machten, besonders das pfalzgräfliche Haus Sulzbach, innerhalb 6 Monate,

Ver-

*) Buchholz. B. V. S. 92.

Verzicht leisten sollten. Und die Verbindlichkeit des Königs solle nicht eher anfangen, als bis diese Bedingung vom Kaiser sey erfüllt oder dem preussischen Hause von den kaiserlichen Erblanden Ländereien von gleichem Werthe wären eingeräumt worden. Einige*) haben gegen die Aechtheit dieser gegebenen Puncte Zweifel zu erregen gesucht: allein eine weitläuftige Erörterung dieser Sache gehört nicht hierher, weil diese Puncte niemals sind erfüllt worden. Aber demohngeachtet hatte dieser Traktat den Nutzen, daß die Ruhe in Deutschland erhalten wurde. Und Friedrich Wilhelm I. ob er gleich diesen Traktat geschlossen hatte, sagte sich doch nicht von dem hannöverschen Bündnisse los, sondern ertheilte vielmehr dem König George von England die Versicherung, daß er sich in diese Traktaten eingelassen habe, um zwischen Frankreich, England und dem Kaiser einen Frieden zu vermittlen. **)

Allein der Erfolg von den Bemühungen des preußischen Hofes war anfangs nicht von der besten Art: denn im J. 1727. wurden von allen Seiten große Anstalten zum Kriege gemacht. Aber auch noch in diesem Jahre wurde zwischen Spanien, England, Frankreich und Holland ein Präliminarvergleich geschlossen, welchem auch Karl VI. nachher beitrat. Und zwar wurde festgesetzt, daß 7 Jahr hindurch keine Feindseligkeiten statt finden sollten, daß aber auch der Kaiser die Wirksamkeit des Freiheitsbriefes der Ostendischen Handlungskompagnie eben so lange Zeit aufheben solle.

Zwi-

*) Adelungs europäische Staatsgeschichte. B. I. S. 457.

**) Buchholz, Band V. S. 94.

Zwischen Preussen und Sachsen herrschte immer noch kein gutes Einverständniß, wozu offenbar die Bedrückungen der Protestanten in mehreren Gegenden sehr viel beitrugen, die Kursachsen als Oberhaupt der Protestanten nicht zu verhindern suchte. Und sehr viel wirkten auch hierbei die über die Religionsstreitigkeiten entstandenen Unruhen in Polen, wo Friedrich Wilhelm I. nicht abgeneigt war sich der dasigen Protestanten anzunehmen. *) Der Kurfürst war aber schon im J. 1726 überzeugt, daß die Freundschaft des Königs von Preussen ihm zum Nutzen gereichen könne. Er war also ernstlich auf Mittel bedacht, wie er dieselbe wieder herstellen könne. Im J. 1727. wäre hierzu beinahe alle Hoffnung verschwunden, denn die Beschwerden, welche der zu Berlin befindliche sächsische Gesandte über die preußischen Werber anstellte, gaben zu einem solchen heftigen Wortstreit zwischen ihm und einem preußischen Minister die Veranlassung, daß er den berliner Hof so gleich verließ. Dies hatte aber auf die Aussöhnung keinen Einfluß, denn der Kurfürst August schickte den General Flemming nach Berlin, welcher auch das gute Vernehmen zwischen beiden Höfen dergestalt wieder herstellte, daß sie auf alle mögliche Art einander Gefälligkeiten zu beweisen suchten.

Zu derselben Zeit, in welcher das gute Vernehmen des Königs von Preussen mit den Höfen zu Wien und Dresden sich täglich vermehrte, hörte das gute Einverständniß mit England auf. Die Ursachen dieses

*) Eine Darstellung dieser Vorfälle in Polen wird einen Platz erhalten in demjenigen Bande, in welchem die Geschichte von West- Süd- und Ostpreußen wird vorgetragen werden.

ses Mißverständnisses bestanden in wahren Kleinigkeiten. Einige Wiesen auf der lüneburgischen und altmärkischen Grenze, die Ansprüche Preußens auf die Allodialerbschaft und die Uebertragung der kaiserlichen Commission in Mecklenburg an Preußen als Herzog von Magdeburg und Kreisdirector des niedersächsischen Kreises, gaben hierzu die Veranlassung. Der Dresdner und Wiener Hof waren hierüber sehr erfreut und suchten Alles anzuwenden, um Preußen zu einem Kriege gegen England zu überreden, und versprachen, daß 12000 Kaiserliche und 8000 Sachsen als Hülfstruppen zu seiner Armee stoßen sollten. Friedrich Wilhelm I. war hierzu auch schon entschlossen: allein folgender Umstand vereitelte seinen Plan: Die preußischen Regimenter waren schon aufgebrochen und bis ins Halberstädtsche vorgerückt, als der König, der selbst zu Felde gehen wollte, seine Generale und Staatsminister nochmals versammelt hatte. In dieser Versammlung stellte der alte Feldmarschall von Natzmer dem König den Schaden vor, welcher aus diesem Kriege für die evangelische Religion entstehen könne, und die übrigen Staatsräthe stimmten bei, indem sie die Ursachen aufzudecken suchten, warum Oesterreich und Sachsen den König zu einem Kriege gegen England zu bewegen suchten. Friedrich Wilhelm I. sahe die Wichtigkeit dieser Gründe ein und ließ so gleich mit England unter Vermittelung der Herzoge von Sachsen-Gotha und Braunschweig Wolfenbüttel Unterhandlungen anfangen. Im J. 1730 wurde zu Braunschweig ein Vertrag geschlossen, welcher die Mißhelligkeiten zwischen beiden Mächten beendigte.

Friedrich Wilhelm I. nimmt sich an mehreren Orten der Protestanten an.

Schon im Vorhergehenden sind mehrere Beispiele angeführet worden, welche zeigen, daß Friedrich Wilhelm I. sich mit großem Eifer der Protestanten annahm. Diesen Grundsätzen handelte er auch noch immer gemäß, und selbst alsdann, wenn er keinen Nachdruck zeigen, sondern sich nur mit Fürbitte behelfen konnte. So legte er z. B. bei dem Könige von Sardinien für die Waldenser, desgleichen auch für die Protestanten in Ungarn mehrmals Fürbitten ein, welche aber nichts fruchteten. *)

Weit glücklicher aber war er in der Beilegung des Streits zu Hildesheim zwischen dem Domkapitel und der Stadt. Auch hintertrieb er die Anmaßung Kur-Kölns als Bischoff zu Hildesheim Personen zu Reichs-Cammergerichts-Beisitzern vorzuschlagen, welches ihm als einzigen katholischen Fürsten im niedersächsischen Kreise nicht zukam. Und als der deutsche Orden zu Altenhausen in der Grafschaft Geyer einen evangelischen Prediger, weil er die evangelische Jubelfeier angekündiget hatte, gefangen nehmen, seine Besoldung einziehn, das Kirchengebet ändern, das preußische Wappen wegschaffen und dagegen das Ordenswappen aufstellen ließ; so ertheilte er sogleich den Befehl in seinen Staaten die Güter des Ordens einzuziehen. Durch diese Repressalien bewirkte er, daß im J. 1732 zu Altenhausen alles in den vorigen Stand gesetzt wurde. **)

Preuß-

*) Buchholz B. V. S. 119.

**) Buchholz. B. V. S. 113. 114.

Preussische Angelegenheiten in Rücksicht seiner Provinzen.

Es sind schon mehrere kleine Länder erwähnt worden, die dem Hause Preussen theils durch Vergleiche theils durch Erbschaften zugefallen waren, von welchen es einige, des Widerspruchs anderer Fürsten ungeachtet, schon in Besitz genommen hatte auf andere aber seine Anwartschaft zu behaupten bemüht war.

So behauptete es sich in dem Besitze von Tecklenburg gegen die Anmaßung des Grafen von Bentheim, desgleichen auch in dem Rechte der Anwartschaft auf Ostfriesland gegen das Haus Braunschweig, welches einen Erbverbrüderungstraktat vorschützte, der aber erst war geschlossen worden, nachdem Preussen die Anwartschaft erhalten gehabt hatte. Die Grenzen zwischen der Grafschaft Mark und Kurkölln wurden im J. 1723. und die zwischen Neufchatel und dem Stift Basel im J. 1724 durch Vergleiche berichtiget. Und die in Franken gelegene Grafschaft Geyer trat er an den Markgrafen von Anspach Karl Friedrich ab, an welchen er seine Tochter Friederika Louisa vermählte. Hingegen unausgemacht blieben die Streitigkeiten wegen der Grafschaft Limburg und wegen der Jülichschen Successionssache. Eben so wenig wurde auch unter dieser Regierung die Streitigkeit mit dem Bischof von Lüttich wegen der Grafschaft Herrstall entschieden.

Dafür wurde aber eine andere Streitigkeit unter der Regierung Friedrichs Wilhelm I. beendiget, welche schon sehr lange gedauert gehabt hatte und die oranische Erbschaft betraf. Schon längst war an der Beilegung dieses Streits gearbeitet worden: allein

der Landgraf von HessenKassel, als Vormund des jungen Prinzen, Wilhelm Karl Heinrich Friesö von Nassau Oranien-Diez, hatte beständig alle von Preussen gemachte Vergleichsvorschläge verworfen. Nachdem aber derselbe gestorben und der junge Prinz im J. 1731 die Großjährigkeit erhalten gehabt hatte; so bekamen die Unterhandlungen neues Leben und wurden auch schon im J. 1732 durch einen Vergleich beendiget. In demselben wurde alles bestätiget, was Preussen und Frankreich in dem Utrechter Frieden festgesetzt hatten. Nur behielt er sich vor, den Titel und den Rang eines Prinzen von Oranien, welchen aber auch Preussen gleichfalls führte. Hingegen die übrigen Güter, welche der König Wilhelm von Großbritannien, als letzter Prinz von Oranien besessen, auch die Marquisate Teer, Veere und Vlissingen sollten dem Prinzen bleiben. Preussen entsagte allen Ansprüchen auf dieselben. Und beide Mächte versprachen sich gegen andere Prätendenten zu beschützen. *)

Preussens Verbindung mit andern Mächten wegen der Angelegenheiten Polens.

Das gute Vernehmen zwischen den beiden Höfen zu Berlin und Wien dauerte noch immer fort und beide bemühten sich auch durch mehrere Gefälligkeiten, die sie gegen einander bewiesen, dasselbe zu erhalten und zu vermehren. So versprach Friedrich Wilhelm I. den Beschwerden über die preußischen Werber abzuhelfen und schickte im J. 1732 den Werbeofficieren einen Befehl zu, in welchem alle hinterlistige und ge-

*) Pauli's preußische Staatsgeschichte. B. VIII. S. 237. wo der ganze Vertrag abgedruckt ist.

gewaltsame Werbungen untersagt wurden. Der Kaiser bezeigte hierüber seine Zufriedenheit dadurch, daß er aus seinen Regimentern mehrere große Leute ausheben und nach Potsdam dem König zum Geschenk bringen ließ.*) Und im J. 1733 ertheilte er auch dem König von Preussen die Belehnung über das Fürstenthum Stettin, welches, wie schon ist angeführet worden, dem preußischen Hause im Stockholmer Frieden von der Krone Schweden war abgetreten worden.

Dieses gute Vernehmen mit dem Kaiser war auch Ursach, daß Friedrich Wilhelm I. allen Plänen Oesterreichs und Rußlands beistimmte, um die Absicht des Kurfürsten von Sachsen August II., sich zum souverainen König von Polen zu machen, zu hintertreiben. Schon längst hatte August II. diesen Plan gehabt, und würde gern an Preussen, Rußland und Oesterreich große Ländereien abgetreten haben, wenn nur diese drei Mächte ihre Einwilligung hiezu hätten geben wollen. Allein dieselben fanden nicht für rathsam, dem polnischen Staate einen souverainen König zu geben, weil sie sehr wohl einsahen, daß durch eine solche Veränderung ihr Einfluß auf dieses Land sehr würde vermindert werden. Schon längst hatte August den Entschluß gefaßt einen Reichstag zu veranstalten, auf welchem er seinen Plan ausführen wollte. Diejenigen polnischen Stände, denen ihre Freiheit theuer und lieb war, hatten so lange als möglich, den Reichstag zu verhindern gesucht. Endlich aber wurde derselbe auf das Jahr 1733 festgesetzt. August ging nach Warschau und eröffnete daselbst in den letzten Tagen des Monath Januars den Reichstag. Allenthal-

*) Buchholz, Band V. S. 115.

ben war man in großer Erwartung, allein nur kurze Zeit, denn August II. starb am 1sten Februar. Sein Tod gab den polnischen Angelegenheiten eine andere Wendung und verschaffte den beiden Höfen zu Wien und Paris einen Vorwand zum Krieg.

Schon lange vor dem Tode dieses Fürsten hatten die Kabinetter zu Versailles, Madrid, und Turin einen Krieg gegen das Haus Oesterreich beschlossen. Und zwar war der Urheber dieses Entschlusses der Kardinal Fleury, welcher damals in Frankreich die ganze Regierungsgewalt in Händen hatte. Dieser Mann hatte den Plan entworfen, Lothringen dem östreichischen Hause zu entreissen und mit Frankreich zu vereinigen. Es hielt lange Zeit schwer, einen Vorwand zum Kriege zu bekommen: denn der Kaiser hatte bisher manche Forderung Frankreichs bewilliget. Der Kardinal Fleury gab aber nicht die Hoffnung auf, eine Ursach zum Kriege zu finden, war aber der Meinung daß es rathsam sey, unterdessen zwischen Frankreich, Spanien und Sardinien eine Verbindung zu stiften. In dieser Absicht wendete er sich an die Königinn von Spanien, die ihren Gemahl Philipp V. gänzlich beherrschte. Diese gab den Vorschlägen des Kardinals, der sie mit der Hoffnung, die spanischen Besitzungen in Italien zu erweitern, schmeichelte, Gehör und schloß mit Frankreich ein Bündniß. Ein gleiches that auch der Hof zu Turin, welchem zur Besitznehmung Mailands war Hoffnung gemacht worden. Ferner unterließ man nicht so wohl von Seiten Frankreichs als auch von Seiten Spaniens große Kriegszurüstungen zu machen, und zwar unter dem Vorwande, man habe die Absicht, die Corsaren zu Algier anzugreifen.

Der Tod des Königs von Polen August's II. verschaffte endlich dem schlauen Kardinal Fleury Gele-

legenheit einen Vorwand zum Kriege aufzusuchen. Er beschloß nämlich, daß Frankreich sich bei der bevorstehenden Königswahl für denjenigen Kronconcurrenten erklären solle, gegen welchen sich Oesterreich und Rußland erklären würde. Und es war leicht voraus zu sehen, daß, wenn dieser Fall einträte, ein Krieg zwischen dem Kaiser, dem deutschen Reiche und Frankreich unvermeidlich seyn würde, und daß es alsdann der Krone Frankreich nicht schwer werden könne, den Kaiser zur Abtretung Lothringens zu nöthigen, weil demselben in Italien von Spanien und Sardinien sehr würde zugesetzt werden. In dieser Absicht mußte Ludwigs XI. Schwiegervater Stanislaus sich wieder um die polnische Krone bewerben: denn Fleury war überzeugt, daß weder Oesterreich noch Rußland für denselben gestimmt seyn würde.

Die Höfe zu Wien und Petersburg empfahlen anfangs den polnischen Landständen zur Wahl den Infanten von Portugal Emanuel: allein bald nachher änderten sie ihre Gesinnungen und suchten durch ihren Einfluß die Wahl des Kurfürsten von Sachsen August's III. zu beförderen. Dieser Fürst hatte sich zuerst die Gunst des Kaisers erworben und zwar durch die Entsagung seiner Ansprüche, welche er vermöge seiner Gemahlinn auf die östreichischen Erbländer machen konnte und durch die Gewährleistung der pragmatischen Sanction. Durch dieses Mittel mußte er allerdings den Kaiser Karl VI. dergestalt gewinnen, daß dieser auch Rußland für das Interesse des Kurfürsten von Sachsen stimmte. Rußland und Oesterreich empfahlen also den polnischen Landständen die Wahl dieses Fürsten, und protestirten zu gleicher Zeit gegen die Wahl des Stanislaus, und zwar aus Gründen, die nichts weniger als wichtig waren. Vor-

züglich schützten sie die Gefahr vor, welche für den Kaiser und das ganze deutsche Reich entstehen würde, wenn der Schwiegersohn Ludwigs XI. König von Polen werden sollte. Allein dieser Grund war in der That sehr unwichtig, weil Stanislaus als König von Polen keinen anderen Staat nach eigenem Gefallen unterstützen konnte.

Die Polen selbst waren in zwei Parteien getheilt. Die eine begünstigte den Stanislaus, und die andere den Kurfürsten von Sachsen August III. Ohnerachtet Oestreich und Rußland an den polnischen Grenzen mehrere Truppen versammelt hatten, um ihrer Willensmeinung den gehörigen Nachdruck zu verschaffen; so wählte doch die eine Partei, welche die stärkste war, den Stanislaus, der unterdessen sich nach Warschau begeben hatte, zum König. Ein rußisches Corps von 50000 Mann brach sogleich in Polen ein und näherte sich der Stadt Warschau. Der neu erwählte König Stanislaus sahe sich sogleich genöthiget seiner Sicherheit wegen nach Danzig zu flüchten. Die Russen besetzten Warschau und unter dem Schutze derselben wählten die sächsischgesinnten Landstände den Kurfürsten von Sachsen August III. zum König von Polen.

Kaum war Stanislaus aus Warschau geflüchtet, als auch schon die im Elsaß in Bereitschaft stehenden Truppen über den Rhein gingen: denn Ludwig XI. behauptete, er sey in der Person seines Schwiegervaters beleidiget worden, und müsse sich an dem deutschen Kaiser rächen, auf dessen Betrieb die Russen in Polen eingefallen wären. Dieser erste Feldzug, welcher im J. 1733 unternommen wurde, dauerte nur kurze Zeit, denn er hatte erst gegen Ende dieses Jahres seinen Anfang genommen. Es ereignete

sich

sich auch in demselben keine wichtige Begebenheit, denn ehe die kaiserlichen Truppen daselbst ankamen, war die Festung Kehl schon erobert und die Franzosen hatten sich über den Rhein zurückgezogen, weil der Winter eine längere Dauer desselben verhinderte. Zu gleicher Zeit war auch durch den König von Sardinien, zu dessen Heere spanische und französische Truppen gestossen waren, der Feldzug in Italien eröffnet und große Fortschritte gemacht worden, denn in der Folge verlohr der Kaiser daselbst alles bis auf Mantua.

In dem Winter vom J. 1733 bis 1734 waren beide Mächte eifrig darauf bedacht, sich Bundsgenossen zu verschaffen. Beide forderten die nordischen Mächte auf, ihnen thätigen Beistand zu leisten: allein diese erklärten sich für die Neutralität und versprachen nur Vermittelung. Und vorzüglich geschäftig waren beide Parteien zu Berlin, um den König von Preussen in ihr Interesse zu ziehen, und suchten denselben durch allerlei glänzende Hoffnungen zu gewinnen. Frankreich machte den Vorschlag, er möchte das polnische Preußen für den König Stanislaus besetzen, welches er aber in dem nachherigen Friedensschlusse würde behalten können. Friedrich Wilhelm I, dem an dem guten Vernehmen mit Rußland sehr viel gelegen war, konnte den französischen Vorschlägen kein Gehör geben.

Hingegen war er geneigter dem Wiener Hofe mit Nachdruck Beistand zu leisten: denn er soll schon erklärt haben 50000 Mann zu stellen, wenn ihm der Kaiser wegen der jülichschen Successions-Sache völlige Sicherheit gäbe. Da aber dies Letztere nicht geschahe; so schickte er, nachdem ein Reichskrieg war erkläret worden, nur 10000 Mann in die Gegend

des Rheins, welche Anzahl in dem von seinem Vater geschlossenen Kronentraktate festgesetzt war. *)

Das Reich hatte gegen Frankreich am 13ten März 1734 den Krieg erkläret, obgleich Baiern, Pfalz, und Kölln dagegen protestirten. Die evangelischen Stände waren aber nur diesem Entschlusse unter der Bedingung beigetreten, daß alle Veränderungen im geistlichen und weltlichen Stande, welche in den vorigen Kriegen mit Frankreich entstanden und den Artikeln des westphälischen Friedens entgegen wären, sollten abgeschafft werden.

Ehe aber noch die Reichstruppen zusammen gekommen waren, ging schon das französische Heer unter dem Marschall von Berwick über den Rhein und nöthigte das Kaiserliche Heer, welches unter dem Befehle des Herzogs von Braunschweig Bevern stand, die Linien bei Etlingen zu verlassen. Die Kaiserlichen setzten sich hierauf bei Heilbronn, wo sie die übrigen Reichsvölker und den Prinzen Eugen, welcher den Oberbefehl führen sollte, erwarteten. Die preussischen Truppen, welche aus 10000 Mann bestanden, waren die ersten, welche zu Heilbronn ankamen, und bestanden aus den Infanterie-Regimentern Finkenstein, Röder, Golz, Klans und Jeez, und aus den Dragoner-Regimentern Cosel, Sonsfeld und Prinz Eugen von Anhalt.

In diesem Feldzuge wurden aber von den Deutschen keine Siege erfochten, denn die meisten Reichstruppen bestanden aus schlecht geübten Soldaten. Und hierzu kam noch, daß der Oberbefehlshaber der Prinz Eu-

*) Buchholz. B. V. S. 131.

Eugen anjetzt ein Greis war, der allzu bedachtsam handelte und vor seinen Augen die Festung Philippsburg von den Franzosen wegnehmen ließ, ohne etwas zum Entsatz derselben zu wagen.

Der König von Preussen, der Kronprinz und einige preußische Generale waren bei dem Heere angekommen, um als Freiwillige dem Feldzuge beizuwohnen. Nach der Eroberung von Philippsburg ging Friedrich Wilhelm I. wieder nach Potsdam zurück, wo er krank ankam, denn er hatte starke Anfälle von der Wassersucht erhalten.

Die glücklichen Fortschritte, welche die Franzosen in diesem Jahre am Rhein machten, halfen dem König Stanislaus nichts, sondern derselbe wurde grade zu dieser Zeit genöthiget, Polen gänzlich zu verlassen. Daß er bei Annäherung der Russen sich von Warschau entfernt, und nach Danzig begeben hatte, ist schon angeführet worden. Von dieser Zeit an erhielt die sächsische Partei die Oberhand. Der Kurfürst von Sachsen August III. war zum König erwählt und bald nachher zu Krakau gekrönet worden. Und in allen Gegenden Polens, wo nur die sächsischen und russischen Truppen hinkamen, behaupteten sie die Oberhand. So eroberten sie z. B. die Stadt Danzig, die den Stanislaus nicht nur aufgenommen, sondern auch für einen rechtmäßigen König von Polen anerkannt hatte. Anfangs leistete die Stadt einen hartnäckigen Widerstand, indem sie sich mit der Hoffnung schmeichelte, von Frankreich Unterstützung zu erhalten. Da aber die versprochene Hülfe ausblieb; so sahe sie sich zur Uebergabe genöthiget. Stanislaus entfloh mit genauer Noth der Gefangenschaft und begab sich nach Preussen, wo ihm Friedrich Wilhelm I. auf dem Schlosse zu Königsberg einen Wohnsitz anwies.

Der Feldzug im J. 1735 sollte nun mit allem Nachdruck geführet werden: aber demohngeachtet verstrich die schönste Jahreszeit ohne daß Etwas von Wichtigkeit wäre unternommen worden. Erst im Monat October fing man an, Ernst zu gebrauchen. Kaum war dieses geschehen, als auch schon der Kaiser zu Wien einen Frieden geschlossen hatte, wozu er nicht durch den Rhein-Krieg, sondern durch die in Italien erlittenen Unglücksfälle war bewogen worden: denn daselbst hatte Don Karlos durch die Hülfe der spanischen Truppen Neapolis und Sicilien erobert und sich daselbst zum König erklärt, und die Franzosen und Sardinier befanden sich im Besitze von Mailand.

Die wichtigsten Bedingungen dieses zu Wien geschlossenen Friedens waren folgende:

1) Der Kaiser tritt Lothringen ab, welches Stanislaus, der sich allen Ansprüchen auf die polnische Krone begiebt, Zeitlebens besitzt. Nach dessen Tode, sollt es an Frankreich fallen.

2) Frankreich nimmt die Gewährleistung der pragmatischen Sanction über sich.

3) Der Herzog von Lothringen bekam das Großherzogthum Toscana zur Entschädigung; Don Karlos behielt Neapel und Sicilien; Parma und Piacenza wurde an den Kaiser abgetreten, und auch Mailand demselben wieder gegeben, bis auf einige kleine Districte, welche dem König von Sardinien zugesprochen wurden.

Spanien und Sardinien waren mit diesem Friedensschlusse im höchsten Grade unzufrieden, mußten sich aber doch bequemen denselben anzunehmen. Eine gleich große Unzufriedenheit herrschte auch unter den deut-

deutschen Ständen. Diese hatten gerechte Ursachen mißvergnügt zu seyn: denn der Kaiser hatte mit Frankreich einen Frieden geschlossen, ohne sie vorher um Rath zu fragen, hatte ein Reichsland nämlich Lothringen ohne Einwilligung der Reichsstände abgetreten, und auf die Abschaffung derjenigen Sachen, welche den Grundartikeln des westphälischen Friedens entgegen waren, nicht angetragen. Der Wiener Hof entschuldigte sich nur dadurch, daß der gegenwärtige Traktat nur ein Präliminar-Frieden sey und daß über jene Puncte erst in dem eigentlichen Friedensschlusse etwas gewisses würde festgesetzt werden.

Das Verhalten Friedrich Wilhelms I. bei den Streitigkeiten anderer Mächte seit jenem Friedensschlusse bis zu Ende seiner Regierung.

Kaum war mit Frankreich der Friede geschlossen worden; als schon im J. 1736 ein neuer Krieg zwischen den Türken und Russen ausbrach. Karl VI. ließ sich in dem folgenden Jahre in denselben verwickeln, war aber sehr unglücklich und erhielt im J. 1739 durch die Aufopferung der Festung Belgrad den Frieden. Friedrich Wilhelm I. erlaubte nur mehreren seiner Officiere theils bei der russischen theils bei der östreichischen Armee den Kriegsoperationen beiwohnen zu können. Uebrigens nahm er keinen Antheil an diesem Kriege.

Hingegen einen weit thätigern Antheil nahm er an den Mecklenburgischen Angelegenheiten. Der Herzog von Mecklenburg Karl Leopold hatte seine Truppen gar ansehnlich vermehrt und verlangte nunmehr von der Ritterschaft ansehnliche Steuern. Diese

se beschwerten sich so gleich bei dem Kaiser. Hingegen Karl VI. überschickte sogleich Befehle, wie es künftig solle gehalten werden. Dieselben wollten dem Herzoge nicht gefallen, welcher folglich den Kaiserlichen Befehlen entgegen handelte, obgleich seine Freunde es ihm widerriethen. Es erschienen also Commissionstruppen im Meklenburgischen, denn der Kaiser hatte dem Kurfürsten von Hannover den Auftrag ertheilt, seinen Befehlen Gültigkeit zu verschaffen. Der Herzog Karl Leopold bewafnete sogar die Bauern: allein auch dieses Mittel hatte für ihn keinen guten Erfolg. Nunmehr wendete er sich an den König von Preußen, und bat denselben um Schutz. Dieser war auch hierzu nicht abgeneigt, denn es war ihm unangenehm, daß die hannöverschen Truppen anjetzt die Oberhand im Meklenburgischen hatten, und schon Anstalten machten dem Herzoge Dömitz und Schwerin zu entreißen. Nachdem er durch die kaiserliche und Reichs-Commission hierzu war berechtiget worden; so schickte er unter Anführung des Generals von Schwerin, welcher ehemals in Meklenburgischen Diensten gestanden hatte, einige Regimenter in dieses Land. Schwerin hatte den Auftrag die hannöverschen Truppen von der Belagerung der Städte Dömitz und Schwerin abzuhalten und zum Abzuge zu bewegen, jedoch ohne sich mit ihnen in Thätlichkeiten einzulassen und nachher für die Befolgung der Kaiserlichen Befehle als auch für die Wiederherstellung der Ruhe des Landes zu sorgen. Den ersten Auftrag führte er sehr gut aus, worüber freylich die meklenburgische Ritterschaft nicht zufrieden war, weil sie gegen den General Schwerin und überhaupt gegen die preußische Commission kein Zutrauen hatten.

Nach

Nach mehreren Debatten wurde endlich die Ritterschaft einig, von Hollstein Gottorp 800 Mann und von Schwarzburg 1200 Mann als Besatzung aufzunehmen. Da die Commissionshöfe hiermit zufrieden waren; so wurde auch dieser Entschluß ausgeführet, obgleich der Herzog Karl Leopold viele Einwendungen machte. Die hannöverschen und preußischen Truppen verließen so gleich dies Land, bis auf einige wenige, welche zurück blieben, um die Aemter zu besetzen, die einer jeden dieser Mächte zum Unterpfande wegen der in dieser Sache angewendeten Gelder waren eingeräumt worden. Karl Leopold wurde nunmehr seinem Schicksal überlassen. Er konnte sich nicht in Schwerin behaupten, sondern mußte nach Wismar flüchten. Und nunmehr fing der Herzog Christian Ludwig an, alles zu bewerkstelligen, was der Kaiser angeordnet hatte. Da er aber in der Folge selbst einsahe, daß alle diese Verordnungen sehr zum Nachtheil seines Hauses gereichten: so wollte er der Administration entsagen, allein der Kaiser nahm ihm dieselbe nicht ab, und er sahe sich folglich genöthiget sie zu behalten, jedoch erklärte er öffentlich, daß er und sein Haus nicht verpflichtet wären die Schulden zu bezahlen, die durch die bisherige schlechte Wirthschaft auf das Land gekommen wären.

Die letzte Lebenszeit, Krankheit und Tod, Friedrichs Wilhelms I.

Es ist schon erwähnet worden, daß der König aus dem Feldzuge am Rheine im J. 1735 krank nach Potsdam zurück gekommen war. Es hatten sich nämlich damals die podagrischen Zufälle in eine Wassersucht verwandelt und er lag so hart darnieder, daß man an seinem Aufkommen zweifelte. Nur durch die eifrigen Bemü-

mühungen des berühmten Arztes Hoffmann wurde er beim Leben erhalten. Von dieser Zeit an stellten sich alle Jahre gichtische Zufälle ein. Besonders nahmen dieselben im Anfange des J. 1740 so sehr zu, daß man seinen Tod erwartete.

Er selbst glaubte, daß er nicht lange mehr leben würde. Und aus diesem Grunde wurde er sehr leicht zum Zorn gereizt, wenn er bemerkte, daß seine Diener dem Kronprinzen, welchen er die aufgehende Sonne zu nennen pflegte, große Ehre bezeigten. Dies war einmal der Fall, als der Kronprinz in das Tabakscollegium, welches auch noch während der Krankheit des Königs fortdauerte, kam. Alle Anwesende standen plötzlich auf, und machten eine Verbeugung. Dies war eine Uebertretung der Gesetze des Tabakscollegiums, welche befahlen, selbst vor dem Könige nicht auf zu stehen, wenn er herein oder hinausginge. Friedrich Wilhelm I. wurde hierüber sehr aufgebracht und sagte, man bete jetzt die aufgehende Sonne an, er werde aber zeigen, daß er noch lebe und immer noch Herr sey. Hierauf entfernte er sich und ließ allen Mitgliedern dieses Tabakscollegiums sagen, daß sie sich entfernen und nicht wieder auf dem Schlosse erscheinen sollten. Nach einigen Tagen wurde er jedoch besänftiget und es war einem jeden wieder erlaubt auf dem Schlosse zu erscheinen. *)

Die Ursach dieses Unwillens lag wohl größtentheils in dem üblen Verhältnisse, in welchem er mit seinem Sohne, dem Kronprinzen lebte. Denn von der Zeit an, als derselbe heimlich sich von seinem Hofe ent-

*) von Pöllnitz, Zweiter Band. S. 540.

entfernt hatte, war er nicht gut auf ihn zu sprechen. Die eigentlichen Ursachen und näheren Umstände dieser Flucht werden aber erst in der folgenden Regierungsgeschichte erzählet werden.

Als er im Monat April einige Erleichterung fühlte; so ließ er sich so gleich nach Potsdam bringen. Im Monat May wurde er zusehends schwächer, weshalb auch der Kronprinz nach Potsdam kam, wo alsdann zwischen Vater und Sohn eine gänzliche Aussöhnung erfolgte.

Während seiner letzten Lebenszeit mußten der reformirte Hofprediger Cocchius und der lutherische Feldprediger Grofeld öfters mit ihm beten, um dadurch bei Gott Vergebung seiner Sünden zu erhalten. Er selbst erkannte sich für einen großen Sünder, welche Selbstkenntniß er dem Berliner Probst Kolof verdankte. Dieser Mann hatte während seines letzten Aufenthaltes zu Berlin beinahe täglich ihn besuchen müssen, und mit einer edlen Freimüthigkeit viele Ungerechtigkeiten die unter seiner Regierung waren begangen worden, vorgezählet. *)

Die letzte Verordnung, welche er ertheilte, betraf die Art und Weise, wie sein Leichenbegängniß solle gefeiert werden. Dieselbe enthält viele Beweise daß dieser König oft an Kleinigkeiten hing und zeigt auch zugleich, daß die Reden des Probstes Kolof in ihm ein ernstliches Nachdenken über seine bisherigen Handlungen hervorgebracht haben mußten; denn in dem neunten Artikel dieser Verordnung, die in der Form eines Briefes an seinen Sohn und Nachfolger auf-

*) von Pöllnitz. B. II. S. 545 - 549.

aufgesetzt ist, sagt er: „ich befehle, daß mir 14 Tage nach meinem Tode in allen Kirchen meines Landes eine Leichenpredigt über die Worte gehalten werden soll: Ich habe einen guten Kampf gekämpft; ich habe den Lauf vollendet; ich habe Glauben gehalten bis ans Ende. Man soll von meinen Handlungen und meinem Betragen, so wie überhaupt von dem, was mich betrifft, weder etwas Böses noch etwas Gutes sagen; sondern man soll sich begnügen der Gemeine zu sagen, daß ich es expreß verboten habe, und man soll hinzusetzen, daß ich vor meinem Ende meine Sünden erkannt habe, und im Vertrauen auf die Barmherzigkeit Gottes und meines Erlösers gestorben sey.

Die Lebenskräfte nahmen immer mehr ab und den 31sten May 1740 Nachmittags um 2 Uhr starb dieser König. Ihn überlebte seine Gemahlinn Sophie Dorothea, eine Tochter des Königs Georgs I. von England, mit welcher er eine sehr glückliche Ehe geführt hat. Ueberhaupt war dies eins seiner größten Verdienste, daß er mit seiner Frau beständig in einem guten Verhältnisse lebte, und folglich keine Maitressen hielt, die das Mark des Landes verzehrten. Mit dieser Gemahlinn zeugte er 14 Kinder, von welchen 10 bei seinem Tode noch lebten.

Sein Absterben verursachte im Lande keine Betrübniß, denn die Liebe seiner Unterthanen hatte er sich nicht erworben, woran ohnstreitig die große Strenge, welche er bis an das Ende seines Lebens zeigte, schuld war. So hätte er z. B. sehr leicht dem Brodmangel, welcher kurz vor seiner Abreise zu Berlin entstanden war, durch Eröffnung seiner Magazine, die gehörig angefüllt waren, abhelfen können:

nen: allein seine Härte und übertriebene Wirthlichkeit erlaubten dies nicht.

Und diese Härte, die so oft aus seinen Handlungen hervorleuchtete, war eine Folge der geringen wissenschaftlichen Bildung, denn er war blos Soldat, hatte zu wenig Kenntnisse von den Wissenschaften, als daß er sie hätte schätzen und gegen Männer die sich mit denselben beschäftigten, die gehörige Achtung beweisen können. Zwar zog er Gelehrte in seine Gesellschaft; allein dies geschahe blos um einen Kurzweil mit denselben zu haben und freute sich sehr, wenn seine Officiere sich grobe Späße gegen dieselben erlaubten. Dies war besonders der Fall in dem schon öfters erwähnten Tabakscollegium. So wohl über die Einrichtung als auch über einige Mitglieder desselben, welche besonders zum Gegenstande der Unterhaltung dienten, werde ich einige Nachrichten ertheilen: denn beides verbreitet über die Denkungsart und überhaupt auch über das häusliche Leben dieses Königs sehr viel Licht.

Eigentlich sollten diese gesellschaftlichen Zusammenkünfte zur Unterhaltung des Abends dienen. Anfangs bestand dasselbe nur aus Officieren. Da aber der Gegenstand der Unterhaltung allzu einseitig war; so zog der König auch einige Gelehrte in diese Gesellschaft. Die Wahl fiel auf die schon oben genannten Männer nämlich Gundling, Graben zum Stein, Hackemann, Faßmann u. a. m. Dies waren aber insgesammt Männer, die durch ihre Pedanterie und Narrheit den Stand der Gelehrten herabwürdigten. Sie sollten eigentlich für den Stoff der Unterhaltung sorgen. Besonders war dieses Geschäft dem Gundling übergeben, welcher nicht nur aus den Zeitungen Auszüge verfertigen und vorlesen, sondern

auch geographische und historische Vorträge halten mußte. Und ausserdem waren diese Männer auch verpflichtet über mancherlei Gegenstände Unterredungen anzustellen, woran der König, besonders wenn die streitenden Parteien in großen Eifer geriethen, viel Vergnügen fand.

Uebrigens war die Einrichtung sehr ökonomisch. Es wurden nur kalte Speisen gereicht, gutes Bier und eine Pfeife Tabak. Sobald die eigentlichen Unterredungen ihren Anfang nahmen, mußten sich alle Bedienten entfernen. In dieser Absicht war auch alles so eingerichtet, daß man derselben entbehren konnte. Für einen jeden Gast wurde ein mit Bier angefüllter Krug hingestellt, und darneben ein Glas, damit er sich einschenken konnte, so oft es ihm beliebte. Desgleichen standen auch Becken mit glühenden Torf in Bereitschaft, um die Tabakspfeife anzuzünden. *)

Dies Tabakscollegium wurde aber zuletzt derjenige Ort, wo man die Gelehrsamkeit auf alle mögliche Art lächerlich zu machen suchte. Man verlohr nämlich den Geschmack an Unterhaltungen über ernsthafte Gegenstände und kam nur auf solche Sachen, die nicht blos zum Vergnügen dienen, sondern auch zum Lachen gereichen sollten. In dieser Absicht erlaubte man sich nämlich gegen verschiedene Mitglieder viele Späße, ohne sich zu bekümmern, ob dieselben guten Sitten und überhaupt dem Anstande angemessen wären.

Die Gegenstände des Spottes und Gelächters waren die Gelehrten, welche sich in diesem Cirkel befan-

*) Faßmanns Leben König Friedrich Wilhelms I. von Preußen Thl. I. S. 392.

fanden. Eine natürliche Folge hiervon war, daß in den Augen des Königs der gelehrte Stand immer verächtlicher werden mußte. Die Schuld hiervon lag freilich größten Theils in der geringen wissenschaftlichen Bildung der meisten Mitglieder dieser Gesellschaft; jedoch war dies nicht die einzige Ursach, sondern die Gelehrten, welche Mitglieder dieses Collegiums waren, konnten ihre Würde nicht oder verstanden nicht dieselbe zu behaupten.

Vorzüglich traf dies Schicksal den Jakob Paul Gundling welcher in der Folge in den Freiherrnstand erhoben und mit vielen Titeln überhäuft wurde. Derselbe war im J. 1705 bei der von Friedrich I. errichteten Ritteracademie als Professor der Geschichte angestellt worden. Friedrich Wilhelm I. hob bei dem Antritt seiner Regierung diese Anstalt wieder auf und ernannte den Gundling zum Hofrath und Zeitungsreferenten. Er hatte nämlich das Geschäft, dem König Auszüge aus den Zeitungen vorzutragen und denselben aus der alten und neuen Geschichte zu unterhalten. Zum Unglück war eben dieser Mann ein großer Pedant, der einen lächerlichen Stolz, aber wenig Beurtheilungskraft besaß. Hierzu kam noch, daß geistreiche Getränke, von welchen er ein großer Liebhaber war, ihn oft berauschten. In diesem Zustande sahen ihn die Mitglieder des Tabakscollegiums am liebsten, weil sie alsdann gegen ihn sich viele grobe Späße erlauben konnten. Besonders freute man sich sehr, wenn derselbe zum Zorn war gereizt worden, weil er alsdann sonderbare Gebehrden machte. Die Kunst ihn in eine solche Hitze zu versetzen, verstand besonders Faßmann, ein anderes gelehrtes Mitglied dieser gesellschaftlichen Zusammenkünfte. Einmal reizte er Gundlingen so heftig, daß derselbe ihm ein

Becken mit glühendem Torf an den Kopf schmiß. Laßmann legte ihn so gleich über den Stuhl und gab ihm auf den hinteren Theil seines Körpers 30 Streiche. Dieser Vorfall, welcher im Tabakscollegium geschahe, erregte kein Mißfallen, sondern verursachte allgemeines Vergnügen.

Auch schrieb Laßmann eine Schrift, die auf Gundling eine Satyre seyn sollte und folgenden Titel führte:

Der gelehrte Narr, oder ganz natürliche Abbildung solcher Gelehrten, die da vermeinen alle Gelehrsamkeit und Wissenschaften verschluckt zu haben, auch in dem Wahn stehen, daß ihresgleichen auf Erden nicht zu finden, wannenhero sie alle andere Menschen gegen sich verachten, einen unerträglichen Stolz und Hochmuth von sich spüren lassen; in der That aber doch selber so, wie sie in ihrer Haut stecken, Ignoranten, Pedanten, ja Erzfantasten und tumme Gympel sind, die von der wahren Gelehrsamkeit, womit die Weisheit verknüpft seyn muß, weit entfernt. Nebst einer lustigen Dedication und Vorrede. Dergleichen verkehrten Gelehrten zur guten Lehre, und verhoffentlich daraus fließenden guten Besserung; anderen aber so sich dem Studium widmen, und noch Anfänger sind, zur getreuen Warnung, auch sonst jedermann zum Vergnügen geschrieben. Gedruckt zu Fryburg Anno 1739 auf des Auctoris eigene Kosten. *)

Sol-

*) Diese Schrift stellt die Thorheiten der damaligen Gelehrten in einer lächerlichen Gestalt dar. — Der Geist, welcher in derselben herrscht, leuchtet schon deutlich aus dem Titel hervor. Um aber mit demselben noch ge-

Solche und mehrere ähnliche Sachen geschahen fast in jeder Zusammenkunft: Allein schon die wenigen hier mitgetheilten Nachrichten sind hinreichend, um den in diesem Tabakscollegium herrschenden Ton kennen zu lernen. Uebrigens sind viele dieser Späße von solcher Beschaffenheit, daß sie den Urhebern Schande und denjenigen, an welchen sie ausgeübt wurden, Mitleiden verschaffen. *)

genauer bekannt zu werden, ist folgende Stelle aus der Dedications-rede, die eigentlich an den Gundling gerichtet ist, abgedruckt.

Dem Großgebohrnen, Großgelahrten, und Großweisen Herrn, Herrn Peter Baron von Squenz, Erbherrn auf Märctsch und Tollhausen, Polyhistori, Groß-Cancellario in dem platonischen Utopia, Großschatzmeister aller physophischen Weisheiten, Groß-Reverenzmeister auf dem Parnaßo, Groß-Inspectorn über den Nord und Südercpol, Groß-Observatoren des Laufs aller Planeten, aller Sternen und ihrer Flurentz, desgleichen aller anderen so genannten himmlischen Zeichen, wie sie in dem Kalender beschrieben und abgemahlet, Groß-Judicirern über die Constellationes, über die Sonnen und Mondfinsternisse, sie mögen sichtbar oder unsichtbar seyn, über die Kometen und andere Luftzeichen u. s. w.

*) Mehrere solcher Schriften findet man in folgenden Schriften:

Flögels Geschichte der Hofnarren. Liegnitz 1789.

Leben und Thaten des Freyherrn von Gundling. Berlin. 1793.

Die elisäischen Felder Thl. I. (von welcher Schrift Faßmann der Verfasser ist.)

von Loen, kleine Schriften Thl. I.

Allgemeine Bemerkungen über diesen Abschnitt.

1. Die Landstände.

Durch die neue Verfassung, welche der Kurfürst Friedrich Wilhelm der Große dem preußischen Staate gegeben hatte, waren die Landstände ihres vorigen Ansehens und Einflusses auf die Regierung beinahe gänzlich beraubt worden. Diese Rubrike muß also sehr mager und dürftig ausfallen. Friedrich I. ahmte dem Beispiele seines Vaters nach, hielt keine Landtage, bestätigte aber doch die Rechte und Freiheiten der Landstände.

Die Eintheilung der Landstände in drei Classen, nämlich in Adel, Bürger und Geistlichkeit, fällt seit den Zeiten des Kurfürsten Friedrich Wilhelms des Großen gänzlich weg. Bei der neuen Einrichtung wurde aber doch der Adel am meisten entschädiget. Schon in den vorigen Zeiten spielte der Adel im Kriege die vorzüglichste Rolle. Ob zwar gleich anjetzt die ganze Form und Einrichtung des Kriegswesens sich sehr verändert hatte; so wurden dennoch die Officierstellen vom höchsten bis zum niedrigsten Range mit Edelleuten besetzt, denn man glaubte, daß nur diese wahre Begriffe von Ehre hätten, und folglich auch sichere Stützen der Monarchie wären. Sehr selten glückte es einem andern, sich zu solchen Ehrenstellen empor zu schwingen, es sey dann, daß er sich außerordentlicher Begünstigungen erfreuen konnte, oder sich durch viele Kenntnisse in diesem Fache ausgezeichnet hatte.

Allein nicht blos bei Besetzung der Militär-Stellen, sondern auch der Civil-Stellen wurden die Edel-

Edelleute vom Jahre zu Jahren immer mehr begünstiget. Ein ehrenvolles, einträgliches Amt wurde nicht immer dem Mann ertheilt, in welchem Rechtschaffenheit, Talent und Kenntnisse beisammen angetroffen wurden, sondern nur alsdann wenn allen diesen Verdiensten der Erbadel die Krone aufsetzte. Ja sehr oft war dieses letztere Attribut einzig und allein hinreichend, und ersetzte den Mangel aller hierzu nöthigen Eigenschaften. Freilich findet man auch in diesem Zeitabschnitte Männer von bürgerlicher Abkunft, welche sich bis zu der Stelle eines Staatsministers empor gearbeitet hatten. Allein dies war nicht immer Folge von der Würdigung des wahren Verdienstes, sondern sehr oft wurde dies durch eine eiserne Nothwendigkeit bewirkt. Denn gewöhnlich waren diese Posten grade solche, mit welchen die meisten und schwersten Geschäfte verbunden waren, und zu deren Besetzung es bisweilen an tüchtigen adlichen Subjecten mangelte.

Ein anderer wichtiger Vorzug, welcher dem Adel während dieses Zeitraumes ertheilt wurde, geschahe durch den König Friedrich Wilhelm I. der einen Revers ausstellte, durch welchen die sämmtlichen Lehngüter in allen seinen Provinzen in Erbgüter verwandelt wurden. Die ganze Sache verhält sich auf folgende Art:

In vorigen Zeiten besaß der Adel seine Güter nur zum Lehn, und war dafür zu den sogenannten Roßdiensten verpflichtet, welche sie dem Landesherrn oder dem Lande zu Schimpf oder Ernst, das heißt zu Ritterspielen am Hofe, oder zur Vertheidigung des Landes und in Kriegszeiten, leisten mußten. Und die Erblichkeit solcher Lehen wurde dem Sohn nur zugestanden, wenn er sich zur Leistung derselben Pflichten verbindlich machte. Hingegen die Töchter erhiel-

ten sehr wenig und waren von dem Besitze der Lehne ausgeschlossen, wenn es an männlichen Lehnserben fehlte.

In den älteren Zeiten vertrat nur der Adel für diese Begünstigung die Stelle der Reuterei. Da aber seit dem Gebrauche des Schießpulvers das Kriegführen eine ganz andere Form erhielt; so leistete der Adel nicht mehr solche gute Dienste, als ehemals geschehen war. Daher bedienten sich schon im vorigen Jahrhunderte die Fürsten lieber angeworbener Reuter, welche ordentlich besoldet wurden, und der Adel mußte die Roßdienste dem Landesherrn bezahlen, für welche Summe Geldes die Unkosten konnten bestritten werden. Nachdem in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts die stehenden Truppen eingeführet wurden: so wurde auch eine beständige Kriegssteuer nothwendig; Friedrich Wilhelm I. welcher überhaupt darauf bedacht war, neue Quellen aufzusuchen, aus welchen er den Zustand der Finanzen verbessern könne, beschloß dem Adel eine immerwährende Auflage aufzulegen, um dadurch einen Theil der Kosten, welche die Vermehrung der stehenden Truppen erforderten, herbei zu schaffen.

Zwar war der Adel durch alte Privilegien von den außerordentlichen Landessteuern befreiet, und zur Zahlung der ausserordentlichen Abgaben nämlich der Römermonate, der Gesandschaftskosten und mehrerer anderer verpflichtet: allein demohngeachtet war es von Seiten der Regierung nicht unbillig, daß man auch von diesem Stande einen größeren Beitrag zu den Abgaben des Staats foderte, denn der Adel war kurz vorher auch von den ausserordentlichen Abgaben befreier gewesen. Und überdies besaß er noch immer die Güter, für welche er zum Roßdienst verbunden war. Da er nun aber anjetzt von dieser Verbindlichkeit befreiet

freiet war, und die Zeitumstände es nothwendig machten, daß auch zu Friedenszeiten eine bewafnete Macht unterhalten wurde; so war es der Billigkeit im höchsten Grade gemäß, daß der Adel, der so gut wie ein jeder anderer Einwohner des Schutzes genoß, eine größere Abgabe, als bisher geschehen war, entrichtete.

Und selbst diese Vermehrung der Abgabe ließen sich die meisten Adlichen sehr gerne gefallen, weil hiermit zu gleicher Zeit eine große Begünstigung verbunden war. Dieselbe wurde nämlich durch eine Königliche Verordnung vom 5ten Januar des Jahres 1717 bekannt gemacht und bestand darinn, daß die sämmtlichen Lehen in allen seinen Ländern für Allodial- und Erbgüter erkläret wurden, dafür solle aber auch ein jeder Gutsbesitzer jährlich für jedes Lehnspferd 40 Rthlr. zahlen. Und von jetzt an konnte ein jeder Edelmann sein Gut als ein wahres Eigenthum betrachten, frei über dasselbe disponiren. Und nach dieser neuen Einrichtung konnten auch die Töchter, im Falle keine Söhne vorhanden waren, ohne zuvor dazu eine besondere Erlaubniß zu erlangen, Besitzerinnen dieser Güter werden.

Der größte Theil des Adels in den sämmtlichen Provinzen des preussischen Staats war zwar mit dieser Einrichtung zu frieden: allein in dem Herzogthum Magdeburg gab es einige, welche sich der kurfürstlichen Verordnung widersetzen und dieselbe nicht annehmen wollten. Sie fingen auch wirklich bei dem Reichshofrathe einen Proceß an und fanden bei dem Wienerhofe, der grade zu dieser Zeit mit dem Berliner in keinem guten Vernehmen stand, Unterstützung. Friedrich Wilhelm I. achtete hierauf sehr wenig, sondern ließ die rückständigen Lehnsgelder durch militärische Execution eintreiben, und bewirkte dadurch,

daß die Meisten von jenen widerspenstigen Edelleuten sich seinem Willen unterwarfen und der Proceß bei dem Reichshofrath gänzlich liegen blieb.

Uebrigens war der König sehr bemüht für die Aufrechthaltung des alten Adels zu sorgen. In dieser Absicht machte er z. B. im Jahre 1739 die Verordnung bekannt, daß künftig kein ansäßiger Edelmann eines Bürgers oder Bauers Tochter oder Wittwe, vielweniger eine Person von offenbarer Schande heirathen sollte und demjenigen Prediger, welcher sie zusammen trauen würde, wurde die Absetzung gedrohet. Jedoch muß ich auch anführen, daß hierbei mehrere Ausnahmen statt fanden. So waren z. B. von jenem Befehle ausgeschlossen die Töchter der Officiere von bürgerlichen Herkommen, und derjenigen, welche Raths-Gerichts und andere wichtige geistliche und weltliche Ehrenämter bekleideten. Hingegen war dem Adel verboten die Töchter und Wittwen von Bauern, Pächtern, Krämern, Künstlern, Handwerksleuten, Wein-Bier- und Caffeeschenken, Gastwirthen, Bierbrauern u. s. w. zu ehelichen. Es gab aber auch bisweilen Fälle, in welchen auf einige Zeit diese Königliche Verordnung verstummte. Und zwar geschahe dies alsdann, wenn die bürgerliche Frauensperson ein großes Vermögen besaß. *)

2. Das Justizwesen.

Zur Erhaltung und Verbesserung der Justiz wurden in diesem Zeitraume manche Abänderungen und neue Einrichtungen getroffen. Unter der Regierung Frie-

*) Buchholz. B. V. S. 197.

Friedrichs I. erschien im Jahr 1700 die neumärkische verbesserte Kammergerichtsordnung in der Kurmark Brandenburg. Im Jahr 1702 wurde auch in der Kurmark Brandenburg ein neues Wechselrecht bekannt gemacht. Im J. 1703. wurde ein Appellationsgericht zu Berlin errichtet, an welches von jetzt an alle Appellationen aus den sämmtlichen deutschen dem König von Preußen zugehörigen Reichslanden gehen sollten, denn Friedrich I. hatte im Jahr 1702. vom Kaiser das jus de non appellando erhalten. *) Ausserdem wurde auch noch unter dieser Regierung ein Criminalcollegium errichtet, bei welcher Gelegenheit das Amt eines Generalfiscals entstand.

Ohnerachtet aller dieser Veränderungen und Neuerungen, war doch noch keine Verordnung vorhanden, durch welche die Hexenprocesse wären untersagt worden. Zwar hatte schon unter der vorigen Regierung der berühmte Thomasius zu Halle sehr gegen solchen Unsinn und Verirrung des menschlichen Verstandes geeifert: allein hierdurch die Richter nur vorsichtiger gemacht. Im J. 1714 erschien endlich eine Verordnung, in welcher unbefohlen wurde, daß in dergleichen Processen kein Richter auf die Tortur oder auf den Tod erkennen solle, und daß überhaupt dergleichen Rechtshändel der gesunden Vernunft gemäß müßten geführet werden, und daß man den Wahnwitz und die Träume milzsüchtiger Leute von wirklicher Gemeinschaft mit dem Teufel, wirklicher Lästerung Gottes und von der Bosheit, anderen Leuten zu schanden, unterscheiden solle. In demselben Jahre ging auch eine andere Veränderung im Justizfache vor, indem nämlich die mag-

*) Buchholz, B. IV. S. 340.

magdeburgische Regierung von Halle nach Magdeburg verlegt wurde. Im J. 1717 ließ der König auch eine neue peinliche Gerichtsordnung bekannt machen, durch welche sehr viele Mißbräuche abgeschafft wurden. Derselben fehlt es nicht an gehöriger Strenge, besonders gegen Diebe und Straßenräuber. So wurden z. B. im J. 1718 der Kastellan Kunk und der Hofschlosser Grief zu Berlin gerädert und ihre Frauen, nachdem sie die Hinrichtung ihrer Männer hatten ansehen müssen, wurden ausgestrichen und alsdann nach Spandau gebracht. Das Verbrechen dieser Menschen bestand darinn, daß sie auf dem Königlichen Schlosse, Schränke und Kasten erbrochen und die darinn befindlichen Kostbarkeiten entwendet hatten.*)

Ausser mehreren guten Verordnungen, welche besonders die Abkürzung der Processe betrafen, erschienen auch Befehle, welche als Beweise von der Härte Friedrich Wilhelms I. können angeführet werden. So befahl er im J. 1735, daß diejenigen Dienstboten, von welchen erweislich sey, daß sie ihren Herrschaften am Werthe 5 Thaler gestohlen hätten, an einem vor der Hausthür errichteten Galgen sollten gehangen werden.

Aber aller dieser neuen Einrichtungen und Verbesserungen im Justizwesen ungeachtet, geschahen doch manche Ungerechtigkeiten unter der Regierung Friedrich Wilhelms I., woran bisweilen sein Eigensinn, Genauigkeit und Härte, nicht selten aber auch seine Liebe zu den großen Potsdamern mit Antheil hatte. Diese letzte Schwäche des Königs benutzten bisweilen die Advokaten, welche einen großen potsdamer Grenadier

*) Buchholz B. V. S. 171.

nadier durch Geschenke gewannen, welcher alsdann eine Schrift dem König überreichte, und sich's zur Gnade ausbat, daß der König zum Vortheil seines Freundes einen Machtspruch thun möchte. Dies geschahe aber so häufig, daß der König endlich, nachdem er schon manchen Machtspruch ausgesprochen gehabt hatte, dieses Unwesen in einem Edikte untersagte. Dasselbe wurde im folgenden Jahre noch mehr geschärft, und zwar dergestalt, daß die Advokaten die sich dieses Mittels zu einer bösen Sache bedienen würden, neben einem Hunde sollten aufgehangen werden. *)

Daß mehrere der damaligen Advokaten mit diesem Befehle gewiß nicht sehr zufrieden waren, läßt sich sehr leicht vorstellen. Ueberhaupt war dieser Stand gegen Friedrich Wilhelm I. nicht gut gestimmt, weil sie auf Befehl desselben eine schwarze Kleidung trugen, die ihnen sehr misfiel. Sie mußten nämlich schwarze Kleider tragen und einen kleinen schwarzen Mantel, damit man sie so gleich erkennen könne. Die Advokaten erhoben hierüber ein sehr großes Geschrei, bewirkten aber hierdurch weiter nichts, als daß sie mit ihrer Kleidung der allgemeine Gegenstand des Gespöttes wurden. Dies ging so weit, daß die Drechsler zu Berlin Puppen verfertigten, welche die Advokaten vorstellten. Diese führten hierüber sehr bittere Klagen: allein der König ließ von einem Drechsler sein eigen Bild holen und befahl es den Klägern zu zeigen, damit sie sich überzeugen möchten, daß es ihm nicht besser ginge und daß er sich dadurch nicht entehrt finde. **)

3. Die

*) Buchholz B. V. S. 173.

**) Faßmanns Leben K. Friedrich Wilhelms von Preussen. Th. II. S. 953.

3. Die Künste und Wissenschaften.

In den allgemeinen Bemerkungen zu dem vorigen Abschnitte wurde gezeigt, wie sehr unter Begünstigung des Kurfürsten Friedrich Wilhelms des Großen die Künste und Wissenschaften in dem preussischen Staate und besonders in Berlin in Aufnahme kamen. Anjetzt werde ich auch den Zustand derselben unter der Regierung Friedrichs I. und Friedrich Wilhelms I. darzustellen suchen. Und zwar werde ich zuerst von den Künsten und nachher von den Wissenschaften handlen.

Der König Friedrich I. fand bereits schon sehr viele Künstler am Hofe, welche sein Vater aus fernen Landen hatte kommen lassen. Er behielt dieselben nicht nur in seinen Diensten, sondern vermehrte auch noch die Anzahl derselben: denn er besaß, wie ich bei der Geschichte seiner Regierung durch mehrere Beyspiele gezeigt habe, eine große Liebe zur Pracht, und glaubte durch schöne Werke der Baukunst, Mahlerei und Bildhauerkunst seinen äußeren Glanz zu erhöhen. Kurz die zu Berlin lebenden Künstler fanden ihr reichliches Auskommen, obgleich nur wenige Privatleute an solchen Arbeiten Geschmack fanden: denn bei Hofe geschahe fast nichts, wovon man nicht hätte Gemählde, Zeichnungen und Kupferstiche verfertigen lassen. Ueberdies hatte Friedrich I. sich den König von Frankreich, Ludwig XIV. zum Muster aufgestellt und wollte zeigen, daß auch er in seinem Staate dasselbe leiste, wodurch jener König ein so großes Aufsehen erregt habe. Vergleichen wir aber das Betragen beider Könige, so kann man nicht leugnen, daß Frie-

Friedrich I. dem König von Frankreich weit nachsteht, denn dieser verstattete den Männern von ausserordentlichen Talenten und Geschicklichkeit den Zutritt am Hofe, und ertheilte ihnen ansehnliche Titel und Orden. Nicht so dachte Friedrich I. in dessen Augen Rang und Geburt mehr galten als Künste und Wissenschaften. Aus dieser Denkungsart entstanden Hintenansetzungen, welche für den verdienstvollen Mann nicht aufmunternd sondern niederschlagend sind.

So ging es z. B. dem geschicktesten Baumeister damaliger Zeit Schlüter, von welchem das Berliner Zeughaus ist gebauet worden. Derselbe wurde im J. 1713 gestürzt, und seinen Posten erhielt sein Nebenbuhler Ensoander von Göthe, welchen letzteren Friedrich I. schon längst vor jenem verdienstvollen Mann den Vorzug gegeben hatte, und zwar einzig und allein aus dem Grunde, weil er von adlichem Herkommen war.

Auch fehlte es nicht an Bildhauern, unter welchen sich gleichfalls Schlüter sehr zu seinem Vortheil auszeichnete. Und außer diesen zeichneten sich in der Bildhauerkunst aus Huldt, King, Permoser und Weyhenmeyer. Hingegen unter den damaligen Mahlern gab es keine Männer von ausgezeichneter Geschicklichkeit, der einzige Pesne ausgenommen, welcher aus Italien nach Berlin gekommen war. Auch viele Kupferstecher fanden zu Berlin ihr reichliches Brodt, denn beinahe jeder Vorfall wurde in Kupfer gestochen, und ausserdem erschienen damals viele Werke, die reichlich mit Kupferstichen versehen waren. Die vorzüglichsten Künstler dieser Art waren Blesendorf, Heinzelmann und Wolfgang.

Die

Die Tonkunst wurde in diesen Zeiten nicht allzu sehr vom Publikum geschätzt, aber destomehr vom König Friedrich I., wenn er es auch gleich nicht aus wirklicher Neigung zu dieser Kunst that; so geschahe es doch um die Pracht seines Hofstaates zu vermehren. Seine Kapelle war stets sehr zahlreich besetzt und die Mitglieder derselben ansehnlich besoldet. Selbst der in der folgenden Zeit sehr berühmt gewordene Händel befand sich am berliner Hofe, welchen er aber bei dem Absterben Friedrichs I. verließ und sich nach London begab. Auch befanden sich am berliner Hofe sehr geschickte Sänger und Sängerinnen.

Unter dem Publikum hingegen, wie schon ist angeführet worden, gab es wenige Liebhaber. Die Musik, welcher man sich bei Vergnügungen bediente, war sehr elend. Uebrigens wurden schon unter dieser Regierung Stadt und Amtmusikanten angesetzt, ausser welchen Niemand weder beim Tanz noch bei anderen Lustbarkeiten Musik machen durfte.

Die Aufnahme der Künste unter Friedrich I. hatte auf die Handwerke einen sehr wohlthätigen Einfluß, denn auch diese fingen nunmehr an, ihren Geschmack besser auszubilden. Die Arbeiten derselben bekamen ein gefälliges Ansehn, so daß sie sogar ausserhalb des Landes Absatz fanden.

Unter der Regierung des folgenden Königs Friedrich Wilhelms I. welcher sich auf alle mögliche Art der Sparsamkeit befleißigte, kamen die bildenden Künste merklich in Verfall. Er hatte, wie bekannt ist, den Hofstaat sehr eingeschränkt und folglich auch manchem Künstler seine Besoldung genommen. Viele dieser Künstler sahen sich daher genöthiget Berlin zu verlassen. Von den Mahlern, welche

sich

sich bisher in zahlreicher Menge am Berliner Hofe aufgehalten gehabt hatten, behielt er nur zwei in seinen Diensten nämlich, Weidemann und Pesne.

Die Bildhauer so wie auch die Baumeister wurden unter dieser Regierung mehr beschäftigt, denn der König unternahm sehr viele Baue und ließ auch mehrere Denkmähler errichten. Und unter den Kupferstechern gab es gleichfalls Männer von nicht geringer Geschicklichkeit, nur fehlte es an Aufmunterung um sich auszubilden, und gewöhnlich mußten sie sich mit Sudeleien beschäftigen, um sich ihren täglichen Unterhalt zu verschaffen: denn dergleichen Arbeiten fanden weit eher Käufer, als wenn sie Stücke welche auf einen höheren Grad von Vollkommenheit Anspruch machen konnten, verfertigten. Der geschickteste Kupferstecher war ohnstreitig damals ein gewisser Schmidt, ein gebohrner Märker, welcher aber sein Vaterland verließ, weil er seinen Grabstichel gegen die Musquete vertauschen sollte, und begab sich nach Paris, wo er sich so sehr ausbildete, daß er als Künstler sich einen sehr großen Ruhm erwarb. Und wahrscheinlich würde er zu Berlin nicht zu einem solchen Grade von Vollkommenheit gelanget seyn, weil es daselbst noch an Kunstsammlungen fehlte.

Die Tonkunst kam zur Zeit dieses Königs zu Berlin in Verfall: denn bei dem Antritt seiner Regierung verabschiedete er die ganze Kapelle und behielt nur einen einzigen, nämlich Gottfried Pepusch in seinen Diensten, welchen er als Kapellmeister bei dem ersten Corps der Hautboisten seines Leibregiments ansetzte. Ob er gleich die Jagd und Feldmusik am meisten schätzte, so soll er doch selbst musikalische Kenntnisse gehabt, und bisweilen Schauspielergesellschaften aus Italien nach Berlin kommen und Singstücke haben auf-

führen lassen. Bei Hoffeierlichkeiten mußten die Hautboisten von den Regimentern die Stelle der Kapelle vertreten. Da nun die musikalischen Kenntnisse immer seltner wurden; so fehlte es oft an guten Subjecten, um die Hautboisten-Corps bei den Regimentern vollzählig zu machen. Um diesem Mangel vorzubeugen nahm er im J. 1736 den zu London sich aufhaltenden Kapellmeister Sydow in seine Dienste, dem er den Auftrag ertheilte zu Potsdam eine Musikschule anzulegen, in welcher Knaben aus dem Potsdamer Waisenhause in der Musik unterrichtet und nachher als Hautboisten zu den Regimentern geschickt wurden.*)

Daß schon unter der Regierung des Kurfürsten Friedrich Wilhelms des Großen die Wissenschaften beliebter wurden und mehrere Verehrer erhielten, ist im vorigen Abschnitte hinlänglich gezeigt worden. Auch nach dem Tode dieses Fürsten dauerte dieser Eifer fort, denn sein Sohn und Nachfolger Friedrich I. war gleichfalls ein großer Beförderer der Wissenschaften. Er unterstützte nicht nur die schon vorhandenen Lehranstalten, sondern vermehrte auch die Anzahl derselben. So stiftete er z. B. die Universität zu Halle, welche von dem ersten Anfange an bis auf gegenwärtige Zeiten in allen Fächern der Gelehrsamkeit stets Männer von ausgezeichneten Kenntnissen und Talenten als Professoren gehabt, viele geschickte Männer gebildet, und überhaupt zur wahren Aufklärung sehr viel beigetragen hat. Friedrich I. war auch der Stifter der Ritterakademie und einiger Schulanstalten.

Im

*) Versuch einer historischen Schilderung der Haupt und Residenz-Stadt Berlin. Th. III. S. 319-335. Vierten Theils II. Band. S. 159-180.

Im J. 1694. errichtete er ein reformirtes Gymnasium zu Halle und im J. 1700 zu Königsberg.

Desgleichen war er auch der Stifter der Academie der Wissenschaften zu Berlin. Was diese Anstalt anbetrift, so läßt sich nicht leugnen, daß die Königinn Sophie Charlotte an dieser Stiftung sehr großen Antheil hatte. Sie war Ursach, daß ihr ehemaliger Lehrer, der berühmte Leibnitz nach Berlin kam und zu dieser für die Aufnahme der Wissenschaften in der Mark Brandenburg sehr wohlthätigen Anstalt die Einrichtung machte. Ueberhaupt verdient Friedrich I. für die Begünstigung der Wissenschaften den Dank der Nachwelt, gesetzt auch, daß öfters Eitelkeit und die Sucht seinen äusseren Glanz zu vermehren, die Triebfeder seiner Handlungen waren. So ließ er z. B. das zweihundertjährige Jubelfest der Universität zu Frankfurt im J. 1706 mit großer Pracht feiern und wohnte selbst dieser Feierlichkeit bei. Diese Handlung mag zwar manchem unbedeutend zu seyn scheinen: allein sie zeigte doch, daß der König die Wissenschaften schätzte, und hat gewiß wohlthätigere Wirkungen, als wenn ein Monarch ein solches Jubelfest untersagt, weil die jungen Bürger einer Universität einen Mann durch ihre Neckereien genöthiget hatten, den Sitz der Musen zu verlassen, wo er eben Willens war, der Denkfreiheit Fesseln anzulegen.

Zwar begünstigte Friedrich I. in jeder Rücksicht den Adel, und errichtete so gar ein Oberheroldsamt, welches die adeliche Abkunft derer untersuchen mußte, die zu hohen Staatsämtern gelangen wollten. Aber demohngeachtet waren Männer von bürgerlicher Abkunft von solchen hohen Aemtern nicht ausgeschlossen, sondern es stand ihnen gleichfalls ein freier Zutritt zu

denselben offen, so bald sie sich durch Kenntnisse auszeichneten. Ich will nur einige anführen, welche unter Friedrichs I. Regierung, ob sie gleich von bürgerlicher Abkunft waren, zu solchen Staats-Aemtern gelangten. — Dieselben sind nämlich Fuchs, Ilgen, Bartholdi, Thulmeyer, Viebahn, Kraut, Karsch, und andere mehr.

Die gelehrten Männer, welche sich damals in dem preussischen Staate sehr zu ihrem Vortheil auszeichneten, waren gewöhnlich Ausländer, stifteten aber so wohl durch ihren mündlichen als auch durch ihren schriftlichen Unterricht sehr großen Nutzen. Zu dieser Anzahl gehörten, ausser mehreren anderen, Leibnitz, Puffendorf, Jablonsky und Thomasius.

Einen anderen Beweis, daß man sich anjetzt mehr als vormals mit den Wissenschaften beschäftigte, liefert die ansehnliche Vermehrung der Buchdruckereien und Buchhandlungen zu Berlin. Es waren daselbst 10 privilegirte Buchdrucker, und überdies war keine ansehnliche Stadt in der Mark-Brandenburg, in welcher nicht eine Buchdruckerei vorhanden gewesen wäre. An Arbeiten fehlte es denselben niemals, denn schon von den Gelegenheitsschriften und vorzüglich von den theologischen Streitschriften, wurden sie hinlänglich beschäftiget. Allein auch ausserdem wurden große und wichtige Werke in denselben verfertiget. *)

Daß

*) Von dieser Art waren: Puffendorfs Geschichte des Kurfürsten Friedrich Wilhelms des Großen. — Bergers thesaurus brandenburgicus — Die Geschichte des Leichenbegängnisses des Kurfürsten Friedrich Wilhelms des Großen, desgl. auch die Krönungsgeschichte, welche sich nicht blos durch typographische Schönheit, sondern auch durch gute Kupferstiche auszeichnen.

Daß Friedrich I. sich gegen gelehrte Anstalten sehr freigebig bewies, ist schon angeführet worden; allein auch gegen einzelne Gelehrte zeigte er seine Freigebigkeit, indem er denselben für die ihm zugeeigneten Werke ansehnliche Geschenke ertheilte. Nur der schlechte Zustand seiner Finanzen war bisweilen Ursach, daß in diesem Punkte Ausnahmen erfolgten. Ein Beispiel von solcher Art war folgendes. Unter die in der Mark Brandenburg sich aufhaltenden gelehrten Männer gehört, wie schon ist angeführet worden, Puffendorf, welchen Friedrich schon bei seinem Regierungsantritt im J. 1688 aus schwedischen Diensten in die seinige genommen und den Auftrag ertheilt hatte, die Thaten seines Vaters zu beschreiben. Aus dem Berliner Archiv, welches ihm zum Gebrauch offen stand, zog er die wichtigsten Nachrichten zu diesem Werke, über welchem Friedrich I. so zufrieden war, daß er Puffendorfen 10000 Rthlr. schenkte. Das Schlimmste aber war, daß er wegen Erschöpfung der Finanzen diese Summe nicht auf einmal geben konnte, sondern jährlich 1000 Rthlr. auszuzahlen versprach. Puffendorf erlebte die Abzahlung dieser Summe nicht, sondern bei seinem Tode blieben noch 4000 Thler im Rückstande. Seine Wittwe führte nachher Klage, daß man ihr erstlich jährlich statt 1000 Rthlr. nur 500 Rthlr. auszahle, und überdies ihr den ausgesetzten Wittwengehalt von 300 Rthlr. verweigere. Ihre Klagen halfen aber nichts, weil sie wahrscheinlich nicht bis zu den Ohren Friedrichs I. gelangten.

Aber demohngeachtet muß man doch eingestehen, daß Friedrich I. um die Wissenschaften sich sehr verdient machte. Und die Folgen hiervon würden sich weit besser und schneller gezeigt haben, wenn unter der folgenden Regierung ein Gleiches geschehen wäre, oder

man doch wenigstens die errichteten Anstalten zu unterstützen und zu begünstigen fortgefahren hätte. Daß dies aber nicht geschahe, wird folgende Erzählung hinlänglich beweisen.

Friedrich Wilhelm I. war nicht ganz ohne Talent, aber ohne wissenschaftliche Bildung, so daß er nicht einmal richtig deutsch schreiben konnte. Dies trug nicht wenig dazu bei, daß er die Gelehrsamkeit auf alle mögliche Art verachtete, und, wenn er konnte, lächerlich zu machen suchte. Und in dieser Meinung wurde er durch den Fürsten Leopold von Anhalt Dessau noch mehr bestärkt, welcher ihm oft vorstellte, daß die gelehrten Kenntnisse nur überflüßig wären, und daß man mit dem Degen in der Hand mehr ausrichten könne, als durch Verstand und Gelehrsamkeit.

Nach diesen falschen Grundsätzen formte er auch wirklich seine Handlungen. Bei dem Antritte der Regierung hatte er alle überflüßige Ausgaben einzuschränken gesucht. Dies würde auf keinen Fall können getadelt werden, wenn diese seine Sparsamkeit sich nicht bisweilen auf Sachen erstreckt hätte, wo sie sehr schlecht angebracht war. So war er z. B. allen gelehrten Anstalten, die sein Vater gestiftet hatte, nicht günstig. Die von demselben errichtete Ritterakademie wurde sogleich aufgehoben und die dabei angestellten Lehrer verabschiedet. Auch war schon die Aufhebung der Akademie der Wissenschaften beschlossen worden; jedoch wurde dieses durch Gegenvorstellungen verhütet. Genau betrachtet war der Zustand der Akademie der Wissenschaften von solcher Beschaffenheit, daß sie nichts leisten konnte und folglich war es gleich viel, ob sie aufgehoben wurde, oder ob man ihr eine längere Existenz verstattete. Ueberhaupt ist es keinem Zweifel unterworfen gewesen, daß Friedrich Wilhelm I. alles auf-

aufbot, um das Ansehen dieser Gesellschaft zu schwächen. In dieser Absicht ernannte er den schon ofmals erwähnten Gundling zum Präsidenten der Akademie, welcher zwar viele gelehrte Kenntnisse aber keine Beurtheilungskraft besaß, und durch seine Narrheiten und Ausschweifungen der Akademie Verachtung zuzog. Nach Gundlings Tode erhielt die Präsidentenstelle Graben zum Stein, welcher den Ruf der Akademie so schwächte, daß die auswärtigen gelehrten Gesellschaften mit derselben nicht mehr in Verbindung seyn wollten.

Die Universitäten konnte der König nicht leiden und er würde sie abgeschafft haben, wenn er nicht überzeugt gewesen wäre, daß auf denselben die Theologen müßten gebildet werden. Ueberhaupt war er den Letzteren in Gnaden gewogen. Auf Anstiften des hallischen Theologen Lange gab er den Befehl zur Vertreibung des berühmten Wolfs, wie ich schon angeführet habe. Und er hatte gegen diesen gelehrten Mann einen unauslöschlichen Haß gefaßt: denn als die Vorstellung gemacht wurde; daß man den Mathematiker Wolf wieder zurück rufen möchte, um die Universität Halle wieder in Aufnahme zu bringen; so antwortete der König, er sähe es zwar gerne, daß zum Besten der Universität das Möglichste angewendet werde, allein Wolf sey ein Atheist.

Ohnerachtet dieser wenigen Begünstigungen von Seiten des Hofes, gab es doch auf den preussischen Universitäten viele gelehrte Männer. Z. B. auf der Universität Halle lehrten damals, ausser dem Thomasius, Böhmer, Heineccius und mehrere andere. Alle diese Männer wurden aber vom König nicht geachtet, denn ihm war ein großer Flügelmann lieber, als ein gelehrter Professor. Als einstens die General-

staaten der vereinigten Niederlande ihn ersuchten, den Rechtslehrer Heineccius ihnen zu schicken, damit sie denselben auf ihrer Universität zu Leiden anstellen könnten; so antwortete er, da sie ihm keine Flügelleute in ihrem Gebiete werben lassen wollten, so hätte er auch keine Professoren für sie.

Und diese seine Geringschätzung gegen die Gelehrten war öfters die Triebfeder solcher Handlungen, durch welche er den gelehrten Anstalten schadete. Im J. 1735 kam er nach Frankfurt an der Oder, und während seines dortigen Aufenthalts mußte der dortige Vicekanzler Morgenstern auf seinen Befehl den Satz, daß die alten Schriftsteller bloß alte Saalbader und Narren gewesen wären, öffentlich vertheidigen. Die Professoren Fleischer und Koloff mußten Einwendungen machen. Und auch die übrigen Professoren mußten gegenwärtig seyn. Letztere wollten anfangs dieser Disputation nicht beiwohnen, allein sie wurden durch einige Unter-Officiere zusammen geholt.

Daß er nicht noch mehrere für die Gelehrsamkeit und ihre Verehrer nachtheilige Verordnungen ertheilte, das verdankt man dreien berlinischen Geistlichen, Reinbeck, Jablonsky und Koloff, die viel bei ihm vermochten und durch ihren Einfluß die Ertheilung mancher Befehle, die zum Nachtheil der Wissenschaften würden gereicht haben, verhinderten.

Bei allem Widerwillen, welchen Friedrich Wilhelm I stets gegen die Wissenschaften hatte, bezeigte er doch einen großen Eifer die niederen Schulanstalten in Aufnahme zu bringen und die Anzahl derselben zu vermehren. Auch schickte er häufige Befehle, daß man genaue Sorgfalt anwenden solle, da-

damit auch der gemeinste Mann, so wohl auf dem Lande als auch in der Stadt, Lesen und Schreiben lerne. Und die Regiments-Chefs erhielten den Auftrag, denjenigen Rekruten, welche in jenen beiden Stücken unerfahren waren, Unterricht ertheilen zu lassen. Deshalb wurden viele von den Cantonisten nach Berlin geschickt, wo sie in dasigen Schulanstalten, besonders in dem Friedrichshospital mit den Waisenkindern einen gemeinschaftlichen Unterricht erhielten.

4. Handel, Gewerbe, Manufakturen, Handwerker und überhaupt der Nahrungsstand.

Unter der Regierung Friedrichs I. wurden zwar zur Bestreitung der Ausgaben am Hofe große Summen Geldes erfordert, welche nur mit der größten Mühe zusammen gebracht werden konnten, allein zu gleicher Zeit trug man auch die gehörige Sorgfalt für die Aufnahme des Handels und des Nahrungsstandes überhaupt.

Viele Sachen, welche man ehemals aus dem Auslande hatte holen müssen, wurden nunmehr in der Mark Brandenburg verfertiget. Und deshalb begünstigte der König sehr die Franzosen, die unter der vorigen Regierung in die preußischen Staaten eingewandert waren: denn unter denselben befanden sich viele Manufakturisten und Fabrikanten, welche zu vielen Fabriken den Grund legten.

Die Begünstigungen von Seiten der Regierung hatten auch eine sehr wohlthätige Wirkung, welche bei vielen Sachen wahrgenommen werden konnte. Die Spiegelmanufakturen zu Neustadt an der Dosse lieferten so viele Gläser, daß eine große Menge derselben jährlich ins Ausland konnte geführet werden. Der

Gebrauch des Tabaks wurde immer häufiger und eine Folge hiervon war, daß nicht nur dieses Kraut in größerer Menge angepflanzt, sondern daß auch an verschiedenen Orten, z. B. zu Küstrin, Berlin, Magdeburg und Kollberg ansehnliche Tabaksspinnereien angelegt wurden.

Und besonders suchte man die Wollenmanufakturen in Aufnahme zu bringen. Zu diesem Endzwecke erschienen mehrere scharfe Edikte, in welchen die Ausfuhr der rohen Wolle gänzlich untersagt wurde. Solche Anstalten waren auch im höchsten Grade nothwendig: denn um das J. 1712 war die märkische Tuchmanufaktur in großen Verfall gerathen. Die Ursach hiervon lag vorzüglich in der Ausführung der rohen Wolle, welche größtentheils nach Sachsen geschafft wurde, wo sich 20000 Tuchmacher befanden, von welchen die Wolle verarbeitet und nachher in die preußischen Staaten wieder versendet wurde. In den vorigen Zeiten waren sehr viele in der Mark Brandenburg verfertigte Tücher ins Ausland geschickt worden: allein dieser Handel war grade zu dieser Zeit in einen solchen Verfall gerathen, daß kaum zu Hamburg 300 Stück abgesetzt wurden, wohin sonst 1000 Stück waren verschickt worden, denn in den meisten Gegenden, in welche die Hamburger sie versendeten, befanden sich nunmehr selbst Manufakturen von groben Tüchern.

Und hierzu kam noch, daß die sächsischen Tücher besser waren, als die märkischen, daß der märkische Bauer sich sein Tuch selbst verfertigte, hierzu die beste Wolle aussuchte und die schlechteste den Tuchmachern verkaufte.

Der Zustand der wollenen Manufakturen war also nicht vortheilhaft, und folglich im höchsten Grade noth-

nothwendig, daß von Seiten der Regierung etwas zum Besten dieses Gewerbes geschahe. In dieser Absicht machte Friedrich I. im J. 1709 ein Edikt bekannt, in welchem anbefohlen wurde, daß man genaue Aufsicht führen solle über die wollenen Zeuge, welche ins Ausland geschickt würden, damit durch die schlechte Waare die gute nicht in Mißkredit gebracht würde. Und damit überhaupt die einheimischen Wollenmanufakturen in Aufnahme kommen sollten, wurde auf alle ausländische wollene Zeuge und Tücher ein hoher Impost gelegt. Damit aber auch die Märker nicht Ursach haben könnten, sich über die schlechten Tücher zu beschweren, wurde die Einrichtung gemacht, daß an solchen Orten, wo viele Wollenarbeiter sich befanden, zwei Meister vereidet wurden, um für die Güte dieser Waaren zu sorgen.

So sehr auch Friedrich Wilhelm I. auf mancherlei Art das Emporkommen des Nahrungsstandes verhinderte, woran seine allzu große Sparsamkeit, und die große Einschränkung des Hofstaats nicht geringen Antheil hatten: so hat er sich doch auch auf andere Art um denselben verdient gemacht. Besonders wurde unter dieser Regierung sehr für die Aufnahme der Wollenmanufakturen gesorgt. So erhielt z. B. im J. 1713 der Geheimekriegsrath Kraut den Befehl, die Gebäude der aufgehobenen Ritterakademie in der Klosterstraße zum Behuf eines Lagerhauses einzurichten.

Um diesen Nahrungs-Zweig noch mehr zu befördern, war er im J. 1716 darauf bedacht, für die rohe Wolle einen bestimmten Preis festzusetzen. Er hatte sich bald nach Antritt seiner Regierung auf einer Reise von dem schlechten Zustande der Wollenarbeiter überzeugt. Auch sahe er sehr wohl ein, daß die vorzüg-

züglichste Ursach hiervon in der Ausführung der einheimischen Wolle lag. Um also einem solchen Uebel vorzubeugen, untersagte er im J. 1719 durch ein scharfes Edict die Ausfuhr der innländischen Wolle, und die Einfuhr aller fremden Tücher und wollenen Waaren. Dieser Befehl hatte auch die erwünschten Folgen. Die einheimischen Waaren erhielten einen starken Absatz, so wohl im Lande selbst als auch im Auslande: denn die Fabrikanten, da sie die Wolle wohlfeiler einkaufen konnten, beeiferten sich ihren Arbeiten einen größeren Grad von Vollkommenheit zu geben, welcher Eifer durch einen größeren Gewinn noch mehr vermehret wurde. Die Anzahl solcher Fabrikanten und Handwerker nahm auch täglich in den Städten zu, denn Friedrich Wilhelm I. befahl, daß alle Leute dieser Art, welche bisher auf dem Lande gewohnt hatten, in die Städte ziehen sollten, wo ihnen das Meisterrecht für ein Geringes ertheilt wurde. Am meisten trug jedoch zur Vermehrung dieser Classe von Menschen ein Königl. Edikt bei, in welchem alle dergleichen Arbeiter für cantonfrei erkläret wurden. Eine Folge hiervon war, daß nicht nur viele in vorhergehenden Zeiten ausgetretene Innländer in die preussischen Staaten zurückkehrten, sondern daß auch viele Ausländer sich in denselben niederließen, welches vormals aus Furcht vor dem Soldatenstande nicht würde geschehen seyn.

Diese strengen Edikte, und die Pünktlichkeit, mit welcher über sie gehalten wurde, brachten die innländischen Fabriken in Aufnahme und bewirkten, daß weniger Geld ins Ausland geschicket wurde, welche letzte Sache Friedrich Wilhelm I. den wahren Stein der Weisen zu nennen pflegte. Und diese gegebenen Edikte verlohren nicht etwa in der Folge

ihre

ihre Gültigkeit, sondern sie wurden von Zeit zu Zeit erneuert und durch neue Befehle *, geschärft.

Durch solche eifrigen Bemühungen brachte es Friedrich Wilhelm so weit, daß alle wollene Waaren, welche theils die Armee, theils die übrigen Einwohner nöthig hatten, im Lande verfertiget wurden. Friedrich Wilhelm I. der sonst nicht gern Gelder hergab, bezeigte sich stets freigebig, wenn es die Aufnahme der Wollenmanufacturen betraf. So wurde z B. der Fond des Lagerhauses mit 100000 Rthlr. verstärkt, und ausserdem noch 20000 Rthlr. zur Anschaffung mehrerer Arbeitsstühle bestimmt.

Bis-

*) Alle in Betreff dieser Sache gegebenen Edicte befinden sich in der Mylius'schen Edictensammlung. — Und umständlich wird über diesen Gegenstand gehandelt in folgenden Schriften:

Kurzer Auszug aus den Königl. Preußl. und Chur-Brandenburgischen Landes-Recessen, Edicten, Reglements, Rescripten und Privilegiis, in sich haltend die Nachricht alter und neuer Verfassungen wegen Wolle und Wollenmanufacturen, und derselben Dependenzien, zusammengetragen von George Christoph Erasmi, Königl. Preußl. Baurath. Berlin und Potsdam, 1731. 4. Das bei dieser Schrift befindliche Titelkupfer kann gleichsam als eine Innhaltsanzeige betrachtet werden. Es stellet nämlich ein Zollhaus vor, aus welchem ein mit Wolle beladener Wagen fährt. Und aus dem Munde eines auf dem Wagen sitzenden Juden gehen die Worte hervor: ich habe Landwolle. Ein Zollbedienter giebt zur Antwort: wo du sie aus dem Lande bringest, so ist die Waare, Pferd und Wagen mit der Wolle und den Werth verlohren, und du mußt überdem von jedem Pfund 1 Thaler Strafe geben, und mußt Zeitlebens zum Karren nach der Vestung spatzieren.

Bisher hatte der Geheime-Kriegsrath Kraut die Geschäfte des Lagerhauses für seine Rechnung besorgt. Als aber nach dessen Tode die Anverwandten dieses Mannes dasselbe nicht ferner über sich nehmen wollten, so vereinigte sich der König mit der Landschaft, und beide brachten die hierzu nöthigen Kapitalien zusammen. Friedrich Wilhelm I. gab in der Folge noch 130000 Rthlr. her und bestimmte den Gewinnst davon für das Potsdamische Waisenhaus.

Das gute Vernehmen, in welchem der preußische Hof mit Rußland stand, verschaffte den brandenburgischen Fabrikanten einen ansehnlichen Absatz. Im J. 1725 wurde die erste Tuchlieferung nach Rußland von den Kaufleuten Splittgerber und Daum unternommen. Diese Tücher fanden so großen Beifall, daß ein ordentlicher Kaufkontrakt errichtet wurde. Und die beiden erwähnten Kaufleute erhielten vom Könige sehr große Unterstützung und erwarben sich durch ihre großen Geschäfte ansehnliche Summen. Und ausser den weitläuftigen Wechselgeschäften, welche diese Männer betrieben, legten sie auch Gewehrfabriken, Klingenschmiede, Eisenspaltereien, Kupfer- und Messinghammer zu Neustadt, Eberswalde und eine Spiegelmanufaktur zu Neustadt an der Dosse an.

Die Freundschaft mit dem russischen Hofe war, wie ich schon angeführet habe, Ursach, daß die preussischen Staaten manchen geschickten Arbeiter verlohren; denn Friedrich Wilhelm I. schickte viele Handwerker, besonders solche, die Armaturen verfertigten nach Rußland, welche daselbst zu der in der folgenden Zeit berühmt gewordenen Gewehrfabrike zu Tula bei Oczakow den Grund gelegt haben. Dieser Abgang wurde jedoch reichlich ersetzt, indem aus fernen Landen viele Manufak-

fakturisten und Fabrikanten sich in den preußischen Staaten niederließen. Besonders trug hierzu sehr viel bei das Königl. Edict vom 3ten August 1734, durch welches fremde Manufakturisten und Fabrikanten eingeladen wurden, sich in Berlin, vorzüglich aber auf der Friedrichsstadt, anzubauen. Diese Aufforderung war allerdings sehr einladend; denn es wurde ihnen versprochen die Erlassung der Kosten für das Meisterrecht, fünfjährige Befreiung von Einquartirung und anderen bürgerlichen Lasten. Und ausserdem bekam eine ankommende Familie auf zwei Jahre 15 Thaler zur Hausmiethe und für jede Meile 8 Groschen Transportkosten. Derjenige aber, welcher sich anbauen wollte, bekam auf ein Stück Land von $1\frac{1}{2}$ Ruthe in der Fronte 30 Wispel Kalk, 8 Stück starkes Bauholz, 45 Stück mittel Bauholz, 4 Landprahmen Kalksteine und 48 Rthlr. 8 gr. baares Geld. Und bei der Aufnahme solcher Kolonisten wurde besonders darauf gesehen, das es Handwerker waren, und zwar solche, von welchen sich bis jetzt keine oder wenige im Lande befanden. So suchte man z. B. mehrere geblümte Wollenstoffmacher, geschickte Gerber und Töpfer ins Land zu bringen.

Mit der im J. 1669 angelegten Gold und Silbermanufaktur ging unter dieser Regierung eine Veränderung vor. Bisher war dieselbe im Besitze von Privatpersonen, welche ein landesherrliches Privilegium besaßen. So bald dasselbe zu Ende ging, bestimmte der König die Revenuen davon für das Potsdamer Waisenhaus.

Aus allem diesem ersehen wir, daß der Wohlstand der Einwohner der preußischen Staaten während dieses Zeitraums sehr zunahm. Einem jeden stand frei, Handel und Wandel zu treiben, so bald er das Bür-

Bürgerrecht erhalten hatte. Nur in Rücksicht der Juden fand eine Ausnahme statt. Dieselben durften nicht mit Wolle oder mit wollenem Garn handeln und überhaupt erlitten sie viele Bedrückungen. Bald nach dem Regierungsantritt Friedrich Wilhelms I. sollten die Juden so wie es in anderen Gegenden gebräuchlich war, ein Zeichen tragen, durch welches sie so gleich könnten erkannt werden; allein die von der Judenschaft aufgebrachten 8000 Rthlr. bewirkten, daß das deshalb entworfene Edict nicht vollzogen wurde. Das härteste Schicksal unter der Regierung dieses Königs erlitt die jüdische Nation im Jahr 1721. Die Veranlassung hierzu war folgende. Nach dem Tode des Münzjuden Veit fand man in der Casse einen Defect von mehr als 100000 Rthlr. Da nun der Verstorbene kein Vermögen hinterlassen hatte, so wurde der König gegen die ganze Judenschaft sehr aufgebracht und glaubte sie hätten den Raub unter sich getheilt. Den 15ten August dieses Jahres wurde deshalb die ganze jüdische Gemeinde in der Synagoge versammelt, letztere mit einer starken Wache besetzt und alsdann durch den Oberhofprediger Jablonsky der Bann ausgesprochen. Der Unwille des Königs gegen die Juden war so groß, daß er mehrere derselben, die eines Diebstahles überführet wurden, aufhängen, und einen eisernen Galgen zur Aufhängung der Juden errichten ließ. Und ausserdem wurde ihnen nicht nur mancher Nahrungszweig, wie z. B. der Handel mit der Wolle, entrissen, sondern auch noch manche Last aufgebürdet. Von dieser Art war z. B. der Kauf der wilden Schweine. Diese Thiere waren nämlich in den märkischen Forsten in großer Menge vorhanden und der König als ein großer Jagdliebhaber erlegte viele derselben, so daß der Ueberfluß den Verkaufspreis sehr herabsetzte. Friedrich Wilhelm I. be-

befahl daher, daß die Juden nach einer bestimmten Taxe die wilden Schweine an sich kaufen sollten. Die Juden weigerten sich zwar, wie man leicht erwarten konnte, denn das Ceremonialgesetz wurde damals mit großer Pünktlichkeit beobachtet. Diese Weigerung nutzte aber nichts, denn die wilden Schweine wurden ihnen vor die Thüren gelegt, und sie sahen sich daher öfters genöthiget, dieselben vor ein Spottgeld zu verkaufen oder zu verschenken. Dieses letztere geschahe nicht selten, und zwar gaben sie diese nach ihren Gesetzen unreinen Thiere den Armenhäusern und dem Friedrichshospital. *)

Im J. 1723 befahl der König, daß alle jüdische Familien, welche nicht eine besondere Concession in den preußischen Staaten zu wohnen, aufweisen konnten, sich entfernen sollten. Man hatte nämlich dem Könige vorgestellt, daß die Anzahl der Juden sich von Jahre zu Jahre sehr stark vermehre, weil viele Familien sich ins Land geschlichen hätten, ohne vorher eine Concession erhalten zu haben. Diese Vorstellung war nämlich eine Folge der Gewinnsucht: denn Friedrich Wilhelm I. pflegte die Concessionen, welche die Juden, wenn sie geduldet werden wollten, vorzeigen mußten, den Officieren, Hofleuten und Soldaten zu schenken, welche sich für dieselben von den Juden große Summen Geldes geben ließen. So soll z. B. der Baron von Pöllnitz (Verfasser der Memoiren), dem es beständig an Gelde fehlte, sich oft solche Concessionen ausgebeten und auch erhalten haben.

Vor-

*) Annalen der Juden in den preußischen Staaten. S. 259.

Vorzüglich wurde die Anzahl der Einwohner in den preußischen Staaten während der Regierung Friedrich Wilhelms I. durch die einwandernden Böhmen und Salzburger vermehrt.

Der Erzbischoff von Salzburg erlaubte sich nämlich gegen seine protestantischen Unterthanen sehr harte Bedrückungen und achtete wenig auf die nachdrücklichen Vorstellungen des Königs von Preußen, welcher drohete an den Katholiken in seinen Staaten das Wiedervergeltungsrecht auszuüben. Diese Erklärung bewirkte nur so viel, daß der Erzbischoff befahl, wer von seinen evangelischen Unterthanen die katholische Lehre nicht annehmen wolle, könne auswandern, nur verband er hiermit zu gleicher Zeit sehr harte Bedingungen, so daß derjenige, welcher sein Vaterland verlassen wollte, von seinen Gütern wenig oder gar nichts mitnehmen konnte. Der König von Preußen, so bald er hiervon benachrichtiget wurde, ließ im J. 1732 jenen Unglücklichen durch abgeschickte Commissarien die Versicherung ertheilen, daß er ihnen in seinen Staaten eine günstige Aufnahme ertheilen und besonders in Preussen und Litthauen Wohnplätze anweisen werde. Diese Einladung wurde mit Freuden angenommen, und nach und nach erschienen mehr als 20000 Salzburger, welche größtentheils so lange unterhalten wurden, bis sie zu dem Orte ihrer Bestimmung angekommen waren, wo sie wieder vom Könige solche Unterstützung erhielten, daß sie hierdurch in den Stand gesetzt wurden sich ihren Unterhalt zu erwerben. In allen preußischen Oertern, durch welche sie kamen, wurden sie feierlich empfangen, und zwar auf eine solche Art, die dem Geist des damaligen Zeitalters gänzlich angemessen war, indem nämlich die Schulen und Geistlichen in Procession entgegen zogen, und

und sie mit Absingung geistlicher Lieder, die auf diese Gelegenheit verfertiget waren, empfingen.

Die Art und Weise wie man damals bei dem Unterbringen der salzburgischen Emigranten verfuhr, lernt man am besten aus dem Berichtsschreiben des Herrn von Görne, welchem vom König dies Geschäft aufgetragen war, kennen. Ich werde daher die wichtigsten Puncte, nach welchen hierbei verfahren wurde, mittheilen. *)

Der Herr von Görne schreibt nämlich: „Zum Fundament der Sache aber nehme folgendes:

1) Was Knecht und Magd gewesen, soll hier wiederum als Knecht und Magd dienen.

2) Was Hausmann und Taglöhner gewesen, auch sich zu nichts anders schickt, muß auf gleichen Fuß Gärtner werden, oder wenn die Zahl derselben so groß, daß sie bei den Vorwerkern nicht alle zu lassen, wollen die Bauern in den Dörfern ihnen gern Obdach verschaffen, auch etwas Vieh auf der Weide mit annehmen, um nur stets sichere Arbeitsleute vor Lohn zu haben.

3) Handwerker gehören nach denen Städten, und finden gnugsame Arbeit.

4) Was Bauer gewesen, soll Bauer-Güther so wie sie hier im Lande seyn, bekommen, und endlich:

5) Diejenigen so größere Dinge besaßen, wie denn freilich die dortigen Bauern ganz andere Kerls

*) Versuch einer historischen Schilderung der Haupt- und Residenzstadt Berlin. Vierter Theil, 1 Band. S. 219. wo zwei solche Berichte vollständig abgedruckt sind.

als die hiesigen, gewesen, können sich Cöllnische Güter, deren eine große Menge feil ist, vor einen billigen Preiß ankaufen und von denen Verkäufern wird keiner aus dem Lande gehen, sondern wann sie ihre Schulden bezahlt haben, werden sie sich in die Städte begeben, wie denn auch darinnen viel Salzburger Platz finden können, wenn sie nur Geld mitbringen, oder noch bekommen etwas zu entrepreniren."

Dies waren die Grundsätze, nach welchen hierbei verfahren wurde, und welche auch vom Könige waren genehmiget worden, wie die am Rande hinzu geschriebenen Wörter, gut und sehr gut, beweisen.

In dem anderen Schreiben stattet Görne abermals Bericht ab und macht zugleich einige Vorschläge, welche Friedrich Wilhelm I. gleichfalls genehmigte. So schlägt er z. B. vor, daß die Priester den Salzburgern den Decem wohl auf 3 Jahre schenken könnten, denn, wie hätten sie thun müssen, wenn selbige nicht gekommen wären. Der König genehmigte diesen Vorschlag, indem er am Rande hinzu schrieb: recht.

Zu derselben Zeit kamen auch die ersten Böhmen nach Berlin, die gleichfalls durch die Bedrückungen, welche sie von den Katholiken erlitten hatten, waren genöthiget worden ihr Vaterland zu verlassen. Die mehrsten derselben waren Weber und machten sich bald durch ihre Arbeitsamkeit bekannt. Friedrich Wilhelm I. wies ihnen die Friedrichsstadt zum Wohnsitz an, wo er sie bey dem Anbau mit Baumaterialien und mit Geld reichlich unterstützte.

5. Das

5. Das Finanzwesen.

Je größer die Ausgaben des Staates sind, desto mehr hat derselbe Ursach gehörige Sorgfalt auf das Finanzwesen zu wenden. Dieser Fall fand besonders statt unter der Regierung Friedrichs I., welcher zur jährlichen Befriedigung seiner Prachtliebe große Summen Geldes nöthig hatte. Von dem ersten Anfange seiner Regierung an war er auf Mittel bedacht, wie er sich nur ergiebige Quellen eröffnen könne. Im J. 1689 ließ er die Jagdgerechtigkeiten des Adels bei ihren Gütern untersuchen und erklärte zu gleicher Zeit, daß nur diejenigen im Besitze derselben bleiben sollten, welche in einer bestimmten Zeit beweisen könnten, daß die Ausübung dieser Gerechtsame schon seit unendlichen Jahren bei ihren Gütern gewesen sey. Und die Ausübung der Jagdgerechtigkeit bey den Städten wurde den Bürgern genommen und nur den Magistraten übergeben, welche sie durch geschickte Schützen ausüben lassen sollten. Hingegen die Wolfsjagd wurde allgemein frei gegeben, so daß einer jeden Stadt und einer jeden Dorfgemeinde nicht nur erlaubt war, so weit ihr Gebiet sich erstreckte Wolfsjagden anzustellen, sondern es war auch auf jeden alten Wolf ein Preis von 6 Rthlr. und auf einen jungen Wolf ein Preis von 2 Rthlr. gesetzt.

Eine der vorzüglichsten Quellen, welche in diesem Zeitraume eröffnet wurde, war ohnstreitig die zu Halle befindlichen Königlichen Salzsiedereien. Ehe Magdeburg an das Haus Brandenburg gekommen war, hatte man sich mit Lüneburgischem Salze geholfen, allein von dieser Zeit an wurde in allen märkischen Salzfaktoreien hallisches Salz verkauft. Im J. 1708 waren die Auflagen auf das Salz sehr drückend, so

daß der Scheffel mit 16 Groschen mußte bezahlet werden. Bald nachher wurde diese Abgabe vermindert, aber auch dem Adel die Freiheit fremdes Salz einzuführen, genommen. Die vom Herrn von Schmettau eingeführte verbesserte Art das Salz zu sieden, war für die Königl. Einkünfte sehr vortheilhaft. Im J. 1699 kostete eine jede Last Salz, die nach der gewöhnlichen Art war gesiedet worden, 17 Rthlr. 14 gr. 6 pf., hingegen nach der von Schmettau eingeführten Art nur 11 Rthlr. 12 gr. Nach dieser Einrichtung wurden folglich bei dem Sieden der 2500 Lasten, die damals in der Kurmark abgesetzt wurden, 15260 Thaler und 10 Gr. erspart. Und nach Schmettaus Methode wurden auch jährlich 1500 Lasten in den Königl. Kothen mehr gesotten, womit er einen Handel nach Schlesien trieb.

Auch andere Abgaben fanden noch immer statt. So wurde z. B. die Kopfsteuer zu wiederholten malen ausgeschrieben und auch mit der größten Strenge eingetrieben. Auch erhöhte Friedrich I. die Accise. So hatte man z. B. bisher von einem jeden Stück Tuch, welches aus Schlesien, Polen und Sachsen kam, in der Residenzstadt nur 18 gr. und in den übrigen Städten 2 Rthlr. gegeben: von dieser Zeit an wurde aber festgesetzt, daß überhaupt von einem jeden Stück Tuch, es möge nun in die Residenzstadt oder in eine andere Stadt geführet werden, 2 Rthlr. solle entrichtet werden.

Ueberhaupt wurde die Accise immer höher: denn es erschienen von Zeit zu Zeit neue Verordnungen, welche nur die Absicht hatten, die Summen herbei zu schaffen, welche erforderlich waren, um die Kriegskosten zu bestreiten und die beträchtlichen Ausgaben des Hofes

Hofes zu liefern. So mußten z. B. von jedem paar Schuhe, Stiefeln, Pantoffeln, Strümpfe, von einem jeden Hute ein Groschen zur Accise gegeben werden. Jeder Schuster mußte daher das zugeschnittene Oberleder auf der Accise stempeln lassen, ehe es verarbeitet wurde. Nur Fremde und Kinder unter drei Jahren waren von dieser Abgabe ausgenommen. — Wer Kaffee oder Thee, und Chokolade trinken wollte, mußte sich bei der Accise einen Erlaubnißzettel für 2 Rthlr. kaufen, der nur ein Jahr seine Gültigkeit behielt. Und diese Verordnung wurde nicht etwa gegeben, um den Gebrauch der ausländischen Getränke, für welche große Summen Geldes ins Ausland gingen, einzuschränken, sondern einzig und allein um die Einnahme des Königs zu vermehren, denn zu gleicher Zeit wurde von Seiten der Regierung beschlossen, in allen Hauptstädten der preußischen Provinzen Thee- und Kaffeeschenken anzusetzen, damit der Gebrauch dieser Getränke allgemeiner und folglich auch die Königlichen Einkünfte ergiebiger werden möchten. — Wer auf irgend einem Kleidungsstücke Gold tragen wollte, mußte jährlich einen Thaler zahlen. Alle ledige Frauenzimmer unter 40 Jahren, mußten vierteljährig 6 Groschen der Accise entrichten, welche Abgabe sich auch sogar auf die Mägde erstreckte. Wer Perucken oder Fantagen tragen wollte, mußte für den jährlichen Erlaubnißschein einen Thaler zahlen. Und jeder, welcher einen solchen Schein nicht vorweisen konnte, mußte es sich gefallen lassen, wenn ihm auf öffentlicher Straße die Perücke vom Kopfe gerissen wurde.

Alle diese Verordnungen schränkten nicht etwa den Aufwand ein, sondern sie vermehrten denselben vielmehr, indem das Ehrgefühl der Märker eine solche falsche Richtung nahm, daß einer den andern im

äusseren Glanze übertreffen wollte. Die Regierung erreichte also auch glücklich ihre Absicht, wie man dies aus dem Verzeichnisse der jährlichen Accise-Einnahme der Stadt Berlin ersehen kann. Im J. 1690 betrug dieselbe 58050 Rthlr. 13 gr. 9 pf., hingegen im J 1705 betrug sie zweimal mehr, nämlich 169822 Rthlr. 7 gr. 3 pf. *)

Um von den Aemtern und Domainen-Gütern bestimmte Einkünfte zu erhalten, wurden dieselben im Jahr 1701 in Erbpacht gegeben. Diese Einrichtung war aber für die Königlichen Einkünfte nicht sehr vortheilhaft, denn alle Vortheile welche die Erbpächter auf diesen Gütern durch angebrachte Verbesserungen bewirkten, flossen nur in die Casse der Letzteren, aber nicht in die des Königs. Friedrich Wilhelm I., welcher diesen Nachtheil einsahe, schaffte diese Einrichtung wieder ab.

Auch hatte man den Plan gehabt die Einnahme der Accise auf einen bestimmten Fuß zu bringen, und deshalb dieselbe verpachten wollen; allein dieses Projekt wurde nicht ausgeführt, und zwar wie man versichert, weil kein Pächter sich hierzu einfinden wollte.

Unter der Regierung des Königs Friedrich Wilhelms I. wurden die Abgaben nicht vermindert; denn um das Kriegswesen in einen furchtbaren Stand zu setzen, die Staatsschulden zu tilgen und einen ansehnlichen Staatsschatz zu sammeln, waren gleichfalls ergiebige Quellen erforderlich. Jedoch erwarb sich die Re-

*) Versuch einer historischen Schilderung der Haupt- und Residenzstadt Berlin. Th. III. S. 362.

Regierung das Verdienst, daß sie in Ansehung der Abgaben eine solche Einrichtung traf, welche weniger drückend war. Bisher hatte man durch die Kopfsteuer, durch Erhöhung des Salzpreises und andere ausserordentliche Abgaben große Summen Geldes eingetrieben. Friedrich Wilhelm I. schaffte dies gänzlich ab, und erhöhte dafür die Accise, besonders von denjenigen Artikeln, welche zu den Sachen des Luxus gehörten, wie z. B. von den fremden Fabrikwaaren, um den einheimischen Arbeiten einen besseren Absatz zu verschaffen. Von diesen Abgaben blieben aber die Geistlichen befreit, welches Vorrecht sie schon vormals gehabt hatten und welches sich anjetzt noch auf das Vieh erstreckte, welches sie kauften.

Nicht so lobenswerth war die Quelle, welche er für die Rekruten-Casse eröffnete, aus welcher die Gelder mußten genommen werden, um für sein Leibregiment Werbungskosten zu bestreiten. Diese Quelle bestand nämlich in den Summen, welche für Ehrentitel und für weltliche Bedienungen gezahlet wurden. Die Verkaufung der Ehrentitel läßt sich zwar sehr gut entschuldigen, aber nicht so das Letztere, woraus bei Besetzung der Aemter große Misbräuche entstanden: denn alle Civilämter mußten bezahlet werden und nur bisweilen machte der König Ausnahmen. Hingegen die hohen Staatsämter, die geistlichen, Militair und Jagdbedienungen waren hiervon gänzlich ausgenommen. *)

Das Postwesen wurde gleichfalls durch manche neue Einrichtung dergestalt verbessert, daß die königlichen

*) Buchholz, Geschichte der Mark-Brandenburg. 5 Th. S. 184.

lichen Einkünfte einen ansehnlichen Zuwachs erhielten. In dieser Absicht wurde die Verordnung bekannt gemacht, daß Niemand versiegelte Briefe oder Paquete, deren Gewicht nicht mehr als 10 Pfund betrug, durch einen Fuhrmann oder durch irgend eine andere Gelegenheit bei 20 Rthlr. Strafe wegschicken solle. Durch solche Einrichtungen brachte er es endlich auch so weit, daß schon im J. 1722. in die Königliche Kasse 100000 Rthlr. flossen. Eben so ergiebig waren auch die Verbesserungen, welche bei der Stempelcasse angebracht wurden. Alle vormaligen Verordnungen wegen des Stempel-Papiers und der Karten wurden erneuert und genauer bestimmt. Von dieser Zeit an gab man sorgfältig Achtung, daß zu allen gerichtlichen Sachen, z. B. zu Supplicaten, Kauf- und Pachtcontrakten, Schuldverschreibungen, Quittungen und Wechselbriefe Stempelpapier genommen wurde. Nicht weniger beträchtlich waren die Einkünfte, welche Friedrich Wilhelm I. aus den Salzwerken zog. Zwar hatte man den hohen Preis des Salzes sehr vermindert: allein dafür wurde auch sehr genau drauf gesehen, daß kein ausländisches Salz eingeführet wurde, welche Foderung auch nicht unbillig war, weil unter dieser Regierung zu Schönbeck und Salza Salzsiedereien waren angelegt worden.

Eine sehr wichtige Veränderung, welche unter dieser Regierung im Finanzwesen unternommen wurde, bestand ohnstreitig darinn, daß er die Finanz- und Amts-Kammer mit dem Kriegscommissariat vereinigte und aus beiden Collegien ein einziges machte. *) Die Veranlassung hierzu gaben die vielen Zwistigkei-

*) Buchholz, am angeführten Orte.

keiten, welche beständig zwischen beiden geherrscht hatten, indem ein jedes glaubte, daß das andere in seine Rechte Eingriffe thäte. Dieses vereinigte Collegium erhielt den Namen der Kriegs- und Domainen-Kammer. Und zwar errichtete er in einer jeden Provinz eine solche Kammer, bei welcher ein Präsident, ein Director und mehrere Kriegs und Domainen Räthe angesetzt waren. Und ausser denselben wurden auch die Oberforstmeister und die Landräthe hinzu gezogen. Ihrer Aufsicht wurde nicht blos das Domainen und Steuerwesen, sondern auch das Commerz- Manufactur- und Polizei-Wesen der Städte übergeben. Und alle diese Provinzial-Kriegs- und Domainen-Kammern waren dem zu Berlin errichteten General-Ober-Finanz-Kriegs- und Domainen-Directorium untergeordnet. Dieses Collegium, dessen erster Präsident der König selbst war, bestand aus sechs Departements und einem jeden derselben wurde sowohl ein geheimer Kriegs- Finanz- und Staatsminister als auch ein Vicepräsident vorgesetzt. Unter vieren von diesen Departements war die Aufsicht über die Provincial- Domainen- Kammern vertheilt. Hingegen die fünfte besorgte die Commerz- Manufaktur- und Fabrik- Sachen in allen Provinzen, und die sechste alle Magazin, Marsch, Proviant, Ammunitions, Einquartirungs und Servis- Sachen. Und ausserdem wurde auch eine Ober- Kriegs- und Domainen- Rechen- Kammer errichtet, wo alle Cassenbediente ihre Rechnungen ablegen mußten. Friedrich Wilhelm I. ist uns übrigens schon aus der Regierungsgeschichte als ein so guter Oekonom bekannt, daß man sich nicht wundern darf, wenn er die Domainen- Kammern, denen die Pflicht obliegt, für die Königl. Einkünfte zu sorgen, höher schätzte als die Regierungen, und wenn er in dem Wahne stand, daß bei den letzteren auch

Mäu

Männer, denen es an Verstand und an Kenntnissen fehlte, könnten angestellt werden. *)

6. Das Kriegswesen. **)

Das brandenburgische Militärwesen war schon unter dem Kurfürsten Friedrich Wilhelm dem Großen sehr umgeformt worden. Und dasselbe geschahe auch in diesem Zeitabschnitte, indem die Armee so wohl vergrößert, als auch durch neue Einrichtungen verbessert wurde.

Unter der Regierung des Königs Friedrichs I. wurde die Anzahl der Soldaten bald vermehrt, bald vermindert, je nachdem er von anderen Mächten viele oder wenige Hülfsgelder erhielt. Als er starb, bestand die

*) Im J. 1723. schrieb der König an den Rand einer Vorstellung, in welcher der Sohn eines Regierungspräsidenten sich um ein Amt bewarb, folgende Worte an das Generaldirektorium: sollen examiniren, ob er Verstandt und guthen Kop hat — hat er das soll er in Kur Mark Kris Dom: Kamer zu führen sind und soll da vleisich habilitiren — ist es ein Dumer Deufel sollen ihn in die Klev.: Regi.: Raht machen dazu ist er gutt genuch, s. Versuch einer historischen Schilderung der Haupt und Residenzstadt Berlin. Vierten Theils zweiter Band. Berlin 1790. S. 14 und 15.

**) Nachrichten über das preußische Militärwesen findet man zwar in den schon angeführten Schriften, aber vorzüglich auch in den folgenden Schriften: Manvillons Geschichte und Darstellung des Brandenburgischen und preußischen Soldatenwesens bis zur Regierung Friedrich Wilhelms II. Leipzig 1796. Hennerts Beiträge zur brandenburgischen Kriegsgeschichte unter Kurfürst Friedrich II. nachherigen ersten König von Preußen. Berlin und Stettin 1790. 4.

die Armee aus 38 Bataillonen Infanterie, 32 Schwadronen oder 10 Regimenter Kuiraſſier, 24 Schwadronen oder 6 Regimenter Dragoner, 18 Garniſon Compagnien und ohngefähr 300 Artilleriſten, ſo daß die ganze Anzahl ſich etwa bis auf 30000 Mann belief.

Die Veränderungen, welche unter dieſer Regierung bei dem Militär vorgenommen wurden, waren von Wichtigkeit. Unter Friedrich Wilhelm dem Großen, focht das Fußvolk, von welchem noch ein Drittheil mit Piken bewafnet war, in 5 bis 6 Gliedern. Friedrich I. hingegen ſchaffte die Piken gänzlich ab, und führte zur Beſchützung des Fußvolks gegen die feindliche Reiterei die ſpaniſchen Reiter ein. Die Musketen wurden abgeſchafft, und ſtatt derſelben dem Fußvolk die eigentlichen Flinten ertheilt. Nach Abſchaffung der Piken überzeugte man ſich auch, daß es ſehr unnöthig ſey das Fußvolk 6 Mann hoch zu ſtellen, und von dieſer Zeit an fochte die preußiſche Infanterie nur in 4 Gliedern. Jedoch blieben die preußiſchen Infanteriſten noch immer ſchwerfällig, denn ſie waren ſehr belaſtet, weil ſie außer ihren Waffen auch noch ihre Mäntel, Zelter und ſpaniſchen Reiter tragen mußten.

Nachdem die Piken waren abgeſchafft und die Flinten eingeführet worden; ſo wurde nicht blos das kleine Gewehrfeuer lebhafter, ſondern die Infanterie erhielt auſſerdem noch das Bajonnett. Anfangs war es ſo eingerichtet, daß es in den Lauf mußte geſteckt werden, und man folglich alsdann niemals mit dem Gewehr feuern konnte, wenn es nicht zuvor war abgenommen worden. Dieſe Unbequemlichkeit wurde aber bald abgeſchafft, und alles ſo eingerichtet, daß auch bei aufgepflanzten Bajonnetten gefeuert werden konnte.

Und

Und durchgehends waren anjetzt die Flinten mit französischen Schlössern versehen, so daß die Lunte, vermittelst welcher ehemals auf eine sehr unbequeme Art die Musketen abgefeuert wurden, gänzlich konnte entbehret werden. Die Artillerie war noch sehr unvollkommen. Der ganze Train derselben, der sich bey der Armee befand, welche im J. 1689 an den Rhein ging, bestand aus 798 Mann. Die Kanonen wurden sehr schlecht bedient, ein Beweis, daß man damals die Artillerie nicht allzusehr achtete und daß damals noch nicht die Entscheidung der Schlacht von dem schweren Geschütze abhing. Man verlangte damals auch noch nicht von einem Artillerieofficier, wie es heutiges Tages mit Recht gefordert wird, große Kenntnisse: denn es war eine Verordnung vorhanden, daß der kommandirende General im Felde oder der Commendant eines festen Platzes mit den Artillerie-Officieren berathschlagen solle, an welchem Orte die Kanonen am vortheilhaftesten könnten gestellt werden. Und in diesen hierüber ertheilten Reglements wurde verlangt, daß ein jeder commandirender Officier von allen diesen Sachen gründliche Kenntnisse haben müsse, damit er einen Artillerieofficier, wenn derselbe etwa nicht die gehörigen Kenntnisse haben sollte, über Allem gehörigen Unterricht ertheilen könne.

Kurz unter der Regierung Friedrichs I. wurden bei dem Militärwesen sehr wichtige Veränderungen vorgenommen. Die Folgen davon wurden auch schon in den Feldzügen sichtbar, zu welchen die preussischen Krieger als Hülfstruppen waren geschickt worden. Und zu einer noch weit größeren Vollkommenheit gelangte die preußische Armee unter der Regierung Friedrich Wilhelms I., welcher bei seiner Thronbesteigung keine andere Absicht hatte, als dem

preuß-

preussischen Staate eine gänzliche militärische Form zu geben. Schon von seiner frühesten Jugend an bezeigte er zum Soldatenstande große Neigung. So hatte er z. B. schon als Kronprinz zu Wusterhausen eine eigene Garde errichtet, welche er sehr fleißig in den Waffen übte und nach seinem Regierungsantritt dieselbe zum Stamm der großen Garde machte. Hierbei ließ er es nicht bewenden, sondern vermehrte die Anzahl seiner Truppen, weil er überzeugt war, daß ein Staat sich nur durch dieses Mittel Ansehn und Achtung verschaffen könne. Seine große Wirthlichkeit, die sehr oft in Genauigkeit ausartete, setzte ihn in den Stand diesen Plan auszuführen. Schon im J. 1718 belief sich die Anzahl seiner Truppen bis auf 60000 Mann. Und auch nachher fuhr er fort seine Truppen zu vermehren. Die verstärkte Anzahl seiner Truppen machte aber nothwendig, daß er auch auf Mittel denken mußte, wie er aus dem Auslande Menschen erhalten könne, welche für Geld sich anheischig machten bei seiner Armee Dienste zu nehmen. Und in dieser Absicht ließ er im Reiche Werbungen anstellen, von welchen ich schon im Vorhergehenden Nachricht ertheilt habe. Hierdurch kamen viele Ausländer in die preußischen Staaten; denn bei dem Tode dieses Königs belief sich die Anzahl derselben in der preußischen Armee auf 26000 Mann.

Damit aber die Anzahl der Truppen stets vollzählig blieb, mußten im Lande wenigstens alle Jahre Werbungen angestellt werden. Um aber hierbei allen Unordnungen und Misbräuchen vorzubeugen, wurde im J. 1733 die Einrichtung getroffen, daß die preussischen Staaten, die mehresten westphälischen Länder ausgenommen, in Cantons eingetheilt und einem jeden Regiment ein eigener Canton angewiesen wurde, aus wel-

welchem es den an Mannschaft erlittenen Abgang ersetzen konnten.

Vorzüglich war er auch darauf bedacht, wie er Ordnung, Gleichförmigkeit und Mannszucht unter das Heer bringen könnte. In dieser Absicht wurde die Reiterei nicht mehr in den Dörfern zerstreut, sondern in die kleinen Städte einquartirt. Und um bei der Armee eine größere Gleichförmigkeit einzuführen, machte er ein Reglement bekannt, welches für eine jede Art von Truppen den Dienst und die hierbei nöthigen Uebungen vorschrieb. Bei Verfertigung dieses Reglements waren die Kriegsreglements der vornehmsten europäischen Mächte, besonders das spanische zu Rathe gezogen worden. Und es war in denselben keine neue Anordnung enthalten, welche er nicht zuvor mit seiner großen Garde versucht hatte. Es mußten auch von jedem Regimente einige Officiere, Unterofficiere und Gemeine nach Potsdam kommen, um sich mit den neuen Waffenübungen genau bekannt zu machen, damit alsdann bei der ganzen Armee Alles auf einen gleichen Fuß eingerichtet werden konnte.

Auch in Ansehung der Waffen wurden einige Abänderungen getroffen. So erhielt z. B. die Infanterie eiserne Ladestöcke, um hierdurch die Geschwindigkeit des Ladens zu befördern, welche Erfindung dem Fürsten Leopold von Anhalt-Dessau zugeschrieben wird. Und damit es nie an guten Waffen fehlen möchte, wurden in den Jahren 1722 und 1723 zu Spandau und Potsdam Gewehrfabriken angelegt.

Auch die Kleidungsstücke litten Veränderungen. Die Mäntel wurden abgeschafft, und die Röcke verlohren einen Theil ihrer Länge, weil hierdurch der Sol-

Soldat in den Stand gesetzt wurde die Waffen schneller zu gebrauchen. Alle Jahre erhielten die Soldaten eine neue Uniform, welche, wie es auch sehr billig war, aus einheimischen Tüchern verfertiget werden mußte.

Desgleichen war auch Friedrich Wilhelm I. darauf bedacht, daß seine Officiere mit den zu ihrem Fache nöthigen Kenntnissen versehen waren. In dieser Absicht errichtete er im J. 1716 zu Berlin eine Cadettenschule. Den Grund hierzu hatte schon Friedrich I. zu Berlin, Magdeburg und Collberg gelegt, indem er an einem jeden dieser Oerter einige wenige Cadetten auf seine Kosten erziehen ließ. Hingegen Friedrich Wilhelm I. ließ sie nach Berlin bringen, und vergrößerte die Anstalt dergestalt, daß mehr als 200 junge Edelleute daselbst freien Unterhalt und freien Unterricht empfingen.

Diese Anstalt war ohnstreitig für die preußische Armee sehr vortheilhaft; aber nicht weniger nützlich für dieselbe war auch das von diesem Könige errichtete Ingenieur-Corps, welches aus 30 Officieren bestand. So wie er aber sehr ernstlich darauf sahe, daß die Soldaten häufig in den Waffen geübt wurden; eben so suchte er auch dem gemeinen Mann die Beschwerlichkeit des Soldatenstandes zu erleichtern. In dieser letzteren Absicht wurde der Sold des gemeinen Mannes monatlich mit 12 Groschen vermehrt. Und einer jeden Compagnie des Fußvolks wurde zur Fortschaffung des Zeltes und des übrigen Feldgeräthes, welches sie bisher selbst hatten tragen müssen, in Kriegszeiten 2 Packpferde bewilliget. Und ausserdem wurden in den mehresten Festungen Magazine angelegt, damit es bei einem ausbrechenden Kriege

der Armee nicht an Proviant fehlen solle. Auch stiftete er zu Potsdam ein großes Waisenhaus, in welchem Soldatenkinder, deren Eltern entweder gestorben oder außer Stand gesetzt waren dieselben zu unterhalten, aufgenommen wurden.

Damit auch alle der Armee ertheilten Verordnungen genau befolgt wurden, so hielt der König alle Jahr über seine Truppen eine Musterung, wobei der Zustand eines jeden Regiments genau untersucht und den Chefs der Regimenter die bemerkten Fehler angezeigt wurden. Durch solche Anstalten bewirkte er, daß unter den Truppen eine größere Ordnung und größere Fertigkeit die Waffen zu gebrauchen, eingeführt wurde.

Die Reiterei befand sich in einem sehr schlechten Zustande: denn die Reiter waren schlecht beritten, betrachteten die Nebensachen für Hauptsachen und hatten überhaupt von ihrem Dienste keine richtige Vorstellung. Die Schuld hiervon lag nicht blos an den Truppen, sondern auch an dem König und an dem Fürsten Leopold von Anhalt-Dessau, welche auf die Reiterei gar kein Zutrauen setzten, und dieselbe folglich vernachläßigten.

Die Anzahl der Truppen belief sich am Ende der Regierung Friedrich Wilhelms I. auf 70000 bis 80000 Mann, die Landregimenter nicht mit gerechnet, die unter dieser Regierung gleichfalls waren errichtet worden, jährlich nur auf 14 Tage zusammen kamen, und sich in den Waffen übten und ohngefähr aus 5000 Mann bestanden. Uebrigens bestand die ganze Armee aus 66 Bataillonen Infanterie, einem jeden derselben gehörten 5 Compagnien Musketier- oder Füselier und 1 Compagnie Grenadier; aus 60 Schwa-

Schwadronen Kuirassier, 45 Schwadronen Dragoner und 9 Schwadronen Husaren, 1 Bataillon Feldartillerie, welches aus 6 Compagnien bestand, 1 Bataillon Garnisonartillerie, zu welchem 4 Compagnien gehörten und 4 Garnison Bataillons.

7. Das Polizeiwesen.

Ehe ich von den Sitten und überhaupt von der Lebensart der Einwohner der preussischen Staaten in diesem Zeitabschnitt spreche, muß ich noch in der Kürze zuvor den Zustand des Polizeiwesens darstellen.

Friedrich I. ließ mehrere zweckmäßige Polizeiordnungen bekannt machen, und wußte auch solche Veranstaltungen zu treffen, daß diese Polizeigesetze befolgt wurden. Deshalb setzte er zu Berlin Polizeibeamte an, nämlich 2 Marktmeister und 15 Aufseher, welche das Vor- und Aufkaufen verhüten und überhaupt auf die Befolgung der übrigen Polizeigesetze aufmerksam seyn sollten. Diese Menschen waren den Berlinern sehr verhaßt und wurden daher oft beleidiget und beschimpft. Der König ließ deshalb im J. 1693 in einem Edikt bekannt machen, daß die Polizeibeamten nicht unehrliche Leute wären, und daß die Kinder derselben in allen Zünften könnten aufgenommen werden. Auch wurde den Polizeibeamten eine bestimmte Uniform gegeben um zu verhüten, daß junge Leute nicht unter dem Namen der Polizeibeamten Excesse ausüben könnten, welches bisher geschehen war, und wodurch der Unwille des Berliner Publicums gegen diese Classe von Menschen sich sehr vermehrt hatte.

Um diese Zeit erschienen sehr viele neue Einrichtungen die Polizei betreffend. So wurde z. B. be-

fohlen, daß alle, welche mit solchen Materialien handelten, die nach dem Gewicht, Maaß oder Elle verkauft wurden, sich nur solcher Gewichte, Maaß und Ellen bedienen sollten, welche von der Policei wären gestempelt worden. Und das Geld, welches für diese Stempel mußte gezahlet werden, wurde zur Besoldung der Polizeibeamten angewendet. *)

Auch die Sorgfalt für die Erhaltung der Gesundheit der Unterthanen wurde ein Gegenstand der Policei. Schon der Kurfürst Friedrich Wilhelm der Große hatte im J. 1685 ein Collegium medicum errichtet. Und Friedrich III. gab im J. 1694 eine neue Medicinalordnung heraus, in welcher genau das Medicinwesen betreffende Vorschriften enthalten waren. Und als im J. 1708 in Polen die Pest ausbrach; erschien ein eigenes Pestreglement, damit dieses Uebel von den preußischen Staaten abgehalten werden möchte. Es wurden aber nicht blos Anstalten getroffen dieses Uebel abzuhalten, sondern auch das weitere Verbreiten desselben zu verhüten, wenn es ja eindringen sollte. Man setzte daher eigene obrigkeitliche Aufseher, desgleichen auch Aerzte und Prediger, deren Pflicht war, blos diesen Kranken beizustehen. Und von dieser Zeit an sind bei manchen Kirchen drei Prediger geblieben, wo sonst nur immer drei gewesen waren. **)

Und Friedrich Wilhelm I. war nicht weniger darauf bedacht auf diesen Zweig der Polizei die ge-

*) Versuch einer historischen Schilderung u. s. w. Th. III. S. 354.

**) Buchholz Geschichte der Mark Brandenburg. B. IV. S. 332.

gehörige Sorgfalt anzuwenden. Er befahl daher, daß nur diejenigen das Recht haben sollten, die Arzeneiwissenschaft auszuüben, welche nach vorher gegangener Prüfung von dem Ober-Collegio-medico die schriftliche Erlaubniß hierzu erhalten hätten. Und die Apotheker und Materialisten mußten sich bei ihrem Etablissement eidlich verpflichten, keine Arzeneien auszutheilen als nur solche, welche von geprüften Aerzten wären vorgeschrieben worden.

Und ein noch größeres Verdienst um die leibliche Wohlfarth seiner Unterthanen erwarb er sich durch die Stiftung eines Collegium-medico-chirurgicum, welche Anstalt die Absicht hatte so wohl für die Regimenter als auch überhaupt für das ganze Land Chirurgen zu bilden.

8. Die Sitten und die Lebensart während dieses Zeit-Abschnittes.

Diese Periode zeichnete sich in jeder Rücksicht durch großen Luxus aus. Den Berlinern fiel die am Königlichen Hofe unter Friedrich I. herrschende Pracht nicht nur in die Augen, sondern sie fanden auch Geschmack an derselben, welches sie dadurch bezeigten, daß sie jenen Luxus nachzuahmen suchten. Zum Glück fand dieses nur zwar in der Hauptstadt des Landes in einem hohen Grade statt, jedoch breitete sich auch der Luxus in den übrigen Städten, und zwar unter den vornehmen Ständen sehr stark aus, welche sich bestrebten diese Lebensart zum Muster zu wählen.

Vorzüglich groß war der Aufwand in Ansehung der Kleider. Hierzu trug das Beispiel des Hofes und der Franzosen, die sich in dem preußischen Staate nie-

dergelassen hatten, sehr viel bei, denn die Letzteren hatten die Brandenburger mit verschiedenen neuen Moden bekannt gemacht. Die Folgen dieses Aufwandes zeigten sich sehr bald, indem viele angesehene Personen in große Schulden geriethen. Der König Friedrich I., ob er gleich selbst ein großer Liebhaber der Pracht war, bezeigte hierüber sein Misvergnügen, und suchte denselben schon im J. 1696 einzuschränken, wie dies eine Verordnung beweist, in welcher Vorschriften ertheilt werden, wie es in der ganzen Kur-Mark Brandenburg in Ansehung der Kleidungsstücke und bei Kindtaufen und Begräbnissen soll gehalten werden. In derselben wurde einem jeden Stande die Art sich zu kleiden, vorgeschrieben.

Da diese Verordnung von einem König gegeben wurde, welcher selbst die Pracht in einem hohen Grade liebte, so ist sie ohnstreitig ein Beweis, daß der Luxus damals in einem sehr hohen Grade statt gefunden haben müsse. Um sich hiervon nun noch mehr zu überzeugen, hat man nur nöthig, den Anfang dieser Verordnung zu lesen, welcher also lautet:

„Wir geben hiermit zu vernehmen, daß der Luxus, die Ueppigkeit und Verschwendung in dem Kleider-Pracht, und Ausrichtung der Taufen und Gastereien, ungeachtet der kümmerlichen Zeiten in unsern Landen, und insonderheit in diesen unseren Residenz-Städten, dermaßen hochgestiegen, daß man nicht allein des höchsten Gottes Zorn und Strafen, nach denen in seinem heiligen Wort enthaltenen gerechten Bedrohungen zu befürchten gehabt, sondern daß auch die meisten Familien dadurch verarmen und ruiniret werden, und anstatt etwas beizulegen, die Eltern ihren Kindern Schulden und Armuth hinterlassen."

Ein

Ein nicht geringer Aufwand der damaligen Zeit bestand in den großen Perücken, welche von alten und jungen Leuten getragen wurden. Nur die Geistlichen machten hierin eine Ausnahme. Dieselben trugen ihr eigenes Haar, welches an den Seiten glatt herunter gekämmt wurde, so daß es bei vielen bis auf die Schultern herabhing. Der einzige Kopfschmuck, welchen sie trugen, bestand in einem schwarzen Käppchen. Ausserdem waren die Perücken eine Mode, deren sich jeder bediente, welcher nicht zu der geringen Volksklasse wollte gezählet werden. Sogar bei dem Militair fand sie sehr großen Beifall, indem selbst Generale und Officiere ihr Haupt mit fremden Haaren schmückten.

Die Frauenzimmer trugen zwar ihr eigenes Haar, jedoch erhielt dasselbe eine solche Form, daß es den Perücken sehr ähnlich war. Das Hinterhaar war zum Theil über die Schulter gelegt, und endigte sich in einige Locken, welche über die Brust hinfielen. Und auf der Stirn in der Gegend der Schläfe lagen zwei Locken, in der Gestalt des halben Mondes, welche Favoriten genannt wurden. Ausserdem befand sich aber noch in den Haaren sehr viel Schmuck, besonders Edelgesteine.

Was die Kleidungsstücke der Mannspersonen betraf, so hatten dieselben sehr viel auszeichnendes. Ein Rock hatte damals keine Kragen, eine Taille die sich bei den Hüften endigte, kurze aber breite Schöße, hinten eine große Menge Falten. Die Weste hatte solche lange Vorderschöße, welche bis über die Knie herabreichten. Die vornehmen Stände ließen sich ihre Kleidung verfertigen aus Stoffe, Sammet- und Seitenzeug, in welchen mehrere Verzierungen eingewebt waren. Und die feinen tuchenen Kleider wurden

mit silbernen und goldnen Tressen besetzt. Hingegen die übrigen Stände bedienten sich des Landtuches und der übrigen einheimischen Gewebe.

Die damaligen Halstücher der Mannspersonen bestanden aus Kanten, Battist oder feinem Kammertuch. Vorne war dies Tuch zusammen gebunden, und die zwei äussersten Enden, welche mit Franzen und Troddeln verzieret waren, hingen bis auf die Herzgrube herab. Und Leute von niederem Stande trugen Halstücher, welche aus feiner Leinewand verfertiget waren. Die Strümpfe, welche verschiedene Farben hatten, wurden über das Knie in die Höhe gezogen und durch einen Riemen, an welchem sich eine kleine Schnalle befand, befestiget. Die Schuhe waren sehr breit und die daran befindlichen Schnallen klein.

Die Kleidungen der Frauenzimmer lagen knapp an und waren mit langen Schleppen versehen. Vorne hatten sie einen großen Ausschnitt, so daß die Brust ganz entblößt lag. Auch die Fächer gehörten damals schon zum weiblichen Schmuck.

So wie man unter dieser Regierung durch Kleidungsstücke seinen äusseren Glanz und sein Ansehn zu vergrößern bemüht war; eben so herrschte auch die Sucht sich hohe Titel und einen größeren Rang zu verschaffen. Sehr lobenswerth ist aber die Achtung, in welcher damals die Ehen standen: denn sehr selten hörte man von Ehescheidungen. Freilich muß man auch gestehen, daß damals vieles nach den Landesgesetzen bestraft wurde, worauf, anjetzt nicht mehr geachtet wird. So wurde z. B., im J. 1692 durch eine Verordnung fest gesetzt, daß, wenn ein Ehemann mit eines anderen Eheweib Ehebruch getrieben hätte, dies doppelte Verbrechen zwar nicht mit Verlust des Lebens, aber doch

mit

mit Staupenschlag und Landesverweisung bestraft werden sollte.

Auch die Spielsucht wurde in diesen Zeiten angetroffen. Besonders war das sogenannte englische Eichenspiel sehr beliebt, welches man so hoch spielte, daß nach den vorhandenen Berichten Personen in einem Abend 200 bis 1200 Rthlr. verlohren. Daher wurde dieses Spiel von der Regierung bei 1000 Rthlr. Strafe verboten.

Nichts aber war den damaligen Sitten nachtheiliger als die große Nachahmungssucht von allem, was französisch war. Zwar hatte dieses den Nutzen, daß so wohl in dem Hauswesen als auch in der Kleidung eine größere Reinlichkeit eingeführt wurde, und daß der gesellige Umgang einen größern Grad von Bildung erhielt: allein auf der andern Seite entstanden auch hieraus sehr große Nachtheile, denn alle französische Thorheiten und Ueppigkeiten pflanzten sich auch in den preußischen Staaten fort. Auch auf die Ausbildung der deutschen Sprache hatte diese Thorheit einen sehr nachtheiligen Einfluß: denn diese wurde nicht nur vernachläßiget, weil alles sich bemühte französisch zu reden, sondern auch im höchsten Grade verunglimpfet, indem man mit einer gewissen Aengstlichkeit sich bemühte, so wohl im Reden als auch im Schreiben französische Wörter einzumischen, ohne sich zu bekümmern, ob dieselben recht oder unrecht waren angebracht worden.

Es fehlte damals übrigens nicht an strengen Sittenrichtern, welche über die Verschlimmerung ihrer Zeitgenossen und besonders über die Nachahmungssucht der französischen Moden tobten und lärmten. Allein ihr Toben und Lärmen fruchtete nichts und ihre Schrif-

ten dienten höchstens zur Unterhaltung. Von dieser Beschaffenheit waren folgende Schriften:

Die durch eine wunderliche Kalbes oder Misgeburth von Gott bestrafte Frauenzimmer-Hauben-Mode. Berlin. 1689.

Der Teutsch-Französische Modengeist, wer es lieset, der verstehts, Gedrukt zum Geyersbeck. 1689. 4. 3 B.

Unter diesen beiden Schriften ist ohnstreitig die letztere die wichtigste: denn dieselbe, ob sie gleich die Sache sehr übertreibt, enthält doch viele Thatsachen. Um den in dieser Schrift herrschenden Ton kennen zu lernen, mag Folgendes dienen:

„Will ein Junggesell heute zu Tage bei einem Frauenzimmer Addresse haben, so muß er mit französischen Hüthen, Westen, galanten Strümpfen, angestochen kommen. Wenn dieses ist, mag er gleich sonst eine krumme Habichtsnase, Kalbesaugen, Buckel, (oder wie es andere, die dergleichen Personen affectioniret sind, hohe Schulter nennen) Raffzähne, krumme Beine und dergleichen haben, so fragt man nicht darnach; Genug, daß er sich nach langen Lernen a la mode frans stellen kann. Man hält ihn für einen recht geschickten Kerl, ob er gleich sonst nicht für eine Fledermaus erudition im Kopf, und anstatt des Gehirn, Heckerling hat. Er ist und bleibt Monsieur, bevoraus wenn er etwas weniges partiren kann."

Auch können wir die Verdorbenheit der Sitten aus der Schrift eines gewissen Cordeßius von Verimund kennen lernen, von welcher anjetzt mehrere Nachrichten sollen ertheilt werden. Dieser Mann

hatte

hatte nämlich die Idee, Gleichheit und allgemeine Glückseligkeit unter die Menschen zu verbreiten. Zu erst wendete er sich schriftlich an den Kaiser und an die deutschen Reichsfürsten und stellte denselben vor, wie die bisher verworrene unglückliche Reichsverfassung könne verbessert werden, und zwar so, daß alle in Deutschland lebende Menschen, jung und alt, keiner ausgeschlossen, künftig hier zeitig vollkommen und dort ewig herrlich leben könnten. Und zugleich bat er, wenn diese seine Verbesserung angenommen werden sollte, die Befehle deshalb an den Buchführer Peter Küster in Danzig zu schicken, worauf alles übrige geschehen solle. Da aber, wie man leicht erwarten konnte, kein Fürst diese Vorstellungen achtete; so machte er sein ganzes System im J. 1700 durch den Druck bekannt, und zwar unter folgendem Titel:

Politia vere beata, durch Treuherz Wahrmund, der göttlichen Schrift und der wahren Staatsklugheit geflissenen.

Diese Schrift welche eigentlich in Stettin war gedruckt worden, aber zu Danzig von dem Buchführer Peter Küster ausgegeben wurde, schildert 7 Hauptmängel, welche der Verfasser für den Grund des bisherigen Elends der Deutschen betrachtet, und auch Mittel vorschlägt, durch welche jene Mängel könnten abgeschafft werden.

Da in dieser Schrift verschiedene Ideen befindlich sind, welche in unseren Zeiten von den Neufranken sind realisiret worden, so hoffe ich, daß es vielleicht vielen meiner Leser nicht unangenehm seyn wird, die merkwürdigsten Sätze aus dieser Schrift hier zu finden.

Nach

Nach seiner Meinung waren die 7 Hauptmängel folgende:

1) Daß im Lehrstande das Wort Gottes und Christi Sinn nicht der einzige Glaubensgrund wäre.

2) Daß in weltlichen Dingen, unter Edel und Unedel, Herrn und Knecht, ein so großer Unterschied zu seyn geglaubt werde.

3) Daß die Jugend durch Verzärtlung der Eltern, Ungebundenheit und Freiheit in Sünde und Schande aufwachse.

4) Daß im Ehestande nicht auf die Personen, sondern mehr auf zeitige Güter gesehen und solcher daher zu schwer gemacht werde.

5) Daß die zeitlichen Güter so häßlich gemißbraucht würden, daß das Geld die größte Gewalt habe und daher die Menschen durch Nahrungssorgen geplagt wären.

6) Daß Ehrsucht und Vorzugsstreit alle Stände zerrütteten und in schreckliche Verwirrungen hineinstürzten.

7) Daß der Kriegsstand sehr verderbt sey, daß die Kriege Länder verheerten und Städte zu Steinhaufen machten.

Und um diesen Uebeln abzuhelfen, schlägt er folgende Mittel vor:

1) Die heilige Schrift und Christi Sinn sollten der einzige Grund des wahren Glaubens und christlichen Wandels seyn.

2) Man

2) Man sollte nicht die Stände, sondern nur den Geburts-Unterschied als den Grund des Dominats und Servituts aufheben.

3) Es sollten öffentliche Kinderhäuser, darinn, ohne der Eltern Kosten und Bemühung, auf allgemeine Kosten, Knaben und Mädchen christlich und wohl erzogen, genähret, gekleidet, und blos nach ihrem Alter eingetheilet werden müßten, angelegt werden.

4) Alle Jünglinge im 24sten, die Jungfern im 18ten Jahre, desgleichen die jungen verwittweten Personen, sollten ohne langen Aufschub heirathen; alle Heirathsgüter und Geschenke aber auf immer wegfallen.

5) Keiner soll reich und keiner arm seyn, jeder aber seinen bescheidenen Theil an Kleider, Wohnung und Hausgeräth nothwendig dahin nehmen, und die gelehrten Kramermärkte (unter welchem Ausdrucke er wahrscheinlich die Gerichtshöfe verstanden hat) abgeschaft werden.

6) Das Alter müsse durchgehends die ihm gebührende Achtung, und nur wahre Tugend den Adel und den Vorzug haben.

7) Die Fürsten sollten ein kräftiges Kriegsreglement festsetzen, nicht andern zu schaden, sondern die Reichsgränzen für alle feindliche Einfälle zu decken. Alle Jünglinge, die Gelehrten ausgenommen, sollen die Kriegsdienste ohne Sold und unentgeldlich verrichten, und alle Güter gemein seyn.

Alle diese Vorschläge brachten keine Wirkung hervor, obgleich **Wahrmund** erklärte, daß er der Erste seyn wolle, welcher seine Güter hergeben würde. Jedoch kann diese Schrift als ein Beweis gebraucht

werden, daß die Sitten und Lebensart unserer Vorfahren nicht sehr nachahmungswürdig waren und daß wir in Ertheilung des Lobes behutsam seyn müssen. Und man darf sich folglich auch nicht wundern, wenn Friedrich Wilhelm I. als ein guter Wirth und als ein Feind aller Pracht mit der Lebensart seiner Unterthanen nicht zufrieden war, und mancherlei Mittel anwendete, um die Sitten seiner Nation zu verbessern.

Freilich waren die Mittel, welche er hierzu wählte nicht immer sehr wirksam. So glaubte er z. B. bei dem Militair alles gethan zu haben, wenn er die Soldaten des Sonntags in die Kirchen führen ließ, ohne zu erwägen, daß das erzwungene Kirchengehen keine gute Menschen, sondern nur Heuchler hervorbringen könne.

So wie unter der vorigen Regierung durch das Beispiel des Hofes der Luxus in Ansehung der Kleidung sehr zugenommen hatte; eben so wurde derselbe durch das Beispiel Friedrich Wilhelms I. und durch dessen in dieser Hinsicht gegebene Verordnungen sehr vermindert. An den Kleidungsstücken dieses Königs bemerkte man keine Pracht. Um nämlich dieselbe zu vermeiden, trug er die Uniform seines Grenadierregiments, welche gleichfalls sehr einfach war. Und auch die Prinzen, so bald sie erwachsen waren, mußten die Officier-Uniform von demjenigen Regimente tragen, bei welchem sie waren angestellt worden. Die Königinn und die Prinzessinn waren gleichfalls sehr einfach gekleidet.

Auch der Haarputz erlitt eine große Veränderung. Die Allongenperücken, auf welche bisher sehr viel Geld war verwendet worden, verlohren nicht nur einen

nen ansehnlichen Theil ihrer Größe, sondern durften auch nur von vornehmen Männern getragen werden. An ihrer Stelle kamen nunmehr die kleinen Perücken, welche Muffer oder Mirletons genannt wurden und welche der König in den ersten Jahren seiner Regierung selbst zu tragen pflegte. Nachher fing man an die Soldatenfrisuren nachzuahmen. Dieselben waren gleichfalls im Anfange sehr einfach: denn das Haar wurde hinten in einem Zopfe zusammen geschlagen und die Seitenhaare, welche bis zu einer gewissen Länge verschnitten waren, hingen über die Ohren herab. Diese Mode war aber von keiner langen Dauer, sondern die Seitenhaare wurden in Locken gelegt und zwar begnügte man sich nicht etwa an einer jeden Seite mit einer Locke, sondern man trug 6 bis 8. Dieser militairische Haar-Putz fand Beifall und es dauerte nicht lange, so ahmten die meisten Bürger denselben nach. Auch selbst in Ansehung der Kleidungsstücke näherte man sich der militairischen Tracht. Die gangbarste Farbe war die blaue. Und in der Folge nannte man diejenigen, welche eine solche Kleidung beibehielten, Friedrichwilhelmsmänner. Außerdem trug auch noch ein jeder, welcher nur einiges Ansehn hatte, einen Degen. Und Aerzte, Räthe, Gelehrte und auch andere Personen von Ansehen trugen einen rothen Mantel, desgleichen Schuhe oder Stiefeln, die mit stumpfen Spitzen versehen waren.

Friedrich Wilhelm I. haßte alle französische Moden, und um seinen Haß zu beweisen, ließ er den Profoßen bei den Regimentern eine solche Kleidung geben, welche der französischen sehr ähnlich war, und an welcher besonders der sehr große Haarbeutel Aufsehen erregte.

Ohnerachtet der König sich große Mühe gab den Luxus einzuschränken, und auch alle fremde baumwollene Waaren, besonders aber Zitze und Kattune, verbot, so verschwand der Aufwand doch nicht gänzlich. Man verwendete z. B. auf die Kanten und Spitzen, welche damals Mode waren, große Summen Geldes. Dies war ein Aufwand für das weibliche Geschlecht; hingegen das männliche verschwendete nicht weniger auf die gestickten Kleider, die damals anfingen, sehr beliebt zu werden.

Wir sehen also, daß Friedrich Wilhelm I. nicht im Stande war den Luxus gänzlich zu verbannen, ob er gleich strenge Verbote ergehen und es auch nicht an anderen Mitteln fehlen ließ, um den Aufwand in Kleidertrachten lächerlich zu machen. So ließ er z. B. seinen lustigen Räthen oder Hofnarren, einem Gundling, Graben zum Stein und mehreren anderen eine abentheuerliche Kleidung verfertigen.

Der König welcher bemerkt hatte, daß die Neigung zum Vergnügen den Thätigkeitstrieb bei vielen seiner Unterthanen, besonders bei den Berlinern, sehr geschwächt hatte, war sorgfältig auf Mittel bedacht den letzteren wieder zu beleben. Nicht selten ging er in die Häuser der Bürger, und erkundigte sich nach ihrem Gewerbe. Und so bald er sich überzeugt hatte, daß jemand ein fleißiger Arbeiter sey: so ließ er es nicht an Unterstützung fehlen, wenn jener sie bedurfte. Auch fragte er öfters Menschen, denen er auf der Straße begegnete, was für Geschäfte sie trieben. Konnten sie nun gleich eine genugthuende Antwort geben; so lobte er sie und machte ihnen wohl auch Geschenke. Blieb aber dieselbe aus; so erhielten sie einen Verweis, und wurden auch wohl gar mit Strafen bedrohet.

Dies

Dies Verfahren des Königs stiftete freilich großen Nutzen, welcher aber auch nur von kurzer Dauer war: denn da der König dieses sehr oft that, so hatten die meisten Personen schon eine Antwort in Bereitschaft, um von derselben Gebrauch zu machen, wenn etwa der König ihnen eine solche Frage vorlegen sollte. Dies konnte man auch niemanden verdenken, weil der König nicht selten solchen Personen, welche er auf einem Spaziergange antraf, harte Verweise, oder wohl gar Züchtigungen ertheilte. Dies Schicksal hatte einmal ein Tanzmeister, welcher einige Wochen lang, den Schutt vom eingestürzten Thurm der Peterskirche aufräumen und wegkarren helfen mußte, weil er vom König auf einem Spazierritt war angetroffen und für einen Müssiggänger erkläret worden.

Dies Mittel war auf keinen Fall lobenswürdig, denn es gab auch Gelegenheit, daß er hintergangen wurde. Es wußten sich z. B. öfters Personen, welche wünschten vom König unterstützt zu werden, den Schein einer großen Thätigkeit zu geben, und waren auch so glücklich durch dieses Mittel ihre Absicht zu erreichen. So wurde z. B. zu Berlin ein Kanzelliſt, welcher sich ein Haus bauen wollte, von Friedrich Wilhelm I. sehr ansehnlich unterstützt, weil derselbe, so oft der König durch die Straße kam, Baumaterialien herbei gekarret hatte.

Im Ganzen betrachtet waren die Sitten der damaligen Menschen besser als unter der vorigen Regierung; jedoch kann man dieses nicht als eine große Verbesserung des moralischen Charakters ansehen, weil bei den meisten nicht Grundsätze, sondern die Strenge, mit welcher Friedrich Wilhelm I. regierte, die Triebfeder ihrer Handlungen waren.

Vormals hatte man bei Hochzeiten, Kindtaufen, und Begräbnissen auf Essen und Trinken große Summen Geldes verwendet; anjetzt aber war dieser Luxus durch scharfe Gesetze verbannt worden. Dieser Umstand hatte auch auf die übrigen Gastmähler eine sehr gute Folge: denn sie wurden mit weniger Geldaufwand angestellt, ohne dem Vergnügen zu schaden, und hatten auf die Vermögens-Umstände der Familien keinen nachtheiligen Einfluß. Nach und nach bekamen mehrere Familien an einer solchen Wirthlichkeit großen Geschmack und die natürliche Folge davon war, daß der Wohlstand sich vermehrte, daß die Töchter von früher Jugend an zur Wirthschaft angehalten und zu guten Ehefrauen gebildet wurden, und daß Treulosigkeit in der Ehe selten statt fand. Was dies Letztere betraf, so trugen wohl die strengen Gesetze sehr viel bei: denn noch immer wurde Hurerey und Ehebruch hart bestraft. Jedoch konnte man hierdurch dergleichen Ausschweifungen nicht gänzlich verhindern, denn man bestrebte sich nur dieselben zu verheimlichen, wie dies die vermehrte Anzahl von Kindesmörderinnen beweißt, welche in einen Sack, den sie sich selbst nähen mußten, gesteckt und ersäuft wurden.

Ohnerachtet durch die Nachahmungssucht der französischen Sitten der gesellschaftliche Umgang der Märker etwas verfeinert worden war; so würde man doch heutiges Tages kein Behagen an demselben finden, denn im Ganzen betrachtet war der gesellige Ton noch sehr rauh. Der Hauptgrund hiervon lag ohnstreitig in der geringen Ausbildung der deutschen Sprache. Man fing zwar schon in diesen Zeiten an sich mit Lektüre zu beschäftigen: allein hierdurch konnte jenem Fehler nicht abgeholfen werden, weil die Sprache in diesen Schriften gleichfalls rauh, ungebildet und mit

aus-

ausländischen Wörtern verwebt war. Und eine solche Beschaffenheit hatte auch die Sprache, welche in den Schauspielen herrschte, die zu Berlin aufgeführet wurden. Und überhaupt waren sie von solcher Art, daß sie nichts beitragen konnten, um einen guten Geschmack zu befördern und die Sitten zu veredlen. Und die Schauspieler selbst waren ungebildete Menschen, die selbst von ihrer Kunst keine richtige Begriffe hatten. Dies Letztere war eine natürliche Folge der geringen Achtung in welcher diese Classe von Menschen stand. Und eine solche Meinung suchten die Geistlichen zu erhalten und zu verbreiten, indem sie sich die Erlaubniß nahmen, öffentlich zu behaupten, daß die Schauspieler verworfene Leute wären, die sich dem Satan ergeben und folglich nichts weniger als Christen seyn könnten, und daß folglich der Umgang mit solchen Leuten entehrend sey.

Uebrigens war Friedrich Wilhelm I., ob er gleich aus Sparsamkeit die Vergnügungen nicht sehr liebte, ein großer Freund von theatralischen Vorstellungen. Er unterhielt auch zu Berlin außer den gewöhnlichen Schauspielern noch einen Trupp italienischer Komödianten. Allein auch die von diesem Trupp aufgeführten Stücke waren unter aller Kritik. Man suchte das Publikum durch die gröbsten Späße eines Hanswurstes zu unterhalten, und durch auffallende Scenen in Erstaunen zu setzen. So ließ man z. B. den D. Faust, nachdem er Gott und seine Heiligen feierlich abgeschworen hatte, vom Teufel abholen, und Haman wurde unter den größten Beifallsbezeugungen der Zuschauer aufgehangen.

Durch solche theatralische Vorstellungen konnte also das Publikum keine größere Kultur bekommen, sondern die abergläubischen Ideen und Vorstellungen fanden neue Nahrung. Und selbst Männer, deren

Pflicht

Pflicht es hätte seyn sollen, den Aberglauben zu verbannen, begünstigten denselben. So erregte z. B. unter dieser Regierung ein Kobold zu Wulkow sehr großes Aufsehen. Derselbe sollte, wie die hierüber an den Hof abgeschickten Berichte zeigen, Schinken, Würste, und dergleichen durch den Schornstein weggeschleppt haben. Und die meisten Geistlichen erklärten solche Erzählungen nicht etwa für Fabeln, was sie doch eigentlich waren; sondern suchten aus der heiligen Schrift und aus anderen Büchern zu beweisen, daß die Kobolde gewisse Arten von Geister wären, die mit Gottes Einwilligung erschienen, um fromme Christen zu ängstigen. Unter solchen Umständen war es natürlich, daß die Erzählungen von Spukereyen und von der Gewalt des Teufels großen Glauben fanden. Eben so fand auch der Glaube an Wunderkräfte nicht geringen Beifall. Der größte Theil der Menschen bildete sich ein, daß gewisse Personen das Vermögen hätten in die Zukunft zu sehen und den Lauf der Natur zu hemmen. In einem solchen Rufe stand auch der Fürst Leopold von Anhalt Dessau, welcher nach der Meinung der Soldaten kugelfest seyn sollte. Einige derselben behaupteten so gar gesehen zu haben, wie er die blauen Bohnen (eine Benennung welche damals die Soldaten den Gewehrkugeln gegeben hatten) mit dem Aermel aufgefangen und nachher ausgeschüttelt habe *).

*) Leben und Thaten des Allerdurchlauchtigsten und Großmächtigsten Königs in Preußen Friederici Wilhelmi. II. Theil, Frankfurth und Hamburg. 1791.

Versuch einer historischen Schilderung der Haupt- und Residenzstadt Berlin. Th. III. und 1ste und 2te Abtheilung des 4ten Theils.

Ende des zweiten Bandes.

B6141(2)

W 8

ULB Halle
006 212 59X
3

Handbuch
der
Geschichte
der
preussisch-brandenburgischen Staaten

von

Johann Karl Philipp Grimm
Professor auf der königlichen Friedrichs-Schule zu Breslau.

Zweiter Band.

Breslau, 1799.
Bei Ernst Gottlieb Meyer.

B.I.G. Farbkarte #13
Inches Centimetres
Blue Cyan Green Yellow Red Magenta White 3/Color Black
Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-845293-p0465-2
DFG